

Social Strategies

Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik

Monographs on Sociology and Social Policy

Editor: Prof. Dr. Paul Trappe

Subsidiarität und Solidarität

Social Strategies ist eine Reihe für Monographien und kurze Abhandlungen. Sie behandelt soziologische Grundsatzfragen und gesellschaftspolitische Problemstellungen, die zur sozialen Wirklichkeit einen engen Bezug haben. Probleme, die sich heute stellen, sollen analysiert und Wege zur Überwindung aus sozialwissenschaftlicher Sicht aufgezeigt werden. Damit soll diese Reihe einen Bereich des sozialen Wandels erfassen, der zwischen Aktualität und «utopischem Übermorgen» liegt und der im neueren soziologischen Schrifttum oftmals nicht berücksichtigt wird. Zukunftsgerichtete Konzeptionen können dabei als Orientierungshilfe dienen.

In der Reihe können Beiträge in deutscher, englischer und französischer Sprache veröffentlicht werden.

Social Strategies is a series of monographs and short studies. It deals with fundamental sociological questions and socio-political problems closely related to social reality. It analyses current day problems and shows, from a sociological viewpoint, how they can be overcome. The series covers the sphere of social change between the present day and the 'Utopian future' – something lacking in more recent sociological writings. Ideas directed towards the future may serve as guidelines. Contributions to the series can be published in German, English and French.

La collection **Social Strategies** regroupe des monographies et études traitant des questions sociologiques de base ainsi que des aspects socio-politiques de la réalité sociale. Elle analyse les problèmes contemporains et montre comment les sciences humaines peuvent les surmonter. *Social strategies* aborde le domaine des changements sociaux entre aujourd'hui et les «surlendemain utopiques». En se servant de conceptions tournées vers l'avenir comme point de repère, elle comble les lacunes sur ce sujet de la littérature sociologique récente. Des textes en allemand, anglais et français peuvent être publiés dans cette collection.

Verlag / Editions Peter Lang AG

Bern, Berlin, Bruxelles, Frankfurt/M., New York, Oxford, Wien

Jupiterstrasse 15, CH-3000 Bern 15

e-mail: info@peterlang.com

Postgirokonto CH: Bern 30-2699-7

Postgirokonto BRD: D-60288 Frankfurt/M. Kto. 300593-604

Social Strategies, Vol. 30

Social Strategies

Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik

Monographs on Sociology and Social Policy

Vol. 30

Editor: Paul Trappe

Subsidiarität und Solidarität

Ueli Mäder

Peter Lang

Bern – Berlin – Bruxelles – Frankfurt am Main – New York – Oxford – Wien

Mäder, Ueli:

Subsidiarität und Solidarität / Ueli Mäder. – Bern ; Berlin ; Bruxelles ;
Frankfurt am Main ; New York ; Oxford ; Wien : Lang, 2000
(Social Strategies ; Vol. 30)
ISBN 3-906765-36-9

ISSN 1424-0467

© Peter Lang AG, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Bern 2000
Jupiterstr. 15, Postfach, CH-3000 Bern 15; info@peterlang.com

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschliesslich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed by ROSCH-Buch Druckerei GmbH, Germany

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	9
2. AUSGANGSLAGE.....	11
2.1 SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN.....	11
2.2 KONTROVERSE LÖSUNGSANSÄTZE.....	16
2.3 BEGRIFFE	20
2.3.1 Subsidiarität	20
2.3.2 Solidarität	25
2.4 FRAGEN.....	28
2.5 ANNAHMEN.....	30
2.6 METHODISCHE ÜBERLEGUNGEN	31
3. RAHMENBEDINGUNGEN.....	41
3.1 SOZIALER WANDEL	41
3.1.1 Überblick	41
3.1.2 Individualisierung	44
3.1.3 Pluralisierung.....	49
3.1.4 Globalisierung.....	50
3.1.5 Polarisierung.....	53
3.1.6 Bürokratisierung	55
3.1.7 Verunsicherung	57
3.1.8 Konsumismus	59
3.2 WANDEL DER FAMILIE	60
3.2.1 Differenzierung.....	61
3.2.2 Sozialisation	63
3.2.3 Erwerbslosigkeit	66
3.2.4 Seelische Verarbeitung.....	68
3.2.5 Neue Verbindlichkeit	69
3.3 WERTEWANDEL	70
3.4 SOZIALE SICHERUNG	73
3.5 BESONDERHEITEN.....	80

4. PRAXISORIENTIERTE ANNÄHERUNG	83
4.1 GENOSSENSCHAFTLICHE TRADITION	83
4.2 NEUE SOZIALE BEWEGUNG	92
4.3 SELBSTHILFE	99
4.3.1 Formen und Erwartungen	99
4.3.2 Selbsthilfegruppen in der Schweiz	101
4.3.3 Selbsthilfe von sozial Benachteiligten	105
4.3.4 Berliner Erfahrungen	106
4.3.5 Neue Helfer/innen	107
4.3.6 Soziale Selbsthilfe	109
4.3.7 Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?	110
4.3.8 Gegenläufige Trends	112
4.4 SOZIALE ÖKONOMIE	114
4.5 FREIWILLIGENARBEIT	117
4.6 SOZIALZEIT	123
4.7 NETZWERKE	128
4.8 TYPOLOGIEN	130
4.9 ORDNUNGSPOLITISCHE BEDEUTUNG	135
 5. THEORETISCHE BEZÜGE	 139
5.1 SOZIALE WESEN	139
5.2 MENSCHENBILD	144
5.3 GRUPPEN	148
5.4 GEMEINSCHAFT UND GESELLSCHAFT	150
5.5 DEMOKRATIE ALS ALLTAGSPRINZIP	158
5.6 STAATSVERSTÄNDNIS	164
5.7 CHRISTLICHE SOZIALLEHRE	168
5.8 GERECHTIGKEIT	172
5.9 KOMMUNITARISTISCHE ERNEUERUNG	176
5.10 NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT	182
5.11 REFLEXIVE MODERNE	186
5.12 INTELLEKTUELLER HUMANISMUS	192
5.13 GLOBALE ZIVILGESELLSCHAFT	197
5.14 DRITTE WEGE	203

6. KONZEPTIONELLE ANSÄTZE	207
6.1 SUBSIDIARITÄT UND SOLIDARITÄT	207
6.2 REDEFINITION DER SUBSIDIARITÄT	207
6.2.1 Solidarische Subsidiarität	207
6.2.2 Autonome Beziehungen	208
6.2.3 Lernziel Subsidiarität	209
6.2.4 Kooperative Individualität	210
6.2.5 Ambivalente Identität	211
6.2.6 Föderative Subsidiarität	214
6.3 REDEFINITION DER SOLIDARITÄT	216
6.3.1 Subsidiäre Solidarität	216
6.3.2 Lernziel Solidarität	217
6.3.3 Freiwillige Solidarität	221
6.3.4 Verbindliche Solidarität	222
6.4 ÖKOSOZIALER UMBAU	223
6.4.1 Soziale Gerechtigkeit	223
6.4.2 Soziale Restrukturierung	226
6.4.3 Intermediäre Instanzen	228
6.4.4 Gemeinschaftliche Gesellschaft	231
6.4.5 Rekommunalisierung	235
6.4.6 Regulierung	236
6.4.7 Neue Rollen	237
6.4.8 Kooperativer Staat	239
 7. UMSETZUNG	 243
7.1 SOLIDARITÄT STÄRKEN	243
7.1.1 Arbeit teilen	243
7.1.2 Sozialpolitik resozialisieren	245
7.1.3 Grundsicherung und Ergänzungsleistungen ausbauen	248
7.1.4 Sozialhilfe vereinheitlichen	253
7.2 SUBSIDIARITÄT STÄRKEN	256
7.2.1 Handlungsräume öffnen	256
7.2.2 Hilfe zur Selbsthilfe	258
7.2.3 Empowerment	259
7.2.4 Kompetenzmotivation	261
7.2.5 Zivilcourage	264

7.3 SUBSIDIARITÄT UND SOLIDARITÄT	265
7.3.1 Verantwortung	265
7.3.2 Gesellschaftsvertrag	268
7.3.3 Soziale Zeit	270
 8. SCHLUSSBETRACHTUNG.....	 275
 9. LITERATUR	 279
9.1 BÜCHER UND WISSENSCHAFTLICHE AUFSÄTZE	279
9.2 ARTIKEL IN ZEITUNGEN UND ALLGEMEINEN ZEITSCHRIFTEN	296
9.3 WEITERE QUELLEN	301
 INDEX	 303
SACHINDEX.....	303

1. Einleitung

Armut, Arbeitslosigkeit, Krise des Sozialstaates, neue Unübersichtlichkeit, Risikogesellschaft und Werteverlust – diese Stichworte deuten an, was an der Schwelle zum 21. Jahrhundert viele Menschen beschäftigt. Zahlreiche Publikationen weisen daraufhin, dass die sich verbreitende Individualisierung den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Ob das zutrifft, ist zu prüfen. Unbestritten ist das Ziel, soziale Sicherheit für möglichst alle Menschen zu erreichen. Aber wie? Diese Frage wird unterschiedlich beantwortet. Die einen setzen mehr auf staatliche, andere auf private Anstrengungen. Das bringen verschiedene Konzepte von Subsidiarität und Solidarität zum Ausdruck. Sie berühren zentrale Schnittstellen zwischen der individuellen und der gesellschaftlichen Verantwortung. Mich interessiert dabei: Was soll die kleinere Einheit eines Gemeinwesens tun, was die grössere? Wie kommen sozial Benachteiligte dazu, sich für eigene Interessen einzusetzen? Welche Unterstützung benötigen sie?

Auf der Suche nach Antworten knüpfe ich an frühere Erhebungen an.¹ Ich vertiefe Aspekte der Selbsthilfe, beziehe das weitere Praxisfeld ein und stelle theoretische Bezüge her. Die Auseinandersetzung mit Subsidiarität und Solidarität zielt darauf ab, eine soziale Leitidee zu begründen, die über den oft vereinfachten Gegensatz Staat-Privat hinausweist. Sie soll dazu beitragen, die erwähnten Probleme anzugehen. Ich skizziere in allen Kapiteln einen aktuellen Stand der Debatte und ziehe jeweils kurz Bilanz. Zum Fazit gehört mein Vorschlag, die Ergänzungsleistungen für wirtschaftlich Benachteiligte auszuweiten und eine „Soziale Zeit“ für möglichst viele Bürger/innen einzuführen. So lassen sich meines Erachtens die gesellschaftliche und persönliche Verantwortung gut miteinander verknüpfen. Dies im Sinne eines Umbaus des Sozialstaates.²

Grundlage der vorliegenden Arbeit ist meine Habilitationsschrift über „Subsidiarität und Solidarität“. Sie wurde, von Herrn Prof. Dr. Paul Trappe be-

1 Im Vordergrund stehen die Studie „Armut im Kanton Basel-Stadt“ (Mäder et al. 1991) und die „Sozialuntersuchung Baselland – Alter“ (Mäder et al. 1995).

2 Ich kombiniere die weibliche und männliche Schreibweise, trenne in der Regel die Endungen mit einem Schrägstrich (Arbeiter/innen) und verwende, wenn das nicht geht, vor der zweiten Endung einen grossen Buchstaben (KlientInnen).

gleitet, im Frühjahr 1998 von der Philosophisch Historischen Fakultät der Universität Basel angenommen. Die Gutachten stammten von den Professoren Paul Trappe, Arnold Künzli und Heinz Moser. Ich danke ihnen ganz herzlich für ihr Interesse an der Arbeit.

Ich habe den Text Ende 1997 abgeschlossen. Die hier publizierte Fassung enthält einige lesefreundliche Vereinfachungen und einzelne Aktualisierungen. Eine stärker gekürzte und popularisierte Ausgabe ist beim Zürcher Rotpunktverlag erschienen.³ Der Sachindex enthält die zentralen Begriffe, wie sie aus dem Inhaltsverzeichnis hervorgehen.⁴

3 Ueli Mäder, Für eine solidarische Gesellschaft. Rotpunktverlag, Zürich 1999.

4 Die Originalfassung der Studie kann beim Autor eingesehen oder bezogen werden.

2. Ausgangslage

2.1 Soziale Herausforderungen

Nach dem zweiten Weltkrieg erlebten in der Schweiz breite Bevölkerungskreise eine materielle Besserstellung. Der wirtschaftliche Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre erweckte den Anschein, das Wachstum sei von anhaltender Dauer. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre halten jedoch Teile der unteren Einkommen mit den steigenden Lebenshaltungskosten für Nahrung, Mieten und Gesundheit nicht mehr Schritt. Das System der sozialen Sicherheit hat Mühe, erhöhte Risiken abzudecken. Diese ergeben sich aus dem Wandel der Arbeit und der Lebensformen. Wir verzeichnen eine Zunahme an Erwerbslosen, Alleinlebenden, Alleinerziehenden und Hochbetagten. Darauf weisen verschiedene kantonale Armutsstudien. Sie werden im nächsten Kapitel kurz vorgestellt. Eine nationale Untersuchung (Leu et al. 1997) bestätigt wichtige Ergebnisse.

In der reichen Schweiz lebt ein Zehntel der Bevölkerung unter der Existenzgrenze, wie sie durch den Anspruch auf Ergänzungsleistungen definiert wird. Für eine Einzelperson sind das, nach Abzug diverser Ausgaben (Anteile der Gesundheits- und Wohnkosten), monatlich rund 1'300 Franken. Die Studie unterstreicht den hohen Anteil der „working poor“. Über die Hälfte der Armen sind erwerbstätig. Hätten die Autoren die Saisonniers, Kurzaufenthalter/innen, Grenzgänger/innen und Asylbewerbenden ebenfalls berücksichtigt, wäre die Quote höher ausgefallen.⁵

5 Arm ist laut der Studie (Leu et al. 1997), wer nach „Ausschüttung“ von staatlichen Geldern unter der Existenzgrenze liegt. Wer mit Hilfe der Fürsorge das Existenzminimum erreicht, gehört nicht dazu. Viele Abhängige fühlen sich jedoch ausgegrenzt. 170'000 Personen waren 1992 auf die Fürsorge angewiesen, 1996 bereits 300'000. Verdoppelt hat sich im selben Zeitraum die Erwerbslosigkeit. Gleichwohl nehmen die Autoren an, die Armut habe sich kaum verschärft. Sie vernachlässigen meines Erachtens die psychischen Langzeitfolgen, die auch Kinder treffen. Hinzu kommt, dass viele Erwerbslose zu den Ausgesteuerten von morgen gehören. Die Daten der Studie beziehen sich auf das Jahr 1992. Nach der (ab 1.1.1998 geltenden) dritten Ergänzungsleistungsrevision beträgt der Ansatz für den monatlich anrechenbaren Lebensbedarf Fr. 1'357.50 für Alleinstehende und Fr. 2'036.25 für Ehepaare.

Die Studie belegt auch, wie sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sind in der Schweiz noch grösser als in andern Industrieländern. 40 Prozent Einkommensschwache hatten 1992 deutlich weniger Geld zur Verfügung als 1982. Und 5 Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen über gleichviel Nettovermögen wie die restlichen 95 Prozent. Der Einbezug von Lebenslagen zeigt ferner, dass Arme weniger Wohnraum und mehr gesundheitliche Probleme haben. Über ein Drittel der Rentner/innen lösen ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen nicht ein. Fast die Hälfte der Armen machen ihre Fürsorgeberechtigung nicht geltend. Das hängt mit der wenig ergründeten Prozessdynamik zusammen. In unserer individualisierten Gesellschaft lasten sich viele Arme selber an, was gesellschaftliche Ursachen hat.

Soziale Aufgaben werden häufig, aber mit sinkender Tendenz im Rahmen der familiären und verwandtschaftlichen Beziehungsnetze wahrgenommen. Die staatlichen Einrichtungen und professionellen Sozialdienste werden zunehmend beansprucht. Die Budgetdefizite der öffentlichen Haushalte bringen soziale Institutionen in die schwierige Lage, mit weniger Geld grössere Probleme bewältigen zu müssen. Es gilt, den vorhandenen Kuchen auf mehr Leute zu verteilen und das gemeinschaftsorientierte Zusammenleben zu fördern, verlangt Monika Stocker (Neue Zürcher Zeitung, 30.6.1995), die Vorsteherin des Zürcher Sozialamtes. Wir können uns ihrer Meinung nach die lange gepflegte Subventionskultur und die damit verbundene Bürokratie in Zukunft nicht mehr leisten.⁶ Grosse Hoffnungen beziehen sich deshalb auf neue Formen der Selbst- und Fremdhilfe.

Damit stellen sich die alten Fragen nach der Verteilung der Verantwortung unter neuen Vorzeichen. Sie lauten: Was übernimmt der Einzelne, was die Familie, die Verwandtschaft, die Nachbarschaft, das kleinere und das grössere Gemeinwesen? Wofür sind der Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft zuständig?

6 Monika Stocker ist Mitglied der Grünen Partei Schweiz und betrachtet das mangelnde Geld als Herausforderung, mit beschränkten Ressourcen die Lebensqualität zu erhöhen. Sie strebt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen zweiten Arbeitsmarkt für Langzeiterwerbslose und sozial Randständige an (Basler Zeitung, 22.4.1995). Dem steht das Verbot entgegen, mit solchen Angeboten das Gewerbe zu konkurrenzieren. „Wenn wir als Stadt soziale Pflichten haben und die Lasten tragen, dann müssen wir Rechte auf dem Markt bekommen“, entgegnet die Politikerin auf diesen Einwand. Der Staat soll Unternehmen für Benachteiligte gründen können, die ihre Produkte offensiv anbieten.

Seit Mitte der siebziger Jahre tritt in Deutschland der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital in den Hintergrund, stellt der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geissler (in Heinze 1986:183) noch vor dem starken Anstieg der Erwerbslosigkeit fest.⁷ Beim inflationären Verteilungskampf zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zeigt sich seiner Auffassung nach, dass keine von beiden Seiten mehr imstande ist, dauerhafte Vorteile zu Lasten der anderen zu erringen. Vielmehr sind es kinderreiche Familien, alleinerziehende Mütter, alte Menschen, Arbeitslose und Behinderte, auf deren Kosten Vorteile errungen werden. Eine neue Armut trifft vor allem die Nichtorganisierten. Die Unterprivilegierten der alten sozialen Frage, die Arbeiter/innen, gehören laut Geissler (ebd.) mittlerweile zu den Privilegierten der neuen sozialen Frage.⁸

In westlichen Industriegesellschaften ist alles grösser und vermeintlich besser geworden, aber der Raum für menschliche Begegnungen kleiner und deren Qualität schlechter, kritisiert der frühere Berliner CDU-Senator Ulf Fink (1986:157). Auf Probleme wie wachsende Vereinsamung, Isolation und psychische Gefährdung hat das System der sozialen Sicherung⁹ keine oder nur ungenügende Antworten. Der ökologisch orientierte Sozialwissenschaftler Joseph Huber (1987:16) pflichtet dieser Auffassung bei. Im Vergleich mit klassischen Industriegesellschaften sind die Probleme der typischen Dienstleistungsgesellschaft weniger materieller, sondern mehr psychosozialer Natur, wobei auch diese Herausforderungen als exi-

7 Heiner Geissler, von Kurt Sontheimer (Die Zeit, 26.12.1997) als „linker Christdemokrat“ gewürdigt, kritisiert auch in seiner Rückschau „Das nicht gehaltene Versprechen“ (1997) v.a. jene Politiker/innen, die „im Namen Gottes handeln“, ohne sich daran zu halten.

8 Auch Michael Arend (1993:III) nimmt den Begriff der „neuen sozialen Frage“ auf. Im Gegensatz zu den Betroffenen der „alten sozialen Frage“ haben die Angehörigen der heutigen Rand- und Problemgruppen (z.B. Ausländer/innen, Alleinerziehende, Arbeitslose, nichtangepasste Jugendliche, Drogenabhängige etc.) weniger gemeinsame Werte und Interessen, die zur Solidarität untereinander und zum kollektiven Einsatz gegen ihre gesellschaftlichen Benachteiligungen befähigen. Mit der Definition der (alten) sozialen Frage befasst sich Arthur Fridolin Utz (1958:299-308).

9 Mit „sozialer Sicherung“ ist hier das gesamte soziale Netzwerk gemeint, mit „sozialer Sicherheit“ das System der Sozialversicherungen. Diese Unterscheidung ist verbreitet, aber nicht einheitlich. „Justitia et Pax“ (1997:10) verwendet den Begriff „soziale Sicherheit“ beispielsweise für die gesamte materielle Existenzsicherung und die Gewährleistung des sozialen Zusammenlebens.

stentielle zu betrachten sind. Als neue soziale Problemlagen bezeichnet Franz Xaver Kaufmann (1986:41) den jugendlichen Drogenkonsum, das Schulversagen, die Desinstitutionalisierung familialer Zusammenhänge sowie die Vereinsamung im Alter.¹⁰

Laut Eckard Pankoke (1986a:119) bewegen sich die neueren sozialen Probleme hauptsächlich in Grauzonen und in Schattenlagen, die sich der arbeitgesellschaftlichen Normalität und Modernität entziehen. Zwar scheinen die Lebenskreise des Privaten zumeist noch durch Alltagsroutinen stabilisiert zu sein, doch manifestieren sich je länger desto mehr Schwierigkeiten und Bedürfnisse, die mit dem Normalitätsstandard eines sich weitgehend selbstgenügsam tragenden Privatlebens brechen. Auch der Normalitätsstandard Erwerbsleben stösst an strukturelle Grenzen; zum einen ist ein Einbezug aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozess kaum mehr möglich, zum andern entstehen neue Bedarfszonen, die über den Lohn aus eigener Arbeit immer weniger abzudecken sind. Dies gilt gerade für knappe und teure Güter wie Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Dienste, die sich immer weniger marktwirtschaftlich vermitteln lassen. Der infrastrukturelle Ausbau des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens ist somit zunehmend auf öffentliche Mittel angewiesen, was den Staat vor grosse Probleme stellt.¹¹

Dass ein Übermass an Hilfe viele Menschen in eine unwürdige Abhängigkeit bringt und deren Freiheit gefährdet, kritisiert auch der SPD-Politiker Joachim Becker (1994:10). Als hauptverantwortlich bezeichnet er „Exponenten des Ordoliberalismus“ sowie „unbewegliche Ideologen eines gewerkschaftlichen Wohlfahrtsdenkens“. Die exzessive Ausdehnung unzähliger Angebote hat mit Gerechtigkeit wenig zu tun. Der fast schon manische Zwang zur durchgängigen Professionalisierung sozialer Dienstleistungen drängt laut Becker (ebd.) das ehrenamtliche Engagement zurück.

10 Die Verunsicherung der Menschen sei heute grösser denn je, während die Bereitschaft zum persönlichen Engagement allmählich schwinde, urteilt Heinz Allenspach (1995:8). Als Vertreter des Schweizerischen Unternehmerverbandes plädiert er dafür, der geistigen Not der Menschen und der Anonymisierung der Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

11 Nach Auffassung des Unternehmervertreters Heinz Allenspach (1995:7) steckt der Sozialstaat nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Ländern Europas in der Krise. Die heutige Sozialpolitik beeinträchtigt den Leistungswillen. Sie schränke die Entscheidungsfreiheit der Bürger/innen ein und untergrabe deren Selbstverantwortung.

Heide Simonius, SPD-Ministerpräsidentin von Schleswig Holstein, fordert eine „Bürgergesellschaft gegen sozialen Zerfall“ (Focus 12/1997:204).¹²

Systemtheoretiker Niklas Luhmann (1984:15) konstatierte eine Selbstüberforderung des politischen Systems. Der übermässige Gebrauch der Steuerungsmittel Recht und Geld zeitigt Deformationserscheinungen und verweist auf Grenzen des Wohlfahrtsstaates.¹³ Franz Xaver Kaufmann (1983:477) ergänzt: Erstens stossen die Möglichkeiten fiskalischer Einkommensverteilung an immer spürbarere Grenzen des Abgabewiderstandes. Zweitens reduziert sich der staatliche Handlungsspielraum durch ein Stagnieren des wirtschaftlichen Wachstums. Drittens führt die staatlich-administrative Problembearbeitung zu Verrechtlichung und Bürokratisierung. Viertens erweisen sich die neuen sozialen Problemlagen gegenüber staatlich induzierten Massnahmen als weitgehend resistent. Kaufmann sieht in der „Krise des Sozialstaates“ auch Chancen für eine Neuorientierung. Der libertäre Sozialist Michael Schmidt (1987:17) hofft auf revolutionäre Impulse von der Basis. Schliesslich versucht der „Moloch Staat“ diese durch ein ausgeklügeltes Netz aus entmündigenden Einrichtungen zu kontrollieren. Zu den Folgen des Industriesystems gehört nach Michael Opielka (1983a:10) der weitgehende Verzicht auf Eigenbedarfswirtschaft. Als Leiter des Öko-sozialen Institutes betrachtet er die soziale Frage der Gegenwart primär als Frage nach einer Neugestaltung der Gesellschaft.¹⁴

12 Der Ökonomie Markus Schneider (Facts 15/1995:86) kritisiert, dass „der unsoziale Sozialstaat“ die Umverteilung kaum von Reich zu Arm, sondern vielmehr zugunsten der Privilegierten vornimmt. Jedenfalls zeichnet sich für die kommenden Jahre ein härterer Verteilungskampf zwischen jenen ab, welche den Sozialstaat aus-, ab- oder umbauen wollen. Wirtschaftsjournalist Werner Vontobel (Weltwoche, 10.11.1994) ortet eine der grössten Gefahren für den Sozialstaat im zunehmenden Auseinanderklaffen der Einkommen und Vermögen. Die Kluft zwischen Begüterten und Unprivilegierten entmutigt breite Bevölkerungskreise. Nach Studien der US-Ökonomen Torsten Persson und Guido Tabellini über die Wachstumsraten und Einkommensverteilung von 56 Ländern fällt das tendenzielle Wachstum um so höher aus, je gleichmässiger die Einkommen verteilt sind. Zum Schluss, dass Ungleichheit zu sozialem Stress, Krankheit und Kriminalität führt und das Wachstum behindert, kommt auch das britische „Institute for Public Policy Research“.

13 Weiter diskutiert bei Walter Reese-Schäfer (1996:97-109).

14 „Man kauft im Cash & Carry-Markt synthetische Wertlosigkeiten und schiebt die alte Oma in eines der praktischen Altensilos, kritisiert Michael Opielka (ebd.) den derzeitigen Zustand.

Bei den erwähnten Stellungnahmen fällt auf, wie Vertreter/innen aus dem progressiven Lager in die (v.a. von konservativen Kreisen in den achtziger Jahren) erhobene Kritik am übermarchenden Sozialstaat einstimmen. Sie betonen die „neuen sozialen Fragen“ in einer Weise, als ob es die „alten“ kaum mehr gäbe. Ob es sich heute tatsächlich um eine „Krise des Sozialstaates“ handelt, ist zu prüfen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Armut machen jedenfalls deutlich, dass es nebst der Orientierungslosigkeit und Sinnfrage auch wichtige materielle Probleme gibt.

2.2 Kontroverse Lösungsansätze

Beim Versuch, alte und neue soziale Probleme zu bewältigen, stellt sich die Frage nach der staatlichen Verantwortung. Grosse Unterschiede sind hier zwischen keynesianischen und liberalen Auffassungen auszumachen. Die einen favorisieren eine staatlich geförderte, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, die andern eine angebotsorientierte, bei der sich der Staat zurückhalten beziehungsweise auf ordnungspolitische Aufgaben beschränken soll. Konzeptionen eines Umbaus des Sozialstaates nehmen Anteile von beiden Argumentationen auf. Sie postulieren staatliche Anreize und eine solide Infrastruktur, die – über die Grundsicherung hinaus – die wirtschaftlichen und sozialen Eigenaktivitäten der Bürger/innen anregen.

Ein Kernpunkt der Kontroverse betrifft das System der sozialen Sicherheit. Die einen plädieren dafür, das Finalprinzip auszuweiten und die Hilfe für alle Lebenslagen und Risiken zu garantieren; andere wollen das Kausalprinzip stärker anwenden und den Leistungsanspruch einengen. Diese Debatte ist stark wertorientiert. Sie bezieht sich auf das Menschenbild. Im Vordergrund steht die Frage, ob mehr Sicherheit dazu beiträgt, menschliche Ressourcen zu entfalten. Aussagen dazu finden sich in zahlreichen Publikationen, die sich mit Armutsfragen befassen.

Thomas Mächler (1991:41) betrachtet die Sicherung der Existenz als Menschenrecht. Elisabeth Mahrer (1991:35) plädiert für eine Ausweitung des Ergänzungsleistungs-Modells, das in der Schweiz jenen, die eine Alters- oder Invalidenrente beziehen, ein Existenzminimum garantiert. François Höpflinger (1994:114) diskutiert die Einführung einer negativen Einkommenssteuer. Er postuliert eine Ausdehnung der Ergänzungsleistungen auf Familien (beziehungsweise auf Haushalte mit Kindern) und eine explizite

Verankerung des Rechts auf ein soziales Existenzminimum in der Bundesverfassung. Studien der Kantone Wallis und Bern verlangen ein garantiertes Mindesteinkommen (Perruchoud-Massy 1991:65) und einen klagbaren Rechtsanspruch auf das soziale Existenzminimum (Binder 1992:71). Als Nachteile eines garantierten Mindesteinkommens nennt die Zürcher Armutsstudie (Farago/Füglister 1992:71) die Schwächung des Arbeitsanreizes und des sozialen Gewissens der Arbeitgeber/innen. Zudem handle es sich um ein einseitig finanzielles Konzept, das bei einem Teil der Bedürftigen zu einer Verschlechterung der Lebenssituation führen könne.¹⁵

Die St. Galler Armutsstudie (Füglister/Hohl 1992:245) schlägt ein Existenzminimum zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen vor. Sie favorisiert gegenüber den Konzeptionen eines Grundeinkommens Massnahmen im Bereich der Beschäftigung. Vorschläge dazu enthalten alle genannten Untersuchungen. Sie erwähnen beispielsweise eine weniger geschlechtsspezifische Verteilung der Lohn- und Hausarbeit, eine Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbszeit, eine flexiblere Gestaltung der Pensionierung und die Einführung eines Rechts auf Arbeit. Mit einer ebenfalls vorgeschlagenen schrittweisen Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen können sich auch einzelne Vertreter/innen einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik anfreunden. Sie hoffen, dass dadurch der Arbeitsmarkt wieder mehr spielt.¹⁶

Die erwähnten Armutsstudien, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erschienen sind, befassen sich auch mit einer Neuausrichtung der sozialen Arbeit. Für eine Popularisierung der Familiensolidarität tritt die Walliser Untersuchung (Perruchoud-Massy 1991:65) ein, für mehr Kurse im psychologischen Umgang die St. Galler Studie (Füglister/Hohl 1992:245).

15 Eine Studie des Kantons Jura (Service de l'aide sociale 1991:19) verweist auf positive Erfahrungen mit einem RMI (revenu minimum d'insertion) in Frankreich. Eine Untersuchung der Stadt Neuenburg (Hainard et al. 1990) will ein solches Mindesteinkommen an verpflichtendere Bedingungen der Wiedereingliederung knüpfen.

16 Unter dem Titel „Postindustrielle Sehnsucht nach Arbeit“ empfiehlt der ehemalige Bankenvertreter Jacques Ittensohn (Neue Zürcher Zeitung, 15./16.7.95) ein Nachdenken darüber, wie eine Gesellschaft der Zukunft aussehen könnte, deren Werten nicht die traditionelle Erwerbsarbeit ist. Notwendig sind neue Paradigmen wie Menschenliebe und Hilfe am Nächsten in der Nachbarschaft.

Ein Fazit lautet, dass die Sachhilfe zwar wichtig bleibt, aber keineswegs ausreicht. Suchtprobleme verstärken die Armut, lassen sich aber nicht einfach mit Geld bewältigen.

Die im vorherigen Kapitel erwähnte nationale Armutsstudie (Leu et al. 1997) will niedrige Einkommen von der Steuerpflicht befreien, Arme auf ihre Ansprüche hinweisen und bestehende Lücken im sozialen Netz schliessen. Diese Massnahmen sind, wie die Autoren meines Erachtens zu Recht feststellen, durchaus finanzierbar. Würde die Schweiz eine Mutterschaftsversicherung einführen, hätte sie immer noch eine der tiefsten Sozialleistungsquoten in Europa. Ich komme darauf zurück. Die nationale Studie empfiehlt ferner eine staatliche Aufbesserung der Niedriglöhne.

In der Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991) diskutieren wir diesen Vorschlag. Wir verweisen darauf, wie ausgiebig die öffentliche Hand private Gewinne subventioniert, und regen an, die Minimallöhne anzuheben, die gesellschaftlich notwendige Arbeit besser zu verteilen und die soziale Integration der Armen zu fördern. Aber wie? Wie die meisten andern Studien betonen wir in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Was das heisst, möchte ich in der vorliegenden Arbeit weiter konkretisieren. Das erfordert auch ein Verständnis dafür, was eine neue Subsidiarität und Solidarität beinhaltet, die über den psychosozialen Bereich hinausreicht.

Bedeutsam ist, dass das Subsidiaritätsprinzip auch in andern Zusammenhängen aufgewertet wird. Der Schweizerische Bundesrat (Neue Zürcher Zeitung, 15./16.7.95) deklariert die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der regionalen Zusammenarbeit als Leitmotiv für die Neuordnung des Finanzausgleichs. Dies „wider den Vollzugsföderalismus“, der die Eigenverantwortung etwas in den Hintergrund gedrängt hat. Demgegenüber kritisieren finanzschwache Gemeinden und Kantone, dass unter dem Vorwand der Subsidiarität vornehmlich Lasten auf die kleineren Einheiten abgewälzt werden. Diese Verlagerung widerspricht dem Solidaritätsprinzip.

Das Subsidiaritätsprinzip wird auch in einem Papier der Freisinnig Demokratischen Partei Schweiz (Neue Zürcher Zeitung, 4.7.95) aufgewertet. Es befasst sich mit der Effizienzsteigerung im staatlichen Bereich. Eine systematische Prüfung staatlicher Tätigkeiten soll grundsätzlich von der Begründungspflicht staatlichen Handelns ausgehen. Was sich nicht speziell als staatliche Aufgabe begründen lässt, ist nach dieser Auffassung zu privatisieren. Kleine Schritte in Richtung mehr Markt im Sozialbereich kann sich

auch die Zürcher Stadträtin Monika Stocker vorstellen.¹⁷ Eine deutliche Warnung spricht der Basler Psychiatrieprofessor Raymond Battegay aus. Er wehrt sich dagegen, die wirtschaftliche Krise als Vorwand zu nehmen, um dann aus kurzfristigen Rentabilitätsgründen Leistungen für sozial Benachteiligte zu kürzen.¹⁸ Am Beispiel der sozialen Präventionsarbeit weist Michael Arend (1993:19) auf teilweise gegensätzliche Auffassungen hin, die sich hinter verbal ähnlichen Solidaritätsbekundungen verbergen.¹⁹

Wenn also von recht unterschiedlicher Warte aus mehr Selbstverantwortung und Selbsthilfe gefordert wird, sind auch die Ziele zu präzisieren, die damit verfolgt werden. So lassen sich die Chancen und Grenzen gemeinsamer Schneideflächen besser abstecken. Dazu gehört auch die begriffliche Verständigung. Ich betrachte das aufkommende Interesse an der Subsidiarität als eine günstige Gelegenheit. Wenn zumindest in Teilbereichen ein gemeinsames Verständnis zustande kommt, dann erleichtert das konkrete Verbesserungen der sozialen Sicherung. Aber dazu ist eine Ver-

17 Um das gemeinschaftsorientierte Zusammenleben zu fördern, strebt die Politikerin von der Grünen Partei Schweiz einen Systemwechsel an, nicht aber die weitere Stärkung individualistischer Tendenzen: zum einen soll vermehrt auf die konkreten Bedürfnisse ganzer Quartiere abgestellt werden, zum andern das Augenmerk statt auf Defizite verstärkt auf ungenutzte Ressourcen gelenkt werden. Dies mit dem Ziel, die Ressourcen optimal zu nutzen. So soll auch im Bereich Soziokultur ein Stück Markt Einzug halten, indem Aufgaben wie etwa die Führung einer Quartierseinrichtung vom Sozialamt im freien Wettbewerb und nach transparenten Vorgaben ausgeschrieben wird, damit sich auch Private bewerben können. (Neue Zürcher Zeitung, 30.6.95) In seinem „Plädoyer für eine ‘andere’ soziale Sicherung“ versucht ferner Peter Zweifel (Neue Zürcher Zeitung, 27.6.95) nachzuweisen, dass bei der sozialen Wohlfahrt „mehr Sicherheit ohne mehr Beiträge“ möglich ist.

18 Raymond Battegay (Basler Zeitung, 16.7.1992:35) schreibt: „Es werden Subventionen und Kredite beinahe ohne Rücksicht auf die Menschen gekürzt und gestrichen, und nach Stellen Ausschau gehalten, die zufällig frei werden und aufgehoben werden könnten, ohne daran zu denken, dass bei einer sorgfältigeren Abklärung der Gegebenheiten die Prioritäten sorgfältig abgewogen werden könnten.“

19 Er schreibt (ebd.): „Die ‘Bürgerlichen’ sehen die sozialpolitische Prävention als Stärkung der Selbstverantwortung der Menschen für ihre Gesundheit, Wohlbefinden und Integration innerhalb der bestehenden Gesellschaft, ‘Linke’ verstehen darunter eher ‘Systemänderungen’ in Richtung auf eine Gesellschaft, in welcher weniger sozialpolitische Problemfälle und gesellschaftliche Randlagen ‘produziert’ werden.“

tiefung der aktuellen Kontroverse nötig. Zudem halte ich es für unabdingbar, die Debatte über die Subsidiarität mit einer Debatte über die Solidarität zu verknüpfen.

2.3 Begriffe

2.3.1 Subsidiarität

„Subsidium“ ist ein Begriff der römischen Militärsprache. Er bedeutet Entsatzheer und meint jene Truppen, die in die Schlacht geschickt werden, um in Bredouille geratene Freundestruppen herauszuschlagen. (Huber 1987:34) Der davon abgeleitete Begriff „Subsidiarität“ ist wenig bekannt. Auf eine Kurzformel gebracht, beinhaltet er den Grundsatz des hilfreichen Beistandes. Als politisches Strukturprinzip steht die Subsidiarität nach der Bonner Regierungserklärung von 1982 für mehr Selbst- und Nächstenhilfe. Sie soll die Staatsbürokratie eindämmen und die Finanzlage entlasten. Gebräuchlicher ist das Wort „subsidiär“. Es wird im Sinne von „hilfsweise“, „unterstützend“ verwendet und hat damit den Beigeschmack der Nachrangigkeit. Günter Hartfiel (1972:635) bezeichnet das Subsidiaritätsprinzip als sozialetisches Unterstützungsprinzip. Die gesellschaftliche Hilfe soll erst dann erfolgen, wenn die Selbsthilfe eines Individuums oder einer Gruppe nicht ausreicht. Die kleinere Einheit hat das Recht, unbegründete Eingriffe der grösseren abzuweisen; die grössere Einheit hat die Pflicht, die Entfaltung der kleineren zu unterstützen. Diese Umkehrung wird oft dem Begriff der Solidarität zugeordnet, gehört aber auch zum Subsidiaritätsprinzip, das sich nicht – wie verschiedentlich versucht – auf die individuelle Selbsthilfe reduzieren lässt.

Inhaltlich hat das Prinzip der Subsidiarität verschiedene Wurzeln. Sie reichen u.a. auf vogenossenschaftliche Formen der gegenseitigen Unterstützung zurück. Ein anderer Strang lässt sich auf Johannes Althusius (1557-1638) zurück verfolgen. Der deutsche Sozialphilosoph und Jurist hat Lehren vom Staatsvertrag, von der Volkssouveränität und dem Widerstandsrecht gegen die tyrannische Herrschaft begründet.²⁰ Ansätze der Subsidiarität sind

20 Bezüge lassen sich auch zum Schweizer Reformator Johannes Calvin (1509-64) bzw. zu dem von ihm mitbegründeten Puritanismus herstellen, der die entzagende „Selbsthilfe“ des Einzelnen in den Vordergrund rückt und auch die Staatstheorie

auch in frühsozialistischen Entwürfen für überschaubare Gemeinschaften und in staatstheoretischen Schriften zu finden. Dazu gehören beispielsweise der Entwurf einer „république fédérative“ von Montesquieu (1689-1755) sowie Überlegungen von Alexis C. de Tocqueville (1805-1859), auf die sich Paul Trappe bezieht.²¹ Arthur Fridolin Utz (1963:36) sieht in der rechtsstaatlichen Auffassung des Liberalismus bzw. in der Reaktion darauf einen zumindest indirekten Anstoss zur Entstehung des Subsidiaritätsprinzips. Was praktische Ansätze betrifft, kann laut Joseph Senft (1990:29) „nicht übersehen werden, dass die angestrebte Ordnung zumindest am Modell der hierarchisch gegliederten mittelalterlichen Gesellschaft anknüpft“.

Die Subsidiarität ist u.a. durch die katholische Soziallehre bekannt geworden, die im Kapitel 5.7 weiter ausgeführt wird. 1891 veröffentlichte Papst Leo XIII. die Sozialenzyklika „Rerum Novarum“. Sie stellt eine wichtige Grundlage der katholischen Soziallehre dar. Im Vordergrund stand der Versuch, die durch die Industrialisierung ausgelösten sozialen Probleme und Konflikte aufzufangen. Dazu gehörten Massenarmut, aber auch Notlagen im Bereiche des Kleingewerbes und der Landwirtschaft. In der „Enzyklika Quadragesimo Anno“ beschreibt Papst Pius XI. (1931) den „Grundsatz des hilfreichen Beistandes“. Was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, darf ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden. Es verstösst gegen die Gerechtigkeit, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft das in Anspruch zu nehmen, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können. Jedwede Gesellschaftstätigkeit soll die

des Calvinismus prägt. Generell lässt sich vom christlichen Menschenbild sagen, dass es das Einzelwesen stark betont und auch darauf hinweist, dass das Einzel- und Gemeinwohl unabdingbar zusammen gehören.

21 Paul Trappe führt dazu in seinem Vortrag „Community and Society Revisted“ (am SASE-Kongress vom 7.7.1997 in Motreal) aus: „Max Weber, und schon zirka 70 Jahre vorher Alexis de Tocqueville, war bei ihren Besuchen in den USA aufgefallen, dass dort voluntary associations selbsttätig Aufgaben der community übernommen hätten, die in europäischen Nationalstaaten (vor allem in Frankreich) mehr und mehr vom Staat wahrgenommen würden, der aber diesen Aufgaben tatsächlich gar nicht gewachsen sei.“ Trappe (ebd.) weist ferner auf Tocquevilles Grossvater Malesherbes hin, der gegenüber dem absolutistischen Regimes (Ludwig XVI.) gefordert hatte, autonome Körperschaften zuzulassen, die auf Gemeindeebene Selbstverwaltung praktizieren sollten.

Glieder des Sozialkörpers unterstützen, sie aber niemals aufsaugen oder zerschlagen.

Im Sinne einer „Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung“ hat Oswald von Nell-Breuning wesentlich dazu beigetragen, das Lehrgebäude der naturrechtlich begründeten Sozialphilosophie auszudifferenzieren.²² Arthur Fridolin Utz (1958:277ff.) weist darauf hin, dass dieser Grundsatz nicht nur ein naturrechtliches Apriori ist. Er lässt sich auch als vernunftmässige Schlussfolgerung aus dem idealen Gemeinwohlbegriff ableiten und durch die Wirklichkeit der Menschen bestätigen.²³ Mit „Mater und Magistra“ beginnt 1961 eine Epoche der katholischen Soziallehre, die sich nicht nur als Sozialphilosophie versteht, sondern verstärkt sozialwissenschaftlich argumentiert. Seit 1982 ist vermehrt von einer „neuen Subsidiarität“ die Rede. Sie bezieht sich auf die (im Kapitel 2.1 erwähnten) „neuen sozialen Probleme“. Die „neue Subsidiarität“ soll helfen, die „Krise des Wohlfahrtsstaates“ zu überwinden. Die klassische Definition des Subsidiaritätsprinzips wurde in der krisengeschüttelten Weimarerzeit von Jesuiten und Sozialwissenschaftlern formuliert. Die derzeitige Renaissance des Subsidiaritätsprinzips sieht Joseph Senft (1990:15) auch auf dem Hintergrund wirtschaftlicher Probleme.

Arthur-Fridolin Utz (1949:279ff.) bezeichnet den Aufbau von unten nach oben, vom Individuum zur Gesellschaft, von der kleineren zur grösseren

22 Nell-Breuning wurde am 8.3.1890 in Trier geboren, studierte Theologie und Volkswirtschaft, wurde 1921 Priester, erhielt 1928 einen Lehrstuhl in Sankt Georgen, wirkte 1931 als Berater von Papst Pius XI. an der Formulierung der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ mit, hatte von 1936 bis 1945 Schreibverbot, wurde 1944 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, war von 1948 bis 1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium, wurde 1980 vom Deutschen Gewerkschaftsbund mit dem Hans-Böckler-Preis ausgezeichnet, wehrte sich gegen den Abbau von Mitbestimmung bei Mannesmann und anderen Firmen, hielt bis zu seinem 96. Lebensjahr regelmässige Vorlesungen, wie einem Bericht von Lothar Schanz (in den Luzerner Neuesten Nachrichten vom 7.3.1990 zum 100. Geburtstag von Nell-Breuning) zu entnehmen ist.

23 „In den 50er Jahren hat nicht zuletzt Arthur Fridolin Utz in zahlreichen Beiträgen zur Erhellung des Stellenwerts innerhalb der katholischen Soziallehre beigetragen“, schreibt Joseph Senft (1990:17). Utz (1958:277-299) betont, dass der Grundsatz der Subsidiarität auch als vernunftmässige Folgerung aus dem idealen Gemeinwohlbegriff und der sozialen Wirklichkeit der Menschen verstanden werden kann.

Einheit als subsidiäres Prinzip. Er betont zwei Elemente. Erstens das „Gebot der Nichteinmischung“ der Gesellschaft. Es schützt die Rechte der einzelnen. Die höhere gesellschaftliche Instanz muss die tiefere machen lassen, wenn diese selber in der Lage ist, ihre Aufgaben zu bewältigen. Zweitens das „Gebot der Hilfe“. Es ist dann wichtig, wenn die einzelnen überfordert sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Utz unterstreicht dabei die Beschränkung des Eingriffes und den Willen zur Selbständigkeit. Er versteht das Subsidiaritätsprinzip auch als Pflicht. Die Menschen sollen das tun, was in ihren Kräften liegt, bevor sie die Hilfe suchen. Da das Gemeinwohl als Wohl von vielen personalen Wesen verstanden werden muss, ist die Freiheit der einzelnen ein Gut, das zum Gemeinwohl gehört.²⁴

Oswald von Nell-Breuning (1980/1986:45) hebt in seiner Interpretation die Notwendigkeit staatlicher Vorleistungen hervor, welche die Selbsthilfe begünstigen. Soll es dem Ganzen wohl ergehen, dann muss es allen seinen Mitgliedern wohl ergehen. Soll es den einzelnen Gliedern gut gehen, muss das Ganze in gutem Befund sein.²⁵

Auf das abstrakte Ordnungsprinzip der Subsidiarität beziehen sich recht unterschiedliche Handlungsanleitungen. In der Sozialhilfe wird es benutzt, um den Vorrang „freier Träger“ (Heinze 1986:14) gegenüber den öffentlichen zu begründen.²⁶ Wirtschaftsliberale Kräfte begründen mit dem Subsidiaritätsprinzip eine Politik der Einschränkung sozialstaatlicher Interventionstätigkeit und der Stärkung der Marktkräfte. Sozial orientierte Konservative verstehen darunter eine Festigung traditionaler Gemeinschaften. Grüne Alternative lehnen den Begriff mehrheitlich ab. Einzelne verwenden

24 Die Freiheit des Einzelwesen, argumentiert Utz (ebd.) weiter, muss demnach nicht nur geduldet, sondern geschützt werden, sofern sie dem Gemeinwohl nicht zuwiderläuft. Das sei die erste und oberste Formulierung des Subsidiaritätsprinzips, die für jede Gesellschaft, für jede Situation gelte. In diesem Sinne gehöre das Subsidiaritätsprinzip zu den ewigen Wahrheiten der Gesellschaftsphilosophie.

25 Nell-Breuning kritisiert, wie Joseph Senft (1990:V) beschreibt, dass das Subsidiaritätsprinzip in der politischen Praxis meist angerufen wird, um einem Übermass an gesellschaftlicher oder staatlicher Zuständigkeit zu wehren. Sinngemäss: Hilfe ist nur dann zu leisten, wenn sie unumgänglich notwendig wird.

26 Joseph Senft (1990:39) beschreibt schon die Weimarer Fürsorgegesetzgebung als Beispiel für die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips. Im Fürsorgegesetz aus dem Jahr 1923 wird festgelegt, dass von Staats wegen keine neuen Institutionen geschaffen werden, soweit geeignete Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vorhanden sind.

und deuten ihn im Sinne einer Sicherung von Freiräumen für Selbstorganisation und selbstbestimmte Lebensstile (Olk 1986:284). In sozialdemokratischen Kreisen verbreitet sich nach Vilmar (1986:20) eine progressive Fassung der Subsidiarität.²⁷ Diese Interpretation beruft sich teilweise auf Nell-Breuning. Vilmar sieht das Subsidiaritätsprinzip vor allem in der Selbsthilfebewegung verwirklicht. Er legt Wert auf die Dezentralisierung und das Widerstandsrecht der kleinen Lebenskreise.

Anke Brunn (1986:170) stellt in Deutschland eine Verkehrung des Subsidiaritätsprinzips nach dem Bonner Regierungswechsel von 1982 fest. Seit her werden laut der Ministerin des Landes Nord-Rhein-Westfalen vor allem eine Reprivatisierung und ein Abbau von sozialen Diensten und Leistungen angestrebt.²⁸ „Justitia et Pax“ (1997:16) kritisiert, dass mit dem Begriff „neue Subsidiarität“ teilweise polemisch für eine Abkehr vom sogenannten Giesskannenprinzip und für einen Umbau des Sozialversicherungssystems nach dem Bedürfnisprinzip geworben wird.²⁹ Dass das Prinzip der Subsidiarität so unterschiedlich interpretiert wird, ist ein Problem; dass ganz verschiedene Personen mit dem Begriff etwas anfangen wollen, kann auch eine Chance sein, in Teilbereichen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Die Wirklichkeit ist allerdings nicht im Begriff selbst zu suchen. Definitionen sind wichtig, aber vorwiegend ein Hilfsmittel, um sich besser der sozialen Realität anzunähern.

27 „Was in kleinen Einheiten, häufig in Selbstorganisation der Betroffenen, in nachbarschaftlicher Hilfe oder vom einzelnen selbst geleistet werden kann, das sollten staatliche Behörden und Wohlfahrtsverbände nicht an sich reißen, sondern es vielmehr unterstützen“, schreibt die „Kommission Grundwerte des SPD-Parteivorstandes“ 1982 (nach: Senft 1990:1). Der Kommissionspräsident Johannes Strasser plädierte für ein sozialistisches Subsidiaritätsprinzip.

28 So wird versucht, stellt die Ministerin (ebd.) weiter fest, jenseits von Markt und Macht, von Elend und Reichtum, eine zweite Realität zu schaffen, die harmonische, nachbarschaftsorientierte Sozialbeziehungen ermöglicht, um dann die auf ehrenamtlicher Basis aufgebaute, kostenlose „Plastikidylle“ mit dem Orden der neuen Mütterlichkeit zu verzieren. Dass die einzelnen zunächst in die Lage versetzt werden sollten, sich selber zu helfen, gerät bei dieser Konzeption einer neuen Subsidiarität oft in Vergessenheit. Mit dem Regierungswechsel von 1998 zeichnet sich im Sozialbereich wieder eine stärkere Betonung der infrastrukturellen Vorleistungen ab.

29 „Es fällt auf, wie die Kritiker des aktuellen Systems der sozialen Sicherheit ihre Position in einschlägige Schlagworte kleiden können“, kritisiert „Justitia et Pax“ (1997:18) mit Bezug auf die Begriffe „Soziale Hängematte“, „Giesskannenprinzip“ und „Neue Subsidiarität“.

2.3.2 Solidarität

Solidarität bedeutet Zusammengehörigkeit, Verbundenheit, Gemeinsinn. Das Wort entstammt dem Französischen „solidaire“ und dem Lateinischen „solidus“. Das heisst soviel wie „echt“ und „ganz“. (Schmid 1994:504) Die deutsche Sprache kennt noch das entsprechende Wort „solid“. Es hat die Bedeutung von „fest“, „zuverlässig“. „Solidus“ ist auch mit dem lateinischen „salvus“ verwandt; zu Deutsch: „heil“, „gesund“. Ein solidarischer Mensch ist ein echter und ganzer Mensch. Er ist nicht „selbst-los“, sondern „ganz selbst“.³⁰ Im Kern verweist das Solidaritätsprinzip auf die Notwendigkeit, „die Gesellschaft in erster Linie auch als Gefüge gegenseitiger Abhängigkeiten der sie konstituierenden Subjekte zu betrachten“ (Günter Hartfiel 1972:597).

Heinz Kleger (1997:100ff.) erwähnt drei konzeptionelle Wurzeln der Solidarität: eine republikanische, eine sozialistische und eine katholische.³¹ Die republikanische Volksverbundenheit kommt im Patriotismus zum Ausdruck. Um Gegenmacht, Zusammenhalt und soziale Einrichtungen geht es der Arbeiter/innen-Bewegung. Der Solidarismus der christlichen Sozialphilosophie argumentiert mit der Gleichheit vor Gott. Anton Rauscher (1989b:8) versteht die christliche Solidarität als eine, die im sozialen Sein des Menschen begründet ist. Indem sie alle Menschen dazu verpflichtet, füreinander einzustehen, unterscheidet sie sich von einem klassenmässigen Verständnis der Solidarität.³²

Die Solidarität gehört nach Oswalt von Nell-Breuning (1980/85:45) unabdingbar zur Subsidiarität. Der Jesuitenpater lehnt eine pragmatische

30 Eine ausführlichere Herleitung des Wortes „Solidarität“ findet sich bei Hans Saner (1997:88ff.), der zum Schluss kommt, dass es keine allgemein verbindliche Auslegung gibt.

31 Georg Kreis (Basler Zeitung, 2.8.1997) konkretisiert, was die „Nationale Solidarität“ sowie die „Solidarität zwischen Arbeitgebern und -nehmern“ ausmacht.

32 „Der Begriff der Solidarität betont die strukturelle Seite des gesellschaftlichen Zusammenlebens, ist das Bauprinzip der menschlichen Gesellschaft, steht aber, was seine inhaltliche Seite betrifft, mit dem christlichen Gebot der Liebe in ursprünglichem Zusammenhang“, schreibt Anton Rauscher (1989b:8), Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.

Hervorhebung der privaten Selbsthilfe ab. Nell-Breuning vertritt die Auffassung, dass das Subsidiaritätsprinzip das Solidaritätsprinzip voraussetzt. Er betont die Pflicht der Gemeinschaft, ihren Gliedern hilfreich zu sein. Das erfordert keine abwartende Haltung. Hilfe ist auch eine Investition. Sie ermöglicht es den Menschen, sich selber zu helfen. Ohne Gemeinschaft kann das Individuum nicht existieren. Sie erbringt Vorleistungen. Ohne Solidarität gibt es keine Subsidiarität. Für Ulf Fink (1986:157) ist Solidarität das Ziel und Subsidiarität der Weg dazu. Nach Franz X. Kaufmann (1986:59) setzen Selbsthilfe und Subsidiarität die Solidarität voraus.³³

Arthur Fridolin Utz (1949:287) begründet, warum die Gesellschaft dem einzelnen gegenüber auch dann solidarisch sein muss, wenn dieser der Gesellschaft keine greifbaren Dienste erbringt. Als Beispiele erwähnt er die Alterssicherung sowie Menschen, die von Geburt an krank sind. Utz stellt die Privatinitiative in der Rang- und Wertfolge in allen Fällen vor die gesellschaftliche Hilfe. Das Subsidiaritätsprinzip ist für ihn ein Grundsatz. Es geht der gesellschaftlichen Intervention voraus, die oft als Solidarität bezeichnet wird.

Die katholische Soziallehre versteht die Solidarität als das Prinzip der gegenseitigen Verbundenheit und Verantwortung aller Glieder der Gesellschaft. Sie umfasst das Verhältnis des einzelnen zum Mitmenschen und zur Gemeinschaft. Dazu gehört auch das Verhältnis der verschiedenen Gemeinschaften untereinander. Grosse Bedeutung erlangte der Solidaritätsbegriff in den Sozialenzykliken von Papst Johannes XXIII. (Utz 1963) und Paul VI. (Krauss 1967). Solidarität ist dort mehr als ein moralischer Aufruf an einzelne. Die Solidarität wird als eine Forderung verstanden, die soziale, wirtschaftliche und politische Konsequenzen hat. (Senft 1990:169)

Niklas Luhmann (1984) warnte davor, der Politik eine globale Rolle in unserer Gesellschaft zuzuweisen. Jürgen Habermas (1985) zeigt, dass sie die Lebenswelt durchdringt und die gesellschaftliche Reproduktionsfähigkeit beeinträchtigt. Die Politik gefährdet damit auch die eigenverantwortliche Entwicklung, selbstbestimmte Lebensstile sowie Kommunikationsfähigkeiten, die Bestandesbedingungen der Systeme Markt und Macht sind. Um der „Kolonisierung der Lebenswelt“ zu begegnen, plädiert Habermas für eine

33 Fritz Vilmar (1986:18) geht weiter auf die Verknüpfung der Solidarität mit der Subsidiarität ein. Er betont jene Ursprünge der Subsidiarität, die nicht auf die katholische Soziallehre zurückgehen. Auch Nell-Breuning vermeidet eine Herleitung der Subsidiarität aus den Lehrsätzen der päpstlichen Enzykliken und der katholischen Soziallehre.

Reaktivierung der Ressource Solidarität. Olk (1986:291) führt diesen Gesichtspunkt weiter aus.

Franz X. Kaufmann (1983), der das Verhältnis zwischen öffentlichen Dienstleistungen und Selbsthilfemöglichkeiten untersucht, hofft auf eine neue Solidarität. Er versteht sie als Voraussetzung dafür, dass die Selbsthilfe zum Tragen kommen kann. Solidarität lässt sich aber nicht verordnen. Kaufmann führt soziale Situationen, in denen Solidarität als Steuerungsmechanismus dominiert, auf drei Bedingungen zurück. Eine erste Konstellation ergibt sich bei hoher sozialer Ähnlichkeit und dauerhaftem Zusammenleben, etwa im Sinne der von Durkheim beschriebenen „mechanischen Solidarität“; eine zweite im Falle einer intensiven gemeinsamen Werteorientierung, wie sie im Rahmen einer sozialen Bewegung entstehen kann und von Kommunitarier/innen neu angeregt wird; eine dritte anlässlich extremer Bedrohungen, sofern sich ein Bewusstsein der Risikogemeinschaft verbreitet. Darauf weist auch Ulrich Beck (1986) hin. Risiken können allerdings auch einen Rückzug oder eine Flucht nach vorn bewirken. Prozesse der Individualisierung behindern den erhofften Schulterschluss zwischen Menschen, die von einem Problem betroffen sind.

Peter Atteslander (1960/1993) hebt in seinen Ausführungen über Nachbarschaftshilfe die Bedeutung der „Gemeinsamkeit der Interessenlage“ hervor, die Max Weber bereits zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts betont hat.³⁴ Die Interessenlage reicht weit über die unmittelbaren Lebensbedingungen hinaus. Klaus Deimer und Dieter Jaufmann (1986:188) gehen auf die Bedeutung der äusseren Rahmenbedingungen ein, mit denen sich auch Horst E. Richter (1975:69) befasst. Er verknüpft in seiner Studie „Lernziel Solidarität“ die individuelle Entwicklung und den sozialen Wandel. Er tut dies u.a. am Beispiel des Individualismus, der als gesellschaftliches Phänomen das persönlich solidarische Verhalten teilweise hemmt.

Solidarität beruht laut „Justitia et Pax“ (1997:10) auf dem Wissen darum, dass eine Gesellschaft auseinanderfällt, wenn sie aus Individuen besteht, die sich vornehmlich am kurzfristigen Eigennutz orientieren. Die Gemeinwohlorientierung der Solidarität erfordert es, die eigenen Partikularinteressen den langfristigen Gesamtinteressen der Gesellschaft zu unterordnen. Solidarität bedeutet den Einsatz für ein Gemeinwesen, das niemanden ausschliesst. Die solidarische Gesellschaft gewährt allen Mitgliedern – in so-

34 Peter Atteslander (1993:13-33) nimmt diesen Gedanken auch im Zusammenhang mit der kulturellen Eigenentwicklung als Kampf gegen die Anomie auf.

zialer und materieller Hinsicht – einen Platz. Die Solidarität reduziert sich nicht auf das Eintreten für die Anliegen von Benachteiligten.

Ob der heutige Sozialstaat partiell zur Schwächung des individuellen Solidaritätsbewusstseins beiträgt, wird kontrovers beurteilt. In vorindustriellen Gesellschaften wurde die Solidarität über die konkreten Begegnungen zwischen den Menschen gelebt, die unmittelbar voneinander abhängig waren. Der Übergang zur institutionell vermittelten Solidarität der modernen Gesellschaft brachte eine Anonymisierung mit sich. Die Verlagerung der Solidarität auf eine abstraktere Ebene stellt heute bewusstseinsmässig und emotional andere Anforderungen. Hier vollziehen sich Brüche, die sich hoffentlich überbrücken lassen. Konzepte einer Sozialzeit weisen auf konkrete Möglichkeiten hin. Mich interessiert, wie unter den Bedingungen des weit verbreiteten Individualismus neue Formen der Solidarität zum Tragen kommen können. Es geht hierbei nicht um eine moralische Allerweltsformel der Moderne, sondern um die praxisbezogene Solidarität. Kleger (1997:109) billigt ihr eine Kohärenzkraft zu, „die über immer wieder neu entstehende Spaltungen und Konfliktpotentiale hinweg eine demokratische Bürgergesellschaft zusammenhalten kann“.

2.4 Fragen

Die einen wollen die Individuen entlasten, andere wollen ihnen mehr Pflichten aufbürden. Die einen klagen darüber, dass die moderne Gesellschaft ihre Mitglieder bevormundet, andere darüber, dass sie diese im Stich lässt.³⁵ Im Kern geht es bei der Auseinandersetzung um die Subsidiarität und Solidarität darum, wer in unserer Gesellschaft was tun kann und tun soll. Diese alte Frage, die sich nicht pauschal beantworten lässt, spitzt sich heute zu. Tendenzen zu Anonymisierung und Ausgrenzung lassen fragen, was unsere stark individualisierte Gesellschaft zusammenhält? Klärungen hierzu sind nötig. Ohne sie bleibt der Entwurf eines Soll-Zustandes im luftleeren Raum. Um zu konkreten Aussagen zu kommen, muss sich ein Orientierungsversuch allerdings beschränken. Die vorliegende Arbeit geht von den alten und neuen sozialen Problemen aus, die vielen Menschen zu schaffen machen. Sie thematisiert individuelle und gesellschaftliche Möglichkeiten der Existenzsicherung, die materielle und immaterielle Aspekte umfasst. Zen-

35 Peter Gross lässt sich (in Heinze 1986:71) darüber aus, wie eigentlich alle Seiten nur das Gute wollen.

tral ist die Frage, welchen Beitrag die Grundsätze der Subsidiarität und Solidarität dazu beitragen können. Hierbei interessiert auch, was sozial Benachteiligte dazu motiviert, sich für eigene Interessen und gemeinsame Ziele zu engagieren.

Aus diesen Kernfragen ergeben sich eine Reihe von zusätzlichen Fragen. Sie bewegen sich auf unterschiedlichen Ebenen. Auf der persönlichen ist zu differenzieren, wer welche sozialen Aufgaben warum erfüllt, ob freiwillig und zu welchem Preis. Auf der ordnungspolitischen gilt es zu klären, warum welche Konzepte der Selbsthilfe vertreten werden. Geht es darum, Kosten von der Gesellschaft auf kleinere Einheiten abzuwälzen oder diesen mehr Kompetenzen zu geben?

Zentral ist zunächst, wo wir überhaupt stehen: Was kennzeichnet den sozialen Wandel? Wie beeinflussen die sich verändernden Rahmenbedingungen das Feld, in dem sich alte und neue soziale Probleme stellen? Was für Lösungsansätze gibt es? Welcher Stellenwert kommt hierbei den Konzepten einer Subsidiarität und Solidarität zu? Was für ein Menschenbild vertreten sie? Was sagen sie bezüglich verschiedenen Formen der Selbsthilfe aus? Bedeutsam ist, unter welchen Bedingungen die individuelle und soziale Selbsthilfe zum Tragen kommen kann. Zum einen geht es um das unmittelbare Umfeld der Menschen, zum andern um die übergeordneten gesellschaftlichen Strukturen bzw. um die „Akteure“ Wirtschaft und Staat. Wie muss eine soziale Infrastruktur ausgestaltet sein, damit sie die Einzelwesen weder überfordert, noch unterfordert, sondern dazu anregt, Verantwortung zu übernehmen? Und wie wirken sich verschiedene Formen der Unterstützung aus?³⁶

Diese weit reichenden Fragen sind als Ausrichtung zu verstehen. Alle lassen sich nicht fundiert beantworten. Die Gewichtung geht aus den folgenden Orientierungshypothesen und methodischen Überlegungen hervor. Ich strebe, was die Subsidiarität und Solidarität anbelangt, eine Synthese an und versuche dabei, die gesellschaftliche und individuelle Ebene miteinander zu verbinden.

36 Die Fragen zur Selbsthilfe berühren persönliche Fertigkeiten, zwischenmenschliche Interaktionen, das Zusammenwirken der Gruppen untereinander sowie den Stellenwert der Selbsthilfe in der Gesellschaft. Dabei interessiert, wie sich sozialisationsbedingte und lebensweltliche Erfahrungen der Individuen auf die Bereitschaft zur Selbsthilfe auswirken und welche gesellschaftlichen Strukturen diese Bereitschaft fördern? Befinden wir uns etwa auf dem Weg zu einer Selbsthilfegesellschaft? Und wie erstrebenswert ist das?

2.5 Annahmen

Die folgenden Annahmen sind als Orientierungshypothesen zu verstehen. Sie gründen auf meinem Vorverständnis und lassen sich nicht streng überprüfen. Die systematisierende Diskussion soll dazu beitragen, die Annahmen kritisch zu befragen und deren Begründung zu verfeinern. Dies im Sinne einer Annäherung an eine komplexe soziale Realität, die sich nicht präzise erfassen und in Systeme pressen lässt. Die Annahmen beziehen sich v.a. auf den Teil der theoretisch ausgerichteten Arbeit, der sich auf empirische Grundlagen abstützt. Im Vordergrund stehen Selbsthilfeinitiativen von sozial Benachteiligten. Sie eignen sich, das Zusammenwirken von Subsidiarität und Solidarität näher zu betrachten, um so die wünschenswerte Leitidee präzisieren zu können. Meine Orientierungshypothesen lauten.

1. Selbsthilfeinitiativen haben in der Schweiz eine lange Tradition. Mit der 1968er-Bewegung und den rezessiven Einbrüchen gewinnen sie an Bedeutung. Sie zeugen von der Bereitschaft und Notwendigkeit, auf individueller und gemeinschaftlicher Basis soziale Verantwortung zu übernehmen.
2. Aktuelle soziale Probleme wie neue Formen der Armut verlangen eine Intensivierung von Selbsthilfeinitiativen, erschweren aber deren Entfaltung. Die Zunahme von Selbsthilfeinitiativen ist noch kein Beleg für eine gesellschaftlich dominante Entwicklung von unten. Sie begünstigt jedoch eine Ausweitung demokratischer Grundprinzipien.
3. Damit Selbsthilfeinitiativen zum Tragen kommen, ist eine entsprechende soziale Infrastruktur notwendig. Die staatlichen Anstrengungen werden durch die privaten ergänzt, aber nicht ersetzt.
4. Eine starke Subjektorientierung kennzeichnet viele Selbsthilfeinitiativen. Mehr oder weniger gemeinschaftlich eingebunden, helfen die Beteiligten bei ihren Aktivitäten auch immer sich selbst. Die Betonung der Individualität ist mit der geforderten Solidarität gut vereinbar.
5. Wenn sich Selbsthilfeinitiativen isoliert auf Einzelprobleme konzentrieren, dann laufen sie Gefahr, durch teilweise gegenläufige Interessen übergeordneter Instanzen vereinnahmt zu werden. Eine Selbsthilfe, welche die

Bewältigung struktureller Probleme privatisiert und den Individuen überlässt, überfordert die einzelnen Träger.

6. Selbstbestimmung und Mitbestimmung sind konstituierende Elemente von Selbsthilfeinitiativen. Persönliche Emanzipation und gesellschaftliche Partizipation bedingen sich gegenseitig. Eine besondere Chance von Selbsthilfeinitiativen besteht darin, über die Realisierung spezifischer Anliegen hinaus auch auf das gesellschaftliche Ordnungsgefüge einzuwirken.
7. Sollen Selbsthilfeinitiativen über marginale Ansätze hinaus eine Breitenwirkung erlangen, sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen erforderlich, die solche Anstrengungen unterstützen. Vielfältige Möglichkeiten von Alltagserfahrungen, bei denen Selbstbetätigung und Eigenverantwortung erwünscht sind, tragen wesentlich dazu bei, Selbsthilfeinitiativen zu stützen. Demokratisierung ist ein Prozess, der sich auf alle Lebensbereiche bezieht.
8. Die soziale Selbsthilfe stellt eine ideale Verbindung der Subsidiarität und Solidarität dar. Sie trägt dazu bei, gesellschaftliche Gegensätze und Widersprüche zu überwinden, statt auf Individuen abzuwälzen.

2.6 Methodische Überlegungen

Was können eine näher zu definierende Subsidiarität und Solidarität dazu beitragen, aktuelle soziale Probleme wie neue Formen der Armut zu bewältigen? Das ist die zentrale Frage, mit der sich die vorliegende Arbeit befasst. Die Suche nach Antworten erfolgt bewusst über scheinbare Umwege. Wer nämlich von den Problemen direkt zu den Lösungen vordringen will, läuft Gefahr, über das Ziel hinauszuschiessen. Wichtig ist, dass Ziele und Lösungsansätze aus der Ergründung von Ursachen und der Situierung von Problemen abgeleitet werden. Dazu gehören eine Vergegenwärtigung und Erörterung wesentlicher Merkmale des sozialen Wandels. Ohne sie lassen sich Formen der Armut ebenso wenig verstehen wie der viel beklagte Individualismus, wobei interessiert, ob dieser auch Elemente einer neuen Verbindlichkeit und Kooperationsbereitschaft beinhaltet. Um Chancen und Grenzen der Subsidiarität und Solidarität zu diskutieren, bieten sich als konkrete Beispiele verschiedene Ansätze der Selbsthilfe an.

Meine Auseinandersetzung mit der Subsidiarität und Solidarität ist praxisbezogen und stark theoretisch orientiert. Ich analysiere und diskutiere das einschlägige Schrifttum sowie vorliegende empirische Daten. Zu den eigenen Erhebungen gehören eine teilnehmende Beobachtung und schriftliche Befragung bei „Basels Grauen Panthern“, die sich als Selbsthilfegruppe verstehen, vertiefende Intensivgespräche mit einzelnen Mitgliedern sowie eine mündliche Befragung von hundertfünfzig Genossenschaftshaushalten bezüglich des Potentials an Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe. Diese Arbeiten sind bereits publiziert.³⁷ Es handelt sich hier um Zusatzauswertungen. Hinzu kommen Vertiefungen von Untersuchungen, die wir im Rahmen der Studie „Armut im Kanton Basel-Stadt“ (Mäder et al. 1991)³⁸ und der „Sozialuntersuchung Baselland“ (Mäder et. al. 1995)³⁹ durchgeführt

37 Bei der Analyse der Wohngenossenschaft handelt es sich um eine Arbeit im Auftrag des Amtes für Alterspflege und des Basler Sanitätsdepartementes (Mäder, in: ders., et al. 1991, S. 452-477).

38 Zu einzelnen Untersuchungsschritten der Basler Armutsstudie: Die schriftliche Befragung von 450 sozialen Institutionen und die 100 mündlichen Nachgespräche analysieren das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen. Die Prozessanalyse bei 486 Empfänger*innen von Sozialhilfe und die Auswertung von 120 Fürsorgedossiers enthalten Hinweise auf die Wirksamkeit einer Hilfe zur Selbsthilfe. 60 Tiefeninterviews mit Personen, die sich um das Existenzminimum bewegen, beziehen sich je hälftig auf solche, die Sozialhilfe erhalten bzw. nicht beanspruchen. Dabei kommen unterschiedliche Bewältigungsstrategien zum Vorschein. Erwähnt sei ferner die Verknüpfung sozio-ökonomischer Merkmale bei einer Stichprobe von 413 Bezüger*innen von Krankenkassenprämien-Beiträgen (Grundgesamtheit 29'000) und bei 7'000 Bezüger*innen von Ergänzungsleistungen. Die Analyse von 31 Haushaltungen zeigt – nebst Doppelspurigkeiten – die mögliche Entlastungswirkung durch spitalexterne Dienste. Den Verschleiss menschlicher Ressourcen thematisiert die Situationsanalyse von Bezüger*innen kantonaler Beihilfe, die auf weitere Unterstützung angewiesen sind. Die Befragung von Mieter*innen von Not- und Kommunalwohnungen gibt teilweise darüber Auskunft, wie stimulierend oder stigmatisierend sich die Bereitstellung von Unterkünften auswirken kann. Diese Untersuchungsschritte werden in Mäder et al. (1991:37-43/137-140) vorgestellt und begründet.

39 Die „Sozialuntersuchung Baselland“ (Mäder et. al. 1995) konzentriert sich auf die Auswirkungen des sozialen Wandels auf die Situation älterer Menschen sowie auf das Zusammenwirken öffentlicher Hilfe und privater Anstrengungen. Auf der Grundlage von mündlichen und schriftlichen Befragungen mit Schlüsselpersonen haben wir versucht, mögliche Entwicklungen zu antizipieren. Wir diskutieren, was die zu erwartenden Trends für soziale Einrichtungen wie die Pro Senectute bedeuten könnten.

haben. Am Rande fliessen auch Ergebnisse von Diplom- und Projektarbeiten ein, die Bezüge zum Thema haben und von mir an der „Höheren Fachschule für Soziale Arbeit beider Basel“ begleitet wurden.⁴⁰ Methodische Ergänzungen zu den einzelnen Arbeiten folgen dort, wo sich der Text auf sie bezieht.

Die Ergebnisse der Studien und Recherchen lassen sich nicht systematisch mit den Fragestellungen der vorliegenden Arbeit verknüpfen; sie vermitteln – empirisch gebunden – weiterführende Hinweise. Die soziale Wirklichkeit, um die es hier geht, lässt sich weder abbilden, noch repräsentativ erfassen. Die Verbindung von Subsidiarität und Solidarität ist selbst bei bester Datenlage nicht empirisch ableitbar. Sie ist vielmehr von Soll-Vorstellungen abhängig, die es gut zu begründen gilt. Es ist mir auch wichtig, die ethischen Grundlagen darzulegen, auf die sich meine Vorstellungen abstützen. Ich skizziere im Folgenden ein paar forschungsorientierte Überlegungen. Sie prägen die vorliegende Arbeit und die früheren Erhebungen, auf die ich mich beziehe.⁴¹

In der Sozialforschung verlocken ausgeklügelte Methoden der Datenerfassung dazu, Erhebungen möglichst grandios anzugehen. Qualitative Untersuchungen werden gegenüber quantitativen vernachlässigt. Ich plädiere für einfache, praxisorientierte Zugänge, die Betroffene einbeziehen und das erhellen, was sich hinter nackten Zahlen verbirgt; beispielsweise mit Hilfe von biographischen Ansätzen. Der wirtschaftliche Aufschwung der sechziger Jahre trug dazu bei, mathematisch-statistische Verfahren der empirischen Sozialforschung zu favorisieren. Davon zeugt das Primat des standardisierten Fragebogens und der repräsentativen Stichprobe. Mit der Computerisierung der Forschung nimmt die Versuchung zu, viele Einzelheiten zu zählen und beliebige Korrelationen anzustellen. Die Welt scheint vom Forschungsbüro aus ergründbar zu sein.⁴²

40 Beispielsweise: Claussen V., Ott B., Selbsthilfegruppen und Sozialarbeit, HFS, Basel 1987.

41 Mit forschungsethischen Aspekten und den spezifischen Chancen von qualitativen Zugängen (mit biographischem Ansatz) befasste ich mich an anderer Stelle (Mäder 1995b).

42 Ohne persönlichen Einbezug von Betroffenen analysiert beispielsweise eine von der Ausgleichskasse des Basler Volkswirtschaftsbundes finanzierte Studie die „Dynamik der Armut“ (Sheldon 1991). Sie stützt sich ausschliesslich auf die AHV-Daten von Männern ab. Die Resultate sind gewiss wichtig. Aber mit Hilfe

Persönliche Gespräche und präzise Beobachtungen helfen, Probleme zu explorieren. Theorien sind dazu da, sich verstehend der Realität anzunähern. Hermeneutisch-lebensgeschichtliche Forschungsansätze eignen sich, Motivationsfragen und Ursachen von Biographiebrüchen zu ergründen. Dabei ist die einfache, sinnliche Wahrnehmung zentral.⁴³ Damit plädiere ich für keine Freistil-Intuition. Vertiefende Interviews sind sorgfältig vorzubereiten und auszuwerten. Sie lassen sich teilweise auch mit den Gesprächspartner/innen reinterpreten und kommunikativ validieren.

Da Wissenschaftler/innen nie ahnungslos sind, haben sie für ihre Ahnungslosigkeit viele Worte, Methoden und Zahlen, kritisiert Ulrich Beck (1986). In Zeiten strukturellen Wandels geht die vielgepriesene Repräsentativität ein Bündnis mit der Vergangenheit ein. Manchmal verstellt sie den Blick auf die Zukunft. Demgegenüber beinhaltet Becks' Analyse der Risikogesellschaft (1986) ein Stück empirisch orientierter, projektiver Gesellschaftstheorie. Sie versucht, ohne methodisch ausgetüftelte Sicherung auszukommen. Risiken sind auch dann gefährlich, wenn sie nicht beweisbar sind.

Wer die Gesellschaft ergründen will, benötigt Mut zur Vereinfachung. Er mag sich dabei wie „ein spekulativer Unternehmer“ fühlen.⁴⁴ Neue Interdependenzen sind entstanden: Vernetzungen, die den Subjekten, ihren Eingriffen und Intentionen manchmal über den Kopf wachsen. Sie erschüttern laut Habermas (1990) bisherige Vorstellungen von gesellschaftlicher

von Gesprächen liesse sich die Dynamik der Armut mehr erhellen. Das gilt auch für eine sehr interessante Untersuchung über „Armutskarrieren“ (Leibfried 1995). Sie fusst ebenfalls hauptsächlich auf äusseren Daten über Bezüger/innen von Sozialhilfe. Theoretische Aussagen sind meines Erachtens möglichst an realen Erfahrungen zu prüfen. Dazu gehören vor allem subjektive Empfindungen und Wahrnehmungen.

43 Studierende der Sozialwissenschaften lernen statistische und ökonometrische Verfahren kennen. Die Beobachtungs- und Interviewschulung kommt oft zu kurz. Wer beispielsweise eine Woche in einem Obdachlosenheim verbringt, kann seine Wahrnehmung dafür schärfen, Handlungsabläufe in situativen Kontexten zu erfahren. Die stringente Darstellung einer Biographie sagt je nachdem mehr aus als minutiös ausgefüllte Fragebogen. (Dazu: Heinz Moser 1995)

44 Dieser Ausdruck stammt von Niklas Luhmann, in dessen „versponnener Systemtheorie“ (Habermas 1990), sich auch die Erfahrung eines Komplexitätsschubes spiegelt, mit dem die Weltgeschichte einen grossen Schritt in Richtung auf eine Weltgesellschaft getan hat.

Selbstorganisation und Selbststeuerung.⁴⁵ Habermas hat lange eine Theoriegläubigkeit geschürt. In seinem Buch über „Die neue Unübersichtlichkeit“ (1985) weist er auf die Erkenntnis-Chancen einer neuen Bescheidenheit hin. Er meint das Einfache, das schwierig zu realisieren und zu legitimieren ist.

Zur praxisorientierten Sozialforschung, um die es hier geht, gehört m.E. auch die Auseinandersetzung mit journalistischen Methoden der Recherche. Günther Wallraff hat mit seinen Industriereportagen mehr erhellt als diverse formal-soziologische Betriebsstudien. Wichtig sind ethische Auflagen. Soziale Studien sollen selbst sozialen Ansprüchen genügen und Benachteiligten nicht „geschickt die Würmer aus der Nase ziehen“. Es ist unzulässig, Gesprächspartner/innen zu Aussagen zu verleiten, die sie später bereuen. Seltsam ist die Empfehlung einzelner Lehrbücher (für Gruppengespräche), Vertreter/innen von Randgruppen bloss mit indirekten Fragen den Ball zuzuschieben. Direkte Fragen können auch ein Zeichen dafür sein, Gesprächspartner/innen ernst zu nehmen und ihnen etwas zuzutrauen. Sie weder zu drängen noch suggestiv zu beeinflussen, das gilt auch für die zu wenig beachtete non-verbale Kommunikation (Sitzeinrichtung, Körperhaltung). Wirtschaftlich Schwachgestellte sind mit einer konkreten Sprache oft gut vertraut. Sie verstehen diese manchmal besser als redegewandte Intellektuelle und Sozialtätige. Wenn die Fachliteratur immer wieder das mangelnde Sprachvermögen von Randständigen thematisiert, so ist wohl eher das Unvermögen vieler Akademiker/innen das Problem, sich verständlich zu artikulieren. Bei Gesprächen mit sogenannt einfachen Leuten fällt mir immer wieder auf, wie anschaulich und bildhaft sie sich ausdrücken. Symbolische Äusserungen passen allerdings selten in vorgefertigte Interpretationsschablonen.

Bei sozialen Fragen lässt sich nicht alles in nackten Zahlen ausdrücken. Diese führen manchmal sogar dazu, Sachverhalte zu vertuschen. Es gibt Armutsstudien, die etwa auf Kommastellen genau nachweisen, dass die durchschnittliche Dauer der Einkommensschwäche nur wenige Monate beträgt. Wer dann hinter die Kulissen schaut, realisiert, was für Langzeit-

45 Bei aller Angst vor Regression sieht Habermas (1990) keine Alternative zu einem beharrlichen Weiterdenken, das stets von beschränkter Reichweite ist. So „stochert“ er mal hier, mal da, nach Spuren einer Vernunft, die zusammenführt, ohne Abstände zu tilgen; einer Vernunft, die verbindet, ohne Verschiedenes gleichnamig zu machen. Sie weist unter Fremden auf das Gemeinsame hin, lässt aber allen ihre Eigenart.

folgen dieser banalisierte Umstand auf das Selbstwertgefühl von Kindern haben kann, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Basler Statistikprofessor Hans Guth hat in seinen (von mir in den siebziger Jahren besuchten) Vorlesungen verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass statistische Auskünfte zwar wertvoll sind, aber noch keinen Einblick in das wirkliche Dasein vermitteln. Eine Gesamtsicht bekommen wir erst aus den individuellen Beschreibungen. Da tritt uns viel Menschliches entgegen, das sonst wenig Beachtung findet.

Ich plädiere mit diesen kritischen Bemerkungen nicht dafür, soziale Felder im Eiltempo zu durchstreifen. Einen guten Einblick erhält, wer Distanz wahrt, Teilaspekte vertieft und sich auf Prozesse einlässt. Zahlreiche Forschungsprojekte vernachlässigen die dynamische Ebene. Methodendebatten konzentrieren sich einseitig auf die Sach- und Planungsebene. Wer vertiefende Gespräche führt und Aktionsforschung betreibt, muss sich, misstrauisch gegenüber dem eigenen „Feeling“ und der engagierten Zielorientierung, besonders kritisch befragen (lassen).⁴⁶

Betroffene sind als Fachleute in den Forschungsprozess einzubeziehen. Bei der „Basler Armutsstudie“ (Mäder et al. 1991) und der „Sozialuntersuchung Baselland“ (Mäder et al. 1995) führten wir mit einzelnen Personen bis zu dreissig Gesprächen. Uns interessierten die Herkunft unserer Interviewpartner/innen, ihre Alltagsbewältigung, ihre Weichenstellungen und Perspektiven sowie ihre Wahrnehmung von Wünschen anderer Betroffenen.⁴⁷ Beim dritten, vierten oder zehnten Gespräch mit ein und derselben Person wurden frühere Ausführungen dementiert, ergänzt oder neu gewichtet. Die angebrachten Korrekturen deuten daraufhin, dass Personen mit Problemen bei Erstkontakten zuweilen den Eindruck vermitteln, alles im Griff zu haben. Das rechtfertigt einen grossen Gesprächsaufwand. Allerdings finden mit der zeitlichen Dauer unsere Gegenüber auch eher heraus, was wir gerne hören.

46 Offene Prozesse haben Vorteile, aber auch zusätzliche Fehlerquellen! Wenn sich Annahmen nicht überprüfen lassen, sind zumindest Orientierungshypothesen zu formulieren. Sie ermöglichen eine Selbstkontrolle und Fundierung der Auseinandersetzung.

47 Bei der Frage, was einer Person zu empfehlen sei, die zum ersten Mal aufs Fürsorgeamt geht, kamen Gefühle und Erfahrungen mit Institutionen zur Sprache. Dabei ging es darum, über Zuschreibung mehr darüber zu hören, wo die Befragten der eigene Schuh drückt, was sie zum Leben benötigen und persönlich dafür tun. Ferner interessierten uns Reflexionen der äusseren Rahmenbedingungen. Betroffene sind mehr als „ExpertInnen in eigener Sache“.

Das verpflichtet zu grosser Sorgfalt. Besonders in einer Zeit medialer Trivialbiographik.⁴⁸

Die Biographierung erlaubt keine Generalisierung, sie ist eine spezifische Form sozialer „Abbildung“ bzw. Annäherung. Wenn alle Individuen einmalig sind, dann ist zumindest das ein kollektiver Sachverhalt, der auch übergreifende Studien erfordert. So will ich weder qualitative und quantitative Ansätze gegeneinander ausspielen, noch einem beliebigen Methodenpluralismus das Wort reden. Ich bin, und das nicht aus Spargründen, für die (Wieder-)Entdeckung einfacher Zugänge. Vor der Zahlenbeigerei kommt die simple, sinnliche Wahrnehmung. Der Bildschirm und die Datenbank sind kein Ersatz für das Gespräch.

Qualitative Studien zeichnen sich durch einen deutenden und sinnverstehenden Zugang aus. Die Forschung gestaltet sich als kommunikativer Prozess. Sie erfordert eine hohe Sensibilität für die (Selbst-)Wahrnehmung und die Interaktion mit allen Beteiligten. In der Soziologie gewinnen vor Ende des zwanzigsten Jahrhunderts trotz gängiger Mathematisierung der Forschung auch qualitative Ansätze an Bedeutung; so etwa bei der Lebenswelt- und Stadtteilstudienforschung.⁴⁹ Noch bestehen aber Vorbehalte, welche die qualitative Forschung als minderwertig betrachten und nur für Vorabklärungen vorsehen. Angriffsflächen bieten oberflächliche Studien, die Verfahren vorziehen, bei denen ein Mangel an methodischer Präzision schwierig nachzuweisen ist. Um ja nicht in diesen Verruf zu geraten, gibt es auch Forschende, die ihre methodischen Kenntnisse beweisen wollen, indem sie die computergestützte Auswertung qualitativer Daten strapazieren und eigene Gütekriterien ignorieren.

48 Der Individualismus fördert (nach Flick 1991) einen schillernden Subjektivismus in Literatur und Humanwissenschaften. Die Suche nach Lebensorientierung tastet sich an authentischen Niederschriften voran. Zunächst wird das Gesellschaftliche subjektiviert, dann privatisiert. Das desavouiert, was andere seriös an Alltagsforschung („Oral History“ etc.) betreiben und – „neu entdeckt“ – an Tradition fortführen. Im 19. Jahrhundert betonte bereits (der mit Karl Marx an objektiven Entwicklungsgesetzen interessierte) Friedrich Engels die Notwendigkeit, subjektive Konstitutions- und Verarbeitungsprozesse einzubeziehen.

49 Diese knüpft an eine Tradition an, die bereits vor hundert Jahren in Chicago entstand. Lebenszeugnisse von Einwandernden und „Randständigen“ bildeten damals eine wichtige Grundlage, um Folgen des sozio-kulturellen Wandels und Unterschiede zwischen der Land- und Stadtbevölkerung festzumachen. Aktuelle Fragestellungen ergeben sich heute beispielsweise im Zusammenhang mit der neuen Armut und dem Wertewandel (Freizeit, Konsumismus, Dienstleistungsmentalität).

Qualitative Forschungen sind anspruchsvoll und den je spezifischen Gegebenheiten anzupassen. Ethnographische Zugänge können auch Ergebnisse vertiefen, die mit Fragebogen und strukturiertem Interview gewonnen wurden. Die Verknüpfung der Ansätze führt zu Synergieeffekten. Harmonie ist dabei kein Ziel. Möglichkeiten einer Synthese sind stets neu zu erwägen, unterschiedliche Zugänge weiter zu kultivieren. Die Dynamik inspiriert, nicht die Angleichung oder Verschmelzung der Methoden. Die Gewichtung ist vom Gegenstand der Untersuchung abhängig. Der Zwang zu repräsentativen Aussagen und zur Bereitstellung technisch-instrumentellen Verfügungswissens förderte im Verlaufe des 20. Jahrhunderts die quantitative Forschung (mit hypothetisch-deduktiver Überprüfung). Allmählich zeichnet sich nebst der datenorientierten Computerisierung eine kleine Renaissance alltagsnaher, qualitativer Ansätze ab.⁵⁰ Die vorliegende Arbeit fühlt sich diesen verpflichtet. Sie orientiert sich teilweise auch am verstehenden Forschungsansatz von Carl Rogers (1992), der sich seinerseits auf Martin Buber abstützt. Das äussert sich ebenfalls in dessen Menschenbild, von dem später (Kapitel 5.2) die Rede sein wird.

Neun Zehntel dessen, was zu erforschen ist, verbirgt sich immer unter der Oberfläche, stellt Rogers fest (1992:133). Statt sich auf die Spitze des Eisberges zu konzentrieren und Ausschnitte der Realität in Ordnungsschemata zu verpacken, gilt es, Ordnungsgefüge auch so zu entdecken, wie sie in den Individuen existieren. Forschende, die sich auf Prozesse einlassen, erleben selber eine Reifung. Rogers (1992:171) postuliert eine „Entwicklung zur Erfahrungsoffenheit“.⁵¹ Er unterscheidet bei wissenschaftlichen Prozessen drei Phasen. Erstens: die kreative Phase. Sie umfasst das Sich-Einlassen in Erfahrung. Dies geschieht „vollständig und subjektiv“. Aus dem subjektiven Einlassen ergibt sich ein kreatives Gestalten, ein Richtungssinn, eine vage

50 Das belegt das umfassende „Handbuch qualitative Sozialforschung“ (Flick 1991). Die Vielfalt der neu entdeckten und weiter entwickelten Methoden ist schon recht beachtlich, eine weitere Fundierung erstrebenswert.

51 Rogers (1992:171) bezieht sich hier auf Maslows' Untersuchungen über selbst-aktualisierende Menschen, die mit einer gewissen Leichtigkeit die Welt durchdringen, aufnahmebereit und spontan sind. Die persönliche Entfaltung sowie prozessorientierte Forschungsprojekte können ansatzweise ähnliche Schritte beinhalten, wie sie in therapeutischen Phasenmodellen beschrieben werden. (Adaptiert: 1. Distanz gegenüber Erfahrung; 2. Erfahrung an Struktur der Vergangenheit gebunden; 3. Auflockerung und Beweglichkeit in der symbolischen Ausdrucksweise; 4. Genauigkeit in der Symbolisierung; 5. Einbezug der Gefühle; 6. Reflexive Bewusstheit; 7. Integration, Offenheit).

Formulierung bisher unerkannter Beziehungen. Zweitens: die Prüfung an der Realität. Sie beinhaltet bestandene Verfahren der Hypothesenbildung und Kontrolle.⁵² Drittens: die Ergebnisse (sowie deren Vermittlung und Umsetzung). Primär geht es darum, verlässlichere Hypothesen und Auffassungen zu finden. Wer jemand anderem bloss etwas beweisen will, benutzt laut Rogers (1992:217) die Wissenschaft dazu, eine persönliche Unsicherheit zu kaschieren und beraubt sie ihrer kreativen Funktion.⁵³ Ob das zutrifft, bleibe dahingestellt. Im wesentlichen betont Rogers die positive Bedeutung, die das Subjektive in der wissenschaftlichen Praxis haben kann. Wissenschaft muss sich laut Rogers auf die unmittelbare, subjektive Erfahrung eines Menschen beziehen. Persönliche Erfahrungen sind nach Rogers (1986:113) nie nur persönliche Erfahrungen. Sie lassen sich auch soziokulturell deutend verstehen, wobei Biographie stets mehr ist, als ein subjektiver Reflex auf gesellschaftsstrukturelle Bedingungen.⁵⁴

Rogers strebt eine Integration der beiden Pole Gefühl und Kognition an und plädiert für eine Bescheidenheit, die nicht vorgibt die Welt erklären zu können. Der kontrollierte Einbezug eigener Gefühle erschliesst gewiss wichtige Informationsquellen. Zu weit geht Rogers meines Erachtens bei der Integration von Gefühl und Kognition, die er als Verschmelzung hinstellt.⁵⁵ Die Forschung ist laut Rogers (1986:113) nicht wertfrei. Sie soll demokratischen Zielen dienen. Sie kann, wie Schmid (1996:101) in Anlehnung an Rogers schreibt, „nicht nicht beeinflussen“.

52 Nur in diesem Zusammenhang hat für Rogers (1992:216) das riesige Gebäude aus Operationalismus, logischem Positivismus, Wissenschaftstheorie und quantitativen Tests seinen Platz.

53 Zu Beginn der sechziger Jahre vertrat Rogers (1992:213) noch „eine andere Auffassung von Wissenschaft“. Damals hat er die Wissenschaft als eine systematisierte und geordnete Sammlung vorläufig verifizierter Fakten betrachtet und die Methodologie als das gesellschaftlich gebilligte Mittel der Akkumulation dieses Wissensgebäudes und als Fortsetzung der Verifizierung verstanden. Die Wissenschaft ist ihm dabei als Reservoir erschienen. Doch letztlich existiert die Wissenschaft laut Rogers primär in Menschen.

54 Schmid (1996:77) führt aus, wie das Tun des Einzelnen immer auch das Tun des Anderen ist.

55 Gefühl und Kognition verschmelzen darin zu einer einheitlichen Erfahrung, die gelebt, anstatt untersucht wird, in der Bewusstheit nicht reflektiert ist, und in der ich Teilnehmer/in, anstatt Beobachter/in bin. Wissenschaft ist nicht ein unpersönliches Etwas, sondern ein Vorgang, bei dem ein Mensch eine andere Phase seines Selbst subjektiv lebt. (Rogers 1992:221)

3. Rahmenbedingungen

3.1 Sozialer Wandel

Der soziale Wandel umfasst die Veränderung der quantitativen und qualitativen Verhältnisse und Beziehungen zwischen den materiellen und normativ-geistigen Zuständen, Elementen und Kräften in einer Sozialstruktur. (Hartfiel 1972:674) Mit dem Wandel der Sozialstruktur, „der seit etwa 100 Jahren als soziale Differenzierung bezeichnet wird“ (Trappe 1997:253), setzen sich viele Schriften auseinander. Es geht hier nicht darum, den Wandel ausführlich darzustellen. Ich skizziere und veranschauliche lediglich einzelne Erscheinungen, die für die vorliegende Arbeit wichtig sind. Im Vordergrund stehen die Auswirkungen der Individualisierung und Globalisierung. Damit ergeben sich auch Bezüge zum wirtschaftlichen Wandel. Sie prägen das Zusammenwirken der Subsidiarität und Solidarität im sozialen Raum.

3.1.1 Überblick

Jürg H. Sommer et al. (1989/1996)⁵⁶ stellen den Wandel der Lebensformen und sozialen Sicherheit in der Schweiz ausführlich dar. Sie beschreiben die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, den Wandel der Haushalts- und Familienstrukturen, den Rollenwandel der Frau und den Wandel der Arbeitsbedingungen. Ich nehme wichtige Ergebnisse auf und versuche, sie – teilweise anders akzentuiert – zu ergänzen, in einen grösseren Rahmen zu stellen und auf unsere Fragestellung zu beziehen.

Als demographische Trends erwähnen Sommer und Höpflinger v.a. den markanten Geburtenrückgang, die zunehmende Lebenserwartung und die Zuwanderung ausländischer Personen. Als Folgen nennen sie die wachsende Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung und die grösseren Anteile Pflegebedürftiger. Anzuführen ist, dass ohne Migration die (bis im Jahr 2035) ansteigenden Anteile der älteren Menschen höher wären und die

⁵⁶ 1989 zusammen mit François Höpflinger, 1996 mit Stefan Schütz.

Pflegebedürftigkeit auch von sozialen Faktoren abhängt. Das geht aus der Sozialuntersuchung „Alter“ (Mäder et al. 1995) deutlich hervor.

Bei den Haushaltsstrukturen fallen die Abnahme der durchschnittlichen Grösse und die Zunahme der Alleinlebenden auf. Diese ist u.a. auf die Verzögerung der Eheschliessung, die erhöhte Scheidungshäufigkeit und die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Lebenserwartung zurückzuführen. Verbreitet haben sich die Konsensualpaare (Ehen ohne Trauscheine) sowie die Kinderlosigkeit. Sie ist durch die erhöhten Kinderkosten mitbedingt. Ein Rückgang ist bei den Familien feststellbar, die mit Verwandten oder anderen Personen zusammenwohnen. Stark angestiegen ist die Häufigkeit von Scheidungen. Rund ein Drittel der Ehen werden gerichtlich wieder aufgelöst. Ebenfalls stark zugenommen hat der Anteil der Alleinerziehenden. Dies ist auch deshalb der Fall, weil die Wiederverheiratsrate gesunken und die Zeitdauer zwischen Scheidung und Wiederverheiratung gestiegen ist. Kollektive Wohnformen sind relativ unbedeutend geblieben. Sie liegen unter einem halben Prozent der privaten Haushalte.

Die Stellung der Frau ist durch bessere Bildungsmöglichkeiten, vermehrte Teilnahme in Politik und Wirtschaft, die Abwertung der Hausarbeit und die zunehmende Erwerbstätigkeit geprägt, die das Haushaltseinkommen erhöht. Besonders zu berücksichtigen sind hier aber die Auswirkungen rezessiver Einbrüche. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit verschärft die alte Verteilungsfrage.

Wie eingangs erwähnt sind es vor allem zwei epochale Prozesse, die Individualisierung und die Globalisierung, welche die Grundlagen des Zusammenlebens in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern elementar verändern. Ich gehe im Folgenden näher darauf ein. Drei Phasen prägen das soziale Geschehen seit dem Zweiten Weltkrieg (Ulrich Beck 1997:24ff.): Die erste dauert von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. Es ist die Zeit des Aufbaus und der Angst, das Erreichte könnte wieder in sich zusammenbrechen. Fleiss und Selbstverzicht sind wichtige Tugenden. Die zweite Phase reicht bis in die achtziger Jahre hinein. Der erwirtschaftete Reichtum gilt als gesichert. Protestaktionen reagieren auf die ökologische Krise, die zunächst verdrängt und dann als Nebenfolge betrachtet wird. In der bis heute andauernden dritten Phase der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) verbreitet sich das Bewusstsein der Ungewissheit. Wohlstandsbiographien werden zu Risikobiographien. Der globale Kapitalismus löst in den westlichen Industrieländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auf. Damit zerbricht das Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie.

Eine Bürger/innen-Bewegung für Sicherheit und Ordnung scheint die Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung abzulösen. In den neunziger Jahren treffen der Grundrechtsabbau, die Zukunftsangst, der Freiheitsanspruch und das Freiheitsbewusstsein aufeinander.

Die wirtschaftlichen Einbrüche drängen die Umweltfrage in den Hintergrund. Ernst Ulrich von Weizsäcker et al. (1996:18/19) gehen auf die sozialen Implikationen der Ökologie ein. Sie diagnostizieren (in ihrem Bestseller „Faktor 4“) für unsere Gesellschaft eine „ansteckende Krankheit, die der Schwindsucht ähnelt, deren Opfer langsam dahinsiechen, wie von innen aufgezehrt“. Die wirtschaftliche Tuberkulose zehrt unsere Ressourcen und damit – längerfristig – auch unsere Körper auf. Krank geworden sind wir durch das, was den grossen Erfolg gebracht hat. Maschinen sollen die Schätze der Erde immer schneller und effektiver in Bequemlichkeit und Wohlstand verwandeln.⁵⁷

Raffinierte Computer, Telekommunikation und andere Technologien des Informationszeitalters ersetzen in allen Wirtschaftszweigen mit rasender Geschwindigkeit die menschliche Arbeitskraft (Jeremy Rifkin, Die Zeit, 2.5.1997:32). Das Industriezeitalter hat die Sklavenarbeit beendet, das Informationszeitalter schafft die Massenbeschäftigung ab. Die neuen Technologien ermöglichen für das 21. Jahrhundert einen enormen Anstieg der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Doch dafür wird nur ein Bruchteil der heute beschäftigten Arbeitskräfte gebraucht.⁵⁸ Rifkin kritisiert, dass die Unternehmen heute ihre Belegschaften verkleinern, statt die Arbeitszeiten zu kürzen und Millionen von Angestellten an den Wohltaten der neuen technologischen Revolution zu beteiligen. Die sozialen Auswirkungen der technologischen Errungenschaften hängen wesentlich davon ab, wie mit diesen umgegangen wird.

57 Nach der stellenweise abgetragenen Humusschicht erodiert auch unser gesellschaftlich-kulturelles Eingebundensein, unsere „zweite Natur“ (Ruedi Rügsegger 1996:8ff.).

58 In den Vereinigten Staaten sank der Anteil der Fabrikarbeiter/innen an den Erwerbstätigen in den letzten 30 Jahren von 33 Prozent um die Hälfte, obwohl die Industrieproduktion stark anstieg. Anfang des 21. Jahrhunderts werden rund ein Zehntel der lohnabhängigen Bevölkerung Amerikas in Fabriken beschäftigt sein, im Jahre 2020 sollen es weltweit weniger als zwei Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sein. (Die Zeit, 2.5.1997:32)

3.1.2 Individualisierung

Ein Individualist ist ein „Einzelgänger und Eigenbrötler“ (Duden). Die lateinische Herkunft des Wortes meint erstens die Zurückhaltung eines Menschen gegenüber einer Gemeinschaft und ihren Gepflogenheiten, Regeln und Ansprüchen und zweitens den wirtschaftspolitischen Grundsatz, der dem individuellen Handeln möglichst geringe Beschränkungen auferlegen will. Der Individualismus betont das Sich-Herausnehmen. Der Wirtschaftshistoriker Wolfgang Hafner (VPOD-Zeitung, 17.5.1991) beschreibt den Verlust der Religion als sinnstiftendes Element des menschlichen Lebens. Die Verankerung im Glauben bedeutet immer auch Eingebunden- und Aufgehobensein. Das gibt seelische Stabilität. Das Verhältnis der Menschen zur Natur hat sich stark verändert. Die Natur ist – durch die Wissenschaft entzaubert – kontrollierbarer geworden. Sie scheint so aber weniger Halt und Geborgenheit zu vermitteln. Jedes Individuum muss seinen eigenen Weg suchen und unter vielen Wahlmöglichkeiten immer mehr Entschiede selber treffen. Die Welt ist zugänglicher und „kleiner“ geworden. Dadurch verdichten sich die Probleme. Sie gelangen über den Bildschirm direkt in die Stube und verstärken die Rückzugs- und Abwehrreflexe.

Der Individualismus ist allerdings nichts Neues. Michel Foucault beschreibt das Phänomen schon bei den Griechen, Norbert Elias (1987:15ff.) in der höfischen Kultur des Mittelalters, Jacob Burckhardt in der Renaissance. Neu ist der Massencharakter. Wolfgang Hafner (ebd.) führt ihn u.a. auf die Institutionalisierung der sozialen Sicherung zurück. Sie mindert die Bedeutung der zwischenmenschlichen Rückversicherung. Die Ausdünnung tradierter Beziehungen erhöht die Erwartungen an die Partnerschaft. Die Anforderungen stehen im Widerspruch zu den Mobilitäts- und Verfügbarkeitsansprüchen der Wirtschaft. Diese zielen sowohl auf die Individualisierung als auch auf eine Standardisierung der Lebensweisen ab. Die Individualisierung verstärkt das Gefühl der einzelnen, für alles selber verantwortlich zu sein. Das grenzt – trotz Pluralismus – jene aus, die dieser neuen Normalitätsvorstellung nicht entsprechen. Viele Gespräche, die ich mit Armutsbetroffenen geführt habe, belegen das.

Ulrich Beck (1993:39) stellt einen wesentlichen Unterschied zur Situation fest, als Georg Simmel, Emile Durkheim und Max Weber am Anfang des 20. Jahrhunderts den sozialen Wandel analysiert haben. Heute werden die Menschen nicht aus ständischen, religiös-transzendentalen Sicherheiten in die Welt der Industriegesellschaft, sondern aus der Industriegesellschaft in

die Turbulenzen der Weltrisikogesellschaft entlassen. Dabei ist zu beachten, dass sich diese Freisetzung in den hochentwickelten Wohlfahrtsstaaten des Westens unter den Bedingungen des Sozialstaates vollzieht. Weil das Institutionen- und Organisationsgefüge der Industriegesellschaft entsichert wird, zerbricht das Rollengefüge, das „Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber), das die industrielle Moderne errichtet hat. Die Entscheidung der Individuen lassen es zerfallen. Sie sind „die Gewinner und die Verlierer der reflexiven Modernisierung“ (Beck 1993:63).

Die Grundlage der heutigen Massenproduktion von Konsumgütern ist der Übergang von einer extensiven zu einer intensiven Akkumulationsstrategie. Sie basiert auf tayloristischer Arbeitsorganisation (Roth 1989: 20/21).⁵⁹ Dabei homogenisiert sich die Arbeiter/innenschaft, ohne zu einer sozialstrukturell verhaltensprägenden Einheit zu werden. Die Homogenisierung ist von einer Individualisierung begleitet. In diesem sozialstrukturellen Umbruch verlieren auch die Solidar- und Vereinsstrukturen der Unterschichten an Bedeutung. Amitai Etzioni (Focus 12/1997:21) begründet das damit, dass das volkswirtschaftliche Denken heute alles dominiert, alle Lebensbereiche durchdringt und einen Individualismus fördert, der allmählich Amok läuft.⁶⁰

„Weltweit gibt es heute keine einzige individualistische Gesellschaft mehr, die noch eine bestandserhaltende Geburtenrate aufweist. Die Zahl der älteren Menschen ohne Familienbindungen nimmt schon heute rasch zu. Künftig werden immer mehr Menschen aufgrund der Kinderarmut kaum noch verwandtschaftliche Verflechtungen haben“, kritisiert Meinrad Miegel (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997:18). Er arbeitet als Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft. Bei einer Betrachtung der Entwicklung des Anteils der sogenannten „vollständigen“ Familien an allen Haushalten zeigt sich eine permanente Abnahme (Hoffmann-Novotny 1989:270): In vielen Ländern ist der Anteil an allen Privathaushaltungen inzwischen unter 40 Prozent gesunken, in Schweden macht er weniger als 30 Prozent aus, in Städten wie Zürich und Basel rund 20 Prozent. Der Index der Gesamt-

59 Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft war langezeit an eine Steigerung und Verstetigung der Reallöhne gebunden. Der Anteil der Lohnabhängigen nahm vor allem zu Lasten der selbständigen Mittelschichten drastisch zu.

60 Der in den USA tätige Soziologe ist Vorsitzender des „Communitarian Council“ und Mitbegründer des Kommunitarismus, auf den ich im Abschnitt 5.9 eingehe.

heiratshäufigkeit, der angibt, wie gross der Anteil derjenigen ist, die bis zum Alter unter 50 Jahren eine erste Ehe eingehen, lässt erkennen, dass in der Schweiz 69 Prozent, in Deutschland 58 Prozent, in Frankreich 52 Prozent und in Schweden nur 50 Prozent aller Männer heiraten.

Ehe, Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft verlieren offenbar als Orientierungshilfe für die Lebensplanung und Lebensgestaltung der Menschen an Gewicht. Statt dessen rückt das Interesse an persönlichem Erfolg, an der eigenen Karriere, an Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt (Beck 1986:115). Die Schule hat sich bereits darauf eingestellt. Sie erzieht die Kinder „zu egoistischen Alleingängern“ (Lempp 1996:21). Der Rivalitätsgedanke verbreitet sich bereits im Kindergarten. Das beeinträchtigt die Solidarität, das Verantwortungsgefühl und Mitgefühl. Nach meiner Wahrnehmung gibt es aber auch im Schulbereich gegenläufige Erfahrungen. Wertvolle Anstrengungen zielen darauf ab, das Gemeinschaftsdenken zu fördern.

Der Psychotherapeut Wolfgang Schmidbauer (1985:179) zeigt Zusammenhänge zwischen den Schäden der Industriegesellschaft und Partnerbeziehungen auf. Die Privathaushalte müssen im Zeichen der Individualisierung immer mehr Druck auffangen. Das führt zu Überforderungen.⁶¹ Möglicherweise ist dieser Stress mit ein Grund dafür, weshalb der Umsatz an Antidepressiva offenbar drastisch zunimmt.⁶²

Die Isolation der Menschen voneinander und die Beschleunigung aller Lebensvorgänge sind starke Motoren für eine Gewaltbereitschaft. Diese macht sich in städtischen Ballungszentren, in denen der Anteil der Einper-

sonenhaushalte über 50 Prozent liegt, gehäuft bemerkbar.⁶³ Der Prozess, der das Gemeinwesen immer stärker strukturiert und reguliert, isoliert die Individuen voneinander. Erbürdet ihnen ein immer höheres Mass an „Eigenzwang“, an Affektkontrolle und an Selbstdisziplin auf (Bastian 1996:67).⁶⁴

Ulrich Beck kritisiert in seiner Studie über die „Risikogesellschaft“ (1986) die negativen Auswirkungen der Individualisierung. Im Buch „Kinder der Freiheit“ (1997:392) verschiebt er den Akzent. Beck unterscheidet hier zwischen der Atomisierung und der Individualisierung. Der Individualisierung billigt er nun mehr Vorteile zu. Sie ist mit Grundrechten verknüpft, die den Menschen darin unterstützen, die Wirklichkeit der Moderne zu bewältigen. Die Verantwortlichen sollen den Individualismus nicht länger verurteilen, sondern als ein wünschenswertes und unvermeidliches Produkt der demokratischen Entwicklung erkennen.⁶⁵

Die Individualisierung bringt nebst Desintegration auch neue Formen der Integration mit sich bringt. Aus den Veränderungen der Haushaltsstruktur allein lassen sich kaum Schlüsse über die soziale Integration ziehen. Wichtig sind strukturelle und kulturelle Zusammenhänge. (Martin Diewald 1990:5/6) Das Alleinwohnen muss nicht Alleinleben bedeuten. Die Zugehörigkeit zu einem grossen Haushalt bringt noch keine ausreichende soziale Einbindung mit sich. Die gemeinsame Haushaltszugehörigkeit, nahe Verwandtschaft oder häufige Interaktionen gewährleisten keine emotionale Unterstützung und Zugehörigkeit. Die räumliche Distanz kann die gegenseitige Verpflichtung und Unterstützung behindern, aber nicht verunmöglichen.⁶⁶ Zu beachten ist ferner, dass nicht alle Kranke primär von Angehörigen oder Bekannten gepflegt werden möchten.

61 Mit der Individualisierung ist laut Schmidbauer (1985:190) auch eine Intimisierung verbunden. Sie verschärft den Druck. Durch das Streben nach symbiotischer Verschmelzung wird die Individualität der Partner/innen gewissermassen aufgelöst und in Baumaterial für das eigene Selbstwertgefühl verwandelt.

62 1991 lag der Umsatz von Antidepressiva in der Schweiz bei 41 Millionen Franken, fünf Jahre später bei 109 Millionen. Der Marktanteil dieses Segments am gesamten Pharma-Umsatz verdoppelte sich von 1,3 auf 2,7 Prozent. Bei den Krankenkassen erhöhten sich im selben Zeitraum die Ausgaben für Psychiatrie und Psychotherapie in den Grundversicherungen von 178 auf rund 283 Millionen Franken. Nun mag es sein, dass heute depressive Verstimmungen eher erkannt und behandelt werden. Nach einer Umfrage bei Fachleuten, die Iso Ambühl (SonntagsZeitung, 20.4.1997) durchgeführt hat, lassen aber auch die Arbeitslosigkeit und Sinnkrise den Markt für Antidepressiva explodieren.

63 Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Städten. (E+Z, Nr. 7, Juli 1996, S. 172)

64 Als Kompensation zu einem durchgestalteten Dasein tritt der Wunsch in den Vordergrund, immer mehr erleben zu wollen – bis hin zu Extremerscheinungen wie Bungee-Springen. (Bastian 1996:69)

65 Ich gehe im Abschnitt 5.11 weiter darauf ein. Thomas Assheuer (Die Zeit, 18.7.1997) polemisiert, dass Beck aus der halben Hoffnung auf die „zweite Moderne“ ein ganzes Buch macht, alte Fragen neu drapiert, die individuelle Wahlfreiheit überschätzt und mit überhöhter Geschwindigkeit die staatlichen Agenturen aus der gesellschaftlichen Verantwortung entlässt.

66 Diewald (1990:40/41) zeigt, dass das Zusammenleben mehrerer Familiengenerationen im selben Haushalt keinen Vorteil gegenüber dem Leben in getrennten

Hans-Joachim Hoffmann-Novotny (Basler Zeitung, 13.4.1991) relativiert das Interesse an engen Bindungen. Seine Studien ergeben, dass weder diejenigen, die pflegen sollen, noch diejenigen, die gepflegt werden sollen, an gemeinschaftlichen Modellen interessiert sind. Zudem nimmt die Bereitschaft ab, im Rahmen von Nachbarschaften gratis Pflege zu leisten. Deshalb müssen immer mehr Dienste professionalisiert werden. Ohne materielle Gegenleistung ist je länger desto weniger etwas zu haben. Mit der weiteren Ausdifferenzierung der Gesellschaft gibt es bald keine Kollektive mehr, dafür aber einen Zuwachs an Instabilität. Komplexe Gesellschaften sind schwer regierbar und kontrollierbar. Das kann auch Vorteile haben. Heiner Keupp und Bernd Röhrle (1987:7) sehen im Prozess der Individualisierung – nebst dem Verlust an Zugehörigkeit und Eingebundensein – eine Chance. Wir haben heute mehr Möglichkeiten, unseren Lebensweg selber zu wählen und zu entscheiden, mit wem wir uns verbinden wollen. Die veränderte Qualität sozialer Beziehungen schafft auch Räume dafür, alternative Lebensformen zu erproben. Ulrich Beck (1997:19) weist auf neue Vorteile eines altruistischen Individualismus hin. Wer für sich lebt, muss sozial leben.⁶⁷

Paul Trappe (1997:261/62) diskutiert die Individualisierung als Rückzug auf den privaten Raum. Ein Verlust an Solidarität ist unstreitig. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, dass verlassene oder teilweise aufgegebene Räume durch neue Kooperations- und Integrationsformen mit sozialem Leben gefüllt werden. Die Rolle des Individuums ist keineswegs hoffnungslos eingeengt. Die Vereinsamung ist kein zwangsläufiger Prozess. Das Betätigungsfeld des Individuums ist heute weiter als je zuvor in der Menschheitsgeschichte.

Auch ich mag nicht in das verbreitete Lamento über den angeblich alles zerstörenden Individualismus einstimmen. Solche Pauschalkritiken

Haushalten darstellt, solange diese nicht weiter als eine viertel bis halbe Stunde Wegzeit auseinanderliegen. Ein Verlust von Gemeinschaft entsteht nicht aus der getrennten Haushaltsführung, sondern durch die Mobilitätsanfordernisse moderner Industriegesellschaften.

67 „Das Ende des Individualismus“, titelt die Zeitschrift „Zukunftsforschung“ (1/1997:18). Meinrad Miegel, Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft, stellt eine zunehmende Bereitschaft und Fähigkeit fest, soziale Netze ausserhalb des Familien- und Verwandtschaftsverbandes aufzubauen. Doch deren Belastbarkeit muss erst noch getestet werden.

sind gefährlich. Sie lassen ein Bild von einem Chaos entstehen, das nach der starken Hand rufen lässt, die alles wieder richten soll. Die berechtigten Kritiken am Individualismus dürfen die zahlreichen Vorteile nicht vergessen lassen. Ich betrachte die grössere individuelle Entscheidungsfreiheit als eine positive Errungenschaft. Hoffnungen auf eine neue, freiwillige Solidarität beziehen sich darauf. Sie werden in den Kapiteln über den Kommunitarismus (5.9) und die Reflexive Moderne (5.11) diskutiert. Der Individualismus hat dazu beigetragen, Formen einengender Kontrolle aufzubrechen. Dies allerdings zum Preis einer grösseren Beliebigkeit. Ich halte es für möglich, dass nach der Erfahrung einer erhöhten Distanz die Bereitschaft wächst, wieder verbindlichere soziale Beziehungen einzugehen.

3.1.3 Pluralisierung

Eine ähnliche Debatte wie bei der Individualisierung gibt es bezüglich der Pluralisierung der Lebensstile. Ich beschränke mich deshalb auf kurze Bemerkungen. Die Pluralisierung wird oft überschätzt und vornehmlich als Problem hingestellt. Martin Diewald (1990:3) fragt, inwieweit die neue Vielfalt die Integrationsfähigkeit der modernen Gesellschaft bedroht. Daniel Bell (1975/1973) sieht in der postindustriellen Gesellschaft einen Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und zum starken Ausbau der Mittelschichten. Roth (1989:17) stellt gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine Desintegration der industriellen Gesellschaft fest. Er kritisiert Theorien über die Pluralisierung der Lebensstile, die bei der Auflösung sozialer Zusammenhänge stehen bleiben. Die konkrete Gestalt der Auflösung und der Pluralisierung bleibt bei dem derzeit am meisten zitierten Theoretiker Ulrich Beck (1986) zunächst unbestimmt, konkretisiert sich aber später (1993/1997).⁶⁸

Die Vielfalt der Lebensstile wird meines Erachtens durch teilweise medial vermittelte Vorstellungen überlagert, die sich nivellierend auf die individuellen Verhaltensweisen auswirken. Als Chance der Pluralisierung betrachte ich die Selbstverständlichkeit, mit der heute unterschiedliche Le-

68 Nach Theodor Geigers Untersuchung von 1932, die in vielem übrigens die Problemlösungen Bourdieus bereits anvisiert, ist ein halbes Jahrhundert lang keine entsprechende Analyse der sozialen Strukturen und Mentalitäten in Deutschland erschienen. (Roth 1989:47) Bourdieu (1983/1979) veröffentlichte zuerst ein vereinfachtes Modell des sozialen Raums, der nach verschiedenen Ebenen strukturiert ist. Eine wichtige ist der Raum der sozialen Positionen und sozialen Lagen.

bensentwürfe akzeptiert werden.⁶⁹ Was die soziale Sicherung betrifft, da hat die Pluralisierung zur Folge, dass die komplizierter werdenden Unterstützungsfälle je länger desto weniger in die vorgefertigten Versicherungsraster fallen. Aber das ist kein Argument gegen die Pluralisierung. Das Problem liegt vielmehr darin, dass das System der sozialen Sicherung mit dem Wandel der Lebensformen und der Vielfalt nicht Schritt hält. Ich gehe im Kapitel (7.1.3) über die Ausweitung des Finalprinzips näher darauf ein.

3.1.4 Globalisierung

„Global denken, lokal handeln.“ Dieser Ausspruch wurde oft zitiert, als die 1968er-Bewegung „Hoch die internationale Solidarität“ skandierte hat. Die Globalisierung wurde positiv als Internationalisierung verstanden. Sie sollte die weltweite Solidarität fördern. Heute ist mit der Globalisierung in erster Linie die Globalisierung der Wirtschaft gemeint. Sie stellt die jahrelangen Versuche einer politischen Weltgemeinschaft in den Schatten. Mögliche soziale Folgen drängen allmählich ins Bewusstsein.⁷⁰ Die „grosse Freiheit“ ist zunächst die Freiheit der Grossen. Sie schränkt jene der Kleinen ein.⁷¹ Dass sich beispielsweise Nicht-Regierungsorganisationen ebenfalls vernetzen, ist zweifelsohne eine Chance. Diese Anstrengungen sind allerdings noch von beschränkter Reichweite.

„Wir erleben einen neuen Anarchismus von oben“ (Robert Misik 1997:12). Im Zeitalter der Globalisierung können sich transnationale Unternehmen dem staatlichen Zugriff entziehen. Das Problem, das dabei auftritt: Staaten geraten in Standortwettkämpfe mit andern Staaten. Sie fangen an, selber

69 Paul Trappe (1997:256) verweist beispielsweise auf korporative und faschistische Versuche in Europa, in denen Pluralismus nicht geduldet wurde.

70 Die Globalisierung schafft umfassende Systeme. Sie gestaltet auch die lokalen und persönlichen Kontexte der gesellschaftlichen Erfahrungen um. Immer stärker wird unser Alltag von Ereignissen beeinflusst, die sich auf der anderen Seite der Welt abspielen. (Giddens 1997:23/Arnold Künzli, Basler Zeitung, 22.2.1997 und 24.1.1998, S. 6/7)

71 Die Industrialisierung, Urbanisierung und Automobilisierung prägen einen globalen Lebensstil, den sich eine Mehrheit armer Bewohner des „globalen Dorfes“ gar nicht leisten können. (Altvater 1995:173)

wie Unternehmen zu funktionieren. Die Globalisierung schwächt den Staat. Sie untergräbt damit wichtige politische Grundlagen. Wir sind mit einem Prozess konfrontiert, der – wie Bourdieu (1997:207/369) einräumt – womöglich eine Zivilisation zerstört, die mit der Entstehung des Staates, dieser entschieden modernen Idee, verbunden ist. Der globalisierte Kapitalismus ist auf bestem Weg, die Bindekräfte der Gesellschaft zu zersetzen.⁷² Ein grundlegendes Prinzip der Globalisierung ist die permanente Unsicherheit. Misik (1997:23) betrachtet den Begriff des „globalen Dorfes“ als eine grosse Phrase. Das reale „global village“ ist ein Dorf ohne Strassenbeleuchtung, ohne Regeln und Polizei, aber mit immer mehr Hungerlöhnen. Die Globalisierung der Firmen, der Finanz- und Währungsmärkte entzieht sich den Einwirkungsmöglichkeiten einzelner Regierungen (Giddens 1997:15).

„Die Grenzen des Wachstums“ sind erreicht. Mit dieser Mahnung versuchte der Club of Rome (Dennis Meadows 1972) die Menschheit vor gut einem Vierteljahrhundert zum Umdenken zu bewegen.⁷³ „Heute ist es höchste Zeit zu erkennen, dass wir an den ‘Grenzen des Wettbewerbs’ stehen“, schreibt „Die Gruppe von Lissabon“ in ihrem Buch über „Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit“ (1997). Die Globalisierung schaltet, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker in seinem Vorwort ergänzt, das angestammte demokratische Korrektiv der Marktwirtschaft aus. Die nationalstaatlichen Gebilde und Zusammenschlüsse sind kaum mehr in der Lage, der Zentralisierung der Produktion etwas Entsprechendes entgegenzusetzen. Der Machtgewinn der Wirtschaft stellt den Staat in den Schatten, der zunehmend Probleme hat, die sozialen Folgen der Deregulierung aufzufangen. Heute können selbst hochentwickelte und scheinbar autarke Nationen nicht mehr so tun, als besässen sie noch völlige Souveränität. (Benjamin R. Barber 1996:17) Der Druck des Marktes hat

72 Wird von Birgit Mahnkopf (in Misik 1997:59) ausgeführt. „Die Globalisierungsfalle“ belegt das anschwellende Aufbegehren gegen das, was viele die amoralische Zerstörungswut der globalen Marktkräfte nennen. Viviane Forrester (1996/1997) klagt die ökonomische Rationalität einer Globalisierung ein, die Millionen von Menschen ausgrenzt.

73 Der Club of Rome zog an seiner 21. Jahrestagung im Juni 1989 eine selbstkritisch-nüchterne Bilanz über das Erreichte. Die Beiträge, die auch das Leben des 1988 verstorbenen Mitglieds Eduard Pestel würdigen, sind unter dem Titel „Die Herausforderung des Wachstums. Globale Industrialisierung: Hoffnung oder Gefahr?“ (Scherz, Bern/München 1990) erschienen.

zwar Bestrebungen um Frieden und Stabilität auf internationaler Ebene als Vorbedingungen einer leistungsfähigen internationalen Gesellschaft gestärkt, ohne deswegen jedoch die Chancen für staatsbürgerliche Verantwortung, Rechenschaftspflichtigkeit oder Demokratie zu erhöhen.

Huschmand Sabet (1994) ortet in der Entwicklung der Menschheit eine innere Logik. Sie reicht von kleinen zu immer umfassenderen Einheiten.⁷⁴ Auf jeder Ebene ergeben sich neue Handlungschancen für das Individuum und die Gemeinschaft. Eine gute Vernetzung entscheidet darüber, wie befriedet die Weltordnung ist. Der Aufbruch zu einer vielfältigen Weltkultur und einer dynamischen Identität ist möglich, aber gefährdet.⁷⁵ Anthony Giddens (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997:15) räumt ein, dass die Globalisierung grössere Selbstbestimmung für Regionen und Individuen mit sich bringt.⁷⁶ Ulrich Beck (1997:29) hält die Aufwertung des Lokalen als Antwort auf die Globalisierung für möglich. Sie verlangt vielfältige Reformen. Veränderungen sind beispielsweise bei der Gemeindefinanzierung nötig. Es gilt, die Macht- und Aufgabenteilung zwischen der nationalen und lokalen Politik zu revidieren. Paul Trappe (1997:267) weist darauf hin, dass der Abbau von Kontrollen neue Kontrollen nötig macht.⁷⁷

Da die zunehmende Globalisierung von Wirtschaft, Rechtssystemen, Kulturen und Kommunikationsnetzen eine weltweite politische Öffentlichkeit schafft, hat die weltbürgerliche Sicht „aufgehört, eine blosse Idee der Vernunft zu sein“ (Seyla Benhabib 1993:113). Sie ist, wie verzerrt auch immer, bereits zu einer politischen Möglichkeit geworden. Die Gruppe von Lisbon (1997:37) sieht konkrete Ansätze einer globalen Zivilgesellschaft, die nebst der Mega-Infrastruktur für Produkte und Dienstleistungen entsteht. Ich führe im Kapitel 5.13 aus, wie eine solche globale Zivilgesellschaft aussehen könnte.

74 Das Neue an der gegenwärtigen Lage ergibt sich laut Jürgen Habermas (in Misik 1997:15) „nicht aus den klassischen Welthandelsbeziehungen, sondern aus global vernetzten Produktionsverhältnissen“.

75 „Nicht nur die Ost-West-Weltordnung ist zerbrochen, nun schmelzen auch noch die Sicherheiten und Selbstverständlichkeiten des westlich-demokratischen Kapitalismus dahin. So viel Auflösung war noch nie!“ (Beck 1993:59)

76 Demgegenüber betont Vobruba (1991:31) die Autonomieeinbussen, die sich aus den zunehmenden Interdependenzen ergeben.

77 „Regulierung heisst aus rechtshistorischer und rechtslogischer Sicht, dass bestimmte soziale Prozesse institutionell verfestigt werden.“ (Trappe 1997:267)

Dass die Globalisierung die stärkere Formierung regionaler Kräfte provoziert, halte ich für möglich. Misik (1997:75) stellt ein zunehmendes Aufbegehren gegen die Globalisierung fest. Viviane Forster (1997) befürchtet, dass die Ausgrenzung von Millionen von Menschen totalitären Strömungen Auftrieb gibt.⁷⁸ Deutlich feststellbar ist, wie sich die Kluft zwischen Arm und Reich im Weltmassstab vergrössert. Das geht, ausführlich belegt, aus dem erschütternden „Bericht über die menschliche Entwicklung“ (UNDP 1997:9) hervor. Die AutorInnen betrachten die Globalisierung nur dann als Chance, wenn sie sorgfältiger gesteuert wird und stärker auf den sozialen Ausgleich achtet.

3.1.5 Polarisierung

Bei der Polarisierung handelt es sich um eine besondere Form der „Desintegration ohne Reintegration“ (Trappe 1997:265). Die Globalisierung trägt dazu bei, dass die staatliche Kontrolle der Wirtschaft je länger desto schwieriger wird (Giddens 1997:16). „Für die Risiken, die mit der wachsenden Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen einhergehen, interessiert sich die Geschäftswelt im allgemeinen wenig“, schreibt William J. McDonough (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997:17). Er ist Präsident der Federal Reserve Bank of New York. Wenn es nicht gelingt, diese Ungleichheit zu verringern, gefährdet sie den Zusammenhalt der Gesellschaft. Zwischen 1973 und 1993 ist weltweit das durchschnittliche Realeinkommen der Familien im unteren Fünftel der Einkommenspyramide um 15 Prozent gefallen.

Der „Bericht über die menschliche Entwicklung“ (UNDP 1997) weist die verschärften Disparitäten nach. Der Reichtum einzelner Personen hat einen historischen Höhepunkt erreicht. Die globale Ungleichheit ist stärker ausgeprägt als je zuvor. In den Industrieländern haben die Einkommensunterschiede ein Niveau überschritten, das seit dem letzten Jahrhundert nicht mehr erreicht wurde. In 97 Ländern ist das Prokopf-Einkommen heute niedriger als 1990.⁷⁹

78 Giddens (1997:25) weist auf den Auftrieb hin, den die globalisierungsbedingte Ausgrenzung fundamentalistischen Strömungen gibt. Der Fundamentalismus hat die Tendenz, die Reinheit einer gegebenen Menge von Lehrsätzen zu betonen. Das scheint Sicherheit zu vermitteln.

79 „1960 war das Durchschnittseinkommen der reichsten 20 Prozent der Menschen auf der Welt 30mal höher als das Einkommen der ärmsten 20 Prozent. Heute ist

„Justitia et Pax“ (1997:37) kritisiert die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen. Die Schweiz hat von allen OECD-Staaten das höchste Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Bevölkerung (34'000 US-D). Das ärmste Fünftel der Haushalte erzielt 5,2 Prozent des gesamten Einkommens, das oberste Fünftel 44,6 Prozent. Die nationale Armutsstudie (Leu et al. 1997) belegt, dass sich die Schere geöffnet hat. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sind in der Schweiz grösser als in andern Industrieländern. 40 Prozent Einkommensschwache hatten 1992 deutlich weniger Geld zur Verfügung als 1982. 5 Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen über gleichviel Nettovermögen wie 95 Prozent.⁸⁰ Die Profite der börsenkotierten Schweizer Unternehmen sind von 7 Mrd. (1981) auf 29 Mrd. Franken (1995) gestiegen. (Cash, 21.3.1997) 1997 sollen es 38 Mrd. sein.⁸¹

Wolfgang Proissl (Die Zeit, 2.5.1997) bezieht sich auf die von Viviane Forrester (1997) beschriebene Polarisierung. Er warnt vor der Fortsetzung eines Denkens, das die zunehmende Ungleichheit und Ausgrenzung hin- nimmt. Die „Entwicklung“ könnte, um sich der nutzlosen Massen von Arbeits- und Obdachlosen zu entledigen, in einem Wirtschaftsgenozid enden. Die Gefahr, dass sich eine Zwei-Drittelsgesellschaft stabilisiert, ist akut. Unter diesen Bedingungen entscheidet vorallem der Zugang zur Erwerbsarbeit darüber, auf welcher Seite man sich befindet. Zynisch wäre es, den Ausgegrenzten mit Bezug auf die Subsidiarität einfach mehr Selbsthilfe zu empfehlen. Zunächst ist die gesellschaftliche Solidarität gefragt. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass die individuellen Anstrengungen zum Tragen kommen.

es 78mal höher! Es gibt 447 Dollar-Milliardäre auf der Welt, ihre Zahl hat sich in den letzten sieben Jahren verdreifacht; ihr Nettovermögen ist so hoch wie das Jahreseinkommen der ärmsten 50 Prozent der Menschheit.“ (UNDP 1997:10)

80 In der Schweiz hatten 1958 die 10 Prozent Reichsten 22mal soviel Nettovermögen wie die 10 Prozent Ärmsten, 1969 137mal soviel, 1981 189mal soviel, 1991 274mal soviel. (Anna Sax 1997:85) In diesem Jahr besaßen 2 Prozent der privaten Steuerpflichtigen 42 Prozent des gesamten steuerbaren Nettovermögens. Die nationale Armutsstudie (Leu et al. 1997) bestätigt diese Angabe.

81 Ausgeschüttete Dividenden an die Aktionäre: 1,6 Mrd. Fr. (1981), 7 Mrd. (1995), 8,9 Mrd. (1996), 10,5 Mrd. (1997, geschätzt). Eric Decarro, Präsident des VPOD Schweiz (in VPOD, 15.5.1997:8) erwähnt diese Zahlen mit der Bemerkung, wie entmutigend sie auf Arbeitslose wirken.

3.1.6 Bürokratisierung

Die technologische Produktion und der bürokratisch organisierte Staat sind (nebst der Pluralisierung der Lebenswelten) die primären Träger der Moderne. Brand (1982:51) beschreibt die funktionelle Rationalität, die Machbarkeit und die „Komponentialität“ als deren wesentliche Merkmale. Er bezieht sich auf das „Unbehagen in der Modernität“ (Peter Berger). Mit der „Komponentialität“ ist die Zerlegung der Wirklichkeit in technisch kompo- nierbare Einheiten gemeint. Die so geprägte Lebenswelt ist stark segmentiert. Sie trennt das Private und das Öffentliche. Die Bürokratie wird zur unver- zichtbaren Funktionsbedingung einer hochgradig differenzierten und spezia- lisierten Gesellschaft. Ulrich Beck (1993:45) beschreibt den Prozess der Technisierung, Bürokratisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung. In der Risikogesellschaft gerät die lineare Steigerung von Rationalität an ihre Grenze. Max Weber (1968:53/58,153/154) hat bereits tüchtig vorargumen- tiert. Giddens (1997:171) bezieht sich darauf, wie er die Leistungsfähigkeit der grossen Organisationen samt ihrer bürokratischen Hierarchie mit allge- meingültigen Prinzipien der sozialen Rationalität begründet und die Büro- kratie als die leistungsfähigste Organisationsform versteht. Sie hat klare Strukturen, konzentriert Informationen und Macht an der Spitze. Bürokratien sind ein „Gehäuse der Hörigkeit“. Sie neigen zur Sicherung der Herrschaft (Opielka 1990:11). Die Prozesse der Konzentration rufen jedoch Gegenkräfte hervor (Giddens 1997:172). Dazu gehören Bestrebungen der Demokratisie- rung. Sie können sich innerhalb der einzelnen Gebilde vollziehen, die durch eine Verteilung der Kompetenzen und der Verantwortung effizienter wer- den und das Basiswissen besser mobilisieren.

Ihrem inneren Wesen nach tendiert die Bürokratie darauf, vom Grossraum her die Kleinräume zu regieren. (Adolf Gasser 1976:131) Der Zug zur Zentralisierung und Bürokratisierung widerspricht teilweise den Prinzipien der Freiheit. Wenn das Streben nach sozialer Sicherheit immer weitere Volks- kreise ergreift, wird der Wohlfahrtsstaat zum Versorgungsstaat. Ein solcher lässt sich nur mit Hilfe zentraler und bürokratischer Kräfte sinnvoll steuern. „Von der polizeilichen Meldung bis zur Steuererklärung hängen wir in bürokratischen Systemen wie in einem Spinnennetz“, stellt der Psycho- analytiker Wolfgang Schmidbauer (1985:48ff.) fest. Leistung und An- passung treten seiner Meinung nach an die Stelle des Gefühlsausdrucks. Parallel dazu regiert die Öffentlichkeit immer weiter in die Intimsphären hinein. Wird die Normerfüllung zum wichtigsten Inhalt des Lebens, gerät die emotionale Basis in Gefahr. Die öffentlichen Umgangsformen wirken

um so stärker, je mehr sich die Individuen an die Leistungsethik anpassen. Alte, Kranke und Untüchtige erscheinen als ein Problem, das man, wenn es sich nicht auf Einzelne abschieben lässt, mit den Mitteln zu lösen versucht, die den industriellen Produktionsprozess beherrschen.

Bürokratie bedeutet auch Versachlichung. Sie bringt Distanz ins Geschehen und ist von einer hohen Verbindlichkeit geprägt. Das kann einengend wirken, garantiert aber mehr Gleichbehandlung und Sicherheit. Was den angesprochenen Pflegebereich betrifft, gibt es (nebst konstant unterschiedlichen Positionen) konjunkturelle Schwankungen in der Diskussion. Nach einem „Ab ins Heim“-Trend, der mit viel Kritik an den Unzulänglichkeiten der einengenden und kontrollierenden Privathaushalte verbunden war, schlug das Pendel wieder zurück. Begleitet von harscher Kritik an der „Heimfabrik“ wurde für die Betagten das (möglichst von der Tochter begleitete) Wohnen in den eigenen vier Wänden propagiert. Angesichts der Zunahme der Einpersonenhaushalte wird heute auch diese Position kritischer und mit mehr Verständnis für gemeinschaftliche Wohnformen betrachtet. Damit erhöht sich der Konsens darüber, dass eine Standardisierung in Teilbereichen sowie eine Vielfalt der Angebote nötig sind.⁸²

Anfang der neunziger Jahre verbreitete sich im EU-Raum und in der Schweiz das Anliegen, die bürokratischen Prozesse der sozialen Sicherung durch eine grosszügigere Orientierung am Finalprinzip zu vereinfachen. Mittlerweile komplizieren die Budgetdefizite der öffentlichen Haushalte eine Verständigung. Sie geben jenen Kräften Auftrieb, die den Bedarfsnachweis für Bedürftige enger fassen möchten. Dies mitunter mit dem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip und mit der Folge, bürokratische Hürden für jene zu erhöhen, die auf Leistungen angewiesen sind. Ich komme im Kapitel (3.4) über die soziale Sicherung darauf zurück. Zum Staat, der unter besonderem Verdacht steht, bürokratische Blüten zu treiben, sei vorweg angemerkt: Die Aktivitäten der Verwaltung kommen in der Schweiz in den kantonalen Verwaltungsberichten recht transparent zum Vorschein. Zudem verfügen die Parlamente mit den Geschäftsprüfungskommissionen über wichtige Kontrollorgane. Diese Einrichtungen sind ein wichtiges Korrektiv zum bürokratischen Apparat.⁸³

82 Mit Alternativen im und zum Heimwesen setze ich mich im Buch „Aufbruch im Alter“ (rpv, Zürich 1988) auseinander.

83 Zur Zeit laufen vielerorts Verwaltungsreformen. Sie sollen die strategische und operative Ebene besser voneinander trennen. Dahinter steckt die Idee des New

3.1.7 Verunsicherung

Die Berechenbarkeit erhöht die Stabilität einer Gesellschaft. Darauf weisen Wirtschaftskreise zu Recht immer wieder hin. Sie meinen damit in erster Linie ein gutes Investitionsklima. Die Rechtssicherheit erhöht auch das Vertrauen der Bürger/innen in den Staat. Die Gesamtarbeitsverträge zwischen den Gewerkschaften und Unternehmen haben den wirtschaftlichen Aufschwung gefördert. Die soziale Sicherung gibt den Individuen einen wichtigen Rückhalt.⁸⁴ Ohne Abfederung und Sozialversicherung wirken sich rezessive Einbrüche viel drastischer aus. Derzeit nehmen allerdings die Anzeichen einer Verunsicherung breiter Bevölkerungskreise zu. Sie befürchten die Folgen einer Deregulierung und Flexibilisierung, die das Anliegen der Berechenbarkeit unterlaufen.

Giddens (1997:141ff.) stellt in seinen Untersuchungen eine zunehmende Verunsicherung fest. Er führt diese auf die Umweltbelastung, die Existenz von Massenvernichtungswaffen, die Ausbreitung von Armut und die Zunahme der Erwerbslosigkeit zurück. Die Rationalisierung lässt eine steigende Anzahl von Personen zurück, die ihre Fähigkeiten auch gerne erwerbsmässig anwenden möchten, aber nicht können. Das beeinträchtigt das Selbstwertgefühl. Die Globalisierung schwächt den Staat. Dadurch erhöht sich die Gefahr einer zunehmenden Gewalt und Kriminalität.⁸⁵

Wenn die Regelverletzung zur Regel wird, ist das Zusammenleben gefährdet. Ulrich Greiner (Die Zeit, 2.5.1997) versucht in seinem Beitrag über die „Vergleichsgültigung“ das häufige Wegschauen zu erklären. Die begrenzte Regelverletzung ist tolerabel; sie kann sogar geboten sein. Doch wenn das Kleingewerbe – von der Fahrradpumpe bis zum Hotelhandtuch – generell „sozialisiert“ wird, sind die Normalsterblichen verunsichert und die Übereinkünfte des Zusammenlebens tangiert. Dann schaut niemand mehr hin, dann ist alles egal, dann rette, wer sich retten kann. Die Verun-

Public Managements (NPM). Globalbudgets gewähren den einzelnen Bereichen mehr Finanzautonomie. Sie sollen die zentrale Bürokratie entlasten. Eine Kontroverse besteht darüber, ob diese Schritte mit einem Verlust an Transparenz und Demokratie verbunden sind.

84 Vobruba (1991:8) betont die Bedeutung des wirtschaftlichen Nutzens der Sozialpolitik, der oft vernachlässigt wird.

85 Sie wird auch durch die von Misik (1997:26) beschriebene grosse Beliebigkeit („anything goes“) verstärkt.

sicherung hat auch mit der Beschleunigung zu tun, die alle und alles ergreift. Das Credo der Eliten ist die Mobilität, das Tempo ihre Methode. Bindungen, soziale und lokale Zugehörigkeit gelten als unmodern. Von der Ellenbogengesellschaft ist kaum mehr die Rede, weil sie längst Realität ist und der Ellenbogen nicht mehr ausreicht. Die permanente Steigerung der Effizienz und Beschleunigung am Arbeitsplatz kosten jenen wertvollen Augenblick, den man benötigt, um das Gesicht des Nachbarn sinnlich wahrzunehmen. Rücksichtnahme erscheint als eine Marotte. Toleranz wird mit Gleichgültigkeit verwechselt. Um den Menschen mehr Sicherheit zu vermitteln, fordert Greiner, der sich vom kulturkonservativen Klagen über den Sittenzerfall abgrenzt, die Belebung ziviler Tugenden. Als Ausweg aus der Verunsicherung empfiehlt er auch die „Wiederentdeckung der Langsamkeit“.⁸⁶

Salomon Biderbost (1997:90) führt den wichtigen Zeitaspekt in seinem Buch „Mit übersetzter Geschwindigkeit am Leben vorbei“ aus. Als Beispiele dienen ihm u.a. die persönlichen Sozialbeziehungen und die Qualität der Pflegeleistungen im Sozialbereich. Diese hängt wesentlich vom Faktor Zeit ab. Mehr Tempo erhöht insbesondere bei älteren PatientInnen die Verunsicherung und hat oft nicht den erhofften Effizienzgewinn zur Folge. Was die persönlichen Beziehungen betrifft, zeigt der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer (1985:174/175) Zusammenhänge zwischen der Verunsicherung und der Angst vor Nähe auf. Lose Verknüpfungen, Verabredungen, die für einen Abend getroffen werden, das ist der Spielraum, in dem sich näheängstliche Menschen noch am wohlsten fühlen. Sie sind ständig auf der Suche nach dem „richtigen“ Partner. Er soll die verlorene Geborgenheit ersetzen. Wer Angst vor der Nähe hat, muss alle Fluchtwege offenhalten, was die Verunsicherung erhöht.

Ich halte solche psychologischen Bezüge für wichtig. Sie werden oft unterschätzt. Die persönliche Verunsicherung kann allerdings infolge einer materiellen Einbusse auftreten. Es ist aber auch möglich, dass Menschen, die

aus andern Gründen verunsichert sind, sich entsprechend verhalten und ihr Erwerbsleben gefährden. Bei Gesprächen mit Armutsbetroffenen (Mäder et al. 1991:135-252) habe ich viel Verunsicherung in Familien festgestellt, bei denen der soziale Zusammenhalt bedroht ist, weil sie kaum das Existenzminimum erreichen. Die Verunsicherung äussert sich dann in einem ausgeprägten Rückzugsverhalten oder in einer Flucht nach vorn, die viel Energie verpufft, aber wenig bringt.

Eine gute Grundsicherung kann dazu beitragen, Ängste abzubauen und Kräfte gezielter zu kanalisieren. Unsere Vergleiche zwischen BezügerInnen von Sozialhilfe und von „working poor“, die keine weitere Unterstützung erhalten, zeigen, dass es identitätsfördernd ist, wenn Menschen ihren Unterhalt mit eigenen Kräften erarbeiten. Das gibt auch deshalb Sicherheit, weil unsere Gesellschaft nach wie vor stark erwerbsorientiert ist. Dazu später mehr. Zunächst geht es nicht um Auswege, sondern um Hinweise darauf, dass sich – nebst stabilisierenden Momenten – eine Verunsicherung verbreitet, die Menschen nicht dazu ermuntert, das Heft in die eigenen Hände zu nehmen.⁸⁷

3.1.8 Konsumismus

Der Umsatz an Konsumgütern hat in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts enorm zugenommen. Der Konsum prägt Lebensgewohnheiten und das menschliche Verhalten. Die gesellschaftlich starke Ausrichtung darauf wird begrifflich als Konsumismus gefasst.

In den Anfängen der Sozialdemokratie galt der „konsumfähige Arbeiter“ als einer, der eher für Neuerungen zu begeistern war. (Vobruba 1991:18) Heute wird eher beklagt, dass der Konsumismus die Passivität und die politische Abstinenz fördert. Die Literatur über süchtiges Verhalten führt dazu unzählige Beispiele an. Der übermässige Konsum verstärkt ein Regredieren auf eine Subito-Befriedigung, die kaum Verzicht erträgt. Er untergräbt die Eigenständigkeit und reproduziert eine einseitige Abhängigkeit, die vielen Menschen in andern Zusammenhängen zu schaffen macht, so etwa im Erwerbs- oder Wohnbereich. Daraus ergibt sich eine Anpassungsleistung, die als umsatzorientiertes Handeln marionettenhaft wirkt

⁸⁶ Sten Nadoldny hat unter diesem Titel eine faszinierende Biographie über den britischen Polarforscher John Franklin (1786-1847) geschrieben, der behindert und in der Lage war, aus seiner Not eine Tugend zu machen. Als Gouverneur von Tasmanien wies er immer wieder darauf hin, dass Demokratie und Begegnungen Zeit brauchen. Der amerikanische Benjamin Franklin (1706-90) prägte hingegen den Ausspruch „Time is money“. Fritz Reheis (1996) zeigt ferner auf, wie „Die Kreativität der Langsamkeit“ neuen „Wohlstand durch Entschleunigung“ bringen könnte.

⁸⁷ Der „Bericht über die Entwicklung der menschlichen Lage“ (UNDP 1997:124) bezeichnet die Hoffnung darauf, dass Abstriche bei den sozialen Diensten die eigenen Anstrengungen der Betroffenen anregen könnten, als „eine Perversion des Selbsthilfe-Ideals“.

und zusätzlich verstärkt wird. (Beck 1997:26) Der Erfolg am Markt kann über Sein und Nichtsein entscheiden. Infolgedessen wird die individuelle Anpassung zu einem wichtigen Ziel der Charakterbildung. Hinzu kommt die Anpassung der Nation als „Standort“ für einflussreiche Unternehmen. Der „Standort“ ist zu einem wichtigen Leitwort für eine Politik geworden, in der die politischen Begriffe Gesellschaft und Nationalstaat an Bedeutung verlieren. Die Optik der Kapitalverwertung dominiert. Sie führt dazu, Ressourcen zu vergeuden, auf die kommende Generationen angewiesen wären.⁸⁸ Wolfgang Schmidbauer (1996:7ff.) räumt der Konsumgesellschaft nur dann eine Überlebenschance ein, „wenn die Bedeutung sozialer Disziplin neu erkannt und mit politischer Macht verstärkt wird“.

Ob's gelingt? Franz Hochstrasser (1995) ist skeptisch. Die Industriegesellschaft macht alles zur Ware, auch die zwischenmenschlichen Beziehungen. Der Konsum ist der goldige Schlüssel zum Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Konsumismus prägt den „sozialen“ Zusammenhalt und das kulturelle Wesen der Zwei-Drittelgesellschaft. Das dominante Nützlichkeitsdenken instrumentalisiert selbst die ethischen Grundlagen. Der Konsumismus entsolidarisiert. Die davon betroffene soziale Arbeit muss sich den Zwängen der Dingwelt widersetzen. Sie muss, selbst (aus Kostengründen) von der Abschaffung bedroht, eine Ueberlebensqualifikation entwickeln und die KlientInnen dazu befähigen, Risiken konstruktiv zu bewältigen. Wobei all diese Anstrengungen nach der recht pessimistischen Analyse von Franz Hochstrasser lediglich dazu ausreichen dürften, den Untergang zu verzögern.

3.2 Wandel der Familie

Die Familie ist eine wichtige Zelle der Gesellschaft.⁸⁹ Wichtige Verände-

⁸⁸ Heidi Schüller (1997:7ff.) beschreibt, wie aus der hochmotivierten Leistungsgesellschaft eine unbewegliche geworden ist, die von endlichen Reserven lebt und kaum in der Lage ist, neue anzulegen.

⁸⁹ Mit Familie ist hier ein Haushalt gemeint, in dem mindestens ein (nicht unbedingt leiblicher) Elternteil mit einem Kind oder mit mehreren Kindern zusammenlebt. Das Bundesamt für Statistik (1996) zählt zu den Familien Ehepaare, unabhängig davon, ob sie (noch) kinderlos sind oder ob die Kinder das elterliche Haus verlassen haben. Hinzu kommen Haushalte, in denen Mütter oder Väter allein mit minderjährigen oder unverheirateten erwachsenen Kindern zusammenleben. Die Christ-

ungen lassen sich nicht aus ihrem Binnenraum erklären. In diesem Kapitel versuche ich, am Beispiel der Familie einzelne Aspekte des sozialen Wandels zu veranschaulichen. Dabei kommen gegenläufige Öffnungs- und Schliessungstendenzen zum Vorschein, die ein Konzept der Subsidiarität und Solidarität berücksichtigen muss. Zunächst geht es darum, wie der soziale Wandel die Familie prägt. Besonders interessiert, wie sich Arbeitslosigkeit und Armut auf betroffene Familien auswirken.

3.2.1 Differenzierung

Seit den sechziger Jahren wandeln sich die Lebensformen ziemlich rasant.⁹⁰ Die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensstile berühren auch die „bürgerliche Familie“, die seit dem 19. Jahrhundert ein wichtiges Leitbild ist. Infolge der Modernisierung der Produktionsweise entstanden, basiert sie auf der Trennung von Wohn- und Erwerbsstätte. Zu ihren Grundlagen gehören die Ausweitung der staatlichen, halbstaatlichen und privaten Systeme der sozialen Sicherung. Konstituierend wirkten auch Prozesse der Demokratisierung und Persönlichkeitsentfaltung. Allerdings gelten für Mütter und Töchter andere Normen als für Väter und Söhne. Die Vorgaben orientieren sich an der Erwerbstätigkeit des Mannes und der Einheit von Heirat, Haushalt und Nachwuchs. Die „bürgerliche Familie“ will einen autonomen privaten Lebensbereich mit möglichst wenig öffentlicher Einmischung. Sie hat an Terrain verloren, ist aber nicht passé.

Heute differenzieren sich die Familienformen und die Geschlechterbeziehungen weiter. Männer verlieren an Einfluss. Frauen erhöhen ihre Aussenaktivitäten. Die seit etwa drei Jahrhunderten postulierte Einheit von Ehe, Elternschaft und Haushalt schwindet. Die Autonomie der Kernfamilie wird zwar weiterhin als Voraussetzung für eigenverantwortliches Handeln deklariert, durch die Bedeutung der Medien und der beruflichen Mobilität

liche Volkspartei würdigt die Familie als dauernde Verbindung von Mann und Frau mit einer gemeinsamen Verantwortung für die Elternschaft. Die Lebensgemeinschaft verschiedener Generationen sei die tragende soziale Gruppe auf dem Fundament einer religiösen oder ethisch motivierten Weltanschauung, heisst es im Grundsatzpapier zum „Jahr der Familie“ (1994).

⁹⁰ Bundesamt für Statistik, Haushalte und Familien: die Vielfalt der Lebensformen, Bern 1996.

jedoch relativiert. Teilweise fördert die unübersichtliche Vielfalt der neuen Lebensformen auch restaurative Tendenzen. Die folgenden Angaben veranschaulichen, dass die traditionellen Orientierungen an Gewicht verlieren. Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt noch in klassischen Familien. Gemeint sind Haushalte, in denen Mutter, Vater und Kind(er) zusammenwohnen. 1990 lebten bereits 2,5mal mehr Personen in unehelichen Haushalten als 1980. Die Zahl der Konsensualpaare erhöhte sich im selben Zeitraum um 150 Prozent. Während in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der Paarhaushalte mit Kindern konstant blieb, nahmen die Einelternfamilien um 37 Prozent zu. Sie machen mittlerweile 13,5 Prozent der Haushalte mit Kindern aus. 128 Prozent betrug die Zunahme der Einpersonenhaushalte. Sie gilt als wichtiger Indikator für die Individualisierung. Hinzu kommen der Rückgang der Einzelpersonen, die mit ihren Eltern zusammenleben (um 32,3 Prozent) und der Rückgang der Haushalte, die mit weiteren Personen zusammenleben (um 57,9 Prozent).⁹¹

Der Trend zu einer pluralistischen „Europa-Norm“ beinhaltet eine spätere Mutterschaft, mehr ausserehelich geborene Kinder, eine Zunahme der freiwilligen Kinderlosigkeit sowie einen Rückgang der Familiengrösse. Kontinuierlich hat sich auch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verändert.⁹² 45 Prozent der in der Schweiz lebenden Kinder haben mittlerweile eine erwerbstätige Mutter.⁹³ Und das Wissen um verschiedene Optionen und

91 In Städten ist dieser Prozess weiter vorangeschritten. In bereits zwei Dritteln der basel-städtischen Haushalte wohnen Alleinlebende und Paare ohne Kinder (OeKK-Info, 1.3.1995).

92 Nach einer 1996 durchgeführten Erhebung des Bundesamtes für Statistik ist die klassische „Ernährerfamilie“ ein Auslaufmodell. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft hat sich bei der jüngeren Generation durchgesetzt. Mehr als zwei Drittel der zwischen 1960 und 1964 geborenen Personen begannen das Zusammenleben mit einem Partner oder einer Partnerin in dieser Lebensform. Bei der zwischen den Jahren 1945 und 1949 geborenen Generation ist das Verhältnis umgekehrt. 67 Prozent der Frauen und 61 Prozent der Männer begannen ihr Paarleben mit der Eheschliessung. Im Jahr 1994 schritten Frauen durchschnittlich im Alter von knapp 28 Jahren (1970: 24 Jahre) zur (ersten) Trauung, Männer mit gut 30 Jahren (1970: 26 Jahre). 70 Prozent der älteren Frauen bekamen ihr erstes Kind vor dem 30. Geburtstag. Bei den jüngeren Frauen trifft dies noch auf 57 Prozent zu. (Neue Zürcher Zeitung, 14.2.1997)

93 Die Zahl der Familien, in denen beide Ehepartner berufstätig sind, hat sich beispielsweise im Kanton Tessin in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Laut einer 1996

deren erhöhte Akzeptanz relativiert gängige Vorstellungen von dem, was „normal“ ist, auch wenn sich der Bruch mit der Vergangenheit nicht radikal vollzieht und sich erst allmählich im allgemeinen Bewusstsein niederschlägt.⁹⁴

3.2.2 Sozialisation

Die Familie wird oft als eine Insel in der Gesellschaft hingestellt. In gewissem Sinne ist sie das auch, ein Ort des Rückzugs; ein Ort, an dem sich viel hinter verschlossenen Türen abspielt. Wir können uns auf die Insel zurückziehen, bleiben aber – mehr oder weniger – von der grossen Wetterlage abhängig. Unterschiedliche Auswirkungen ergeben sich je nach Familientyp und sozialer Zugehörigkeit. Die Grösse unseres Schutzes hat aber keinen Einfluss auf die Witterung. Die Familie ist keine geschlossene, sondern eine durchlässige Einheit. Sie ist stets von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einflüssen abhängig.

„Patient Familie“ heisst das bereits 1970 erschienene Buch von Horst-Eberhard Richter.⁹⁵ Der Psychoanalytiker vergleicht darin die neurotische Kleinfamilie mit einer Festung, deren Anstaltscharakter nicht mehr jenen Schutz vor Anomie bietet, den Emile Durkheim der Familie noch vor Ende des letzten Jahrhunderts zugebilligt hat.⁹⁶

„Ich habe immer versucht, meine Kinder zu friedlichen Menschen zu erziehen; sie haben aber längst gemerkt, dass nur die Stärksten ans Ziel gelang-

durchgeführten Untersuchung des Statistischen Amtes sind heute gut ein Drittel aller steuernzahlender Ehepaare doppelverdienend. (DAZ, 13.2.1997)

94 Der viel zitierten Scheidungshäufigkeit steht übrigens eine erhebliche Zunahme der durchschnittlichen Dauer der nicht geschiedenen Ehen auf 43 Jahre gegenüber.

95 Siehe dazu auch: Richter Horst E., Lernziel Solidarität, Ex Libris, Zürich 1975; sowie ders., Umgang mit Angst, Hoffmann und Campe, Hamburg 1992.

96 Emile Durkheim (1893/1977) hat den historischen Prozess der sozialen Differenzierung als Auflösung der (Gross-)Familie bezeichnet. Mit der Ausdehnung der Tausch- und Delegationsgeflechte nimmt die Abhängigkeit der einzelnen Menschen und Gruppen voneinander zu, das Bewusstsein der Zugehörigkeit jedoch ab. Das System der rechtlich-unpersönlich geregelten, industriellen Arbeitsteilung übernimmt immer mehr Aufgaben, die früher im Rahmen dörflicher Gemeinschaften unter Einbezug der Familien erfüllt wurden.

gen“, erzählt eine Mutter (in: Kane 1996). Sie versteht die Familie als „Hort der Liebe“, als „heile Welt“, die sich der Ellenbogengesellschaft entzieht. Doch spätestens auf dem Spielplatz oder in der Schule machen die Kinder die Erfahrung, wie sie manchmal sogar von Niederlagen anderer profitieren können. Wer sich nicht daran gewöhnt, hat Mühe, in der Rivalität zu bestehen. Die Konkurrenz gehört zur Realität. Gefühle haben in der Aussenwelt wenig Platz. Männer weinen höchstens hinter verschlossenen Türen. Für sie ist die Familie eine Nische, in der abweichendes Verhalten – im positiven wie im negativen – möglich ist. Die „kleine Festung“ bietet Schutz; sie schliesst aber auch ein. In ihr bleiben Inzest und Gewalt oft unentdeckt. Trotz dem von der 1968er-Bewegung angestrebten Autoritätsverlust haben die Eltern in den kleiner gewordenen Familien nach wie vor viel Macht. Sie können das Rückgrat ihrer Kinder stärken oder schwächen. Im Gegensatz zu andern „Anstalten“ fehlt ein unmittelbares Korrektiv. Das verleitet zu autoritärem Verhalten. Mit der Abkapselung und Privatisierung der Familie vertieft sich die Kluft zwischen ihrer Binnenstruktur und der gesellschaftlichen Aussenwelt. Im System unpersönlicher Arbeitsteilung entgleitet die Familie teilweise der Kontrolle durch das soziale Umfeld. Sie scheint eine quasi autonome Insel zu sein, ist es aber nicht. Weil die Mini-Einheit an Boden und Rückhalt verliert, bleibt sie – stark geschwächt – durch übergeordnete Instanzen beeinflussbar.

Die Familie hat die grundlegenden Werte an die Heranwachsenden zu vermitteln. Das gehört zu ihrer Sozialisationsaufgabe. Sie ist der verlängerte Arm der Gesellschaft. Kommt ein Kind aber auf die „schiefe Bahn“, dann werden oft „defizitäre Familienverhältnisse“ dafür verantwortlich gemacht, zum Beispiel bei Drogenabhängigkeit. Ansonsten wird viel elterliche Autorität an die Schule delegiert, deren Versagen ebenfalls häufig moniert wird.

Der Ansatzpunkt, Familie nicht als einen in sich geschlossenen Mikrokosmos zu betrachten, sondern als Institution mit einem demokratischen Auftrag, knüpft an die familiensoziologischen „Studien über Autorität und Familie“ der kritischen Theorie an. Dieser familienkritische Diskurs wird laut der Familiensoziologin Ruth Hungerbühler (WochenZeitung, 24.6.1994) sträflich vernachlässigt. Die Familie wird als „Sozialisationsagentur“ zwar für allerlei Missstände verantwortlich gemacht, das Augenmerk richtet sich dabei aber zunehmend auf die „verwahrlosten Mütter“ oder die „bösen Väter“. In den dreissiger Jahren des 20. Jahrhunderts untersuchten Mitarbeiter/innen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung den Zusammenhang zwi-

schen gesellschaftlichen und familiären Strukturen. Sie verknüpften dabei die mikro- und makrosozialen Ebenen und kamen zum Schluss, dass sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der patriarchalisch strukturierten Kleinfamilie reproduzieren. Der Vater tritt als Machthalter gesellschaftlicher Ansprüche auf, denen er sich selber unterziehen muss.⁹⁷

Die Familie hat ferner die physische Reproduktion und eine optimale Nutzung der Arbeitskraft zu garantieren. Die psychische Regeneration impliziert eine Pufferfunktion. Die Familie dupliziert und kontrastiert typische Arbeitsmechanismen. Sie reproduziert auch patriarchalische Geschlechterverhältnisse.⁹⁸

Die pluralisierten Familienformen sind in ihrem flexiblen und mobilen Charakter Abbild von und Antwort auf derzeitige wirtschaftliche Leistungsanforderungen. Aber dieses Menschenbild eines marktgerechten Individuums, das frei, unabhängig, flexibel und mobil ist, grenzt weite Teile der Bevölkerung aus, kritisiert Ruth Hungerbühler weiter (ebd.).

Als Blitzableiter ermöglicht die Familie eine Entladung von emotionalen Stauungen, was die Anpassung nach aussen fördert und die gesellschaftlichen Gegensätze stabilisiert.⁹⁹ Die Familie kann sich diesen Widersprüchen ebenso wenig entziehen wie dem Zeitregime der Moderne. Selbst der dickste Schutzwall gewährt ihr nicht jene Autonomie, die sie gerne für sich beansprucht. Die Familie ist gesellschaftlich eingebunden und gleichwohl auf sich gestellt. Neue soziale Probleme verschärfen diesen Zwiespalt.¹⁰⁰

97 Joachim Küchenhoff geht in seinem Band „Familienstrukturen im Wandel“ (Basel 1998) darauf ein. Der Band enthält zahlreiche Beiträge, die an einer Vorlesungsreihe der Universität Basel zum Thema gehalten wurden.

98 In der erwähnten Vorlesungsreihe von Joachim Küchenhoff (Anm. 97) befassten sich Bettina Bretzinger mit „Geschlechterkonstruktionen im Wandel“, Claudia Opitz mit dem „Wandel der Väterrolle“, Katharina Simon-Muscheid mit der „Konditionierung der Geschlechterrollen“, Katharina Ley mit der „Familienvielfalt“.

99 Oft kommt es in Familien just dann zu Gewaltszenen, wenn es so schön sein könnte: am freien Wochenende und in den Ferien. Auf diese Zeiten richten sich besonders hohe Erwartungen. Entsprechend gross ist die Enttäuschung, wenn sie sich nicht erfüllen.

100 Ruedi Rüegegger (1996:9) beschreibt, wie die Behebung von Sozialisationsdefiziten an die Familie zurückverwiesen wird.

3.2.3 Erwerbslosigkeit

Nach dem zweiten Weltkrieg ging der Fahrstuhl für viele Werktätige nach oben. Breite Bevölkerungskreise konnten vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre wachsen allerdings die Lebenshaltungskosten rascher als die unteren Löhne. Das System der sozialen Sicherung hält mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt.¹⁰¹ Es geht von klassischen Familienhaushalten aus, von existenzsichernden Löhnen und von Vollbeschäftigung. Aber diese Annahmen treffen nur beschränkt zu. Das erhöht den innerfamiliären Stress.¹⁰²

Pro Person stehen heute zwar mehr Zimmer zur Verfügung als vor zehn Jahren. Verbessert hat sich auch die Wohnungsausstattung. Der Wohnraum ist aber einseitig verteilt. Die Lage und Grösse hängen vom Einkommen ab. Zudem haben sich die äusseren Lebensräume verengt. Der Verkehr beeinträchtigt die Spielräume für Kinder und die Möglichkeiten der Naherholung. Wenig Raum und Einkommen schränken auch individuelle Problemlösungsstrategien ein. Kinder, die wegen des Strassenverkehrs draussen nie unbeaufsichtigt spielen können, sind in ihrer motorischen und sozialen Entwicklung benachteiligt. Zu diesem Schluss gelangen Marco Hüttenmoser und Dorothee Degen-Zimmermann in ihrer Nationalfondsstudie „Lebensräume für Kinder“ (Zürich 1996).¹⁰³ Die Enge wirkt sich besonders nachteilig aus, wenn Eltern erwerbslos sind.

Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verlieren ihre gewohnte Alltagsstruktur. Die Rollen werden neu verteilt. Beziehungsprobleme verschärfen sich. Das zeigen folgende Beispiele (Kane 1996).

101 In Städten wie Basel oder Zürich wohnen in rund jedem zweiten Haushalt eine alleinstehende Person. Kinder sind noch in etwa jedem fünften Haushalt anzutreffen.

102 Dazu: Mäder Ueli, Armut – Anpassung und Widerstand. HFS, Basel 1994.

103 Die Arbeit ist im Zürcher Oberländer (vom 16.12.1996) unter dem Titel „Strassenverkehr bremst Entwicklung der Kinder und führt Familien in soziale Isolation“ zusammengefasst. Das Medienangebot sorgt zwar für willkommene Kompensation, es verleitet aber zu passivem Konsum hinter verschlossenen Türen. Ich führe diesen Aspekt im Buch „Frei-Zeit: Fantasie und Realität“ (rpv, Zürich 1990) weiter aus.

„Mein Vater ist daheim, weil er krank ist“, sagt eine achtjährige Schülerin. Sie verheimlicht, dass er vor sechs Monaten seine Stelle verloren hat. Seither lädt die Zweitklässlerin keine Freundin mehr zu sich ein. Dies auch aus Platzgründen. Der Vater erträgt keinen Lärm. Er ist gestresst.

Vera ist dreizehn Jahre jung, ihr Vater arbeitslos. Er hat nun mehr Zeit, unternimmt mit seinen beiden Töchtern aber weniger als früher. Das Leben der Familie Brunner verändert sich. Kommt unerfreuliche Post, entsteht meistens Streit. In ihrer Freizeit hütet Vera Kinder. Ist das Haushaltsportemonnaie leer, hilft sie mit ihrem Sackgeld aus. Die Familie lebt von der Fürsorge. Der Vater verzichtet aufs Fotografieren. Das Hobby ist zu teuer. In der Stube schaut er immer wieder alte Fotos an. Das ärgert seine Frau manchmal, besonders wenn sie putzen will. Würde er helfen, kämen sie sich noch mehr in die Quere. Die Wohnung ist eng. Vera und ihre elfjährige Schwester erledigen ihre Hausaufgaben am Küchentisch. Sie sind froh, wenn ihr Vater, der gesundheitliche Probleme hat, zum Arzt muss. Von einem Tag auf den andern weigert er sich, Medikamente zu nehmen und stirbt an Herzversagen. „Vor lauter Hoffnungslosigkeit“, sagt seine Frau. „Wenn ich nicht mehr bei euch bin“, habe er vor seinem Tod ein paar Mal erwähnt, „dann geht es euch besser. Dann könnt ihr wieder vorwärtsschauen.“

Frau Felber ist alleinerziehend und erwerbslos. Hält sie ihre beiden Kinder zum Sparen an, reagieren diese manchmal mit Forderungen. Vermutlich aus Angst. Sie fürchten, ihre Tiere weggeben zu müssen. Der Auszug vom Vater ist noch lange nicht verdaut. Die Schulleistungen verschlechtern sich. Das Selbstvertrauen sinkt. Die Leute im Dorf grüssen freundlich. Aber niemand fragt, wie es wirklich geht. Bei der aufwendigen Arbeitssuche folgt eine Absage nach der andern. Sie geben der bestandenen Mutter das Gefühl, ausgeliefert und überflüssig zu sein.¹⁰⁴

Herr Roth, Vater von drei Kindern, sucht seit zwei Jahren vergeblich eine neue Stelle. Jeden Tag versucht er, sich zu motivieren. Das braucht viel Kraft. Die Perspektivlosigkeit raubt ihm den Atem. Die Familie ist für ihn eine Stütze und zugleich eine Belastung. Er wird gebraucht, wirft sich aber vor, ein Versager zu sein. Der ältere Sohn ignoriert die Arbeitslosigkeit seines Vaters. Vielleicht, weil er sie als zu bedrohlich erlebt. Der jüngere Sohn

104 Verharmlost wird derzeit, dass die durchschnittliche Arbeitslosigkeit „nur ein paar Monate dauert“. Für mitleidende Kinder ist das ein schwacher Trost. Wenn ihre Eltern keine Stelle haben, verlieren sie ihr Selbstwertgefühl schon nach wenigen Wochen.

weiss nicht mehr recht, wie er sich verhalten soll. Der Vater hilft ihm bei den Hausaufgaben und schimpft, die Mutter sei zu streng. Sitzt der Vater einfach im Sofa und liest selber ein Buch, hat er ein schlechtes Gewissen. Beim Kino- oder beim ganz seltenen Theaterbesuch sei's noch schlimmer. Der Feierabend fehlt. Das Gefühl, etwas geleistet zu haben und sich entspannen zu dürfen.¹⁰⁵

3.2.4 Seelische Verarbeitung

Thomas Kieselbach, Professor für Gesundheitspsychologie in Hannover, ist seit zwanzig Jahren in der Arbeitslosenforschung tätig. Er weist (in: Kane 1996) auf die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit und darauf hin, wie wichtig die seelische Verarbeitung ist. Die Arbeitslosigkeit braucht nicht nur finanzielle Reserven auf; sie strapaziert auch die Beziehungsnetze. Eine mehrmonatige Erwerbslosigkeit der Eltern kann das Selbstwertgefühl der Kinder auf Jahre hinaus schwächen. Kinder übernehmen viel. Sie lernen bald, was zu verdrängen ist.

Im Unterschied zu vergleichbaren Gruppen von Beschäftigten machen Arbeitslose häufiger Selbstmordversuche. Lebenspartner/innen zeigen mit zeitlicher Verzögerung ähnliche psychische Reaktionen. Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen Arbeitslosigkeit und Kindsmisshandlung. Infektionen und chronische Erkrankungen nehmen zu, ebenso Unfälle. Das kommt, über das menschliche Leid hinaus, die Gesellschaft teuer zu stehen.

In der individualisierten Wohlstandsgesellschaft ziehen sich viele Armutsbetroffene und Erwerbslose zurück. Nach einer weit verbreiteten Auffassung sind alle Menschen ihres Glückes eigener Schmied. Wer's nicht schafft, scheint demnach selber schuld zu sein. Arme strecken sich nach der Decke. Sie wahren nach aussen den Schein der Konformität und lasten sich Schwierigkeiten an, die gesellschaftlich mitverursacht sind. Medikamente sollen die chronischen Kopfschmerzen lindern. Wenn der Druck zu gross wird, dienen manchmal Kinder als Ventil. Das Treten nach unten verlagert die Widersprüche. Wer das Wasser am Hals hat, rettet seine eigene Haut. Er hat kaum die Kraft dazu, sich mit andern zu solidarisieren. Die Angst lähmt; oder sie treibt zu einer Flucht nach vorn, die viel Energie verbraucht.

¹⁰⁵ Ausgeführt in: Mäder, U., „Arbeitslosigkeit belastet die Familie“, Basler Zeitung, Nr. 105, 10.5.1996.

So entsteht keine Kultur des Engagements. Alle schauen für sich. Die Armut und die Arbeitslosigkeit verstärken in der reichen Schweiz die einseitige Abhängigkeit und die Abkapselung der Familie. Hilfreich wäre eine weitere Enttabuisierung der Armut. Sie könnte den Schulterchluss zwischen Betroffenen erleichtern.

Die Individualisierung bedeutet Vereinzelung. Sie wirft die Menschen auf sich zurück, erhöht aber auch deren Entscheidungsfreiheit. Was ich beruflich tue, braucht keine verwandtschaftliche Tradition fortzusetzen. Ich bin selber für fast alles verantwortlich, was dabei herauskommt. Klar deklarierte Vorgaben fehlen. Das erhöht die Anforderungen an die Individuen und Familien. Die Erwartungen einer pluralistischen Gesellschaft sind vielfältig. Wer alle erfüllen will, gerät in Stress. Es ist schwierig, sich in der neuen Unübersichtlichkeit zu orientieren. Die Herausforderung stimuliert. Und lähmt! Apathie ist eine mögliche Reaktion auf Überforderung, manchmal auch eine Form des Widerstandes. Wenn sich beispielsweise Jugendliche angeblich nicht für Politik interessieren, kann das heissen, dass sie sich nicht für das interessieren, was andere für Politik halten.

In der Konkurrenzgesellschaft erfahren wir von Kindesalter an, wie sich die Schwächen anderer ausnutzen lassen. Die einseitige Ausrichtung auf eigene Vorteile ist Teil eines gängigen Sozialisationsmusters. Es treibt einen Keil zwischen die Menschen. Das Abwälzen der Widersprüche erschwert die Solidarität. Wer sich ohnmächtig fühlt, empfindet das Bessere zuweilen als Bedrohung. Es fordert zum Handeln auf. Konsumorientierte Verhaltensmuster bieten imaginäre Sicherheiten an. Ein Ausbau der Grundsicherung könnte den sozialen Zusammenhalt stärken. Über die bestehenden Sozialversicherungen ist das aber nur beschränkt leistbar.

3.2.5 Neue Verbindlichkeit

Viele Jugendliche empfinden die familialen und nachbarschaftlichen Bande als eng. „Coolness“ ist ein Versuch, sich abzugrenzen und der als Bevormundung empfundenen Aufsicht zu entziehen. In ländlichen Gebieten gibt es eine „Kuhstallwärme der Gemeinschaft“ (Theodor Geiger), die mit starker sozialer Kontrolle verbunden ist. Der Rückzug auf sachlich-distanzierte Sozialbeziehungen schützt einen vor Vereinnahmung. Die „Flucht in die Betonburgen“ bringt teilweise neue Freiheiten mit sich. Mit der Anonymität ist es aber gar kühl geworden. Während sich die einen noch tiefer in ihr Schneckenhaus zurückziehen, öffnen andere die Türen. So gibt es gerade in

städtischen Agglomerationen Anzeichen dafür, dass die Bereitschaft punktuell zunimmt, verbindliche Beziehungen einzugehen. Das kann eine Chance sein, Isolation zu überwinden und neue soziale Netze zu knüpfen. Ob diese Versuche zum Tragen kommen, hängt allerdings von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und unterstützenden Massnahmen ab. Sie sind auch für die Familien zentral.

Paul Trappe (1997:258/59) weist zu Recht darauf hin, dass heute nicht von einem Zerfall der Familie die Rede sein kann. Als Institution behält die Familie ihre tragende Funktion gewiss bei, allerdings unter erschwerten Bedingungen. Wenn die unteren Einkommen kaum ausreichen, eine Familie zu ernähren, dann ist es für viele Eltern schwierig, Kinder zu haben. Laut der Familiensoziologin Ruth Hungerbühler (WochenZeitung, 24.6.1994) sind nicht die Frauen und Männer müde geworden, Familien zu haben; vielmehr sind es der Staat und der Arbeitsmarkt, die mit ihrem Zugriff auf das Individuum die Lebbarkeit seiner familiären Bindungen einschränken. Feste Blockzeiten in der Schule geben beispielsweise den Eltern mehr Disponibilität.

Einerseits wird die Familie hochgelobt, andererseits entwertet. Mehr Selbstverantwortung soll ihre Eigenständigkeit stärken; die propagierte Selbsthilfe lässt sich aber nicht erpressen. Sie beinhaltet die Gefahr, soziale Probleme abzuwälzen. Das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung bringt beispielsweise viele Eltern in Schwierigkeiten. Ob sich so soziale Kosten sparen lassen, ist fraglich. Obwohl die Familien mit neuen Aufgaben betraut werden, erleiden sie einen Funktionsverlust.

3.3 Wertewandel

Es geht hier nicht darum, mit allen Grössen der Wertewandelsforschung (Ronald Inglehart, Helmut Klages, Horst W. Opaschowski, Gerhard Schmidchen, Helen Wilkinson, Robert Wuthnow, Daniel Yankelovic u.a.) aufzuwarten.¹⁰⁶ Ich begnüge mich mit einer Zusammenfassung häufig genannter Gesichtspunkte und einer kritischen Anmerkung dazu.

¹⁰⁶ Zentral ist die Betonung der immateriellen Gesichtspunkte und – bei einzelnen (Klages 1997:241) – die immer deutlichere Ablehnung des Lamentos über den Werte-Zerfall.

Brand (1982:65ff.) stellt in westlichen Industriegesellschaften eine stille Werterevolution fest. Sie führt von materialistischen zu postmaterialistischen Werten. Diese These geht auf Inglehart zurück, der sich auf Maslows Theorie der Bedürfnishierarchie bezieht. Die Annahme lautet: Wenn die materiellen Versorgungs- und Sicherheitsinteressen befriedigt sind, dann streben die Menschen nach höheren, nichtmateriellen Werten. Sie wollen partizipieren und sich selber realisieren. Inzwischen haben wirtschaftliche Einbrüche die Existenzängste anwachsen lassen. Trotzdem nimmt Ulrich Beck (1997:15) auch für die heutige Zeit an, dass die Verfügbarkeit über die eigene Zeit höher bewertet wird als mehr Einkommen. Zur Wertschätzung der Selbstverwirklichung gesellen sich neue Formen der Solidarität.¹⁰⁷ Aus amerikanischen Studien geht hervor: Für mehr als 75 Prozent der Bevölkerung nehmen Solidarität, Hilfsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung den gleich prominenten Rang ein wie Motive der Selbstverwirklichung, beruflicher Erfolg und die Ausweitung der persönlichen Freiheitsspielräume. Vielleicht keine Freizeit-, aber eine Freiheitsgesellschaft könnte den Abschied von der Wachstums- und Arbeitsgesellschaft ermöglichen, folgert der offenbar optimistischer werdende Ulrich Beck (1997:19).

Justitia et Pax (1997:20) pflichtet teilweise bei. Die vorherrschende Wertebasis betont heute stärker als in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die Anliegen der Selbstverwirklichung der einzelnen. Gemeint ist allerdings die individuelle Erfolgsorientierung. Das relativiert die Zustimmung. Was die Solidarität betrifft, vertritt Lempp (1996:27), anders als Beck, die Auffassung, dass die Verantwortung für den anderen gegenüber früher deutlich an Bedeutung verloren hat. Als Hauptgrund nennt er die staatliche Übernahme der Verantwortung für die Schwachen. Der Staat entlastet den einzelnen; dieser muss kein schlechtes Gewissen mehr haben, wenn er einen Obdachlosen unter einer Brücke sieht. Die Auffassungen über den Wertewandel stützen sich weitgehend auf Annahmen und Schätzungen ab. Die Beurteilungen fallen recht unterschiedlich aus. Das gilt auch bezüglich der These vom Wertezерfall.

Der Wertezерfall ist offensichtlich; es blüht der Egoismus, die Interesselosigkeit für die Gemeinschaft, moniert Salomon Biderbost (1991:55). Die feministisch orientierte Nationalrätin Christine Goll, die der sozialdemokratischen Fraktion angehört, pflichtet ihm (im Vorwort) bei. Ulrich Beck (1997:17) widerspricht. Der verteuflerte Werteverfall erzeugt Orientierungen

¹⁰⁷ Opielka (1990:23) schreibt – stark vereinfachend – der Gemeinschaft den Wert der Solidarität zu, dem Markt jenen der Freiheit und dem Staat die Gleichheit.

und Voraussetzungen, welche die Gesellschaft in die Lage versetzen, die Zukunft zu meistern. Entfaltungswerte sind bereits an die Stelle des Hergebrachten getreten: individuelle Freiheit, Selbstverwirklichung, geistiger Wandel (Focus 12/1997:205). Hinzu kommen die basisdemokratischen Grundsätze der Alternativbewegung sowie ein gewisses Comeback der Pflichtorientierung. Dies im Zeichen der Angst um den Arbeitsplatz.¹⁰⁸

Werte können sich in dem ausdrücken, was gelebt wird. Sie kontrastieren aber auch die Realität, gehen über diese hinaus, antizipieren Neues. Das ist bei den skizzierten Gegensätzen zu beachten. Sie sind gar nicht so widersprüchlich, wie es scheint. Derzeit sind Anzeichen für recht unterschiedliche Entwicklungen feststellbar.

Steigende Mieten, Wohnungsnot, überfüllte Verkehrsmittel, Gedränge in den Freibädern, Diskotheken, Gäste- und Fussgänger/innen-Zonen zeigen eine Verdichtung der Lebensverhältnisse. Sie grenzt nach Hans-Magnus Enzensberger (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997:9) an Freiheitsberaubung. Aus der Belastung ergibt sich ein verstärktes Bedürfnis nach Ruhe und Zeit. Aber warum kommen diese Werte nicht mehr zum Tragen, wenn sie so verbreitet sind? Sie lassen sich offenbar weniger gut vermarkten. Wolfgang Schmidbauer (1985:126) nimmt die häufig zitierte Ausrichtung auf immaterielle Werte aufs Korn. Er schreibt: „Die Vögel singen nicht mehr, aber die Musik aus der Stereoanlage wird immer perfekter.“

So gibt es auch Entwicklungen, die das Bedürfnis nach dem andern zwar zunächst verstärken, aber längerfristig zerstören. Schmidbauer (1985:14-25) illustriert das am Beispiel von Gefühlen. Die Angst vor Nähe wächst zuweilen mit dem Bedürfnis danach. Doch die enorme Anpassung an technische Zwänge drängt die Gefühle in den Hintergrund. Sie tabuisiert den Tod. Berechenbarkeit ist gefragt. Verluste haben in der Leistungsgesellschaft wenig Platz. Damit verlieren Menschen die Fähigkeit zu trauern. Sie verlieren ihre Zuversicht. Das hängt mit dem Verlust von verlässlichen Werten zusammen. Die eigentliche Herausforderung liegt heute weniger auf der Ebene der Sachprobleme als vielmehr auf der Ebene der Werthaltungen (Justitia et Pax 1997:9). Ich komme im Kapitel (5.9) über die kommunitaristische Erneuerung darauf zurück. Als Chance betrachte ich, dass heute nicht mehr in allen Bereichen so klar ist, was konservative und progressive Werte sind.

108 Interessant ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis der Shell-Studie „Jugend 97“. Das grösste Vertrauen setzen die pessimistisch gewordenen und als staatsverdrossen hingestellten Jugendlichen in Umweltschutzgruppen, Menschenrechtsorganisationen und Bürger/innen-Initiativen. (Die Zeit, 16.5.1997:70)

Das Konservative scheint, vom restaurativen Interesse der etablierten Parteien abgekoppelt, eine neue, teilweise progressive Funktion zu erhalten. Brand (1982:8) zählt die Erhaltung von Leben, die Wiederherstellung einer an Lebensinteressen und an kommunikativen Bedürfnissen orientierten Lebensweise dazu.

3.4 Soziale Sicherung

Das System der sozialen Sicherung besteht in der Schweiz aus den Sozialversicherungen, Vorsorgeeinrichtungen und der Sozialhilfe (bzw. Fürsorge), welche die restlichen Risiken abdecken soll. Für die Sozialversicherungen ist der Bund zuständig, für die Sozialhilfe sind es die Kantone und administrativ v.a. die Gemeinden. Das schweizerische System der sozialen Sicherung findet sich in mehreren Publikationen ausführlich dargestellt.¹⁰⁹ Ich beschränke mich hier auf die wesentlichen Züge und Besonderheiten, die bezüglich der Subsidiarität und Solidarität wichtig sind. Im Kern geht es um die Ausgestaltung einer sozialen Sicherung, welche die Individuen weder bevormundet, noch sich selber überlässt. Wichtig ist die Kontroverse, ob die soziale Sicherung mehr am Kausal- oder Finalprinzip zu orientieren ist. Ich komme u.a. im Kapitel 7.1.3 darauf zurück und skizziere hier Grundlagen dazu.

Das System der sozialen Sicherung ist in der Schweiz als Mischform konzipiert.¹¹⁰ Es besteht aus verschiedenen Gestaltungsprinzipien. Das Ver-

109 Beispielsweise bei Arend (1993), Füglistaler (1996), Pfister (1996) oder Sommer/Höpflinger (1989) bzw. Sommer/Schütz (1996).

110 In Deutschland stützt sich das Ende des 19. Jahrhunderts entstandene, von Bismarck geprägte System stark auf das Versicherungs- bzw. auf das Kausalprinzip ab. In Grossbritannien hat der Beveridge-Plan von 1942 die Basis für eine möglichst solidarische Nachkriegsgesellschaft gelegt. Er sieht – mehr nach Finalprinzip – eine umfassende Auffangvorrichtung für jene vor, die auf Unterstützung angewiesen sind. Unter der Regierung von M. Thatcher wurde diese Zielorientierung allerdings zurückgeschraubt und durch ein enger gefasstes Anspruchsprinzip ersetzt, bei dem der Nachweis der Bedürftigkeit detaillierter zu erbringen ist. In der Schweiz geht der Ausbau der Sozialversicherungen auf den zweiten Weltkrieg zurück. „Da zeigte sich, wie notwendig die Solidarität ist“, schreibt Heinz Kleger (WochenZeitung, 11.4.1997). Da wurde der Grundstein für die bedeutsame Alters- und Hinterbliebenenversicherung gelegt. Dies auch, „um Unruhen wie nach dem ersten Weltkrieg zu verhindern“ (Justitia et Pax 1997:29).

sicherungsprinzip dominiert. Die Versicherten erbringen die Mittel für den Risikoausgleich. Sie bezahlen nach dem Äquivalenzprinzip. Die Beiträge sind auf die Höhe des Risikos abgestimmt. Ein Rechtsanspruch garantiert den Bezug von Leistungen unabhängig von der Bedürftigkeit. Als Träger fungieren private oder öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Der Stellenwert der Eigenverantwortung ist gross. Hinzu kommt das Versorgungsprinzip. Es wird über Steuern finanziert. Hier gilt der Grundsatz des sozialen Ausgleichs. Das Fürsorgeprinzip berücksichtigt die Bedürftigkeit. Da spielt die kollektive Verantwortung. Einzelne Leistungen lassen sich aber nicht eindeutig einem dieser Prinzipien zuordnen. Die 1966 eingeführten Ergänzungsleistungen zur AHV und IV tragen auch Züge der Fürsorge.¹¹¹

Der Föderalismus und die Subsidiarität sind entscheidungs- und handlungsleitende Prinzipien. (Pfister 1996:9) Der Föderalismus gewährt ein hohes Mass an Autonomie – für die Kantone auf der nationalen Ebene, für die Gemeinden auf der kantonalen. Er bringt grosse Unterschiede und Koordinationsschwierigkeiten mit sich. Der Aufbau des Sozialwesens ist kantonal recht unterschiedlich. Auf der Gemeindeebene sind die Unterschiede noch grösser. Das erschwert die Übersicht. Gut ausgestattete Gemeinden klagen über einen sogenannten „Sozialtourismus“, der ihnen einen starken Zugang von Personen beschere, die Unterstützung brauchen.

Das Subsidiaritätsprinzip steuert auf staatlicher und auf privater Ebene eine vertikale Gliederung an. (Fehlmann 1987:154) Es begründet eine hierarchische Anordnung der Instanzen, die für bestimmte Probleme, Personen oder Sachbereiche zuständig sind. Im Rahmen übergeordneter gesetzlicher Bestimmungen bleibt den jeweils unteren Handlungseinheiten ein möglichst umfassender Aufgabenbereich zugewiesen. Die Grenzen werden durch formelle (z.B. gesetzliche) und/oder materielle (z.B. fachliche) Kompetenz bestimmt. Zentral ist die Betonung der privaten Hilfe. Sie soll, falls möglich, vor der staatlichen einsetzen.

111 Wird u.a. von Antonin Wagner (1985) ausgeführt. Ich komme im Kapitel über die Ergänzungsleistungen darauf zurück. Rudolf Strahm (1997:326) bekräftigt die Auffassung von Antonin Wagner. Relativierend ist meines Erachtens zu berücksichtigen: Wenn die Ergänzungsleistungen im Sinne eines Garantierten Grundeinkommens auf alle Risiko-Lücken ausgeweitet werden, dann ändert sich auch ihr bedarfsbezogener Sozialhilfecharakter. Aus diesem Grund kann das Finalprinzip, das sich vom Kausalprinzip abgrenzt, nicht einfach als Beispiel für eine „neoliberale Sichtweise“ (Strahm ebd.) beschrieben werden.

Ziele des Sozialstaates sind die Erhaltung der Existenz, der sozialen Kompetenz und des Lebensstandards. (Füglister 1996:114) Ein wichtiger Teil der wirtschaftlichen Absicherung der Einzelnen und der Familien ist Sache der Sozialversicherungen.¹¹² Ihnen gegenüber besteht ein Rechtsanspruch. Mit den privaten Versicherungen zusammen kommen sie für die sogenannten „Risiken“ Krankheit, Unfall, Invalidität, Familienlasten, Erwerbslosigkeit, Alter und Tod auf. Über die soziale Sicherung hinaus betreibt der Sozialstaat eine aktive Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungs-, Einkommens-, Finanz-, Vermögens-, Preis- und Konsumpolitik. Die Vielzahl der Angebote und die Unterschiede der Finanzierung führen dazu, dass selbst Fachleute grosse Mühe mit der Übersicht haben.

Nach der Bundesverfassung sind, wie erwähnt, die Kantone für die Fürsorge zuständig.¹¹³ Die Kantonsverfassungen geben die Realisierung der Aufgaben an die Gemeinden weiter. Diese haben als kleinste staatliche Einheiten eine grosse Autonomie. Sie übernehmen viel Verantwortung. (Füglister 1996:18) Die Fürsorge kommt als letztes offizielles Auffangbecken dann zum Tragen, wenn die Versicherungsleistungen entfallen. Neben dem staatlichen System der sozialen Sicherung gibt es zahlreiche private Institutionen und Kirchen. Das Ausmass der von ihnen erbrachten Leistungen lässt sich schlecht beziffern, da viel freiwillig gearbeitet wird.

Eine zentrale Funktion kommt den Familien und, wiewohl abnehmend, den verwandtschaftlichen Banden zu. „Die sozialen Sicherungssysteme der westeuropäischen Länder wären schon längst an Zahlungsunfähigkeit untergegangen, wenn nicht die familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen nach wie vor in entscheidender Weise ihre Funktionen ausüben würden“, bilanziert Paul Trappe (1997:259). Das in der Schweiz heute praktizierte System der sozialen Sicherung basiert weitgehend auf überholten Familienstrukturen. Es verfestigt die traditionelle Rollenteilung der Geschlechter und definiert die Leistungsansprüche im wesentlichen nach dem Kriterium der Beschäftigung, kritisiert Antonin Wagner (1992:31). Als institutionelle

112 Im Zentrum gegenwärtiger Systeme sozialer Sicherung stehen Sozialversicherungen. Sozialstaatliche Sicherungsleistungen sind meistens stark auf Lohnabhängige hin zentriert. (Vobruba 1990:18)

113 Opielka (1990:23) beschreibt, wie bei der Genese des Fürsorgesystems das Steuerungssystem Staat traditionell gemeinschaftliche Formen der Solidarität durchdrungen hat: „Es implantierte als (sekundäres) Steuerungssystem das Medium Macht in ein wenig formalisiertes (primäres) Steuerungssystem Gemeinschaft.“

Hauptprobleme des Systems der sozialen Sicherung bezeichnet „Justitia et Pax“ (1997:29) die Kausalorientierung,¹¹⁴ die Zersplitterung der verschiedenen Versicherungsweige und die Lücken, die (aus allgemeinen Steuermitteln nach Finalprinzip) durch die kantonale Sozialhilfe und die Fürsorge der Gemeinden geschlossen werden sollen. Sommer und Höpfinger (1989:117ff.) beschreiben die Entwicklungstendenzen des schweizerischen Sozialwesens. Sie erwähnen die Monetarisierung der sozialen Hilfe, die Verrechtlichung der sozialen Leistungen, die Autonomisierung der sozialen Dienste und die Unübersichtlichkeit (bzw. zunehmende Arbeitsteiligkeit). Hinzu kommen die Versuche, Aufgaben von oben nach unten abzuwälzen (Michal Arend 1993:17). Derzeit wird beispielsweise darüber diskutiert, die Ergänzungsleistungen ganz zu kantonalisieren.¹¹⁵ Nach der eidgenössischen Verfassung darf der Bund nur das tun, wozu er berechtigt ist. Die Verfassung räumt dem Bund keine sozialpolitischen Kompetenzen ein. Deshalb musste für jedes einzelne Risiko eine eigene Versicherung in der Verfassung verankert werden. 1890 begann das Stückwerk mit der Krankenversicherung.

Senft (1990:54) unterscheidet zwischen drei sozialpolitischen Leitvorstellungen. Im Unterschied zu altliberalen Vorstellungen sieht der Ordoliberalismus den Staat als Hüter der Wirtschaftsordnung. Er betont die bürgerlichen Freiheitsrechte der mündigen Bürger/innen, wendet sich gegen staatliche Bevormundung und wohlfahrtsstaatliche Aushöhlung der Selbsthilfe, bevorzugt privatwirtschaftliche Anstrengungen und private Versicherungen, akzeptiert kollektive Sicherungssysteme nur für Ausnahmesituationen wie Alter oder Invalidität. Die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik verbinden mit der christlichen Sozialmoral die Postulate der

Solidarität und Subsidiarität, auf die sich wiederum recht unterschiedliche sozialpolitische Vorstellungen beziehen, konservative und sozial-revolutionäre. Nach sozialistischem Verständnis trägt der Staat die Verantwortung für die soziale Wohlfahrt aller.¹¹⁶

Die Sozialstaaten sind in ihrer modernen Ausformung an die fordistische Weise der Industrialisierung gebunden. Altvater (1995:174) beschreibt die Verallgemeinerung der industriellen Arbeit, die Vertiefung der Arbeitsteilung, die Massenproduktion, den Massenkonsum und den enormen Ressourcenverbrauch. Die Abhängigkeit der Menschen vom Arbeitsmarkt ist grösser als in jenen Zeiten, in denen noch familiäre Subsistenzproduktion einen wichtigen Beitrag zum Lebensstandard darstellte. Die Solidargemeinschaft zwischen Älteren und Jüngeren, Beschäftigten und Arbeitslosen, Arbeitsfähigen und Kranken ist nicht mehr deckungsgleich mit dem Staatsvolk des Nationalstaats.¹¹⁷ In der Europäischen Union entsteht so etwas wie eine (west-)europäische Sozialstaatlichkeit. Diese kommt freilich nur teilweise als Regierungsvereinbarung zustande. Wichtig sind die Übereinkünfte der Tarifpartner und die sozialpolitischen Entscheidungen des europäischen Sozialgerichtshofs. Eine grenzüberschreitende Verständigung ist dringend notwendig. Denn wenn der globale Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst (Ulrich Beck 1997:23/24), dann zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Wirtschaft, Sozialstaat und Demokratie. Dann besteht die Gefahr, dass sich die Sozialpolitik, die früher weithin als umfassende Gesellschaftspolitik anerkannt war, weiter ausgedünnt wird. (Vobruha 1991:27)¹¹⁸

114 Für jedes Risiko (Erwerbslosigkeit, Krankheit, Alter) ist ein spezieller Versicherungszweig zuständig. Entscheidend ist die jeweilige Ursache.

115 In der Schweiz setzt sich die Pro Senectute Schweiz in einem Positionspapier kritisch mit der „Kantonalisierung der Altershilfe?“ (Zürich 1999) auseinander. In Deutschland hat die von den Ministerpräsidenten Sachsens und Bayerns einberufene „Kommission für Zukunftsfragen“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Kommission fordert im wesentlichen – nebst minimalen Grundstandards – eine Regionalisierung der Sozialpolitik. Wolfgang Hoffmann (Die Zeit, 28.11.1997) kritisiert am Vorschlag „den Abschied von der Solidarität und die Rückkehr zur Kleinstaaterei“. Auf den von Ulrich Beck geschriebenen Teil über „Bürger/innen-Arbeit“ gehe ich im Kapitel (7.3.3) über die soziale Zeit ein.

116 Justitia et Pax (1997:29) unterscheidet und beschreibt ähnliche drei Strömungen: der soziale und humanistische Liberalismus, die katholische Soziallehre und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

117 Altvater (1995:174) beschreibt, wie die Einzahlungen in und die Ansprüche an das soziale Sicherungssystem weit über nationalstaatliche Grenzen hinausreichen. „Die vergessenen AHV-Konten der Spanier“, titelt beispielsweise die Basler Zeitung vom 29.7.1997. Die Schweiz überweist jährlich 300 Millionen Franken AHV-Gelder nach Spanien. Von den rund 170'000 Spanier/innen, die nach der Erdölkrise (zwischen 1974-78) die Schweiz verlassen haben, wissen offenbar einige nichts von ihrem Rentenanspruch. Jetzt soll die Kasse nachzahlen.

118 Michael Arend (1993:17) erwähnt diverse Budgetkürzungen und Gebührenerhöhungen im Sozialbereich. Markus Sutter (Basler Zeitung, 23.12.1997) verweist beispielsweise auf die Streichung der Kantonalen Beihilfen für AHV- und IV-Rentner/innen in Basel-Stadt.

Das fordistische Akkumulationsmodell kommt ohne neue Formen der politischen Regulierung nicht aus. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit reicht vom keynesianischen „deficit-spending“ bis zur gezielten Familienpolitik. Eckpfeiler einer „Durchstaatlichung der Gesellschaft“ sind u.a. die Herausbildung des modernen Sozialstaats. (Roth 1989:21) Er hält im Dienste einer intensiven Arbeitskraftnutzung soziale Infrastrukturen bereit, die wiederum spezifische Reproduktionsrisiken absichern und zugleich ein Selektions- und Kontrollsystem darstellen. Staatliche Einrichtungen übernehmen zunehmend Funktionen, die vormalig von „naturwüchsigen“ gesellschaftlichen Institutionen (Familien, Nachbarschaften, Vereine) erbracht wurden. Desintegrative Tendenzen werden von staatlichen Kontrollsystemen bearbeitet.¹¹⁹

Die aktuelle Stufe des wohlfahrts- und sozialstaatlichen Kapitalismus ist mit einem hohen Mass an innerökonomischer Verflechtung und staatlicher Regulierung verbunden, die jedoch demokratisch rückgebunden bleibt. (Rucht 1994:23) Kapitalistisch ist diese Gesellschaft insofern, als die Produktionsmittel weitgehend in privaten Händen sind und der Mehrwert überwiegend privat angeeignet wird, wenngleich auf der Basis fiskalischer Abschöpfung erhebliche Umverteilungen stattfinden.

Auf den Umverteilungseffekt, der von den Sozialversicherungen ausgeht, wird oft hingewiesen. In der Schweiz wird allerdings das Ausmass der Sozialleistungen überschätzt. Es werden eine stark steigende Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am Brutto-Inlandprodukt) und eine stark steigende Staatsquote (Anteil Staatsausgaben am Brutto-Inlandprodukt) unterstellt, was so nicht zutrifft. Dabei fällt auf, dass die ausgewiesenen Zahlen zum Teil erheblich voneinander abweichen. „Justitia et Pax“ (1997:25) beziffert die Sozialleistungsquote mit 18,2 Prozent, Rudolf Strahm (1997:294) für 1995 mit 18 Prozent. Sie liegt rund 5 Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Wenn man die Durchschnittswerte nach Staaten aufschlüsselt, wird deutlich: Je reicher ein Land ist, desto grösser ist auch die Sozialleistungsquote. Diese Regel gilt innerhalb einer relativ engen Bandbreite für alle europäischen Staaten, ausgenommen die Schweiz. Sie hat eine vergleichsweise niedrige Quote.¹²⁰

119 Die Tendenzen zum Ueberwachungs- und Wohlfahrtsstaat, die durch die fordistische Restrukturierung der Gesellschaft hervorgebracht wurden, hat Joachim Hirsch (1980) im Buch „Der Sicherheitsstaat zusammengefasst.

120 Es gibt, was die sozialen Kosten betrifft, grössere regionale Unterschiede. In Städten sind die Ausgaben höher als auf dem Land. Der Stadtkanton Basel-Stadt kommt bundesweit (nach dem Kanton Genf) auf die zweithöchsten Aufwendun-

Ich bezweifle die These vom kaum mehr finanzierbaren Sozialstaat.¹²¹ Gilliand (1997:23) hält den Sozialstaat auch in Zukunft für gut finanzierbar und erwartet, dass die Schweiz bereit ist, soviel Geld für die soziale Sicherung aufzubringen, wie der Durchschnitt der EU-Staaten.¹²² Von den 100 Milliarden Franken Sozialleistungen entfallen auf die Bereiche Gesundheit und Invalidität 45 Prozent, Alter 39 Prozent sowie Familie, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit und Fürsorge 16 Prozent. Die 125 Milliarden Franken Einnahmen haben als Quellen: 45 Prozent Lohnabgaben, 20 Prozent Haushalte, 20 Prozent öffentliche Hand, 15 Prozent Sparaufwendungen im Rahmen der zweiten Säule. „Was in Zukunft eine Schwierigkeit werden kann ist weniger die Finanzierung der Sozialen Sicherheit als die Solidarität, welche sie bedingt“, folgert Gilliand (1997:24). Während den 90er-Jahren sind die Ausgaben für die Fürsorge stark angestiegen. Die Abwälzung der Kosten auf die Sozialhilfe belastet die Haushalte der Gemeinden. Das ist eine der nur scheinbar unabdingbaren Konsequenzen, wenn der Föderalismus und die

gen. Er gibt pro Kopf der Bevölkerung jährlich 2835 Franken aus. Die Bruttoausgaben für die soziale Wohlfahrt betragen 14 Prozent des Staatshaushalts. (Basler Zeitung, 31.7.1997) Zum Vergleich: Beim Kanton Basel-Landschaft betragen die pro Kopf-Ausgaben für die soziale Wohlfahrt 1483 Franken. Das hängt u.a. mit dem (noch) kleineren Anteil alter Menschen zusammen und wird sich allmählich ändern, weil sich die sozio-demographischen Strukturen annähern. (Basler Zeitung, 24./25.7.1999)

121 Diese These wird beispielsweise von Ulrich Beck (1997:29) vertreten. Er bezieht sich allerdings auf Deutschland, wo die Sozial- und die Staatsquote wesentlich höher sind als in der Schweiz. Weil sie andere Leistungen abdecken, ist ein Vergleich schwierig.

122 Der schweizerische Bundesrat skizziert in seinem Bericht über die Zukunft der sozialen Sicherung (1996/Gilliand 1997:24) ein Referenzszenario. Es geht von einem Wachstum von 1,3 Prozent während 15 Jahren (=Mittel von 1980-95) aus. Nach dieser Annahme würde das Brutto-Inlandprodukt (BIP) von 390 Milliarden Franken auf 435 Milliarden Franken im Jahre 2010 (Indexbasis 1995) anwachsen und die Leistungen für die obligatorischen Sozialversicherungen von 73 Milliarden Franken (1995) auf 103 Milliarden im Jahre 2010. Das Wachstum von 30 Milliarden ist zur Hälfte durch die AHV/IV (inkl. EL) und zu einem Drittel durch die Krankenpflegeversicherung (10 Mrd.) bedingt. Den Rest macht die obligatorische berufliche Vorsorge in der Grössenordnung eines Sechstel (5 Mrd.) aus. Die 30 Milliarden Franken entsprechen zwei Fünfteln des BIP-Wachstums. „Das ist sicher nicht vernachlässigbar, aber wohl finanzierbar“, bilanziert Gilliand (ebd.). Im Dezember 1997 hat der Bundesrat einen Zusatzbericht mit „Drei Szenarien für die Finanzierung der Sozialwerke“ vorgelegt (Basler Zeitung, 23.12.1997).

Subsidiarität entscheidungs- und handlungsleitende Prinzipien für ein Sozialwesen darstellen.

Arend (1993:36) veranschaulicht die Tücken, die der vorherrschende Trend zur Dezentralisierung sozialpolitischer Aufgaben hat. Die Auseinandersetzungen um die Zuständigkeiten bei der Wohnbauförderung zeigen, dass die Dezentralisierung eine wohlklingende Umschreibung für einen erfolgten Leistungsabbau zulasten sozial Benachteiligter sein kann. Das Subsidiaritätsprinzip verpflichtet die Gemeinden dazu, sozialpolitische Aufgaben zu übernehmen, obwohl viele Bürger/innen die „Problemfälle“ lieber loswerden möchten. „Justitia et Pax“ (1997:10) definiert die soziale Sicherheit als „Ermöglichung von Teilhabe und Teilnahme aller Angehörigen unserer Gesellschaft an der gesellschaftlichen Entwicklung und am sozialen Leben“. Nicht ob wir uns die soziale Sicherheit leisten können, muss heute gefragt werden, sondern ob wir das überhaupt wollen. Ich komme im siebten Kapitel auf die Aufgabenteilung bei der sozialen Sicherung zurück. Dabei geht es auch um den (Stellen-)Wert des Gemeinsinns bzw. um die Frage nach der ideellen Basis des Sozialstaats.

3.5 Besonderheiten

Die Schweiz hatte nach dem Zweiten Weltkrieg „dreissig goldene Jahre“ Gilliland (1997:20/21). Der wirtschaftliche Aufschwung war grösser als anderswo. Danach nahmen das Brutto-Inlandprodukt (BIP) um 7-8 Prozent und die Arbeitsplätze um 10 Prozent ab. Über 200'000 Gastarbeiter/innen verliessen die Schweiz, 100'000 Frauen zogen sich von der Erwerbsarbeit zurück. In den achtziger Jahren stieg das BIP wieder um 23 Prozent, zwischen 1990 und 1996 stagnierte es. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war von einem Anstieg der Börsengewinne, aber auch von einer Zunahme der Selbsthilfeinitiativen begleitet. Ich gehe im nächsten Kapitel auf konkrete Ansätze ein. Um die Chancen und Grenzen der Selbsthilfe abschätzen zu können, sind auch Besonderheiten der Schweiz zu berücksichtigen.

Paul Trappe (1976:V) vertrat schon vor der heutigen Renaissance der Selbsthilfe die These, dass in der Eidgenossenschaft (trotz vielfältiger Mängel) eine Sozialstruktur gegeben ist, die einer möglichen freiheitlich-dezentralen Zukunftsgesellschaft relativ nahe kommt: Der Name deutet bereits auf bestimmte Prinzipien des sozialen Zusammenlebens hin: Genossenschaft als Gegensatz zu Herrschaft. Der in der sozialen Sphäre verwurzelte politische

Stil gewährleistet und stützt einen Emanzipationsgrad der Bürger/innen, der in einer Grossgesellschaft unter den Bedingungen des Industriezeitalters selbstverständlich ist. Adolf Gasser (1979:39ff.) bestätigt die These. Er weist auf die positive Bedeutung der Gemeindeautonomie hin. In der angelsächsischen Welt ist auf kommunaler Ebene ein stark verwurzeltes „Local Self-government“ vorhanden. Ähnliches finden wir in den skandinavischen Staaten, ebenso im Königreich der Niederlande sowie in der schweizerischen Eidgenossenschaft. Diesen abendländischen Nationen ist es teilweise recht gut gelungen, Freiheit und Ordnung in einer aufbauenden, genossenschaftlichen Synthese miteinander zu vereinigen. In Deutschland ist der Begriff Volk in starkem Mass an den Staatsbegriff gebunden. Er ist, ähnlich wie in Frankreich (peuple), zentralistisch geprägt und macht- bzw. massenorientiert. In der Schweiz ist das Volk auch das Gemeindevolk. Die Schweiz kennt einen starken Schutz der Minderheiten. Dahinter steckt die Haltung, dass das Kleine nicht weniger wertvoll ist als das Grosse und Gesamte. Das drückt sich in den eigenen Reglementen auf Gemeindebasis aus, was, wie im vorigen Kapitel erwähnt, auch Nachteile hat.

In der Schweiz besteht ein anderes Verhältnis zwischen Zentral- und Lokalbehörden als in den grossen gleichsprachigen Nachbarländern. Ähnlich wie in England und Amerika stehen den Zentralverwaltungen, sowohl im Bund wie in den Kantonen, keinerlei „unbeschränkte Weisungsrechte“ gegenüber den Gemeinden zu. Auch die von den kantonalen und eidgenössischen Gesetzen auferlegten Aufgaben werden von den Gemeinden in erster Instanz eigenverantwortlich erledigt. Diese Basisorientierung drückt sich in der relativ geringen Zahl der kantonalen Zentralbeamten aus. Es gehört zur Obliegenheit der Schweizer Gemeinden, viele staatliche Funktionen selber wahrzunehmen. Das hat den Vorteil, dass die Schweizer Bürger/innen in erster Linie mit den kommunalen Behörden zu tun haben

„Am Anfang war die Gemeinde“, stellt Gasser (1976:70ff.) fest: Die Eidgenossenschaft existierte als Bundesgemeinschaft souveräner Einzelgemeinden. Bis zur Französischen Revolution von 1798 wohnten allerdings 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung in „Untertanenlanden“. Bis dahin waren die Kommunen in Bürgergemeinden organisiert. Sie waren die Allmendkorporationen oder „Markgenossenschaften“. Die seit dem 17. Jahrhundert zugewanderten Familien waren ausgeschlossen. Das Grundübel des 18. Jahrhunderts sieht Gasser (ebd.) darin, dass in der Schweiz jede Gemeinde nur für sich allein zu leben bestrebt war und den Lokalisierungsgeist überborden liess. In den Länderkantonen des Alpengebirges unterlag das ganze Volk der Korruptions-

gefahr. Gleichzeitig waltete auch in den Untertanenlanden ein Geist der Engherzigkeit. Lokale Eigensucht führte die Gemeindefreiheit ad absurdum. Aus dieser gefährlichen Zersplitterung und Erstarrung wurde die Schweiz durch die Auswirkungen der Französischen Revolution herausgerissen. Sie brachte die Erkenntnis, dass die Erhaltung des freiheitlichen Staatsaufbaus in den Kantonen wie im Bunde zentralistische Klammern erfordert. Was man brauchte und erreichte, „war eine zentrale Organisation, welche die lokale und kantonale Selbstverwaltung nicht schädigte, sondern heilsam einschränkte“ (Gasser ebd.). So hat die Schweiz eine jahrhundertelange Schulung in der kommunalen Selbstverwaltung und damit eine Grundlage, an die sich anknüpfen lässt. Nach der Revolution war die Bildung von „Einwohnergemeinden“ wichtig. Die politischen Gemeinden garantieren staatliche bzw. örtliche Rechte für alle.

Wie das Volk seine politischen Rechte heute wahrnimmt, wird am Beispiel des Wahlverhaltens verschiedentlich kritisiert. Der Rückgang der Stimmbeteiligung, die seit 1960 unter 50 Prozent liegt, stellt die Schweizer Demokratie vor neue Legitimationsprobleme. Der viel monierten „politischen Abstinenz“ stehen neue Formen der Beteiligung entgegen. René Levy (1984: 17ff.) hat die schweizerischen Basisbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht. Er beschreibt, wie sich viele Bürger/innen aus den traditionellen Entscheidungsmechanismen zurückzogen, um sich stärker ausserparlamentarisch zu engagieren. Davon zeugt die Zunahme sozialer Bewegungen. Über die schweizerischen Protestbewegungen bis zu Beginn der achtziger Jahre ist relativ viel bekannt. Wolfgang Linder (1987:8/14) nimmt sie als Beleg für die besonderen Chancen, die ausserinstitutionelle Bewegungen in einer (halb-)direkten Demokratie haben. Auch länderübergreifende Vergleiche (Dahinden 1987:5) lassen den Schluss zu, dass in der Schweiz verhältnismässig günstige Voraussetzungen für neue soziale Bewegungen bestehen. Ich stelle im Folgenden konkrete Ansätze vor. Die genossenschaftliche Tradition ist eine wichtige, aber keineswegs exklusive Besonderheit. Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist, wiewohl teilweise überlagert, weit verbreitet. Es äussert sich in einem Selbstverständnis, das nicht neu entwickelt werden muss. Die genossenschaftliche Tradition stellt eine wertvolle ideelle Ressource dar.

4. Praxisorientierte Annäherung

4.1 Genossenschaftliche Tradition

Die genossenschaftliche Dichte ist in der Schweiz so weit entwickelt wie in kaum einem andern Land. Die Tradition genossenschaftlicher Ansätze reicht allerdings weit über die Schweiz hinaus. (Paul Trappe 1990:294) Sie soll hier skizziert werden. Gerade weil neue genossenschaftliche Versuche einen beachtlichen Aufschwung erleben, ist der Rückgriff auf die Grundlagen wichtig. Dabei zeigt sich, wie aktuell die „alten“ Debatten teilweise sind. Nach meinem Verständnis sind Genossenschaften ein anschauliches Beispiel dafür, wie sich die Subsidiarität und Solidarität gegenseitig unterstützen können. Arnold Künzli (1986:281ff.) setzt sich in seinen Ausführungen über den Frühsozialismus und Anarchismus mit den ideengeschichtlichen Hintergründen des Genossenschaftswesens auseinander, das hier vorgestellt wird.

Bierbaum (1985:7ff.) stellt ab Ende der sechziger Jahre eine Zunahme genossenschaftlicher Bewegungen fest. Hinter der Renaissance steckt ein Bedürfnis nach dezentraler, überschaubarer, selbstbestimmter Produktion. Sie zielt darauf ab, die strikte Trennung zwischen Arbeits- und Privatsphäre aufzuheben, die sich überall in Europa manifestiert. Das Anliegen, die Segmentierung der Gesellschaft und die Fremdbestimmung der Individuen zu überwinden, prägt alternative Lebensstile. Fraglich ist, inwieweit die kleinen Selbsthilfe-Einheiten das weitere Umfeld demokratisieren. Das Verhältnis zwischen genossenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen wird seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert.¹²³ Von Belang ist, wie sich die alte zur neuen Genossenschaftsbewegung verhält, die teilweise andere Rechtsformen sucht. Hinzu kommen vielfältige Mischformen und weitere Differenzierungen der Genossenschaftstypen, die recht unterschiedlich beurteilt werden.

123 Legendar ist die in der Literatur vielfach beschriebene Auseinandersetzung zwischen Schulze-Delisch, der die mehr mittelstandsorientierte Genossenschaftsbewegung repräsentierte, und dem Sozialisten Lasalle. Schulze-Delisch sprach sich gegen eine staatliche Unterstützung aus, weil die Genossenschaften unabhängig bleiben sollten. (Bierbaum 1985:12)

In der Arbeiter/innen-Bewegung löste die Genossenschaftsfrage stets intensive Debatten aus.¹²⁴ Allianzen wechselten, Akzentuierungen verschoben sich. Strittig blieb, ob sich die Genossenschaften innerhalb kapitalistischer Rahmenbedingungen behaupten können, oder ob sie vor lauter Zugeständnissen ihre ursprünglichen Zielsetzungen zwangsläufig aufgeben müssen. Franz Oppenheimer setzte sich schon Ende des 19. Jahrhunderts mit dieser Frage auseinander. Nach seinem berühmt gewordenen Transformationsgesetz müssen sich zumindest die Produktivgenossenschaften in Kapitalgesellschaften verwandeln, um existenzfähig zu bleiben.¹²⁵ Damit werden aber wichtige genossenschaftliche Prinzipien infrage gestellt. Die Offenheit gegenüber neuen Mitgliedern und die Beteiligung der beschäftigten Arbeiter/innen lassen sich so nur beschränkt halten.

Ein beachtlicher Teil der deutschen Genossenschaften versteht sich heute kaum mehr als Teil der Gemeinwirtschaft. Die agrarischen, gewerblichen, Kredit- sowie Teile der Wohnungsbaugenossenschaften haben ideologisch ein privates marktwirtschaftliches Verständnis. (Klaus Novy 1985:124) Obwohl jede vierte Person Mitglied einer Genossenschaft ist, hat die Reformbewegung an Brisanz verloren. Anders als in England war die Genossenschaftsbewegung in Deutschland schon früh mehr oder weniger

124 Rosa Luxemburg (1899/1987:159) beschrieb am Ende des 19. Jahrhunderts die Genossenschaften als ein Zwitterding und eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. Vor allem in der Produktivgenossenschaft habe der Arbeiter sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. In der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation bezeichnete Karl Marx (MEW 16:11) die Genossenschaften als Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die Ökonomie des Kapitals. Die Genossenschaften würden beweisen, dass moderne Grossproduktion ohne Klassengesellschaft möglich sei. Darauf weist auch Theodor Bergmann (1987:167) in seiner Marxinterpretation hin. Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedürfe das Kooperationssystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Ansonsten wandte sich Marx, beispielsweise in der Kritik des Gothaer Programms (1875), gegen Lasalles hohe Wertschätzung der Produktivgenossenschaften, von der später noch die Rede sein wird.

125 Nach Franz Oppenheimer (Die Siedlungsgenossenschaft, 1896) scheitern, wie Klaus Novy (1985:128) beschreibt, die Produktivgenossenschaften entweder schon an ihren Geburtsmerkmalen (Kapitalmangel, Absatz-, Qualifikations- und Führungsprobleme) oder sie verwandeln sich, wenn sie wirtschaftlich erfolgreich sind, in kollektiv-kapitalistische Unternehmen. Die eher zurückhaltende Position der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften änderte sich am Anfang 20. Jahrhunderts aufgrund der erfolgreichen Praxis der Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften.

mittelständisch orientiert. Die wirtschaftliche Ausrichtung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ist ordnungspolitisch weitgehend offen. Sie zielt primär darauf ab, Vorteile durch Kooperation zu erlangen. Aber darin liegt meines Erachtens auch ein sozialer Kern. Bei Genossenschaften handelt es sich um eine Wirtschaftsform, die (im Sinne der Selbsthilfe) möglichst weitgehend von den Beteiligten getragen wird. Wichtig ist die Freiwilligkeit. Genossenschaften unterscheiden sich von einer instrumentellen Partizipation. Im Dritten Reich wurde die Beteiligung zentralistisch und technokratisch erzwungen.

Kooperation ist keine europäische Erfindung des 19. und 20. Jahrhunderts. Zahlreiche „Gesellschaften mit beschränkter Naturbeherrschung“ kannten genossenschaftsähnliche Organisationsformen. Solche Einrichtungen waren auch im vorindustriellen Europa verbreitet, beispielsweise in den Zünften und Gilden des Mittelalters. (Gert-Joachim Glaessner 1984:6ff.) Minderheiten nutzten das Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Sie schlossen sich zusammen, um eigene Interessen zu verwirklichen. Der Gemeinschaftsgedanke lebte besonders in Umbruchsituationen auf. Er verbreitete sich während der Reformation und den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts, der französischen Revolution sowie den revolutionären Umwälzungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Idee der Genossenschaften begleitete die Auswanderer/innen, die in der Fremde eine „neue Welt“ suchten. Sie prägte auch die europäische Arbeiter/innen-Bewegung, die ländliche Revolution in Mexiko und China, die israelischen Kibuzzim, den spanischen Bürgerkrieg und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. In Indien, Russland, Israel und andern Ländern unterstützten Regierungen ganze Gemeinschaftssiedlungen. Tansania versuchte mit Ujamaa-Dörfern an eine genossenschaftliche Tradition anzuknüpfen. Paul Trappe (1966/1984) weist darauf hin, wie bedeutsam vorgegebene Sozialstrukturen für die Entwicklungsfunktion des modernen Genossenschaftswesens sein können.¹²⁶ Glaessner (1984:8) erwähnt nebst frühchristlichen auch mittelalterliche Gemeinschaftsformen und klösterliche Orden. Spätere Kollektivsiedlungen des utopischen Sozialismus bezogen sich auf ur- und vogenossenschaftliche Erfahrungen, die sich bereits an den Prinzipien der Selbsthilfe, Gleichberechtigung und Solidarität orientierten. Wesentliche Merkmale der nichteuropäischen Tradition des Kooperations-

126 Als genossenschaftliche Sozialstruktur bezeichnet Paul Trappe (1966:27) eine Struktur, „bei der die an den Begriff der Genossenschaft gebundenen typischen sozialen Beziehungen für die soziale Ordnungswirklichkeit konstitutiv sind“.

gedankens waren die relative Gleichberechtigung der Mitglieder in überschaubaren Einheiten, der Verzicht auf Ausschluss einzelner Gruppen, die Leitung der Gemeinschaft auf der Grundlage von Autorität und Anerkennung, die gemeinsame Verfügungsgewalt über wichtige Güter sowie die Verpflichtung, Arbeiten gemeinsam zu verrichten, die Einzelne nicht bewältigen können. Alfred Vierkandt (1931:195) beschreibt die gegenseitige Hilfsbereitschaft als zentrales Prinzip. Er stellt die genossenschaftliche Gesellschaftsform der herrschaftlichen gegenüber. (Trappe 1966:17/18)

Heute kommt der genossenschaftliche Ansatz in neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck. Die moderne Genossenschaftsbewegung entstand im 18. Jahrhundert. Sie wurde durch die Philosophie der Aufklärung geprägt. Die Genossenschaftsbewegung hat auch viele Bezüge zur christlichen Soziallehre und zum utopischen Sozialismus. (Jutta Manthey 1984:17ff.) Der Widerspruch zwischen der humanitär-liberalen Geisteshaltung und der Lage der Arbeiter/innen gab kooperativen Vorstellungen Auftrieb. Ich verweise zunächst (länderbezogen) auf praxisorientierte Ansätze und berücksichtige dann, wie Martin Buber diese diskutiert.

In England prägte Robert Owen die Genossenschaftsbewegung, die sich im 18. und 19. Jahrhundert entfaltete. (Manthey ebd.) Er reduzierte als Geschäftsführer einer Spinnerei in New Lanark die tägliche Arbeitszeit, erhöhte die Löhne, verbot die Kinderarbeit (unter 10 Jahren), renovierte die Fabrikhallen, erneuerte die Maschinen, führte eine Kranken- und Invalidenfürsorge ein, sorgte für Wohnraum und günstige Nahrungsmittel, liess eine Bibliothek einrichten und die Kinder unentgeltlich unterrichten. Die Erfahrung zeigte, dass gut motivierte Arbeiter/innen den wirtschaftlichen Erfolg begünstigen. In Amerika gründete Owen die Produktionsgemeinschaft New Harmony (1825-1828). Die weitgehende Selbstregierung durch Mehrheitsbeschlüsse überforderte allerdings die 900 Mitglieder bald. In London initiierte Robert Owen auch eine „Labour Exchange Bank“. Durch seine Ideen und die demokratisch-sozialistische Chartistenbewegung inspiriert, gründeten 1844 die „redlichen Pioniere von Rochdale“ eine Genossenschaft („Rochdale Society of Equitable Pioneers“). Ein gemeinsam angelegter Fonds wurde für einen Laden, für Wohnraum für Mitglieder, für bebaubares Land, eine Gemeinschaftssiedlung, ein Gasthaus und für kulturelle Zwecke verwendet. Alle Mitglieder hatten, unabhängig von der Kapitalbeteiligung, je eine Stimme. Das gewagte Experiment erwies sich als Modell für weitere Genossenschaften. Die christlich-soziale Bewegung unterstützte zahlreiche Versuche. Sie setzte sich auch für die Anerkennung der Produktivgenossenschaften und ein erstes Genossenschaftsgesetz (1852) ein.

In Frankreich waren die sozialen Utopien für die Revolution von 1789 wichtig. Sie regten einen genossenschaftlichen Umbau der Gesellschaft an. Charles Fourier (1772-1837) kritisierte die zunehmende Monopolbildung des ökonomischen Liberalismus und plädierte für assoziierte, aber autonom wirtschaftende Kleinkommunen („Phalanstère“) im Bereiche der Landwirtschaft und des Kleingewerbes. Genossenschaftliche Sparkassen sollten die Erzeugung und Verteilung der Güter ermöglichen.¹²⁷ In diesem Sinne initiierte Jean Baptiste Godin (1859) eine „Familistère“, in der sich die Bewohner/innen eines Gebäudekomplexes zunächst zu einer Konsum-, später zu einer Produktivgenossenschaft zusammenschlossen. Saint-Simon (1760-1825) vertrat, im Unterschied zu Fouriers föderalistischer Idee, eine sozialistisch-zentralistische. Sie sah eine Kollektivierung der industriellen Produktionsmittel und eine straff organisierte staatliche Verwaltung vor. Zahlreiche Produktivgenossenschaften entstanden, von Philippe Buchez (1776-1869) wissenschaftlich unterstützt, nach der Revolution von 1848. Die Regierung stellte dafür drei Millionen Francs zur Verfügung. Louis Blanc (1811-1882) ging einen Schritt weiter und forderte ein neues Wirtschaftssystem mit staatlich kontrollierten Produktivgenossenschaften. Freiwillige Assoziationen und gegenseitige Hilfe waren seiner Auffassung nach nicht in der Lage, dem aufstrebenden Kapitalismus Paroli zu bieten.¹²⁸

In Deutschland förderte der als konservativ geltende Viktor Aime Huber (1800-1869) die christlich-soziale Genossenschaftsbewegung. Er propagierte die „Selbsthilfe von unten“. Huber stellte wirtschaftliche und pädagogische Aufgaben in den Vordergrund. Neue Lebensformen beurteilte er kritisch. Sie könnten die Familien unterlaufen. Huber diskutierte die soziale Frage auch als Frage der Sittlichkeit. Genossenschaften sollten dazu beitragen, die werktätige Bevölkerung in die Gesellschaft zu integrieren. Dies möglichst ohne staatliche Mittel, wohl aber über private Spenden von Fabrikanten. Das war mit ein Grund, weshalb liberal-demokratische Kreise Hubers Anliegen auf-

127 Fourier ist nicht vergessen. Die Basler Kulturwerkstatt „Warteck“ organisierte Mitte Oktober 1997 eine ganze „Fourier Woche“. Der Titel lautete „Utopie – die ehrliche Lüge“.

128 Ernst Bloch (1976:547ff.) setzt sich u.a. mit den föderativen Utopien (Owen, Fourier), den zentralistischen (Cabet, Saint-Simon) und den individuellen (Stirner, Proudhon, Bakunin) auseinander. Blancs' Konzept bezeichnet er nicht als staatssozialistisches, sondern als staatskapitalistisches, das mit Selbsthilfe und Partizipation nichts zu tun habe.

nahmen, der mit seinen christlichen Gesellenvereinen und Fortbildungen für Handwerkslehrlinge allerdings wenig reüssierte. Erfolgreicher war Hermann Schulze-Delitzsch (1803-1883). Nach Missernten und Brotkrawallen (1846) pachtete er eine Mühle und eine Bäckerei, um Notleidende mit günstigem Brot zu versorgen. Der liberale Politiker regte Schwachverdienende in städtischen Agglomerationen dazu an, selber Assoziationen und Fördergenossenschaften zu bilden.

Raiffeisen (1818-1888) richtete seine christlich motivierten Versuche mehr auf die ländliche Bevölkerung aus. Er gründete Darlehenskassen, um die Kreditmängel zu beheben. Die dazu gegründeten Genossenschaften avancierten zu mächtigen Organisationen. Sie liessen das Prinzip der Selbsthilfe zumindest indirekt erkennen und sind noch heute weit verbreitet. (Paul Trappe 1997:355) Ferdinand Lassalle (1825-1864) betonte die Notwendigkeit der Staatskredite. Sie sollten industrielle Grossassoziationen unterstützen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) setzte in ihrem Gothaer Programm (1875) auf eine rigorose Förderung der Produktivgenossenschaften. Sie waren als Grundlage für eine sozialistische Organisation der gesamten Arbeit konzipiert. Karl Marx kritisierte diese Konzeption. Die SPD würdigte die „reformerischen Konsumgenossenschaften“ erst auf dem Magdeburger Parteitag (1910) Sie anerkannte die Genossenschaften nun (nebst der Partei und den Gewerkschaften) als „dritte Säule der Arbeiterbewegung“. ¹²⁹ Als Kennzeichen galten die Demokratie, die Gleichheit der Mitglieder und die Ausschaltung des kapitalistischen Gewinns. Hinzu kam die Selbsthilfe. Die modernen Genossenschaften entstanden im Kontext der Industrialisierung. Sie sollten die benachteiligten Bevölkerungskreise unterstützen, selbst ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern.

Das genossenschaftliche Prinzip, das schon von der Einungsbewegung des Mittelalters bekannt ist, lässt sich nach Martin Buber (1985:40) auch auf stärker strukturierte Gesellschaften übertragen. Konkrete Schritte führen über eine Ausdehnung der Vereine, Bünde und aller genossenschaftsähnlichen Einrichtungen. Wer den Bau solcher Gefüge untersucht, entdeckt überall das Zellengewebe der „Gesellschaft“. Als ein „lebensmässiges Zusammengetanein“ von Menschen verstanden, stellt es ein weitgehend autonomes Miteinander dar, das sich von innen heraus formt. Diese Verbindung findet sich

129 Karl Kautzky (Consumvereine und Arbeiterbewegung) und vorallem Eduard Bernstein würdigten – mit Vorbehalten – den emanzipatorischen Beitrag der Genossenschaften schon früher. Dazu: Jutta Manthey (1984:40).

auch bei den vorher erwähnten frühsozialistischen Konzepten. Saint-Simon und Fourier wollten aus den sozialen Einheiten eine neue Gesellschaft aufbauen. Owen, der mehr von praktischen Versuchen ausging, bezeichnete die Einheiten als organische. Die von ihm postulierten Gemeinschaften sollten daran anknüpfen und (zahlenmässig beschränkt) wirtschaftlich ausgerichtet sein. Das Prinzip sieht vor, die Arbeit, den Verbrauch, das Eigentum und die Vorrechte zu vereinen. Zu den Voraussetzungen einer echten Gemeinschaft gehört nicht ausschliessliches Gemeindegut, wohl aber eine Form der Verbindung und Vergenossenschaftung der Güter. Es geht nicht um die Gleichheit des Verbrauchs, sondern um die Gleichheit der Rechte und Chancen. Der Aufbau der gemeinsamen Wirtschaft begrenzt die persönlichen Besitzunterschiede. Die neue Gesellschaft geht mitten aus der alten hervor. Sie erneuert diese von innen her.

Proudhon stellte sich ein libertär-sozialistisches Europa als „föderative Republik der zivilisierten Staaten“ vor. Sie bilden eine Einheit in Solidarität. (Buber 1985:60) Die Neugestaltung der Gesellschaft geschieht durch eine grundlegende Änderung der sozialen und politischen Ordnung. Sie begnügt sich nicht damit, die Verfassung zu ersetzen. Die Aufgaben des Staates sind zu begrenzen. Das Individuum steht im organischen Zusammenhalt seiner Gruppe.

Kropotkin kritisierte den Staat als Leviathan und lobte die mittelalterliche Kommune. Er datierte die Entstehung des modernen Staates auf das 16. Jahrhundert. Damals wurden die freien Verträge der Dorfgemeinschaften, Gesellenbünde, Bruderschaften und Eidgenossenschaften des Mittelalters eingeschränkt. Es vollzog sich ein grosser Wandel. Zwischenverbände wurden zu willkürlichen Gebilden degradiert. Damit veränderte sich auch die soziale Gruppierung der Menschen. ¹³⁰ In den neuen Bundesländern Deutschlands beziehen neue soziale Bewegungen ihre „Konzepte eines Dritten Weges“ (Andreas Achenbach, WochenZeitung, 2.2.1990) auf Kropotkin. Heinz Hug (1989:69-91) hebt hervor, wie aktuell dessen „neue Weltwirtschaftsordnung“ ist. Sie sieht eine selektive Nutzung des Weltmarktes und einen gerechten Austausch der Güter vor.

130 Nach Buber (1985:83) ist die Gefahr der kollektiven Selbstsucht in der autonomen Gemeinschaft, wenn sie als Genossenschaft an der Produktion teilnimmt, kaum geringer als in der Nation oder Partei. Als Beispiel dient ihm die innere Entwicklung der „Berggemeinde“, das heisst der Produktionsgenossenschaft der Bergarbeiter im deutschen Mittelalter, auf die sich auch Max Weber bezieht.

Landauer differenzierte gegenüber Kropotkin das Wesen des Staates. Sein Konzept fordert eine Restrukturierung der Gesellschaft. Es zielt auf keine Auflösung des Staates ab. Die Frage „Staat oder Nicht-Staat?“ ist, ultimativ gestellt, eine falsche. Der Umbau drängt den Staat lediglich von der faktischen auf die prinzipielle Grundlinie zurück. Die Gemeinschaft muss aus der Tiefe erweckt und hervorgeholt werden. Die innere „Verstaatung“ verkrustet die Menschen. Es braucht eine „Lockerung der Verhärtung in den Gemütern“. (Buber 1985:95) Landauer hoffte auf sozialistische Siedlungen. In ihnen soll sich ein starker Gemeinschaftsgeist entwickeln. Die Gemeinde ist die Grundform der neuen Gesellschaft, geht aber auf Urformen zurück. Sie ist die „Gesamtheit von Selbständigkeiten“, die sich gegenseitig zu einer „Gesellschaft von Gesellschaften“ durchdringen.¹³¹

Die beiden grossen Wellen der genossenschaftlichen Bewegung, die in England und Frankreich um die Jahre 1830 und 1848 datierten, reagierten konkret auf die Mechanisierung der Wirtschaft und auf damit verbundene Krisenerscheinungen. Sie umfassten Kredit-, Konsum-, Produktiv- und Vollgenossenschaften.¹³² Buber (1985:112) beschreibt eine erste englische Konsumgenossenschaft (1827) und eine französische Produktivgenossenschaft (1832) sowie (in diesem Zeitraum) die erwähnten Experimente von Owen in England und Amerika.¹³³

131 Damit versucht Buber (1985:95) das Wesen jenes Gemeinschaftslebens zu bestimmen, das sich in Markgenossenschaften des Dorfs, den Gilden, Zünften und Bruderschaften der Stände sowie in Städtebünden abspielte.

132 Buber (1985:117ff.) unterscheidet am späteren Beispiel der Weber von Rochdale drei Stufen der genossenschaftlichen Entwicklung bzw. Aufgaben: Die erste, die Konsumgenossenschaft, wird als etwas sofort zu Organisierendes behandelt. Die zweite, der Bereich der Produktivgenossenschaft, der das gemeinsame Bauen von Häusern für die Mitglieder, das gemeinsame Erzeugen von Waren und das gemeinsame Bebauen von Ländereien durch erwerbslose GenossInnen umfasst, wird zwar ebenfalls für eine unferne Zeit in Aussicht genommen, aber offenbar noch nicht für die nächste Zukunft. Die dritte Stufe, die Siedlungsgenossenschaft, soll so bald als tunlich die Kräfte der Produktion, der Verteilung, der Erziehung und der Regierung ordnen bzw. die gesamte Siedlung konstituieren.

133 William King trug in England mit seiner Zeitschrift „The Cooperator“ wesentlich zur Propagierung des Genossenschaftsgedankens bei. Er rief insbesondere die Gewerkschaften dazu auf, aus ihren Ersparnissen Land zu kaufen, es ihren erwerbslosen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, die produzierende Gemeinschaften bilden und zumindest den Eigenbedarf sichern könnten. Die rund 300 entstandenen Gesellschaften waren aber nicht lange in der Lage, sich zu halten.

Die zweite Epoche (1848) war erfolgreicher. Besonders bekannt sind die Konsumgenossenschaft der Weber von Rochdale und die „nationalen Werkstätten“ von Louis Blanc. Die zunehmende Grösse und die erforderliche technische Organisation brachten eine „Entsubstantialisierung der Genossenschaften“ mit sich. Die Bürokratie hatte die Freiwilligkeit als das kostbarste Gut der kooperativen Bewegung verdrängt, kritisiert Buber (1985:122) Sein Fazit: Eine entschiedene Dezentralisierung muss die „Entseelung“ und den kapitalistischen Geist eindämmen. Statt die Kooperativen zu etatisieren, geht es darum, den Staat zu kooperatisieren. Der Geist der Solidarität lässt sich nur erhalten, wenn der lebendige Zusammenhang zwischen den einzelnen Personen bestehen bleibt. Soziale Wirklichkeit ist durch soziale Wirklichkeit zu schaffen. Der Zauberstab der Politik hilft nur beschränkt. Versuche, Staatshilfe für die Produktivgesellschaften zu erhalten, sind widersprüchlich.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Produktivgenossenschaften vielen Schwankungen unterworfen. Die Vollgenossenschaften blieben marginal. Auf der Konsumseite verbreiteten sich aber immer mehr kooperative Organisationsformen. Wegen der meist losen, unpersönlichen Verbindung ihrer Mitglieder sieht Buber (1985:142) in diesen Zusammenschlüssen weniger Keimzellen einer Gemeinschaft, welche die organische Restrukturierung einer komplexen Gesellschaft konstituieren. Damit das Prinzip der organischen Restrukturierung von innen dominiert, braucht es den Einfluss der Vollgenossenschaft. In ihr verbinden sich Produktion und Konsum. Aus mannigfachen Siedlungsgenossenschaften soll sich, ohne dogmatische Festlegung, ein föderativ aufgebautes Ganzes entwickeln, das den Staat weitgehend ablöst. Örtliche Selbstverwaltungen können wichtige ordnungsgestaltliche Funktionen übernehmen. Das lässt sich aber, wie die Erfahrungen der Pariser Kommune (1871), der revolutionären Umbrüche in Russland (1905/1917) oder der Verdörflichung in Tansania (1975) zeigen, nicht einfach von oben durchsetzen.

Als erfolgreiche Vollgenossenschaften beschreibt Buber (1985:231) die hebräischen Dorfgemeinschaften in Palästina. Sie haben allerdings durch den grossen Zustrom neuer Mitglieder an Gemeinschaftscharakter verloren. Die Kibbuz-Bewegung verkörpert kein vorbildliches Gelingen, sondern ein „vorbildliches Nicht-scheitern“. Buber will die Gesellschaft als Bund der Bünde restrukturieren und den starken Staat reduzieren. Lückenlose Organisation, fraglose Befolgung zentraler Vorgaben und Politisierung lähmen das soziale Innenleben der Basiszellen. Sie beinhalten die Gefahr, dass das Individuum die Verantwortung abgibt. Das schwächt die autonomen Zusammenhänge zwischen den Menschen. Diese lassen sich, einmal aufgelöst, nicht mehr

rückwärtsgewandt wiederherstellen. Was war, darf nicht zum Gemeinschaftsmythos verklärt werden. Lebendiges Zusammenwirken muss neu gestaltet und vor Schwärmerei geschützt werden. Glaubensgemeinschaft braucht, wenn sie sozial wirksam sein will, auch eine Werkgemeinschaft. Kollektivität gestaltet sich nicht durch trautes Beisammensein, sondern durch gemeinsame wirtschaftliche und gesellschaftliche Anstrengungen. Wiedergeburt der Gemeinde bedeutet nicht Wiederbringung der alten Gemeinde. Sie realisiert sich vielmehr über die Intensivierung kleiner, gemeinschaftshaltiger Zusammenschlüsse. Diese konstituieren sich als Gemeinschaft von Gemeinschaften zu einem Gemeinwesen. Unter heutigen Bedingungen lässt sich allerdings die eng örtlich gebundene Vorstellung nur beschränkt verwirklichen. Soziale Einheiten finden ihren Zusammenhalt – durchaus verbindlich – auch über gemeinsame Interesselagen sowie über neue Verkehrs- und Kommunikationsformen.

4.2 Neue soziale Bewegung

Der Begriff „Bewegung“ ist unscharf und mehrdeutig. In der Mobilitätsforschung wird er für Positions- und Statusveränderungen verwendet. Mit sozialer Bewegung meint Günter Hartfiel (1972:82) längerfristig andauernde soziale Prozesse, in deren Verlauf die Anhänger/innen einer gesellschaftspolitisch-weltanschaulichen Idee bestrebt sind, die gesellschaftliche Realität zu beeinflussen. Der Begriff bezieht sich auch auf die sozialen Gruppen selbst, welche die gesellschaftliche Ordnung und Wertsetzung gemeinsam verändern wollen. Er wird zuweilen auf formal organisierte Einheiten von Personen ausgeweitet, die als Institution – zum Beispiel als Partei oder Gewerkschaft – auf das Umfeld einwirken.¹³⁴ Roland Roth (1989:13ff.) beschreibt soziale Bewegungen als eine besondere Form kollektiven Handelns mit eigener Rationalität, spezifischen Ressourcen, kollektiver Identität, gemeinsamen Motiven und Zielen. Dieter Rucht (1994:22/23) versteht sie „als ein auf gewisse Dauer gestellter Versuch mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“. Hauptert (1991:3) beschreibt die

soziale Bewegung als mobilisierenden kollektiven Akteur, der das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Er tut dies mittels variabler Organisations- und Aktionsformen sowie einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation.¹³⁵

Neue soziale Bewegungen reagieren (ähnlich wie vorhin von den „alten Genossenschaften“ beschrieben) auf Krisenerscheinungen der Moderne. Sie umfassen jugendliche Protestbewegungen, Bürger/innen-Initiativen, Selbsthilfegruppen, Emanzipationsbewegungen, kollektive Formen alternativen Lebens und Arbeitens, öffentlich-politische Bewegungen mit breiter Ausstrahlung sowie andere Gruppen und autonome Zirkel. Wichtige Praxisfelder der neuen sozialen Bewegung sind die Protestbewegungen (selbstverwaltete Jugendzentren, Hausbesetzungen), Bürger/innen-Initiativen (Umwelt), Selbsthilfegruppen, die an die Stelle der staatlichen Fürsorge treten (Kinderläden, Schulversuche, Frauenhäuser, Gruppen von Kranken, Straftentlassenen, Arbeitslosen), Emanzipationsbewegungen (Frauenbewegung), Gruppen aus qualifizierten Humandienstleistungen (von ÄrztInnen, Juristinnen, Sozialarbeiter/innen), kollektive Formen alternativen Lebens (Wohngemeinschaften, Buchläden, Gast- und Tagungsstätten) sowie regionalistische Bewegungen. (Michael Vester 1989:43ff.) Hinzu kommen organisatorisch weniger fassbare Strömungen alternativer Selbstverwirklichung (therapeutische, weltanschauliche, religiöse, spiritualistische und chiliastische Bewegungen), politische Bewegungen (gegen Berufsverbote, Bürgerrechts- oder Friedensbewegung) und gewerkschaftliche Bewegungen (StudentInnenschaft). Konstitutiv sind u.a. antimodernistische Stossrichtungen. Davon zeugen verschiedene konservativ-naturromantische Strömungen. Zentral ist jedoch die sich abzeichnende sozioökonomische Entwicklung. Sie fördert, wie der Wertewandel, die neuen sozialen Bewegungen. (Hauptert 1991:7) Auch die soziale Infrastruktur kommt ihnen entgegen. Die neue Selbsthilfe unterscheidet sich teilweise von der Laienhilfe und der traditionellen Selbsthilfe in der Familie und Nachbarschaft. Selbsthilfegruppen ergänzen heute vorwiegend die institutionellen und professionellen Dienste der sozialen Arbeit.

¹³⁴ Eine Gliederung sozialer Bewegungen (nach: langen Wellen, Zyklen, sozialen TrägerInnen) findet sich bei Joseph Huber (1988:424-435). Ich gehe im Kapitel (4.8) über Typologien kurz darauf ein.

¹³⁵ Gustav Maier (1919) geht bei seiner Darstellung der sozialen Bewegungen auf die orientalischen Urvölker und die Agrarbewegungen im alten Rom sowie auf die Utopien zurück, mit denen Thomas Morus u.a. auf die englischen Zustände im 16. Jahrhundert reagiert haben. Er erwähnt auch religiöse Bewegungen.

Mit der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Friedensbewegung, der Ökologie- und Frauenbewegung hat sich gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts der Begriff „neue soziale Bewegung“ eingebürgert. Was darunter zu verstehen ist, veranschaulichen viele Schriften anhand einzelner Beispiele.¹³⁶ Vertiefende Analysen konzentrieren sich auf die Entstehung und auf Ablaufmuster neuer sozialer Bewegungen. Einzelne Versuche wollen eine allgemeine Theorie der sozialen Bewegung entwickeln.¹³⁷ Sie bleiben angesichts der grossen Heterogenität des Feldes von beschränkter Reichweite. Ein interessanter Ansatz liegt von Dieter Rucht (1994) vor. Er vergleicht neue soziale Bewegungen in Deutschland, Frankreich und den USA. Ich komme darauf zurück. Mich interessiert der Solidaritätsgehalt neuer sozialer Bewegungen. Von ihm hängt ab, wie tragfähig diese Formen der Basismobilisierung sind. Die neuen sozialen Bewegungen belegen, dass mit der Entproletarisierung keineswegs das gesellschaftsverändernde Potential verschwindet. (Michael Vester 1989:39ff.) Sie sind Teil einer Entwicklung von unten, die weiter geht.

Die neuen sozialen Bewegungen haben den Gedanken der Kooperation und Selbsthilfe in wirtschaftlichen und sozialen Krisenzeiten wieder entdeckt. Selbsthilfegruppen und Kooperativen werden gegründet, um weniger von der Hilfe des Staates und etablierter Organisationen abhängig zu sein. (Glaessner 1984:5) Damit wird eine Tradition aufgenommen, die für die europäische Arbeiter/innen-Bewegung lange bedeutsam war. Neue soziale Bewegungen

136 In Dahinden Martin 1987 finden sich bspw. mehrere Beiträge über die Friedensbewegung (von Thomas Bein und Albert A. Stahel) und über die Frauenbewegung (von Lili Nabholz-Heidegger und Ursula Streckseisen). Bettina Heintz (S. 147-165) geht ferner der Frage nach, ob die Chip-Generation eine neue soziale Bewegung darstellt.

137 Im Rahmen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gibt es einen Interessenkreis mit über 200 Mitgliedern, welche die neuen sozialen Bewegungen erforschen. Eine wichtige Grundlagen bieten Arbeiten von Lorenz von Stein, der im 19. Jahrhundert soziale Bewegungen (u.a. in Frankreich) untersucht hat, um ein Gesetz der Gesellschaft zu formulieren, das dem zurückhaltenden Staat helfen könnte, soziale Krisen besser zu verstehen und abzufedern (Ulrike C. Wasmuth 1989:3). Roland Roth (1989:14) diskutiert, wie sich Habermas und Luhmann (zumindest am Rande) mit den neuen sozialen Bewegungen auseinandersetzen. Sein Fazit: „Die Antworten der Grosstheorien fallen besonders dürrig aus“. Ich kann das, wie im Abschnitt über „Die neue Unübersichtlichkeit“ ausgeführt, bezüglich Habermas nicht bestätigen.

betrachten genossenschaftliche Einrichtungen und Selbsthilfegruppen als ökonomische, soziale und politische Einheiten. Dieses umfassende Verständnis ist auch in der sozialen Ökonomie verbreitet, die einen starken Bezug zur sozialen Bewegung haben. Sie zeigt, dass moralische Empörung wirtschaftliche Alternativen begünstigen kann.

Soziale Identitäten prägen die neuen sozialen Bewegungen. Ob sich jemand in der Jugend- oder Altenbewegung engagiert, hängt u.a. von biographischen Lebenslagen ab. Spezifische Geschlechterrollen und Herrschaftserfahrungen entscheiden mit, wer sich eher einer politischen oder therapeutischen Frauen- bzw. Männergruppe anschliesst. Hinzu kommt die situative Betroffenheit. Sie gibt oft den unmittelbaren Anstoss zum Engagement in einer Bürger/innen-Bewegung. Was die neuen sozialen Bewegungen ausdrücken, lässt sich nicht einfach auf ein Mittelschichtsinteresse reduzieren.¹³⁸

Die Geschichte der Moderne verläuft keineswegs gleichförmig. Phasen des Rückschritts und der Wiedergeburt („des Alten in neuem Gewand“) gehören unabdingbar zur Moderne. (Rucht 1994:13) Wer Proteste der neuen sozialen Bewegung als irrationalen Antimodernismus abtut, verkennt deren Beitrag zur Qualifizierung der Modernisierung. Eine Modernisierung muss sich immer wieder legitimieren. Sie läuft sonst Gefahr, Irrationalitäten Vorschub zu leisten. In diesem Sinne verweisen auch Konflikttheoretiker wie Lewis Coser oder Ralf Dahrendorf auf die produktive Funktion des organisierten Widerspruchs. „Solange Krisen der Systemintegration als bedrohlich, aber nicht politisch verursacht erscheinen, können sie sogar bestehende Muster der Sozialintegration stabilisieren“ (Rucht 1994:23).

Die neuen sozialen Bewegungen haben keine geschlossene Ideologie. Trotz der erwähnten Heterogenität weisen sie wesentliche Gemeinsamkeiten auf. Sozialstrukturell fällt die Übervvertretung von Angehörigen der Mittelschichten auf, organisatorisch die Neigung zu informellen Gruppen und lokalen Netzwerken, strategisch die reformistische Grundhaltung. (Rucht 1994:512) Daraus ergeben sich Unterschiede zur traditionellen Arbeiter/innen-Bewegung, die einheitlicher auftritt, die Unterschichten mehr repräsentiert, hierarchischer geordnet ist und die Gesellschaft revolutionär umgestalten woll-

138 Roland Roth (1989:15) verweist auf sozialstrukturelle Modernisierungsprozesse und Umbruchsituationen, in denen feste Zuschreibungen an Bedeutung verlieren.

te.¹³⁹ Beide Bewegungen sind demokratisch-emanzipatorisch und teilweise internationalistisch ausgerichtet.

In den USA dominiert das Modell der Interessengruppen. Die Graswurzelbewegung ist ebenfalls stark vertreten. In Frankreich überwiegt das organisatorisch-straffe Parteienmodell. In Deutschland besteht ein relativ gleichwertiges Nebeneinander der verschiedenen Elemente.

Typologien dienen analytischen Zielen. Sie treffen mehr oder weniger zu. In bezug auf soziale Bewegungen lassen sie sich nach den inhaltlichen Zielen gliedern, nach ideologischen Prägungen oder der Trägerschaft. Rucht (1994:82ff.) nimmt eine Typologie nach dem Bezug zum Modernisierungsprozess (promodern, antimodern, ambivalent) und nach der Handlungslogik vor. Diese kann instrumentell und wohlorganisiert oder expressiv und mittelorientiert sein. (Der Weg ist das Ziel!)¹⁴⁰ Er gliedert die neuen sozialen Bewegungen nach der Ideologie, der Struktur der Anhängerschaft, der Organisationsform, den Strategien und der Entwicklungsdynamik.

Wichtig ist die Frage nach der Entstehung. Sie wird kontrovers behandelt. Ein Ansatz stellt die Belastung und Betroffenheit in den Vordergrund. Ein rascher und/oder krisenhafter Wandel gilt als Vorbedingung für die Entstehung einer Bewegung. Weitere Ansätze betonen mehr individuelle Voraussetzungen, die Wirkung von Agitation oder die Veränderung von Wert- und Rechtsvorstellungen. Bei der erwähnten Prozessdynamik scheinen die festgestellten Entwicklungsverläufe einen „natürlichen Lebenszyklus“ zu haben. Sie münden oft in eine institutionelle Verfestigung.

Historisch lassen sich vier Phasen mit je unterschiedlichen Bezugsproblemen und Primärbewegungen unterscheiden. (Rucht 1994:125) Der Übergang zum Absolutismus zersetzte die religiös integrierte Ordnung. Bauernbewegungen richteten sich gegen Grundherren und Fürsten. Der Übergang zum liberalen

139 Die 1968er-Bewegung hat nach Murray Bookchin (1992) darin bestanden, dass Demokratie und ein ethisches Freiheitsideal der direkte Pfad zu genau dem sozialen Egalitarismus war, den der proletarische Sozialismus durch weitgehend ökonomische und parteiorientierte Lösungen zu erreichen suchte. Dazu: Heinz Hug (WochenZeitung, 5.3.1993:16).

140 Die instrumentelle Logik ist zukunftsorientiert. Sie betont den Vorrang der Zielerreichung und damit Fragen des zweckrationalen Mitteleinsatzes. Die expressive Logik ist gegenwartsorientiert. Sie betont den Vorrang von unmittelbarer, authentischer Aktion.

Kapitalismus zerschlug die auf politische Macht gegründete Ordnung. Die Bürger/innen gingen gegen absolutistische Herrscher vor. Beim Übergang zum organisierten Kapitalismus stand die Lösung der nationalen, demokratischen und sozialen Frage im Vordergrund. Arbeiter/innen wandten sich gegen das konservative Bürgertum. Der Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ist mit einer umfassenden Partizipation verbunden. Sie trägt wesentlich dazu bei, die Lebensgrundlagen zu sichern und die Lebensqualität zu erhöhen. Die neuen sozialen Bewegungen stehen hier den technokratischen Eliten gegenüber.¹⁴¹

Rucht (1994:168) untersucht auch die Anzahl der Personen, die sich im Zeitraum von 1977-1989 an Protestaktionen der neuen sozialen Bewegungen beteiligt haben. Die höchste Mobilisierung weist er in der Bundesrepublik Deutschland nach. Von einer Million Einwohner/innen nehmen 186'000 teil. In der Schweiz sind es 104'000, in Frankreich 79'000.¹⁴² Eine weitere Unterscheidung arbeitet mit den Kategorien demonstrativ, konfrontativ und gewaltförmig. Auf die höchsten Anteile gewaltförmiger Aktionen (rund ein Fünftel) kommt Frankreich.¹⁴³

Hanspeter Kriesi (1987:25) hält die neuen sozialen Bewegungen für sehr bedeutend. Sie verkörpern einen fundamentalen sozialen Wandel und treiben den politischen Prozess voran, der sie hervorgebracht hat. Die Frauenbewegung hat die Lebensweise breiter Bevölkerungskreise beeinflusst. Auch der Friedensbewegung ist es gelungen, neue Kreise anzusprechen. Die Szene der Hausbesetzungen ist hingegen marginal geblieben.

141 Rucht (1994:160) nimmt auch eine Typologie nach Bewegungsfamilien vor. Dabei unterscheidet er verschiedene politische Strömungen nach ihrer Radikalität und ihrem Verhältnis zum Staat. Traditionell sozialistische, sozialdemokratische und neokonservative Gruppierungen bezeichnet er als etatistisch, die neuen sozialen Bewegungen, die neue Linke und die neue Rechte (Skins) als libertär.

142 In der Schweiz schlüsselt Rucht (1994:168) die „Bewegten“ in folgende Teilbereiche auf: 600 gegen Nuklearwaffen, 26'000 übrige Friedensbewegung, 24'000 gegen Atomenergie, 16'000 übrige Ökologiebewegung, 400 Anti-Rassismus, 19'000 übrige Solidaritätsbewegung, 10'000 Hausbesetzer/innen, 5000 übrige gegenkulturelle Bewegung, 400 Schwulenbewegung, 3000 Frauenbewegung.

143 Die zahlenmäßig grösste Beteiligung weist Rucht (1994:180) Anfang der achtziger Jahre nach. Er bezieht sich dabei auf Studien von Hanspeter Kriesi (u.a. 1985). Auf die Arbeit von René Levy (1984) habe ich bereits hingewiesen.

Die Typologien von Kriesi (1987) und Levy (1984) belegen, dass die neuen Bewegungen nur einen Teil des ausserinstitutionellen Oppositionspotentials ausmachen. Die Bewegung ist „lokal, dezentral, nichthierarchisch, spontan und ohne eigentliche Führungszentren“. (Wolfgang Linder 1987:13) Sie verweigert den pragmatischen Kompromiss. Das weist auf eine dauerhafte Wertorientierung subkultureller Gruppen hin. Diese wurden in den siebziger Jahren zum Kristallisationspunkt einer neuen Opposition. Obwohl von Mittelschichten getragen, ist es längst nicht allen sozialen Bewegungen gelungen, neue Schichten anzusprechen.¹⁴⁴

Soziale Bewegungen, insbesondere jedoch Selbsthilfegruppen, auf die ich nachher zu sprechen komme, können laut Giddens (1997:170) eine bedeutende Rolle bei der Demokratisierung von zahlreichen Bereichen der „Subpolitik“ spielen. Ulrich Beck (1997:197) relativiert diese Auffassung. Die neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre haben seiner Auffassung nach vorwiegend mit der Selbstverwirklichung nach innen und nach aussen experimentiert. Sie haben dabei zwar das Anliegen für die politische Freiheit erkennen lassen, doch ist dies für das öffentliche Verständnis, zumindest in Deutschland, eher folgenlos geblieben. Meines Erachtens lassen sich diese unterschiedlichen Akzentuierungen nicht ultimativ einander gegenüberstellen. Sie drücken vielmehr einen Zwiespalt aus, der die neue soziale Bewegung prägt und sich mit der zeitlichen Verschiebung ebenfalls wandelt. Zum einen haben neue soziale Bewegungen vor allem in ihren Anfängen teilweise autoritäre Strukturen und unfreiheitliche Verhaltenszwänge reproduziert, von denen sie sich radikal absetzen wollten. Zum andern vermitteln sie den Beteiligten eine nicht nur moralische, sondern auch ökonomische Rückenstärkung. Indem diese die Unabhängigkeit fördert, begünstigt sie indirekt auch das Engagement für eine weitere Demokratisierung.

144 Anders als ältere Bewegungen richten die neuen Bewegungen ihre Kritik nicht primär gegen die ungleiche Verteilung der Güter der Wachstumsgesellschaft, sondern gegen deren Voraussetzungen und Zielsetzungen. Wichtige Trägergruppen der neuen sozialen Bewegung sind unmittelbar Betroffene. (Dahinden 1987:1) Die Bewegung grenzt sich von traditionell hierarchischen Organisationen ab.

4.3 Selbsthilfe

4.3.1 Formen und Erwartungen

Die Selbsthilfe ist eine alte Erfindung. Das geht bereits aus dem Kapitel über das Genossenschaftswesen hervor. Bei den neueren Ansätzen unterscheidet Franz (1987:311ff.) drei Phasen. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts gewinnt die Vorstellung der Selbsthilfe in der Auseinandersetzung um die soziale Frage an Bedeutung. Die Selbsthilfe ist hier als Vorform einer staatlichen Sozialpolitik verbreitet.¹⁴⁵ Eine zweite Phase setzt mit der Diskussion über soziale Versicherungssysteme ein. Sie verknüpft den Selbsthilfegedanken mit individuellen Anstrengungen. Ab Mitte der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts kommt es zu einer Wiederentdeckung der älteren Selbsthilfformen. Sie beziehen sich teilweise auf neue soziale Probleme und ergänzen die institutionalisierten Sozialsysteme. Seither gewinnt die Selbsthilfe an sozialpolitischem Gewicht.

Der Begriff der Selbsthilfe unterliegt einer babylonischen Sprachverwirrung. Im Unterschied zur Selbstorganisation, bei der es um die Verwirklichung gemeinsamer Ziele geht, meint Selbsthilfe, dass einzelne Personen und Gruppen aus eigener Kraft ihre Probleme lösen oder ihre Bedürfnisse befriedigen.¹⁴⁶ Von Selbsthilfe können wir immer dann sprechen, wenn ein Mensch individuell oder in Gemeinschaft mit andern etwas gegen seine Not unternimmt. Robert Zimmermann (1987:2) unterscheidet die primäre Selbsthilfe im Familien- oder Freundeskreis von der sekundären in entfernteren Gruppen. Peter Zeman (1985:1) formuliert das entsprechend.

Lukas Moeller (1981:13-23) unterscheidet zwischen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen. Unter Selbsthilfegruppen versteht er psychologisch-therapeutische oder andere themenzentrierte Gesprächsgruppen von 6-12 gleichbetroffenen Mitgliedern. Sie versuchen ihre Probleme in

145 Paul Trappe (1997:255/56) beschreibt, wie im 19. und frühen 20. Jh. in den Vereinigten Staaten die „voluntary associations“ und „voluntary agencies“ an Bedeutung gewonnen haben; so etwa durch Siedler/innen, die zur Selbsthilfe gezwungen waren. Die einfachen Vereinigungen der Selbsthilfe bildeten eine wesentliche Voraussetzung für die soziale Integration. Alexis de Tocqueville und Max Weber haben sich u.a. damit befasst.

146 So unterscheidet die Pro Senectute Zürich diese beiden Begriffe (nach persönlicher Auskunft von Esther Röthlisberger).

regelmässigen Gruppengesprächen ohne therapeutische ExpertInnen zu lösen. Selbsthilfeorganisationen entstehen zwar häufig aus Selbsthilfegruppen. Sie unterscheiden sich von ihnen aber durch eine grössere Mitgliederzahl, durch formalisierte Arbeits- und Verwaltungsabläufe und stärkere Kontakte zum staatlich-professionellen System. Viele Selbsthilfeorganisationen bieten mehr (Fremd-)Hilfe als Selbsthilfe (im Sinne gegenseitiger Hilfe) an. Sie werden oft zu Trägern professioneller Dienste.

Wenn Betroffene sich zusammenschliessen, um ihre Interessen in die politische Auseinandersetzung einzubringen, können wir von sozialer Selbsthilfe reden. (Franz-Xaver Kaufmann 1987:39). Sie nimmt hier die charakteristische Form der sozialen Bewegung an.

Joseph Huber zählt alternative Kleinbetriebe ohne Gewinnorientierung sowie Bürger/innen-Initiativen zur „Selbsthilfe im weiteren Sinne“. Dazu gehören therapeutische Gemeinschaften, Frauenhäuser, Gesundheitsläden sowie selbstorganisierte Wohnprojekte. Anke Brunn (1986:172) versteht Selbsthilfe als Ausdruck einer neuen Form der Bürger/innen-Beteiligung im Sinne des Genossenschaftsgedankens und der kritischen Konsumbewegung.

Die Selbsthilfe ist für viele zu einem Programm alternativer Sozialpolitik geworden. Sie kompensiert die Nachteile und Defizite der staatlichen Sozialpolitik. (Franz-Xaver Kaufmann 1987:10) Einzelne Ansätze wollen das Selbst in der Selbsthilfedebatte wieder mehr betonen. Antonin Wagner (1985:243) betrachtet die Stärkung der Selbsthilfe von Benutzer/innen sozialer Dienstleistungen und die Aktivierung der gesellschaftlichen Selbstorganisation als eine ernstzunehmende Alternative zur bürokratisch und professionell organisierten Dienstleistungsproduktion.¹⁴⁷ Selbsthilfegruppen verbessern die Qualität sozialer Dienstleistungen. Sie fördern das Motivationspotential der KlientInnen und das partizipative Element in der Sozialpolitik. „Selbsthilfegruppen gelingt es oft besser als dem öffentlichen, bürokratisch und professionell strukturierten Dienstleistungssystem, bei den Betroffenen blockierte Energien und damit neue Hoffnungen freizusetzen“,

147 Das Fürsorgeamt des Kantons Basel-Stadt versucht mit einem Projekt „Selbständig“ die Selbsthilfe der Bezüger/innen von Sozialhilfe in einer Weise zu stärken, dass sich, wie der Verantwortliche Bruno Rossi im Gespräch mitteilt, im Idealfall Mittel sparen und die Qualität der Hilfe verbessern lassen. Dies u.a. dank Abbau von Bürokratie.

schreibt Wagner (1985:243).¹⁴⁸ Ich versuche, diese Aussage anhand konkreter Beispiele weiter zu erörtern.

4.3.2 Selbsthilfegruppen in der Schweiz

Wenn wir die Selbsthilfegruppen-Bewegung stärken wollen, müssen wir die Kontaktstellen als Zentren unterstützen.¹⁴⁹ So lautet das Fazit einer Studie von Vreni Vogelsanger (1995:7). Die Autorin arbeitet seit über fünfzehn Jahren im Basler Selbsthilfezentrum „Hinterhuus“ (sic.). In der Schweiz gibt es sechzehn weitere regionale Koordinationsstellen. Die erste wurde 1978 in Zürich gegründet. Die Basler Stelle besteht seit 1981. Sie ist eine „Anlaufstelle für kranke und behinderte Menschen, die mit kleineren und grösseren Lebenskrisen konfrontiert sind“. Das erklärte Ziel ist die konkrete Hilfe zur Selbsthilfe.¹⁵⁰ Nach einem Bericht der Regierung (Ratschlag 8750 vom 4.4.1997) betreut die Kontaktstelle des Kantons Basel-Stadt 140 Selbsthilfe-Gruppen. Zwischen 1992 und 1997 hat die Anzahl der Gruppen um 40 Prozent zugenommen. Auf 1420 Einwohner/innen gibt es eine Gruppe.

148 Als Beispiel erwähnt Antonin Wagner (1985:243) den Gesundheitsbereich. Besonders chronische Patienten im Gesundheitswesen fühlen sich nach seinen Ausführungen einem Therapiekonzept der modernen Medizin ausgeliefert, das die Überwindung von Krankheit vordergründig als technischen Ablauf versteht.

149 Verena Claussen und Britt Ott (1987) haben in ihrer von mir begleiteten Diplomarbeit mehrere Selbsthilfegruppen untersucht und dabei festgestellt, dass einzelne zwar sehr wirkungsvoll sind, aber ohne Anstoss von aussen und zeitweilige Beratung nicht auskommen.

150 So betreibt das „Hinterhuus“ ein Vereinssekretariat, einen Bereich „Interne Gruppen“ sowie eine Selbsthilfegruppen-Kontaktstelle. Zum Bereich „Interne Gruppen“ gehört ein vielfältiges Angebot. Es bietet die Möglichkeit zum Musizieren, Theaterspielen, Malen, Werken sowie zur Teilnahme an Gesprächsgruppen oder externen Aktivitäten. Dabei wird Wert auf kleine Gruppen gelegt. Sie erlauben eine persönliche Atmosphäre, was für Menschen mit psychischen Schwierigkeiten und Behinderungen besonders wichtig ist. Die Selbsthilfegruppen-Kontaktstelle ist zuständig für: den Betrieb eines Kontakttelefons, die Information und Beratung von Hilfesuchenden, die Vernetzung untereinander, die Anregung und Begleitung von Selbsthilfe-Gruppen sowie die Herausgabe eines Bulletins. (Weitere Informationen dazu finden sich im Ratschlag Nr. 8750 der Regierung des Kantons Basel-Stadt vom 4.4.1997. Er ist bei der Kanzlei im Rathaus erhältlich.)

Damit weist Basel-Stadt im schweizerischen Vergleich das dichteste Netz auf.¹⁵¹ Die Regierung betrachtet die Förderung von Selbsthilfegruppen als wichtigen Teil der Gesundheitsförderung. Die Wirkung reicht weit über die 2'000 Personen hinaus, die in den 140 Gruppen organisiert sind.¹⁵² Ohne diese Selbsthilfe-Gruppen wäre der Anteil der Personen, die stationär betreut werden müssten, wesentlich höher.

Was die hier besprochenen Selbsthilfegruppen kennzeichnet: Die Mitglieder sind durch ein gemeinsames Problem betroffen. Sie kommen regelmässig zusammen, helfen sich gegenseitig und treffen wichtige Entscheide gemeinsam. Die gleichberechtigte Mitgliedschaft ist freiwillig und hat keine Gewinnorientierung zum Ziel. Die Selbsthilfegruppen unterscheiden sich von Selbst-erfahrungsgruppen, die von Fachleuten gegen Bezahlung geleitet werden. Die vielen in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts entstandenen Selbsthilfegruppen reagieren u.a. auf die Abnahme familiärer Bande und die Professionalisierung der sozialen Dienste. Sie versuchen, anders als die Einzelhilfe, die Ressourcen der Gruppen zu nutzen.

Die Themenbereiche, die bei den untersuchten Selbsthilfegruppen in der Schweiz (Vogelsanger 1995:45) im Vordergrund stehen, konzentrieren sich auf schwere Probleme.¹⁵³ Die körperlichen Krankheiten und Behinderungen machen 99 der 217 angegebenen Problembereiche aus. Davon beziehen sich 21 auf Eltern von kranken und behinderten Kindern und 12 auf Angehörige von erwachsenen Betroffenen. Bei den 44 Problembereichen „Eltern von minderjährigen Kindern“ geht es u.a. um Geburt, Tod, Erziehungsschwierigkeiten, Sexualität, Scheidung, Ersatzeltern und Ablösung. 41 Themenbe-

reiche beziehen sich auf verschiedene psychische Probleme, 29 auf psychosoziale, 17 auf Suchtprobleme.¹⁵⁴

Die regionalen Kontaktstellen registrierten 1994 in der Schweiz 834 Selbsthilfegruppen. 53 Gruppen sind zwischen 1992 und 1994 entstanden. Auf 93 Gruppen werden die Anonymen Alkoholiker/innen (AA) und die Angörigen (Al-Anon) in jenen Regionen geschätzt, die keine Koordinationsstelle haben. Die bekannten Selbsthilfegruppen zählen rund 8'400 Mitglieder. Die Frauen machen vier Fünftel der Mitglieder aus. Am häufigsten vertreten sind Personen mittleren Alters aus der Mittelschicht. In der Schweiz gibt es auf 6'300 Einwohner/innen mindestens eine Selbsthilfegruppe, die den Koordinationsstellen bekannt ist. In Deutschland scheint die Dichte noch höher zu sein. In ländlichen Gebieten ist auf 1'800 Einwohner/innen eine Selbsthilfegruppe bekannt, in städtischen Gebieten kommt auf 1'000 Einwohner/innen eine Selbsthilfegruppe. Der Unterschied hängt vermutlich damit zusammen, dass in Deutschland die Selbsthilfegruppen stärker gefördert werden.¹⁵⁵ In der Schweiz hat die Region Basel die höchste Dichte. Die geringste Dichte haben die Kantone Aarau, Bern und St. Gallen. Die Regionen mit den meisten Selbsthilfegruppen verzeichnen auch in den neunziger Jahren die grösste Zunahme an weiteren Gruppen.

Selbsthilfegruppen geben ihren Mitgliedern einen Rückhalt. Sie wirken auch prophylaktisch. Vreni Vogelsanger (1995:68) betont die sekundäre Vorsorge. Sie hilft, Rückfälle zu vermeiden. Hinzu kommt die tertiäre Prophylaxe. Sie fördert die soziale Aktivität und dämmt die Gefahr einer zusätzlichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes ein. Die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Beziehungsfähigkeit ist wohl eine der bedeutendsten Wirkungen von Selbsthilfegruppen. Selbsthilfegruppen entlasten auch die Familien. Die Mitglieder versuchen, mehr Selbstverantwortung zu übernehmen. In der Auseinandersetzung mit andern lernen sie, Konflikte kon-

151 Im Kanton Basel-Landschaft kommt eine Gruppe auf 3'800 Einwohner/innen, im Kanton Luzern eine Gruppe auf 5'100 Einwohner/innen, im Kanton Zürich eine Gruppe auf 6'400 Einwohner/innen, im Kanton Bern eine Gruppe auf 8'950 Einwohner/innen.

152 Ende 1990 wurde mit dem Verein „Selbsthilfezentrum Hinterhuus“ ein erster Subventionsvertrag verabschiedet. Der Kostenrahmen betrug 100'000 Franken pro Jahr. 1997 erhöhte der Kanton seinen Beitrag auf 213'000 Franken. Mit den eigenen Einnahmen und Bundeszuschüssen kommt der Verein damit auf ein Budget von 600'000 Franken.

153 Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1994. Einbezogen ist auch das Fürstentum Liechtenstein. Da die Anteile dieses kleinen Landes aber marginal sind, wird auf eine Spezifizierung verzichtet.

154 Antonin Wagner (1985:243) fasst die Ergebnisse einer Schweizer-Studie über Selbsthilfegruppen in der Gesundheitsversorgung zusammen. Danach existierten im Jahre 1981 in der Schweiz 175 Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich. Auffallend ist, dass die Mehrheit dieser Gruppen erst nach 1975 entstanden ist.

155 Im Juni 1995 waren in Deutschland 270 Koordinationsstellen bekannt, die lokale Selbsthilfegruppen fördern. Sie werden vom Bund, von Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen unterstützt. 1987-1991 lancierte das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit eine Unterstützungskampagne. Das Gesundheitsreformgesetz sieht solche Massnahmen im Präventionsbereich vor.

struktiv zu bewältigen. Diese Wirkungen tragen dazu bei, Kosten zu sparen. Eine wichtige Voraussetzung ist die Freiwilligkeit. Selbsthilfegruppen lassen sich nicht verordnen.

Wenn die 834 erwähnten Selbsthilfegruppen in der Schweiz eine professionelle Leitung hätten, käme das (bei durchschnittlich 26 Sitzungen im Jahr) auf über vierzig Millionen Franken zu stehen.¹⁵⁶ Der ehemalige Basler Sanitätsdirektor Remo Gysin (Vogelsanger 1995:88) bezeichnet Selbsthilfegruppen als unternehmerischen Glücksfall. Er unterstreicht die Effektivität der Selbsthilfegruppen, gemessen an ihrer Funktionsfähigkeit bzw. der Fähigkeit, vorgegebene Ziele mit beschränkten Mitteln zu erreichen. Dies gilt beispielsweise für die Zielsetzungen „soziale Aktivierung“ und „Zuwachs an persönlicher Kompetenz“. Deutsche Forschungsergebnisse erhärten den Befund. Sie stellen eine hohe Zielerreichungsquote bei den wichtigen Anliegen fest. Dazu zählen die Unterstützung anderer Mitglieder, die Information über Krankheit, die Förderung der Kommunikationsfähigkeit, die bessere Interessenvertretung, die Einstellungsänderungen bei Angehörigen, Betroffenen und Institutionen sowie der möglichst selbständige Umgang mit Beschwerden. Die vergleichsweise grosse Effizienz von Selbsthilfegruppen hängt auch mit der Problemnähe zusammen. Die sinnliche Wahrnehmung schärft das Problembewusstsein. Sie unterstützt die Motivation und Handlungsbereitschaft. So kommen Veränderungen zustande. Sie erhöhen die soziale Zufriedenheit, setzen aber auch eine soziale Infrastruktur voraus.

Die Kontakt- und Koordinationsstellen schlagen auf Grund ihrer Erfahrungen für die Begleitung von 30 Selbsthilfegruppen eine halbe Arbeitsstelle vor. Dazu gehören Aufgaben wie die Instandhaltung der gemeinsamen Infrastruktur (Lokal), die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung und die (zurückhaltende) Hilfe bei der Initiierung neuer Gruppen.¹⁵⁷ Das Bundesamt für Sozialversicherungen gewährt den bestehenden Kontaktstellen Beiträge im Rahmen von 27 Prozent (Thurgau) und 71 Prozent (Basel) der Gesamtkosten. Hinzu kommen kantonale Beiträge und Spenden. Das sind gut investierte Gelder. Die Solidarität ermöglicht eine Subsidiarität, die den sozial Benachteiligten den Rücken stärkt.

156 Bei dieser Berechnung sind für die durchschnittliche Sitzungsdauer 100 Minuten eingesetzt. Beim Stundenhonorar von 80 bis 180 Franken für Sozialarbeiter/innen und Mediziner/innen wird eine Mischrechnung gemacht.

157 In Deutschland wird in Städten bzw. Kreisen von 100'000-200'000 Einwohner/innen mit 1,5 Stellen für Selbsthilfeberatung und einer halben Stelle für Verwaltung gerechnet. (Vogelsanger 1995:153)

4.3.3 Selbsthilfe von sozial Benachteiligten

Thomas Mächler et al. (1994:13ff.) haben im Rahmen eines Nationalfondsprojektes die „Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher“ untersucht. Sie kommen zum Ergebnis, dass die praktizierte Selbsthilfe die Identität der Betroffenen stärkt, die sozialen Beziehungen untereinander fördert und die Armut eindämmt. Wirtschaftlich schwach sind Personen, die am materiellen Wohlstand nur ungenügend teil haben. Ihr Zugang zu öffentlichen oder privaten Ressourcen und Institutionen ist reduziert. Immaterielle Faktoren wie Isolation und Einsamkeit sind ebenso bedeutend wie das ungenügende Einkommen.

Die AutorInnen charakterisieren die Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen durch die direkte Betroffenheit der Mitglieder, durch die Eigenaktivitäten, die angestrebten Veränderungen, das soziale Lernen und die Kontinuität. Erfolge zeigen sich in dem gestiegenen Selbstbewusstsein der Gruppenmitglieder, der intensivierten Auseinandersetzung mit den eigenen Problemen, der Ausweitung sozialer Beziehungen, einem öffentlichen Engagement der Gruppenmitglieder sowie der konkreten Hilfe untereinander. Gefahren ergeben sich aus der Überforderung der wirtschaftlich Schwachen durch übersteigerte Erwartungen.

Selbsthilfeimpulse tragen dazu bei, die persönliche Isolation zu durchbrechen. Die Selbstheilung erfordert allerdings viel Zeit. Die Einsicht, dass nicht persönliches Versagen zu Schwierigkeiten geführt hat, begünstigt die Neuorientierung. Selbsthilfegruppen von wirtschaftlich Schwachen sind nach Mächler et al. auf eine Gruppenleitung angewiesen. Die Sozialhilfe tut ihrer Meinung nach gut daran, die soziale Gruppenarbeit auszubauen. Mit dieser Feststellung weichen die AutorInnen vom Verständnis von Selbsthilfegruppen ab, das Vreni Vogelsanger (1995) vertritt. Sie schliesst eine professionelle Gruppenleitung aus.

Als Sekundärmittel eignet sich die Selbsthilfe zur Bekämpfung der Armut. Sie durchbricht die persönliche Isolation und das resignierte „Treten an Ort“. Selbstheilungsprozesse erfordern eine grosse Behutsamkeit. Das Vorgehen erfolgt in kleinen Schritten. Die Förderung von Selbsthilfegruppen ist Teil einer integrativen Sozialpolitik. Sie entlastet und stärkt die wirtschaftlich Schwachen.

4.3.4 Berliner Erfahrungen

Berlin gilt als Hochburg der Selbsthilfe. (Hans Joas 1995:77) Hier bestehen fast soviele Selbsthilfegruppen wie Vereine. Joseph Senft (1990:21) nennt das „Berliner Modell“ als das wohl bekannteste Beispiel für eine unter der Bezeichnung „neue Subsidiarität“ firmierende Sozialpolitik. Nach 1983 gab der Senat mit einem 7,5 Millionen-DM-Programm Zuschüsse an Gruppen und Initiativen aus der alternativen Szene. Gleichzeitig wurden die ehemals zweistelligen Steigerungsraten der Sozialhilfeausgaben auf knapp vier Prozent gesenkt.

Seit Mitte der achtziger Jahre bezieht sich die Diskussion über Selbsthilfe und Subsidiarität immer wieder auf das „Modell Berlin“. Zum damaligen Stand: In der Stadt leben fast ein Zehntel der Bevölkerung von der Sozialhilfe. (Joseph Huber 1987:10) Ein Drittel der Erwerbstätigen arbeiten im öffentlichen Dienst. Mehr als die Hälfte der privaten Haushalte werden von Einzelpersonen bewohnt. In Berlin gibt es über tausend Selbsthilfeinitiativen. (Sie verteilen sich auf folgende Bereiche: 34 Prozent Alter, 24- Familien- und Jugend, 17- Gesundheit, 11- Migration, 5- Menschen mit Behinderungen. 7 Prozent der Projekte sind spezifische Frauenprojekte. 2 Prozent lassen sich nicht verorten.) Die meisten Projekte zählen zum Alternativsektor. Er beschäftigt etwa 1,25 Prozent aller Erwerbstätigen. Rund 150 Projekte werden staatlich gefördert.

Dank den vielen Selbsthilfeprojekten ist es in Berlin innert weniger Jahre zum Beispiel möglich geworden, tausend Krankbetten und mindestens hundert Millionen Mark einzusparen. Das hat heftige Kontroversen darüber ausgelöst, ob die Bettenreduktion tatsächlich Kosten reduziert oder bloss verlagert hat. Bei der Debatte geht es auch um die Frage der Vereinnahmungsgefahr. Die einen Projektverantwortlichen wollen völlig autonom bleiben. Sie lehnen jegliche finanzielle Förderung ab. Andere vertreten die Auffassung, der Staat dürfe zahlen, aber nicht mitreden. „Mit dem Staat wollen gerade die Gruppen mit links-alternativer Herkunft so wenig wie möglich zu tun haben – ideologisch gesehen“, schreibt Joseph Huber (1987:111). Praktisch sind sie aber stark auf ihn angewiesen.

Der Staat wendet sich ausdrücklich den „Gruppen guten Willens“ zu. Hinter der finanziellen Unterstützung steckt die Absicht der politischen Steuerung. Martin Beller mann (1986:111) kritisiert die Zuweisungen als Versuch, sich von bestehenden Randgruppenproblemen freizukaufen. Während die

Wirtschaftspolitik über viel Geld für wenige verfügt, muss dieser Zweig der Sozialpolitik mit „wenig Geld für viele“ auskommen. Vertreter/innen der Grünen verlangen einen 800 Millionen Mark umfassenden Initiativefonds. Die Gelder sollen weitgehend von den Projektbeteiligten selbst verwaltet werden. Dem bisherigen siebenköpfigen Beirat gehören fünf Mitglieder traditioneller Wohlfahrtsverbände an. Sie betrachten die Basisinitiativen teilweise als Konkurrenz.

Einzelne sozialdemokratische Politiker/innen kritisieren die Kooperation zwischen Senat und Grünalternativen als „unheilige Allianz von Sparkommissären und Sozialromantikern“ (Senft 1990:21). Sie distanzieren sich von einem Subsidiaritätsprinzip, das die strategischen Leitvorstellungen der Arbeiter/innen-Bewegung unterläuft. Meines Erachtens widerspricht die Stärkung der kleinen Einheiten nicht dem Prinzip, sich einheitlich im grösseren Verband zu organisieren, sei es in der Partei oder in der Gewerkschaft. Die Subsidiarität lässt sich mit der Solidarität verknüpfen. Darauf weist auch Johanno Strasser hin. Er spricht sich als Mitglied der Grundwertkommission der SPD für ein sozialistisches Subsidiaritätsprinzip aus. Es ergänzt die katholische Interpretation in zwei Punkten: zum einen darf nicht davon ausgegangen werden, dass kleine Einheiten wie die Familie von sich aus imstande sind, eine Vielzahl der heute staatlich organisierten Funktionen zu übernehmen; zum andern ist die starke Ausrichtung auf die Familie zu überwinden. In einer pluralistischen Gesellschaft sind neue Lebens- und Wohnformen gleichberechtigt zu unterstützen.

4.3.5 Neue Helfer/innen

Der Aufschwung der Selbsthilfe führte Mitte der achtziger Jahre in Deutschland zu einem Typ „neuer Helfer/innen“ (Joseph Huber 1987:22). 34 Prozent der Selbsthilfegruppen geben an, mit der neuen sozialen Bewegung nichts zu tun zu haben. 40 Prozent führen ihren Stammbaum auf die StudentInnen-, Ökologie-, Alternativ-, Friedens-, Gesundheits oder Frauenbewegung zurück. 26 Prozent kommen vom Milieu her nicht aus diesen Gruppen. Sie fühlen sich aber mit ihnen verbunden. 53 Prozent der Mitglieder aller Selbsthilfegruppen verbinden ihre praktische Projektstätigkeit mit weitergehenden politischen Absichten. Diese Angaben widersprechen der Annahme, dass sich die neuen Selbsthilfeinitiativen vornehmlich im eigenen „Psychokreis“ bewegen. Viele Beteiligte versuchen die Selbst- und Systemveränderung miteinander zu verbinden. Es gibt eine „Pièce de

Résistance“ (Peter Gross 1986:78), die von innen nach aussen dringt. Fritz Vilmar (1986:41) stellt eine Wiederentdeckung des Bürgers als „Citoyen“ fest. Er betont die individuelle Autonomie und grenzt diese gegen das Verständnis des Verantwortungsethikers Hans Jonas (1979/1991) ab, der das „Ich als wir“ versteht.

Wo die Anonymität dominiert, verbreitet sich eine Sehnsucht nach einem „small is beautiful“.¹⁵⁸ Diese Ausrichtung prägt einen Teil der neueren Selbsthilfebewegung. Sie lässt gelegentlich vergessen, dass „small“ nicht nur „beautiful“ ist, sondern auch Enge, Provinzialität und soziale Kontrolle bedeuten kann. Defizite an Überschaubarkeit führen dazu, Selbsthilfeprojekte und alle Beteiligten mit hohen Erwartungen zu befrachten und das Persönliche stark zu gewichten. (Klaus Doerrie 1985:161) Politische „Hardliner“ werfen den „Sensibilisierten einer High-Touch-Avantgarde“ vor, ihre eigenen Ideale mit der Wirklichkeit zu verwechseln. Die Angegriffenen geben die Kritik zurück. Wer das Private ausklammert oder nur politisch versteht, wehrt eigene Ängste ab. Joseph Huber (1987:30) billigt den „neuen Helfer/innen“, die in Selbsthilfeprojekten tätig sind, eine sozialinnovatorische Schlüsselrolle zu. Er begründet das u.a. damit, dass sie in vorbildlicher Manner das Politische mit dem Privaten verbinden.

Ulrich Beck (Die Zeit, 28.11.1997) beschreibt die neuen Helfer/innen als Gemeinwohlunternehmer/innen.¹⁵⁹ Sie verfügen über charismatische Fähigkeiten, können Geschichten erzählen, Menschen miteinander ins Gespräch bringen und dazu animieren, etwas fürs Gemeinwohl zu tun. Die Gemeinwohlunternehmer/innen sind pragmatische UtopistInnen. Sie leiten (als Seele der Demokratie) die Bürger/innen zu freiwilliger Arbeit an, die den Wohlfahrtsstaat erhalten soll. Dabei wird nicht das Engagement selbst bezahlt, sondern die Infrastruktur, die dafür nötig ist. Ich komme auf diesen Ansatz im Kapitel (7.3.3) über die soziale Zeit zurück.

158 Nach seinem Bestseller „Small is beautiful“ hat E.F. Schumacher 1977 das weniger bekannte Buch „A Guide for the Perplexed“ (Rat für die Ratlosen) verfasst. Es ist 1981 unter dem Titel „Vom sinnerfüllten Leben“ (Ex Libris, Zürich) erschienen, kritisiert das instrumentelle Wissen, plädiert für einen verstehenden Zugang und stellt die persönliche Sinnfrage ins Zentrum.

159 Ulrich Beck bezieht sich auf Charles Leadbeater: The Rise of the Social Entrepreneur (London 1997).

Bei Selbsthilfeinitiativen geht es selten nur um die unmittelbar Beteiligten. Meistens sind politische Nebenwirkungen feststellbar. Wer die Möglichkeit hat, weitgehend selbstbestimmt zu arbeiten und so seine existentiellen Bedürfnisse zu befriedigen, ist weniger abhängig. Er ist dadurch auch weniger vereinnahmbar. Er erfährt eine Rückenstärkung, die sich auf alle Lebensbereiche auswirkt. Sie kann jene Resignation verhindern, die sich gerne einstellt, wenn die persönliche Weiterentwicklung zu kurz kommt. Selbsthilfeprojekte sind Stützpunkte. Sie verleihen Halt. Als Sozialräume ermöglichen sie wichtige Erfahrungen. So betrachtet erfüllen alle „neuen Helfer/innen“ eine politische Aufgabe. Das gilt auch für jene, die ihre Tätigkeit als private Angelegenheit verstehen und sich ausschliesslich auf kleine, überschaubare Projekte konzentrieren.

4.3.6 Soziale Selbsthilfe

Als Handlungsnorm einer „sozialen Selbsthilfe“ gelten die Autonomie, Betroffenheit, Selbstgestaltung und Solidarität. Fritz Vilmar (1986:17) erwähnt ferner die Basisdemokratie, Graswurzelrevolution, Korporationsbereitschaft und Subsidiarität. Diese versteht er vor allem als Dezentralisierung. Die soziale Selbsthilfe unterscheidet sich (bei fließendem Übergang) einerseits von Bürger/innen-Aktionen, die eine Gegenmacht organisieren wollen, andererseits von privaten Anstrengungen, die auf die eigene Existenzsicherung abzielen.

In Deutschland gibt es seit Mitte der achtziger Jahre über 40'000 „soziale Selbsthilfegruppen“. (Vilmar ebd.) Sie verteilen sich auf die Bereiche Arbeitswelt (Ökobanken, Initiativen für Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosengruppen), Ökologie und Lebenswelt (Wohnbereich- und Stadtteilebewegung), Behinderungen und Krankheiten (Gesundheitsinitiativen, Therapiegruppen, Treffs, Wohngemeinschaften), Diskriminierung (Obdachlosen- und Straffälligenhilfe, Dritte Welt-Initiativen, Migrationsgruppen, Homosexuellen-Gruppen), Benachteiligung (Jugendzentren, Kinderläden, Altenselbsthilfe, Frauengruppen), Freizeit, Bildung und Kultur (Sozio-kulturelle Zentren, Wissenschaftsläden). Auffällig ist der hohe Anteil (70 Prozent) der Frauen. Überrepräsentiert sind die 30-50jährigen, untervertreten die Ledigen. Am meisten Gruppen gibt es im Gesundheitsbereich.

Die besondere Chance einer „sozialen Selbsthilfe“ besteht darin, Isolation und fremdbestimmte Arbeit abzubauen. Vilmar (1986:216) plädiert dafür,

schrittweise den Staat zu vergesellschaften und die Wirtschaft zu demokratisieren. Aber wie? Die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägen auch die alternative Ökonomie. (Beywl und Brombach 1984:27) Wenn Projektträger/innen die Marktanpassung verweigern, hat dies mehr Selbstausbeutung oder sogar den finanziellen Zusammenbruch eines Unternehmens zur Folge. Will die alternative Ökonomie erfolgreich sein, dann muss sie sich mit einer relativen Marktdistanz begnügen. Bei den älteren Betrieben, die bereits in den siebziger Jahren entstanden sind, ist zumindest in der Schweiz ein Trend in Richtung Integration feststellbar. Das hängt auch damit zusammen, dass ein Teil der früheren Kundschaft mittlerweile arriviert ist. Sie verfügt über Mittel und gute Beziehungen, erteilt grössere Aufträge, stellt aber entsprechend professionelle Ansprüche.¹⁶⁰

4.3.7 Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?

„Befinden wir uns auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?“, fragen Fritz Vilmar und Brigitte Runge (1986:I). In Deutschland haben sich Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre über 30'000 neue Selbsthilfegruppen gebildet. (Joseph Huber 1987:26) Ein ähnlicher Trend lässt sich in der Schweiz annehmen. Präzise Angaben fehlen zwar. Sie sind aus Definitionsgründen und Abgrenzungsschwierigkeiten auch kaum eruierbar. Das Netzwerk für Selbstverwaltung (Zürich) nimmt für den erwähnten Zeitraum eine Verdoppelung der selbstorganisierten Ansätze an und rechnet mit einer anhaltenden Steigerung. Hans Joas (1995:74ff.) stellt in Deutschland eine weniger ausgeprägte Tradition der Selbstorganisation als in der Schweiz oder in den Vereinigten Staaten fest. Er räumt aber ein, dass durch die Zugehörigkeit zu gemeinnützigen und andern Vereinen, kirchlichen und politischen Organisationen auch Deutschland eine stark komunitäre Gesellschaft ist. In den USA gehören (aufgrund umfassender Forschungsarbeiten) 40 Prozent aller Bürger/innen einer selbstorganisierten Gemeinschaft an. Die Gemeinschaften treffen sich regelmässig in kürzeren Zeitabständen. Ihre gemeinsame Zielsetzung reicht über utilitaristische Interessen hinaus.

¹⁶⁰ Diese Aussage stützt sich auf ein öffentliches Hearing vom 18.9.1997 an der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit beider Basel mit Vertreter/innen der sozialen Selbsthilfe. Susann Elsen (1997:123ff.) kommt in ihren Studien zu ähnlichen Ergebnissen.

Horst E. Richter (in Vilmar 1986:V) verweist ebenfalls auf die Zunahme der Selbsthilfegruppen. Sie belegt, dass die 1968er-Bewegung (nebst Apathie und Resignation) viele hoffnungsvolle Ansätze gebracht hat. Daniel Bell sieht sogar die kühnsten Vorstellungen sozialistisch orientierter Theoretiker/innen übertroffen. Ende der sechziger Jahre stiessen neue Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation auf erhebliche Widerstände. Sie wurden oft als wirtschaftsfeindlich und staatsgefährdend hingestellt. Heute werden ähnliche Versuche von konservativen, liberalen, sozialdemokratischen und grünen Politiker/innen protegiert.

Zu Beginn der achtziger Jahre wurde viel über Selbsthilfegruppen geschrieben. Joseph Huber (1987:16) bezeichnet sie trotzdem als „das unbekannte Wesen“. Sie bestehen aus initiativen Menschen, die sich mit gleichartig Betroffenen zusammenschliessen, um gemeinsam „ihr Los zu verändern“ bzw. etwas zu erreichen. Ausschliesslich sich selber helfen wollen etwa 25 Prozent der Selbsthilfegruppen. 55 Prozent der Projekte sind maximal fünf Jahre alt, 21 Prozent zwischen fünf und zehn Jahren, 24 Prozent existieren schon seit über 10 Jahren, 3 Prozent seit über 20 Jahren. Die neue Selbsthilfebewegung knüpft teilweise an alte Traditionen an.¹⁶¹ Die Vorstellung einer Selbsthilfegesellschaft reicht ebenfalls weit zurück. Ob sie sich mit der weiteren Verbreitung der Selbsthilfe in den 90er Jahren dem Ziel nähert, ist fraglich. Ich gehe in den Kapiteln über gegenläufige Tendenzen (4.3.8) und deren ordnungspolitische Bedeutung (4.9) darauf ein.

Eine Selbsthilfegesellschaft lässt sich weder mit einem grossen Wurf herbeiführen, noch von oben verordnen. Die Mittel der Realisierung müssen der postulierten Zielsetzung entsprechen. Günstige Rahmenbedingungen sollen die angestrebte Entwicklung von unten fördern. Dazu gehören Freiräume, in denen sich – über Nischen hinaus – Initiativen entfalten können. Viele kleine Schritte können eine grosse Wirkung haben.

Die wechselseitige Hilfe in Notfällen gehört unabdingbar zu den Erwartungen an die Mitglieder von Selbsthilfegruppen. Die Offenheit gegenüber der eigenen Biographie und persönlichen Probleme ist eine informelle Verpflichtung. Diese Anforderungen werden an unzähligen kleinen Orten erfüllt. Die Wirkung wird oft unterschätzt. Hans Joas (1995:76/77) wendet sich dagegen, die Selbsthilfegruppen der unpolitischen Privatsphäre zuzuordnen. Sie sind im Gegenteil immer wieder der Ausgangspunkt umfassenden

¹⁶¹ Martin Belleremann (1986:94) verfolgt die Ansätze über die Konsumvereine im 19. Jahrhundert bis ins Mittelalter zurück. Anke Brunn (1986:173) verweist auf den ausgeprägten Selbsthilfecharakter der frühen Arbeiter/innen-Bewegung.

der staatsbürgerlicher Aktivitäten. Joas (ebd.) bezeichnet diese „Gemeinschaften“ als „die kommunikative Infrastruktur einer demokratischen Gesellschaft“. Unter den Bedingungen der Globalisierung laufen sie allerdings Gefahr, als Inseln marginalisiert zu werden. Wichtig sind deshalb Verknüpfungen, die gegenüber der wirtschaftlichen Machtkonzentration als gesellschaftliches Korrektiv auftreten. Ich komme darauf im Kapitel (5.13) über die globale Zivilgesellschaft zurück.

4.3.8 Gegenläufige Trends

Bei der Debatte um die Selbsthilfe geht es nebst der Bedeutung der Partizipation auch um das „liebe Geld“. Der Staat trägt als Umverteilungsinstitution Folgekosten der Marktwirtschaft. Die rezessiven Einbrüche seit den siebziger Jahren stellen ihn vor grosse Probleme. Fritz Vilmar (1986:54) führt das oft beklagte Versagen des Sozialstaates nur teilweise auf das Fehlen einer rechtzeitigen Strukturplanung zurück. Weil die Humanisierung der Wirtschaft auf enge Grenzen stösst, muss der Staat die Lücken schliessen und den Bürger/innen mehr Lasten aufbürden.¹⁶²

Björn Engholm (1987:9) weist auf die internationale Umfrage „Jobs in the 80ies“ hin. Sie belegt, dass in den Ländern der Europäischen Union die betriebliche Mitbestimmung tendentiell rückläufig ist. Das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit diszipliniert. Nur eine von zwanzig Erwerbstätigen hat die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit flexibel zu wählen. Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen sinkt. Trotz Zunahme von Selbsthilfeinitiativen vermindert sich die Zahl der Kleinbetriebe. Diese Angaben beziehen sich allerdings auf die 80er Jahre. Die Deregulierung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit haben mittlerweile zu einer (allerdings oft unfreiwilligen) Zunahme der Selbständigen geführt. Die Grundmuster der Betriebsorganisation prägen nach wie vor unzählige Menschen. (Friedhart Hegner 1986: 313) Neue Formen der Armut kontrastieren die Erhöhung der Kaufkraft und des wirtschaftlichen Outputs. (Caritas 1987:22) Die Internationalisierung des Kapitals schränkt die Möglichkeiten des Staates ein, das Wirtschaftsleben mitzugestalten. Die weltwirtschaftliche Orientierung begrenzt teilweise auch

162 Wie die öffentliche Hand Dienstleistungen auf die Endverbraucher/innen abwälzt, beschreibt Christiane Müller (1984). Sie bezeichnet die KonsumentInnen auch als „Handlanger in der Selbstbedienungsgesellschaft“ (in: Engholm 1987:22).

die lokale und regionale Selbstbestimmung. (Michael Schmidt 1987:5) Sie relativiert kecke Erwartungen in eine bedürfnisgerechte Selbsthilfegesellschaft.

Den Tendenzen der Nivellierung (Prognos 1984:15) stehen nach Ralf Dahrendorf (Basler Zeitung, 1.3.1990, S. 3) real polarisierende entgegen. Sie gefährden auch den von Horst W. Opaschowski (1985:143) festgestellten Übergang vom dualen zum integralen Lebenskonzept. Selbst dort, wo in Nischen eine „neue Ganzheitlichkeit“ angestrebt wird, machen sich wirtschaftliche Abhängigkeiten bemerkbar. Sie lassen die Selbsthilfebewegung nur partiell jene Freiheiten vorwegnehmen, die später gesamtgesellschaftlich zum Tragen kommen sollen.

Zwischen verschiedenen Grundmustern der Bedarfsdeckung (Erwerbsarbeit und Fremdversorgung versus Gebrauchsarbeit und Selbstversorgung) ortet Hegner (1986:336) eine recht einseitige Wechselwirkung. Die Zunahme ungewollter Randständigkeit verstärkt die gesellschaftlichen Integrationsprobleme. Fraglich ist, ob sie die Bereitschaft fördert, Umverteilungen von Arbeit und Reichtum vorzunehmen. Entsprechenden Bemühungen stehen Versuche entgegen, durch Nutzung neuer Technologien die Kapitalakkumulation anzukurbeln, die Mehrwert- und Profitraten zu erhöhen. Dies allerdings ohne die Reallöhne anzupassen und die Sozialausgaben für die Weg-rationalisierten zu bezahlen.

Hirsch (1980) sieht die Systemgrenze der alternativen Bewegung in ihrer Unfähigkeit zur Produktion von Produktionsmitteln. Das führt dazu, dass gegenökonomische Projekte hauptsächlich in der Zirkulations- und Reproduktionssphäre anzutreffen sind. Sie müssen sich mit den vom Kapital ausgelassenen Regionen und unrentablen Produktionszweigen begnügen. Die „Koexistenz“ findet sozusagen in den Nischen und Hinterhöfen der kapitalistischen Ökonomie statt. Dort dürfen die Alternativen Lücken ausfüllen, Defizite abdecken und sich dagegen wehren, ideologisch und kommerziell vermarktet zu werden.

Brand (1982:117) geht weiter auf die Ambivalenz zwischen Ausgrenzung und Integration ein. Er beschreibt, wie die Alternativbewegung stets in Gefahr ist, von einem Transformations- zum Integrations- und Stabilisierungsmoment der Gesellschaft zu werden. Sie bietet Fluchtpunkte und siedelt fast zwangsläufig an den Rändern. Die Abkoppelung verringert die Einflusschancen auf die übrigen Bereiche. Sie erhöht aber die Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Dies allerdings unter erschwerten Bedingungen. Wenn sich Produkte kaum vermarkten lassen, schränkt das auch die Zufriedenheit bei der Herstellung ein.

André Gorz (1997) hält es für kaum mehr möglich, sich im automatisierten Produktionsprozess in der Arbeit zu verwirklichen. Sein dualistischer Lösungsvorschlag sieht je ein Teilauskommen im herkömmlichen und im alternativen Sektor vor. Joseph Huber (1991/1987) unterscheidet zwischen dem formellen und informellen Sektor. Er warnt vor der Annäherung, den alternativen Sektor auf die gesamte Gesellschaft ausweiten zu wollen. Ich nehme im Kapitel 4.9 die Frage nach den Grenzen der Selbsthilfe und Selbstorganisation unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten wieder auf. Vorher stelle ich weitere Ansätze vor, die direkt den produktiven Bereich betreffen. Die zahlreichen Neugründungen alternativer Betriebe lassen fragen, ob sich eine Neubewertung der ausgeweiteten Selbsthilfe aufdrängt.

4.4 Soziale Ökonomie

5000 selbstverwaltete Betriebe weisen in Deutschland eine hohe Konstanz auf.¹⁶³ Sie konnten sich über mehrere Jahre halten, besser vernetzen und ihr Angebot an Arbeitsplätzen ausbauen. Die Professionalisierung hat eine Anpassung an herkömmliche Wirtschaftsbetriebe gebracht. Im Unterschied zu früher besteht selten der Anspruch, dass alle Mitarbeiter/innen über alles entscheiden. Aufgaben und Entscheidungen werden mehr delegiert. Die Fähigkeit zur Selbstverwaltung ist gestiegen, aber der Umgang damit nüchterner geworden. Die derzeit angespannte Wirtschaftslage könnte dazu führen, dass zahlreiche Neugründungen erfolgen, einige Betriebe aber kaum überlebensfähig sind.

Zahlenmässig verzeichnete Deutschland bislang einen Rückgang traditioneller Genossenschaften. Dietrich Haensch (Archipel 1997:4) erwähnt 10'000 existierende Betriebe. In Italien sind es 160'000, darunter 126'000 Produktivgenossenschaften. Früher waren es vorwiegend Landwirtschafts-, Bau- und Konsumgenossenschaften. Neuerdings florieren Kooperativen der Selbsthilfe von Freiberufern aller Art. Die Bandbreite reicht von Gruppenpraxen, Reinigungsfirmen, Softwareproduzierenden bis zu touristischen Angeboten.

¹⁶³ „Wie alternativ ist die alternative Ökonomie?“ fragt Archipel (39/1997). Burghard Flieger (1997:1/2) fasst die Ergebnisse mehrerer empirischer Studien zusammen.

Markant ist der Anstieg von Kooperativen im Sozialbereich. Sie versuchen den Rückgang staatlicher Angebote aufzufangen. Ein neues Gesetz sieht zwei Typen sozialer Kooperativen vor. Beim „katholischen Typ“ dürfen bis zu 50 Prozent der Mitarbeiter/innen Freiwillige sein, die keinen Lohn erhalten, aber auch keine Beiträge zur Berufsgenossenschaft bezahlen müssen. Sie wirken hauptsächlich im Gesundheits- und Erziehungswesen. Der „sozialistische Typ“ engagiert sich mehr in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Industrie. Er schafft Arbeitsplätze für Behinderte, Haftentlassene, psychisch Kranke und Suchtmittelabhängige. Hier müssen mindestens 30 Prozent „Benachteiligte“ sein. Für sie bezahlt der Staat die Sozialversicherungsbeiträge.¹⁶⁴

Je weniger Möglichkeiten die Marktwirtschaft zur Existenzsicherung bietet, um so mehr weiten sich die Selbstverwaltung und Selbsthilfe aus. So lautet eine These von Isidor Wallimann (WochenZeitung, 25.11.1994). 0,15 Prozent der Betriebe in der Schweiz sind selbstverwaltet. Die soziale Ökonomie ist eine erweiterte Selbsthilfe. Sie versucht die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion auszuweiten. Dies mit Hilfe der genossenschaftlichen Organisationsform, Vereins- und Stiftungsstrukturen, Selbsthilfeorganisationen, teilweise auch mit staatlicher Unterstützung. Die Schweiz hat schon in den dreissiger Jahren auf diese Strategie gesetzt. Heute geht es wieder darum, die Lücken zu stopfen, die abwandernde oder in Konkurs gehende Firmen hinterlassen. Hinzu kommt das Anliegen, bestandene Wirtschaftsbereiche mehr zivilgesellschaftlich einzubinden. Früher drängten Teile der genossenschaftlichen Bewegung darauf, heute tun dies neue soziale Bewegungen. Wenn der Markt nicht mehr alle aufnimmt, die eigeninitiativ sind und sein möchten, dann liegt es auf der Hand, neue Solidargemeinschaften zu konstituieren. Die Erfahrung zeigt, dass sich die meisten Betriebe halten können. Sie weisen eine hohe personelle Konstanz auf, sind untereinander gut vernetzt und können so einseitige Abhängigkeiten von der Marktwirtschaft mindern.

¹⁶⁴ Der autonome Sektor hat laut Senft (1990:94) jene Aufgaben zu übernehmen, die der staatliche oder marktwirtschaftliche Sektor nicht oder nur teilweise anbieten können. Dazu zählen – nebst der Eigenarbeit im privaten Haushalt – die produktiven Tätigkeiten von Nonprofitorganisationen (wie Kirchen, Stiftungen und Vereinen), von Bürger/innen-Initiativen, freiwilligen Nachbarschaftsgruppen und alternativen Gemeinschaftsbetrieben. Von besonderer Bedeutung sind alte und neue Formen des Genossenschaftswesens.

Ein dritter, gemeinnütziger Wirtschaftssektor entwickelt sich vorab in den europäischen Krisenregionen. Er beruht auf der solidarischen Selbsthilfe der Bevölkerungskreise, die von der Rezession betroffenen sind. Am Rande der Marktwirtschaft entstehen Ansätze einer sozialen Ökonomie („Community Economy“). So ist beispielsweise, wie Heinz Roland (WochenZeitung, 25.11.1994) beschreibt, in Frankreich aus einem Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Jugendliche ein Netz von selbstverwalteten Kleinunternehmen entstanden. Während die ökonomische Selbsthilfe in Frankreich und Grossbritannien gefördert wird, ist die Selbstverwaltungsszene in Deutschland und in der Schweiz aus den neuen sozialen Bewegungen nach 1968 und 1980 hervorgegangen. In der Schweiz zählen mindestens 600 neue Betriebe dazu. 90 sind im Netzwerk für Selbstverwaltung organisiert. Weiter fortgeschritten ist die Situation in England. Das hängt mit den grossen entindustrialisierten Zonen zusammen, die rezessionsbedingt entstanden sind. Hinzu kommt die alte genossenschaftliche Tradition. Neue Betriebsgründungen knüpfen daran an.

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten, wie im Kapitel 4.1 beschrieben, in Rochdale bei Manchester ein paar Dutzend Arbeiter/innen eine Kooperative. Sie wollten sich mit günstigen Lebensmitteln versorgen. Auf die Eröffnung des Ladens (1844) geht eine Genossenschaftsbewegung zurück. Ihr gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg laut Renée Gruber (WochenZeitung, 25.11.1997) 13 Millionen Mitglieder an. In 30'000 Läden setzte die britische Co-op damals einen Viertel der im ganzen Land verkauften Lebensmittel um. Heute sind es noch 4000 Läden, die auf einen Marktanteil von 7 Prozent kommen. Der Rückgang erfolgte vor allem in den achtziger Jahren (während der Regierungszeit von M. Thatcher). Supermärkte und Billigwarenketten überflügelten die Genossenschaften, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts – mit teilweise neuen Ansätzen – wieder ins Gespräch kommen.

Im Gegensatz zum Detailhandel waren die Produktionsgenossenschaften in Grossbritannien zwar nie sehr verbreitet. Einen Aufschwung erlebten sie durch die neue soziale Bewegung nach den rezessiven Einbrüchen. (Renée Gruber ebd.) 1984 fand in London der erste alternative Wirtschaftsgipfel statt. Daraus entstand die „New Economics Foundation“ (NES). Sie fördert, von 2'000 Mitgliedern getragen, eine soziale und ökologische Ökonomie. Konkrete Versuche sind – wie erwähnt – vor allem in entindustrialisierten Zonen entstanden. 1'400 selbstverwaltete Betriebe bieten derzeit rund 10'000 Arbeitsplätze an. Hinzu kommen 300 „Local exchange trade systems“ (Lets)

mit 20'000 Mitgliedern. Die Netzwerke haben eine eigene Währung. Sie unterstützen den Austausch von Gütern und Dienstleistungen.¹⁶⁵ Was bei den meisten erfolgreichen Ansätzen einer sozialen Ökonomie auffällt, ist der hohe Anteil der tief entlohnten und der freiwilligen Arbeit, die auch in andern Bereichen weit verbreitet ist.

4.5 Freiwilligenarbeit

Immer mehr soziale Einrichtungen müssen mit weniger Mitteln grössere Probleme lösen. Das führt teilweise zu einer Überforderung, die jene zu spüren bekommen, die auf Hilfe angewiesen sind. Die Budgetkürzungen entfachen erneut eine Diskussion über freiwillige Tätigkeit in sozialen und anderen Berufen.

„Ohne freiwilliges Engagement für andere würden alle modernen Gesellschaften sofort zusammenbrechen“, bilanziert Ulrich Beck (1997:15).¹⁶⁶ Neuere Studien belegen die grosse Bedeutung, welche die Freiwilligenarbeit in der Schweiz hat. In unserem Zusammenhang interessiert das Ausmass der bereits freiwillig geleisteten Arbeit und die Frage nach weiteren Potentialen. Sie ist allerdings nicht einfach quantitativ zu verstehen. Ob es Sinn macht, weitere freiwillige Ressourcen zu mobilisieren, hängt auch davon ab, wie die bisherigen Erfahrungen zu bewerten sind.

Hier geht es nun vor allem um jenen Teil der freiwilligen Arbeit, der im Rahmen von sozialen Institutionen verrichtet wird. Dazu liegen konkrete Studien vor. Sie vermitteln wichtige Grundlagen zur Frage, ob (noch) mehr soziale Aufgaben freiwillig geleistet werden sollten.

Die bezahlte Arbeit siedelt sich vorwiegend in der Produktion und der dafür notwendigen Infrastruktur an. Die unbezahlte Arbeit fällt mehrheitlich

165 Die „Employee share ownership plans“ sind ebenfalls wichtig. Sie ermöglichen die Beteiligung von Mitarbeiter/innen an Betrieben. Dies im Sinne einer Ausweitung der „Aktienbesitzdemokratie“.

166 Ulrich Beck (1997:15) bezieht sich u.a. auf die Vereinigten Staaten. 80 Millionen Amerikaner/innen, also 45 Prozent der über 18jährigen, engagieren sich nach seinen Angaben Woche für Woche fünf Stunden und mehr für freiwillige Hilfeleistungen und wohltätige Zwecke. In Geldwert ausgedrückt: für 150 Milliarden Dollar.

in den sogenannten Reproduktionssektor.¹⁶⁷ Die Haus-, Erziehungs-, und Beziehungsarbeit ist meistens nicht bezahlt. Eva Nadai und Beatrice Hess (1996:9) beschreiben in ihrer Nationalfondsstudie das freiwillige Engagement als Topos für die Gemeinschaft. Es betrifft die im weitesten Sinne kommunitaristische Debatte zum Verhältnis von Individualismus versus Gemeinsinn. Bellah et al. (1987/1992:57) halten die Freiwilligenarbeit als Mittel der Sozialintegration „Gegen die Tyrannei des Marktes“ hoch.

Nadai und Hess (ebd.) definieren die Freiwilligenarbeit als unentgeltliche Tätigkeit zugunsten anderer, die im Auftrag einer Organisation geleistet wird. Die Freiwilligenarbeit umfasst nach ihrem Verständnis die Basisarbeit und das Ehrenamt.¹⁶⁸ Das Ehrenamt sieht eine Position im organisatorischen Bereich vor. Sie ist mit Entscheidungs-, Führungs- und Repräsentationsfunktion verbunden. Für das Amt ist eine Wahl oder Berufung erforderlich. Die Basisarbeit beinhaltet eine ausführende Arbeit im betreuerischen/pflegerischen oder administrativen/organisatorischen Bereich. Sie wird im Auftrag und unter Anleitung ausgeführt.¹⁶⁹

Das Fazit der Studie lautet: Wer wenig Zeit hat, engagiert sich mehr. Typische Freiwillige im Sozialbereich sind gut ausgebildete, über 40jährige Frauen. Das durchschnittliche Engagement beläuft sich auf 16 bis 20 Stunden im Monat. Freiwillige sind oft schon durch Familie und Beruf stark belastet. 80 Prozent der befragten Frauen leben in einer Partnerbeziehung. 85 Prozent haben Kinder und gut die Hälfte ist erwerbstätig.

Wieviel Arbeit bereits freiwillig geleistet wird, belegt auch eine andere nationale Studie, die, von Isidor Wallimann (1993) koordiniert, von der

167 Wird bei Salomon Biderbost (1997:84) ausgeführt. Lilo Roost Vischer (1997:23) problematisiert die Trennung zwischen „produktiven“ und „reproduktiven“ Tätigkeiten: „Lebenserhaltend ist auch die Sphäre der ‘Produktion’, während im ‘reproduktiven’ Bereich ebenfalls etwas hergestellt wird.“

168 Zur Basisarbeit gehören Dienstleistungen wie Fahrt- und Mahlzeitendienste, das Verkaufen zwecks Mittelbeschaffung für soziale Werke, das Servieren in einer Altersheimcaféteria, die Mithilfe an einem Mittagstisch für Kinder oder Betagte. Hinzu kommen direkte Betreuungstätigkeiten wie Besuchsdienste oder die Begleitung von Obdachlosen in einer Notschlafstelle. Zum Ehrenamt gehören die Vorbereitung von Sitzungen, Kontakte zu andern Gremien sowie Repräsentationspflichten u.a..

169 Der umfassende Bericht zur Nationalfondsstudie ist unter Nadai et al. (1996) erschienen, eine Kurzfassung unter Hess (1996), ein zusammenfassender Bericht im „Landbote“ (5.12.96).

Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) und der Höheren Fachschule im Sozialbereich Basel (HFS) durchgeführt wurde. Sie erhellt die Gratisarbeit, die Freiwillige innerhalb von öffentlichen Organisationen leisten.¹⁷⁰ Die Ergebnisse weichen teilweise von denen von Nadai und Hess ab. Ich fasse sie hier zusammen und vergleiche einzelne Aussagen.

Im Sozialbereich sind hauptsächlich Frauen (73 Prozent) freiwillig tätig. In andern Bereichen dominieren die Männer (70 Prozent). Sie engagieren sich in Sportverbänden, politischen Parteien, Schulpflegen und kulturellen Vereinen. Am meisten vertreten sind die Altersgruppen zwischen vierzig und sechzig Jahren, die der Mittelschicht angehören. In den Bereichen, in denen die Männer überwiegen, machen die Selbständigerwerbenden und leitenden Angestellten zusammen 32 Prozent aus. Im Sozialbereich sind die Hausfrauen (57 Prozent) in der Mehrheit. Die sogenannte Sandwich-Generation kümmert sich um Kinder und alte Menschen und verrichtet am meisten freiwillige Arbeit in sozialen Institutionen. Sie hilft bei der Begleitung von Behinderten, Kranken, Sterbenden.

Die Mehrheit der Freiwilligen im Erwerbsalter sind auch laut Nadai und Hess (1996:38) erwerbstätig: 53 Prozent der Frauen und 88 Prozent der Männer. Gut die Hälfte der von ihnen befragten männlichen Freiwilligen hat im Beruf eine Kaderfunktion. Ferner sind die meisten Freiwilligen sozial gut integrierte Personen. Sie leben oft in sogenannt intakten Familien. Je weniger Zeit jemand objektiv hat, desto mehr setzt er sich für Freiwilligenarbeit ein, lautet ein Fazit.

23 Prozent der Schweizer/innen zwischen 20 und 85 Jahren leisten nach Wallimann (1993) freiwillige Arbeit im Rahmen einer Organisation. Sie tun dies während durchschnittlich acht Stunden pro Monat. Von allen Erwachsenen engagiert sich jede zehnte Person im Sozialbereich. In den Kantonen Basel-Stadt und Baselland sind es beispielsweise rund 13'100 Freiwillige. Sie kommen auf über eine Million Jahresstunden. Bei einem Stundenansatz von vierzig Franken ergäben sich Lohnkosten von rund 50 Millionen Franken.

170 Der hier nicht berücksichtigte zeitliche Aufwand für Hausarbeit übersteigt in einigen Ländern jenen für offiziell entlohnte Arbeit. Laut der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) lässt sich in der Schweiz der Wert der Haus- und privaten Betreuungsarbeit auf über 100 Millionen Franken veranschlagen. Hinzu kommt, was an individueller Nachbarschaftshilfe geleistet wird und materiell schwierig zu erfassen ist. Für ein aussagekräftiges Sozialbudget fehlen die Daten. Wallimann et al. (1993) schliessen einzelne Lücken.

Viele Freiwillige sind – öfters länger als zehn Jahre – in Kirchgemeinden aktiv. Hier ist eine hohe Kontinuität feststellbar. Verändert hat sich das karitative Verständnis. Nach ihrer Motivation befragt, weisen Freiwillige auf das Bedürfnis hin, soziale Verantwortung zu übernehmen, andere Leute kennenzulernen, sich mit Randgruppen auseinanderzusetzen, Anerkennung zu finden oder einen Ausgleich zur beruflichen Arbeit zu suchen. Weitere Antworten deuten das Interesse an, auf dem laufenden zu bleiben und einen späteren Einstieg ins Erwerbsleben vorzubereiten. „Wo soll ich mir denn sonst mein Lob holen!“, bemerkt eine Frau; eine andere: „Wenn ich mich so mit Problemen beschäftige, vergesse ich meine eigenen“. Sie spricht damit das „Helfersyndrom“ an, das vor allem dann problematisch ist, wenn sich Wohltätige für barmherzig halten. Aber diese Haltung ist je länger desto weniger anzutreffen. Wer sich bewusst ist, dass er beim Helfen auch sich selber hilft, verhält sich weniger paternalistisch.

Als häufigste Motive für das freiwillige Engagement erwähnen Nadai und Hess (1996:28) die soziale Integration (gesellschaftliche Anerkennung), die Kompensation (Bildungsbedürfnis, Horizonterweiterung, Ausdehnung von Handlungsspielräumen, gesellschaftlicher Status) und ein Gesellschaftsethos, das die Freiwilligenarbeit als moralische Pflicht zum Ausgleich zwischen Privilegierten und Schwächeren betrachtet.

Für die meisten Freiwilligen ist laut Wallimann (ebd.) Kreativität und Geselligkeit wichtiger als Edelmut. Sie wollen sich nicht aufopfern, um die Sinnfrage vordergründig zu bewältigen. Das schlechte Gewissen verliert an Brisanz. Dadurch ergeben sich auch klarere Ansprüche an die sozialen Institutionen. Gefragt sind Informationen, Weiterbildung und konkrete Aufgaben. Freiwillig Tätige beklagen sich, in Altersheimen eher unter- und in psychiatrischen Einrichtungen eher überfordert zu werden. Wenn Freiwillige die Möglichkeit haben, sich angemessen einzubringen, dann können sie (dank ihrer Distanz) Organisationen auf blinde Flecken aufmerksam machen.

Salomon Biderbost (1997:7) betrachtet die Freiwilligenarbeit als Know-How- und Horizonterweiterung. Als Motive kommen die eigene Betroffenheit und das Anliegen hinzu, mehr Einfluss auf die Sozialpolitik zu nehmen. Biderbost (1997:40/41) bezieht sich auf eine noch unveröffentlichte Studie, die Rychener Kirsti am Soziologischen Institut der Universität Zürich zum Thema „Freude am Helfen“ durchgeführt hat. Daraus geht hervor, dass ein Engagement (nebst der eigenen Bereitschaft) auch von der PR-Politik von Institutionen abhängt: 31 Prozent der in der Bewährungshilfe Tätigen ha-

ben sich aus Eigeninitiative gemeldet. 39 Prozent auf Zeitungsmeldungen hin. 15 Prozent wurden persönlich angesprochen. Von allen waren 81 Prozent schon für andere Hilfsbedürftige tätig. Beispiele für einen freiwilligen Einsatz sind – über den institutionellen Sozialbereich hinaus – auch städtische Beamte, die eine Arbeitswoche bei einer Bergbauernfamilie verbringen, Versicherungsangestellte, die ein Jugendlager mitorganisieren, Kaufleute, die regelmässig Besuche in Altersheimen machen oder Computerfachleute, die Wohnungen für soziale Benachteiligte suchen. (Biderbost 1997:46) Die Freiwilligenarbeit erhöht die berufliche Qualifikation. Sie erleichtert auch den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Der Arbeitsplatz- und Sozialabbau führen allerdings zu einer Zunahme der Gratisarbeit, die gerne wieder ins Private verdrängt wird. Die unbezahlte Arbeit, die nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird, ist ein wichtiges Fundament der gesamten Ökonomie.

Monika Stocker (1988/TagesAnzeiger, 10.9.1997), die Vorsteherin des Zürcher Sozialdepartements, bezeichnet soziale Einsätze als wichtigstes Lernangebot. Menschen können, indem sie etwas Sinnvolles tun, neue Fertigkeiten erproben. Dazu müssen aber altgediente Institutionen bereit sein, Raum für Eigeninitiative zu gewähren. Sie sollen Spesen grosszügig entschädigen, die Freiwilligen versichern, die geleistete Arbeit sichtbar machen, nach Abschluss eines Projektes eine qualifizierende Bescheinigung ausstellen, den Steuerabzug für Sozialeinsätze regeln und bei der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) auf die Gutschreibung eines Sozialbonus drängen. Wenn soziale Einsätze attraktiv und anspruchsvoll sind, ersetzen sie – wirklichkeitsnah – künstliche Planspiele und Bildungsangebote. Nach Auffassung der Soziologin Katharina Ley (1990:38) verdeckt die freiwillige Mitarbeit die gesellschaftlich notwendige Arbeit. Sie bündelt Lücken und mildert soziale Probleme, die, wie die Vereinzelung, strukturelle Lösungen erfordern.

Nadai und Hess (1996:43ff.) würdigen die Freiwilligenarbeit als gelebte Solidarität und bezeichnen sie als Gegenentwurf zur rationalisierten Berufswelt. Der Verzicht auf Lohn schafft die Voraussetzung für eine besondere Qualität der Freiwilligenarbeit. Die erworbenen Qualifikationen sind jedoch kein Schlüssel zu einem Arbeitsmarkt, der sich an anerkannten Ausbildungen und Titeln orientiert. Solange neben der Berufs- und Familienarbeit das freiwillige Engagement ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt bleibt, akzentuiert die Freiwilligenarbeit die Benachteiligung der Frauen. Auf individueller Ebene kann sie sehr wertvoll sein, auf der strukturellen beinhaltet

sie unter den aktuellen Bedingungen die Gefahr, die Ungleichheit zu zementieren. Um die Chancen der Freiwilligenarbeit als sinnvolle Ergänzung zur Erwerbsarbeit und privaten Haus- und Familienarbeit besser zu nutzen, schlagen Nadai und Hess (ebd.) einen AHV-Bonus, einen Steuerabzug und eine amtliche Erfassung der Freiwilligenarbeit vor. Den Organisationen empfehlen sie, den freiwillig Tätigen die Spesen zu entschädigen sowie einen Versicherungsschutz und eine qualifizierende Weiterbildung zu bieten.

Die Sozialarbeiterin Judith Giovanelli-Blocher (TagesAnzeiger, 1.3.1994) plädiert dafür, die Solidarität aufzuwerten, Privilegien auszugleichen und die Beziehungs- und freiwillige Sozialarbeit auf beide Geschlechter zu verteilen. Der Gefahr, Freiwillige als Sparübung dort einzusetzen, wo professionelles handeln nötig ist, will sie mit fachlichen (statt berufspolitischen) Argumenten entgegentreten. Der Nachweis der besonderen Effizienz der gründlich Ausgebildeten rechtfertigt ihrer Meinung nach eine klare Trennung der Aufgaben und Rollen.

Die VPOD-Vertreter Michael Jordi und Hansruedi Oetiker (1992:14) legen der freiwilligen Tätigkeit einen neuen Arbeitsbegriff zugrunde. Dieser umfasst die bezahlte und unbezahlte Arbeit. Die freiwillige Tätigkeit muss Teil einer neuen Zeitorientierung sein. Dies im Sinne einer Umverteilung von Haus- und Lohnarbeit auf Männer und Frauen. Die Verkürzung der Erwerbszeit ermöglicht allen mehr Sozialzeit. So öffnet sich der Türspalt zwischen freiwilliger und beruflicher Arbeit. Ein Recht auf Arbeit könnte die von Isidor Wallimann befürchtete Konkurrenz zwischen Freiwilligen und Arbeitslosen zumindest abschwächen.

Eine umfassende Auslegeordnung der Pro- und Kontraargumente zur Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit leistet Bösch (1991) in seiner empirischen Untersuchung über die Nachbarschaftshilfe in einem Zürcher Quartier. Arend (1993:22) bezieht sich darauf. Die Untersuchung weist über den institutionellen Bereich hinaus. Sie anerkennt die Berechtigung vieler Einwände, verweist aber auf die Schere zwischen dem sozialpolitischen Problemlösungsdruck und den beschränkten Möglichkeiten der professionellen Hilfe.

Arend (1993:21) selbst sieht Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit zur Entlastung der Familien. Der bereits stark überlasteten Familie dürfen keine weiteren sozialpolitischen Pflichten aufgebürdet werden. Der frühere Zwang zur innerfamiliären Solidarität lässt sich nicht zurückbeschwören. Vielmehr ist die freiwillige innerfamiliäre Solidarität gefragt, die sich gezielt fördern lässt; so etwa durch grössere Wohnungen oder durch die Entgeltung von Erziehungs- und Pflegeleistungen. Bemühungen dieser Art sind vorallem

auch auf der Ebene der Nachbarschaft und der freiwilligen Hilfe ohne räumlichen Bezug zu unterstützen.

Die freiwillige Arbeit ist teilweise in der Lage, herkömmliche Leistungssysteme zu ergänzen und zu verbessern.¹⁷¹ Es gibt Institutionen, bei denen Freiwillige jeden gespendeten Franken verdreifachen. Trotzdem sind diese Tätigkeiten kein billiger Ersatz für staatliche Sozialleistungen und berufliche Sozialarbeit. Sie dürfen auch nicht dazu missbraucht werden, bestehende Machtgefälle zwischen Männern und Frauen zu verfestigen. Statt bisherige Sicherungssysteme zu unterlaufen, ist bei neuen sozialen Aufgaben zu prüfen, was sich auf freiwilliger Basis leisten lässt. Ich denke beispielsweise an die Integration Hochbetagter. Wenn der Bund seinen Verfassungsauftrag der materiellen Hilfe erfüllt, dann sind die Basiseinheiten besser in der Lage, für die ergänzende Unterstützung aufzukommen. Vielversprechende Ansätze einer Sozialzeit für alle tendieren darauf, diese gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

4.6 Sozialzeit

Bei der Sozialzeit handelt es sich um eine Idee, die das gegenseitige Helfen wieder zur Selbstverständlichkeit machen will. Gemeint ist „diejenige Zeit, die jede Person zu leisten hätte und auch in gleicher oder ähnlicher Form bei Bedarf anfordern könnte“ (Salomon Biderbost 1997:11). Ich diskutiere hier ein paar konkrete Vorschläge.¹⁷² Sie weisen auf mögliche Verknüpfungen zwischen der Subsidiarität und Solidarität hin.

171 Die GGG (1977:27) befasst sich mit der Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen und Professionellen. Sie führt immer wieder zu Spannungen, die aber die mehr grundsätzliche Debatte kaum berühren.

172 Dies hauptsächlich auf der Grundlage von eigenen Vortragsprotokollen und Gesprächen, die ich mit Projektverantwortlichen geführt habe. Die Vorträge und ein zusammenfassendes Gespräch sind auf Videoband aufgezeichnet und bei der Stelle für Altersarbeit erhältlich: „Zeit schenken und tauschen“, Departement Soziales, Winterthur.

„Not macht erfinderisch.“ Mit diesem Ausspruch eröffnete der Winterthurer Stadtrat Ernst Wohlwend Ende Januar 1995 eine Tagung zum Thema „Sozialzeit“. Auf Einladung des Sozialdepartementes debatierten 150 Fachleute über konkrete Praxisbeispiele in der Schweiz und im süddeutschen Raum.¹⁷³ Ich greife einzelne auf.

In Zug hat die Pro Senectute ein Nachbarschaftshilfe-Projekt initiiert. Das Prinzip ist einfach: Zunächst wurde eine Vereinigung gegründet. Beitreten kann, wer will. Die freiwillige Einschreibegebühr beträgt zwanzig Franken. Jedes Mitglied verrichtet soziale Arbeiten und erhält dafür Zeitgutschriften. Diese lassen sich bei Bedarf einlösen. Die Angebote sind vielfältig. Sie beinhalten leichte Hausarbeiten, Besuchs- und Fahrdienste, administrative Arbeiten, Beratungen, Kinderbetreuung sowie Nachtwache. Gegen ein Entgelt können auch Nicht-Mitglieder Leistungen beanspruchen. Die Pro Senectute stellt die Infrastruktur zur Verfügung und garantiert die Kontinuität, wie die Leiterin des Haushilfedienstes, in Winterthur berichtete.

In Baden-Württemberg bestehen laut Johannes Pflüger, dem ehemaligen Bürgermeister von Steinen, bereits zwölf SeniorInnen-Genossenschaften mit teilweise ähnlicher Zielsetzung. So ist in Eigenarbeit aus alter Bausubstanz eine Begegnungsstätte entstanden. Mit „zugehender Beratung“ gehen rüstige Alte auf andere zu, die hinter verschlossenen Türen vereinsamen. Bewährt hat sich die selbstorganisierte Tagesbegleitung, die ohne lange Wartezeiten funktioniert. Für die Zeitgutschrift, die eine fünfzigjährige Frau für einen Tageseinsatz bekommt, kann ihre Schwiegermutter während der ganzen Woche in der Gemeinschaft weilen.¹⁷⁴

„Solidarisch mit Angehörigen“ heisst ein Gemeinschaftsprojekt im Landkreis Esslingen. Es dient dem Austausch unter Pflegenden. „Ich habe es nicht als Krankheit empfunden, sondern als ob meine Ehe nicht mehr funktioniert“, erklärt Frau H. Die Selbsthilfegruppe hilft ihr, die dementiellen

Syndrome ihres Mannes anders zu verstehen. „Pflegende Menschen wachsen über sich hinaus mit der Gefahr, sich zu überfordern und zu schädigen“, deutet die Psychologin Irene Steiner-Himmel. Wer sich in einen Kreis von Gleichen eingebunden weiss, muss keine „Hornhaut auf der Seele“ wachsen lassen.

Dass die Altersarbeit am Anfang von Sozialzeit-Projekten steht, erstaunt Richard Züsli von der Winterthurer Stelle für Altersarbeit nicht. Wichtig ist es, die Arbeit im Hintergrund sichtbar zu machen und auf weitere Gebiete auszudehnen. Ein „Talent-Experiment“ koordiniert der Unternehmer Peter Christen. Anstelle des üblichen Geldkreislaufes ist ein Tausch vorgesehen, der die verschiedensten Güter und Dienstleistungen umfasst. Blumen lassen sich gegen ein Horoskop oder Zwiebeln erwerben. Mit eigener Währung wird über ein Zentralkonto abgerechnet, das sich auch überziehen lässt. Die Informationen über Angebot und Nachfrage finden sich in der „Talent-Zeitung“. Ein lokales Tauschhandelssystem „LETS“ (Lokal Exchange Trading System), das bereits vor zehn Jahren in Kanada und England entwickelt wurde (s. Kap. 4.4), besteht neuerdings auch in Genf. Arbeitslose haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, listen ihre eigenen Angebote, Fähigkeiten und Nachfragen auf und tauschen diese aus. Die Verrechnung vollzieht sich über Kreditkarten mit eigener Währung und über ein zentrales, zinsfreies Zeitkonto.

„Ich habe von all den Genossenschaftsprojekten mehr gelernt als von der jahrelangen Altersdebatte in der Verwaltung“, stellte Konrad Hummel vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Baden-Württemberg) an der Winterthurer Tagung fest. Zu den grössten Gewinnen gehört eine neue Verbindlichkeit. Die einfachen Tauschsysteme bieten mehr Anreize für neue Werte. In der Genossenschaft engagieren sich alle Mitglieder enorm. Diese Projekte dürfen allerdings nicht dazu missbraucht werden, die soziale Sicherung zu privatisieren und zu unterlaufen. Kürzungen an den bestehenden Versicherungen sind unakzeptabel. Die Abnahme familiärer Bande und die Zunahme der Einzelzelung erfordern neue Formen der Hilfe. Dies in Ergänzung und nicht als Ersatz zum Vorhandenen. Statt vom Schreibtisch aus neue Stellen zu planen, gilt es, innovative Wissensbörsen anzuregen und den alten Tante-Emma-Laden zu verteidigen.

Damit sich möglichst alle Menschen Sozialzeit leisten können, plädierte Monica Budowski, Autorin des Buches „Bezahlte Laienhilfe und freiwillige Nachbarschaftshilfe“, für eine andere Verteilung und Bewertung der Er-

173 Zum Hintergrund dieser Tagung: Der seinerzeitige Gewerkschaftssekretär Hans-Jakob Mosimann (VPOD) reichte im Winterthurer Stadtparlament eine Motion ein. Sie verlangte finanzielle Beiträge an daheim Pflegende, wie sie beispielsweise im Kanton Basel-Stadt bereits Usus sind. Auf Antrag des Gemeinderates, der lieber die Nachbarschaftshilfe fördern will, wurde der Vorschlag abgelehnt. Angenommen wurde hingegen ein „Postulat Tobler“. Es regt die Prüfung verschiedener Sozialzeit-Modelle an.

174 Helga Solinger (1996:7ff.) diskutiert das Beispiel der „Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften“ in Baden-Württemberg weiter.

werbs- und Hausarbeit.¹⁷⁵ Eberhard Ulich, Professor für Arbeitspsychologie an der ETH Zürich, hielt dafür, einen Sozialdienst für alle Jugendlichen einzuführen. Andere VotantInnen machten geltend, dass eine erzwungene Sozialzeit die Arbeitsqualität mindert. Ein Kompromissvorschlag tendiert auf ein verbindliches Minimum und auf attraktive Anreize. Denkbar wäre ein Bonus-Malus-System, das bestimmte Leistungen nur für jene vorsieht, die einen zusätzlichen Beitrag erbringen. Was die mögliche Ausgestaltung betrifft, gibt es noch viele Fragen bezüglich der Anrechnung, Gültigkeit und Übertragbarkeit.

Salomon Biderbost (1997:12) betrachtet die Sozialzeit als Chance für eine neue Bewertung der Zeit und der sinnlichen Wahrnehmung.¹⁷⁶ Er illustriert das an zwei Beispielen:

Der Sozialdienst der Zürcher Justiz hat einen Freiwilligendienst für die Betreuung von Straffälligen aufgebaut. Zu den Prinzipien gehören eine sorgfältige Vorbereitung, Spesenentschädigung, Einsatzbestätigung, Praxisbegleitung, Auflistung der Freiwilligenarbeit im Jahresbericht, Weiterbildung für Freiwillige. 150 Freiwillige arbeiten mit. Davon sind zwei Drittel Frauen. Sie betreuen 300 Straffällige und nehmen an vierzehntäglichen Besprechungen teil. Die Spesen werden vergütet, die Versicherungen geregelt. Auf Wunsch werden auch Referenzen erstellt. Der Kantonsrat hat aber einen Steuerabzug für Freiwilligenarbeit abgelehnt.¹⁷⁷

Ein zweites Beispiel ist die „Sozialzeit in der Schule“. (Biderbost 1997:55) Zum einen sollen die Schüler/innen selbst während bestimmten Zeiten ei-

nen Sozialdienst leisten, um so ein Verständnis für soziale Verpflichtungen zu entwickeln und den Blick für die Bedürfnisse von Menschen zu schärfen, die nicht auf Rosen gebettet sind. Die Sozialzeit kann als Besuch von Betagten, als Betreuung kleiner Kinder oder auch in der Landwirtschaft und in der Freizeitgestaltung „absolviert“ werden. Zum andern sollen Pensionierte ihrerseits in der Schule ihr berufliches Wissen einbringen, Nachhilfedienste anbieten oder einen Mittagstisch organisieren.¹⁷⁸

Wichtig ist, dass die Sozialzeit-Konzeptionen keine Qualitätsstandards aushöhlen. Das zeigen Erfahrungen mit den spitalexternen Diensten. Wo professionelle Arbeit durch freiwillige ersetzt wird, besteht die Gefahr, dass nur bestimmte Bedürfnisse abgedeckt werden. Das verfestigt einseitige Abhängigkeiten. Zufallsstrukturen entstehen, wenn auf Kontinuität kein Verlass ist. Das mindert die Leistungsqualität und Selbständigkeit, was wiederum die Kosten erhöht. Daher muss die gewiss vielversprechende Konzeption Sozialzeit reiflich bedacht werden.

Was den „Pflegenotstand“ betrifft, mit dem die Sozialzeit oft begründet wird, hat die Basler Ärztin Daniela Schlettwein-Gsell vorliegende Berechnungen schon verschiedentlich in Zweifel gezogen.¹⁷⁹ So hat sich beispielsweise herausgestellt, dass schwere Verhaltensstörungen gehäuft bei Menschen auftreten, welche in ihren Familien sehr dominant waren. Dieser autoritäre Typus verschwindet aber allmählich. Zudem ändert sich das Rollenverhalten. Wer gewohnt ist, häusliche Arbeiten zu verrichten und soziale Fertigkeiten zu pflegen, weiss auch im Alter mehr mit sich anzufangen. Sozialwissenschaftler Pierre Gilliard (1997:20), Professor in Lausanne, drängt darauf, die Pflegeberufe aufzuwerten und Lücken professionell zu schliessen.

Neben der Erwerbszeit und der Freizeit ist mit Sozialzeit also eine dritte Zeitkategorie gemeint, die dazu dient, gesellschaftlich nützliche Arbeit organisiert zu erledigen. Sie beinhaltet auch einen systemkritischen Ansatz. Die einen wollen mit der Sozialzeit sozialstaatliche Anstrengungen ersetzen, andere wollen diese bloss ergänzen. Wieder andere betrachten die Sozialzeit als Chance für eine ökosoziale Umgestaltung der Gesellschaft. Jedenfalls

175 Monica Budowski (1995) hat mit Waltraud Schmied Mattanza auch eine Studie über quartierbezogene Dienste verfasst.

176 „Ich kann mir nicht vorstellen, dass Politiker den todbringenden Verkehr so rücksichtslos fördern würden, wenn sie ihre Kinder selbst in den Kindergarten und in die Schule brächten.“ (Biderbost 1997:13)

177 Engagierte Frauen gründeten bereits 1839 den „Zürcher Gefängnisverein“. 1871 führte das Zürcher Strafgesetz die bedingte Entlassung ein. Da nicht alle Aufgaben für Freiwillige geeignet waren, wurden sie teilweise professionalisiert. Dies insbesondere, nachdem 1941 das Schweizer Strafgesetzbuch eine Erweiterung der Betreuungsaufgaben vorgesehen hatte, welche die Kräfte der Freiwilligen bei weitem überstieg. So wurde 1948 die staatliche Schutzaufsicht geschaffen, die aber an Grenzen stiess. Deshalb entstand 1980 beim Sozialdienst der Justiz die Stelle für den Neuaufbau der Freiwilligenarbeit. 1991 arbeitete sie mit 147 Freiwilligen zusammen. (Biderbost 1997:39)

178 Auffallend ist, dass Pensionierte, die sich vor der Pensionierung nur selten sozial engagierten, kaum für eine Freiwilligentätigkeit zu haben sind (Biderbost 1997:56).

179 Die Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991:348) bezieht sich u.a. auf Abelin/Schlettwein-Gsell (1986).

dynamisiert die Kontroverse die sozialpolitisch relevante Debatte über Subsidiarität und Solidarität. Meines Erachtens beinhaltet die Sozialzeit die Chance, mit einer entsprechenden sozialen Infrastruktur das persönliche Engagement besser zu verteilen und erheblich zu steigern. Die Sozialzeit ermöglicht vielen Menschen einen vertieften Einblick in den sozialen Bereich. Diese sinnliche Erfahrung halte ich für eine grosse Hoffnung. Sie fördert das zwischenmenschliche Verständnis. Ich komme im Kapitel 7.3.3 darauf zurück. Wichtig sind auch Verbindungsstrukturen, welche die vielfältigen Ansätze der Selbsthilfe und Selbstorganisation miteinander vernetzen.

4.7 Netzwerke

Es gibt zahlreiche Versuche, basisorientierte und zivilgesellschaftliche Ansätze miteinander zu verknüpfen. Fast prophetisch war nach Paul Trappe (1997:258) die Einschätzung von Norbert Elias, „dass über zunehmende Vernetzung, Funktionsketten, Verflechtung die sozialen Beziehungen über die Grenzen des Nationalstaates und ehemaliger verfestigter sozialer Schichten und Klassen hinweg wirksam würden“. Dazu ein paar praxisbezogene Überlegungen. Sie beziehen sich auf örtliche sowie überregionale Anstrengungen, die im Zeitalter der Globalisierung an Bedeutung gewinnen.

Ein „Netzwerk“ besteht zunächst aus einer Menge von AkteurInnen, die untereinander durch Beziehungen verbunden sind. Das können Individuen, Haushalte, Familien, Zweckverbände, andere soziale Gruppen, lokale oder regionale Einheiten sein. (Thomas Schweizer 1989:1) Soziale Netzwerke sind spezifische Webmuster alltäglicher sozialer Beziehungen. (Heiner Keupp und Bernd Röhrle 1987:7ff.) Die Auflösung traditioneller Lebenskontexte und vorgezeichneter Lebensweisen verändern und erschweren bestehende Beziehungen. Die veränderte Qualität sozialer Beziehungen schafft aber Raum für die Erprobung neuer Lebensformen. Im Kontext der ökosozialen Bewegung taucht vermehrt die Idee der kleinen sozialen Netze auf. Gefragt sind Ansätze für eine neue soziokulturelle Praxis. In ihr lassen sich die Wünsche nach Nähe, solidarischen Beziehungen, Überschaubarkeit und Unmittelbarkeit realisieren. Die Netzwerkforschung untersucht die Beziehungen verschiedener Alltagswelten. Sie fragt, wie eine Sozialpolitik ausgestaltet sein muss, damit sie identitätsstiftende Prozesse ermöglicht und tragfähige Netze fördert statt überlastet. Netzwerke beinhalten vielfältige Verzweigungsmöglichkeiten, die beispielsweise in Primärgruppen weniger bestehen. Auch

lose und schwache soziale Verbindungen können selektiv höchst wirksam sein. (Rogers 1992) Die Netzwerkanalyse eignet sich, das „soziale Kapital“ im Sinne Pierre Bourdieus (1983:183ff.) zu fassen.

Den Kern des alternativen Milieus bilden die selbstorganisierten Projekte. Sie versuchen, durch veränderte Formen des Arbeitens und Zusammenlebens alternative Wertvorstellungen unmittelbar umzusetzen. (Brand 1982:181) Das geschieht in Handwerks- und Dienstleistungsprojekten, Schreinereien, Buchläden, Begegnungsstätten, pädagogischen Initiativen, Zeitungs- und Verlagsprojekten, Therapie-, Frauen und Männergruppen. Die Vernetzung einzelner Ansätze zu einer sozialen Infrastruktur gegenkultureller Lebenszusammenhänge verankert die Alternativbewegung. Sie bündelt die vielen Versuche zu einer gemeinsamen Stosskraft. Dabei geht es um die Ausweitung von Freiräumen, teilweise auch um Gegenmacht.

Innovative Zukunftsentscheidungen gehen eher selten von den etablierten politischen Kreisen aus. (Klaus Burmeister et al. 1991:9) Bürger/innen-Initiativen und Selbsthilfegruppen entfalten in ihren Aktionen und Handlungsformen vielfach eine Innovationskraft. Sie verfügen über eine Kreativität, die in etablierten Institutionen oft fehlt. Wichtige Impulse ergeben sich aus der Verknüpfung der Basisaktivitäten. Die technische Vernetzung der Welt begünstigt die Verbindungsstrukturen. Die Netzwerke erhalten eine zunehmend globale Dimension.¹⁸⁰ Netzwerke sind Keimzellen neuer Kommunikations- und Organisationsformen. (Burmeister 1991:13) Sie streben eine möglichst enthierarchisierte Kooperation an.

Joseph Huber (1991:44ff.) unterscheidet zwei Netzwerk-Konzepte. Das eine geht auf die Organisationsforschung zurück, das andere – angelsächsisch inspiriert – auf die neuen sozialen Bewegungen. Das Paradigma ist interaktiv, kommunikativ und kooperativ. Der Hierarchie des sich stufenweise verzweigenden Baums steht die Heterarchie der Rückkoppelungsschleifen in einem polyzentrischen Geflecht entgegen. Unterschiedliche Netzwerke sind bei-

180 „Loggen Sie sich ein: Ungefähr 35 Millionen Nachbarn warten auf Sie“, schreibt „Die Zeit“ (Nr. 19, 2.5.1997) in einer „Netzwerk“-Kolumne auf der Titelseite zur Frage, ob das Internet die Entfremdung der Menschen vollende. Die Rede ist von einer Studentin, die alleine in einem Computerlabor in Helsinki (Finnland) einen Asthmaanfall erlitten und über Internet bzw. über Dallas (Texas) endlich Hilfe erhalten hat. Der so organisierte finnische Notfalldienst rettete sie vor dem Erstikungstod. NachbarInnen waren keine aufzutreiben.

spielsweise das „Transnational Network“ in den USA, das „Turning Point Network“ in Grossbritannien, das „National Women's Health Network“, „Karriere-Seilschaften“ oder „Learning Exchanges“. Die Netzwerke verbinden Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Die erwähnten Dienstleistungsbörsen verbreiten sich derzeit über den Alternativsektor hinaus. Sie ermöglichen den unentgeltlichen Austausch von Leistungen aller Art. Da wird etwa das Ausfüllen einer Steuererklärung gegen zwei Stunden Musikunterricht getauscht.¹⁸¹ Für die einen ist die Beteiligung eine bereichernde Spielerei, für andere eine existentielle Notwendigkeit.

Die „Netzwerk-Selbsthilfe“ fördert viele sozialarbeiterische und therapeutische Projekte. Sie zielen beispielsweise auf die Revitalisierung bedrohter Stadtviertel oder die Selbstorganisation psychisch Erkrankter ab. Die oben erwähnten organisatorischen Netzwerke funktionieren primär auf der Sachebene. Die Projekte der neuen sozialen Bewegungen betonen hingegen die emotionalen und prozessorientierten Inhalte. Sie sind ebenso wichtig wie die materiellen Interessen. Diese Erfahrungen macht sich auch die Wirtschaft immer mehr zu eigen. Ein Zusammenhalt konstituiert sich aus mechanischen und organischen Elementen. Die zunehmenden lokalen, regionalen und internationalen Netzwerke reagieren – vielversprechend – auf die (in den Kapiteln 3.1.2 und 3.1.4 dargestellten) Tendenzen der Individualisierung und Globalisierung.

4.8 Typologien

Paul Trappe (1990:296) hat Kriterien zusammengestellt, die für eine Gruppen-Typologie wichtig sind. Sie werden im Kapitel 5.3 weiter ausgeführt. Er zeigt auf, dass solche Versuche stets von beschränkter Reichweite sind. Formal nicht umreisbare Räume lassen sich nicht in den Griff nehmen. Das gilt ebenso für die Selbsthilfe und sozialen Bewegungen. Ich diskutiere hier Typologien, die das Verständnis verschiedener Formen der Selbstorganisation fördern. Sie ergänzen die in den Kapiteln 4.2 und 4.3 bereits vorgestellten Versuche.

¹⁸¹ Studierende der Höheren Fachschule im Sozialbereich (Daniel Butz et al. 1996) haben, von mir begleitet, in Basel so eine Dienstleistungsbörse aufgebaut, die nun vom Schweizer Roten Kreuz weiter betrieben wird.

Brand (1882:50ff.) hat eine Typologie zur Entstehung und Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen entwickelt. Er unterscheidet im wesentlichen zwischen den nur kurz ausgeführten zyklischen und den linear-evolutionären Ansätzen. Die zyklischen Ansätze werden von Linder (1987b) und Huber (1988/1991) weiter ausgeführt.¹⁸² Sie reagieren auf die im Kapitel 4.2 dargestellte Dominanz der Bürokratie. Diese verstärkt das Suchen nach Nischen, in denen anti-etatistische und antiindustrielle Protestbewegungen entstehen. Bei den linearen Ansätzen gibt es – nebst politisch-institutionellen Erklärungsversuchen – v.a. zwei Stränge der Begründung. Der eine bringt die sozialen Bewegungen mit den steigenden Ansprüchen („rising demands“) in Verbindung; der andere begreift sie als Reaktion auf verschärfte Problemlagen („need defence“).

Auf „rising demands“ (s. Kapitel 3.3) beziehen sich Theorien des Wertewandels (Inglehart), der sozialen Grenzen des Wachstums (Hirsch), der hedonistischen Ethik (Bell) sowie der staatlich produzierten Anspruchsdynamik (Klages). Die Letzteren werden derzeit im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über „New Public Management“ (NPM) thematisiert. Helmut Klages (1997:233ff.) interpretiert das wachsende Interesse an Politik nicht als Zeichen der Mündigkeit, sondern als Zeichen der Ungeduld von Bürger/innen.¹⁸³ Diese werden zunehmend als KundInnen behandelt und verhalten sich dementsprechend. Die passive Konsumhaltung begünstigt die Staatsverdrossenheit. Der Staat wird streng daran gemessen, wie gut er die Bedürfnisse der Bürger/innen befriedigt.

Auf die verschärften Problemlagen beziehen sich Theorien zu Gesellschaftswandel und Kulturkrise (Löwenthal), zur Krise der industriellen Zivilisation

¹⁸² Huber (1988:425) unterscheidet die langen Wellen nach den technischen Basisinnovationen, die für soziale Bewegungen konstituierend sind. 1. Mechanisierung der Textilindustrie und Ersatz von Holz durch Kohle und Eisen (1875-1880), 2. Aufkommen von Eisenbahn und Dampfschiffahrt (1850-1895); 3. Elektrifizierung und Chemisierung (1895-1935); 4. Massenmotorisierung und Ölzeitalter (ab Ende des Zweiten Weltkrieges); 5. Massencomputerisierung (ab achtziger Jahre).

¹⁸³ Klages (1997:241) geht ansonsten nicht davon aus, dass sich im grossen ganzen das Sozialklima verschlechtert hat. Er verweist auf ein hohes Mass an Nachbarschaftskontakten, Hilfsbereitschaft, Umweltbewusstsein und Toleranz. Die unbestreitbaren Fakten einer Mobilisierung der Anspruchshorizonte der Bevölkerung haben seiner Auffassung nach wenig mit dem (im Kap. 3.3 beschriebenen) Wertewandel zu tun. Klages stellt sich auf den Standpunkt, dass diese Mobilisierung nicht wegen, sondern trotz des Wertewandels und gegenläufig zu ihm stattgefunden hat.

(Raschke), zur Kolonisierung der Lebenswelt (Habermas), zur Gefährdung der personalen Identität (Horn/Breuer), zur Heterogenisierung sozialer Konflikte (Hirsch) sowie zum Ökosozialen Umbau (Gorz/Huber). Auf einzelne Ansätze komme ich später zurück. Was die Bange um die personale Identität betrifft: Norbert Elias hat die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft ausführlich beschrieben. Sie hat neben einem staatlichen Handlungsmonopol und psychischen Disziplinierungsapparat auch den handelnden Einzelsubjekten eine relative Autonomie gebracht. Die ökonomische Konzentration, politische Zentralisation, materielle Verrechtlichung und bürokratische Vermittlung unterlaufen jedoch die Bedingungen der personalen Identität. (Brand 1982:101) Je abstrakter die herrschenden Institutionen werden, desto hilfloser sind die KlientInnen. Das immer dichtere Netz polizeilicher Prävention verstärkt die psychische Verarmung. In Teilbereichen verstärkt es auch den verzweiferten Widerstand dagegen.

Zur Heterogenisierung sozialer Konflikte: Um den Gewinn zu sichern und die Verwertung zu verbessern, muss sich das Kapital im Weltmassstab stets neu orientieren und über quasi natürliche Engpässe hinwegsetzen. Das tangiert soziale und ökologische Grundlagen. Der Staat muss seine Anstrengungen erhöhen, um den Zusammenhang einer sich teilweise auflösenden Gesellschaft zu garantieren. Er transformiert zum integralen Sicherheitsstaat. Soziale Bewegungen formieren sich gegen dessen Auswüchse.

Was die theoretische Fundierung der keineswegs neuen Selbsthilfediskussion betrifft, sind recht unterschiedliche Ansätze feststellbar. Ein erster Strang befasst sich mit der Zukunft sozialer Arbeit. Mit Bezug auf „Die nachindustrielle Gesellschaft“ (Daniel Bell 1975) und die Expansion professionalisierter Dienste formulieren Bernhard Badura und Peter Gross „Sozialpolitische Perspektiven“ (1976). Darin bezeichnen sie die Selbsthilfe als sozialpolitische Perspektive einer Re-Laisierung und Bändigung der Kostenexplosion durch mehr Eigenverantwortung. Verschiedene Ansätze der sozialarbeiterischen Gemeinwesenarbeit bauen den Gedanken der politischen Partizipation aus. (Claus Reis 1985:13) Die aktive Beteiligung der Basis zielt auf eine weitgehende Dezentralisierung ab. Sie soll die gemeinwesenorientierte Sozialarbeit qualifizieren, die Zusammenarbeit mit professionellen ExpertInnen befruchten und die Effizienz staatlicher Steuerungsleistungen erhöhen. Um die Wirksamkeit sozialer Netze zu verbessern, plädieren Eckart Pankoke (1986:97) und Berthold Becher (1986:129) dafür, die KlientInnensysteme enger zu verflechten und auf eine weitgehende Selbstbestimmung und Selbstverwaltung möglichst aller Beteiligten abzustützen.

Mehr psychologisch und mikrosoziologisch orientiert ist ein zweiter Diskussionsstrang. Lukas M. Moeller (1978:203) nutzt die psychoanalytische Erforschung der Kleingruppen-Dynamik für Selbsthilfeinitiativen. Ohne die Bedeutung der ExpertInnen-Befragung in heiklen Phasen zu negieren, vertraut er im wesentlichen auf die Eigenkompetenz der Problembetroffenen. „Erfahren statt Geführtwerden“ lautet sein Motto.¹⁸⁴ Auch Alf Trojan und Christiane Deneke (1985:38) untersuchen die Ebene des Gruppengeschehens. Sie weisen auf erhebliche Selbsthilfe-Leistungen im Gesundheitsbereich hin, welche die sozialstaatlichen nicht ersetzen, aber ergänzen und teilweise korrigieren. (Reis 1985:14)

Joseph Huber (1987) und Vilmar/Runge (1986) vertreten einen systemkritischen Ansatz. Bestimmte Formen der Selbsthilfe diskutieren sie als Ausdruck einer neuen sozialen Bewegung, ja sogar als Ausdruck einer breiten Befreiungsbewegung. Sie verstehen diese Selbsthilfe auch als Moment und Modell einer Selbst- und Sozialveränderung. Projektarbeiten, Selbsthilfe- und Bürger/innen-Initiativen sind (Übungs-)Felder für neuartige politische Erfahrungen. Sie tragen dazu bei, globale ökologische und ökonomische Krisenerscheinungen des Wohlfahrtsstaates anzugehen. (Reis 1985:16) Kleinräumigkeit, Selbstbetroffenheit und Eigenkompetenz helfen, bürokratisierte und verrechtlichte Strukturen in Staat und Wirtschaft zu überwinden.

Die erwähnten Ansätze versuchen, das soziale Phänomen der Selbsthilfe in seinen empirischen und sozialpolitischen Dimensionen zu verorten. Eine vierte Gruppe zielt stärker auf die Erarbeitung eines allgemeinen Analyserahmens ab. Dieser soll es erlauben, die neuen sozialen Bewegungen im Kontext umfassender gesellschaftlicher Entwicklungen zu interpretieren. Dazu gehört Jürgen Habermas' Kritik an der „Kolonisierung der Lebenswelt“, die er im Rahmen seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981) entwickelt hat. Dieser Ansatz wird im Kapitel (5.10) über „Die Neue Unübersichtlichkeit“ (1985) ausgeführt. Die Dynamik der Moderne befreit das Individuum

184 Moeller (1978:84ff.) unterscheidet psychologisch-therapeutische Selbsthilfegruppen von medizinischen-, bewusstseinsverändernden-, lebensgestaltenden-, lern-, ausbildungs- und arbeitsorientierten Selbsthilfegruppen. Als weitere Kategorie zählt er auch Bürger/innen-Initiativen dazu, bei denen er (über die Gruppendynamik hinaus) v.a. auf die politische Bedeutung bzw. die Schlüsselstellung der Demokratisierung hinweist.

von Zwängen traditionaler gesellschaftlicher und kultureller Bedingungen. So entstehen neue Kapazitäten „produktiver Subjektivität“. Desintegration sowie der Verlust von Sicherheiten und sinnstiftenden Wertvorstellungen wirken jedoch hemmend. Sie führen zu weiteren Regulationsmechanismen, die sich wiederum von ihren Träger/innen, den Menschen, entfernen. Dadurch geraten Lebenswelt und System aus der Balance. Die abstrakte Rationalität systemischer Notwendigkeiten kolonisiert die Lebenswelt. Die Dysfunktionalitäten bedeuten Sinnverlust und existentielle Leere. Als Reaktion darauf entstehen (soziale) Bewegungen. Sie bringen den Widerstand der Lebenswelt zum Ausdruck.¹⁸⁵

Jürgen Plaschke (in: Senft 1990:24) unterscheidet fünf verschiedene Erscheinungsformen der Selbsthilfe im sozialen Dienstleistungssektor: Erstens die neoliberal-restaurative Form der individuellen Selbsthilfe. Sie funktioniert nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und befindet sich im Gegensatz zu wohlfahrtsstaatlichen Ideen. Zweitens der konservativ-stabilisierende, hilfreiche Beistand des Wohlfahrtsstaates und des intermediären Sektors. Er unterstützt primär die individuelle Selbsthilfe in traditionellen Familien und kleinen Gruppen. Drittens die kollektive Selbsthilfe als zweckrationale Handlung von benachteiligten Situationsgruppen und Risikogemeinschaften im Wohlfahrtsstaat. Sie zielt auf eine systemimmanente Verbesserung der Lebenslagen ab. Viertens die kollektiv-solidarische, soziale Aktion als emanzipatorische Problemlösungsstrategie. Sie versucht bei der Problembearbeitung die gesellschaftlichen, wohlfahrtsstaatlichen Bedingungs- und Wirkungszusammenhänge zu verändern. Fünftens die kollektiv-solidarische Selbstorganisation. Sie tritt in autonomen Kleingruppen und Netzwerken der Basisbewegung in Erscheinung. Die sozialromantisch-utopischen Lebens-

¹⁸⁵ Habermas (1973:9) geht schon früher darauf ein, wie „System und Lebenswelt“ verknüpft sind. Das Gesellschaftssystem versteht er als Ensemble untereinander und in sich differenzierter Subsysteme. Der soziale Wandel erscheint als komplexer, in vielen Teilen kontingenter Prozess. Einzelne Subsysteme wie der Markt oder der Staat mögen zwar über weite Strecken dominant sein, was aber nie zu monokausalen Erklärungen verleiten dürfe. Niklas Luhmann (1984:488) führt die komplizierten und krisenhaften Verhältnisse zwischen einzelnen Subsystemen weiter aus. Dabei stellt sich das Problem, dass vor lauter Komplexität die gesellschaftlichen Widersprüche kaum mehr sichtbar werden. Vielleicht ist die von Jürgen Habermas (1985) beschriebene „Neue Unübersichtlichkeit“ auch ein wenig das Problem kluger Systemtheoretiker, die sich beim Versuch, gesellschaftlicher Vielfalt gerecht zu werden, in teilweise schwer nachvollziehbarer Abstraktheit bewegen.

alternativen setzen bei der personalen Selbstveränderung an und schreiten zur sozialen Veränderung des bürokratischen, wachstumsorientierten Wohlfahrtsstaates fort.

Nach meinem Dafürhalten sind diese Typisierungsversuche eine hilfreiche Orientierung. Sie ermöglichen eine Annäherung an eine soziale Realität, die allerdings viel komplexer ist. Die Typen übersteigern einzelne Ausschnitte. Das führt zu Vereinfachungen. Die Abgrenzungen vernachlässigen die vielfältigen Überlappungen. Diese kommen beim Ansatz von Habermas zum Vorschein (Kap. 5.10). Die Betonung der Gemeinsamkeiten darf jedoch nicht über die teilweise grundverschiedenen Absichten hinwegtäuschen, die hinter einzelnen Typen der Selbsthilfe und sozialen Bewegung stehen.

4.9 Ordnungspolitische Bedeutung

Ich habe in den vorherigen Abschnitten auf konkrete Ansätze und Chancen von basisorientierten Ansätzen hingewiesen. Um zu einer realistischen ordnungspolitischen Orientierung zu gelangen, ist es auch nötig, deutlich auf die Grenzen hinzuweisen. Diese sind, wie im Kapitel 4.3.8 bereits ausgeführt, nicht absolut gesetzt. Sie hängen beispielsweise vom Stellenwert und vom Spielraum ab, der dem Sozialstaat zugebilligt wird.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Genossenschaften, sozialen Bewegungen sowie neuen Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation wurde bis gegen Ende der achtziger Jahre pointiert ordnungspolitisch diskutiert. Die einen beurteilten diese Ansätze als Wegbereiter eines demokratischen Sozialismus. Andere betrachteten sie als Beleg für das gute Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft. Neue Gesichtspunkte ergeben sich seit dem Fall der Berliner Mauer von 1989. Das Aufbrechen des Ost-West-Gegensatzes rückt die grosse Systemfrage etwas in den Hintergrund. Aktuell geblieben ist die alte Debatte über die Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen auf politische Prozesse.

Vilmar (1986:5) verwirft alte und neue Zusammenbruchstheorien. Schwere Erschütterungen und gesellschaftliche Krisen stärken eher die Gewaltherrschaft. Sie begünstigen nur selten den humanen Fortschritt. Die Konzeption einer sozialen Selbsthilfe strebt einen strukturellen, genossenschaftlichen Umbau der Gesellschaft an. Das Ziel ist die kontinuierliche Ausweitung der Demokratie.

Die Gemeinwirtschaft geht davon aus, dass in kapitalistischen Gesellschaften kein monistisches, sondern ein zumindest dualistisches Wirtschaftssystem existiert. (Stefan Kraetke 1987:174) In diesem besteht neben dem marktwirtschaftlichen Sektor ein mehr oder weniger ausgeprägter genossenschaftlicher. Dessen Gewichtung unterliegt konjunkturellen Schwankungen. Beywl und Brombach (1984:27) referieren die These, nach der wirtschaftlich orientierte Selbsthilfegruppen hauptsächlich während länger anhaltenden Depressionsphasen entstehen und durch die Auswirkungen von Kapitalmangel nach einigen Jahren wieder verschwinden.

Leo Kofler (1983:9) betont das Unvermögen der alternativen Bewegung, sich übergreifend zu organisieren. Günter Luetke (1985:252) verweist darauf, wie gerade diese Schwäche die Vereinnahmung der Selbsthilfeinitiativen durch staatliche Institutionen und bestandene Verbände vereinfacht. Friedrich Hegner (1986:324) warnt vor einer kontraproduktiven Ungeduld. Der gesellschaftliche Wandel erfordert vielfältige kleine Veränderungen im ökonomischen, politischen, soziokulturellen und sozialstrukturellen Bereich, die sich erst allmählich zu einer Gesamtrichtung verdichten.

Auf Schleichwegen seine Existenz sichern zu müssen, ist oft mit Stress und Überforderung verbunden. Viel Energie wird dazu gebraucht, das Nötigste zu wahren. Der technologische Fortschritt macht es möglich, auf Vollbeschäftigung zu verzichten. Dies vor allem dann, wenn eine „Reservearmee“ vorhanden ist, die dank ausgebauten Sozialleistungen halbwegs kaufkräftig ist, konsumiert und je nach Bedarf wieder mehr produziert. Aber wie soll sich der Staat gegenüber dieser „Jongliermasse“ verhalten? Soll er einfach die Folgekosten übernehmen oder aktiv auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt drängen? Wie bestimmend kann er zugunsten einer Vermenschlichung der Lebenswelt intervenieren, ohne die Bürger/innen zu bevormunden?

Das ordnungspolitische Problembewusstsein fand eine klassische Orientierung in Hegels rechtsphilosophischer Institutionenlehre der bürgerlichen Gesellschaft. (Pankoke 1986:117) Sie lehnte die ständische Bindung des Helfens an herrschaftliche und gemeinschaftliche Ordnungsgefüge ab. Hegel sah die Modernität durch umfassende Organisationsprinzipien bestimmt. Er betrachtete den öffentlichen Zustand für umso vollkommener, je weniger dem Individuum für sich („nach seiner besonderen Meinung mit dem, was auf allgemeine Weise veranstaltet sei“) zu tun übrigblieb. Der Sozialstaat sollte später diesen Anspruch über generalisierende Prozesse der Verwissenschaftlichung sozialer Fragen sowie der Verrechtlichung und der Verrechenbarkeit sozialer Ansprüche einlösen. Im „Subjektiven der Armut“

sah Hegel allerdings die Grenzen sozialstaatlicher Verallgemeinerung. Er plädierte deshalb für eine besondere Moralität des sozialen Engagements.

In der Selbsthilfe- und Genossenschaftsbewegung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gab es neben sozialistischen und christlichen auch starke liberale Strömungen. Gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts sieht Joseph Huber (1987:96) eine starke Prägung der Selbsthilfegruppen durch eine Synthese konservativer Vorstellungen eines Obrigkeitsstaates sowie sozialistisch orientierter Zuteilungs- und Planungskonzeptionen. So trägt auch das Verhältnis vieler Linksalternativen zum Staat Züge einer antiautoritären Hassliebe. Der eigenen Schwäche wegen müssen sie den „Stiefvater“ zwangsläufig einbeziehen. Das Motto lautet: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“. Die gegenseitige Ergänzung und Begrenzung scheint der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen.

Auf den „Phantomcharakter der vermeintlichen Koalition zwischen alternativen Sozialromantikern und staatlichen Sparkommissaren“ beziehen sich Wolfgang Beywl und Harmut Brombach (1984:16). Der von liberal-konservativen Kräften beschworene und von Gewerkschaften und Sozialdemokratie angeprangerte Konsens zwischen „grün und rechts“ erweist sich bei näherem Hinsehen als brüchig. Die einen verstehen die Vergemeinschaftung als Revitalisierung der klassischen Familie; die andern drängen auf neue Lebens- und Arbeitsformen. Konservative Kreise halten an der Trennung von nutzenmaximierendem Wirtschaftssubjekt und altruistischem Privatmensch (als Leitbild der Sozialpolitik) fest. Alternative sehen darin eine gefährliche Fiktion. Einzelne vertreten die Auffassung, dass das Kapital und der Staat die Lebenswelt einengen und nur noch eine radikale Umgestaltung das Menschliche retten kann.

Gegen eine Vergemeinschaftung sozialpolitischer Aufgaben wendet sich mehrheitlich die Sozialdemokratie. Seit Beginn der achtziger Jahre kommt sie allerdings verstärkt auf die Genossenschaftsbewegung zurück. Huber (1987:42) kritisiert diese Bestrebungen als rhetorische. Die Berliner Sektion der Sozialdemokratischen Partei hat 1984 ein Grundsatzpapier zur Sozialstaatsfrage verfasst. Sie wirft den Selbsthilfegruppen vor, die gesellschaftlichen Kernfragen zu ignorieren. Laut Vilmar (1986:9) hat die „utopische Impotenz der Arbeiter/innen-Bewegung“ wesentlich dazu beigetragen, den Durchbruch der seit dem Frühsozialismus konzipierten und versuchten Formen genossenschaftlicher Selbstorganisation zu verhindern. Anke Brunn (1986:175) plädiert dafür, die Sozialstaatsfrage anhand sozialdemokratischer Grundwerte neu zu überdenken. Meines Erachtens gilt es, den von Demontage bedrohten Sozialstaat zu verteidigen und teilweise umzubauen. Hierbei

kommen alten und neuen Formen der Selbstorganisation eine wichtige Bedeutung zu. Sie verkörpern ein zivilgesellschaftlich-demokratisches Prinzip, das die freiwillige Beteiligung der Basis und deren Zusammenhalt erhöht. Voraussetzung ist allerdings eine gute soziale, sozialstaatlich abgestützte Infrastruktur.

5. Theoretische Bezüge

5.1 Soziale Wesen

Das Bedürfnis nach Geborgenheit in der Gemeinschaft und Identität äussert sich in modernen Gesellschaften in der zunehmenden Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Das Bedürfnis nach Heimat zeigt sich aber auch in fundamentalistischen Strömungen sowie im Zulauf, den verschiedenartige Sekten verzeichnen. Übersteigerte Formen der Verbindlichkeit kontrastieren die anonyme Beliebtheit. Doch was macht den menschlichen Zusammenhalt überhaupt aus?¹⁸⁶ Ich stütze mich im folgenden sozialgeschichtlichen Exkurs zunächst stark auf Heiner Keupp (1995) ab. Er setzt sich mit sozialpsychologischen Ansätzen auseinander, welche die Entwicklung der sozialen Beziehungen im zwanzigsten Jahrhundert reflektieren und zu teilweise recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Ich skizziere verschiedene Positionen und führe später einzelne aus. Dass heute der soziale Kitt abbröckelt, beklagen viele Theoretiker/innen. Der kommunitaristische Diskurs (Kap. 5.9) geht vom Zerfall gemeinschaftlicher Bindungen aus. Ich halte es für möglich, dass eine neue Beziehungsfähigkeit entsteht. Dabei interessiert mich, wie öffentliche Dienstleistungen diesen Prozess fördern können.

Im Zeichen eines raschen sozialen Wandels ändert sich das Selbstverständnis der Verbundenheit. Da stellt sich die Frage, was das „Wir“ heute noch beinhaltet – das „Wir“ in der sogenannten „Ego-Gesellschaft“ (Spiegel 22/1994). Wenn Biographien zerfasern, drängt sich auch die Frage nach den Bedingungen der zuvor desinteressiert hingenommenen, sogenannten Normalbiographien auf. Heiner Keupp (1995:18) verfolgt die Spur, die den Menschen als soziales Wesen kennzeichnet. Er ortet einen wichtigen Einschnitt am Anfang des 20. Jahrhunderts. Es ist die Zeit, in der, u.a. durch Schriften von Georg Simmel (1858-1908) angeregt, die Sozialpsychologie als Disziplin entstand. Die grundsätzliche Auseinandersetzung über das „Ich und Wir“ ist allerdings schon ein paar Jahrhunderte älter. Erinnerung sei an die Kontroverse zwischen Aristoteles (450-388 v.Chr.) und Platon (427-347 v.Chr.) über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft geht. Platon beschreibt die Eigenart des Individuums weitgehend als eine Funk-

186 Mit dieser Frage setzen sich u.a. Anthony Giddens (1997) und Ulrich Beck (1997) auseinander. Ich komme darauf im Kapitel 5.11 zu sprechen.

tion des Staates. Bei Aristoteles ist die Gemeinschaft eine Funktion des Individuums. Hier zeigt sich bereits der heutige Gegensatz zwischen einem Gesellschaftsverständnis, das sich am Individuum oder am Staat bzw. an der Gemeinschaft orientiert.

Die griechische Philosophie behandelt den Menschen als ein Wesen unter anderen im Kosmos. Das späte Christentum rückt den Menschen mehr ins Zentrum. Weil dieser schwach und sündig ist, sieht Augustinus (354-430) eine strenge Führung vor. Staatliche und kirchliche Institutionen rivalisieren im Mittelalter um die Vormacht. Die Reformation vertraut stärker auf die freie Entfaltung des Individuums. Hier liegt die epochale Wende zur Moderne. Die Neuzeit bricht mit der Renaissance an. Sie macht den Mensch zum Subjekt. Die aufkommende bürgerliche Gesellschaft löst die hierarchisch-ständische ab. Die vertragliche Vereinbarung ersetzt den göttlichen Plan. Die menschliche Identität definiert sich unabhängig von der Stellung innerhalb eines starren Ordnungsgefüges. Damit ist aber das Machtgerangel nicht vorbei. Herrschaftsinteressen prägen auch die Neuzeit.

Ein unterschiedliches Verständnis vom Individuum drücken an der Schwelle zur Moderne Michel de Montaigne (1533-1592) und Descartes (1596-1650) aus. Montaigne schärft den Blick für das Alltägliche, Besondere und Sinnliche. Descartes setzt auf das Verallgemeinerbare, Logische und Intellektuelle. Nach Montaigne prägt die persönliche, konkrete Erfahrung die menschliche. Nach dem dominanteren Descartes stellt der Mensch aus dem Stoff der geistigen Erfahrung ein kognitives Bild der Welt her und denkt so gegen partikularistische religiöse Interessen an. Der Kognitivismus gibt dem bürgerlichen Individuum einen neuen Halt. Er ist nötig, um die eigenen Emotionen möglichst im Griff zu haben. Die menschliche Einstellung darf sich nicht von Gefühlen leiten lassen. Sie muss logisch, grundsatztreu und berechnend sein. Dieser Gedanke kennzeichnet die Moderne. (Keupp 1995:32) Aus der (geistigen) Freiheit erwachsen aber auch Konkurrenz und neue Verunsicherung. Deshalb sind nach Thomas Hobbes (1588-1679) die Vernünftigen dazu bereit, einen Teil ihrer natürlichen Rechte an einen starken Staat (Leviathan) abzugeben. Die Entwicklung des Individuums erfordert eine feste Einbindung.¹⁸⁷

187 Auf die Gesellschaft übertragen zeigen Analysen von Foucault und Norbert Elias, wie neue Vernunftsordnungen neue Irrationalismen hervorbringen und naturhafte menschliche Ausdrucksformen hinter die Kulissen verbannen. Max Weber beschreibt, wie eng das Subjektgehäuse ist, in dem sich der Geist des Kapitalismus entfaltet. (Keupp ebd.)

Das Bild vom selbstgenügsamen Individuum, das nur vergesellschaftet existiert, bestimmt auch die Vorstellungen im 18. und 19. Jahrhundert. Monologische Ansätze betrachten die Gesellschaft als Ansammlung einzelner Individuen. Völkerpsychologische Vorstellungen, die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommen, erklären die nationale und kulturelle Gemeinschaft als primäre Form des menschlichen Zusammenlebens. Sie berufen sich u.a. auf Johann Gottfried Herder (1744-1803). Er nimmt die Idee von Montesquieu (1689-1755) auf, nach der naturgegebene Umstände die Einzigartigkeit eines Volkes bestimmen. Jede Epoche hat ihren Zeitgeist und ihre spezifische individuelle Prägung. Vorläufer/innen der Sozialpsychologie knüpfen daran an und setzen sich vom individualistisch-monologischen Paradigma ab. Sie wenden sich mehr der Gesellschaft zu und betonen, ähnlich wie Karl Marx (1818-93), dass das menschliche Wesen „das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse“ ist.¹⁸⁸

Am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts beginnt Martin Buber (1878-1965) die Herausgabe einer vierzig Bände umfassenden Reihe. Der Titel lautet „Die Gesellschaft“. Er deutet bereits das sozialpsychologische Verständnis an, das Buber kennzeichnet. Subjektive Prozesse des Erlebens und Handelns sind stets aus ihrer soziohistorischen Spezifität zu begreifen. Das Soziale ist keine additive Verknüpfung individueller Prozesse. Die Herstellung von Normalität und Konformität gehört zu den zentralen Untersuchungsgegenständen. Das, was im Alltag selbstverständlich ist, wird gerade in der krisenhaften Erschütterung am ehesten sichtbar. (Keupp 1995:45/46) Die Erforschung psychosozialer Prozesse erfordert auch, wie im Kapitel 2.6 dargelegt, historisch-spezifische, qualitativ-hermeneutische Zugänge.

188 Schliesslich ist, wie Moritz Lazarus (1876, zit. nach Keupp 1995 ebd.) schreibt, „tatsächlich kein Mensch das, was er ist, rein aus sich geworden, sondern nur unter dem bestimmenden Einfluss der Gesellschaft, in der er lebt“ (sic.). Während die Völkerpsychologie zunehmend biologistisch und teilweise rassistisch umgedeutet wird, spaltet der Doppelcharakter des Menschen als Natur- und Kulturwesen die übrige Psychologie. Die experimentelle Ausrichtung versucht das Bewusstsein labormässig in nicht weiter aufteilbare Bestandteile zu zerlegen. Der in seinen Anfängen wenig beachtete kultur- und beziehungspsychologische Zweig nimmt die Frage auf, wie aus Empfindungen und Willensregungen das Soziale entsteht.

Georg Simmel betrachtet die seelische Beeinflussung durch das Vergesellschaftet-Sein als Gegenstand der Sozialpsychologie, die er von physiologischen und biologisch-spekulativen Ansätzen abgrenzt.¹⁸⁹ Der als konservativ geltende Sozialanthropologe Arnold Gehlen versteht den Menschen als Mangelwesen, das – im Gegensatz zu den Tieren – über keine instinktmässige Koordination seiner angeborenen Handlungsprogramme mit den Anforderungen der Umwelt verfügt.¹⁹⁰ Deshalb braucht es stabilisierende Weltdeutungen, generalisierbare Verhaltensvorschriften sowie Institutionen, die den individuellen Handlungsspielraum (beziehungsweise die riskante Welt-offenheit des Menschen) eindämmen. Auch progressive Sozialtheorien sehen den Menschen als instinktoffenes Lebewesen. Sie ziehen daraus aber andere Schlüsse. Alexander Mitscherlich sieht in der (Welt-)Offenheit das Potential für Reflexion und Selbstorganisation. Entsprechende Rahmenbedingungen sind nötig, damit die freiheitliche Entfaltung möglichst wenig behindert wird.¹⁹¹

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno rekurren auf den kulturpessimistischen Freud. Sie betonen den hohen Preis einer Fortschrittsoption. Gesellschaftliche Krisen deuten darauf hin, dass das Subjekt mit seinem normalen Sozialisationsgepäck ungenügend ausgerüstet ist. Dem Integrations- oder Synchronisationsmodell steht so ein Widerspruchsmodell entgegen, das die quasi natürliche Vereinbarkeit menschlicher Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Verhältnissen infrage stellt. (Keupp 1995:143) Freud will die

189 Der Kulturphilosoph Georg Simmel (1908 in: Keupp 1995:60-67) charakterisiert die Vergesellschaftung als einen qualitativen Wechsel vom Subjektivismus der Herrschaftsverhältnisse zu einer objektiven Formation und Fixierung gesellschaftlicher Werte und Herrschaftsstrukturen. Nicht mehr die Tradition, sondern die Rationalität wirkt nun als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. (Schmid 1988:11)

190 Richard Herzinger (1997:10) führt (u.a. am Beispiel von Wolfgang Schäuble) aus, wie heutige „Prediger des Gemeinnsinns“ sich auf diesen konservativen anthropologischen Ansatz abstützen, was meines Erachtens nur auf einzelne zutrifft.

191 Mitscherlich räumt der Bildung eine wichtige Koordinationsfunktion dieser Anstrengungen ein. Das Verstehenwollen steht für ihn im Zentrum aller humanen Aufgaben. Die Enkulturation wird als biographische Aufnahme von Techniken, Zielen und Normen einer Kultur verstanden. Talcott Parsons beschreibt sie als mehr oder weniger harmonischen Prozess. Er integriert die subjektiven Wünsche und Bedürfnisse in ein System gesellschaftlicher Rollen und Normen. Nicht ein angeborener Instinkt, sondern der Sozialisationsprozess führt zur Vergesellschaftung des Subjekts. (Keupp ebd.)

Menschen nicht besser sehen als sie sind. Die Kultureignung wird seiner Auffassung nach gegenüber dem primitiv gebliebenen Triebleben überschätzt. Nach Adorno bringt die Zivilisation auch das Antizivilisatorische hervor. Das Netz der Integration wird enger. Die Fesseln wollen gesprengt werden. Der radikale Ausbruch kann zur Desintegration führen. Er kann aber auch eine Autonomie stärken, die sich durch keine (totalitäre) Kollektivität vereinnahmen lässt.

Max Weber zeigte übrigens schon, wie aus dem asketischen Habitus ein neues Gehäuse der Hörigkeit entstehen kann. Gegen die Konzeption eines „homo clausus“ wendet sich Norbert Elias. Foucault veranschaulicht, wie Vernunft auch Unvernunft hervorbringt. Nach Erich Fromm produziert die Gesellschaft jene Sozialcharaktere, die sie braucht; nämlich Menschen, die sich mit der Macht identifizieren. Die Kleinfamilie dient als Sozialagentur. An ihr orientieren sich, wie Herbert Marcuse kritisiert, auch psychoanalytische Verfahren mit emanzipatorischem Anspruch.¹⁹²

Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht den Übergang vom traditionellen zum innengeleiteten Charakter. David Riesman (1958/1950), der sich auf Erich Fromm bezieht, stellt Mitte des 20. Jahrhunderts eine zunehmende Aussen-Lenkung fest. Sie verstärkt die Verunsicherung, aus der sie entsteht.

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verbreitet sich eine „Kultur des Narzissmus“. Von ihr war im Kapitel 3.1.2 die Rede. Sie kontrastiert – als Kehrseite derselben Medaille – kollektivistische Übermarchungen. Dazwischen liegt das Verständnis von einem Individuum mit einem starken Ich, das sozial eingebunden ist und gerne Verantwortung für sich und andere übernimmt. Was das heissen kann, wird im weiteren entwickelt. Es ist für den Zusammenhang zwischen der Subsidiarität und Solidarität bedeutend. Ich gehe zunächst vom Individuum aus, beziehe dann gruppenbezogene Aspekte ein und verknüpfe im Kapitel 5.4 den soeben skizzierten Überblick mit der Frage, ob sich im Verlaufe dieser Zeit eine Entwicklung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft feststellen lässt.

192 Diese Positionen sind hier stark verkürzt wiedergegeben. Sie werden bei Heiner Keupp (1995) im Rahmen seiner umfassenden historischen Betrachtung ausführlich diskutiert.

5.2 Menschenbild

Die Frage, ob der Mensch von Grund auf gut ist, beschäftigt die Wissenschaft seit Jahrhunderten. Sie lässt sich letztlich nicht beantworten. Auffallend ist, dass sich in der heutigen Zeit die Stimmen mehren, die wieder stärker den Wolfscharakter betonen, der im Menschen steckt und kräftige Ellenbogen erfordert.¹⁹³ Diese Sichtweise hängt mit den wirtschaftlichen Bedingungen zusammen. Sie sind auf Konkurrenz ausgerichtet und scheinen ein entsprechendes Menschenbild nahezulegen. Ich stelle hier einen andern Ansatz vor, der mich auch während meiner psychotherapeutischen Zusatzausbildung immer wieder beeindruckt hat. Er ist wesentlich von Carl Rogers geprägt, der sich – wie Amitai Etzioni (5.9) – stark an Martin Buber orientiert. Sein humanistisches Menschenbild eignet sich dazu, soziale Beziehungsformen besser zu verstehen.

Carl Rogers hat eine hohe Achtung vor den Menschen. Er betrachtet sie nicht als manipulierbare Behandlungs- oder Forschungsobjekte. Diese Haltung gehört meines Erachtens unabdingbar zu einer Wissenschafts- und Forschungsethik. Die postulierte Eigenständigkeit des sozial eingebundenen Menschen entspricht dem Anliegen, die Subsidiarität mit der Solidarität zu verknüpfen. Als eine der revolutionärsten Einsichten betrachtet Rogers (1992:99) die „wachsende Erkenntnis“, dass der innerste Kern der menschlichen Persönlichkeit von Natur aus gut ist. Er kontrastiert damit eine Sicht, die das menschliche Wesen als sündhaft und defizitär hinstellt. Rogers betont die permanent möglichen Reifungsprozesse. Der Mensch ist nie ein endgültiges Produkt. Er befindet sich stets im Werden.¹⁹⁴

193 Interessant ist, wie heute der Philosoph Peter Sloterdijk in seiner beissenden, aber nicht ätzenden Kulturkritik auf neuere kulturpessimistische Strömungen reagiert. In einem Vortrag, den er am 16.11.1996 an der Universität Bern hielt, mockierte er sich über die Verbreitung eines Menschenbildes, nach welchem schon jedes Kleinkind zwei riesige Eckzähne und ein dickes Fell haben müsste. Er versuchte auch aufzuzeigen, dass Entwicklungsprozesse weniger über eine Verschärfung der Konkurrenz, sondern vielmehr über eine Kultivierung der Zusammenarbeit gefördert werden. (nach eigenen Notizen)

194 Der Musiker und Philosoph John Cage bringt das postulierte prozesshafte Verständnis schön zum Ausdruck: „Mit der Zeit habe ich gelernt, auf mich aufzupassen. Es hat lange gedauert. Wahrscheinlich werde ich zum Zeitpunkt meines Todes in perfekter Verfassung sein.“ (WochenZeitung, Nr. 34, Zürich, 21.8.1992, S. 21)

Etwas irritierend mag Rogers Rekurs auf Soeren Kierkegaard wirken. Der dänische Philosoph postuliert die Suche nach dem „wahren Selbst“, das sich wie ein fester Kern weit unter der Oberfläche verbirgt. Rogers (1992:115) fragt „Wie kann ich Ich werden?“ und „Wer bin ich denn in Wirklichkeit?“ Er will sich nicht von etwas lenken lassen, von dem wir das Gefühl haben, was wir sein sollen. Er kritisiert eine fremdbestimmte Haltung, die sich vornehmlich an den Reaktionen der andern orientiert.¹⁹⁵ Schmid (1996:100) relativiert Rogers missverständliche Kierkegaard-Interpretation. Mit dem (wahren) Selbst ist nicht eine letzte Instanz gemeint, sondern ein Verhältnis zu sich selbst, das nur relational und prozesshaft besteht. Ich gewinne die existentielle Gewissheit, indem ich mich selber als eigenständiges Wesen wahrnehme.

Rogers (1986:106) postuliert für das therapeutische Schaffen beziehungsweise für das Gelingen zwischenmenschlicher Kommunikation drei Grundvariablen: die Kongruenz, die Empathie und die positive Wertschätzung.

Zur Kongruenz: Wer als Therapeut/in, Forscher/in, Wissenschaftler/in oder Gesprächspartner/in kongruent ist, begünstigt die Exploration des Gegenüber. Kongruent sein heisst, mit sich selber übereinstimmen; sich selbst sein, ohne Fassade. Eigene Gefühle müssen bewusst zugänglich und wahrnehmbar sein. Wenn ich akzeptierend auf das achte, was in mir selber vorgeht, dann laufe ich weniger Gefahr, Eigenes auf andere zu projizieren. Dann kann ich auch angstfreier das sein, was die Vielschichtigkeit der eigenen Gefühle ausmacht.¹⁹⁶

Ich selber verstehe unter Kongruenz eine Identität, die nicht das Deckungsgleiche mit einem scheinbar wahren Selbst oder mit etwas Vorgegebenem anstrebt. Identität findet vielmehr dort statt, wo Widersprüche zugelassen sind. Das bedeutet, dass die Kongruenz oder die Identität nicht etwas ist, das man ein für allemal hat. Sie ist kein fixer Zustand, sondern ein Erle-

195 Das führt Rogers (1992:166) auch in seiner Auseinandersetzung mit Morris' Wertdimensionen weiter aus. Er bekräftigt hier nochmals Kierkegaards „Selbst zu sein, das man in Wahrheit ist“, postuliert ein „Weg vom eigentlich sollte ich, vom Erfüllen kultureller Erwartungen...“ und betont später die Entwicklung zur Selbstbestimmung und zum Prozess-Sein, das nicht nach einem endgültigen Status strebt.

196 Rogers (1986:106) illustriert das am Beispiel der Langeweile. Wenn ich im Gespräch dieses Gefühl bei mir wahrnehme und ausdrücke, dann unterstelle ich meinem Gegenüber kaum, langweilig zu sein. Zur Kongruenz gehört damit die Bereitschaft zur Transparenz.

ben, das einem ständigen Wandel unterworfen und immer wieder neu anzustreben ist.¹⁹⁷

Zur Empathie: Wer empathisch ist, versteht die persönliche Welt des Gegenüber annäherungsweise so, als ob es die eigene wäre. Wer die Welt des andern von aussen analysiert und nach scheinbar generalisierbarem Raster bewertet, versteht sie nicht; er sieht sie bloss durch die eigene Brille. Wenn ich verstehe, was mein Gegenüber bewegt, ergeben sich meistens Handlungsansätze für beide. Das kann, über persönliche Beziehungen oder therapeutische Gespräche hinaus, auch bei einer motivationsorientierten Aktionsforschung wichtig sein, bei der es nicht darum geht, aktivistisch etwas zu bewegen.

Zur positiven Wertschätzung: Bei der positiven Wertschätzung mache ich die Akzeptanz einer Person nicht von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Gefühle der Bewertung behindern die Exploration, bedingungsfreie Wertschätzung begünstigt sie.¹⁹⁸

Die therapeutische Beziehung ist für Rogers (1992:50) nur ein besonderer Fall einer zwischenmenschlichen Beziehung. Das quasi Natürliche prägt auch das therapeutische Setting. Es ist auf beidseitiges Wohlbefinden ausgerichtet. Das gilt ebenfalls bei andern Gesprächsanlagen und gehört zum Menschenbild. Die „persönliche Note“ schafft Vertrauen. Sie muss echt sein und lässt sich nicht fabrizieren. Formell korrektes Verhalten mit streng distanzierter Freundlichkeit ermöglicht ebenso wenig eine zwischenmenschliche Beziehung wie die emotionale Überbetonung. Sie ist bloss die Kehrseite derselben Münze.¹⁹⁹ Das Akzeptieren ist für alle sozialen Beziehungen wich-

tig. Das Akzeptieren von Unabhängigkeit fördert die Exploration und den Wahrheitsgehalt. Ein unerschütterlich akzeptierendes Verhalten kann indes befremdlich und zwanghaft sein. Wenn ich per Dekret vertraue und wertschätze, dann unterdrücke ich Gefühle, die sich in meinem Ausdruck als Doppelbotschaften bemerkbar machen und den Gesprächsinhalt beeinflussen.

Wer versucht, andere Menschen ohne Festschreibungen anzunehmen, anerkennt auch das, was sie werden wollen. Rogers (1992:62-71) bezieht sich hier direkt auf Martin Buber. Der Begegnungsphilosoph hält dafür, sein Gegenüber nie als schon Diagnostiziertes oder einfach zu Klassifizierendes zu betrachten. Etiketten haben stets etwas Unzulängliches. Die persönliche Perspektive hängt davon ab, ob wir bereit sind, die Interaktion zwischen Menschen zu verstehen. Diese Formulierung mag, hier verkürzt wiedergegeben, zu absolut sein. Sie verdeutlicht aber, wie bedeutsam die Prozessdynamik für eine Kommunikation ist, die stets über die sachlogische Ebene hinausreicht.

Rogers (1986:113) strebt auch eine Demokratisierung aller Lebensbereiche an. Er behandelt vor allem in seinen späteren Jahren die Gruppe als Ort, wo Solidarität, Demokratie und Autonomie gelernt werden. Zentral ist für ihn die persönliche Erfahrung, die stets mehr als eine persönliche Erfahrung ist. Sie lässt sich auch „soziokulturell deutend verstehen“. Die zwischenmenschliche Beziehung ermöglicht ein (inneres) Erleben, das die Ausdrucksfähigkeit fördert, Entwicklungen freisetzt und das Wachstum begünstigt. Menschen, die bloss als Objekte behandelt werden, verhalten sich auch so. Das starke, individuelle Ich will möglichst autonom sein. Es bleibt aber stets sozial eingebunden. Diese Sicht impliziert ein Verständnis, das die Subsidiarität unabdingbar mit der Solidarität verknüpft.

Die psychophysische soziale Einheit Mensch ist, wie Manès Sperber (1978: 52) beschreibt, nur als ein Teil eines sehr differenzierten Ganzen verständlich, zu dem die gesamte historisch sich verändernde menschliche Gesellschaft gehört. „Diese ist es, die noch im Gehirn des Vereinsamtesten, der da wähnt, der Einzige zu sein, mitdenkt.“²⁰⁰

197 Heiner Keupp hat (in seinem Gastvortrag vom 16.11.96 an der Universität Bern) eine interessante Typologie von Identitätserzählungen entwickelt. Er unterscheidet das reflexiv-kommunitäre Selbst (Dialektik zwischen Autonomie und Bezogenheit) vom proteischen Selbst (mit beliebig multiplen Identitäten) und dem fundamentalistischen Selbst (mit ewigen Wahrheiten). Ich gehe im Kapitel (6.2.5) über die ambivalente Identität näher darauf ein.

198 Schlecht übertragen lässt sich m.E. das Bild, das Rogers (1986:109) für die Therapie verwendet. Er postuliert eine „Wertschätzung wie Eltern gegenüber dem Kind“. Nach meinem Empfinden besteht da eine Paternalismusgefahr. Von beschränkter Reichweite sind wohl die von Rogers beschriebenen Verfahren, welche mit Empathie-Skala oder Beziehungsfragebogen die positive Wertschätzung messen und deren Erfolg belegen.

199 Schmid (1996:155ff.) führt aus, welche Mythen die Settingfrage prägen.

200 Der bekannte Schriftsteller Manès Sperber hat als Psychologe ein umfassendes Werk über die Dynamik zwischen „Individuum und Gemeinschaft“ (1978) verfasst.

5.3 Gruppen

Die Gruppe hat eine überschaubare Grösse. Sie ist von einem Wir-Gefühl geprägt, das eine minimale Homogenität und eine gemeinsame Orientierung voraussetzt. (Günter Hartfiel 1972:247) Das beinhaltet die Möglichkeit des Wohlfühlens, der Sicherheit und der Identitätsstiftung. In der Gruppe steckt viel Potential für gemeinsames Handeln. Gruppen sind in der modernen Grossgesellschaft besonders wichtig. Sie erfüllen eine wichtige Sozialisationsfunktion.²⁰¹ Paul Trappe (1990:291ff.) diskutiert die wichtigsten Gruppentheorien. Er geht dabei auf Alexis de Tocqueville (1833), Ferdinand Tönnies (1887), Emile Durkheim (1893) und Max Weber (1910) zurück, der Forschungen dazu anregte, was zwischen den politisch organisierten oder anerkannten Gewalten und der „naturgewachsenen Gemeinschaft der Familie“ liegt. Cooley (1902) unterscheidet zwischen Primär- und Sekundärgruppen. Die Annahme, dass sich die sozialen Aktivitäten von den Primär- zu den Sekundärgruppen verlagern, ist weit verbreitet. Sie stützt sich u.a. auf die Zunahme der Sekundärgruppen ab, bedeutet aber keinen zwangsläufigen Rückgang der Primärgruppen. Menschen halten sich stets in mehreren Gruppen auf.²⁰² Die sozialen Kreise überschneiden sich.

Paul Trappe (1976:V) weist auf differenzierte Gruppenprozesse hin, die sich in industrialisierten Grossgesellschaften vollziehen. Die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts ist wesentlich „durch das Aufkommen eines Gruppenpluralismus im Rahmen der Nationalstaaten gekennzeichnet“ (Trappe 1997:254). Vereine geben dem Individuum die Möglichkeit der sozialen und politischen Partizipation. Die Gruppe ist ein Ort, an dem Menschen die Kunst der Begegnung lernen. Sie ist ein Lernort für Solidarität und Autonomie. (Schmid 1994:503) In der Balance zwischen Solidarität und Autonomie besteht die eigentliche Kreativität der Gruppe. Sie ist das „Haus“ (Buber), von

dem aus der einzelne das Wagnis des Lebens eingehen kann. Die Mitgliedschaft in der Gruppe bedeutet aber noch keine Wesensrelation zwischen einem Mitglied und dem andern. (Martin Buber 1985:292) In Gruppen besteht die Tendenz, das persönliche Beziehungsnetz zugunsten des kollektiven Elements zu vernachlässigen. Das kollektive Miteinander hält die Neigung zum personenhaften Zueinander in Schranken. Die in der Gruppe Verbundenen sind dem Werk der Gruppe zugekehrt. Sie wenden sich, soweit von der Gruppe toleriert, nur in sekundären Begegnungen den persönlichen BeziehungspartnerInnen zu.²⁰³

Carl Rogers betrachtet die Gruppe als die vermutlich potenteste soziale Erfahrung des 20. Jahrhunderts. Als soziales Lebensfeld verbindet die Gruppe nicht nur Menschen mit Menschen (Schmid 1996:15). Sie weist auch über sich hinaus auf das grössere Gemeinwesen hin. Die Gruppe ist als Zwischeninstanz eine wichtige Schnittstelle zwischen Individuum und Gesellschaft.²⁰⁴ Was sich in der Gruppe vollzieht, ist meistens auch gesellschaftlich bedeutsam. Der Bereich der persönlichen Beziehungen ist eine „Arena potentieller Demokratisierung“ (Giddens 1997:183). Ich halte eine Gruppe, in der sich alle einbringen können, als wichtigen Lernort für demokratisches Verhalten. Das zeigen beispielsweise die Erfahrungen, die sozial Benachteiligte in Selbsthilfegruppen machen (Kap. 4.3.3). Die Rückenstärkung hilft ihnen, sich generell mehr für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Darüberhinaus kann die Gruppe eine „lebendige Zelle“ für eine Entwicklung von unten sein. Ich gehe im Folgenden auf Voraussetzungen ein, die nötig sind, damit Gruppen diese Funktion erfüllen.

201 Dieser Aspekt wird bei Jachen Curdin Nett (1990:235ff.) ausgeführt, der sich mit der Bedeutung informeller Gruppen befasst und eine Uebersicht über die Kleingruppenforschung gibt.

202 Nach Günter Hartfiel (1972:247) hat Cooleys Unterscheidung von Primär-Gruppen und Sekundär-Gruppen nach wie vor eine zentrale Bedeutung. Als Reaktion auf die Rationalisierung, Bürokratisierung und Normierung der gesellschaftlichen Strukturen entstehen auch spontane Gruppen. Diese Entwicklung findet Eingang in die Unterscheidung von formalen, durch organisatorische Planung und Strukturierung gebildeten Gruppen und informellen Gruppen.

203 Buber (1985:295) unterscheidet zwischen Sozialem und Zwischenmenschlichem. Er untersucht die Doppeldeutigkeit des Begriffs „Beziehung“. Das „wesenhafte Wir“ ist für ihn eine Art Wirklichkeit im Zwischenraum der Gegensätze Individualismus und Kollektivismus. (Schapira 1985:442)

204 Ein Afrikanisches Sprichwort sagt: „Ich bin, weil wir sind. Wir sind, weil ich bin“. Kurt Lewin betont in seiner Gruppentheorie ebenfalls die wechselseitige Abhängigkeit von individuellen und sozialen Prozessen. Im Unterschied zu afrikanischen Vorstellungen nimmt er keine Gruppenseele an. Wichtig ist bei ihm der Gesichtspunkt, dass das Ganze mehr ist als die Summe der einzelnen Teile. (Schmid 1996:48)

5.4 Gemeinschaft und Gesellschaft

Die Gemeinschaft ist im Unterschied zur Gesellschaft und zur Masse der Inbegriff derjenigen sozialen Lebensformen, in denen die innere, seelische Verbundenheit der Gruppenmitglieder das Wesen bildet. (Bülow in: Wilhelm Bernsdorf 1976:275) Ferdinand Tönnies (1855-1936), Mitbegründer der deutschen Soziologie, glaubte gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine historische Abfolge von der als ursprünglich charakterisierten Gemeinschaft zur anonymen Gesellschaft zu erkennen, die unumkehrbar ist.²⁰⁵ Diese Auffassung, wiewohl häufig kritisiert, hält sich teilweise bis heute und erhält neue Aktualität. Die Vielfalt sozialer Gebilde lässt sich aber niemals auf diese beiden Begriffe reduzieren. (Günter Hartfiel 1972:217) Ronald Wiegand (1986:7ff.) ist sich dessen bewusst. Er problematisiert verschiedene Formen der Geborgenheit und popularisiert dabei das Begriffspaar Gemeinschaft und Gesellschaft. Ich stütze mich zunächst auf ihn ab.

Die personale Gemeinschaft steht (laut Wiegand ebd.) in natürlicher Spannung zur Idee der demokratischen Öffentlichkeit: In Zeiten wirtschaftlicher Belastung und politischer Krisen hat die Sehnsucht nach Gemeinschaft Hochkonjunktur. Sie preist die Werte der Familie und der väterlichen Autorität gegen die Unordnung der Welt. Scheinbar progressiv erhebt sich demgegenüber die Forderung, die „neurotisierende Kleinfamilie und kapitalistische Dschungelwelt“ durch Gemeinschaften zu bekämpfen, welche die Prinzipien gegenseitiger Hilfe hochhalten. Dies möglichst mit Bezug auf das Natürliche im Tierreich, die „brüderliche Solidarität“ und emotionale Echtheit (Authentizität). Weder die eine, noch die andere Empfehlung taugt. In grossflächigen Gesellschaften treten unvermeidbar Fremdheiten und Disparitäten auf. Sie lassen sich durch keinen Rückzug bewältigen. Es gibt Kosten einer Entfremdung, welche die Menschen aus guten Gründen hinnehmen sollten. Die demokratische Öffnung ist keineswegs widerspruchsfrei, aber hilfreich. Ihr Verbindlichkeit nimmt alle Mitglieder einer Gesellschaft in Pflicht.

205 Laut Micha Brumlik und Hauke Brunkhorst (1993:10) hatte Tönnies zwar Abwehrreflexe gegen das moderne Grossstadtleben. Er war aber auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und teilte wesentliche staatspolitische Auffassung von Hobbes. Tönnies trat, wie auch der Kritiker Rehberg (1993:26) attestiert, „entschieden für sozialpolitische Reformen und die Entwicklung einer sozialen Demokratie ein“. Gleichwohl war sein Denken modernitätsskeptisch. Die allzu dichotomische Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft wurde zur Begründung volksgemeinschaftlicher Positionen missbraucht, die Tönnies nicht teilte.

Wann immer das grossflächige Netz höherer Zivilisation zerreisst, sinkt die Gesellschaft in ein dunkles Zeitalter zurück. (Wiegand ebd.) Die gegenseitige Feindschaft kleiner Gruppen stellt dann die Bedingungen ihres inneren Zusammenhaltes dar. Max Weber beschreibt den Untergang der antiken Kultur und den Rückzug auf die Gruppenwirtschaft des Mittelalters als Schrumpfungsvorgang. Das Mittelalter fand seinen geistigen Niederschlag auch in der Lehre von der christlichen und familiären Gemeinschaft mit dem „guten Vater im Himmel“. Mit seiner Revolution der Astronomie leitete Kopernikus den Aufbruch in eine neuzeitliche Form gesellschaftlicher Selbstbehauptung ein. Gut ein Jahrhundert später wagte der französische Naturwissenschaftler und Philosoph René Descartes (1596-1650) zu denken, dass der Welt ein hintergründiger Gemeinschaftscharakter fehlt, der die einzelnen vor dem Verlorenen schützt. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) nahm später eine zeitlich unbegrenzte und damit grundsätzlich unvollendete Welt an. Als positive Wissenschaft sollte die Soziologie dem rationalen Planen und Handeln dienen. Dafür plädierte der Mitbegründer Auguste Comte (1798-1857). Der Übergang von der jenseitsgläubigen Gemeinschaftsideologie des Mittelalters zur diesseitsorientierten Vertragsperspektive neuzeitlicher Gesellschaft war indes kein einheitlicher Entwicklungsprozess. Von Anbeginn begleiteten ihn Stimmen und Bewegungen, die das alte Regime personenzentrierter Gemeinschaften gegen die unpersönliche Sachlichkeit geldwirtschaftlicher Beziehungen verteidigten. (Ronald Wiegand 1986:15)

Friedrich Nietzsche (1844-1900) gilt als ein „Gesellschaftsverneiner“. Er legte sich mit der Aufklärungsphilosophie an und trat für eine starke „Führerpersönlichkeit“ ein. Nach dem ersten Weltkrieg verstärkten sich in Deutschland aus der Verliererposition heraus Zweifel am westeuropäischen Fortschrittsglauben. Bündische Zusammenschlüsse entstanden. Sie kritisierten die Zweckrationalität. Unter Jugendlichen verbreitete sich die Sehnsucht nach einem „Wir-Erlebnis“. Die entstandenen Gemeinschaften verlangten die Hingabe der einzelnen. Führungspositionen wurden – wie bei traditionellen Gesellschaften – nicht auf der Grundlage vergleichbarer Leistungskriterien besetzt. Wer sich durch Charisma auszeichnete, hatte gute Chancen. Hitler schien vorhandene Erlösungshoffnungen zu erfüllen.²⁰⁶

206 Heute versucht die neue Rechte im Rückgriff auf Stammeswesen und archaische Ritualität eine alte Heimat zu begründen. Gegen Massengesellschaft und kulturelle Einebnung will sie zu den „Ursprüngen“ zurück. Die natürliche Autorität in der Gemeinschaft wird zum ontologischen Hang zu Hierarchie und Führerschaft umgedeutet. (Schmid 1994:375)

Das Prinzip Gemeinschaft ist nach den traurigen Erfahrungen mit dem Faschismus einfach zu kritisieren. Es lässt sich gewiss nicht auf ganze Bevölkerungen anwenden. Seit Jahrhunderten erweisen sich einzelne Gemeinschaften und Verwandtschaftsgruppen zwar als wirksames Organisationsprinzip. Doch in grossflächigen Gesellschaften greift die soziale Kontrolle primärer Gemeinschaften nur beschränkt. „Face-to-face groups“ sind kaum in der Lage, die einseitige private Bereicherung zu begrenzen, die zu Lasten des Kollektivs geht. Im Zeitalter der Massendemokratien braucht es gerade deshalb den übergeordneten Staat. (Wiegand 1986:33) Die Umverteilung von Einkommen zum Zweck des sozialen Ausgleichs kann nur über eine Institution funktionieren, die genug Distanz zu den Egoisten privater Gruppen hat. Sie muss auch über eine gewisse Stärke verfügen, wenn zahlreiche Staatsbürger/innen an der politischen Willensbildung teilhaben.

Durkheims Gegensatz von organischer und mechanischer Solidarität zeigt ausserhalb Deutschlands die stärksten Berührungspunkte zu Tönnies' Dichotomie. Durkheim verwendet die Begriffe allerdings in entgegengesetztem Sinn. (Cornelius Bickel 1990:23) Er bezeichnet den sozialen Zusammenhang in traditionellen Gesellschaften als „mechanisch“ und die moderne arbeitsteilige Gesellschaft als „organisch“. Problematisch ist bei all diesen Begriffen die mangelnde Genauigkeit und Operationalisierbarkeit sowie die zu einfach konstruierte Dichotomie. Durkheim hat, wie im Kapitel 3.2 skizziert, den historischen Prozess der sozialen Differenzierung auch als Auflösung der (Gross-)Familie bezeichnet. Die Ausweitung der Beziehungsgeflechte erhöht die Abhängigkeit der einzelnen Menschen und Gruppen voneinander. Das drückt sich aber nicht in einem entsprechenden Bewusstsein der Zugehörigkeit aus.

Soziale Vereinbarungen regeln immer mehr Aufgaben, die früher im Rahmen dörflicher Gemeinschaften unter Einbezug der Familien erfüllt wurden. Die Privatisierung der Familie erhöht ihre Distanz zur gesellschaftlichen Aussenwelt. Die Familie entzieht sich damit ein Stück weit der sozialen Kontrolle durch das Umfeld. Sie erscheint als autonomes Terrain. Doch der Schein trügt. Weil die kleine Einheit an gemeinschaftlichem Rückhalt verliert, bleibt sie durch übergeordnete Instanzen beeinflussbar. (Horst-Eberhard Richter 1970) Die moderne Kleinfamilie bietet nicht mehr jenen Schutz vor Anomie, den Durkheim der Familie noch zugebilligt hat.

Wenn heute einzelne dabei scheitern, ihr seelisches Bedürfnis nach Identität, Anerkennung und Selbstbewusstsein über Ehe, Familie, Freunde und Beruf zu befriedigen, dann bieten ihnen kirchliche und psychotherapeutische Organisationen Hilfe an. Sie versuchen einen Damm gegen die anomische

Überflutung zu errichten, gegen den Untergang vom Selbst und von einer sinnhaften Welt. (Wiegand 1986:55) Ersatz für Ersatz ist gefragt. Davon zeugen auch einige der neu entstehenden, gegenkulturellen Gemeinschaften. Sie wollen sich als grosse Familie mit brüderlichem Binnenklima der rauen Wirklichkeit entziehen. Erich Fromm (1941) deutete die Gemeinschaftsideologie unter dem Eindruck des Nationalsozialismus als „Furcht vor der Freiheit“. Er setzte ihr (in Anlehnung an Sigmund Freud) das starke, mündige Ich entgegen, das gerne selbst Verantwortung übernimmt und sich nicht zugunsten einer verschwommenen, nivellierten oder streng hierarchisierten Gruppenheimat aufgibt.

Der Individualismus ist in der Grossgesellschaft verbreitet. Er bietet den einzelnen viele Entscheidungsfreiheiten. Seine Kehrseite ist die Vereinzelung. Sie lässt auf neue Formen der Gemeinschaft hoffen, die mit dem Anliegen persönlicher Emanzipation durchaus vereinbar sind. „Der Rückzug von einer Welt, die Angst macht oder anekelt, hat noch selten etwas an ihr geändert“, kritisiert Wiegand (1986:86) die „Flucht in die Gemeinschaft“. Heute führt der Rückzug oft in die eigenen vier Wände. Viele Menschen erleben die Isolation in der Massengesellschaft als Entfremdung. Die Überwindung der Entfremdung erfordert ein Verständnis von Gemeinschaft, das sich an Partizipation und Kooperation orientiert und sich nicht rückwärts gewandt vereinnahmen lässt. Allerdings ist es auch schwierig, sich gegen Vereinnahmung zu schützen. Alfred Adler (1870-1937) hat in seiner Individualpsychologie, die eigentlich eine Sozialpsychologie ist, den Wert der Gemeinschaft herausgestrichen. Er leitet diesen teilweise aus den menschlichen Defiziten ab. „Da der einzelne Mensch minderwertig und schwach ist, leben die Menschen in Gemeinschaften. Gemeinschaftsgefühl und gesellschaftliche Zusammenarbeit sind daher das Heil des einzelnen.“ (Adler 1929/1984:147) Adlers Plädoyer für neue Formen der Gemeinschaft hat ihm (wie Tönnies) den Vorwurf eingetragen, totalitären Tendenzen Vorschub geleistet zu haben. Adler betont allerdings die Bedeutung des autonomen Ich. Er verknüpft die Eigenständigkeit und das Eingebundensein. Diese Verbindung ist für die Debatte über Subsidiarität und Solidarität zentral.

Martin Buber (1985:264) bezieht sich ebenfalls auf Tönnies bzw. auf das Gegensatzpaar Gemeinschaft und Gesellschaft. Als Gemeinschaft bezeichnet er die gewachsene Verbundenheit. Sie wird innerlich durch gemeinsamen Besitz (vornehmlich des Bodens), gemeinsame Arbeit, gemeinsame Sitte und/oder gemeinsamen Glauben zusammengehalten. Gesellschaft ist demgegenüber geordnete Getrenntheit. Sie wird äusserlich durch Zwang, Ver-

trag, Konvention, öffentliche Meinung zusammengehalten. Die Stadt des Mittelalters repräsentiert für ihn die Gemeinschaft, die moderne Grossstadt die Gesellschaft. Die Gemeinschaft ist ein enger Verband mit ausgeprägter gegenseitiger Hilfe, die Gesellschaft eine gegliederte Einheit, eine Masse lauter „freier Personen“, die miteinander verkehren und zusammenwirken, ohne dass Gemeinschaft und gemeinschaftlicher Wille zwischen ihnen entsteht.²⁰⁷

Die Gemeinschaft, „einst in Haus und Dorf, in Stadt und Gau, in In-nung und Bruderschaft ein allgemeiner Zustand, ein alles Leben von innen durchwirkendes und durchformendes Prinzip“ (Buber ebd.) erscheint je länger desto mehr nur noch als persönliche Begebenheit. Doch der Untergang der Gemeinschaft ist nicht unentrinnbar. Es gibt zwar kein zurück zu „elementenhafter Ganzheit“ (Buber), aber ein vorwärts zu einer werkhaften. Sie ist „aus wahren Seelenstoff“ geschaffen und damit nicht minder echt. Wir können nicht hinter die mechanisierte Gesellschaft zurückfallen, doch über sie hinausgehen und zu einer neuen Organik bzw. sozialen Gestaltung gelangen. Unser Zusammenleben ist nicht mehr „elementares Ineinander, sondern angepasstes Nebeneinander“. Das „Du“ und das „Einander“ bleiben spürbar und entwickelbar. Die innere Reifung und Wende ist in der Lage, eine aussenwirksame soziale Kraft zu entfalten, die sich nicht auf das Abstraktum Staat bezieht, sondern auf die Vitalität des räumlichen, funktionellen, gefühlhaften und geistigen Miteinander. Die Gesellschaft ist ein Organismus, der von innen her durch Wiederbelebung des Gewebes erneuert werden kann.²⁰⁸ Die Kollektivität ist nicht die Verbindung, sondern die Bündelung. (Buber 1985:299) Sie packt das Individuum mit andern Individuen ein. Die werdende Gemeinschaft ist „das Nichtmehr-nebeneinander“, sondern das „Beieinandersein einer Vielheit von Personen“. Buber (ebd.) kritisiert die

207 Den Staatssozialismus kritisiert Buber (1985:265) in diesem Zusammenhang als Träger und Vollstrecker eines Entwicklungsprozesses von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Er missachtet „die Autonomie der organischen Willenssphären“. Die immanente Logik dieser historischen Ideologie versucht die Gesellschaft nach dem Gesetz der Gerechtigkeit umzubauen, aber dieses Unterfangen wird kraft der Macht des Staates zur allkontrollierenden Satzung, welche „die seltene Wunderblüte freier seelenhafter Gerechtigkeit“ zum Aussterben bringt.

208 Buber (1985:299) bezieht sich auch auf Max Webers Unterscheidung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung bzw. dem Werden von Gesellschaft und Gemeinschaft. Weber gründet die Vergesellschaftung auf die Interessen(gemeinsamkeit) und die Vergemeinschaftung auf die Gefühlsgemeinschaft. Buber kritisiert das. Eine objektive Wirklichkeit lässt sich seiner Auffassung nach nicht auf Gefühle gründen, sondern auf ein Sein, das nicht bloss in der Seele steckt.

Kollektivbeflissenheit als Flucht vor der Gemeinschaftsprobe und als Flucht vor dem, was den Einsatz des Selbst erfordert.

Grund- und Eckstein der Buberschen Sozialutopie ist die Gemeinschaft (Abraham Schapira 1985:427). Er bezieht sich auf Tönnies' „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (Leipzig 1887)²⁰⁹, auf Landauers „Aufruf zum Sozialismus“²¹⁰ und auf Tolstoi. Dabei kommen drei Phasen zum Vorschein: Erstens muss die Erneuerung von innen her erfolgen. Sie setzt eine unmittelbare, gerechte Beziehung zwischen „Ich und Du“ voraus.²¹¹ Zweites ermöglichen die Zusammenschlüsse, dass sich die Gesellschaft als Ganzes erneuern und zum Sozialismus entwickeln kann. Drittens drückt das Verlangen nach Verbundenheit auch die Sehnsucht nach Gott aus. Mit dem Wandel, der sich in Bubers geistiger Biographie vollzog, erhielt der Begriff „Gemeinschaft“ innerhalb seiner Weltanschauung eine andere Bedeutung; er verkörperte für ihn immer mehr wesenshafte zwischenmenschliche Beziehungen. Buber unterscheidet ferner zwischen dem organischen, unmittelbaren Zusammenschluss und den mechanischen Ordnungen des zentralistischen Staates. Das politische Prinzip ist auf Herrschaft ausgerichtet, das Soziale auf Vereinigung und Gemeinsamkeit, wobei auch hier die Macht eine Rolle spielt. Sie kann sie im Dienste der Kultur oder der Selbstherrlichkeit stehen. (Schapira 1985:448)

209 Tönnies unterschied den auf unmittelbar persönlichen Beziehungen gegründeten sozialen Organismus (Gemeinschaft) von einer massenhaft-mechanischen Anhäufung von Menschen (Gesellschaft). Er lehnte, wie Schapira (1985:435) ausführt, die Gesellschaft nicht ab, wandte sich aber gegen die Atomisierung der Gesellschaft.

210 Buber war mit Landauer befreundet. Er betonte 1920 bei seinem Nachruf auf ihn, dass Sozialismus nicht etwas ist, das aus der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse entsteht, sondern heute und morgen gelebt werden muss. (Schapira 1985:437) Buber befasst sich in seiner Schrift „Pfade in Utopia“ ausführlich mit Landauer und plädiert entsprechend für einen sozialistischen Umbau des Staates zu einer Gemeinschaft von Gemeinschaften.

211 „Ich und Du“ heisst das Buch, das von Martin Buber 1962 im ersten Band der Schriften zur Philosophie im Lambert Schneider Verlag in Heidelberg erschienen ist. Ich zitiere es nach der Ex Libris Ausgabe, Zürich 1970. Im Kern geht es um die Ursprünglichkeit der dialogischen Beziehung im menschlichen Leben, die im Kapitel (6.2.4) über die kooperative und komunitäre Individualität weiter thematisiert wird.

Das Begriffspaar Gemeinschaft und Gesellschaft wird gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder mehr thematisiert. Thomas Smolinski (Basler Zeitung, 13.4.1991) versteht die Gemeinschaft als ein soziales System mit relativ stabilen, selbstverständlichen Strukturen und kulturellen Grundlagen, die sich nur langsam wandeln. Als Gesellschaft bezeichnet er Systeme, die über offene und nicht unbedingt selbstverständliche Strukturen verfügen. In der modernen Gesellschaft existieren seiner Auffassung nach keine übergeordneten Normen mehr. Hans-Joachim Hoffmann-Novotny (1989:270ff.) betrachtet die Gemeinschaft als ein System von persönlichen und engen Beziehungen, die Gesellschaft hingegen als funktionales. Er stellt einen Wandel von der Gemeinschaft zur Gesellschaft fest. Je komplexer ein System ist, desto vielfältiger sind seines Erachtens die Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Je differenzierter die Möglichkeiten der Lebensgestaltung sind, desto mehr Deutungssysteme gibt es; und je mehr Sinnsysteme existieren, desto weniger haben die Menschen miteinander gemein. Jede Leistung erfordert eine Gegenleistung. Für alles sind Fachleute und spezielle Einrichtungen zuständig. Das Mass an Solidarität nimmt, so Hoffmann-Novotny (ebd.), deutlich ab. Für mich ergibt sich diese Folgerung keineswegs zwingend. Ich komme u.a. im Kapitel (5.9) über die kommunitäre Erneuerung darauf zurück.

Ich plädiere dafür, die Unterschiede zwischen der Gemeinschaft und Gesellschaft nicht als kategorischen Gegensatz hochzustilisieren. Die Typen ermöglichen eine Annäherung an die soziale Realität. Sie dürfen aber nicht mit dieser verwechselt werden. Trends wie jene von der Harmonie zum Konflikt, der Intimität zur Öffentlichkeit, der warmen Stube zur kalten Aussenwelt, der Nähe zur Distanz, der Authentizität zur Entfremdung, der Emotionalität zur Rationalität, der festen Zuschreibung zur Unverbindlichkeit lassen sich wohl in Teilbereichen nachweisen, aber nicht verallgemeinern. Theodor Geiger sieht die Kategorien der Gemeinschaft und Gesellschaft und der Personen nicht dichotomisch, antagonistisch, oder wie Ferdinand Tönnies als sich ablösende soziale Grundprinzipien in der modernen Gesellschaft, sondern als komplementäre Instanzen. (Paul Trappe 1997:258). Keine Kategorie kommt ohne die andere aus.²¹²

212 Opielka (1990) bezeichnet die Gemeinschaftstheorien von Ferdinand Tönnies und Theodor Geiger als phänomenologische und plädiert dafür, Gemeinschaft als Steuerungssystem neben Markt und Staat zu verstehen. Er versucht, die Individualisierung und Vergemeinschaftung miteinander zu verknüpfen.

Die Bedeutung der grundlegenden Fragen von Tönnies ist unbestritten. Schlüter und Clausen (1990:10) empfehlen einen Rückgriff auf die Debatte über das Begriffspaar „Gemeinschaft und Gesellschaft“, die auch schon weiter gewesen sein soll als heute.²¹³ Für sie hat Tönnies' Werk lange vor 1933 das Gegengift zur Gemeinschaftsapologetik geboten und sich dagegen gewehrt, soziale Konflikte mit Gemeinschaftsideologien zu verschleiern.²¹⁴ Gegenüber den heutzutage auflebenden Gemeinschaftsmythen enthält Tönnies' Konzeptionalisierung von Gemeinschaft und Gesellschaft einen gewissen Rationalisierungsvorsprung. Tönnies hält eine Regression auf die Stufe der Gemeinschaft weder für wünschenswert, noch für möglich. Er hofft auf ein differenziertes gesellschaftliches Bewusstsein. Die Selbstreflexion ermöglicht das Gemeinschaftliche auf höherer Stufe. Das erfordert eine Verknüpfung von der Gemeinschaft in der Gesellschaft und der Gesellschaft in der Gemeinschaft. Das starke Bedürfnis nach Gemeinschaft kann allerdings zur gefährlichen Regression, zur Flucht in Pseudo-Gemeinschaften oder in Fundamentalismus führen. Das Irrationale ist nicht der Geist der Gemeinschaft. Schlüter und Clausen (ebd.) verstehen die Gemeinschaft als soziale Welt, die sich aus der Ratio herausdifferenziert.²¹⁵

213 Dies ist wohl eine Anspielung auf das dritte Tönnies-Symposium, das im November 1987 in Kiel stattfand. „Fast nur die Vorurteile über den kaum gelesenen Klassiker Tönnies hatten somit überlebt“, schreiben Schlüter/Clausen (1990:13). Statt der oft unterstellten Regression hat Tönnies eine höhere Stufe der Gemeinschaft vorgesehen, die ein differenziertes gesellschaftliches Bewusstsein und viel Selbstreflexion erfordert.

214 Tönnies hatte sich mit seinen kritisch-rationalen Intentionen gegen die romantisierenden, neokonservativen Strömungen der Weimarer Zeit gewandt., aber nicht durchsetzen können. (Cornelius Bickel 1990:17) Später stand er für ein republikanisches Selbstverständnis auch gegen die Nazis und ihre Methoden konsequent ein und verband so seine soziologische und politische Theorie eng mit seiner politischen Praxis. (Schlüter und Clausen 1990:15)

215 Der Gemeinschaftsbegriff ist Bestandteil einer Liberalismus-Kritik. (Cornelius Bickel 1990:36) Er kontrastiert die „invisible hand“-Ideologie. Tönnies hat es im Zeichen der Fragmentierung von Arbeitsverläufen abgelehnt, gemeinschaftliche Verhältnisse zwischen Arbeitnehmenden und -gebenden zu proklamieren. Möglichkeiten einer Reaktivierung des Gemeinschaftsprinzips sah er im modernen Genossenschaftswesen.

5.5 Demokratie als Alltagsprinzip

Was haben Konzepte der Subsidiarität und Solidarität mit demokratietheoretischen Ansätzen zu tun? Die geschichtliche Erfahrung des Totalitarismus bildet den Ausgangspunkt für einen neuen Zugang zu Demokratietheorien. (Ulrich Rödel 1990:7ff.) Die Vorstellung verbreitete sich, dass möglichst alle Menschen (im Rahmen einer demokratisch verfassten „civil society“) unmittelbar an der stark dezentralisierten Macht teilhaben sollten. Fritz Vilmar (1973) versteht Demokratie als Lebensprinzip. Die Demokratie ist gelebte Solidarität. Die kleinräumliche Verankerung demokratischer Prozesse begünstigt die Solidarität. (Adolf Gasser 1976) Daraus ergibt sich ein direkter Bezug zur Subsidiarität und Solidarität. Anthony Giddens (1997) betont das dialogische Moment der Demokratie. Es umfasst die Kommunikation innerhalb der kleinen und zwischen den grossen Einheiten. Theodor Geiger reagiert auf die eingangs erwähnten totalitären Erscheinungen. Er plädiert für eine „Demokratie ohne Dogma“. Paul Trappe (1997:258) befasst sich damit. Ich komme im Zusammenhang mit humanistischen Konzepten (Kapitel 5.12) darauf zurück. Eine Schwierigkeit stellt das unterschiedliche Verständnis des häufig verwendeten Demokratiebegriffs dar. Für die einen ist er (aus unterschiedlichen Gründen) ein Reiz- oder Schimpfwort; andere benutzen ihn vorwiegend formal.

Der Begriff Demokratie ist beinahe zu einer Leerformel geworden (Günter Hartfiel 1972:118). Als wichtiges Merkmal gilt das Prinzip der Volkssouveränität. Das personale Gleichheitsprinzip garantiert die Teilnahme(möglichkeit) aller Bürger/innen am Prozess der politischen Willensbildung. Das personale Freiheitsprinzip realisiert sich durch den Schutz der Grundrechte. Das soziale Gleichheitsprinzip schützt die Bürger/innen vor der Willkür einzelner Machtgruppen. Das Prinzip der institutionalisierten Herrschaftskontrolle ist durch Organisationen und Einrichtungen gegeben, mit denen die Bürger/innen ihre Willensbildung bekunden und das staatlich-politische Handeln kontrollieren. Die Umsetzung dieser Prinzipien braucht mehr als normative Regelungen. Sie hängt von individuellen, gesellschaftlichen und staatlichen Bedingungen ab. Ein altes Spannungsfeld besteht zwischen liberalen und egalitären Postulaten. Die liberalen Postulate betrachten die Bürger/innen vornehmlich als autonome Willensträger. Die egalitären Postulate zielen auf eine möglichst weitgehende Gerechtigkeit ab. Ausgeklügelte Kompromisse sind im modernen Sozialstaat feststellbar. Kritiken bestehen gegenüber neuen Formen irrationaler Herrschaft, die sich in bürokratischer Fremdbestimmung und einseitiger Abhängigkeit von anonymen Grossorgani-

sationen äussern. Vorstellungen einer Demokratisierung, die darauf abzielt, Herrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen abzubauen, beleben die aktuelle Debatte.

Fritz Vilmar (1973a) begreift die Demokratie als gesamtgesellschaftliches Lebensprinzip.²¹⁶ Grosse Bedeutung misst er der politischen Bewusstseinsbildung, der Mitgliedschaft in politischen Organisationen und direkt demokratischen Aktionen zu. Die Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Sie muss nebst vielen Subsystemen (Quartiere, Schulen etc.) die Wirtschaft (Betriebe etc.) einbeziehen. Geeignete Verfahren der Demokratisierung legen die Schritte so fest, dass sie den Prozess und die Dynamik offenhalten. Graduierungen sind auf je unterschiedliche Voraussetzungen abzustimmen. Partizipation ist ein wichtiges, aber kein quantitatives Kriterium. Zwangsmobilisierungen unterlaufen die Demokratisierung. Demokratische Aktionen müssen ethischen Auflagen genügen. Ziel ist die Ausbreitung einer demokratischen Kultur der Öffentlichkeit, die über die kommunale Ebene hinausreicht. Sie berücksichtigt nationale und globale Aspekte, ohne dabei die kleinen, höchst bedeutsamen Sozialisationsbereiche zu vergessen. Autoritäre Herrschaftsstrukturen sind durch Formen der Herrschaftskontrolle von unten zu ersetzen. Dazu gehören die gesellschaftliche Mitbestimmung sowie eine weitgehende Selbstbestimmung, was die Bereitschaft voraussetzt, Selbstverantwortung zu übernehmen.

Vilmar (1973b) veranschaulicht die Verknüpfung der verschiedenen Ebenen anhand zahlreicher Praxisbeispiele. Er wendet sich gegen dogmatische Ein-Front-Strategien und plädiert für vielseitige Transformationsversuche. Diese orientieren sich u.a. an einer Ausweitung institutioneller Rechte. Vilmar (1973a:26) warnt vor einer Überschätzung formaldemokratischer Einflussnahme, die sich mit einer unverbindlichen Teilnahme an unwesentlichen Entscheidungen begnügt und das trügerische Gefühl vermittelt, gehört zu werden. In der Masse, wie wir demokratische Strukturen bzw. reale Partizipationsmöglichkeiten schaffen, vervielfachen wir die Chancen zum gesell-

216 Fritz Vilmar (1973a) zeigt in seiner Herleitung die begrenzte Verwirklichung demokratischer Normen in den Sklavenhalter- und Feudalgesellschaften (Athen, Rom, Mittelalter) auf. Er beschreibt ferner die bürgerlich-demokratischen Anstrengungen um das allgemeine Wahlrecht, gescheiterte Räte Modelle, evolutionär-sozialistische und sozialliberale Alternativversuche sowie Ansätze einer radikal-demokratischen Renaissance.

schaftlichen Engagement. Bereits jetzt reicht der aktivierte Teil der Bevölkerung aus, um wesentlich erweiterte Subsystembereiche demokratisch zu führen oder zu kontrollieren. Dies allerdings nicht im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung und maximalen Selbstverwaltung. Ein Kollaps der Demokratisierung und eine Überforderung der partizipationsfähigen Bürger/innen lassen sich dann verhindern, wenn die Idee eines rätedemokratischen Maximalismus nicht strapaziert wird.²¹⁷ Wirkungsvolle Demokratisierungsmethoden berücksichtigen knappe Zeitbudgets. Sie entlasten die Bürger/innen, die kontrollierbare Entscheide teilweise delegieren. Die Demokratisierung ist eine überschaubare, permanent auszuweitende Transformationsaufgabe für alle, für Schüler/innen, Hausfrauen, Arbeiter/innen, BeamtInnen, Wissenschaftler/innen, Pfarrer/innen, Lehrer/innen, Lehrlinge, Mieter/innen. Sie ist konkrete Solidarität im kleinen.²¹⁸

Adolf Gasser (1976:31) betont die Bedeutung der Kleinräume. Er bezeichnet die Mitverantwortung der Bürger/innen als Grundlage einer echten Demokratie. Dazu gehört die Bejahung des Zweifels. Losgelöst von Bindung ist für ihn die Freiheit „ein äusserst gefährlich und zerbrechlich Ding“. Eine Freiheit ohne Pflichtgefühl für die öffentlichen Dinge gerät in Gefahr, zum blossen Individualismus und Egoismus zu verkommen. Demokratie hat viel mit einem starken Bewusstsein zur Mitverantwortung zu tun. Sie kommt im blossen Nebeneinander von Einzelmenschen oder Parteien nicht zum Vorschein. Doch das postulierte Miteinander und Füreinander lässt sich nicht einfach auf Kommando von oben her einführen und durchsetzen. Die freiheitliche Demokratie ist auf die Dauer immer nur dann lebenskräftig und sinnvoll, wenn sie nicht nur eine Staatsform, sondern eine Lebensform ist. Der Gemeinschaftssinn versteht sich als Wille zum überparteilichen Miteinander. Entscheidend ist auch der Geist, in dem die Gesetze vollzogen wer-

217 N. Luhmann (Senft 1990:185) kritisiert Bestrebungen, die Basisdemokratie als eine intensive engagierte Beteiligung aller unter den heutigen komplexen Bedingungen verwirklichen zu wollen.

218 Für Vilmar (1973a:33) stellt auch der Protest gegen Erniedrigung, auf dessen Bedeutung schon Ernst Bloch in „Naturrecht und menschliche Würde“ (1962) hingewiesen hat, einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung dar. Er stimmt da mit utopischen SozialistInnen überein, welche das Gewicht wirtschaftlicher Grundlagen relativieren.

den. Er hängt u.a. davon ab, wie die (zentrale) Verwaltung ihre Macht ausübt.²¹⁹

Anthony Giddens (1997:160) unterscheidet die liberale Demokratie von der deliberativen und postuliert eine dialogische.²²⁰ Er geht, anders als Habermas (Kap. 5.10), nicht davon aus, dass die Demokratisierung schon wesentlich im Kommunikationsakt angelegt ist. Das Potential für die dialogische Demokratie wird von der Ausbreitung der sozialen Reflexivität als einer Bedingung alltäglicher Aktivitäten getragen. Notwendig ist eine Demokratisierung der Demokratie. Das blosses Vorhandensein von demokratischen Wahlverfahren, Repräsentationsmechanismen und parlamentarischen Einrichtungen reicht nicht aus, um politische Legitimität zu wahren. Die Demokratisierung muss das Alltägliche und die globalisierten Systeme einbeziehen. Sie zielt auf eine Ausweitung der dialogischen Demokratie ab.²²¹ Diese bewegt sich ausserhalb der gängigen Politik auf vier Ebenen: Erstens auf der Arena des persönlichen Lebens, dessen Qualität von der persönlichen Bereitschaft zur Selbstreflexivität und emotionalen Öffnung abhängt. Wer erfolgreich mit andern kommunizieren will, muss über die nötige psychische und materielle Autonomie verfügen. Die Enttraditionalisierung kann diese Fähigkeit fördern. Aber sie verbreitet sich nicht zwangsläufig.

Ein zweites Gebiet der Demokratisierung, das ebenfalls globale Ausbreitung gefunden hat, ist der Aufbruch von sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen. Sie verkörpern die gesteigerte Reflexivität des lokalen

219 „Wo die volksnächsten Lebenskreise, die Gemeinden, keine genügende Eigenverantwortung besitzen, wo sie sich z.B. damit begnügen müssen, die von der Staatsverwaltung bewilligten Kredite auf die einzelnen Firmen zu verteilen – was mehr die Sonderinteressen verschärft und nicht zum gemeinsamen Aufbau anspricht –, da ist ganz besonders auch zwischen Politik und Verwaltung keine richtige Verbindung vorhanden.“ (Gasser 1976:37)

220 Die liberale Demokratie beinhaltet eine Menge repräsentativer Institutionen, die von bestimmten Werten geleitet werden. Sie drängt auf eine klare Trennung von Staat und Zivilgesellschaft. Die deliberative Demokratie ist hingegen ein Verfahren, durch das man in der politischen Arena in bezug auf politische Massnahmen Übereinstimmung zu erzielen versucht. (Giddens 1997:160/163)

221 Damit ist eine Situation gemeint, „in der fortgeschrittene Autonomie der Kommunikation gegeben ist und in der diese Kommunikation zur Herausbildung eines Dialogs führt, durch den politische Massnahmen und Tätigkeiten geprägt werden“ (Giddens 1997:162).

und globalen Lebens. Zudem schaffen sie Freiräume für den öffentlichen Dialog. Einen dritten Demokratisierungskontext ortet Giddens (1997:171) in der Arena der Organisationen. Die Globalisierung verstärkt den Trend zu Grosskonzernen. Sie mobilisiert auch Gegenkräfte. Nachbürokratische Organisationen werden im Hinblick auf aktives Vertrauen strukturiert. Sie vermitteln Zuversicht und sind von einem ausgedehnten Dialograum abhängig. Die Organisation basiert auf Verantwortung. Sie stützt sich auf Reflexivität und lokales Basiswissen ab. Der vierte Bereich der dialogischen Demokratisierung betrifft die globale Ordnung selbst. Sie konstituiert sich je länger desto weniger über Nationalstaaten. Das erfordert den Aufbau politischer, demokratisch legitimierter Institutionen. Sie fördern den weltweiten Dialog. Die Netzwerke sozialer Bewegungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu. Ich habe im Kapitel (4.7) über die Sozialzeit darauf hingewiesen und nehme im Kapitel (5.13) über die Globale Zivilgesellschaft diesen Faden wieder auf. Wichtig ist hier die Verknüpfung der lokalen und globalen Dimension. Ohne Solidarität im Grossen bleibt die Solidarität im Kleinen von beschränkter Reichweite. Das Umgekehrte gilt ebenso. Die Solidarität impliziert die Subsidiarität.²²²

Giddens (1997) vertritt, vage bleibend, aber sorgfältiger als Ulrich Beck (1993), eine „Lebensstil-Politik statt Emanzipation“, kritisiert der Philosoph Urs Marti (WochenZeitung, 8.8.1997). Giddens setzt sich für fraglos positive Werte ein, idealisiert die Autonomie, Solidarität, Kommunikation und Toleranz. Er hat viel Vertrauen in die Erziehung der Bürger/innen zur Gleichgültigkeit gegenüber materiellen Dingen. So soll, statt über eine Einschränkung der Marktkräfte, eine Nachknappheitsordnung entstehen, welche die Überflusgesellschaft überwindet.²²³ Erfinderisch will Giddens der neuen Armut beikommen. Er romantisiert die informelle Ökonomie. Vom Dialog

222 Joseph Senft (1990:197), der sich intensiv mit der Subsidiarität auseinandersetzt, beschreibt, wie im traditionellen Verständnis von Demokratie davon ausgegangen wird, dass die moderne Gesellschaft ein politisches Steuerungszentrum hat oder haben sollte. Nach Ansicht von Ulrich Beck (Kap. 5.10) treten heute die Prinzipien der Zentralisierung und Bürokratisierung zugunsten von politischen Subsystemen und dezentralen Handlungseinheiten zurück.

223 Giddens kritisiert den Produktivismus, nicht aber den Kapitalismus, stellt Urs Marti (WochenZeitung, 8.8.1997) fest und weist auf folgenden Gegensatz hin: Die Marktmechanismen zerstören Traditionen. Eine deregulierte Ökonomie ist jedoch auf intakte Traditionen religiöser und familiärer Art angewiesen.

erhofft er sich einen Ausweg aus der Krise der liberalen Demokratie, die sich in der steigenden Entfremdung der Bevölkerung von den politischen Institutionen äussert. Giddens hält das erdumspannende Kommunikationsnetz, das durch die Globalisierung entsteht, für sehr bedeutsam. Er verwechselt es meines Erachtens aber keineswegs, wie unterstellt, mit der Weltgemeinschaft.²²⁴

Ich bin, was die Kritik an Giddens betrifft, bereits im vierten Kapitel auf die Chancen und Grenzen der informellen Ökonomie eingegangen und befasste mich im siebten Kapitel mit den Chancen animatorisch-pädagogischer Anstrengungen. Ich halte diese Ansätze für wichtig. Sie werden oft unterschätzt, dürfen aber nicht als Alibi missbraucht werden, um strukturelle Veränderungen zu vernachlässigen. Ökofeministische Theorien, wie sie etwa von Maria Mies und Vandana Shiva (1995) vertreten werden, verknüpfen die beiden Ebenen. Sie wollen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufheben, aber auch die informelle Ökonomie, die Subsistenzproduktion und die Kommunikation aufwerten.²²⁵ Eine Kultur des Dialogs ist meines Erachtens ein wichtiges Qualitätsmerkmal für demokratische Prozesse.²²⁶ Ein Kriterium ist die Bereitschaft, an Verbindendem anzuknüpfen, ohne das Trennende unter den Tisch zu wischen. In diesem Sinne versuche ich auch in der vorliegenden Arbeit das aufzunehmen, was verschiedene Ansätze positiv beinhalten. Auf die Anliegen von Giddens komme ich in den Kapiteln über die Gerechtigkeit (5.8) und den neuen Gesellschaftsvertrag (7.3.2) zurück. Die konkrete Umsetzung hängt auch davon ab, welcher Stellenwert dem Staat zuerkannt wird.

224 Eine weitere Kritik an Giddens findet sich bei: Arnold Künzli (1999:66ff.).

225 Priska Arnold skizziert in ihrer Semesterarbeit zum Thema „Ökofeminismus“ (Institut für Soziologie, Basel 1997) „eine Gegenposition zur Alles-Haben-Müssen-Ideologie“.

226 Die Verbreitung des Dialogs ist nach der Gruppe von Lissabon (1996:177) „der effektivste Weg zu einer neuen globalen Welt und zur Durchsetzung der globalen Verträge“.

5.6 Staatsverständnis

Thomas Hobbes hat im viel zitierten Leviathan erklärt, dass ohne einschränkende Macht der Zustand der Menschen ein Krieg aller gegen alle sei. Er verstand den Staat als „Substanz des Allgemeinen“. Hegel sah in ihm eine Einrichtung, die den Menschen eine vernünftige Existenz gewährt. Wilhelm von Humboldt hat gegen Ende des 18. Jahrhunderts versucht, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. Er fürchtete die Bevormundung durch den Staat ebenso wie die Gleichschaltung durch den Markt. (Wolfgang Sachs 1988:26)²²⁷ Was für dogmatische „Rechte“ der Markt ist, ist für dogmatische „Linke“ der Staat. Beide nehmen die Gesellschaft als Einrichtung zur Produktion und Verteilung des Ertrags ins Visier. Humboldt, der im aktuellen Diskurs wieder auflebt, favorisierte den Vorrang der freien Assoziation. Er wollte die Lebenskompetenz des Einzelwesen gegen die Wohltaten der Gesellschaft schützen. Zu Zeiten Humboldts waren allerdings ein Drittel der Berliner Bevölkerung – entweder als Soldaten oder in ziviler Anstellung – direkt vom König abhängig.

Sachs (1988:28) unterscheidet (wie der englische Philosoph Michael Oakeshott) zwischen „societas“ und „universitas“. Die Naturrechtler, von Hobbes bis Hegel, legten den Staat nach dem Vorbild der „societas“ aus. Freie und gleiche Bürger/innen, die alle ihre eigene Lebensperspektive verfolgen, kommen darin überein, die Autorität bestimmter Gesetze zu respektieren. Die eingegangenen Bindungen sind formale Spielregeln. Die Idee des konstitutionell gebundenen Rechtsstaats bezieht sich auf diese staatsminimalistische Leitidee. In der Tradition der „universitas“ erscheint der Staat hingegen als eine Gemeinschaft, die, unter der sendungsbewussten Autorität des Herrschers, auf ein höheres Ziel hin unterwegs ist. Die Führung beschränkt sich nicht auf die Garantie des Gesetzes. Sie strebt ein höheres Leistungsziel an, das nur mit entsprechenden Direktiven nach unten erreichbar ist und Glück bringen soll. Die neuzeitliche Staatsentwicklung orientiert sich an beiden Vorstellungen, der nomokratischen und der teleokratischen.

Die christliche Kirche verkörpert einen Urtyp der „universitas“, auf den sich der staatliche bezog. Die Kombination von weltlicher und geistlicher Herrschaft legitimierte den absolutistischen Staat als Religionsagentur, die sich

auch für die Seelen als zuständig erklärte. Im 19. Jahrhundert setzt sich der Entwicklungsstaat als Wohlfahrtsgarant durch, gegen Ende des 20. Jahrhunderts auch als Wahrer der Gesundheit und Umwelt. Eine konservative Prägung dieses Verständnisses geht auf die „universitas“ zurück. Der Staat repräsentiert eine moralisch-ganzheitliche Ordnung, in der alle Individuen einen festen Platz haben. Eine progressive Variante sieht den Staat als Motor des sozialen Wandels. Beide Ansätze kontrastieren Humboldts’ „societas“, die sich mehr an der Selbstverwirklichung, denn an der Sicherheit orientiert. Unterstützung schwächt die eigene Tatkraft. Der glückspendende Leviathan entmündigt. Nach Humboldt soll der Staat lediglich den Rahmen abstecken, in dem sich die Menschen möglichst frei bewegen können. Freiheit und Diversität sind seine Leitworte, nicht Staat und Markt, die beide feste Verkehrsformen und Gesetzmässigkeiten mit hohem Integrationsgrad vorsehen. Die Bürger/innen sollen sich durch vielfältige Bande – in Vereinen, Salons, Gesellschaften und Logen – verbinden, aber nicht durch den Staat fesseln lassen. Starke Zusammenschlüsse sind wichtig, um der staatlichen Vereinnahmungsgefahr – in aller Mannigfaltigkeit – etwas entgegenzusetzen. Tocqueville nimmt diesen Gedanken ein paar Jahrzehnte später auf.

Im Kern tritt Humboldt für Bürger/innen ein, die sich weder durch Verordnungen, noch durch Preise einengen lassen. Sachs (1988:36) stellt das Anliegen, den Versorgungsstaat zugunsten von Selbsthilfe und Selbstverwaltung einzudämmen, in die Tradition von Humboldt. Auch libertäre SozialistInnen nehmen diesen Ansatz auf. Sie geraten dabei in die Nähe extremer Liberalisten. Richard Herzinger geisselt „Die Tyrannei des Gemeinsinns“ (1997). Er macht die Freiheit des einzelnen von der grösstmöglichen Deregulierung abhängig. Guy Kirsch (1988:46) hofft, dass die Entstaatlichung den Markt verschärft und tradierte Verhaltensweisen – im Sinne einer solidarischen Selbsthilfe – verstärkt. Die Deregulierung im Staats- und Wirtschaftsbereich lässt sich seiner Auffassung nach mit dieser Optik, die er mit Tocqueville verbindet, angstfreier erörtern.

Der Gegensatz von Selbstbestimmung und Staat ist zu simpel. Ohne staatliche Unterstützung und soziale Infrastruktur könnten sich viele Selbsthilfeinitiativen nicht über Wasser halten. Abschaffen liessen sich allenfalls staatliche Funktionen, die niemand braucht oder die Menschen daran hindern, Selbstverantwortung zu übernehmen. Ich warne davor, den einen Faden loszulassen, ohne den andern festzuhalten. Es braucht verbindliche Sicherheiten, um die individuell-sinnvolle Risikobereitschaft zu fördern. Wenn die Sozialversicherungen die Hilfeleistungen von pflegenden Angehörigen honorieren oder bestandenen Müttern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben erleichtern,

²²⁷ Dazu auch: Wolfgang Sachs, „The Need for the Home Perspective“, in: Majid Rahnema, London 1997, S. 290-302; ders., „Ökologie. Gerechtigkeit und das Ende der Entwicklung“, in: EPD, Nr. 15/16, Frankfurt, August 1997, S. 27-44.

dann stärkt ein gut funktionierender Staat auch das private Beziehungsnetz. Wenn er sich aber zurückhält und jene bestraft, die sich persönlich engagieren, dann führt weniger Staat nicht zu mehr Freiheit. Das gilt ebenfalls für den ordnungspolitischen Bereich. Die staatlichen Garantien und Zuständigkeiten tragen dazu bei, das private Faustrecht einzuschränken, das selten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit funktioniert und eine gefährliche Internationalisierung erfährt. Paul Trappe (1997:10) zeigt, wie diese zu einer Ausgliederung wichtiger Ressourcen aus dem traditionellen Handlungsbereich des Nationalstaates führen kann, der durch transnationale Privatisierungsprozesse Einfluss und auch Steuern verliert.²²⁸ Ich komme darauf zurück.

Hannah Arendt (1974) betont in ihren Ausführungen „Über die Revolution“ am Beispiel der Vereinigten Staaten, dass es auch eine nicht nationalstaatliche demokratische Revolution gibt. Für sie ist die Lock'sche Interpretation des Staatsvertrags charakteristisch. Thomas Schmid (1988:118) führt aus, wie die Geschichte der Freiheit nicht mit der Französischen Revolution beginnt, sondern eine viel längere Tradition hat. Tocqueville interessierte sich aufgrund seiner Erfahrungen in Amerika dafür. Seine These lautete, dass die Hauptgefahr der Demokratie in ihrer strukturellen Affinität zum starken Staat besteht. Arendt akzentuiert den von Tocqueville hervorgehobenen Unterschied zwischen der amerikanischen und französischen Revolution. Während man in Amerika die gute Gemeinschaft der Sünder/innen dem idealen Staat vorzog, waren die Machthaber der französischen Revolution auf den idealen Staat des Volkes aus. Schmid (1988:129) verweist wie Arendt auf Thomas Jefferson. Er hat die Verdrängung der Basisorganisationen als grosse Gefahr für die amerikanische Demokratie erkannt und eine radikale Dezentralisierung verlangt.

Martin Buber (1985:270) pflichtet dieser Sichtweise bei. Der „Homunkulus Staat“ hat den Gemeinden das Blut aus den Adern gesogen. Die Dorf- und Stadtgemeinde sind zum Glied eines Verwaltungsapparates geworden, die Genossenschaft zum Werkzeug einer Wirtschaftspartei, die Kameradschaft zum Verein, die religiöse Einung zum kirchlichen Sprengel. So kann

228 Paul Trappe führt diesen Gesichtspunkt in seinem Vortrag über die „Grenzen von Entstaatlichung und Selbsthilfe im Infrastruktur- und Umweltbereich“ weiter aus, den er am 15.9.1997 in Portsmouth gehalten hat (Paper, Institut für Soziologie, Basel 1997).

der gegenwärtige Staat die Sehnsucht nach Gemeinschaft nicht erfüllen. Er versagt den Einzelseelen das elementare Bewusstsein der Verbundenheit. Wo das wirkliche Leben zwischen den Menschen in ihren natürlichen Einheiten zersetzt ist, da kann der grosse Verband der Begierde nach Gemeinschaft nur Trug und Blendwerk entgegenhalten. Die Entstehung der Gemeinde setzt die Befreiung des wirklichen Lebens zwischen den Menschen voraus. Dies auf der Grundlage einer Autonomie, die nicht diktierbar, sondern nur lebbar ist. Die Echtheit der politischen Identität eines Menschen bildet und erprobt sich in der „natürlichen Sphäre“. Hier liegt der Keim der Gemeinschaft.

Aber dieser Keim braucht Schutz. Dafür ist die Gemeinschaft da. Sie benötigt ebenfalls Schutz. Die Gemeinschaften sind auf einen Rahmen angewiesen, der die unterschiedlichen Interessen aufeinander abstimmt und dafür sorgt, dass nicht jene bestraft werden, die sich sozial verhalten. Da lässt sich der Kreis zum eingangs erwähnten Hobbes beinahe schliessen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie zurückhaltend der Leviathan heute auftreten soll? Sie lässt sich so allgemein nicht behandeln. Vieles kommt auf die konkreten Umstände an. Amitai Etzioni (Radio DRS, Passage 2, 21.9.1997) empfiehlt stark gemeinschaftsorientierten Ländern wie China mehr Deregulierung, stark individualisierten Ländern hingegen mehr Regulierung. Dass staatliche Überlagerungen da und dort dazu beitragen, die Eigeninitiativen zu hemmen, das halte ich für wahrscheinlich. Problematisch wäre es allerdings, staatliche Sicherungen in der Hoffnung aufzugeben, dadurch die privaten Anstrengungen zu fördern. Diese sind, u.a. abnehmender verwandtschaftlicher Bande wegen, bereits arg gefordert und teilweise überfordert. Wenn die privaten Bande auf freiwilliger Basis in der Lage sind, staatliche Leistungen zu ersetzen, dann ist das zu begrüßen. Eine vermeintlich prophylaktische Entstaatlichung käme jedoch einer Zwangsverpflichtung gleich. Sie würde der eifrig propagierten Freiheit widersprechen.

Im Zeichen der forcierten Privatisierung und Globalisierung fällt auf, wie viele liberale Politiker/innen und Wissenschaftler/innen den Staat wieder mehr verteidigen.²²⁹ Sie halten staatliche Kontrollen für ein notwendiges Korrektiv zur wirtschaftlichen Konzentration. Der Staat legt fest, wer welche Entschei-

229 Ludger Heidbrink (Die Zeit, Nr. 41, 3.10.1997) verweist auf die hoffnungsvolle Bereitschaft in verschiedenen Lagern, Sinn und Politik zu vereinen (bzw. den ökonomischen Individualismus sozial zu bändigen).

de trifft. Diese Verbindlichkeit ist viel wert. Sie macht komplexer gewordene Strukturen transparent. Wichtig ist hierbei die Frage nach dem Ausmass. Sie soll meines Erachtens nicht marktmässig entschieden, sondern mit der Sinnfrage verknüpft werden. Sie bildet gewissermassen das Scharnier zwischen der individuellen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Der Staat ist dazu da, beide Werte zu schützen. Die Gewichtung hängt auch von ethischen Gesichtspunkten ab. Ich komme im Zusammenhang mit John Rawls (Kap. 5.8) darauf zurück.

5.7 Christliche Soziallehre

Ich bin bei der Definition der Subsidiarität (Kap. 2.3.1) auf die christlichen Soziallehren eingegangen und führe hier hauptsächlich den Ansatz der katholischen Soziallehre weiter aus.²³⁰ Er ist für die Subsidiarität zentral. Ich stütze mich dabei u.a. auf den Dominikaner Pater Marie-Dominique Chenu (1991) ab. Die katholische Kirche war bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gegenüber demokratischen Bewegungen sehr zurückhaltend.²³¹ In der Weihnachtsansprache von 1944 bezeichnete Papst Pius XII. die Demokratie als gesellschaftliche Hauptforderung (Joseph Senft 1990:183). Er sah das Parlament als eine „Auslese von Männern von echter christlicher Überzeugung“. Papst Johannes Paul II (1979) ging in seiner Ansprache an der Bischofskonferenz in Puebla über diese Auffassung hinaus. Er forderte das Recht, an Entscheidungen teilzunehmen, die das Volk und die Nation betreffen. Dieses Recht ist ein Fundamentalrecht der menschlichen Person und ebenso wichtig wie die andern Menschenrechte.

1991 fand das hundertjährige Jubiläum der Enzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII. statt. Der Anlass hat eine neue Diskussion über die Katho-

230 Eine Übersicht über die Geschichte, Strömungen und wesentlichen Anliegen der Katholischen Soziallehre findet sich bei Anton Rauscher (1989a).

231 Hier ist das Verhalten der offiziellen Kirche als Gesamteinstitution gemeint. Einzelne katholische Priester unterstütz(t)en – beispielsweise in Brasilien – die Bewegung der Landlosen schon lange. Sie taten dies geraume Zeit ohne Unterstützung durch Rom.

liche Soziallehre entfacht.²³² Sie ist von zwei Strömungen geprägt. Die eine betont die konservativen und unternehmensfreundlichen Verlautbarungen, die andere die progressiv-gewerkschaftlichen (in Anlehnung an Oswald von Nell-Breuning). Dass diese Gegenüberstellung zu simpel ist, zeigt Marie-Dominique Chenu (1991:11 ff.) in seiner Arbeit über die „Kirchliche Soziallehre im Wandel“. Der Dominikaner Pater zeichnet darin „Das Ringen der Kirche um das Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit“ nach. Er vermittelt Hintergründe der Subsidiaritätsdebatte. Ich greife hier – unter Einbezug der Originaltexte – einzelne Aspekte auf.

Papst Leo XIII. verkündete 1891 die Enzyklika „Rerum novarum“ und sorgte damit für Aufsehen. Die Enzyklika über den „Geist der Erneuerung“ reagierte auf den sozialen Wandel und die Zuspitzung der sozialen Frage. Sie kritisierte die „Zerstörung alter Genossenschaften“, die „ungezügelter Habgier der Konkurrenz“, die „Herzlosigkeit reicher Besitzer“, die „Gewinn-sucht“ und den „Wucher“. Obwohl die Enzyklika den aufstrebenden Sozialismus verurteilte, weisen verschiedene Interpretationen auf christlich-sozialistische Implikationen hin. (Chenu 1991:20) Papst Leo XIII wandte sich gegen eine Veridealisierung der traditionellen Gesellschaft und befasste sich insbesondere mit der Rolle des Staates, der Kirche und der Arbeiter/innen-Vereine.²³³ Die Kirche sollte nicht nur das Gewissen der Individuen, sondern auch die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Regierungen mit dem Geist des Evangeliums durchdringen. Dem Staat kommt als Sachwalter des Gemeinwohls die Aufgabe zu, auf die Lage der Arbeiter/innen zu achten und den Wirtschaftsliberalismus zu zügeln.

Papst Pius XI. nahm vierzig Jahre später in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ (1931) das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit auf.²³⁴ Die Enzyklika

232 Paul Trappe (1997:255) geht auf die 1891er-Enzyklika von Leo XIII. ein. Er zeigt, wie sie bereits die damals noch nicht so bezeichnete intermediäre Ebene zwischen Individuum und staatlicher Gewalt behandelte und wie dieser Gedanke in späteren Enzykliken weitergeführt wurde.

233 Nach dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifestes“ hatte sich in Deutschland schon Bischof Ketteler von Mainz in einer ebenfalls aufsehenerregenden Schrift über das „Problem der Arbeit und das Christentum“ (1864) gegen den liberalistischen Individualismus geäussert. Nebst der Veränderung des Produktionssystems plädierte er auch für eine institutionalisierte Ausweitung karitativer Ansätze.

234 Der deutsche Jesuit Pater Oswald von Nell-Breuning wirkte bei der Erarbeitung von „Quadragesimo anno“ federführend mit. (Chenu 1991:38/39)

verurteilt (mit Blick auf die gesamte wirtschaftliche und soziale Situation) die uneingeschränkte Konkurrenz, die einen egoistischen Individualismus begünstigt. Sie würdigt ferner die mittlerweile entstandene, aber umstrittene „Christliche Arbeiterjugend“, die sich für eine Bewältigung der sozialen Frage von unten engagiert. Leo XIII. betont die Bedeutung der „distributiven Gerechtigkeit“, Pius XI. hebt die „soziale Gerechtigkeit“ hervor. Er hält eine Gesellschaft nur dann für tragfähig, wenn sie das Gemeinwohl konkret verwirklicht. Die ausgleichende Gerechtigkeit (*iustitia commutativa*) kümmert sich um die Beziehungen der Bürger/innen untereinander, die verteilende Gerechtigkeit (*iustitia distributiva*) um die Beziehungen zwischen den Einzelwesen und der Gesellschaft. Die soziale Gerechtigkeit geht darüber hinaus. Sie setzt – rechtlich abgestützt – ein Ganzes voraus, das mehr als die Summe der einzelnen Teile umfasst und als übergeordnete Tugend so auf die Einzelwesen zurückwirkt, dass diese ihre Persönlichkeit besser entfalten können. Das Gemeinwohl konstituiert sich über die Nächstenliebe und über eine soziale Ordnung, die diesen Namen verdient. Unter positiver Tradition versteht Pius XI. nicht das Fortschreiben von Bestandenem, sondern die Veränderung in der Kontinuität. Dazu gehört das Ernstnehmen aller Kräfte, die dem Frieden dienen, was eine leichte Oeffnung der Kirche gegenüber Andersdenkenden bedeutet.

Leo XIII. kritisiert den Sozialismus als Negation des Privateigentums. Pius XI. analysiert die konkreten Umwälzungen, die darauf abzielen, die Verfügungsgewalt über das einseitig konzentrierte Eigentum breiter abzustützen. Er differenziert zwischen verschiedenen Strömungen des Sozialismus und zeigt Verständnis für gemässigte Formen, welche zumindest bestimmte Güter der öffentlichen Hand vorbehalten. Papst Johannes XXIII. weitet gut dreissig Jahre später in seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“ (1963) das Anliegen des Ausgleichs aus, das als Friedensproblematik bereits in der vorangegangenen Enzyklika „*Mater et magistra*“ (1961) anklingt. Er wendet sich dabei an alle Menschen guten Willens. Ein Dialog über praktische Fragen soll Begegnungen mit Nichtchristen und die weltweite Solidarität fördern. Papst Paul VI. knüpft 1971 in „*Octogesima adveniens*“ daran an. Er setzt sich damit auch von den Ausgrenzungen ab, welche die Kirchengeschichte belasten.²³⁵ Paul VI. stellt fest, wie sich auch das marxistische Lager weiter entwickelt und weist auf die Gefahr hin, mit den weltgeschichtli-

²³⁵ Chenu (1991:65ff.) belegt das mit vielen Beispielen, so etwa mit den – während dem kalten Krieg eingeleiteten – harten Massnahmen gegen die Arbeiterpriester in Frankreich (1954).

chen Neuerungen nicht Schritt zu halten und sich mit einer nach innen gerichteten Besinnlichkeit zu begnügen.

Die erwähnte Enzyklika „*Mater et magistra*“ (1961) führt den Begriff der „Vergesellschaftung“ in den offiziellen Wortgebrauch der katholischen Kirche ein. Ein Kolloquium über den afrikanischen Sozialismus bezieht sich 1962 in Dakar darauf. François Perroux unterscheidet zwischen vier Formen der Vergesellschaftung. Er nennt die Vervielfältigung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen, die Unterordnung unter ein allgemeines oder kollektives Interesse, die Berücksichtigung der entscheidenden Bevölkerungsgruppen bei der Aufstellung von Programmen und Plänen sowie das Faktum, dass man bei der Organisation gesellschaftlicher Prozesse gezwungen ist, den Aufstieg der zugleich zahlreichsten wie auch ärmsten Klassen entsprechend zu berücksichtigen. (Chenu 1991:66) Die Enzyklika „*Mater et magistra*“ befasst sich mit der Sozialfunktion des Eigentums, mit der (schon von Leo XIII. thematisierten) Verbindung von Arbeit und Eigentum, mit verschiedenen Unternehmensstrukturen und Beteiligungsformen sowie mit der globalen Dimension scheinbar lokaler Probleme.

Die Enzyklika „*Populorum progressio*“ von Paul VI. stellt 1967 das verantwortungsvolle lokale Handeln ebenfalls in weltweite Kontexte. Sie postuliert Gerechtigkeit zwischen den Nationen und Hilfe für diejenigen, die weniger entwickelt sind. Mit Entwicklung ist u.a. die Loslösung von einseitigen Abhängigkeiten gemeint.²³⁶ Im Kern legitimiert „*Populorum progressio*“ strukturelle Veränderungen und eine Neuverteilung der Macht.²³⁷ Die Enzyklika wertet die Aufspaltung der Menschheit in reiche und arme Völker als Misserfolg des Kapitalismus. Sie verurteilt den ungleichen Tausch und akzeptiert Enteignungen, wenn das Eigentumsrecht zum Schaden des Gemeinwohls genutzt wird. Die Enzyklika „*Populorum progressio*“ rückt die internationale Gerechtigkeit in den Vordergrund. Sie wird als „*Rerum novarum* auf der Ebene der Völker“ bezeichnet. (Chenu 1991:79)

Papst Paul VI. problematisiert in der Enzyklika „*Mater et magistra*“ das Wort „Soziallehre“. Priester der Dritten Welt kritisieren die „*doctrine sociale*“ als eurozentrisch. Der Begriff vereinheitlicht sozio-kulturelle Kategorien, die

²³⁶ Dies in Anlehnung an die Konferenz von Bandung (1955) und die Bewegung der Blockfreien Staaten.

²³⁷ Vertreter des Heiligen Stuhles wiesen auch an der UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile (1972) auf diese Notwendigkeit hin.

je spezifischen historischen und geographischen Situationen entsprechen und in keiner abstrakten Gesamtlehre generalisierbar sind. Dahinter steckt die Ablehnung eines deduktiven Verständnisses, das davon ausgeht, von allgemeinen Lehrsätzen konkrete Situationen beurteilen zu können. Demgegenüber muss sich die Kirche vielmehr am Konkreten orientieren. Zwei Jahre später verzichtet der Papst in „Pacem in terris“ (1963) auf den Ausdruck „Soziallehre“.

Marie-Dominique Chenu (1991:82ff.) kommt zum Schluss, dass die Kirche im sozialen Bereich nicht mit fertigen Rezepten und Lehren auftreten darf. „Mater et magistra“ hat eine wichtige Wende gebracht.²³⁸ Ich halte den Einbezug dieser Tradition und Entwicklung für wichtig. Sie stützt die Legitimation von christlich-sozialen Kreisen, die sich um die neue Armut kümmern und sich selbst der Kritik aussetzen, wenn sie geltend machen, dass die Solidarität unabdingbar zur Subsidiarität gehört. Ein wichtiges Verdienst der Christlichen Soziallehre ist auch die Weigerung, die soziale Frage der wirtschaftlichen zu unterordnen.²³⁹

5.8 Gerechtigkeit

Weil familiäre Bande ab- und soziale Kosten zunehmen, drängt sich ein neuer Gesellschaftsvertrag auf. Darauf weisen heute viele Politiker/innen hin. Es geht nicht an, argumentieren einzelne, dass beispielsweise die Jungen die Alten finanzieren müssen, obwohl diese im Durchschnitt wesentlich höhere Einkommen und Vermögen haben. Ich teile diese Sicht nicht und habe mich

238 Ludwig Kaufmann (1991:101) bestätigt das. Chenu, der am „Institut des Hautes Etudes“ der Sorbonne und am „Institut Catholique“ von Paris lehrte, wurde auch zur Mitarbeit an der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ beigezogen. Seine Reformschriften waren zweitweise päpstlich verboten.

239 „Wenn beispielsweise heute massgebliche Wirtschaftswissenschaftler liberaler Provenienz die Sozialpolitik als Wissenschaft und als politische Aufgabe in Zweifel ziehen, so werden die katholischen Sozialwissenschaftler zusammen mit Vertretern der wissenschaftlichen Sozialpolitik deutlich machen müssen, warum wir auf die Sozialpolitik nicht verzichten können“, schreibt Anton Rauscher (1989a:9), Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg.

an anderer Stelle eingehend dazu geäußert.²⁴⁰ Hier gehe ich mehr auf der theoretischen Ebene auf die dahinter liegende Frage der Gerechtigkeit ein. Dabei beziehe ich mich vorwiegend auf John Rawls (1971) sowie auf Lutz Meyer (1996) und Wolfgang Kersting (1993), die sich mit dessen Theorie der sozialen Gerechtigkeit auseinandersetzen. Joseph Senft (1990:146ff.) diskutiert Rawls' Theorie als Leitidee einer subsidiären Solidarität. Ich setze mich auch deshalb mit John Rawls auseinander, weil er für die Kommunitarismusdebatte wichtig ist, von der nachher zu fragen ist, was sie in bezug auf die Subsidiarität und Solidarität aussagt. Auf den Gesellschaftsvertrag komme ich (im Kapitel 7.2.3) zurück.

John Rawls hat mit seinem Werk „A Theory of Justice“ (1971) einen wichtigen Beitrag zur politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts geleistet. Er begründet die Notwendigkeit eines Gesellschaftsvertrags, expliziert die moralischen Grundlagen einer modernen Gesellschaft und stellt dem Rechtsstaatsprinzip – komplementär – die Normierung des politischen Prinzips „soziale Gerechtigkeit“ zur Seite. Mit seiner Gerechtigkeitstheorie hat Rawls einen entscheidenden Anstoss für eine Renaissance des Gesellschaftsvertrags gegeben (Lutz Meyer 1996:1).

Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“ geht von einem „Urzustand“ aus, in dem sich die Menschen (anders als bei Hobbes' Naturzustand) in einer anfänglichen Situation der Gleichheit befinden. Das Zusammenleben ist das Resultat einer fairen Übereinkunft. Es hängt nicht von natürlichen oder gesellschaftlichen Zufälligkeiten ab. Die Menschen entscheiden sich nach zwei Grundsätzen. Erstens hat jeder das gleiche Recht auf das umfangreiche System gleicher Grundfreiheiten, die für alle andern verträglich sind. Zweitens sind soziale oder wirtschaftliche Ungleichheiten so zu gestalten, dass sie mit allen Positionen und Ämtern verbunden bzw. für alle offen und für alle von Vorteil sind. Rawls schwebt als Vision eine „soziale Gemeinschaft sozialer Gemeinschaften“ vor, in der alle Mitglieder einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und ein gemeinsames Ziel haben. Die Aufgabe des stets legitimationsbedürftigen Staates besteht darin, die rechte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu garantieren. Das Rechts- und Sozialstaatsprinzip sind unabdingbar miteinander zu verknüpfen. Im Unterschied zu radikal-liberalen Theorien hält Rawls sozialmotivierte Einschränkungen individueller Freiheitsrechte für gut begründbar.

240 So etwa in der Sozialuntersuchung „Alter“ (Pro Senectute, Liestal 1995) und im Buch „Aufbruch im Alter“ (rpv, Zürich 1988).

Deutlich ist zunächst der Unterschied zu späteren kommunitaristischen Konzeptionen. Rawls hält dem wertgeleiteten Prinzip Gemeinschaft einen Gesellschaftsvertrag entgegen, der sich an der Idee der Fairness und an Vertragstheorien orientiert. Menschenrechte lassen sich seiner Auffassung nach nicht aus einem abstrakt angenommenen Wesen der Menschen ableiten. Sie sollen vielmehr den konkreten Schutz der Einzelnen gewährleisten und deren möglichst weitgehende Selbstbestimmung anstreben. Diese Nachrangigkeit der Gemeinschaft ist nach Lutz Meyer (1996:12) ein gemeinsames Kennzeichen aller modernen Vertragstheorien, in denen der Staat und das Gesetz ihre Rechtfertigung ausschliesslich durch eine Nützlichkeitsfunktion je individueller Bedürfnisse und Interessen erfahren.²⁴¹

Rawls wendet sich gegen eine utilitaristische Auffassung, welche die individuellen Interessen, statt zu optimieren, mehr als nachrangig denn konstituierend für eine Gesellschaftsstruktur behandelt. (Wolfgang Kersting (1993: 202) Der Gedanke der Fairness beinhaltet, dass eine Handlung gerecht ist, wenn ihr im Eigeninteresse und in freier Entscheidung zugestimmt werden kann und keine Beteiligten übervorteilt oder dazu genötigt werden, Ansprüche zu erfüllen, die nicht legitim sind. Die Prinzipien der Gerechtigkeit sollen der Gesellschaft einen konsensualen Zustand der Kooperation und „Wohlgeordnetheit“ ermöglichen. Dazu gehört eine zufriedenstellende Verteilung der Grundgüter Rechte, Freiheiten, Chancen, Einkommen, Vermögen und Selbstachtung (Rawls 1975:83). Die Verteilung stützt sich auf rationale Kriterien ab. Die Vernunft ist gerecht, die Gerechtigkeit vernünftig. Wenn vernünftig begründbar, sind auch Ungleichheiten zulässig. Rawls Differenzprinzip erlaubt soziale und wirtschaftliche Ungleichheit nur dann, wenn „zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen“ (Kersting 1993:55).²⁴² Was die Verteilung von Recht, Einkommen und den Verbrauch der Ressourcen betrifft, hält Rawls dafür, die Zukunft zu antizipieren und eine Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu ermöglichen. Das impliziert, wie Kersting (1993:143) betont, eine ökologische Ethik und ein Recht

241 Die aktuelle Fassung der Fairnessgerechtigkeit in Form des politischen Liberalismus bildet nach Lutz (1996:104) eine über weite Strecken überzeugende Stütze für die These, dass moderne Gesellschaften nicht durch wie auch immer geartete Gemeinschaftsgefühle, sondern nur durch die öffentlich wirksame Gerechtigkeitsvorstellungen zusammengehalten werden können.

242 Rudolf Walther (Basler Zeitung, 1.3.97) weist darauf hin, wie demgegenüber der Kommunitarist Walzer für eine Politik der Differenz plädiert, die sich gegen nationalstaatliche Vereinheitlichung richtet.

auf intakte Lebensgrundlagen für alle. Politisch aktuell ist Rawls' Theorie des zivilen Ungehorsams. Sie knüpft an eine naturrechtliche Widerstandslehre an und befürwortet eine öffentliche, gewaltlose, gewissensbestimmte, aber politisch gesetzwidrige Handlung, die eine Aenderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll. Ich nehme diesen Gedanken im Abschnitt über die Zivilcourage wieder auf.

Auf Grund der Auseinandersetzungen mit radikalliberalen und mit kommunitaristischen Ansätzen modifiziert Rawls seine Theorien. „Die Kommunitaristen dürfen mit der jüngsten Entwicklung der Rawlsschen Theorie zufrieden sein“, urteilt Wolfgang Kersting (1993:204). Rawls entfernt sich je länger desto mehr von seinen ursprünglich liberalen Intentionen. Angesichts des um sich greifenden, modernisierungsbedingten Wertepluralismus distanziert er sich von einer Gerechtigkeitskonzeption, die den Anspruch erhebt, für alle Gesellschaften – unabhängig von den sozialen und historischen Umständen – angemessen sein. Der Anspruch auf Allgemeingültigkeit weicht zusehends dem hermeneutisch orientierten Ziel kultureller Selbstverständigung. Lutz Meyer (1996:39) weist darauf hin, dass Parallelen zwischen Rawlsschen und kommunitaristischen Ansätzen weiter zurückreichen und ausgeprägter sind, als oft angenommen. Sowohl Rawls als auch die Kommunitaristen haben das Ziel, einen Beitrag zur inneren Stabilität der liberalen Gesellschaften zu liefern. Beide sehen eine zunehmende Pluralisierung der Lebensstile und Werte, einen Verlust an gesellschaftlicher Identitäts- und Sinnstiftung und eine damit verbundene wachsende Erosion gemeinschaftlicher Vorstellungen von Gerechtigkeit. Aus diesen Gründen machen beide Seiten geltend, dass ihre Konzepte zur Klärung der identitätsstiftenden Grundüberzeugungen beitragen und die Fundamente der liberalen Gesellschaft festigen. Mehr dazu im folgenden Kapitel über kommunitaristische Vorstellungen.

Rawls favorisiert die demokratische Auffassung. Er hält diese für die beste. Seine Grundsätze zielen auf eine wohlgeordnete Gesellschaft und eine Gerechtigkeit der Fairness ab. Die „soziale Gemeinschaft sozialer Gemeinschaften“ lebt nicht nur von der Verordnung, sondern auch davon, dass alle Mitglieder einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn haben und couragiert handeln. Wichtig ist das Recht aller auf gleiche Grundfreiheiten. Hier ist ein Ansatz zur Verknüpfung der Subsidiarität und Solidarität.

Die Individuen haben Rechte und Pflichten. Damit sie diese wahrnehmen, sind gesellschaftliche Voraussetzungen nötig. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann zu akzeptieren, wenn sie allen

zum Vorteil gereichen. Das ist ein wichtiger Bestandteil eines Gesellschaftsvertrages. Hier komme ich auf Giddens (1997) zurück. Er plädiert für einen Gesellschaftsvertrag, der ein Abkommen zwischen Arm und Reich vorsieht. Das mag teilweise sinnvoll sein. Ich sehe aber auch die Gefahr, Ungleichheiten zu beschönigen und zu stabilisieren. Wenn ungleiche Partner/innen Verträge abschliessen, haben die Mächtigeren bessere Möglichkeiten, die Konditionen zu prägen. Ein ähnliches Problem stellt sich bei Rawls. Es gibt auch eine „Definitionsmacht“, die darüber mitentscheidet, was vernünftig ist.²⁴³

5.9 Kommunitaristische Erneuerung

Bei kommunitaristischen Ideen haben die Konzepte der Subsidiarität und Solidarität eine wichtige Bedeutung. Das geht deutlich aus den Schriften von Amitai Etzioni (1995/1996) und auch aus einem Gespräch hervor, das ich mit ihm am 6.7.1997 in Montreal führen konnte.²⁴⁴ Hauptziele des Kommunitarismus sind die Rekonstruktion der „Community“ (Gemeinschaft), die Wiederherstellung der Bürger/innen-Tugenden, ein neues Verantwortungsbewusstsein der Menschen und die Stärkung der moralischen Grundlagen der Gesellschaft. Die Kommunitarier/innen handeln im Sinne des Subsidiarismus. Den Staat (Justiz, Polizei) rufen sie erst, wenn alle anderen Mittel versagen. Daher gilt: Je funktionsfähiger eine Gemeinschaft ist, desto geringer ist der Bedarf an staatlicher Kontrolle.²⁴⁵ Etzioni (1995:XI) nennt aber

243 Silvia Staub-Bernasconi (Berlin), ehemalige Dozentin an der Zürcher Sozialschule, setzt sich in ihren Theorien zur sozialen Arbeit (Bern 1995) seit Jahren mit der „Definitionsmacht“ auseinander.

244 Amitai Etzioni ist 1929 als deutscher Staatsbürger mit dem Namen Werner Falk in Köln geboren, 1936 nach Palästina emigriert, seit 1958 Soziologieprofessor an der Columbia-Universität in New York. (Focus 12/1997:212) Sein Buch „Die faire Gesellschaft“ (Fischer 1996) ist vorher unter dem Titel „Jenseits des Egoismusprinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ (Schäffer-Poeschel, Stuttgart 1994) erschienen. Der Titel der Originalausgabe lautet „The Moral Dimension. Towards A New Economics“ (New York 1988).

245 Etzioni war, wie er gerne betont, Schüler von Martin Buber. Das kommt auch in der Staatskritik zum Ausdruck. Buber bezieht sich auf den libertären Sozialismus. Bezüglich Proudhon weist er darauf hin, wie dieser zunächst den Individualismus,

auch die Kriterien, die es einer Gemeinschaft erlauben, sich auf den Staat abzustützen: nämlich dann, wenn eine eindeutige, unmittelbare Gefahr vorliegt; wobei der Eingriff so behutsam wie möglich durchzuführen ist.

Politiker/innen aus verschiedenen Parteien beziehen sich auf die kommunitaristische Bewegung.²⁴⁶ Sie ist, als solche deklariert, 1990 in den USA entstanden und fasst allmählich auch in Europa Fuss.²⁴⁷ 1996 wurde ein „Manifest der Kölner Kommunitaristen“ veröffentlicht.²⁴⁸ Letztlich ist die kommunitaristische Bewegung aber keine amerikanische Erfindung. Ihre Wurzeln reichen in die griechische Antike sowie in die Zeit des Alten und Neuen Testaments zurück. Dazu gehört ein urdemokratisches Gesellschaftsverständnis, das keine Diktatur der Mehrheit impliziert. Eine konstitutionell-demokratische Gemeinschaft lässt sich nicht majoritär regieren. Nötig ist ein Konsens darüber, was per Mehrheit entschieden werden soll (zum Beispiel kommunale Steuern) und was nicht (Sprachkodizes). Etzioni hält die Meinungsfreiheit hoch. Intoleranz lässt sich nicht mit neuen Diskriminierungen bewältigen, sondern nur mit Dialog und Begegnungen. Grosse Hoffnungen setzt Etzioni (in Anlehnung an Max Weber) auf die Veränderung von Ein-

später aber die Einbindung in Gruppen betont. „Sein Antizentralismus wird immer mehr zum Kommunalismus und Föderalismus“, schreibt Buber (1985:63) weiter.

246 So etwa Kurt Biedenkopf (christdemokratischer Ministerpräsident des Landes Sachsen), Joschka Fischer (Grüne/Bündnis 90), Tony Blair (britischer Regierungs- und Labourvorsitzender) und US-Präsident Bill Clinton. Sie haben Amitai Etzioni auch schon als Berater beigezogen. Rudolf Scharping hat erklärt, dass sich die Sozialdemokraten dem Kommunitarismus nähern sollten. (Focus, 12/1997:212)

247 Amitai Etzioni machte 1991 mit seinem Memorandum „Responsive Communitarian Plattform“ auf die zerstörerische Wirkung der neoliberalen Politik aufmerksam und rief dazu auf, praktische Konsequenzen einzuleiten. Die Schrift erhielt grosses Echo. Der Wahlsieg des von ihm beratenen Bill Clinton als US-Präsident war dann eine wichtige Unterstützung.

248 In Deutschland haben Bernd Guggenberger und Thomas Meyer 1996 eine „Initiative für Bürgersinn“ gestartet. (Rudolf Walther, Basler Zeitung, 1.3.1997) Das „Manifest der Kölner Kommunitaristen“ sieht beispielsweise die „Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Selbsthilfe- oder Nachbarschaftshilfeorganisationen“ sowie die „Verpflichtung der Sozialhilfeempfänger zur gemeinnützigen Arbeit für die Stadt“ vor. (Focus 12/1997:208)

stellungen. Sie können seiner Auffassung nach den sozialen Wandel ebenso prägen wie wirtschaftliche Massnahmen.²⁴⁹

Amitai Etzioni (1995:XIII) bezieht sich selber stark auf seinen Lehrer Martin Buber. In seiner Gesellschaftsanalyse hebt Etzioni (1995:4) „das Missverhältnis von Ansprüchen und Verantwortungsbewusstsein“ hervor. Er kritisiert, dass die Rechte der Individuen ausgeweitet werden, ohne ein entsprechendes Mehr an Pflichten zur Folge zu haben. Hier möchte er den Hebel ansetzen: zum einen mit einem Moratorium, was die Festlegung neuer Rechte betrifft; zum andern mit einer Inpflichtnahme aller Mitglieder einer „Community“, sich um das Ganze zu kümmern. Wichtige Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Familie zu. Sie ist der Ort, an dem ein wichtiger Teil der Sozialisation stattfindet. Damit die Familie ihre Aufgabe gut erfüllen kann, ist sie auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen angewiesen; zum Beispiel auf existenzsichernde Löhne, damit die Eltern keine Nachtarbeit und Ueberstunden leisten müssen.

Dass Gemeinschaften auch gefährlich sein können, sieht Etzioni durchaus. Wichtig ist ihm die Balance zwischen Individualismus und Kollektivismus. Je nach gesellschaftlicher Voraussetzung ergeben sich andere Positionen. In China fordern Kommunitarier/innen mehr individuelle Freiräume, in den USA mehr gesellschaftliche Verantwortung. In Grossbritannien müssen sie berücksichtigen, dass die sozialen Institutionen weniger erschüttert sind als in den Vereinigten Staaten. Wenn es nicht gelingt, die zivile, moralische Ordnung zu stärken, dann fordern immer mehr Menschen eine starke Hand. (Etzioni 1995:XIII) Früher grenzte sich Etzioni vorwiegend gegen den extremen Liberalismus und Individualismus ab. Heute betont er vorwiegend die fundamentalistische Gefahr.

Die Idee des Kommunitarismus ist in den USA u.a. als Reaktion auf John Rawls' sozial-liberale „Theorie der Gerechtigkeit“ (Kap. 5.8) entstanden.²⁵⁰

249 Max Weber (1864-1920) hat u.a. in seiner Schrift „Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist“ (zit. nach: 1968:357-382) auf diesen Zusammenhang hingewiesen und in „Wirtschaft und Gesellschaft“ (1968:27-76) über die Frage nachgedacht, welche Freiheitsgrade der Mensch im gesellschaftlichen Gehäuse bewahren kann.

250 Karl-Otto Apel (1993:149) geht der Frage nach, inwiefern auch europäische Geistes-traditionen den Kommunitarismus in den USA angeregt haben. Er erwähnt beispielsweise die Rehabilitierung der aristotelisch-thomistischen Tugendethik sowie die erneuerte Aneignung von Hegel und seiner Idee der substantiellen Sittlichkeit.

Rawls betont die Rechte des Individuums; Kommunitaristen wie Michael Sandel postulieren hingegen eine Wiederbelebung der Gemeinschaft und des Gemeinsinns. Werte wie Verantwortung und Solidarität sollen den sozialen Zusammenhalt stärken. Das Einzelwesen kann nicht ohne Gemeinschaft existieren, die Gesellschaft nicht ohne Gemeinschaftssinn. Als kommunitaristisch bezeichnet Albrecht Wellmer (1993:175) Positionen, die auf der Annahme basieren, dass eine bloss auf die Garantie individueller – liberaler, sozialer und demokratischer – Grundrechte fixierte Gesellschaft kein Äquivalent für die „vereinigende Macht der Religionen“ hervorbringen kann. Dafür wäre vielmehr eine ebenso verpflichtende wie identitätsstiftende gemeinsame Konzeption des Guten nötig. Zwischen den als Kommunitaristen geltenden Charles Taylor, Alasdair MacIntyre, Robert Bellah oder Ben Barber gibt es allerdings beträchtliche Unterschiede. Von einer einheitlichen Schule kann nicht die Rede sein.

Als einer der prominentesten Kommunitaristen gilt Michael Walzer, der sich aber selber nicht so bezeichnet. Um die ethisch-moralische Autonomie von Individuen zu schützen, relativiert der sozialdemokratisch orientierte Walzer die Gemeinschaftsoption. Er moniert, dass die Demokratie zum Überbauphänomen verkommt und der Kapitalismus zwar den Staat braucht, aber keine moralische Beziehung zu ihm hat. Die zivile Gesellschaft gewährt den Bürger/innen hingegen konkrete Handlungsräume. Um dies zu erreichen, gilt es zunächst, die Ungleichheiten des Marktes mit Hilfe politischer Massnahmen abzuschwächen.²⁵¹

Der als konservativ geltende Robert Bellah geht zwei wichtigen kulturellen Traditionen der USA nach, die ein Gegengewicht zum selbstverwirklichungs- und nutzenorientierten Individualismus bilden: die biblische, christliche und jüdische sowie die republikanische Tradition. Joas (1995:73) zeigt demgegenüber auf, dass beispielsweise in Deutschland gerade die individualistisch-liberale Tradition eher schwach ausgeprägt ist und auch die republikanische Tradition im Sinne einer Selbstregulierung freier und tugendhafter Bürger/innen, die in Amerika seit dem 18. Jahrhundert wichtig ist, kaum existiert. Ihre klassische Form sieht Joas (1995:74) in der Schweiz verwirklicht.

251 Während der Philosoph Jürgen Habermas die Theorie von John Rawls verteidigt, gilt Hans Joas als Kommunitarist. Hans Joas (1995:69) wendet sich allerdings, ähnlich wie Taylor, gegen die modische Klage über die grassierende „Ellbogen-gesellschaft“. Er zeigt auf, wie traditionelle Gesellschaften zwar zusammenbrechen, an ihrer Stelle aber neue Formen der Gemeinschaft entstehen.

Der Kommunitarismus lehnt die Freiheitspostulate des Liberalismus nicht ab. Er knüpft vielmehr an diese Konzeption an. (Lutz Meyer 1996:39) Der Kommunitarismus versucht, die Ausgestaltung der Rechte stärker an die konkreten Bedingungen anzupassen. Michael Sandel wirft John Rawls vor, Menschen als weitgehend isolierte Wesen zu betrachten. Die Vorrangigkeit der Gemeinschaft trägt wesentlich zur Konstituierung der Persönlichkeit bei. Sie vermittelt Werte und Identität. Liberale Gesellschaften beruhen auf einem Mindestmass an Gemeinsinn.²⁵² Taylors' egalitäre Gesellschaftskonzeption impliziert eine rechtliche Absicherung der individuellen Autonomie. Hinzu kommt eine Gemeinschaftsorientierung, die aber nicht für sich alleine betrachtet werden darf. Taylor (1993:142ff.) bezieht sich ausführlich auf Montesquieus' „corps intermédiaires“, die als quasi „amphibische Körperschaften“ ein Leben ausserhalb der politischen Struktur haben und – wie von Tocqueville weiterentwickelt – ein Bollwerk gegen despotische Züge bilden, indem sie ein hohes Mass an basisorientierter Selbstregulation bilden.²⁵³

Michael Walzer gilt als „kommunitaristischer Liberalismuskritiker“ und als „liberaler Kommunitarismuskritiker“. Die von ihm geforderte Liberalismuskorrektur hat die Wertorientierung einer Gesellschaft selektiv zu verstärken. Die gemeinsame Orientierung am Wert der individuellen Freiheit ist mittlerweile zum Kern der kollektiven Wertbindung in den modernen Gesellschaften geworden. (Meyer 1996:42) Wer Gerechtigkeit will, muss Ungleiches nicht gleich, sondern Ungleiches ungleich behandeln. Alle Kommunitarier/innen stimmen im Kern der Notwendigkeit der Wiederbelebung der gesellschaftlichen Solidarität zu.

Der Bezug zur eingangs erwähnten Subsidiarität kommt bei Etzioni klar zum Vorschein. Er will zu einer Nachbarschaft zurückkehren, bei der man sich

252 Charles Taylor kann, wie John Rawls auch, zum sozialdemokratischen Flügel der politischen Linken gerechnet werden.

253 Taylor (1993:133/146) zeichnet nebst dem Montesquieu Strang auch den Locke Strang nach und hält kritische Distanz zu beiden. Locke vermittelt ein in sich geschlossenes, ausser-politisches, ökonomisches Gesellschaftsbild. Er überschätzt die Möglichkeiten der Selbstregulierung. Das wird auch häufig an Adam Smith kritisiert, der allerdings viel stärker für staatliche Regelungen eingetreten ist, als ihm nachgesagt wird.

zuerst selbst hilft, bevor man sich an den Staat wendet.²⁵⁴ „Wenn man sich wiederum zu sehr auf den Staat verlässt, verlieren die Menschen ihr Verantwortungsgefühl, die Gemeinschaft wird unterminiert“, sagt Etzioni (Focus 12/1997:212) und empfiehlt beispielsweise, dass gesunde Rentner/innen pflegebedürftige Menschen betreuen. Ich komme auf diesen Vorschlag (Kap. 7.3.3) zurück.

Johann Aeschlimann, ehemaliger US-Korrespondent der Basler Zeitung (26.1.1993:7), würdigt den Kommunitarismus als Versuch, die auseinandergefallenen Domänen von „Rechten“ und „Verantwortung“ wieder ins Lot zu bringen. Der Kommunitarismus soll der Gesellschaft zu einem neuen Zusammenhang verhelfen. Er ist eine Antwort auf den durch das Ende des Kalten Krieges und das Scheitern des Reaganismus verloren gegangenen Kitt. Dabei geht es nicht darum, rückwärtsgewandt die alte Familie mit ihrer einseitigen Rollenteilung zu festigen, sondern eine Familie zu unterstützen, in der beide Elternteile dieselben Rechte und Pflichten haben. „Wir wollen die Uhr nicht einfach zurückdrehen“, sagt Etzioni Etzioni (Focus 12/1997:210). Es geht vielmehr darum, ein Gleichgewicht zwischen der individuellen Freiheit und der sozialen Ordnung zu finden.

Ulrich Beck (1997:26/27) bezeichnet die Kommunitaristen als „Gegenspieler der Neoliberalen“ und kritisiert, dass sie dem Marktfundamentalismus nur die „eintönige Flagge der Gemeinschaft“ entgegenhalten.²⁵⁵ Rudolf Walther (Basler Zeitung, 1.3.1997) versteht nicht, „wie alte Werte eine neue Krise beheben sollen“. Die enge Koppelung kommunitaristischer Theorien mit der These vom Wertezerfall führt nach seiner Auffassung dazu, dass konservative Politiker (wie Wolfgang Schäuble) vornehmlich an die Tugend

254 Etzioni veranschaulicht das mit folgender Episode aus der Carter-Administration, die 1980 von der plötzlichen „Invasion“ von 250'000 Einwandernden aus Kuba überrascht wurde. Etzioni hat vorgeschlagen, die Unterbringung der Flüchtlinge privaten Institutionen zu überlassen. Das wurde jedoch abgelehnt. Als dann das staatliche Flüchtlingsamt die Arbeit aufnehmen wollte, waren 245'000 Flüchtlinge bereits von der katholischen Kirche und kubanischen Vereinigungen untergebracht worden.

255 „Doch während die Anbieter des Marktes handeln, und zwar sehr effektiv, begnügen sich die Kommunitarier im wesentlichen mit Kosmetik. Sie versuchen den Teufel des Egoismus mit einer wehevollen Rhetorik der Gemeinschaftlichkeit auszutreiben... Viele Kommunitaristen verwechseln Moralisieren mit Analysieren. Sie verkennen, dass es nicht nur die Gefahr eines Zuwenig an Gemeinschaft, sondern auch die Gefahr eines Zuviel geben kann“, schreibt Ulrich Beck (1997:26/27).

appellieren und vom „Zauberwort Bindekraft“ Wunder erwarten. Die Kritik an der Gerechtigkeitsidee des politischen Liberalismus bringt den Topos der Gemeinschaft von den USA nach Europa zurück. Damit lebt die simple Dychotomie von guter Gemeinschaft und böser Gesellschaft wieder auf (Micha Brumlik/Hauke Brunkhorst 1993:11). Aber das geschieht keineswegs zwangsläufig.

Ich habe bereits mit Hinweisen auf Taylor und Joas die Verbindung von Kommunitarismus und Wertezerfall relativiert. Ferner ist zu berücksichtigen, dass der Begriff „Gemeinschaft“ in den USA eine andere Bedeutung und Tradition hat als in Deutschland. Während in den USA der Begriff „community“ auch heute weitgehend mit demokratischer Teilhabe und republikanischer Tradition verknüpft ist, vertritt in Deutschland die politische Rechte eine Gemeinschaftskonzeption, die an die Tradition der Zwangsgemeinschaft erinnert.²⁵⁶ Deswegen ist die Orientierung des Kommunitarismus an der direkten Demokratie so wichtig. Dazu gehören die Revitalisierung von Gemeindeversammlungen und Basisorganisationen, die Durchführung von Protestaktionen sowie die Mittel von Initiative und Referendum.²⁵⁷

5.10 Neue Unübersichtlichkeit

Bezüge zu Jürgen Habermas sind schon verschiedentlich aufgetaucht. Habermas hält es mehr mit Rawls als mit dem Kommunitarismus.²⁵⁸ Er betont die

256 Wolfgang Schmidt (1994:375) kritisiert in diesem Zusammenhang die Wirkung von Walzers wenig konkretem Plädoyer für eine Politik der Differenz. Es beinhaltet die Gefahr einer Abkapselung und Abspaltung einzelner Bevölkerungsgruppen. So bedient sich beispielsweise in Frankreich die „Neue Rechte“ auch der Ideen von Lévy-Strauss, um vom Diskurs der Differenz rassistische Diskriminierung theoretisch zu rechtfertigen.

257 Meyer (1996:104) betont, dass die kommunitaristischen Konzepte kein Ersatz, sondern eine Ergänzung der liberalen Demokratietheorien sind.

258 Gleichwohl bestehen vielfältige Unterschiede zumindest in der Akzentuierung. Für Rawls sind liberale Grundrechte, für Habermas demokratische Kommunikations- und Teilhaberechte fundamental. (Wellmer 1993:179) Habermas sieht in der gleichberechtigten Teilhabe aller am demokratischen Diskurs das fundamentale Legitimitäts- oder Gerechtigkeitsprinzip moderner Gesellschaften, das allen besonderen Ausformulierungen liberaler Grundrechte vorgeordnet bleibt.

demokratiethoretische Bedeutung der Kommunikation, unterscheidet sich aber von Giddens' dialogischem Ansatz.²⁵⁹ Häufig wird Habermas' Buchtitel „Die Neue Unübersichtlichkeit“ zitiert. Die Strukturen sind derart komplex geworden und deshalb unübersichtlich, heisst es.²⁶⁰ Wer den ganzen Text von Jürgen Habermas (1985) liest, stösst indes auf eine wichtige Orientierungshilfe. Sie enthält auch wertvolle Aussagen zur Selbsthilfebewegung und zur Frage der Subsidiarität.

Habermas (1985:141ff.) sieht die Moderne weitgehend auf sich selbst gestellt: Sie kann ihre orientierenden Massstäbe kaum mehr den Vorbildern anderer Epochen entleihen. Je komplexer steuerungsbedürftige Systeme werden, umso grösser wird die Wahrscheinlichkeit disfunktionaler Nebenfolgen. Produktivkräfte laufen Gefahr, sich in Destruktivkräfte zu verwandeln. Ans Ende gelangt sind jene Utopien, die sich – wachstumsorientiert – um das Potential der Arbeitsgesellschaft kristallisiert haben. Seit Mitte der siebziger Jahre kommen vermehrt Grenzen des sozialstaatlichen Projektes ins Bewusstsein. Dies allerdings ohne klar erkennbare Alternative. Eine neue Unübersichtlichkeit charakterisiert die heutige Situation. Die von der gängigen Arbeitsteilung ausgehende Sozialstaatsprogrammatische verliert die Kraft, die Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschliessen.

In der sozialen Marktwirtschaft kommt dem interventionistischen Staatsapparat die Aufgabe zu, Krisen zu glätten. Er ist aber keine autonome Quelle von Wohlstand und damit nicht in der Lage, Arbeitsplatzsicherheit als Bürger/innenrecht zu garantieren. Trotz beschränkter Handlungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft greift der Staat nachhaltig in den Lebenskreislauf

259 Paul Trappe (1997:260) skizziert, wie Jürgen Habermas in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ das Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit als Ergebnis eines langandauernden sozialen Wandels darstellt. Nach Habermas scheint die Öffentlichkeit aus rational miteinander agierenden (mündigen) Bürger/innen zu bestehen, die im Kommunikationsprozess auf einen vernünftigen, auf Kompetenz gründenden sozialen Kontakt abstellen.

260 Dazu Wilfried Röhrich (in Schlüter 1990:I): „Man muss nicht Kulturkritiker oder Sozialromantiker sein, um zu erkennen, in welcher zunehmend Masse diese Gesellschaft menschliche Lebensführung erschwert. Ihre Komplexität ist zu umfassend, als dass sie erlebnis- und gefühlsmässig bewältigt werden könnte“. Wolfgang Schmidt (1994:361) beschreibt, wie die „moralische Unübersichtlichkeit der Gegenwart“ dem Religiösen eine ungeahnte Klientel eröffnet.

seiner Bürger/innen ein. Ein immer dichteres Netz von Rechtsnormen, von staatlichen und parastaatlichen Bürokratien überzieht den Alltag der potentiellen und tatsächlichen KlientInnen. Die Verformungen einer reglementierten, zergliederten, kontrollierten und betreuten Lebenswelt bezeichnet Habermas (1985:151ff.) als sublimier als die handgreiflichen Formen von materieller Ausbeutung und Verelendung. Aber die aufs Psychische und Körperliche abgewälzten und verinnerlichten sozialen Konflikte sind nicht weniger destruktiv. Sie widersprechen dem Ziel des sozialstaatlichen Projekts, das egalitär strukturierte Lebensformen vorsieht. Diese gewähren Spielräume für individuelle Selbstverwirklichung und Spontaneität. Sie lassen sich jedoch kaum auf dem direkten Wege einer rechtlich-administrativen Umsetzung politischer Programme erreichen.

Trotzdem kennzeichnen die sozialstaatlichen Institutionen den gewaltigen Entwicklungsschub des demokratischen Verfassungsstaates. Immer grössere Anstrengungen sind allerdings erforderlich, um die private Lebenswelt für die persönlichen Belastungen zu entschädigen und gegen den Druck von Konkurrenzgesellschaft und beschleunigter Modernisierung abzufedern. Das Muster, das sich im internationalen Rahmen zwischen den Metropolen und Peripherien eingespielt hat, scheint sich im Innern der hochindustrialisierten Länder zu wiederholen.²⁶¹

Neokonservative Strömungen fördern eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Diese betrachtet eine zunehmende Arbeitslosenquote als unumgänglich. Sie versucht, den Aufwand für die Legitimation des politischen Systems zu senken. Um der „Anspruchsinflation“ und „Unregierbarkeit“ entgegenzuwirken, sollen Administration und öffentliche Willensbildung mehr entkoppelt werden. Neokorporatistische Entwicklungen aktivieren die Grossverbände als nicht-staatliche Steuerungspotentiale. Die Verlagerung von normativ geregelten parlamentarischen Zuständigkeiten auf andere Handlungssysteme verschiebt sozialstaatliche Kompetenz in Grauzonen.

²⁶¹ Jürgen Habermas versteht den Staat als ein Subsystem der Gesellschaft, das mehrere Schübe der Verrechtlichung durchlaufen hat. (Christoph Zöpel 1991:93ff) Der letzte Schub zum sozialen Rechtsstaat lässt sich damit begründen, dass die sich selbst überlassene kapitalistische Wirtschaft soziale Probleme nicht ausreichend regelt. Um genügend Ressourcen zu haben, tendiert dieser Rechtsstaat darauf, stark zu sein. Wie Luhmann verneint Habermas die Möglichkeit staatlichen Handelns nicht grundsätzlich, „er bezweifelt aber die befriedigenden Wirkungen gerade des Wohlfahrtsstaates“, schreibt Zöpel (1991:100). Luhmann bezieht sich in seiner Kritik mehr auf die Möglichkeiten, Habermas auf die Folgen staatlichen Handelns.

Ein anderes Reaktionsmuster zeichnet sich in der „Dissidenz von Wachstumskritikern“ ab. (Habermas 1985:155) Diese haben eine ambivalente Einstellung gegenüber dem Sozialstaat und sammeln sich in Neuen Sozialen Bewegungen. Was sie einigt, ist die Ablehnung der produktivistischen Fortschrittsvision, welche die Neokonservativen mit den Legitimisten teilen. Letztere bezeichnet Habermas als die eigentlich Konservativen. Sie hoffen darauf, die Stelle des Gleichgewichts zwischen Sozialstaatsentwicklung und marktwirtschaftlicher Modernisierung wieder ausfindig machen zu können. Die gestörte Balance zwischen demokratischen Gebrauchswertorientierungen und abgemildert kapitalistischer Eigendynamik soll sich neu einpendeln. Diese Programmatik ist auf die Bewahrung sozialstaatlicher Besitzstände fixiert. Laut Habermas (1985:153) verkennt sie die Widerstandspotentiale, die sich im Sog einer fortschreitenden bürokratischen Erosion der aus naturwüchsigen Zusammenhängen freigesetzten, kommunikativ strukturierten Lebenswelten ansammeln.

Die „industriegesellschaftlichen Dissidenten“ wollen hingegen die Eigendynamik der über Macht und Geld gesteuerten Subsysteme durch Formen basisnaher und selbstverwalteter Organisation brechen oder eindämmen. Sie fordern eine staatliche Infrastruktur, welche „sozial gebändigt“ die Individuen nicht vereinnahmt. Von Interesse ist dabei die Frage nach Ausweitungsmöglichkeiten vorhandener Überschneidungen und argumentativer Schnittpunkte mit jenen Legitimisten, die in der entfesselten Eigendynamik der Wirtschaft eine grosse Gefahr sehen und die Problemlasten zwischen den Systemen Staat und Wirtschaft neu aufteilen wollen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die oben angeführte Differenzierung der gängigen Sozialstaatskritik. Habermas schürt nicht die Illusion, ein Zurückdämmen sozialstaatlicher Leistungen würde quasi automatisch die Selbsthilfegeister wecken. Er zeigt auch, wie Albrecht Wellmer (1993:173) weiter ausführt, dass sich die Menschen schon seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Sorgen über das Erlahmen der sozialen Bindungskräfte machen. Einer der wichtigen Diskurse der Moderne ist also gar nicht so neu. Das mindert nicht die Probleme, die unabdingbar mit der Individualisierung verbunden sind. Es entlastet aber von dem Druck, der da und dort dazu führt, die Komplexität simplizistisch zu reduzieren und alte Schwarz-weiss-Muster zu reaktivieren. Ich halte deshalb (ohne der Kritik am Sozialstaat zuzustimmen) die Ausführungen von Habermas für sehr wichtig. Sie zeigen die positiven Überschneidungen verschiedener Theoriegebäude auf. Damit erhöhen sich die Möglichkeiten der Verständigung und der praktischen Umsetzung.

5.11 Reflexive Moderne

Die Mechanik des Entweder-Oder führt zu einer Zwangsstabilisierung, die blockiert. Die Unübersichtlichkeit verunsichert. Sie beinhaltet die Gefahr, im Abwehrreflex zu verharren oder vorwärts zu flüchten. Die Individualisierung führt aber auch zu einer Destabilisierung, die neue Chancen eröffnet. Laut Ulrich Beck (1993:223) kehren die Individuen dadurch in die Gesellschaft zurück. Alte Parteibindungen werden enttraditionalisiert. „Die Gefahr der neuen Vielfalt liegt nicht in der angeblichen Unübersichtlichkeit, die sie mit sich bringt. Sie liegt in der Unfähigkeit der politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirche, Vereine usw., mit der gewachsenen Vielfalt umzugehen.“, schreibt Beck (1997:17). Er ist wie Jürgen Habermas der Meinung, dass sich wesentliche Bestimmungen der Moderne kaum mehr aus der Vergangenheit erklären lassen. Aber wie denn sonst? Und was macht die Moderne aus? Ich gehe hier auf jene Elemente in Ulrich Becks Theoriegebäude ein, die – wie die Erklärung sozialer Bewegungen und neuer Beziehungsformen – einen Bezug zur Subsidiarität und Solidarität haben.²⁶²

Ulrich Beck (1986:7ff.) geht davon aus, dass eine neue „Gewalt der Gefahr“ alle Schutzzonen und Differenzierungen der Moderne aufhebt. Während sich früher die Not ausgrenzen liess, ist das bei den Gefahren des Atomzeitalters nicht mehr möglich. Die Moderne eröffnet den Menschen ungeahnte Möglichkeiten, das gesellschaftliche Gefüge zu beeinflussen. Sie beschert ihnen aber auch neue Einschränkungen und Abhängigkeiten. Extreme Bedrohungen verkehren den auf die Spitze getriebenen Individualismus ins Gegenteil. Sie heben das Private auf. Heute kann ein Windstoss über Leben und Tod entscheiden. Dazu braucht es kein menschliches Versagen. Die Katastrophe ist systemisch verursacht. Individuelle Vorrichtungen bieten kaum mehr Schutz. Die hochindustriellen Bedrohungen sind zu gewaltig.

Beck will das „Begriffsdunkel der Nachaufklärung“ aufhellen. Er will dem auf die Spur kommen, was das Codewort „Post“ verschleierte, das sich leicht im Modischen verfängt. Beck wendet sich gegen jene, die an einem

262 Ich beziehe mich primär auf seine Bücher „Risikogesellschaft“ (1986), „Die Erfindung des Politischen“ (1993) und „Kinder der Freiheit“ (1997). Während Urs Marti (WochenZeitung, 8.8.1997) Becks Oberflächlichkeit kritisiert, lobt Giddens (1997) insbesondere das Buch über die Risikogesellschaft als eines der wichtigsten. Es steht hier im Vordergrund. Ich kann Becks' Analysen nicht immer nachvollziehen, halte sie aber für enorm anregend.

engen Aufklärungsverständnis festhalten und sich an den naturwissenschaftlichen Prämissen des 19. Jahrhunderts orientieren. Er widerspricht auch jenen, die heute das Projekt Moderne ganz verabschieden wollen. Im 19. Jahrhundert kontrastierte die Moderne eine traditionelle Welt der Überlieferung. Heute trifft sie auf die Auswirkungen der Industrialisierung und damit auf sich selbst. Im 19. Jahrhundert wurden ständische Privilegien und religiöse Weltbilder entzaubert, heute stehen das Wissenschafts- und Technikverständnis, die Arbeits- und Lebensformen sowie die Leitbilder und das Rollenverständnis zur Diskussion. Moderne und Industriegesellschaft scheinen in Gegensatz zu geraten. Während sich die einfache Modernisierung gegen die Tradition wandte, hebt sich die reflexive von der Industriegesellschaft ab.

Wer demnach eine revolutionäre Umwälzung mit einem Akteur erwartet, der die Industriegesellschaft verdrängt, sieht sich getäuscht. Die Industriegesellschaft stiehlt sich selber auf leisen Sohlen fort. Und, was in unserem Zusammenhang besonders wichtig ist: Die Fortschrittskritik und neue soziale Bewegungen stehen nicht im Widerspruch zur Moderne. Sie sind Zeichen einer Weiterentwicklung, die über den Entwurf der Industriegesellschaft hinausführt. Das Neue ist neu zu denken. Es passt in kein rückwärtsgewandtes, antimodernistisches Szenario.²⁶³

Beck entfaltet die Leitidee einer reflexiven Modernisierung der Industriegesellschaft von zwei Seiten her. Am Beispiel der Reichtums- und Risikoproduktion erörtert er das „Ineinander von Kontinuität und Zäsur“: Während in der Industriegesellschaft die Logik der Reichtumsproduktion dominiert, schlägt in der Risikogesellschaft dieses Verhältnis mit der Ausweitung der Gefährdungen um. Die Globalisierung kennt zwar keine nationalstaatlichen Grenzen, wird aber durch eine besondere Dynamik relativiert. Jene, welche die Probleme verursachen, werden durch immer mehr Probleme selber betroffen. Die Folgen fallen auf sie zurück. Hinzu kommen die immanenten Widersprüche zwischen der Moderne und Gegenmoderne.

263 Beck unterscheidet drei Varianten, wie sich die Zukunft gestalten lässt: Wer das alte Wachstumsverständnis hat, will zurück zur Industriegesellschaft. Wer auf die Forschung setzt, baut auf die Demokratisierung des technologischen Wandels. Wer im Sinne einer differenzierten Politik ein Demokratiemodell jenseits zentralistischer Steuerungs- und Fortschrittsfiktionen anstrebt, akzeptiert auch die Notwendigkeit der Selbstbegrenzung.

Einerseits ist die Industriegesellschaft als Klassen- oder Schichtgesellschaft entstanden, andererseits entzieht die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung dieser die kulturellen und traditionellen Grundlagen. Einerseits ist die Industriegesellschaft nach dem Muster der Kleinfamilie normiert, andererseits basiert diese auf geschlechtsspezifischen Zuweisungen, welche durch die verstärkte Erwerbstätigkeit der Frauen unterlaufen werden. Einerseits ist die Industriegesellschaft an der Erwerbsarbeit orientiert, andererseits wird diese durch die Rationalisierung minimiert. Einerseits wird in der Industriegesellschaft die Rationalität institutionalisiert, die sich mit äusseren Forschungsobjekten befasst, andererseits dehnt sich das Prinzip Zweifel auf die eigenen Grundlagen und Risiken aus. Einerseits gelten in der Industriegesellschaft Formen der parlamentarischen Demokratie, andererseits schränkt sie deren Wirkungskreis ein, indem die Wirtschaft weitgehend ausgeklammert bleibt. So erweist sich in der Reflexivität von Modernisierungen die industrielle Traditionalität als brüchig, wobei die Irritationen eigentliche Erfolge der Modernisierung sind, die auch auf einen Wandel der Grundlagen des Wandels drängt. Beck betrachtet die Industriegesellschaft als eine halbmoderne Gesellschaft. Die Grundstruktur ist widersprüchlich. Sie labilisiert die Industriegesellschaft allmählich. Die Kontinuität wird somit zur Ursache der Zäsur. Chancen und Risiken sind nahe beisammen. Der mögliche Ausweg ist offen.

Mit den Risiken erhöht sich das Bedürfnis nach Sicherheit. Das hat Konsequenzen für die Entstehung neuer Gemeinschaften. Weil die Verursacher/innen der Risikoproduktion selber immer mehr von den Folgen betroffen sind, erhöht sich laut Beck (1986:47) ihre Verantwortungsbereitschaft. Aber ist die derzeitige Risikoverteilung nicht auch durch eine Risikoabwälzung geprägt, die jene überfordert und lähmt, die ohnehin bloss über knappe Mittel verfügen? Werden so alte soziale Ungleichheiten neu verfestigt? Beck (1986:65) stellt einen Wandel von der Solidarität aus der Not zur Solidarität aus Angst fest. Aber wie wirkt sich die Angst aus? Gruppenbildend? Sprengt sie das individuelle Nutzenkalkül? Oder treibt sie die Menschen in Irrationalismus und Fanatismus? Behindert sie die erhoffte Zunahme einer freiwilligen Solidarität?

In der Erfahrung der materiellen Not sind nach Beck (1986:100) Betroffenen und subjektives Erleben und Erleiden nahe beisammen. Risiken lassen sich einfacher übersehen. Nimmt also mit dem Ausmass der Gefahr auch deren Leugnung und Verharmlosung zu? Und erhöht sich damit die Bereitschaft, jene als Bedrohung hinzustellen, die auf Bedrohungen hinweisen?

Der soziale Wandel bringt im Zeichen der Moderne mit sich, dass in dessen Verlauf die Menschen aus den Sozialformen der industriellen Gesellschaft freigesetzt werden. (Beck 1986:116ff.) Der Prozess der Individualisierung wurde früher für das sich entfaltende Bürgertum in Anspruch genommen. Die Abstände in der Einkommenshierarchie sind inzwischen ähnlich geblieben. Gleichwohl tritt für das Handeln der Menschen die Bindung an soziale Klassen in den Hintergrund. Die Dynamik des sozialstaatlich abgesicherten Arbeitsmarktes hat dazu wesentlich beigetragen. Trotz Konstanz bei den Relationen der sozialen Ungleichheit haben sich die Lebensverhältnisse also stark geändert. Beck (1986:122) sieht eine kulturelle Evolution der Lebensformen, wobei die Bildungsexpansion und Mobilität eine grosse Rolle spielen. Zudem hat das selbst verdiente Geld der Frauen die Machtbeziehungen in der Ehe und Familie verändert. Bei seinem Versuch, Differenzierungen der Sozialstruktur zu berücksichtigen, stellt Beck die Normen, Werte und Lebensstile weniger als Produkt der industriellen Klassenbildung dar, sondern vielmehr als Relikt vorkapitalistischer Traditionen. Dies zumindest bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Danach beginnt die labile Einheit einer ständisch geprägten, marktvermittelten Gemeinschaftlichkeit auseinanderzubrechen. Die Nachbarschaft wird durch isolationistische Nicht-Beziehung, aber auch durch selbstgebaute Netzwerke ersetzt. In den achtziger Jahren stellt Beck neue Schliessungstendenzen und einen kollektiven Abstieg fest, bei dem ständische Kriterien neue Bedeutung erlangen.²⁶⁴

Als mögliche, sich nicht ausschliessende Entwicklungsvarianten skizziert Beck (1986:156) den Fortbestand der Ungleichheiten in Grauzonen, die Modernisierung der Klassenbildung unter Einbezug der Individualisierung sowie die Stärkung neuer Netzwerke, Identitäten und sozialer Bewegungen. Dabei polemisiert er gegen eine Psychowelle, die gesellschaftliche Probleme vorwiegend als individuelle hinstellt.²⁶⁵ Gewerkschaftliche und politische Bearbeitungsformen geraten in Konkurrenz zu therapeutischen Konzep-

264 Beck (1986:122) beschreibt das am Beispiel der Arbeitslosigkeit. Sie wird den Menschen unter den Bedingungen der Individualisierung als persönliches Schicksal aufgebürdet. Dabei bleibt unklar, was schlimmer ist, Hilfe zu empfangen oder unentdeckt zu bleiben.

265 Beck (1986:156) bringt hier das Beispiel, das in Vorträgen immer wieder (mit oder ohne Quellenangabe) zitiert wird: Besessen vom Ziel der Selbstverwirklichung versuchen etliche Individuen, sich selbst aus der Erde herauszureissen. Sie tun dies, um nachzusehen, ob ihre Wurzeln auch wirklich gesund sind.

ten, die sich konkreter auf die Belastungen der Betroffenen beziehen.²⁶⁶ Das Bedürfnis nach geteilter Innerlichkeit und enger Gemeinschaftlichkeit wächst mit den Verlusten, die sich aus der Individualisierung ergeben. Fehlende institutionelle Lösungen potenzieren die privaten (Beziehungs-)Konflikte.

Beck (1993:9) sieht, wie erwähnt, die Möglichkeit einer Ablösung der Solidarität aus Not, die Durkheims „mechanischer Solidarität“ ähnelt, durch die Solidarität aus Angst. Als weitere Möglichkeit ist eine Solidarität aus Vernunft denkbar. Sie entspricht der freiwilligen Solidarität, die das Verbindende aus eigenen Stücken sucht. Während das 19. Jahrhundert vom Entweder-Oder geprägt wurde, sollte das 20. Jahrhundert der Arbeit am „und“ gelten. (Arend 1993:84)

Die reflexive Modernisierung erzeugt allerdings Erschütterung. Sie bringt die Frage aufs Tapet, wieviel Auflösung ein Mensch erträgt. Sie schärft auch den Blick für prinzipielle Alternativen. Nicht zur Disposition stehen die Errungenschaften der europäischen Moderne: parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die Freiheiten der Individuen. Beck (1993:30) sieht aber die Gefahr, dass die Verunsicherung den Ruf nach der starken Hand erhöht. Er stimmt deshalb je länger desto weniger ins Lamento über den Wertezerfall ein, das er am Kommunitarismus kritisiert.

Als wachsendes Problem ortet Beck (1993:19) das Fehlen eines europäischen Sicherungssystems. Das hängt damit zusammen, dass es derzeit die dazu nötigen Vertragspartner/innen noch nicht gibt. Wie in der griechischen Antike die lokalen Formen, im 18. und 19. Jahrhundert die nationalen, so müssen heute die globalen Formen der Demokratie neu erfunden werden. Der Ansatz einer neuen Politik äussert sich in der Fähigkeit zur Selbstorganisation: Die Deregulierung kann diese kaum begünstigen. Beck hält sie für ein Desaster. Der Staat muss Selbstbegrenzung, aber auch Selbsterhaltung praktizieren. Monopole sind aufzuheben oder vorübergehend zu übernehmen. Beck (1993:219) will weder einen Nachtwächter-Staat noch einen Interventionsstaat mit Gesamtplanung und übermässiger Kontrolle.

„Sind wir eine Gesellschaft der Ichlinge?“, fragt Ulrich Beck in seinem Buch „Kinder der Freiheit“ (1997:9), in dem er deutlicher als zuvor „Wider das

266 Wie sich moderne Biographien aus vorgegebenen Mustern herauslösen, wird von gewerkschaftlichen Institutionen und politischen Instanzen wenig beachtet. Diese orientieren sich, wie Beck (ebd.) kritisiert, am Vergangenen. Sie werden so zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es je länger desto weniger gibt.

Lamento über den Werteverfall“ argumentiert und für eine „Selbstautorisierung des Individuums“ eintritt. Die Symptome der sogenannten „Ego-gesellschaft“ lassen sich seiner Auffassung nach nicht durch weniger, sondern durch mehr politische Freiheit bekämpfen. Die politische Freiheit kennzeichnet die Moderne, die sich nicht auf Zweckrationalität (Max Weber), Kapitalverwertung (Karl Marx) oder funktionale Differenzierung (Talcott Parsons, Niklas Luhmann) reduzieren lässt. Anstelle der traditionellen Sicherheit entsteht in der Moderne die demokratische Kultur eines rechtlich sanktionierten Individualismus. Sie bietet den Menschen mehr Freiheiten als erwartet, aber genau das scheinen viele zu übersehen. Sie verkennen auch, dass der Individualismus in neuer Weise die Bereitschaft fördert, für andere da zu sein. Die Sehnsucht nach Selbstbestimmung steht laut Beck durchaus im Einklang mit der Sehnsucht nach Gemeinsamkeit. Die Räume, in denen selbstverantwortlich gedacht wird, sind kleiner geworden, aber sie werden intensiver und freiwilliger genutzt.²⁶⁷

Die Verfügbarkeit über die eigene Zeit wird allmählich höher bewertet als mehr Einkommen und Karriere. (Beck 1997:20) Das erleichtert den Abschied von einer Epoche, in der die Menschen ökologisch und ökonomisch über ihren Verhältnissen leben. Die Vielfalt der Lebensverhältnisse sowie die Globalisierung führen dazu, dass „die Toleranz gegenüber andersartigen Menschen und gesellschaftlichen Randgruppen stetig gestiegen ist“. Der mobile Mensch ist nicht bindungslos geworden. Er fühlt sich an mehreren Orten zu Hause und dehnt damit sein Verantwortungsgefühl aus. „In der Bevölkerung gewinnen Selbstverantwortung, Selbstorganisation, Selbstpolitik eine aufgeklärt-realistische Chance, die nun allerdings auch von einer Politik, die überall auf ihre Grenzen trifft, in dem Sinne genutzt werden muss, Verantwortung und Macht neu zu (ver)teilen.“, schreibt Beck (1997:21) und weist deutlich darauf hin, dass die Freiheit die Sicherheit voraussetzt.

Die „Kinder der Freiheit“ leben allerdings in einer Welt, in welcher der als sicher geglaubte Wohlstand erodiert. Der rasche und weitreichende gesellschaftliche Wandel verändert die Grundlagen des Lebens. Das verun-

267 Laut Beck (1997:15) praktizieren Jugendliche als Kinder der Freiheit eine hochpolitische Politikverleugnung. Sie foutieren sich um die Formalismen der Vereine und nehmen, indem sie die gängige Macht ignorieren bzw. unterlaufen, ein Stück Gegenmacht wahr. Ihr Spasshabenwollen gehört zur Basisopposition. Als weiteres Beispiel erwähnt er die grosse Bereitschaft, freiwillige Arbeiten zu verrichten.

sichert viele Menschen. Sie fühlen sich durch die mögliche Freiheit bedroht. Früher sorgten Religion und Erwerbsarbeit (Wirtschaftswachstum, Massenkonsum) für den sozialen Zusammenhalt, der heute über die Ausweitung politischer Freiheiten anzustreben ist. Freiheit ist nicht Auflösung, sondern Quelle des Zusammenhalts. Heute ist, so Beck (1997:382ff.), eine Selbstintegration der Individuen nötig. Ein wichtiges Merkmal der „zweiten Moderne“ ist, dass die politischen Freiheitsrechte, die ursprünglich als Beteiligungsformen für den engen Bereich des politischen Handelns konzipiert waren, mehr und mehr auch in allen andern Feldern gesellschaftlichen Handelns konfliktvoll geltend gemacht werden. Die Individuen ergreifen ihre politischen Freiheitsrechte und organisieren sich selber.²⁶⁸

Interessant ist die Akzentverschiebung, die sich in bezug auf die Individualisierung feststellen lässt. Beck betont zunächst die Gefahren, dann die Chancen der Individualisierung. Diese bestehen, wie bereits verschiedentlich erwähnt, durchaus. Sie hängen mit dem Subsidiaritätsprinzip zusammen. Die kleine Einheit ist, teilweise unfreiwillig auf sich zurück geworfen, wieder mehr gefragt. Dabei besteht die Gefahr, dass die Herausforderung zur Überforderung wird. Das bedeutet, dass es auch weiterhin Solidarität aus Not oder Angst geben wird. Was die freiwillige Solidarität betrifft, ist Beck optimistisch. Ich habe im vierten Kapitel auf erfreuliche Ansätze hingewiesen. Eine weitere Verbreitung verschiedener Formen der Selbstorganisation ist gewiss erstrebenswert. Ob die Realisierung gelingt, ist eine andere Frage. Die Antwort hängt auch davon ab, ob der Staat die subsidiären Anstrengungen nicht bloss fordert, sondern mehr fördert und solidarisch unterstützt. Um das tun zu können, muss sich der Staat selber erhalten, begrenzen und weiter entwickeln.

5.12 Intellektueller Humanismus

Erich Fromm ist einer der Begründer des intellektuellen Humanismus. Er geht davon aus, dass die Überflussgesellschaft an die Grenzen ihrer sozia-

²⁶⁸ Zu den Vätern der Freiheit zählt Beck (1997:333) Alexis de Tocqueville: Gegen die Freiheit zu kämpfen, hiesse gegen Gott selbst zu kämpfen. Die durch die Industrialisierung geförderte Staatsmacht ist eine Chance für die soziale Gleichheit und eine Gefahr für die individuelle Freiheit.

len und ökologischen Belastbarkeit gestossen ist.²⁶⁹ Im Gegensatz zu Freud gründet Fromm (1990:15ff.) seine Analyse auf die Überzeugung, dass das Schlüsselproblem der Psychologie die spezifische Art der Bezogenheit des Individuums zur Welt und nicht die Befriedigung oder Nicht-Befriedigung dieses oder jenes triebhaften Bedürfnisses an sich ist. Er thematisiert damit intensiv die Verknüpfung zwischen Individuum und Gesellschaft, die eine prozesshafte und keine statische ist, wobei der „Faktor Mensch“ stets im Zentrum steht. Fromm fordert neue immaterielle Normen wie die Selbstverwirklichung und Kooperation. Horst E. Richter führt diesen Gedanken aus. Ich befasse mich im Kapitel 6.3.2 mit seinem „Lernziel Solidarität“. In die Tradition von Erich Fromm gehören auch sein Freund Martin Buber (Helmut Wehr 1990:12) und Carl Rogers. Von ihnen war bereits öfters die Rede. In den Kapiteln über Empowerment (7.2.3) und Kompetenzmotivation (7.2.4) versuche ich den intellektuellen Humanismus weiter zu konkretisieren.

Im Folgenden gehe ich – exkursartig – auf den weniger bekannten Ansatz von Theodor Geiger²⁷⁰ ein. Theodor Geiger hat sich u.a. mit der sozialen Frage beschäftigt, mit Gruppen- und Gemeinschaftstheorien, mit Werten, Ideologien und den Verknüpfungen untereinander.²⁷¹ Er ist ebenfalls ein in-

²⁶⁹ Mit seinen Büchern „Die Kunst des Liebens“ (1956), „Die Revolution der Hoffnung“ (1968) und „Haben oder Sein“ (1976) rückt Fromm die Bedeutung nicht-materialistischer Werte in den Vordergrund. Eine ganze Generation humanistischer PsychologInnen bezieht sich darauf. Im früheren Werk „Die Furcht vor der Freiheit“ (1990, Orig. 1941) legt Fromm Grundlagen, die für das Verständnis von Freiheit und Solidarität zentral sind.

²⁷⁰ 1891 in München geboren, Studium der Rechtswissenschaft, in Russland verwundet, 1918 Promotion und SPD-Mitgliedschaft, 1920 journalistische Tätigkeit über skandinavische Länder, 1922-33 a.o. Prof. in Braunschweig, 1932 Austritt aus SPD, 1934 Gastvorlesungen in Kopenhagen, 1938 o. Prof. Univ. Aarhus. 1940 Emigration nach Schweden. 1943 Prof. in Uppsala, nach Kriegsende Aarhus, 1951/52 Gastvorlesungen in Toronto. 1952 gestorben. (dazu: Trappe Paul 1962:13-45)

²⁷¹ Geiger gilt als einer der vielseitigsten deutschen Soziologen. Seine Untersuchungen beziehen sich auf die Allgemeine Soziologie, Methodenfragen, die soziale Mobilität, das Massenphänomen, die Ideologiekritik und Rechtssoziologie. Geiger interessiert sich schon in frühen Jahren für die Diskrepanz zwischen sozialer und gesetzlicher Wirklichkeit. Er verfasst seine Dissertation über „Die Schutzaufsicht“ und bald darauf eine Arbeit über „Das uneheliche Kind und seine Mutter im Recht des neuen Staates“. Während den zwanziger Jahren widmet sich Geiger (nebst Methodenfragen) der Arbeiter/innen-Bildung. In diese Zeit fällt auch die Publika-

tellectueller Humanist, kontrastiert aber in der wichtigen Gemeinschafts- und Wertfrage die bereits referierte Haltung von Buber und Rogers, die das Verstehen individueller und gesellschaftlicher Prozesse stark vom Zulassen eigener Gefühle abhängig machen.

Theodor Geiger ist nach Paul Trappe (1962:31) stark durch die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus geprägt. Sein „Intellektueller Humanismus“ richtet sich gegen das „Krebsübel der modernen Industriegesellschaft, die Kritiklosigkeit und Verführbarkeit der Masse“.²⁷² Diesem Uebel soll begegnet werden, indem wieder an die „unterbrochene Aufklärung“ angeknüpft wird. Der intellektuelle Humanismus ist eine Geisteshaltung, die zur Emanzipation von der Befangenheit verpflichtet. Sie versucht, den „pathetisch-irrationalen Mensch“ aufzuklären.

Geiger führt das Unheil der nationalsozialistischen Zeit auf einheitliche Wertvorstellungen zurück, die in Grossgruppen besonders zum Tragen kommen. Er setzt diesen einen Wertnihilismus entgegen, kritisiert damit aber nicht die Wertvorstellungen als solche. Geiger richtet seinen Wertnihilismus vielmehr gegen die kollektiven Wertvorstellungen. Er anerkennt durchaus, dass Werte im sozialen Leben ihren Platz haben. Doch aufs grosse Ganze übertragen, können sie verhängnisvoll sein. Da werden sie von den einzelnen Menschen nicht mehr originär gebildet und empfunden. Geiger richtet seinen Wertnihilismus gegen die Übernahme von Werten, die für die Einzelwesen nicht mehr überprüfbar sind. Er wehrt sich gegen die Verführbar-

tion von „Die Masse und ihre Aktion“ (1926). In Kopenhagen untersucht Geiger das Zukunftsbild des Nationalsozialismus. In „Sociologi“ (1936) gibt Geiger einen Überblick über die Entwicklung der Soziologie als selbstständige Wissenschaft. Im systematisch-theoretischen Teil geht er von der Gruppe als Grundkategorie der Soziologie aus, die er von der (molligen Kuhstallwärme der) Gemeinschaft unterscheidet. Bei den Fragen der Massenbeeinflussung geht es u.a. um Probleme der Reklame, der Ideologie und der sozialen Mobilität. Dies unter dem Gesichtspunkt der Aktivierung von Schichten, die „normalerweise“ eher am Rande des öffentlichen und sozialen Geschehens stehen. Geiger verknüpft seine vielfältigen Interessen u.a. in den Vorstudien einer Soziologie des Rechts und lässt sich dabei von der metaphysisch-feindlichen, positivistischen Uppsala-Schule anregen. Nach dem Krieg beteiligt sich Geiger an etlichen Rundfunksendungen. Sein Beitrag „Über die Vermeidbarkeit von Kriegen“ findet grosse Beachtung. (dazu: Trappe Paul 1962:13-45)

272 „Intellektueller Humanismus“ als Lebenshaltung bedeutet ‘Gefühlsaskese’, ‘Wertabstinenz’ und ‘Ideologiefreiheit’, deren Gegenpole ‘Gefühlsüberschwang’, ‘Befangenheit’ und ‘Ideologiebann’ die soziale Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts allzusehr bestimmt hätten.“ (Trappe 1962:14)

keit der Massen mit Hilfe von theoretisierten Bewertungen und hält nur „primäre Wertungen“ für zulässig, nicht aber die Ummünzung derselben in eine für eine Mehrheit gedachte Wertvorstellung, die dann als Ideologie auftritt.

Die Erklärung für die Genesis von Werturteilen entwickelt Geiger in seiner Auseinandersetzung mit der moralphilosophischen „Uppsala-Schule“ und dem schwedischen Philosophen A. Hägerström, der den idealistischen Subjektivismus prinzipiell kritisiert.²⁷³ Nach Hägerström entsteht die Wertvorstellung dadurch, dass eine Gefühlsrelation des Wertenden zum Objekt in eine Eigenschaft des raum-zeitlich gegebenen Objektes umgedeutet bzw. objektiviert wird. (Geiger 1962:417) Die Wertung ist damit eine Verbindung zwischen der Auffassung eines Objektes und einem Gefühl, also einer subjektiven Stellungnahme zum Objekt. Die Verbindung hat die Eigenart, dass die subjektive Stellungnahme simultan und unlöslich mit der Auffassung selbst verknüpft ist. In der primären Wertung liegt ein „Gefühl in Simultanverknüpfung“ mit der „Vorstellung von Etwas“ vor. Der Gefühlsinhalt wird nun infolge der Simultaneität von Gefühl und Auffassung auf das im Gesamtkomplex vorherrschende Auffassungselement, das Objekt, übertragen und somit als eine wirkliche Eigenschaft des Objekts gleich dessen sonstigen Eigenschaften erfasst. Soweit ist Geiger mit Hägerström einverstanden, nicht aber mit dessen Folgerungen, was die Struktur von Werten angeht. Nach Hägerström können Wertaussagen keine theoretischen Aussagen sein. Es gibt seiner Auffassung nach nur Gefühlsrelationen von Personen zu raum-zeitlich gegebenen Objekten.²⁷⁴

Für Theodor Geiger ist das eigentliche Werturteil mehr als ein blosser Ausdruck von Gefühlen. Es enthält eine eigene Aussage. „Das Werturteil ist Aussage über ein Etwas, ein illusionäres Etwas, die Wertidee.“ Geiger (1962:419/20) unterscheidet zwischen dem primären Wertungsakt, der gefühlsaussprechenden „expektorativen Wertungs-Kundgabe“, der reflektiven Bewertungs-Aussage und dem Werturteil im eigentlichen Sinne. Der primäre Wertungsakt beinhaltet beispielsweise eine spontan empfundene Abscheu

273 Ich beziehe mich hier auf Theodor Geigers „Kritische Bemerkungen zum Begriffe der Ideologie“ (Potsdam 1949). Sie finden sich in „Soziologische Texte“, Bd. 7 (Geiger 1962).

274 Werte sind nach Hägerström selbst keine raum-zeitliche Wirklichkeit. Sie haben kein Etwas zum Gegenstand, sondern ein Nichts. Darum sind sie seiner Auffassung nach weder wahr noch falsch, richtig oder unrichtig, sondern theoretisch sinnlos bzw. a-theoretisch, fasst Geiger (1962:418) zusammen.

gegenüber einer wahrgenommenen oder vorgestellten Tierquälerei. Bei der expektorativen Wertungs-Kundgabe kommt ein entsprechender Zeugenausdruck („Pfui...“) hinzu, der, ohne intendierte Aussagebedeutung, a-theoretisch gemeint ist. Die reflektive Bewertungs-Aussage geht einen Schritt weiter. Sie konstatiert das Faktische des negativen Gefühlsverhältnisses. So ist der Satz „Ich verabscheue Tierquälerei.“ eine theoretisch gemeinte Aussage über ein raum-zeitlich gegebenes Etwas. „Tierquälerei ist abscheulich“, heisst dann das Werturteil im eigentlichen Sinn. Es spricht nicht mehr das eigene Gefühlsverhältnis an, sondern die Tierquälerei. Ihr wird eine Eigenschaft zugeordnet. Die Aussage über den Wert intendiert eine theoretische Aussage über ein (vermeintliches) Etwas. Sie hat den Anspruch richtig zu sein. Darum bezeichnet Geiger (1962:424) solche Aussagen nicht mehr als a-theoretisch, sondern als „theoretisch, aber falsch“. Er hält die Wertungs-Expektoration für legitim. Sie ist a-theoretischen Inhalts und enthält a-theoretisch gemeint keinen Richtigkeitsanspruch. Das Werturteil gibt sich aber als theoretische Aussage mit richtigem Wertanspruch. Das heisst: es fordert, an den Kriterien richtig-falsch gemessen zu werden. In dieser theoretisierten Form lehnt Geiger das Werturteil ab. Er lehnt nicht die Gefühlsverhältnisse als solche, sondern ihre theoretischen Objektivierungen ab.

Nach Geiger (1962:420) beruht auch jede Ideologie auf der Theoretisierung und Objektivierung eines primären Gefühlsverhältnisses. „Ideologie ist somit: unechte Theorie, Schein-Theorie. Sie ist ein theoretisch gemeintes a-Theoretisches.“ Im Falle des Werturteils hat die Aussage überhaupt keinen andern Inhalt als eben den der Objektivierung und Theoretisierung des Gefühlsverhältnisses. Das Werturteil ist also, im Gegensatz zur Gefühlslage selbst, reine Ideologie. Meistens tritt die Ideologie nach Geiger als Beimischung zu echter Theorie auf. Indem sie Teilaspekte vergrössert oder ausblendet, verleitet sie zu logischen Fehlern. Die Ideologie bringt Gefühlsercheinungen dort ins Spiel, wo sie „nichts zu suchen haben: im theoretischen Denken“ (Geiger 1962:424).

Wer die „Emanzipation von der Ideologie“ anstrebt, muss die Einmischung von Gefühlsverhältnissen vermeiden und sich selber (mit einer „existentiellen Selbstanalyse“) prüfen. (Geiger 1962:430) Wer einen Gegenstand in die rein-theoretische Ebene rückt, kann demnach auch als Willens-Demokrat/in über den Parlamentarismus ideologiefreie Aussagen machen, indem man diesen formal korrekt beschreibt, geschichtliche Entwicklungen darstellt. Die Selbstkontrolle („intellektuelle Gefühlsaskese“) hilft dabei, Distanz zu theoretischen Gefühlsverbindungen zu halten und sich auf Prämissen abzustützen, die sich mit positiv-empirischen Feststellungen verifizieren lassen. In

dieser detachierten, theoretisch-kühlen Distanznahme wird man freilich gerade auf die brennenden Fragen keine Antworten geben können. Denn sie betreffen doch gerade unser Verhältnis zum Erkenntnisobjekt. Und da lässt sich die Gefühlsbindung nicht ausschalten. Dieses Denken, das den Gegenstand nicht nur in distanzierter Beobachtungs-, sondern auch in anteilnehmender Beteiligungsperspektive hat, bezeichnet Geiger als pragmatisches Denken, das stets ideologiebedroht ist, aber durchaus Erkenntnismöglichkeiten beinhaltet. Mich prüfend weiss ich, dass ich ein Gefühlsverhältnis zum Objekt habe. Die Analyse meiner eigenen Seinslage hilft mir, die ideologische Gefährdung zu orten, einzuschränken und mich von naiver Befangenheit zu befreien.

Theodor Geiger ist so dem philosophischen Positivismus durch einen logischen Empirismus verbunden. Sein Bekenntnis zur empirischen Soziologie darf aber nicht missinterpretiert werden. Er versteht die empirische Soziologie als „begriffsanalytisch gelenkte, quantifizierende Untersuchung der sozialen Erscheinungswelt“. ²⁷⁵

5.13 Globale Zivilgesellschaft

Ältere Staatstheorien befassten sich bereits vor dreihundert Jahren mit Fragen nach einer „civil society“. ²⁷⁶ Die Bürger/innen-Rechtsbewegung im Osten verlieh dem Thema in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts neue Aktualität. Soziale Bewegungen begannen sich in den siebziger und achtziger

275 Dieses Verständnis impliziert, wie Paul Trappe (1962:17) feststellt, zwei Einschränkungen: Erstens ist die Begriffsanalyse eine Formalwissenschaft, die der Mathematik und Logik verwandt ist. Zweitens räumt Geiger ein, dass die bislang entwickelte soziologische Methode noch nicht zur quantifizierenden Erfassung aller relevanten Erscheinungen ausreicht und die Introspektion als nicht-empirisches Mittel zumindest interimistisch noch zu Hilfe genommen werden muss.

276 Um die sozialen Strukturen und die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu kennzeichnen, hat beispielsweise John Locke schon im 17. Jahrhundert – nebst seinem Plädoyer für die Gewaltentrennung – einen Gesellschaftsvertrag skizziert und die gesellschaftliche Integration aus den Bedürfnissen der einzelnen, nicht aus allgemeinen Werten erklärt. „Jeder Mensch, der rational über sich selbst verfügen kann, ist Eigentümer seiner selbst und hat Anspruch auf private und öffentliche Freiheit.“ (Günter Hartfiel 1972:390)

Jahren in allen westlichen Industrieländern für den Schutz zivilgesellschaftlicher Einrichtungen vor staatlichem Zugriff einzusetzen. Der Rückzug des Staates und die Globalisierung beeinflussen die heutige Debatte. Die Reaktivierung des Zivilen soll dazu beitragen, neu entstandene Lücken zu schliessen und den weltweiten Zusammenhalt zu garantieren.

Der Kommunitarismus setzt sich mit der Grundfrage auseinander, „wie wir eine Zivilgesellschaft wiederherstellen“ (Amitai Etzioni 1995:3). Im Vordergrund stehen die Aktivitäten ausserhalb der staatlichen Institutionen. Sie gehen – tugendorientiert – von Einzelpersonen, von Familien, Wohngemeinschaften, sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften oder Religionsgemeinschaften aus.²⁷⁷ Michael Walzer verwendet den Begriff der Zivilgesellschaft entsprechend. Eine engere Fassung klammert alle produktiven Tätigkeiten aus.²⁷⁸ Gemeinsam ist beiden Begriffsprägungen die Abgrenzung zum staatlichen Bereich. Giddens (1997:187) kritisiert diese Trennung. Nach seinem Verständnis ist „die Zivilgesellschaft nie bloss eine Reihe von Einrichtungen ausserhalb des Staates gewesen“. Der Staat ist kein Selbstzweck. Er umfasst und unterstützt zahlreiche gesellschaftliche Institutionen. Er nimmt Funktionen wahr, die von öffentlichem Interesse sind. Eine klare Abgrenzung ist schwierig. Zwar gilt die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat als Kennzeichen der Moderne. Doch gibt es, gerade bei staatlich subventionierten Einrichtungen, vielfältige Überschneidungen. Sie erschweren die einfache Zuordnung. Das zeigt sich auch im Kapitel (6.4.3) über die intermediären Körperschaften.

Ich verwende im Folgenden den Begriff zivile Gesellschaft primär für jene Institutionen und Tätigkeiten, die nicht staatlich gebunden sind, verzichte aber auf eine ausschliessliche Abgrenzung. Im Vordergrund steht zudem nicht die analytische, sondern die normative Frage, was eine globale Zivilgesellschaft unter den Bedingungen der Globalisierung soll. Die globale Zivilgesellschaft muss meines Erachtens ein gesellschaftliches und politisches

277 Theologe Hans Küng (Focus 12/1997:204) hält neben den christlichen Tugenden (Glaube, Liebe, Hoffnung) und moralischen Tugenden (Aufrichtigkeit, Mitleid, Grosszügigkeit) vor allem die Bürger/innen-Tugenden (Mut, Höflichkeit, Fleiss, Anpassungsfähigkeit und Mässigung) für wichtig.

278 Heinz Gabathuler (1993:37) zählt (in seiner Lizentiatsarbeit bei Prof. Paul Trappe am Basler Institut für Soziologie) den neomarxistisch-gramscianischen Ansatz von Sabine Kebir dazu.

Korrektiv zur wirtschaftlichen Zentralisation sein. Dazu ist eine gute Koordination zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen erforderlich, die unmittelbar zur Zivilgesellschaft gehören. Ein solcher Zusammenschluss braucht aber die Unterstützung der Vereinten Nationen, die als demokratischste aller Weltorganisationen am ehesten in der Lage ist, das Zivilgesellschaftliche zu schützen, das durch die wirtschaftliche Konzentration und Desorganisation mehr gefährdet ist als durch die politische.

Wenn Unternehmer/innen und Bürger/innen in einem wachsenden Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann müssen sie Massnahmen treffen, die der Kohäsion der Zivilgesellschaft irreparablen Schaden zufügen, stellt Dahrendorf (in Misik 1997:60) provozierend fest. Er erwähnt die Untermi- nierung und schliesslich den Zerfall der Sphären und Institutionen der Zivil- gesellschaft als unabdingbare Folgen der Globalisierung. Die globale Zivil- gesellschaft ist aber Realität. (Die Gruppe von Lissabon 1996:37) Sie ent- steht nebst einer Mega-Infrastruktur für Produkte und Dienstleistungen. Rödel (1990:7) begründet, weshalb die globale Zivilgesellschaft selbst im Interes- se der Wirtschaft ist: Weil die Globalisierung und Liberalisierung zu einem reinen Effizienzdenken führen, braucht die Weltwirtschaft eine ethische Grundorientierung. Dazu gehört die Ausarbeitung einer neuen Konzeption von Geschichte und Politik. Hierfür ist die Vorstellung einer autonomen und sich selbst erzeugenden Zivilgesellschaft zentral. Die Zivilgesellschaft zeich- net sich durch einen offenen Charakter und radikal säkularisierte Grundla- gen ihrer Politik aus. Sie kann auf keine vorgegebenen und gesicherten Gewissheiten zurückgreifen. Die Gesellschaft ist weder (potentiell) homo- gen, noch konfliktfrei, sondern strukturell von Interessenkonflikten geprägt bzw. zerrissen. Die Gegensätze lassen sich nicht dauerhaft versöhnen. Sie werden in der Trennung zwischen der wirtschaftlichen Macht und der Zivil- gesellschaft symbolisch repräsentiert. Die Konfliktbereitschaft und Konflikt- fähigkeit sind wichtige Komponenten der postulierten „civil society“. Sie kommen in neuen Formen des gesellschaftlichen Protestes zum Vorschein, in divergenten und durch das Autonomiepostulat geeinten sozialen Bewe- gungen. (Rödel 1990:10) Das sind wichtige Praxisformen der gesellschaft- lichen Selbsterzeugung.

„Lokales Handeln, lokale Verhaltensmuster und Experimente, die sich auf das neue Globalisierungsparadigma beziehen, müssen als eine Folge des Prin- zips der Verantwortung systematisch anerkannt und auf globaler Ebene unter- stützt werden“, fordert die Gruppe von Lissabon (1996:170) und weist auf vielversprechende Ansätze hin: Die globale Zivilgesellschaft setzt sich aus

Tausenden organisierter Gruppen und Institutionen zusammen, die sich beispielsweise für den Umweltschutz oder die Menschenrechte engagieren. Sie steht in einer langen Tradition der Gemeinnützigkeit und findet, zumindest punktuell, in den Vereinten Nationen einen Verbündeten. Die Interaktionen und Interdependenzen zwischen lokaler und globaler Ebene erlangen heute eine grosse Bedeutung. Sie erfordern auch eine neue Identität, die globales Denken und lokales Handeln integriert. Ob das Netzwerk von Informations- und Kommunikationssystemen, die ohne Zeitverzug operieren, auch die politische Partizipation fördert, wird kontrovers diskutiert.

Benjamin R. Barber (1996:23) befürchtet, dass die zentralistisch ausgerichtete Technisierung der Welt und die scheinbar gegenläufige Zunahme ethnischer Fundamentalismen die weitere Demokratisierung gefährden.²⁷⁹ Er plädiert für regionale Föderationen, die sich auf der Grundlage von sozio-ökonomischen und kulturellen Einheiten formieren, was eine selektivere Beanspruchung weltwirtschaftlicher Strukturen bedeutet. Die „Gruppe von Lissabon“ (1996:161-170) kritisiert, dass der Regionalisierungsansatz weitgehend auf die wirtschaftliche Sphäre bezogen ist und oft von oben durchgesetzt wird. Möglicherweise wird schon bald ein Marshallplan für die ganze Erde realisiert.²⁸⁰ Eine neue globale Ordnung, die auf Frieden, Demokratie, Freiheit und Toleranz abzielt, erfordert indes ein Netzwerksystem auf mehreren Ebenen. Es muss nach den Prinzipien der Subsidiarität und Toleranz aufgebaut sein und die Entscheidungsgewalt möglichst auf der untersten Ebene ansiedeln.

Die vielen verschiedenen Organisationen und sozialen Gruppen, welche die globale Zivilgesellschaft ausmachen, sind schon heute ein machtvolles Instrument einer demokratischen Bewegung. (Gruppe von Lissabon ebd.). Sie können Probleme sichtbar machen, Machttäger/innen zur Verantwortung ziehen und die öffentliche Entscheidungsfindung ausweiten. Sie bil-

279 Als Beispiel dient Japan. Dieses Land betont eigene traditionelle Werte in den letzten Jahren „genau in dem Masse immer stärker, wie sich die Japaner immer hemmungsloser McWorld ausliefern“. (Barber 1996:23)

280 Der „Bericht über die Menschliche Entwicklung“ (UNDP 1997) schätzt, dass die Grundversorgung der Entwicklungsländer mit sozialen Diensten während zehn Jahren zusätzliche Kosten von rund 40 Milliarden Dollar pro Jahr verursachen würde. Diese Summe entspricht weniger als 0,2% des globalen Einkommens. Sie macht die Hälfte des BSP-Anteils aus, den die Vereinigten Staaten zwischen 1948 und 1952 im Rahmen des Marshall-Planes nach Europa überwiesen haben. Mit diesen Angaben regt der UNDP-Bericht eine Neuauflage einer solchen Anstrengung an.

den eine wichtige Basis, um die gesellschaftlichen Strukturen weltweit zu demokratisieren.

Elmar Altvater (1995:187) befasst sich damit, wie die Prinzipien einer globalen Sozialpolitik und einer „Weltsozialcharta“ aussehen könnten? Er bezieht sich dabei wie der „Bericht über die menschliche Lage“ (UNDP 1997) auf die Agenda des Weltsozialgipfels von 1995 in Kopenhagen. Sie fordert eine neue Weltsozialcharta, in der die Minimalziele einer ökologisch nachhaltigen und sozial ausgeglichenen Entwicklung festgehalten werden. Dazu zählen: die Überwindung der Unterernährung, ein gesichertes Dach über dem Kopf, Ausbildungsangebote für alle, die Reduzierung des Analphabetismus von Erwachsenen, eine basisorientierte Gesundheitsversorgung, eine Familienplanung auf freiwilliger Grundlage, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, eine sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Zugang zu Krediten, um insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern.²⁸¹ Darüber hinaus wird eine „Friedensdividende“ durch Reduzierung der Militärausgaben in der ganzen Welt gefordert. Eine jährliche Reduktion um 3 Prozent würde in fünf Jahren 460 Mrd. US-Dollar einbringen. Auch Steuern auf Energien, Kohlenstoffemissionen oder Kapitaltransaktionen („Tobin-Steuer“) könnten zur Finanzierung herangezogen werden. Sie würden jährlich rund 250 Mrd. US-Dollar einbringen.²⁸² Das sind etwa ein Prozent des Weltsozialprodukts. Die Hälfte dieses Betrages könnte nach UN-Schätzungen ausreichen, die existentiellen Bedürfnisse aller Erdbewohner/innen zu befriedigen.

Dass auch in der Tendenz zur Gegenmacht die Gefahr des Autoritarismus schlummert, hebt Altvater (1995:186) deutlich hervor. Die Anpassung der politischen Macht an die Reichweite der ökonomischen Weltwirtschafts-

281 Robert B. Reich, Arbeitsminister der Regierung Clinton schlägt (ähnlich) sieben „vernünftige Schritte zu mehr Gleichheit“ (Zukunftsforschung, Nr. 1/1997:18/19) vor; darunter eine Konzentration auf Ausbildung und Schulung, eine geringere Besteuerung der niedrigen Einkommen und einen höheren Minimallohn, eine Stärkung der Gewerkschaften, eine Minimierung der Zahl der Arbeitslosen.

282 Zum Vorschlag der „Tobin-Steuer“: Die globalen Devisentransaktionen machen jährlich über 300 Billionen US-Dollar aus. Die Vereinten Nationen haben errechnet, dass die Besteuerung der globalen Devisentransaktionen mehrere hundert Millionen Dollar einbringen würde. Damit liessen sich öffentliche Aufgaben wie Umweltschutz, Entwicklungshilfe und die Arbeit der Vereinten Nationen finanzieren. (EPD, Nr.1/1997)

beziehungen erfordert die Einsetzung einer globalen Staatlichkeit, die, selbst wenn sie gut funktioniert, demokratisch partizipativ von unten kaum kontrolliert werden kann. Allerdings handelt es sich hierbei um keinen Protektionismus der Starken gegen die Konkurrenten. Das Ziel ist vielmehr der Schutz derjenigen, die unter die Räder des Freihandels geraten könnten. So kommen „nach den Jahren der neoliberalen Hegemonie, nach dem scheuklappenmässigen Vertrauen in die reinen Marktkräfte“ wieder die sozialen Beziehungsgeflechte ins Blickfeld, die zwischen der Makro- und Mikroebene liegen. Altvater (ebd.) hofft auf die Kompetenz der zivilgesellschaftlichen Gestaltung ökonomischer Prozesse, auf die Netzwerke internationaler Solidarität, auf neue soziale Subjekte, auf Nicht-Regierungs-Organisationen.

Josef Senft (1990:5) warnt vor zuviel Zuversicht in die globale Gegenkraft. Nach seiner Einschätzung haben sich die Chancen verschlechtert, auf politischem Weg (zum Beispiel über Organisationen der UNO) oder über ökonomischen Druck (zum Beispiel durch Rohstoffkartelle) die Bedingungen auf dem Weltmarkt zu verbessern. Jedenfalls kommen örtlichen Überlebensstrategien besondere Bedeutung zu. Sie müssten sich darauf konzentrieren, über Selbsthilfe(organisationen) den Lebensunterhalt zu garantieren..

Ulrich Beck (1997:27/28) versucht die verschiedenen Ebenen miteinander zu verbinden. Er plädiert für einen weltbürgerlichen Republikanismus, der auf fünf Prinzipien beruht. Erstens auf der Bedeutung des Individuums, zweitens auf der Zentralität weltbürgerlicher Akteure und Identitäten, Netzwerke und Institutionen, drittens auf der neuen Wichtigkeit des Lokalen, viertens auf der Schlüsselbedeutung der Freiheit und fünftens auf tiefgreifenden institutionellen Reformen. Ich halte diese Punkte für wichtig. Die Festigung der globalen Zivilgesellschaft impliziert eine weltweite Solidarität. Sie setzt die Stärkung der lokalen Politik und Identität voraus. Wenn Partner/innen stark und gut abgestützt sind, erhöht sich die Wirksamkeit der Zusammenarbeit und gemeinsamen Vereinbarungen. Damit regionale Initiativen ihr Potential mobilisieren können, „müssen sie jede Bornierung nach dem St. Florians-Prinzip (‘Verschon mein Haus, zünd andere an’) überwinden und sich ihrer eigenen weltgesellschaftlichen Dimension bewusst werden“ (Rober Kurz 1993:129). Ein weltoffener, emanzipatorischer, sozialökologischer und kulturell vielfältiger Regionalismus verbindet die lokale Identität mit einem globalen Bewusstsein, das die negativen Erscheinungen der Moderne nicht rückwärtsgewandt überwinden will.

5.14 Dritte Wege

Dritte Wege sind eigenständige Entwicklungskonzepte. Sie werden als Alternative zum traditionell kapitalistischen oder sozialistischen Modell verstanden. Dazu gehören genossenschaftlich-demokratische sowie ökosoziale Ansätze. Diese sind höchst aktuell.²⁸³ Ihre Renaissance und Hervorhebung führt zu einer Verlagerung der Debatte über Dritte Wege. Sie war bisher von zwei unterschiedlichen Interpretationen geprägt. Die eine siedelt die Dritten Wege näher bei der sozialen Marktwirtschaft an, die andere beim demokratischen Sozialismus. Das Basler Institut für Soziologie befasst sich seit Jahren mit Dritten Wegen. Es konzentriert sich dabei auf Chancen für Entwicklungsländer. (Paul Trappe 1994:885ff.) Die diskutierten Konzepte beziehen sich auf Prozesse des sozio-ökonomischen Wandels sowie auf gesellschaftspolitische Leitbilder. Dabei sind pluralistische Prinzipien wegleitend. Wirtschaftliche Vorstellungen gehen vom staatlichen, privaten und genossenschaftlichen Sektor aus, die nebeneinander bestehen. In der Politik gelten Gewaltentrennung und liberale Grundrechte. Ich verzichte hier darauf, allgemein auf Dritte Wege einzugehen und greife lediglich einen Punkt heraus, der in unserem Zusammenhang bedeutsam ist.²⁸⁴

283 „Heute bin ich ein Anhänger des sogenannten dritten Weges à la Ota Sik, das heisst für eine Kombination zwischen staatlicher Planung und Marktinstrumenten“, sagt der Co-Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Vasco Pedrina (WochenZeitung, Nr. 11, 14.3.1997, S. 7), der früher als Vertreter der Revolutionär Marxistischen Liga diese Konzeption vehement ablehnte.

284 Was die allgemeine Debatte betrifft, verweise ich hier auf weiferführende Literatur: Brumlik, M.: Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt/M. 1993; Cwienk, D.: Lernen von Afrika. Wuppertal 1982; Glaessner, G.J.: Vertrauen auf die eigene Kraft. Berlin 1984; Höring, U.: Afrika in den 90er-Jahren. Göttingen 1991; Menzel, U.: Auswege aus der Abhängigkeit. Frankfurt 1988; Isbrand, S.: Selbstbestimmt und solidarisch. Saarbrücken 1990; Kössler, R.: Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt/M. 1993; Mäder, U.: Gewaltfreie Revolution in Entwicklungsländern. Basel 1984; Mansilla, H.C.F.: Probleme des Dritten Weges, Darmstadt 1974; Mies, M.: Ökofeminismus. Zürich 1995; Müller, M.: Wohlstand durch Vermeiden. Darmstadt 1994; Münkler, H.: Grundprobleme der Demokratie. München 1992; Nuscheler, F.: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn 1995; Opitz, P.J.: Profile und Programme. München 1970; Schlüter, C.: Renaissance der Gemeinschaft. Berlin 1990; Senft, J.: Im Prinzip von unten. Frankfurt/M. 1990; Shiva, V.: Frauen, Ökologie und Dritte Welt. Berlin 1989; Sottas, B./Roost, L.: Überleben im afrikanischen Alltag. Bern 1995; Touré, A.: Auf der Strasse liegt die Fantasie. Zürich 1991; Trappe, P.: Entwicklungssoziologie. Basel 1984.

In der heutigen Zeit wird die Suche nach neuen Wegen dringender denn je. So erlangt Kropotkins Konzept eines libertären Sozialismus, als „dritter Weg“ bezeichnet (Heinz Hug 1989:10), in Deutschlands neuen Bundesländern grosse Aufmerksamkeit.⁵⁸⁵ Einzelne Elemente prägen auch die aktuelle sozialpolitische Debatte. Dazu gehört die Vorstellung, die soziale Sicherung (mehr) nach dem Finalprinzip zu gestalten. Kropotkin (1842-1921) geht davon aus, dass der Mensch von Grund auf gut ist und sich durch eine grosse Soziabilität auszeichnet. Die Abschaffung autoritärer Ordnungsgefüge ermöglicht seiner Auffassung nach die Selbstentfaltung. Darüber wurde nach 1968 eifrig diskutiert.

Heute konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf Kropotkins Betonung der gegenseitigen Hilfe, und zwar unabhängig von dem von ihm angenommenen und „naturwissenschaftlich begründeten“ Solidaritäts- und Sozialtrieb. Denn im wesentlichen sind es auch für Kropotkin die Gesellschaften, die den Menschen gesellschaftsfähig machen. Hug (1989:25) konkretisiert anhand historischer Beispiele, was mit den Erfahrungen und Vorteilen der Dezentralisation und Selbstverwaltung gemeint ist. Kropotkin stellt sich eine (sittliche) Entwicklung vor, die von der Geselligkeit und gegenseitigen Hilfe über die Gerechtigkeit (im Sinne der Gleichberechtigung) zu einer Generosität führt, die echtes Wohlwollen und Selbstentäusserung beinhaltet. Er sieht, nebst der Freiheit, die grosse Bedeutung der Sicherheit und plädiert für ein Grundeigentum an Produktionsmitteln sowie eine Kommunisierung des Bodens, des Bergbaus, der Transportmittel und (abgeschwächt) der Häuser und Industrieprodukte. Die Sozialisierung des Konsums hat im libertären Sozialismus eine wichtige Bedeutung. Das heisst, die Güter sollen nicht nach der Leistung, sondern nach den Bedürfnissen und privaten Möglichkeiten verteilt werden. Die Forderung nach der Abschaffung des Lohnsystems wird u.a. damit begründet, dass sich die individuelle Arbeitsleistung ohnehin nicht recht messen lässt. Als Beispiel dient die Erziehungsarbeit von Müttern. Das Lohnsystem wird als Feind der Solidarität bezeichnet. Hier kommen Gesichtspunkte zum Vorschein, die in der aktuellen Debatte über ein garantiertes Mindesteinkommen von Bedeutung sind. Ich gehe im Kapitel (7.1.3) über das Finalprinzip näher darauf ein.

285 Andreas Achenbach (WochenZeitung, 2.2.1990) fasst die Ergebnisse eines Kongresses („DDR-Wissenschaftler/innen diskutieren: Dritte Wege“) zusammen, der nach dem Bruch der Berliner Mauer in Leipzig stattfand. Er betont die Anleihen, die beim Kapitalismus und v.a. bei Kropotkin aufgenommen wurden.

Die Eisenbahn ist für Kropotkin ein Beleg dafür, wie gut freie Vereinbarungen funktionieren können. Das Vertragswesen ersetzt die Verordnung, die entmündigt und die Selbstverantwortung einschränkt. Die Selbstregulierung vollzieht sich in gut aufeinander abgestimmten kleinen und grösseren sozialen Einheiten. Ortsgemeinden sind territorial bestimmt, Werkgemeinden funktional und Wahlgemeinden durch persönliche Affinität. Die autonomen Kommunen sind als Vollgenossenschaften konzipiert. Die Mitglieder arbeiten und leben zusammen. Die verschiedenen Einheiten schliessen sich zu Föderationen zusammen. Diese sind nicht (wie bei Bakunin) pyramidal von unten nach oben aufgebaut, sondern nach territorialen und funktionalen Kriterien dezentralisiert gegliedert. Das vorgesehene Nebeneinander der Teile erinnert an segmentäre Gesellschaften. Die „Neue Wirtschaftsordnung“ sieht eine nur sehr selektive Nutzung des Welthandels vor, der die Umwelt belastet.

Die lokal-dezentrale Orientierung sieht eine enge Verknüpfung von industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung vor. Dazu eignet sich die Kleinindustrie. Grössere Einrichtungen empfehlen sich nur für einzelne Branchen (wie Schiffsbau, Textilien). Kropotkin stützt sich hierbei auf die Erfahrungen der Uhrenmacher/innen im Schweizer Jura ab. (Hug 1989:77) Kleine Betriebe regen den Erfindungsgeist an. Sie verkörpern den Gemeinschaftsgeist der mittelalterlichen Stadt oder der russischen Dorfgemeinschaft (Mir). Wichtig ist die Teilhabe der Werktätigen. Sie vermindert die patriarchalische Gefahr, die in geschlossenen (Klein-)Korporationen besteht. Wichtiger als die ökonomische Effizienz und Produktivität sind die humanen Beziehungen und die kreative Selbstentfaltung. Hier kommt die Verzahnung der individualistischen und gemeinschaftlichen Ausrichtung zum Vorschein. Die Gemeinschaft ermöglicht die Selbstentfaltung des Individuums, die Autonomie voraussetzt und bei starker Einbindung nicht zustande kommt. Die Kooperation verhindert eine Atomisierung und aufreibende Konkurrenz.

Die Dezentralisierung sorgt für eine schonende Nutzung der Ressourcen, profitiert aber von den technischen Möglichkeiten der Industrialisierung. Menschliches Handeln darf sich nicht der Produktivkraftentwicklung unterordnen. Der libertäre Individualismus grenzt sich als Personalismus vom bürgerlichen Individualismus ab. Die libertäre Individualität stützt, selbsterklärt, die soziale Geselligkeit. Starke soziale Einheiten bringen das Gemeinschaftliche in die anonyme Gesellschaft. Sie garantieren den Aufbau von unten. Wichtig ist hierbei die Steuerungsressource der Solidarität.

Robert Kurz (1993:148) kritisiert, dass sich viele Konzepte eines Dritten Weges – unterschiedlich gewichtet – auf die dualistischen Basiskategorien

Markt und Staat konzentrieren. Sie versuchen, ihren „Mittelweg“ zwischen den vermeintlich einzigen Polen durchzuführen, näher beim einen oder dem andern. Dabei vernachlässigen sie die Solidarität als dritte, eigenständige Kraft. Opielka (1987:97) verknüpft sie mit einer qualitativ völlig neuen Synthese „aus liberalen und sozialistischen Prinzipien auf ökologischer Grundlage“.²⁸⁶

286 Arnold Künzli (1999:66-68) setzt sich kritisch mit neueren Konzepten eines Dritten Weges auseinander. Sein Fazit: Die europäische Sozialdemokratie hat mit ihrem Bückling vor dem herrschenden Neoliberalismus viel Macht erlangt. Unter Leerformeln wie „Die neue Mitte“ adelt sie den Verrat an ihrem Ursprung zum Regierungsprogramm. Vorstellungen eines Dritten Weges driften nach rechts. Tony Blair versteht seinen „Thatcherismus mit menschlichem Antlitz“ keineswegs als Alternative zum Kapitalismus. Und Anthony Giddens, Direktor der London School of Economics, bewegt sich „jenseits von Links und Rechts“ zwischen dem extrem neoliberalen Reaganismus und der rosa-roten klassischen Labour-Sozialdemokratie.

6. Konzeptionelle Ansätze

6.1 Subsidiarität und Solidarität

Die Subsidiarität und Solidarität erscheinen zunächst als zwei verschiedene, fast gegensätzliche Prinzipien. Das eine Prinzip betont mehr die individuelle Selbsthilfe der unteren Einheit, das andere die kollektive Unterstützung durch die übergeordnete. Nach meinem Verständnis bedingen sich die beiden Prinzipien gegenseitig. Sie werden mittlerweile auch öfters ähnlich interpretiert.²⁸⁷ Die Prinzipien sind ineinander verzahnt. Sie überlappen sich auch. Solidarität gibt es auf der Ebene der Subsidiarität – und umgekehrt. Die Annäherung äussert sich deutlich in den Begriffen „subsidiäre Solidarität“ und „solidarische Subsidiarität“. Sie lassen sich kaum voneinander unterscheiden und werden häufig ähnlich verwendet. Ich skizziere hier, teilweise recht komprimiert, die einzelnen Konzeptionen und versuche dann, den gegenseitigen Bezug zu präzisieren. Weil wichtige Aspekte der Subsidiarität im Kapitel über die Selbsthilfe angesprochen wurden, sind hier die Ausführungen über die Solidarität etwas umfassender. Damit die untere Einheit in der Lage ist, subsidiär Aufgaben zu erledigen, ist (auf dieser Ebene) die Solidarität untereinander nötig. Hinzu kommt die Solidarität durch die obere Einheit, wobei diese Instanz stets auf die untere angewiesen ist.

6.2 Redefinition der Subsidiarität

6.2.1 Solidarische Subsidiarität

Als „solidarische Subsidiarität“ bezeichnet Michael Opielka (1985:282) Konzepte einer grünalternativen Sozialpolitik, die in der Tradition früh-

287 „Während also der ‘älteren’ Subsidiarität, im Sinne von individueller Selbstverantwortung, als Gegenprinzip Solidarität, verstanden als gegenseitige kollektive Hilfe im Sinne einer allgemeinen Reziprozität, entgegengestellt wird, verschiebt sich der Begriffskern der ‘neuen’ Subsidiarität heute weit in den Bereich der Solidarität hinein, wird diesem tendentiell gleichgestellt.“ (Senft 1990:176)

bürgerlicher und sozialromantischer Sozialutopien eine solidarische Selbsthilfe und Selbstorganisation proklamieren. Vom Staat verlangen sie sowohl eine Rücknahme seiner kontrollierenden, vereinnahmenden Funktion als auch die Schaffung struktureller Voraussetzungen zur Selbsthilfe und Gemeinschaftshilfe. (Senft 1990:177) Die „solidarische Subsidiarität“ impliziert ein Verantwortungsgefühl. Im Sinne des englischen „engagement“ und „commitment“ bedeutet sie Verpflichtung und Verbindlichkeit. Die „solidarische Subsidiarität“ beinhaltet ein sozialpolitisches Verständnis, das über den Familienkreis hinausreicht. Sie orientiert die kleinen Schritte an der Basis am grösseren Ganzen – und umgekehrt. Auch das globale Handeln ist lokal abzustützen. Die „solidarische Subsidiarität“ hält eine Autonomie hoch, die sich nicht abkoppelt und stets sozial eingebunden ist.

6.2.2 Autonome Beziehungen

Menschen sind von Anfang an auf andere angewiesen. Das Ich kann weder aus sich selbst entstehen, noch alleine existieren. Menschen entwickeln sich innerhalb von Beziehungen; sie werden in solche hineingeboren. Die Autonomie wächst erst im Verlaufe eines Entwicklungsprozesses heran. Indem Menschen lernen, sich von andern abzugrenzen, werden sie selbständig. Die so erlangte Autonomie ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen solidarische Beziehungen aufnehmen können. (Schmid 1994:503ff.) Wer autonom sein will, muss nein sagen können. Ohne diese Fähigkeit gibt es kein souveränes Handeln. Zur Autonomie gehört auch die Authentizität. Sie ermöglicht wirkliche Begegnung. Ein autonomer Mensch ist nach diesem Verständnis ein solidarischer Mensch – und umgekehrt. Ohne Autonomie drohen Anpassung, Verschmelzung, Vermassung, Gefolgschaft. Ohne Solidariät kommt es zu Narzissmus und Isolationismus. Dann kämpfen alle gegen alle. In der Gestalt mechanischer Solidaritätsbeziehungen bedroht die enge Gemeinschaft die Autonomie des einzelnen. (Ulrich Beck 1997:395) Sie zwingt ihn zur übermässigen Konformität. Eine wirksame Erneuerung der sozialen Solidariät ist dann möglich, wenn sich die persönliche Autonomie mit der gesellschaftlichen Demokratisierung verbündet. Die von Erik Erikson geprägte entwicklungspsychologische Autonomiedebatte der fünfziger und sechziger Jahre orientierte sich stark am Individuum. Die aktuelle Diskussion rückt zu Recht den gesellschaftlichen Bezug und die politische Emanzipation mehr in den Vordergrund. Die persönliche Autonomie hängt zwingend vom Gelingen einer sozialen Integration ab, die nicht mit Assimilation zu verwech-

selt ist.²⁸⁸ Zur Autonomie gehört die „Konomie“, die Mitgesetzlichkeit. (Hans Saner 1997:93) Sie meint den Weg zu den Normen und den Vereinbarungen im Rahmen einer möglichst symmetrischen Kooperation. Die „Konomie“ verbindet idealerweise die Autonomie mit einer kooperativen Solidariät, die mehr ist als ein äusserer Akt, nämlich eine innere Haltung und Bereitschaft zur Kommunikation.²⁸⁹

6.2.3 Lernziel Subsidiarität

Wer den Menschen verändern will, muss bei sich selbst anfangen. (Martin Buber 1962:9) Wer in sich selber den Frieden gefunden hat, kann in die Welt hinaus. (Schapira 1985:451) Daran knüpft auch Carl Rogers an. Die Betonung der Selbstverantwortung geht von der Überzeugung aus, dass es im Prinzip jedem möglich ist und ihm auch zugemutet werden kann, für sich zu sorgen. (Justitia et Pax 1997:17) Man orientiert sich am Leitbild des selbständigen Menschen. Dieser nimmt sein Schicksal in die eigenen Hände. Er ist leistungsfähig und schätzt den Wettbewerb als Ansporn zu höheren Leistungen. Wo ein Wille vorhanden ist, ist aber nicht immer ein Weg. Menschen sind auf Unterstützung angewiesen.

Sich selber zu helfen, das lässt sich teilweise lernen und ins Verhalten integrieren. Wichtig sind gesellschaftliche Strukturen, welche die Selbsthilfe begünstigen. Die Selbsthilfe lässt sich weder erzwingen noch voraussetzen. Es gibt Menschen, die auch unter günstigen Bedingungen nicht in der Lage sind, sich weitgehend selber zu helfen. Wer kann sich schon am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen! Die Selbsthilfe wird dort richtig wirksam, wo eine tragfähige Infrastruktur vorhanden ist. Sie ermöglicht ein Selbstverständnis, das durch pädagogische Anstrengungen nur schwer bzw. nur annähernd zu erreichen ist.

288 Wird von Arno Gruen (1996) und im Vorwort von Gaetano Benedetti (S. 7-9) ausgeführt. Eva Jaeggi (1997) setzt sich mit Chancen der Autonomie, aber auch mit der Horrovision vom Absturz in die soziale Unverbindlichkeit auseinander.

289 Opielka (1989:90ff.) diskutiert das Verhältnis zwischen Autonomie und Integration am Beispiel von Alternativprojekten, die von Sozialverbänden unterstützt, aber teilweise auch vereinnahmt werden. Er plädiert deshalb für eine weniger anfällige Binnenstruktur der Projekte. Dazu gehört ein möglichst hoher Anteil an Eigenfinanzierung.

6.2.4 Kooperative Individualität

Das menschliche Individuum gilt als selbständiges, vernunfts- und willensfähiges Wesen. Es zeichnet sich durch eine spezifische Gesamtheit strukturierter und gegenüber anderen Individuen abgrenzbarer Merkmale der Denk- und Verhaltensweisen aus. (Hartfiel 1972:290) Die sozialphilosophische Dogmengeschichte hat das Individuum wiederholt als begriffliche Entgegensetzung zu Gemeinschaft und Gesellschaft verstanden. Es wurde, scheinbar unabhängig von den Faktoren der gesellschaftlichen Umwelt, als eine Einheit interpretiert, die über einen freien Willen verfügt und sich selbst Massstäbe setzt. Die Gegenwartssoziologie geht von der anthropologischen Prämisse aus, dass das Individuum erst durch die Gesellschaft zu dem werden kann, was das soziale Wesen in seiner spezifischen Ausprägung ausmacht.

Der Individualismus wird heute als wesentliches Merkmal des sozialen Wandels hingestellt. Damit verbindet sich häufig eine Kritik an der Atomisierung und Vereinzelung der Gesellschaft. Während die einen die menschliche Isolation und den individualistischen Ego-Trip beklagen, betonen andere die Zunahme der individuellen Wahlfreiheit und der sozialen Selbsthilfe. Ob neue solidarische Netze die Grundlage für die Überwindung des „Zeitalters des Narzissmus“ und der Betonung des Ichs bilden, lautet die eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt. Eine andere ist, ob wir noch blind für neue Muster sind, in denen ein hohes Potential an Beziehungsfähigkeit stecken könnte, wie Heiner Keupp (1995:361) vermutet. Er meint damit eine kooperative Individualität mit starker Neigung zu der von Ulrich Beck (1986) beschriebenen freiwilligen Solidarität, die eine neue Form der Alltagssolidarität darstellt.

Die aktuelle Kommunitarismus-Debatte befasst sich, wie dargestellt, mit dem Zusammenhang von Individualisierung und Solidarität. Die Kritik am extremen Liberalismus und dem sozial entpflichteten Individualismus fordert einen neuen Gemeinsinn mit zivilgesellschaftlicher Bürger/innen-Tugend und starken, eigenwilligen, aber sozial eingebundenen und verknüpften Individuen. Heiner Keupp (1995:331) verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff „kommunitäre Individualität“. Die individuelle Lebensgestaltung verknüpft sich mit sozialer Verantwortung. Die persönliche Entscheidungsfreiheit realisiert sich in einem kommunitären Netz, das Risiken mindert und damit Freiräume ermöglicht.

Horst-Eberhart Richter (1975:71) hat bereits in den siebziger Jahren darauf hingewiesen, dass ein neues Gemeinschaftsleben die Überwindung

alter, bürgerlicher Individualismuskonzepte voraussetzt. Ein Ansatz findet sich bei Martin Buber (1985:301). Echte Gemeinschaft erfordert die Verwirklichung des Ich und Du. Sie kommt auch in grösserem Rahmen nur in der Masse zustande, wie die Einzelwesen ihre Eigenständigkeit beibehalten. Die ständige Erneuerung der Gemeinschaft setzt ein Ich voraus, das Ich- und Du-bezogen ist. Menschen sind umso personhafter, je stärker sie in der menschlichen Vielfalt das Du in ihr Ich aufnehmen. Opielka (1990) plädiert in diesem Sinn für eine Neugestaltung der Gesellschaft, die eine Individualisierung durch Gemeinschaft ermöglicht.

6.2.5 Ambivalente Identität

Der anonyme Automatismus abstrakter Regeln berührt die Ich-Identität, von der es oft heisst, dass sie sich auflöst. Jedenfalls scheint die Moderne eine „eigene Sehnsucht nach Identität“ (Prokla 96:357) hervorzubringen. Fundamentalistische Strömungen bieten spezifische „kollektive Identitäten“ an, die offenbar attraktiv sind, aber den Markt bei weitem nicht alleine beherrschen. Wolfgang Schmidt (1994:359ff) geht der Spannung zwischen Identität und Modernität nach. Die Regeln kapitalistischer Ökonomie und moderner Technologie drohen seiner Meinung nach die Vielfalt der Welt in marktfähige, universelle Verhaltensmuster einzuschmelzen. In diesem gewaltigen Planierungsprozess schwindet die europäische Idee vom sich selbst verwirklichenden Individuum. Sie weicht einer „Identität von oben“ (Lutz Niethammer 1994:388ff.), die als verordnete, festgeschriebene Kollektividentität auftritt.²⁹⁰

Die Identität eines Gemeinwesens bezieht sich aber nicht einfach auf die politischen Prozesse, nach denen es regiert wird. Andere Kriterien kommen hinzu; beispielsweise die sprachliche, ethnische oder religiöse Homogenität. (Seyla Benhabib 1993:111) In einer entzauberten Welt sind moderne kollektive Identitäten zerbrechliche Errungenschaften und stets krisenanfällig. Der Druck ökonomischer Märkte, neue Formen der Modernisierung und die Preisgabe kultureller Traditionen machen es schwierig, ein gemeinsames Demokratieverständnis aufrechtzuerhalten. Ob es gelingt, hängt weniger von Verordnungen, sondern vielmehr von der Bereitschaft ab, öffentlichen Raum

290 „Am Portal der Brut- und Normungszentren des Weltstaats prangt der neue Sinn-
spruch der Welt: 'Community, Identity, Stability'“, schreibt Niethammer (1994:389)
in seiner Kritik staatlich festgeschriebener Kollektividentitäten.

zur Verfügung zu stellen, in dem Fragen von Identität, Legitimation und Souveränität fortwährend gestellt und diskutiert werden.

Die Ordnungskräfte können kein Land auf Dauer zusammenhalten. Sabet (1994:20) betrachtet die Konsistenz der Überzeugungen als entscheidend. Die Menschheit hat im Schlepptau der politischen Entwicklung Zug um Zug die Horden-Identität zugunsten einer Stammes-Identität zurückgedrängt; und sie hat diese wiederum zugunsten einer völkischen und schliesslich nationalen Identität abgestreift. Nun reifen die Merkmale einer universellen Identität heran. Manche Menschen empfinden diese Entwicklung als Identitätsverlust. Teilweise erweitert sie aber auch unser Zugehörigkeits- und Selbstwertgefühl.

Möglicherweise haben die subjektiven Belastungen, die mit der fortschreitenden Ausdifferenzierung der politischen Strukturen einhergehen, einen Punkt erreicht, an dem Gegenbewegungen in Richtung Entdifferenzierung eintreten. (Brand 1982:60) Claus Offe (1997:141ff.) sieht diese als Kristallisationspunkte für die Herausbildung neuer kollektiver Identitäten. Nach Klaus Horn (1970:59ff.) fördert die Fragmentierung des lebensgeschichtlichen Zusammenhangs hingegen privatistische, konsumtive Existenzweisen. Sie sind auf Sinnsurrogate anfällig, die etwa über Drogen zu Formen einer kollektiven Infantilität führen können. (Brand 1982:103) Hinzu kommen Tendenzen der Überanpassung sowie Syndrome eines neuen Narzissmus. In der infantil bleibenden psychischen Struktur erwächst das Ich-Ideal einem primär-narzisstischen, omnipotenten Selbst, dessen reales Ich aber schwach bleibt.

Das unterschiedliche Verständnis von Identität spiegelt meines Erachtens den gesellschaftlichen Wandel. Während den relativ stabilen Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit hat der Entwicklungspsychologe Erik Erikson beschrieben, dass sich Menschen durch freies Rollen-Experimentieren in irgendeinem Sektor der Gesellschaft ihren Platz suchen können. Die Erwartungen waren einigermassen klar. Die Identität hing davon ab, ob sich die Erwartungen erfüllen liessen. Es galt, Anspruch und Wirklichkeit möglichst zur Deckung zu bringen. Mitmenschen dienten als Vergleich, Altersgruppen und Berufsgruppen ebenso.²⁹¹

²⁹¹ In „Dimensionen einer neuen Identität“ (1975) weist Erikson im Kapitel „Die alte neue Identität“ (S. 84ff.) relativierend auf den Doppelcharakter von Weltbildern hin. Im Kapitel „Krise der Identitätskrise“ (s. 112 ff.) zeigt er, wie eine ständige Erneuerung der Identität das Bedürfnis nach Festgewachsenem positiv kontrastieren, aber auch in einen festgefahrenen Kreis führen kann.

Die Pluralisierung der Lebenslagen macht die Identitätsarbeit indes zu einem prekären Akt der Balance. Heiner Keupp (1995:275) zeigt unter den Voraussetzungen zunehmender Fragmentierung und Dezentrierung die Vorteile einer „Patchwork-Identität“ auf, bei der das Subjekt zum Konstrukteur seiner eigenen Person wird und sich von den Erwartungen des Umfeldes abnabelt. Hans Joas (1995:75) reagiert darauf. Die Verfechter/innen der „Postmoderne“ überbieten seiner Meinung nach die bereits übersteigerte Beschreibung einer Gesellschaft von Singles, die je für sich ihre individuellen Biographien basteln, indem sie etwas kryptisch vom Ende des Sozialen und der Herrschaft fragmentierter Patchwork-Identitäten reden. Aber diese Kritik wird Keupp nicht gerecht, der die Patchwork-Identität von der beliebig multiplen abgrenzt und zu Recht betont, wie wichtig es ist, bei den vielfältigen Erwartungen, seine eigenen zu definieren.

In einem späteren Aufsatz über die „Identität der pluralistischen Gesellschaft“ konkretisiert Heiner Keupp (1997:133-148), was er unter einem „reflexiv-kommunitären Selbst“ versteht, das sich vom proteischen sowie vom fundamentalistischen Selbst unterscheidet. Zum proteischen gehört die „allseits fitte Person“. Sie sucht keinen persönlichen Kern, legt sich nie definitiv fest, trainiert sich Fähigkeiten an („Corporate Fitness“), hält sich ans „Lean-“ und „Body-Management“, geht in die Breite, statt in die Tiefe. Zum Identitätsangebot des proteischen Selbst gehört auch die „Person mit ‘multi-optionalen’ Lebenschancen“. Sie geht davon aus, dass alles in ihrer Hand liegt, auch das Reich der Freiheit. Die Kehrseite derselben Münze bildet das sich selbst kontrollierende Subjekt. Es hat sich scheinbar von allen Zwängen und Ausreden befreit, übernimmt die Verantwortung für alles, propagiert die perfekte Welt- durch Selbstkontrolle. Das fundamentalistische Selbst setzt auf die ewigen Wahrheiten der menschlichen Existenz. Es paart sich mit dem nationalen Grössenselbst.

Das reflexiv-kommunitäre Selbst versteht sich im kommunitaristischen Sinne als Alternative zum liberalistischen. Es lehnt die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. Das autonome Subjekt setzt, wie in den Kapiteln über „Autonome Beziehungen“ (6.2.2) und die „Kooperative Individualität“ erwähnt, die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog voraus. Heiner Keupp (1997:143) stellt den Empowerment-Diskurs (Kap. 7.2.3) in diesen Zusammenhang.

„Wir leben im Zeitalter des ‘und’, was heisst: der Ambivalenz“, schreibt Ulrich Beck (1993:27). Neue Identitäten orientieren sich am Muster des „global managers“. Bürger/innen müssen heute in übernationalen Kategorien

denken. Identität ist nicht als abschliessbares Projekt zu betreiben. Sie wird, teilweise von Standardisierung überlagert, zu einer Art Suchhabitus, der nie endet. Der Verlust an Eindeutigkeit erhöht die Ambivalenz. Selbst die siegreichen Institutionen des Westens – wie NATO, Marktwirtschaft, Sozialstaat, Parteiendemokratie, nationale Souveränität – haben ihre historische Selbstverständlichkeit verloren. Was ist die NATO ohne ihren Antikommunismus? Was bedeutet Sozialstaat im globalen Konkurrenzkampf der Weltwirtschaft? Die Lage ist laut Beck so offen wie nie zuvor. Diese Situation erzeugt aber auch ein Vakuum, aus dem verschiedene Optionen entstehen. Die einen schätzen die Herausforderung. Sie freuen sich über neue Möglichkeiten der Entscheidung. Andere fühlen sich überfordert.

Peter F. Schmid (1994) bezeichnet die Achtung des Individuums als Europas kostbarste Utopie. Mit der Überwindung der lähmenden Zweiteilung der Welt lebte sie weiter auf. Doch neue Rückschläge ziehen die Hoffnung in Zweifel. Sie erweist sich zumindest teilweise als Illusion. Die universellen Verhaltensmuster schränken die Vielfalt ein. Trotz dieser Überlagerung lässt sich eine Pluralisierung der Lebensstile feststellen. Der Markt erhöht partielle Freiheiten. Die Vielfalt gerät zum hoffentlich heilsamen Stolperstein für jene, die unter den neuen Bedingungen die alte deckungsgleiche Identität suchen oder der Versuchung erliegen, möglichst vielen fremden Erwartungen gerecht zu werden, was zu einem grossen Stress führt.

Die Pluralisierung beinhaltet meines Erachtens auch die Chance, dass sich mit der Erfahrung der grösseren Vielfalt ein Selbstverständnis verbreitet, das Differenzen respektiert. Die ambivalente Identität lässt Widersprüche zu, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Ich habe diese Haltung im vorigen Abschnitt auf Individuen bezogen. Sie lässt sich teilweise auch auf grössere Gemeinwesen übertragen. Die Akzeptanz einer Differenz, die nicht auf Spaltung angelegt ist, dynamisiert den Entwicklungsprozess. Sie kann gefährlich-ausgrenzende Homogenisierungen verhindern, die Identität als etwas verstehen, das sich von oben und für alle verordnen lässt. Ich plädiere dafür, deutlich Abstand zu deckungsgleichen Identitätsvorstellungen zu halten. Sie verkennen, dass Identität gerade dort zustande kommt, wo Widersprüche zugelassen sind.

6.2.6 Föderative Subsidiarität

Wenn föderatives Staatsleben unverfälscht fortbestehen soll, so muss es sich notwendig auf die Idee der Gleichberechtigung gründen, hält Adolf Gasser

(1948:4) fest. In der Praxis verkommt das föderative Prinzip seiner Meinung nach allerdings immer wieder zu einem blossen Mittel, mit dem eine besonders starke Gemeinde schwächere Gemeinwesen dominieren will. Aber auch ein Staatenbund, der auf der Idee der Gleichberechtigung aller Bundesmitglieder beruht, trägt Keime der Entzweiung in sich. Je nach Umständen können sich Demokratie und Bürokratie oder Zentralisation und föderative Autonomie zu unversöhnlichen Gegensätzen entwickeln. Adolf Gasser (1976:124) sieht allerdings keinen inneren Zwang zu einer antinomen Ausschliesslichkeit. Ein Grundgedanke ist, dass jede Staatsordnung den höheren Werten des Rechts, der Moral und der Religion untergeordnet bleiben muss.

Gasser plädiert für eine Staatsstruktur, die von unten nach oben gegliedert ist. In der Stufenfolge Bürger/in, Gemeinde, Kanton, Republik soll die nächst höhere Instanz immer nur jene Aufgabe verwalten, zu deren Erledigung die engeren Instanzen ungeeignet sind. Der Föderalismus deckt sich im Grunde mit dem Subsidiaritätsprinzip, wie es heute vorab von Teilen der katholischen und protestantischen Gesellschaftslehre verfochten wird. Gasser betrachtet eine föderative Grundbasis als Voraussetzung für eine echt-bundesstaatliche Verfassung. Nur so konnte es seiner Meinung nach auch geschehen, dass die dem griechischen und angelsächsischen Denken entstammende bundesstaatliche Idee sich dem föderativen Gemeindegeist der alten Eidgenossenschaft organisch einfügte. Die „eidgenössische Bruderliebe“ sei ein Artikel, der in keiner Verfassung stehe, aber im Herzen der Bürger/innen lebe. Auf diesen alteidgenössischen Geist gründe die überparteiliche Solidarität des Bundesstaates von 1848.

Was der liberale Adolf Gasser etwas pathetisch ausdrückt, findet sich inhaltlich auch bei Martin Buber (1967) angeregt. Er vertritt ein föderatives Prinzip, das Opielka (1983b:55) und andere sozial-ökologische Theoretiker/innen der Alternativszene ähnlich formulieren. Die kleinen Einheiten sollen sich möglichst selber formieren und von unten zusammenschliessen, statt sich von oben bevormunden bzw. „verknechten“ zu lassen. Die angesprochene Erfahrung mit der Schweizer Gemeindeautonomie zeigt allerdings deutlich, wie wichtig der (über-)regionale Ausgleich ist. Zur föderativen Subsidiarität gehört unabdingbar das Prinzip der Solidarität. Was das konkret bedeutet, führe ich im siebten Kapitel am Beispiel der sozialen Sicherung aus.

6.3 Redefinition der Solidarität

6.3.1 Subsidiäre Solidarität

Die subsidiäre Solidarität lässt sich begrifflich nicht einfach fassen. Sie steht für ein Verständnis, dem ich mich über einen kleinen Umweg annähere. Das Ethos einer „subsidiären Solidarität“ beruht darauf, dass das demokratische Handlungsprinzip von unten nicht auf technokratische Lösungen von Eliten hofft, sondern eigene Initiativen ergreift. (Senft 1990:8) Ansatzweise äussert sich das Ethos in den beschriebenen neuen sozialen Bewegungen, die teilweise auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es äussert sich auch in der neuen Wertschätzung des Genossenschaftsgedankens, der eine lange Geschichte hat und in der traditionellen Arbeiter/innen-Bewegung verankert ist. Wichtige Kennzeichen des Prinzips sind der Schutz der Schwachen und die gegenseitige Hilfe.

Die „subsidiäre Solidarität“ zielt auf eine „Subsidiarisierung des Alltags“ ab. Die Kraft der Kleinen wird da sichtbar, wo der Schutz der Schwachen gelingt. Sie unterscheidet sich von isolationistischen Bestrebungen, in denen Menschen bloss sich selbst behaupten wollen. Senft (1990:180) lässt keinen Zweifel daran, wie sehr er Basisinitiativen unterstützt. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der vielfältigen Bedrohung der Lebenswelt betont er mit dem Ethos einer „subsidiären Solidarität“ völlig zu Recht, dass staatlich organisierte Solidarität dringender denn je ist.

Die Subjektwerdung ist die Voraussetzung für das Ethos einer „subsidiären Solidarität“. Dazu gehören u.a. die Selbstbestimmung, die nicht entfremdete Arbeit, die Einmischung in die Politik, der Zusammenschluss von Betroffenen, die Vernetzung, ökologische Konsumformen sowie ein Wertewandel, der weg von der einseitig materialistischen Orientierung führt. Die „subsidiäre Solidarität“ impliziert (angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der vielfältigen Bedrohung der Lebenswelt) die staatlich organisierte Solidarität. Das Ethos zielt darauf ab, die Gesellschaft von unten her aufzubauen. Es setzt bei den einzelnen an, die aber stets eingebunden und zur aktiven Solidarität mit andern zu befähigen sind.

6.3.2 Lernziel Solidarität

Solidarität lässt sich teilweise lernen. Sie setzt aber auch gesellschaftliche Strukturen voraus, die das Verbindende unterstützen. Zu klären ist, was die Bildung von Gruppen hemmt bzw. fördert. Horst E. Richter (1975:9ff) untersucht individuelle und gesellschaftliche Bedingungen der Solidarisierung. Ich greife hier wichtige Ergebnisse auf und versuche abzuschätzen, wie weit das Lernziel Solidarität reicht.

Viele Menschen leben unter industriegesellschaftlich-städtischen, individualistischen Bedingungen dicht beieinander. Sie fühlen sich isoliert, flüchten in Pseudokontakte. Die Fremdheit verbreitet sich selbst in Primärgruppen und Wohngemeinschaften. Es kommt, nach der starken Emotionalisierung der modernen Kleinfamilie, zu einer neuen Versachlichung der Beziehungen. Das hat Vor- und Nachteile. Die Distanz ermöglicht individuell nutzbare Freiräume. Sie behindert aber die Nähe, die sich, je nach Voraussetzungen, fast von selbst ergibt. Die einseitige Ausenorientierung und Selbstrealisierung kompensieren das Verkümmern der gefühlsmässigen Innenwelt. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern verformt sich. Der gezielte Versuch, einander das Näherrücken zu erleichtern, führt häufig zu Misstrauen und Missverständnissen.

Wollen die Männer den Emanzipationsbedürfnissen der Frauen folgen, müssen sie Privilegien abgeben. Zum Leiden vieler Männer gehört, dass sie nicht leiden dürfen. Wer einseitig erfolgsorientiert unter fortgesetztem Aktivitätsdruck steht, läuft Gefahr, krank zu werden. Die Herzynfarkt-Persönlichkeit entspricht weitgehend dem supermännlichen Idealbild der Leistungsgesellschaft. Die Risikopersönlichkeit hat die Tendenz, sich stets als gesund, fit und stark dazustellen. Die Superaktivität ist oft mehr rivalitätsbedingtes Zwangsverhalten, denn Ausdruck echter Unternehmungsfreude. Was helfen könnte, macht Angst, folgert Richter (ebd.) weiter. Beide Geschlechter sind in einer unheilvollen Weise auf Rollenbilder fixiert. Das behindert die geschlechterübergreifende Solidarität. Viele Männer halten an den Normen der expansionistischen Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft fest. Sie verteidigen die illusionären Vorbilder ihrer äusseren Anpasstheit. Frauen erkennen eher, dass sie wirkliche Fortschritte nicht erreichen, wenn sie einfach den Männern Terrain abtrotzen. Die Wahrnehmung des eigenen Leidens ist eine Chance und Voraussetzung für Veränderung. Dazu gehört, dass Gefühle zugelassen und nicht wie Waren behandelt werden.

Richter (1975:69ff.) fokussiert seine Gesellschaftskritik auf den Individualismus: Die Vereinsamungsangst breitet sich auf immer weitere Gruppen aus. Die Basis der Mikrogruppen Ehe, Familie, Freundschaft ist zu schmal, um die Isolation aufzufangen. Die Überfrachtung mit kaum erfüllbaren, kompensatorischen Bedürfnissen führt zu neurotischen Mechanismen. Die Menschen wollen in einer Gemeinschaft aufgehoben sein, aber ihre egozentrischen Positionen beibehalten. Richter postuliert eine Solidarität, die diesen Widerspruch angeht. An diesem Anspruch misst er emazipatorische Ansätze. Herbert Marcuse wirft er beispielsweise vor, den Widerspruch nicht aufgearbeitet zu haben. Das sozialistische Gesellschaftsbild von Marcuse ist stark individualistisch geprägt. Die 1968er-Protestbewegung hat das Bild des befreiten Zukunftsmenschen teilweise übernommen, heroisiert und so die Solidarisierung bereits im eigenen Kreis erschwert. Marcuses Metapsychologie begründet ein Autonomieverständnis, das Richter als modifizierte Neuauflage eines idealistischen Modells kritisiert. Im 19. Jahrhundert schon von Schiller vertreten, reproduziert es die narzisstischen Allmachtsträume aus der Zeit des aufstrebenden Industriekapitalismus.

Das scheinbar unabhängige, schöpferische Individuum ist anmassend und elitär konzipiert. In der universal verwalteten, computerisierten Massengesellschaft der Zukunft überlebt es als parasitäres Wesen und Gegenstück einer neuen Solidarität. Die antiautoritäre Bewegung verdeutlicht den Widerspruch zwischen dem propagierten sozialistischen Solidaritätsprinzip und dem Neo-Individualismus. Davon zeugen auch die endlosen Rivalitätskämpfe in den eigenen Reihen. Sie haben den Zerfall der Protestbewegung gefördert. Richter plädiert dafür, diesen Individualismus abzubauen, um die menschliche Selbstverwirklichung und die Befreiung der Gesellschaft zu ermöglichen.

Ein Misstrauen, das gegenüber Gruppen besteht, führt Richter (1975:78ff.) auf mangelndes Selbstwertgefühl und auf Schuldgefühle zurück. Er geht davon aus, dass in unserer Gesellschaft alle mehr oder minder grosse Mühe damit haben, sich gut und wertvoll zu fühlen. Die überfordernde Erziehung hinterlässt eine Dauerlabilität des Selbstwertgefühls. Die moralistische Tradition unserer Gesellschaft hat zu einem Erziehungssystem geführt, das mit einem hohen Mass an Scham- und Schuldgefühlen manipuliert. Der Normenkodex, an dem das heranwachsende Kind sein Verhalten misst, übersteigt die realen Möglichkeiten. Das Leistungsprinzip, das Marcuse (1968:19) in ein Lustprinzip verwandeln wollte, ist in der Kindheit oft mit Triebunterdrückung verbunden. Autoritätspersonen halten die fortwährende Angst des Ungenügens planmässig wach. Die Angst erzeugt eine Labilität des

Selbstwertgefühls, die sich kaum überwinden lässt. Die Gruppe scheint gefährlich zu sein. Sie könnte einem beweisen, dass man zu Nichts taugt. Diffuse Erwartungen schüren die Angst, dass die andern nur darauf lauern, einen zu verurteilen. Die Angst verkörpert den latenten Selbsthass, den alle mit sich herumtragen. Die ewigen Befürchtungen blockieren das Bedürfnis nach spontanem Kontakt.

Die Angst vor Ablehnung zwingt zu Anpassungsleistungen. Erwartungen werden erfüllt, um Fassaden aufrechtzuerhalten. So kommen Beziehungsmuster zum Tragen, die letztlich von niemandem gewollt sind. Aus Unsicherheit übertragen viele ihre versteckte Selbstkritik in projektiver Weise auf andere. Sie machen den andern die gleichen Vorwürfe, die sie selber fürchten. Die Angst der Prüflinge vor der Zensur beschreibt Richter (ebd.) als Kehrseite der Bereitschaft, andern strenge Zensuren zu erteilen. Im Kampf ums moralische Überleben verschafft es Erleichterung, wenn man die selbst erfahrene Kritik durch Beschuldigung anderer wettmachen bzw. die erwartete Kritik präventiv umkehren kann.

Richter (1975:123ff.) betrachtet die Rivalität und das Ressentiment als wesentliche Hemmnisse. Sie behindern die Solidarität. Das präventive Anklageverhalten soll helfen, denen zuvorzukommen, die einen moralisch anklagen könnten. Unbewusste Zwänge bewirken, dass man selbst die Inquisitionszene mitzugestaltet, vor der man sich fürchtet. Sie erstickt die angestrebte Gemeinschaft, verstärkt Scham- und Schuldgefühle, Abwehrreaktionen. Machtkämpfe werden gerne mit moralischen Argumenten maskiert. Hinzu kommen die faktische Machtausübung in der Wirklichkeit und die grossen Besitzunterschiede. Sie widersprechen dem Postulat der sozialen Gleichberechtigung.

Von Kindesalter an sind wir daran gewöhnt, von vermeintlichen Niederlagen anderer zu profitieren. Heranwachsende sind in ein Erziehungssystem integriert, das planmässig die Rivalitätsangst schürt. So lernen wir schon früh, Gruppensituationen als gefährliche Wettbewerbssituation zu empfinden. Als scheinbarer Ausweg bietet sich etwa der Heroismus der Einsamkeit an. Die vermittelte Isolation im Egozentrismus und die fortgesetzten Frustrationen bei Rivalitäten bewirken in der Regel ein Übermass an Angst und Wut. Sie sind ein Nährboden für Ressentiments, die einen selber vergiften. Das Ich verliert die Fähigkeit, positive Angebote aus Gruppen aufzunehmen und sich selbst solidaritätsfördernd in Gruppen zu engagieren. Ressentiments und Solidarität schliessen sich aus. Irrationales Rivalisieren stellt Richter (1975:141ff.) auch in Selbsterfahrungsgruppen fest. Nicht

selten baut eine Gruppe zwei Exponenten auf, die sich dann als Pole gegenüberstehen. Oder sie überlässt einem ehrgeizigen Leithammel das Feld, der eine dramatische Dynamik provoziert. Das Feld teilt sich in Siegende und Verlierende. Die Opfer belegen den Erfolg. Sie werten jene auf, die sich durchsetzen.

Anders scheinen Heile-Welt-Gruppen zu funktionieren. Sie laden zur Flucht in den Himmel auf Erden ein. Die Mitglieder sind vordergründig nett. Dennoch fühlen alle, dass der Zusammenhalt nicht auf echter Solidarisierung beruht. Man hat miteinander einen Scheinfrieden geschlossen. Er klammert wichtige Probleme aus. Wenn sich alle krank fühlen und keine weiteren Verletzungen mehr ertragen, dann verzichten sie darauf, sich gegenseitig die Wahrheit zu sagen. Sie drücken so eine kollektive Neurose aus, wie Richter (ebd.) weiter feststellt. Ein vorsichtiges psychologisches Gemeinschaftstraining mag ein wenig entspannen. Die Abwehr der Angst stabilisiert die phobische Reaktionsbildung gegen die tabuisierte Aggression. Was immer als Attacke oder kränkende Abweisung deutbar ist, verstösst gegen den pseudologischen Pazifismus, den man zur absoluten Norm erhebt. So funktioniert die Verschwörung eines unechten Samaritertums. Die Aggression in der Gruppe wird nicht angegangen. Man befasst sich lieber mit Aggressionen ausserhalb der Gruppe. Sie betreffen böse Menschen und Mächte, die das tun, was man sich selber streng verbietet. Die Unterdrückung der Aggression und das taktische Lavieren führen zu einer Verarmung und Entleerung der persönlichen Beziehungen. Sie verunmöglichen eine lebendige Solidarität.

Eine Gruppe, die einen Rahmen für eine freie(re) seelische Entfaltung schaffen will, muss erst einmal die Gefahr überwinden, dass dieser Rahmen sich in eine Arena für einen moralischen Selbstzerfleischungsprozess verwandelt. Richter (1975:161ff.) stellt die Gruppe als ein Lernfeld dar, das sich für ganz unterschiedliche Anliegen nutzen lässt. Das belegen auch Studien über die Gemeinwesenarbeit im Faschismus (Otto und Sünker 1989).²⁹² Mich interessiert vor allem, wie es möglich ist, das konkrete Lernfeld der (Gruppen-) Solidarität breitenwirksam zum Tragen zu bringen. Richter zeigt bescheidene Möglichkeiten im Rahmen der recht marginalen Randgruppenarbeit auf,

292 Die beiden Autoren Hans-Uwe Otto und Heinz Sünker haben auch den Band „Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus“ (Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1991) herausgegeben.

die er als typische Subsidiaritätspolitik bezeichnet. Es ist ein Feld, aus dem sich der Staat weitgehend heraushält. Er delegiert diese Arbeit gerne an Kirchen und private Institutionen und beachtet sie auch in der Ausbildung und in der Forschung wenig. Um Dissoziale und Delinquente herum bilden sich Initiativkreise. Sie gehen teilweise auf die Aktivitäten von Menschen zurück, die ihre nahe Verwandtschaft zu den Problemen derjenigen erkennen, um die sie sich kümmern. Oft handelt es sich um Angehörige der Mittelschichten. (Richter 1975:233) Die soziale Sicherheit gibt ihnen genügend Rückhalt, um sich mit Randgruppen partiell zu solidarisieren. Hinzu kommen Ehemalige, welche die Probleme selber erfahren haben. Sie wollen jene nicht im Stich lassen, die den Sprung nicht schaffen. Scham und Schuldgefühle mögen dabei ein Beweggrund sein; was sich nicht zwangsläufig kontraproduktiv auswirkt.

Die Solidarisierung mit „unten“ ist ein Versuch, der Konkurrenzgesellschaft neue Bündnisse entgegenzustellen. Damit diese Basisarbeit Erfolg hat und sich nicht selber isoliert, ist (wie im Kapitel 4.7 beschrieben) eine umfassende Vernetzung der verschiedenen Bemühungen nötig. Das ermöglicht die geforderte Breitenwirksamkeit der vielfältigen Ansätze.

6.3.3 Freiwillige Solidarität

Die Individualisierung führt dazu, dass die Solidarität neu gewonnen werden muss. Ulrich Beck (1997:395) hält es für möglich, die Bindungslosigkeit der Moderne durch die Ausgestaltung politischer Freiheiten zu überwinden. Diese lassen „freie Assoziation“ entstehen. Von Emile Durkheim ist bereits bekannt, dass unter den Bedingungen fortgeschrittener Differenzierung die Solidarität weder auf einem kollektiven Geist beruht noch erzwungen werden kann. In der Moderne ist Solidarität zunehmend eine Funktion der Spontaneität. Die Freiwilligkeit ist die Quelle einer Solidarität neuen Typs.²⁹³

Der libertäre Sozialist Kropotkin (1842-1921) hat wegweisend die Freiwilligkeit hoch gehalten. Martin Buber (1985:38) bezieht sich auf ihn. Die vollständige Entwicklung der Individualität soll sich mit der höchsten Entwick-

293 Justitia et Pax (1997:23) hält das Bedürfnis nach bewusst praktizierter Solidarität heute für grösser als in früheren Epochen. Dies vorwiegend aus soziostrukturellen Gründen, nicht wegen eines angeblichen Moralzerfalls.

lung der freiwilligen Gesellung unter allen Aspekten, in allen möglichen Graden, zu allen möglichen Zwecken verknüpfen. Seit dem Fall der Berliner Mauer (1989) lebt Kropotkins libertärer Ansatz (s. Kapitel 5.14) auch in der ehemaligen DDR auf. Heinz Hug (1989) hat im selben Jahr eine neue Kropotkin-Biographie verfasst. Während die 1968er Bewegung die autoritäts- und staatskritischen Elemente des libertären Sozialismus betonte, steht heute die Frage im Vordergrund, was diese Konzeption zur Neugestaltung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beiträgt. Für Kropotkin bedingen sich, wie festgestellt, die Sozialität und Individualität gegenseitig. Sie streben nach weitgehender Herrschaftslosigkeit und konstituieren die freie Gesellschaft.

Die heute verschiedentlich propagierte freiwillige Solidarität stützt sich ebenfalls auf eine ausgeprägte Individualität ab. Die persönliche Entscheidung zur Solidarität ermöglicht eine neue Qualität. Sie resultiert weder aus der Angst noch aus der Not. Die Wirkung ist allerdings beschränkt. Sie ersetzt partielle gesellschaftliche Leistungen, gibt aber keine sozialstaatlichen Garantien. Die mangelnde Verbindlichkeit ist der Nachteil der neuen Freiwilligkeit, die es so zu fördern gilt, dass keine gefährlichen Scheinsicherheiten entstehen.

6.3.4 Verbindliche Solidarität

Die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Kommunitarismus konstruiert einen scheinbar einfachen Gegensatz zwischen Gerechtigkeit und Solidarität beziehungsweise zwischen Recht und Freundschaft. Eine demokratisch ausgerichtete Solidarität orientiert sich aber auch an einer (universalen) Gerechtigkeit. Freundschaftliche Bande allein reichen nicht aus, um den Zusammenhalt einer komplexen Gesellschaft zu gewährleisten. Dazu braucht es verbindliche Rechte und Vereinbarungen sowie gemeinschaftliche Werte, die (in einem gewissen Ausmass) Widersprüche und Differenzen zulassen. Seyla Benhabib (1993:115) plädiert (in Anlehnung an Derrida) für eine philosophische Politik, die es sich zur Aufgabe macht, neue Formen der Vergesellschaftung in Begriffe zu fassen, die das Anderssein („le différent“) in ihrer Mitte akzeptieren. Ich halte das für wichtig.

Sich gegenseitig wertzuschätzen, das ist die Voraussetzung, um untereinander Beziehungen der Solidarität zu entwickeln. (Axel Honneth 1993:262) Soziale Beziehungen sind, wenn von „Gemeinschaften“ die Rede ist, Ver-

hältnisse der Solidarität. Die Solidarität ist eine Kernbestimmung der Gemeinschaft. Sie strebt die Gerechtigkeit an und ist, auch ohne schriftliche Zusicherungen, von hoher Verbindlichkeit. Solidarität ist an die Bedingung von sozialen Verhältnissen der möglichst symmetrischen Wertschätzung zwischen individualisierten und autonomisierten Subjekten gebunden. Sie muss auch auf künftige Generationen achten. Darauf drängt die Gruppe von Lissabon. (1997:135) Die Solidarität soll verhindern, dass die Individualisierung des Sozialgefüges zu einer atomisierten Gesellschaft führt. Die universelle soziale Gerechtigkeit strebt umfassende und verantwortliche Formen der Solidarität zwischen den lebenden und den zukünftigen Generationen sowie zwischen unterschiedlichen Gruppen an. Das ist auch gemeint, wenn Raymond Battegay (1989:9) die Notwendigkeit einer neuen Solidarität betont. Die sozial Benachteiligten sollen konkret spüren, dass sie ebenfalls zur Gemeinschaft gehören und eine verbindliche Solidarität erwarten dürfen. Diese stützt sich auf ein sozialstaatliches Fundament ab, das seine spezifische Qualität aber erst durch die Verknüpfung mit der neuen Solidarität erlangt, die teilweise freiwillig zum Tragen kommen soll.

6.4 Ökosozialer Umbau

6.4.1 Soziale Gerechtigkeit

Konzepte eines Dritten Weges beinhalten, wie im Kapitel 5.14 erwähnt, Vorstellungen eines ökosozialen Umbaus. Vielfältige Ansätze stehen zur Diskussion. Die meisten beziehen sich, unterschiedlich akzentuiert, auf die Leitideen der Solidarität und Subsidiarität. Als Fundament dient das Postulat der sozialen Gerechtigkeit. Ein theoretischer Ansatz geht auf John Rawls (Kap. 5.8) zurück. Die praxisorientierten Konkretisierungen weichen teilweise erheblich voneinander ab.

294 Carl Amery trat 1974 unter Protest gegen den industriefreundlichen Kurs der Schmidt Regierung aus der SPD aus. In seinem Beitrag „Ungehorsam bringt unsere politische Kultur weiter“ (Basler Zeitung, 4.6.1993) verknüpft er sein Gerechtigkeitspostulat mit der Forderung nach einer neuen politischen Moral, die sich nicht von der Macht einbinden lässt.

Carl Améry (Arend 1993:58) betont gegenüber allen „sozialtechnokratischen Kniffen“ die Notwendigkeit einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit.²⁹⁴ Auf eine solche stützt Joseph Huber (1991) die finanzpolitischen Instrumente einer Ressourcen-, Konsum- oder Negativsteuer ab. Er zählt zu diesen Möglichkeiten auch ein garantiertes Mindesteinkommen (Kap. 7.1.3). Ulrich Beck (1986) erkennt, was die Realisierungschancen betrifft, eine weiterführende Triebkraft. Sie entsteht aus der Überlagerung sozialer Klassenlagen durch ökologische Risikolagen, die Betroffenheit auslösen. Michael Arend (1993: VI) skizziert für den sozialpolitischen Umbau einen neuen Bezugsrahmen, der die Marginalisierung als gesellschaftliches Phänomen mit strukturellen Ursachen fasst, die Folgekosten einbezieht und neue Formen der Solidarität fördert. Die auf der Gleichartigkeit der Lebensumstände basierende „mechanische Solidarität“ gehört seiner Auffassung nach der Vergangenheit an. Sie kann nicht mehr zurückgewünscht werden. Mehr Pragmatismus ist angesagt, ebenso eine bessere Verknüpfung der sozialen und ökologischen Verträglichkeit.

„Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“ heisst Ernst Ulrich von Weizsäcker's Variante eines ökosozialen Umbaus. Sie orientiert sich am Anliegen der sozialen Gerechtigkeit. Der 1995 an den Club of Rome gerichtete Bericht „Faktor vier“ hält einen Richtungswechsel aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Gründen für unausweichlich. Die Autoren plädieren für eine technologische Effizienzrevolution. Sie soll eine Vervierfachung der Ressourcenproduktivität ermöglichen. Wendet man die „Faktor-4-Revolution“ beispielsweise auf Autos, Häuser, Lebensmittel, Haushaltsgeräte, Möbel, Bürogeräte, Chemikalien, Textilien und alle zugehörigen Dienstleistungen an, dann kommt man auf Umsätze, die das wirtschaftliche Gewicht der gesamten Gentechnik wohl um ein Hundertfaches übertreffen. Die Revolution erfordert auch eine Verhaltensänderung, die nichtmaterielle Wohlandselemente in den Vordergrund rückt. (Weizsäcker 1996:18) Sie postuliert im Sinne einer reiferen Zivilisation den Verzicht und das Sparen als wichtige Tugenden. Es gelte, „jenem weitverbreiteten Irrtum vorzubeugen, ein umweltfreundlicheres Verhalten würde uns hauptsächlich Einschränkungen abverlangen“ (1996:20).

Eine andere Gewichtung geht aus dem „Bericht über die menschliche Entwicklung 1997“ (UNDP 1997) hervor. Für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen verfasst, stellt er die öko-soziale Gerechtigkeit ins Zentrum. Der Bericht regt einen Ausgleich der sozialen Gegensätze durch Umverteilung und mehr soziale Investitionen an. Er will dazu beitragen, die sich

weltweit öffnende Kluft zwischen Arm und Reich zu schliessen.²⁹⁵ Die Welt verfügt über genügend Mittel, um alle Menschen ausreichend zu ernähren, argumentieren die AutorInnen. Das gesamte Brutto-Sozialprodukt (BSP) beträgt 25 Billionen Dollar. Doch mit der Verteilung hapert's. Über eine Milliarde Menschen haben kein sauberes Wasser. 840 Millionen leiden unter Hunger. 500 Millionen wohnen in ökologisch gefährdeten Gebieten. Als ärmste Region gilt Afrika südlich der Sahara. Erhebliche Rückschläge sind auch in Osteuropa feststellbar. In mehreren Ländern ist die Lebenserwartung rückläufig.

Nach dem Ende des kalten Krieges wären Kürzungen der Militärausgaben eine Chance, soziale Investitionen zu erweitern. Stattdessen werden öffentliche Dienste abgebaut und in armen Regionen Menschen noch mehr belastet, die das Wasser schon am Hals haben. Dies ist laut dem UNDP-Bericht „eine Perversion des Selbsthilfe-Ideals“. Die Selbsthilfe kommt dort zum Tragen, wo eine tragfähige Infrastruktur vorhanden ist. Deshalb braucht es, auch zur Schonung der Umwelt, eine Grundversorgung aller Länder mit sozialen Diensten. Die zusätzlichen Kosten würden während zehn Jahren je 40 Milliarden Dollar ausmachen. Das wären weniger als 0,2 Prozent des globalen Einkommens.²⁹⁶

Der UNDP-Bericht plädiert dafür, die sozialen Investitionen zu erhöhen und die Ungleichheiten zu verringern. Ein verantwortungsbewusster Staat schützt die Rechte der Armen. Gesicherte Miet- und Pachtverhältnisse geben Rückhalt. Ein Schuldenerlass könnte Mittel für produktive Zwecke freisetzen. Mehr Hilfe für Afrika südlich der Sahara wäre auch mit weniger ausländischen Fachleuten möglich. Eine Stärkung der UNO soll dazu beitragen, weltweit die Menschenrechte sowie Leitplanken für eine soziale Wirtschaftspo-

295 Ein Zehntel der Weltbevölkerung verfügen über nur 0,3 Prozent des Welthandels. Vor zwanzig Jahren hatten sie immerhin doppelt soviel. Die realen Rohstoffpreise sind heute um 45 Prozent niedriger als vor zehn Jahren. Sie liegen 10 Prozent unter dem tiefsten Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1932. Das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung erzielt 1,1 Prozent des globalen Einkommens. 1960 betrug der Anteil 2,3 Prozent. Das reichste Fünftel hatte damals 30mal mehr Einkommen, im letzten Jahr 80mal mehr. Bei den Vermögen ist die Kluft noch grösser. Seit 1996 erhöhte sich die Zahl der weltweit registrierten Milliardäre von 385 auf 447. Ihr Vermögen übersteigt das Einkommen der halben Weltbevölkerung.

296 Die Vereinigten Staaten haben zwischen 1948 und 1992 im Rahmen des Marshall-Planes einen doppelt so hohen Anteil nach Europa überwiesen.

litik zu verankern. Soweit Hinweise aus dem Bericht. Sie haben meines Erachtens viel mit sozialer Gerechtigkeit und einem ökosozialen Umbau zu tun. Über neue Technologien hinaus geht es auch darum, defensiv eine weitere soziale und ökologische Gefährdung zu vermindern. Es ist unabdingbar, dass heutige Konzeptionen, sei es eines Dritten Weges oder öko-sozialen Umbaus, wieder vermehrt die globale Überlebensfrage gewichten. Aber sie dürfen dabei nicht stehen bleiben. Konzepte einer sozialen Restrukturierung müssen sich auch vorwärtsgerichtet an dem orientieren, was, qualitativ hochstehend, vielleicht noch in weiter Ferne liegt. Der Rückgriff auf egalitäre Sozialstrukturen und libertäre Utopien weist auf prospektive Ansätze einer Regionalisierung hin.

6.4.2 Soziale Restrukturierung

Der älteste und wichtigste, aber am wenigsten anerkannte Steuerungs-bereich ist (neben Markt und Staat) der dritte, die Solidarität.²⁹⁷ Sie umfasst das soziale Kapital. Soziale Gemeinschaften haben sich historisch vor den Märkten und Regierungen etabliert. Der soziale Austausch ging jenem der Waren stets voran. Der (uneinheitlich definierte) dritte Bereich wurde zwar im 20. Jahrhundert in vielen Ländern marginalisiert. Er bleibt jedoch eine wichtige Grundlage, auf der die beiden andern Bereiche stehen, wie Jeremy Rifkin (Die Zeit, 2.5.1997:32) beschreibt. Der Hinweis auf diese Grundlage ist heute besonders wichtig; denn die soziale Restrukturierung wird oft einseitig als eine „Revitalisierung“ diskutiert, die hauptsächlich Kosten senken, neue Ressourcen erschliessen und Kontrollmechanismen verstärken soll. Interessant ist ein Blick auf frühere Erfahrungen und Debatten. Sie kontrastieren den instrumentellen Zugriff auf den zu stärkenden, solidarischen Bereich.

Der libertäre (Früh-)Sozialismus strebte eine umfassende Restrukturierung der Gesellschaft an. Die marxistische Kritik lehnte den „romantischen Versuch ab, überwundene Entwicklungsstadien zu erneuern“. Martin Buber (1985:41) sah in ihm eine Chance, „die in den Tiefen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werdens wahrnehmbaren dezentralistischen Gegen-tendenzen miteinander zu verbinden“. Dies sollte im Bunde mit der langsam in der Menschenseele wachsenden Auflehnung geschehen.

297 Neuere Definitionen (Thomas A. Becker 1997:9) zählen den ganzen Sozialbereich zum dritten Sektor.

Der Aufbruch richtet sich gegen die massierte, kollektivierte Einsamkeit. Die künftige Struktur der Gesellschaft ist eine neue. Sie orientiert sich vorwärts; aber sie bewahrt auch erhaltene Gemeinschaftsformen und reaktiviert solche, die überlagert sind.

Der Sozialreformer Saint-Simon (1760-1825) war bestrebt, Fortschritt und Ordnung mit einer „planenden Wirtschaftslenkung“ (Hartfiel 1972:574) zu verbinden. Die Zukunft sollte organisch und industriell sein. Martin Buber (1985:47) vermisst bei Saint-Simon die Konzeption echter, organischer sozialer Einheiten, aus denen sich eine soziale Restrukturierung aufbauen kann; der Begriff der „industriellen Assoziation“ genügt ihm nicht. Soziale Gebilde funktionieren nicht wie ein Räderwerk. Der gesellschaftliche Umbau setzt kleine soziale Einheiten voraus. Fourier (Kap. 4.1) hat wiederholt darauf hingewiesen. Er hat gemeindliche soziale Einheiten postuliert, die auf der Verbindung von Produktion und Konsum(vereinen) begründet sind. Die blosse Reorganisation einer Gesellschaft macht keine soziale Restrukturierung aus. Proudhon (Kap. 4.1) hat den Unterschied deutlich gemacht. Eine industrielle Verfassung ist keine soziale Strukturierung; ein föderalistischer Aufbau der Gesellschaft leistet hingegen schon einen wichtigen Beitrag dazu. Louis Blanc (Kap. 4.1) schlug soziale Werkstätten vor. Er regte die Solidarität innerhalb und zwischen den Werkstätten an, die dann als starke Einheit auch partnerschaftlich mit der Industrie oder anderen Einrichtungen kooperieren können.²⁹⁸ Dieser Ansatz kommt u.a. in aktuellen Konzepten einer sozialen Ökonomie zum Vorschein.

Eckhard Piller und Annette Zimmer (1997:17) weisen auf die derzeit beschränkte wirtschaftliche Bedeutung des nicht gewinnorientierten Sektors hin.²⁹⁹ Antonin Wagner (1989:16) referiert Schätzungen zur Schweiz.³⁰⁰

298 In Bubers eigenen Schriften sind Hinweise selten, in denen er den „Institutionen“ bei der Erneuerung des inneren Aufbaus von Zusammenschlüssen auf den einzelnen Stufen eine positive Bedeutung zuerkennt (Schapira 1985:449).

299 Gemessen an seinem Anteil am Bruttosozialprodukt lag der Dritte Sektor der USA mit 6,3 Prozent vor Grossbritannien (4,8 Prozent), Deutschland (3,6 Prozent), Frankreich (3,3 Prozent) und Italien (2 Prozent). Wertmässig handelt es sich in Deutschland um 54 Mrd. US-Dollar.

300 Der nicht-gewinnorientierte Sektor macht in der Schweiz 1,8 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Viele der erbrachten Leistungen lassen sich aber materiell nicht veranschlagen. 85'000 Personen bzw. rund 3 Prozent der Beschäftigten sind offiziell in diesem Bereich erwerbstätig.

Weitere Angaben folgen im Kapitel (7.1.1) Arbeit teilen. Bei der sozialen Restrukturierung geht es aber nicht nur darum, diesen nicht klar abgrenzbaren Bereich auszuweiten und neu zu organisieren. Wichtig ist die Verknüpfung mit der ganzen Wirtschaft und Gesellschaft, die es ferner mit konstituierenden Merkmalen der Solidarität zu druchdringen gilt. Eine besondere Aufgabe kommt hierbei intermediären Instanzen zu. Die Stärkung gesellschaftlicher Solidaritätspotentiale erfordert eine Ausweitung des demokratischen Einflusses auf die politische und wirtschaftliche Verfügungsgewalt über jenes Kapital, das die Bedingungen der sozialen Restrukturierung beeinflusst.

6.4.3 Intermediäre Instanzen

Das Zusammenwirken von Subsidiarität und Solidarität hängt davon ab, ob Verbindungsstrukturen bestehen, die ein Miteinander von Individuum und Gesellschaft ermöglichen. Intermediäre Gruppen sind Gruppen, über die das Individuum mit dem sozialen Ganzen verbunden wird. (Hartfiel 1972:310) Sie erfüllen in unserer Gesellschaft eine wichtige Sozialisationsfunktion. Vereine und Verbände sind intermediäre Einheiten. Sie wirken als Instanzen zwischen Individuum und Staat. „Pressure Groups“ setzen sich für bestimmte Interessen ein. Die sozialen intermediären Gruppen übernehmen in Kleinräumen Aufgaben, welche die intermediären politischen Gewalten im staatlichen Grossraum erfüllen. Montesquieu betrachtete sie als Instanzen der Herrschaftsbegrenzung. (Paul Trappe 1990:290) Sie haben eine Art Doppelcharakter. Zum einen vermitteln sie dem Individuum gesellschaftliche Anforderungen; zum andern helfen sie ihm, eigene Anliegen nach aussen zu tragen.³⁰¹

Paul Trappe (1990:293ff.) verweist auf die grosse und steigende Gruppendichte in der Schweiz. Dabei fallen genossenschaftliche Zusammenschlüsse besonders ins Gewicht. Hinzu kommen die vielen „faktischen Genossenschaften“, die nicht offiziell eingetragen sind, aber (wie die Selbsthilfegruppen) wesentlich zur Verbreitung eines „homo associativus“ (Meier-Dallach) bei-

301 „Gruppenvielfalt und Gruppenmehrfach-Mitgliedschaft binden nicht nur das Individuum, schaffen nicht nur neue Räume der individuellen Mitwirkung, sondern kanalisieren auch seine Entfaltung, d.h. sie gehen auch zu Lasten der Privatautonomie“, schreibt Paul Trappe (1990:297) und führt aus, wie staatliche Systeme versuchen, Gruppenaktivitäten zu unterbinden (Sozialistengesetz bzw. -verbot von 1878-1890) oder zwangsweise zu verordnen (faschistischer Korporatismus).

tragen. Die vielen intermediären Gruppen prägen den sozialen Wandel nachhaltig. So propagieren auch mehrere päpstliche Enzykliken die Förderung solcher Gruppen.

In der Entwicklungssoziologie hat die Debatte über Trägergruppen und „voluntary agencies“ eine lange Tradition.³⁰² Neue Aktualität erlangt sie durch die Verbreitung von Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken. Solche Vereinigungen sollen „nicht von oben geschaffen, sondern ermöglicht werden“, schreibt Paul Trappe (1990:301). Er setzt sich mit der sozialen Bedeutung von intermediären Gruppen auseinander und erwähnt verschiedene Funktionen, die sie ausüben: Erstens eine Integrationswirkung durch soziale Bindungen an Nicht-Verwandte, die keine übermässige Gemeinschaftsorientierung mit kollektivistischer Totalintegration anstrebt. Zweitens eine Stabilisierungswirkung, die gerade auch bei einer vorübergehenden Funktionsuntüchtigkeit des Staates zum Tragen kommen kann. Drittens eine soziale Kontrollwirkung, die im Rahmen des geltenden Rechtes über eingespielte Normen und Muster funktioniert. Viertens eine Verstärkungswirkung durch Gleichgesinnte. Fünftens eine soziale Kommunikationsfunktion. Sechstens eine Vehikelfunktion des sozialen und sozialpolitischen Wandels. Siebentens eine ökonomische Funktion, auch wenn das Sozialprodukt diese nicht erfasst. Achterntens eine Entlastungsfunktion der Staatstätigkeit. Neunterntens eine Auslese- und Siebungsfunktion für den individuellen Aufstieg.

Taylor (1993:143) beschreibt mit Bezug auf Tocqueville, wie wertvoll freiwillige Assoziationen und Zwischeninstanzen sind. Sie ermöglichen das Einüben einer nicht autistischen Selbstverantwortung. Wichtig ist hierbei die dezentrale Organisation eines Gemeinwesens. Vielfältige Formen der Selbstregierung sind am ehesten auf der lokalen Ebene möglich und eine Voraussetzung für eine nationale Willensvermittlung von unten.³⁰³ Tocqueville misst den „pouvoirs intermédiaires“ eine verbindende Funktion zu, was einen hohen Aktualitätswert hat. (Schmid 1988:121) Die Gleichheit allein setzt die

302 In der Enzyklika „Rerum Novarum“ (1891) von Leo XIII. geht es um die damals noch nicht so bezeichnete intermediäre Ebene zwischen Individuum und staatlicher Gewalt. Die intermediäre Ebene wird u.a. auch in der Enzyklika „Centesimus Annus“ thematisiert. (Trappe 1997:255)

303 „Wenn sie aber wirklich Orte der Selbstregulierung sein sollen“, schreibt Taylor (1993:143), „dann dürfen sie nicht übermässig gross sein, sondern müssen vielmehr zahlreich sein und auf vielen Ebenen des politischen Gemeinwesens existieren.“

Menschen nicht in Beziehung zueinander. Auch die Freiheit ist nicht in der Lage, eine Gesellschaft zu strukturieren. Die Menschen sind vielleicht frei, aber einander nicht verpflichtet. Tocqueville ist die amerikanische Erfahrung wichtig. Hier konnte sich eine wenig zentralistische Demokratie entfalten. Ihre Fundamente sind die Gemeindefreiheit und die Vereinigungsfreiheit. Die demokratische Ordnung entsteht dezentral und von unten. Sie kann sich aber nur entfalten, wenn auch bürgerliche Tugenden verankert sind. Die Gesellschaft ist ein Zusammenschluss der Bürger/innen.

Im Vergleich zu anderen Bereichen der Politik zeichnet sich die Sozialpolitik durch das Vorherrschen von Akteuren aus, die weder dem Staat im engeren Sinne noch dem Bereich privater Organisationen wie Wirtschaftsunternehmen oder Vereinen zuzurechnen sind. Sie haben als intermediäre Instanzen teils einen öffentlich-rechtlichen Status wie die Sozialversicherungen, oder sie sind privatrechtlich organisiert wie die Gewerkschaften, Unternehmen oder Wohlfahrtsverbände. Thomas A. Becker (1997:9) beschreibt, wie Hilfswerke, Wohlfahrtsverbände und private Sozialeinrichtungen die Funktion intermediärer Institutionen erfüllen. Sie erbringen Transferleistungen, die der Staat oder die Wirtschaft nicht selber durchführen können.

Franz-Xaver Kaufmann (1987:9ff.) untersucht jene Selbsthilfe, die zwischen der individuellen Eigenhilfe und der staatlich oder intermediär organisierten Fremdhilfe liegt. Sie umfasst ein breites Feld interaktiv gesteuerter Formen des Beistands, der Wohlfahrtsproduktion und der Interessenvertretung. Nach einem Grundgedanke der älteren Sozialwissenschaft vermittelt die Sozialpolitik zwischen Staat und Gesellschaft. Sie war langezeit die Domäne der Wirtschaftswissenschaft, die sich v.a. für Fragen der Einkommensverteilung interessierte. In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts gewannen mit den sozialrechtlichen Bezügen auch die soziologischen an Bedeutung. Dabei kam es zunächst zu einer Polarisierung zwischen einer stark staatlich orientierten und einer auf Selbsthilfe ausgerichteten Optik. Die Diskussion über intermediäre Instanzen trug in den achtziger Jahren dazu bei, die vielfältigen Verflechtungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen sowie zwischen professionalisierten und nicht-professionalisierten Trägern mehr zu beachten. Damit weitete sich auch das Verständnis von Sozialpolitik aus.³⁰⁴

304 Das staatszentrierte Verständnis der Bismarckschen Sozialpolitik erfuhr in Deutschland zwar einen Legitimationsverlust durch die totalitäre „Vollendung im Dritten Reich“, prägte aber auch (u.a. durch Anforderungen des Wiederaufbaus) die Nachkriegszeit.

Sie thematisierte vermehrt die Frage nach dem Zusammenspiel zwischen Fremd- und Selbsthilfe. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft lancierte ein umfassendes Wissenschaftsprojekt zum Thema „Gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Interventionen: Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe“. Wie Franz-Xaver Kaufmann (1987:21) bilanziert, sind insbesondere die intermediären Träger sozialer Leistungen keineswegs nur die Exekutoren staatlicher Politik. Sie verfügen ihrerseits über Macht und Handlungsmöglichkeiten. Je nachdem versuchen sie, die staatliche Politik zu beeinflussen oder zu umgehen. Formen der sozialen Selbsthilfe sind ebenfalls in der Lage, das eigene Handlungspotential zu stärken. Die Verknüpfung mit stärkeren Trägern erhöht einerseits die Einflusschance, andererseits die Abhängigkeit. Sie ist zum Teil der Preis für die Sicherheit, die eine Gesellschaft gewährt, die sich auf Rechte und verlässliche Instanzen abstützt.

Huber plädiert für eine „intermediäre“ Strategie, die Brand (1982:183) weiter referiert. Er tritt für die Schaffung institutioneller Brückenköpfe ein. Sie sollen die Spielräume der sozialen Bewegungen sichern. Nur wenn sich der Ausbau einer alternativen Infrastruktur mit der öffentlichen Mobilisierung kritischer politischer, gewerkschaftlicher und kirchlicher Kreise verbindet, lässt sich ihre Ambivalenz in konstruktiv-progressiver Weise bewältigen. Demgegenüber zielt die freiwillig subkulturelle Ausgrenzung auf eine Selbstgenügsamkeit und Geborgenheit in der Nestwärme des eigenen Milieus ab. Sie ist von Berührungängsten gegenüber jeder Form institutioneller Vermittlung geleitet und hält sich so an illusionäre Gegen- bzw. Allmachtsphantasien. Brand (1982:195) bezeichnet die simplen Freund/Feind-Bilder als das Spiegelbild der vorherrschenden Kultur mit einem ängstlich-aggressiven Sicherheitsdenken. Sie kümmern sich nicht um die Verbindung. Gelingt es nicht, breite gesellschaftliche Bündnisse herzustellen und politisch abzusichern, so ist die Gefahr gross, dass verschärfte ökonomische Krisenerfahrungen und wachsende Unsicherheit in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einer Verstärkung obrigkeitsstaatlicher Reaktionsmuster führen.

6.4.4 Gemeinschaftliche Gesellschaft

Opielka (1990a:13/30) nimmt den Begriff „gesellschaftliche Gemeinschaft“ (Talcott Parsons) auf. Er charakterisiert das Steuerungssystem Gemeinschaft wie folgt: Das Exklusivitätsprinzip impliziert Ausschlussmechanismen. Das Austauschprinzip bedeutet, dass der Austausch in Gemeinschaften nicht wie im Steuerungssystem Markt als Äquivalenzaustausch erfolgt, sondern, zeit-

lich und moralisch vermittelt, nach dem Reziprozitätsprinzip. Die Gemeinschaften beruhen auf subjektiv gefühlter, affektueller oder traditionaler Zusammengehörigkeit der Beteiligten (Max Weber). Diese Prinzipien gehen auf Tönnies' Unterscheidung von Wesenswille (Gemeinschaft) und Kürwille (Gesellschaft) zurück. Ein weiterer Bezug besteht zu Durkheim. Er sah die Moral als wichtiges Steuerungsmedium sozialer Gemeinschaften. Die vorgestellten kommunitaristischen Ansätze (Kap. 5.9) hoffen darauf, diese Quelle wieder mehr erschliessen zu können.

Gemeinschaftliche Bindungen können (auch) in post-traditionalen Gesellschaften eine wichtige Bedeutung haben und den Zusammenhalt fördern. Auf diese Sicherung zu vertrauen, wäre allerdings riskant. Mischformen drängen sich auf. Sie sprengen alte Muster einfacher Zuordnungen. Die Alternativen heissen nicht einfach Markt und Liberalismus, Gemeinschaft und Konservatismus oder Staat und soziale Sicherheit. Genossenschaften sind beispielsweise ein wichtiger Beleg dafür, wie zwischen Markt und Gemeinschaft „gemischt“ werden kann. (Opielka 1990a:16)³⁰⁵ Wenn der Staat als korporative Institution den normativen Wert der Solidarität durch reale, kommunikative Arrangements ausfüllt, dann hat er auch etwas mit Gemeinschaft zu tun.³⁰⁶ Sollen neue Gemeinschaften gefördert werden, so lassen sich nicht einfach Schonräume konstruieren. Vielmehr ist die Ganzheit der Gesellschaft neu zu überdenken. (Opielka 1990a:41) Es gilt, Sicherheiten institutioneller Art zu entwickeln, die es den Menschen erlauben, auch Risiken unternehmerischer Art einzugehen.

Tönnies hat aus der von ihm dargestellten Entwicklungstendenz die Selbstverpflichtung abgeleitet, Gegenkräfte durch Reformbereitschaft zu stärken und Möglichkeiten einer höheren Form der Gemeinschaftlichkeit zu fördern, die sich von anti-solidarischen Gesellschaftstendenzen absetzen. (Karl-Siebert Rehberg 1993:26) Die Annahme eines gerechten und gemeinschaftlichen Urzustandes reduziert die Gemeinschaft auf keine residuale Kategorie.

305 Opielka stützt sich u.a. auf Untersuchungen von Robert Hettlage (1979) ab, die während den siebziger Jahren vom Basler Institut für Soziologie aus über das Genossenschaftswesen durchgeführt wurden.

306 So würde nach Opielka (1990a:22) auch ein garantiertes Grundeinkommen ein sozial-gemeinschaftliches Element der Solidarität verwirklichen, „mit dem zugleich aber durch die universale Geltung und den Verzicht auf gefühlshafte Reziprozität eine neue bewusstseinsmässige (d.h. geistige) Gemeinschaftslogik angezielt wird“.

rie. Sie beinhaltet auch Zukunftsperspektiven. Eine Synthese bezieht sozialistische, pazifizierte welt-staatliche und universal-kulturelle Elemente ein. Sie orientiert sich an der Idee des Allgemein-Menschlichen. Tönnies suchte immer wieder nach Synthetisierungsansätzen seiner grundbegrifflichen Dichotomien. Das staatssozialistische System enthält seiner Meinung nach zu viel „Gesellschaftlichkeit“. Es ist von keiner genossenschaftlich-gemeinschaftlichen Zukunftsperspektive durchdrungen.

Hans Joas (1993:49) zeigt auf, wie vor 1933 der Gemeinschaftsbegriff ein wichtiges Codewort antidemokratischer sozialer Bewegungen in Deutschland war.³⁰⁷ Tönnies hoffte indes auf die Stärkung genossenschaftlicher Züge im Rahmen der herausziehenden Gesellschaft. Seine Zukunftsperspektive beinhaltete den Einbau gemeinschaftlicher Elemente in die Gesellschaft. Doch das blieb zunächst eine politische Orientierung ausserhalb der eigentlichen Theorie, die von einer idealtypischen Gegensätzlichkeit zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft auszugehen schien.³⁰⁸ Durkheims Unterscheidung von mechanischer und organischer Solidarität „lud zwar den modernebezogenen Pol mit positiveren Ladungen auf, blieb aber ebenfalls zweiphasig“, wie Hans Joas (1933:54) weiter ausführt, der eine blosser Verlustperspektive von Gemeinschaft zurückweist. An die Stelle der verlorenen Gemeinschaften treten seiner Meinung nach „bessere Gemeinschaften“. Sie sind nicht mehr naturwüchsig, sondern bewusst erzeugt. Als Beispiel dient die amerikanische Tradition. Sie enthält theoretisch und praktisch durch ihre Betonung der freiwilligen Vereinigung (voluntary association) Mittel zur Versöhnung von Gemeinschaftssehnsucht und Demokratie. Aus den amerikanischen Debatten über die demokratische Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus des Wohlfahrtsstaats könnte Deutschland lernen, „dass es wohl doch eher ein mangelnder als ein übermässiger Ausbau des Wohlfahrtsstaats ist, der gemeinschaftszerstörend wirkt“ (Joas ebd.).

Gvozden Flego (1993:70/71) sieht eine Gefahr darin, dass man entweder auf Gemeinschaft („wie Extremisten der civil society“) oder auf Gesellschaft

307 Paul Trappe (1997:257) beschreibt, wie es dem Faschismus teilweise gelungen ist, sich mit der massiven Ideologisierung einer egalisierenden „Volksgemeinschaft“ eine gewisse Akzeptanz zu verschaffen.

308 Als alter Mann zog Tönnies durchs Land, um antifaschistische Kritik zu üben. Im Vorwort zur Ausgabe von 1926 wehrte er sich ausdrücklich gegen die Vereinnahmung seines Buches durch die völkischen Gemeinschaftsbewegungen. (Gérard Raulet 1993:83)

(„wie fanatische Liberale“) setzt und so insistiert, dass die eine Seite die andere ausschliesst. Das kann zu einer „gesellschaftlichen Gemeinschaft“ oder „gemeinschaftslosen Gesellschaft“ führen. Keine Seite will die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem anerkennen. Die eine versucht, die Privatheit weitgehend zu zerstören; die andere verbreitet eine „Tyrannei der Intimität“. Beiden gemeinsam ist eine totalitäre Tendenz. Die kommunitaristische Ausrichtung auf die „community“ ist nur dann sinnvoll, wenn sie im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft erfolgt. Ernst Bloch schreibt im „Prinzip Hoffnung“ von der Rettung des Individuums durch die Gemeinschaft. Jürgen Habermas benutzt den Gemeinschaftsbegriff in seiner Theorie des kommunikativen Handelns an kardinaler Stelle. Auch die Wiederentdeckung von Hannah Arendt trägt dazu bei, dass der Gemeinschaftsbegriff eine Aufwertung erfährt. Gérard Raulet (1993:80) sieht die positive Herausforderung darin, eine Gemeinschaft zu erfinden, die zugleich posttraditional und liberalismuskritisch ist.

Liberale kritisieren den Kommunitarismus dafür, die gesellschaftliche Komplexität zu vereinfachen. Ähnliche Einwände erheben Vertreter/innen postmoderner Ansätze. Sie argumentieren, dass das kommunitaristische Verständnis von Gemeinschaft homogen und nicht heterogen ist. (Seyla Benhabib 1993:97) Es wirkt uniformierend, erlaubt kaum Unterschiede. Das führt je nachdem zu Ausschluss, Intoleranz, Marginalisierung und Eliminierung von Differenz. Der Traum von einer Gemeinschaft ohne Differenz kann repressiv sein. Die Konzeption einer deliberativen Demokratie erlaubt es hingegen, die Ideale von Gemeinschaft und das Streben nach Differenz vom Standpunkt einer dritten Alternative aus zu versöhnen. In der demokratischen Politik geht es darum, gegenüber falschen Hypostasierungen des „Wir“ wachsam zu sein, die Gemeinschaft des „Wir“ zu vergrössern und die Identität des „Wir“ zu hinterfragen. Es gilt, „differente“ und andere Weisen des „Wir“-Seins als die bestehenden hervorzubringen.

Hierbei ist nochmals an Martin Buber zu erinnern. Die Verwirklichung des Du und die Verwirklichung von echter Gemeinschaft sind auch in grösserem Rahmen nur in der Masse möglich, wie die Einzelwesen in ihrer Vereinzelung bestehen dürfen. Aus ihrer eigenständigen Existenz geschieht die ständige Erneuerung der Gemeinschaft – ebenso wie die dialogische Kommunikation. (Opielka 1990a:5) Eine gemeinschaftliche Gesellschaft hebt keineswegs die Ich-Stärke des Individuums auf. Im Gegenteil, sie setzt diese ebenso voraus wie eine rechtsstaatliche Ordnung und klare Strukturen. Das gilt auch für die „Rekommunalisierung“, die vielfältige Überschneidungen mit der gemeinschaftlichen Gesellschaft aufweist.

6.4.5 Rekommunalisierung

Es ist wohl richtig, wenn Leitbilder den Mensch ins Zentrum der Entwicklung stellen. Im Zeichen des narzisstischen Individualismus grassiert aber auch eine „Bauchnabelkultur“, bei der sich die Einzelwesen vorwiegend mit sich selber beschäftigen und sich selber inszenieren. „Sag nur immer, dass du dich von allem tief betroffen fühlst und du wirst in diesem befreiten Gebiet willkommen sein“, schreibt Brand (1982:22). Er mockiert sich über den verarbeiteten Betroffenheits- und Persönlichkeitskult. Die Geschichte der Arbeiter/innen-Bewegung interessiert kaum mehr. Die Ausbreitung individueller Lebensgeschichten ist „in“. Sie deckt jedoch das Grundbedürfnis der Menschen nach sozialer Einbindung nicht ab. Dazu braucht es gesellschaftliche Verbindungsstrukturen und die persönliche Bereitschaft, sich wirklich zu öffnen und auf andere einzulassen.

Zwischen dem Individuum und der Gesellschaft liegen Kommunen, Städte und Dörfer. Hier befindet sich eine wichtige Operationsebene. Sie erfordert keine Entstaatlichung, aber einen Aufbau von unten nach oben. Das Anliegen der Rekommunalisierung entspricht dem Prinzip der Subsidiarität. Winfried Kretschmann (1988:73) will ihm einen durchgängigen Verfassungsrang verleihen. Man soll der unteren Einheit materiell und formell nachweisen müssen, bestimmte Aufgaben nicht erfüllen zu können, um ihr Rechte von einer höheren staatlichen Ebene entziehen zu dürfen. Die Rekommunalisierung stärkt die unteren Einheiten. Diese eignen sich für gemeinschaftsorientierte Beziehungen, lassen sich aber nicht darauf reduzieren. Schliesslich geht es auch um Rechte und Einflussmöglichkeiten.

Vobruba (1991:77) weist auf eine besondere Chance hin. Es gibt nämlich nicht nur die Globalisierung, sondern auch eine Polyzentrierung der Gesellschaft. Sie begünstigt in Teilbereichen eine Vergesellschaftung des Staates. Aber aufgepasst, der Staat ist im Unterschied zu Gemeinschaft und Markt gleichzeitig eine strukturelle und korporative Institution. Er ist Verfassungsstaat, demokratischer Staat und Verwaltungsstaat. (Opielka 1990a:18) Insofern der Staat als korporative Institution den normativen Wert der Solidarität durch reale, kommunikative Arrangements ausfüllt, ist er auch „ein Stück Gemeinschaft“. Davon war bereits die Rede. Der Gedanke ist wichtig. Heute wird die Vergesellschaftung des Staates allerdings weniger im Interesse eines totalitären Staates gefordert. Es scheint vielmehr um die Auflösung und Privatisierung des Staates zu gehen. Doch können gerade entsprechende Versuche dazu führen, dass durch Desorientierung eine ordnungspolitische Ausrüstung erfolgt, auch wenn sie keineswegs beabsichtigt ist. Demgegenüber

können gut verankerte (staatliche) Leitplanken mehr Sicherheit und Freiheit garantieren. Verbindlichkeit setzt eine gewisse Regulierung voraus.

6.4.6 Regulierung

Wenn sich ein überzeugter Neoliberaler mit dem Hubschrauber über den Ghettos der Ausgeschlossenen absetzen lässt, kommt er, falls überhaupt, als Sozialstaats-Konvertit zurück. Davon ist der französische Soziologe Pierre Bourdieu überzeugt. Ulrich Beck (1997:21) zeigt anhand dieses Beispiels, dass die Freiheit auch Sicherheit voraussetzt. Den Marktfundamentalismus bezeichnet er als eine moderne Form des demokratischen Analphabetentums. Der Kapitalismus ist nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie überlebensfähig. Der Markt setzt kulturelle, politische und rechtliche Institutionen voraus. Im Niemandsland „zwischen den Neoliberalen und Kommunitaristen“ ortet Beck (1997:27) die „schweigende Mehrheit der Protektionisten“, bei denen er die schwarzen von den roten und grünen unterscheidet.

Komplizierte und potentiell gefährliche Technologien erfordern politische Sicherungen. Vobruba (1991:36) plädiert für keine übermächtige Hand, aber für verbindliche Regulierungen. Horst Mahler (Die Zeit, 2.5.1997, S. 45) kritisiert die heute ausgepögte Bereitschaft, den Rechtsstaat preiszugeben.³⁰⁹ Er rekurriert auf Hegels Staatsdenken, das gegen den Liberalismus gerichtet war. Im Vordergrund steht die Einsicht, dass wir nicht nur für uns da sind. Wir sind auch da, um das Leben zu teilen. Dieses Verständnis beinhaltet einen Freiheitsbegriff, bei dem nicht ein Egoismus vorherrscht, der tödliche Folgen haben kann.

Es mag sein, dass nach der modischen Deregulierungsphase gerade dort, wo sie am erfolgreichsten ist, zuerst auf mehr Regulierung gedrängt wird. Dafür gibt es Anzeichen in Grossbritannien. Die Folgen der Privatisierungspolitik haben liberale Unternehmer/innen dazu veranlasst, öffentlich für ein „Come back“ der Labour-Regierung zu plädieren. Ich gehe auf die Regulierungsfrage im Kapitel (6.4.8) über den kooperativen Staat weiter ein. Vorab konkretisiere ich exemplarisch, was ein ökosozialer Umbau in bezug auf

³⁰⁹ Horst Mahler, geb. 1936, hat als APO-Anwalt Mitglieder der Roten-Armee-Fraktion verteidigt, ist selber in den Untergrund gegangen, wurde zu 14 Jahren Haft verurteilt, 1980 auf Bewährung freigelassen und seit 1988 wieder an Berliner Gerichten zugelassen.

die Geschlechterfrage bedeuten kann. Die Forderung nach einer neuen Arbeitsteilung verlangt (unabhängig von der Gewichtung staatlicher und privater Aufgaben) eine Flexibilität, die es Frauen und Männer ermöglicht, Haus- und Erwerbsarbeiten besser aufeinander abzustimmen. Die Solidarität beinhaltet die Chancengleichheit.

6.4.7 Neue Rollen

Männer leisten mehr Erwerbsarbeit, Frauen mehr Hausarbeit. Diese Arbeitsteilung hat Tradition. Sie wird zunehmend in Frage gestellt. Eltern sollen sich in die Familien- und Lohnarbeit teilen. Verschiedene öko-soziale Umbaukonzepte fordern das. Urs Haldimann (1996) stellt in seinem Buch „Zwischen Karriere, Küche und Kinderzimmer“ konkrete Ansätze vor. Ich beziehe mich hier darauf. Es geht lediglich darum, ein paar wesentliche Anliegen zu veranschaulichen.

Zur Ausgangslage: Neunzig Prozent der Väter, die Kinder unter fünfzehn Jahren haben, sind voll erwerbstätig. Achtzig Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter sind ebenfalls berufstätig. Von allen Müttern, die Lohnarbeit verrichten, haben sechzig Prozent ein Teilzeitpensum. In gut der Hälfte der Paarhaushalte mit Kindern ist der Vater voll- und die Mutter gar nicht erwerbstätig. In fast einem Drittel dieser Haushalte ist der Vater voll- und die Mutter teilzeit erwerbstätig. In über zehn Prozent der Familien sind Vater und Mutter voll berufstätig. In weniger als fünf Prozent leisten beide ein Teilpensum Lohnarbeit. Frauen engagieren sich im ausserhäuslichen Bereich wesentlich mehr als Männer im familiären. Zwar steigt der Anteil der Jugendlichen, die sich eine gleichberechtigte Partnerschaft wünschen. „Statistisch fallen die neuen Väter jedoch kaum ins Gewicht“, stellt die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (in: Haldimann ebd.) fest.³¹⁰

³¹⁰ Soziologische Untersuchungen zeigen auf, dass sich in der traditionellen Rollenteilung zwischen Mann und Frau im täglichen Leben weniger geändert hat, als man aufgrund neuer Werthaltungen vermuten könnte. (Basler Zeitung, 23.5.97) Die Zahl der Männer, die im Haushalt Hand anlegen und sich massgeblich um die Kinder kümmern, ist relativ klein. Das geht aus einer Studie des Marie-Meierhofer-Institutes hervor, die im Rahmen der Nationalfondsstudie „Familien mit Kleinkindern“ (unter der Leitung von Kurt Huwiler) gemacht wurde (Abschluss: 1998). 93 von 100 lohnabhängigen Männern gehen einer hundertprozentigen Erwerbstätigkeit nach. An ihrem Arbeitsplatz verbringen sie wöchentlich 45 Stunden. Hinzu kommt die zeitliche Belastung der Fahrtwege. Ferner sind die meisten Männer mehrere Abende ausser Haus.

Die Wirtschaft verlangt Flexibilität und Mobilität. Häusliche Qualifikationen sind im beruflichen Bereich gefragt. Die Kinderbetreuung fördert die soziale Kompetenz. Dazu gehören die Fähigkeiten, tragende Beziehungen aufbauen und mit unterschiedlichen Erwartungen umgehen zu können, in heiklen Situationen den Überblick zu behalten, unter Zeitdruck wichtige Entscheide zu fällen, vielfältige Aktivitäten zu planen und mit beschränkten Ressourcen sorgsam zu haushalten. Haushalte sind kleine Unternehmen. Schlüsselqualifikationen wie die Kommunikations- oder Teamfähigkeit gewinnen in Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung. Sie lassen sich vom Arbeitsplatz Familie sowohl ins Büro im Hochhaus als auch in die Gemeindekommission übertragen. Trotzdem werden Teilzeitarbeitende oft nicht von Gesamtarbeitsverträgen erfasst, was die Lohnentwicklung und Fortzahlung bei Krankheit vermindert.

Haldimann (ebd.) stützt sich u.a. auf die Mc Kinsey-Studie „Teilen und gewinnen“ ab. Sie hat in Deutschland das Potential der flexiblen Arbeitszeitverkürzung untersucht. Das Fazit: Sechzig Prozent aller Arbeitsplätze wären teilbar und vierzig Prozent der Erwerbstätigen an Teilzeitstellen interessiert. So liessen sich fast zwei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und grosse Summen an Arbeitslosen- und Fürsorgegeldern sparen. Hinzu kommen die höhere Produktivität der Teilzeitarbeitenden sowie die tiefere Absenzenquote. Diese Vorteile wiegen die höheren Verwaltungskosten auf. Die Schweizerische Kreditanstalt wollte von den Vorgesetzten wissen, wie sie die Leistungen und Einstellungen der Teilzeitbeschäftigten beurteilen. Was dabei herauskam: Nahezu alle Teilzeitarbeitenden waren bei grossem Arbeitsanfall bereit, Überstunden zu leisten. Im Vergleich mit den Vollzeitbeschäftigten gelten sie als überdurchschnittlich motiviert, einsatzfreudig und betriebstreu. Zudem widerlegt die Befragung die Auffassung, wonach Teilzeitarbeitende weniger Verantwortung übernehmen. Als wichtiges Kriterium für den Erfolg von Teilzeitstellen gilt die Freiwilligkeit.

Nebst dem Mangel an Teilzeitstellen gibt es auch rechtliche Probleme. Sie behindern eine neue Aufteilung der Arbeit. Der „Beobachter-Ratgeber“ geht ausführlich darauf ein, betont aber die neuen Chancen. Mit der Einführung der 10. AHV-Revision haben in der Schweiz die Ehepaare die Möglichkeit, ihre Aufgabenteilung zu wählen, ohne Nachteile für die spätere Rente befürchten zu müssen. Zudem nehmen die Rollenzwänge allmählich ab.³¹¹

311 Der „Beobachter-Ratgeber“ regt beispielsweise Kinderbücher an, in denen Buben ihre emotionalen Seiten leben dürfen. Statt den Helden zu spielen, sollen sich Männer mit ihren verdrängten Ängsten und abgespaltenen Gefühlen auseinandersetzen.

Das Konkubinat, das vor wenigen Jahrzehnten als anrühlich galt, ist heute weithin akzeptiert. Damit sind allerdings längst nicht alle Schwierigkeiten ausgeräumt. Soziale Fertigkeiten gelten nach wie vor als vorwiegend „weibliche Tätigkeiten“. Mit der gesellschaftlichen Anerkennung hapert's.³¹² Die weiteren Verbesserungen der Rahmenbedingungen können die individuelle Bereitschaft fördern, neue Rollen auszuprobieren.

6.4.8 Kooperativer Staat

Ein moderner Staat benötigt zentrale und dezentrale Verwaltungseinheiten. Sie sind in scheinbar polarer Wechselwirkung miteinander verbunden. Von den Chancen und Grenzen der Dezentralisierung war im Kapitel über das Staatsverständnis (5.6) mit Bezug auf Adolf Gasser (1976:126) die Rede. Nebst der Aufgabenteilung zwischen Zentralstaat, Kantonen und Gemeinden findet eine andere zwischen dem Staat und privaten Einrichtungen statt. Die Frage, wer für was zuständig ist, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Sie wird durch neu anstehende Aufgaben aktualisiert und in den Debatten über das „New Public Management“ und die Deregulierung thematisiert.³¹³

Je heterogener eine Gesellschaft strukturiert ist, desto schwieriger ist es für den Staat, alle gesellschaftlichen Gruppierungen mit kollektiven Gütern zu versorgen. (Antonin Wagner 1992:35) Private Unternehmen und Institutionen können in Teilbereichen einer komplexen Gesellschaft flexibler reagieren als der Staat. (GGG 1977:25) Aber garantieren sie auch Leistungen, die sich kaum vermarkten lassen? Der 1997 aus dem Amt geschiedene Österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hält den Slogan „Weniger Staat – mehr Privat“ für einen der törichtesten Aussprüche (in: Misik 1997:12).

Offene Aussprachen können der Entfremdung entgegenwirken, die sich (oft zu spät bemerkt) bei vielen Paaren insbesondere nach der Geburt des ersten Kindes einstellt.

312 Das Bundesamt für Statistik erhellt in den Broschüren „Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit“ (Neuchâtel 1999) und „Monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit“ (Neuchâtel 1999) den enormen Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe.

313 Rudolf H. Strahm stellt verschiedene Positionen im „Wirtschaftsbuch Schweiz“ (1992:119-147) vor und ergänzt die Angaben in „Arbeit und Sozialstaat“ (1997: 221ff.).

Hans-Peter Martin und Harald Schuman (1997) erachten die Instandsetzung des Staates und die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft als grösste Herausforderung für eine demokratische Politik an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert. Opielka (1983a:15) drängt darauf, die weitere Demokratisierung mit der Schaffung von Freiräumen zu verbinden. Das verspricht längerfristig am meisten Erfolg. In einem solchen System verlagert sich die Funktion des Staates: Der Versorgungs- und Zuteilungsstaat wird immer mehr zu einem Vermittlungs- und Instandsetzungsstaat.

Taylor (1993:144/145) kritisiert das jakobinische Demokratieverständnis ebenso wie das Liberalismus-Modell, das von einer sich selbst regulierenden Gesellschaft ausgeht. Der Staat soll sich auf seine Stärken konzentrieren und die individuellen Freiheiten garantieren. Niklas Luhmann weist prinzipiell auf die beschränkten Möglichkeiten des Staates hin, der andere Leistungen als die Wirtschaft erbringt. Jürgen Habermas bezweifelt mehr die Wirkungen der staatlichen Interventionen. Christoph Zöpel (1991:100) thematisiert den „Schub der Verrechtlichung“: Zahlreiche Probleme, die den Staat herausfordern, haben mit den ökologischen Auswirkungen des rationalistischen Wissenschaftsprozesses zu tun. Der demokratische und soziale Rechtsstaat wird allmählich zum sozial-ökologischen Verfassungsstaat.³¹⁴ Eine risikoreiche Produktion erfordert starke Leitplanken. Oft sind es gerade die Folgen privater Tätigkeiten, die den Staat zum Handeln zwingen.

Das bedeutet, dass es keine fixe Formel für das Verhältnis Staat-Privat gibt, die auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse passt. Das Ausmass und die Verteilung der Aufgaben hängen wesentlich von den Voraussetzungen ab. Diese sind meines Erachtens mehr zu berücksichtigen. Bei der Überprüfung der britischen Altersvorsorge (Neue Zürcher Zeitung, 18.7.1997) strebt beispielsweise die Sozialministerin Harriet Harman ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen staatlicher und privater Vorsorge an. Die Regierung von Tony Blair beabsichtigt entsprechend, die staatlichen Pensionssysteme weiterzuführen. Sie will nebst der Grundrente eine einkommensabhängige Zusatzrente (Serps) einführen und damit die Basis für einen umfangreicheren Einsatz von betrieblicher und individueller Altersvorsorge legen. Während in der Schweiz eine Stärkung der ersten Säule (AHV) ins Auge gefasst wird,

314 Zöpel (1991:100) unterstellt Habermas, diesen „Schub der Verrechtlichung“ zu vernachlässigen, was meines Erachtens nicht zutrifft. Habermas verweist in seinem Aufsatz über die „Neue Unübersichtlichkeit“ (1985) deutlich auf das Ausmass und die Folgen der „Verrechtlichung“ hin.

favorisiert Grossbritannien den Ausbau der zweiten Säule (Pensionskasse). Die verschiedenen Massnahmen führen aber wegen den unterschiedlichen Voraussetzungen eher zu einer Annäherung der Praxis.

Heinz Kleger (WochenZeitung, 11.4.1997) vertritt das Konzept eines kooperativen Staates. Statt „einsame Massnahmen“ zu treffen, soll die Regierung mehr Entscheidungsprozesse organisieren; statt alles zu regeln, soll sie die Kommunikation zwischen den verschiedenen Interessengruppen koordinieren. Das Ziel ist kein Minimalstaat. Kleger kritisiert die Leanmanagement-Konzeption ebenso wie den dogmatischen Staatsinterventionismus. Er versteht die Idee des kooperativen Staates als neues Steuerungsmodell. Es führt von der hierarchischen Steuerung durch regulatives Recht zu „weiche“ Steuerungsmethoden wie Moderation, Beratung, Ueberzeugung, bessere Entscheidungsvorbereitung. Dazu gehört der Einbezug von mehr Leuten in die Entscheidungsvorbereitung. Hinzu kommen die Steuerung durch prozeduales Recht, kooperatives Verwaltungshandeln und ressortübergreifendes Planen. Das bedeutet nicht schwacher Staat, sondern aktive Politik. Hierbei ist zu beachten, dass die Schweiz im Vergleich mit andern Staaten einen relativ schlanken Staat hat. Dies gilt auch in bezug auf soziale Einrichtungen. Die internationale Staatsforschung würdigt die Schweiz neben Japan und den USA als das liberale Modell par excellence. Laut Kleger läuft die Schweiz Gefahr, dass das Wenige, was an Sozialstaat und an Leistungsstaat existiert, auch noch abgebaut wird. In der Schweiz ist – etwa im Vergleich zu Deutschland – das private und ökonomische Denken stärker verbreitet als das staatszentrierte.

Die soziale Demokratie geht u.a. auf die ökonomischen Krisen der zwanziger und dreissiger Jahre des 20. Jahrhunderts zurück. Sie sollte als Alternative zum Totalitarismus das Vaterland bewahren. In der Schweiz wurde der Grundstein zur Alters- und Hinterbliebenen Versicherung (AHV) während dem zweiten Weltkrieg gelegt. Da zeigte sich, wie notwendig die Solidarität ist. Sie wurde zunehmend staatlich gestützt. Das hat teilweise die Einzelinitiative zurückgedrängt, die wieder zu reaktivieren ist. Neue soziale Probleme erfordern das. Die Zunahme der Aufgaben und die Abnahme der verwandtschaftlichen Bande verlangen aber funktionstüchtige staatliche Strukturen. Staatliche Zurückhaltung führt in sozialen Bereichen mit wenig Marktchancen nur selten dazu, die Eigeninitiative zu stimulieren. Deshalb wird der Staat sogar von libertär-sozialistischen Personen verteidigt, die ihn vor kurzem noch als „autoritären Moloch“ abschaffen wollten. Das „Absterben“ des Staates erscheint heute mehr als Option der Globalisierung denn als

„Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“. Das macht ihn umso verteidigungswürdiger, was nicht bedeutet, an überkommenen Strukturen festzuhalten. Der aktuelle Ansatz „Umbau statt Abbau“ lässt sich mit Martin Buber (1985:35) verbinden. Er will den Staat durch eine bessere Verknüpfung der sozialen und politischen Prinzipien erhalten. (Schapira 1985:448) Eine selektive Dezentralisierung, die beispielsweise auf keinen Föderalismus der sozialen Sicherung setzt, ist ein geeignetes Mittel dazu. Die Globalisierung zeigt mit ihren Auflösungstendenzen allerdings, wie wichtig staatliche Verbindungsstrukturen sind. Die Konzentrationsprozesse der privaten Wirtschaft erfordern ein politisches Äquivalent bzw. ein starkes Korrektiv. Sonst fehlt die Machtbalance, die einseitige Abhängigkeiten vermindert. Der kooperative Staat achtet deshalb nicht nur auf die innere Kommunikation. Er verknüpft sich, machtmässig längst überflügelt, auch nach aussen. Die frühere Gefahr der politischen Monopolisierung stellt sich heute weniger, wobei nebst auflösenden Kräften auch rechtsstaatlich-ordnungspolitische wirken.

Holloway (1993:21) wundert sich übrigens darüber, wie gesellschaftskritische Menschen alten Bildern treu bleiben. Sie diskutieren das Verhältnis von Staat und Kapital so, als ob das Kapital unbeweglich und an bestimmte Aktivitäten, Orte oder Personen gebunden sei. Wer den Staat auflösen will, versteht ihn nicht als etwas Eigenständiges, sondern bloss als eine verfestigte Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Die starre Unterscheidung von innen und aussen, intern und extern, endogen und exogen reproduziert gedanklich die inexistente Autonomie von Nationalstaaten. Sie behindert eine kooperativ-staatliche Entwicklung, die sich mit der (im Kap. 5.6 beschriebenen) dialogischen Demokratie (Giddens 1997:159) verbindet. Diese rückt den Staat nicht in den Mittelpunkt, ermöglicht ihm aber gerade dadurch eine wichtige Funktion.

7. Umsetzung

Ich versuche nun, eine umsetzungsorientierte Synthese zu bilden. Es geht hierbei nicht um einfach ableitbare Folgerungen, sondern um handlungsbezogene Leitlinien. Sie stützen sich auf die Verknüpfung von theoretischen und praktischen Elementen. Sie konkretisieren die strategischen Ansätze. Dies unter Einbezug wichtiger Rahmenbedingungen und vielversprechender Erfahrungen. Ich konzentriere mich, der Fragestellung entsprechend, auf den Sozialbereich. Dabei zeigt sich, wie schwierig eine eindeutige Zuordnung zur Subsidiarität oder Solidarität ist. Diese beiden Prinzipien überschneiden sich nicht nur bei der Hilfe zur Selbsthilfe.

7.1 Solidarität stärken

7.1.1 Arbeit teilen

Ich habe in den Kapiteln über die Regulierung (6.4.6) und den Kooperativen Staat (6.4.8) eine erste Gewichtung staatlicher und privater Aufgaben vorgenommen und im Kapitel über neue Rollen (6.4.7) für die Auflösung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung plädiert. Hier geht es nun um die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit und um die Arbeits(ver)teilung. Die Arbeit soll gegenüber dem Kapital den Vorrang haben. Das ist eine ethische Forderung, die in der katholischen Soziallehre eine lange Tradition hat. Sie wird u.a. in der Enzyklika „Laborem Exerceat“ (Senft 1990:273) ausgeführt. Das Wirtschaften muss menschlich betrieben werden. So lautet das Anliegen. Leitlinien der sozialen Ökonomie beziehen sich darauf. Sie wollen die Entfremdung der Arbeit aufheben und die starke Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit überwinden. Sie engagieren sich für mehr Gebrauchswertproduktion, für solidarische Verkehrsformen, für eine Veränderung tradierter Rollenmuster und überlieferter Familienstrukturen, für einen Abbau sozialer Gegensätze, für möglichst überschaubare Strukturen, für ein ökologisches Bewusstsein und eine Verbindung der politischen Praxis mit der individuellen Emanzipation.

Heute hat die Produktivität einen Grad erreicht, der einen Grossteil der Menschen für die Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums kaum mehr be-

nötigt. „Doch daraus folgt keine Befreiung von den Zwängen der Lohnarbeit, sondern eine noch radikalere Unterwerfung“, schreibt Misik (1997:19). Wenn der Hafer knapp ist, beißen sich die Pferde. Vobruba (1990:49) verweist auf das Paradoxon, „dass Arbeitszeitverkürzungen um so schwieriger durchzusetzen sind, je dringender sie beschäftigungspolitisch vonnöten wären“. Die zunehmende Fraktionierung der Lebenslagen und Verteilungsinteressen innerhalb der Gesamtheit der Nicht-Produktionsmittelbesitzer/innen erschweren die Verteilung. Eine Weiterentwicklung des Systems sozialer Sicherung muss deshalb den sich selbst verstärkenden Mechanismus der Interessensplitterung zum Halten bringen.

Jeremy Rifkin (Die Zeit, 2.5.1997:32) fordert sogar die 30-Stunden-Woche für westliche Industrieländer. Kürzere Arbeitszeiten, mehr Freizeit, höhere Löhne und bessere Sozialleistungen waren die Qualitätskriterien für den Erfolg des Industriezeitalters im 20. Jahrhundert. Das 21. Jahrhundert soll nicht weniger bringen. Bei kürzerer Arbeitszeit haben mehr Menschen eine Arbeitsstelle; sie verfügen über Kaufkraft, können Steuern zahlen, und weniger Menschen benötigen Sozialhilfe. Der Staat könnte jenen Unternehmen Steuerabzüge einräumen, welche die Arbeitszeit verkürzen und die Arbeitskräfte direkt an den Produktionsgewinnen teilhaben lassen.³¹⁵

Der gemeinnützige dritte Bereich bietet Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze. In Deutschland gibt es zwar bereits über 300'000 gemeinnützige Organisationen. Doch viele neue soziale Aufgaben stehen an, beispielsweise im Pflegebereich. Die Gesellschaft lässt sich nicht auf den Markt und den Staat reduzieren. Neben dem wirtschaftlichen und dem öffentlichen Kapital gibt es ein soziales. Konzeptionen einer Sozialzeit setzen da an. Um sie zu fördern, bezieht sich eine meiner Kernforderungen auf die Lohnarbeit. Je besser die Erwerbsarbeit verteilt ist, desto mehr Menschen haben die Möglichkeit, mit eigenen Kräften ihre Existenz zu sichern und sich sozial zu engagieren.

315 Unternehmen wie Hewlett Packard in Frankreich oder BMW in Deutschland senkten ihre Arbeitszeit von 37 auf 31 Stunden (bei vollem Lohnausgleich). Als Gegenleistung waren die Arbeitnehmer/innen bereit, durch neue Schichtmodelle die Maschinen länger laufen zu lassen. (Zeit, 2.5.1997:32)

7.1.2 Sozialpolitik resozialisieren

Wenn eine Brücke gebaut wird, braucht es dazu ein besonderes Wissen. Die Beziehungen zwischen Menschen sind mindestens ebenso komplex wie technische Zusammenhänge. Fehlkonstruktionen können gefährlich sein. Auch wenn sich (zum Glück) nicht alles planen lässt, ist im sozialen Bereich ein hohes Mass an Professionalität gefragt. Fachleute sind allein schon nötig, um die Freitätigen und Ehrenamtlichen sinnvoll einzusetzen. Ich halte dafür, die freiwillige Arbeit nicht gegen die professionelle auszuspielen. Das gilt ebenso für die staatlichen und privaten Tätigkeiten. Beide verfügen über spezifische Chancen und Grenzen. Sie können sich ergänzen, aber nicht ersetzen.

In der sozialen Arbeit und in der Politik spricht viel dafür, die Zuständigkeiten möglichst an untere Ebenen zu delegieren. (Antonin Wagner 1985: 227) Basisnahe Einrichtungen wirken der Entfremdung zwischen Bürger/innen und Staat entgegen. Finanzielle Engpässe legen nahe, nicht alle Aufgaben dem Staat aufzubürden. Abstriche sind indes äusserst heikel. Auslagerungen bei den spitalexternen Diensten zeigen, wie Privatisierungen zu einem Leistungsabbau und zu Preissteigerungen führen können.³¹⁶ Wenn gesellschaftliche Aufgaben auf Einzelne abgewälzt werden, verstärken die individuellen Unterschiede je nachdem die bestehenden Ungleichheiten.

Als problematisch erweist sich auch die Abwälzung staatlicher Aufgaben vom Bund auf die Kantone und Gemeinden. Das Subsidiaritätsprinzip impliziert zwar den Aufbau von unten nach oben. Aber die unterschiedliche Grösse und Ressourcenausstattung der einzelnen Gemeinden zeigen deutlich die Grenzen auf. Ich führe das im Kapitel (7.1.4) über die Sozialhilfe weiter aus. Der Grundsatz der Solidarität erfordert bei der Aufgabenteilung einen über-regionalen Ausgleich.

Antonin Wagner (1985:133) betrachtet die Gewährung von Versicherungsleistungen im Sinne einer kollektiven sozialen Sicherung als Sache des Bundes und die individuelle Unterstützung und Betreuung als Aufgabe der Kan-

316 Die Gefahr besteht, dass Leistungen selektiv übernommen werden. Tätigkeiten, die sich gut verrechnen lassen, werden gerne ausgeführt, andere vernachlässigt. Das führt einerseits zu einseitiger Abhängigkeit, andererseits zu Überforderung. Folge hiervon kann eine vorzeitige Einweisung in eine institutionelle und damit teurere Einrichtung sein.

tone und Gemeinden. Der Bund soll die kollektive soziale Sicherheit garantieren und die individuelle Unterstützung den Kantonen und Gemeinden überlassen. So lassen sich regionale Präferenzen und Spezifitäten besser berücksichtigen. Hierbei stellt sich die Frage, ob damit auch die Fürsorge gemeint ist, die heute zunehmend Sachleistungen übernehmen muss. Ich komme (Kap. 7.1.4) darauf zurück. Wagner (1985:238) plädiert für eine Resozialisierung der Sozialpolitik. Er meint damit einen Paradigmawechsel im Sinne einer Stärkung des Selbsthilfegedankens. Aber beinhaltet das auch eine Privatisierung staatlicher Massnahmen?

Ein Abbau der bürokratischen Bevormundung soll autonome und selbstbestimmte Handlungsräume ausdehnen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass private Firmen oft nur deshalb kostengünstiger arbeiten, weil sie vorwiegend solche Aufgaben übernehmen, die sich gut vermarkten lassen. Hinzu kommt: Die Konkurrenz zwischen privaten Unternehmen kann auch dazu führen, den Markt auszuschalten. Wenn einzelne Unternehmen eine Monopolstellung erlangen, steigen in der Regel die Preise und die Kosten. Der Staat kann zwar soziale Dienstleistungen von privaten gemeinnützigen Trägern herstellen lassen. Eine eigentliche Privatisierung sozialer Dienstleistungen könnte jedoch den Abbau staatlicher Leistungsgarantien bedeuten und auf eine Minderung der kollektiven Sicherheit hinauslaufen. Antonin Wagner (1985:241) regt aber nicht die Privatisierung, sondern die Sozialisierung der Sozialpolitik an. Er bezieht sich dabei auch auf einen Bericht der Freisinnig Demokratischen Partei, der im Sozialwesen ebenfalls kaum Privatisierungsmöglichkeiten sieht und (im Sinne einer Stärkung der gesellschaftlichen Selbstorganisation) die Übertragung von Arbeiten an gemeinnützige Träger und deren Subventionierung propagiert.

Die Stärkung der Hilfe zur Selbsthilfe ist eine Alternative zur bürokratisch organisierten Dienstleistungsproduktion. Sie entlässt den Staat aber nicht aus seiner Verantwortung. Die Selbsthilfe soll besonders dort zum Einsatz kommen, wo es in erster Linie nicht ums Geld, sondern um Zeit und immaterielle Integrationsleistungen geht. Selbsthilfe und Selbstorganisation lassen sich nicht gegen professionell-organisierte Institutionen ausspielen. Sie können bürokratische Dienstleistungssysteme ergänzen, aber nicht ersetzen. Die meisten Selbstverwaltungsmodelle sind auf eine soziale Infrastruktur angewiesen. Sie kommen ohne Unterstützung durch die staatliche Bürokratie kaum aus. Bestandene Fachleute stehen beratend zur Seite. Sie sollten allerdings bei der Zusammenarbeit alles unterlassen, was die kleinen Netze schwächen könnte. Dazu braucht es eine Verständigung über die Zielsetzung. Ein Konsens über einen ökosozialen Umbau könnte dazu beitragen, nicht bei jedem

kleinen Schritt befürchten zu müssen, es gehe nun in Richtung Privatisierung oder Verstaatlichung.

Der ökosoziale Umbau setzt auf eine „evolutive Logik und reflexive Aufhebung obsoleter gemeinschaftlicher und prekärer individualistischer Lösungen in neuen Formen klein- und grossgestaltiger, kooperativer und staatlicher Institutionen“ (Opielka 1990a:37). Dazu gehört auch eine Neuordnung der sozialen Beziehungen. Sie trägt dazu bei, das destruktive Verhältnis der modernen Gesellschaften zur Natur zu überwinden. Entsprechende Regulative sind notwendig. Sie erfordern keinen Verzicht auf den Markt. Der Markt ist nicht nur individuell-utilitaristisch als Feld privater Nutzenmaximierung zu begreifen. Er kann (als ein Steuerungssystem neben andern) auch helfen, Ressourcen sorgsam zu nutzen. Wenn es um soziale Bedürfnisse und moralische Anliegen geht, ist allerdings auf den Markt wenig Verlass. Da bieten sozial-staatliche und öffentlich-rechtliche Institutionen in der Regel mehr Gewähr. Es gilt, diese wieder als Voraussetzung individueller Freiheit und gemeinschaftlichen Handelns positiv zu besetzen. Das braucht, wie die Entmystifizierung des Marktes, eine mehr oder weniger grosse Überzeugungskraft. Wichtig ist eine Kombination der drei sich ergänzenden Steuerungssysteme Staat, Markt und Solidarität. Sie haben je unterschiedliche Charakteristika.³¹⁷

Im sozialen Bereich geht es heute darum, die staatliche Verantwortung beizubehalten, Lücken (wie die fehlende Mutterschaftsversicherung) im System der sozialen Sicherung zu schliessen, die gesellschaftliche Solidarität ergänzend zu stärken und die individuelle Selbstverantwortung zu fördern. Das ist auch mit der Forderung gemeint, die Sozialpolitik zu resozialisieren. Sie zielt nicht darauf ab, die gängige Sozialpolitik umzukrempeln, die einen be-

317 Vereinfacht lassen sie sich nach Opielka (1990a:23) wie folgt festmachen; bei den Werten: Gleichheit (Staat), Freiheit (Markt) und Solidarität (Gemeinschaft), beim Steuerungsmedium: Macht (S), Tausch (M) und Moral (G), beim formalisierten Medium: Recht (S), Geld (M) und Vereinbarung (G), bei der korporativen Institution: Versorgung (S), Sozialversicherung (M) und Fürsorge (G), beim Bezugsstatus: Bürger/in (S), Lohnarbeit und Familie (M) und Bedürftige (G), bei der subjektiven Voraussetzung: Grundrecht (S), Leistung (M) und Bedürfnis (G). Hinter diesen Zuschreibungen stehen die Grundsicherungstypen: Grundeinkommen (Staat), bedarfsorientierte Grundsicherung (Markt) und Sozialhilfe (Gemeinschaft). Sie beziehen sich auf die sozialpolitischen Probleme: Teilhabe (S), Ausschluss (M) und Unterversorgung (G).

achtlichen Stand erreicht hat. Ohne sie hätten die rezessiven wirtschaftlichen Einbrüche noch mehr Menschen in Mitleidenschaft gezogen. Ralf Dahrendorf (Die Zeit, 8.1.1998:1) weist auf die solidaritätsstiftende Wirkung der Sozialpolitik hin. Ein „Bürgergeld“ drängt sich seiner Auffassung nach auf. Diese Grundsicherung für alle sollte möglichst über progressive Steuergelder finanziert werden. Als „liberal“ bezeichnet Dahrendorf (ebd.) eine Offenheit gegenüber Reformen, die im Interesse der Lebenschancen von einzelnen die Sicherheit erhöhen und die gefährliche Flexibilisierung nach unten eindämmen.

7.1.3 Grundsicherung und Ergänzungsleistungen ausbauen

Sozialleistungen sind weder blosse Soziallasten, noch (à fonds perdu) Geschenke. Wer Mittel erhält, hat diese oft selber erwirtschaftet. Was die AHV ausbezahlt, kommt über Konsumleistungen vorwiegend der Wirtschaft zugute. Wirtschaftspolitik ist ohne Sozialpolitik nicht möglich. Die Sozialpolitik erhält und qualifiziert die Arbeitskraft. Soziale Sicherheit ist auch eine wichtige Voraussetzung für Innovation. (Vobruba 1991:8ff.) Sie garantiert unter Bedingungen ökonomischer Knappheit eine relative Autonomie. Die Sozialhilfe gewährleistet allerdings keine Grundsicherung. Aber wie kann das System der sozialen Sicherung gestaltet werden, damit seine Anreizkompatibilität mit dem Arbeitsmarkt gewahrt bleibt? Die Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991:657ff) geht ausführlich auf diese Frage ein. Ich nehme hier die Konklusion auf und ergänze sie. Vorab weise ich auf eine besondere Konzeption der Grundsicherung hin.

Die Vorstellung einer „Staatsbürger-Grundversorgung“ gehörte in Deutschland zu den nationalsozialistischen Plänen. (Schulte 1990:86/87) Das auf dem Sozialversicherungsprinzip basierende Alterssicherungssystem sollte durch ein Grundrentensystem ersetzt werden. Hier bestand eine Affinität zum britischen Beveridge-Plan, der 1942 veröffentlicht wurde. Er sah (nebst dem staatlichen Gesundheitsdienst) eine Grundrente vor und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch für die SPD wegleitend. Demgegenüber betonte die CDU die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen, für sich und seine Familie zu sorgen. Die CDU befürwortete eine Fortschreibung der weitgehend auf dem Äquivalenzprinzip fussenden traditionellen Sozialversicherung. Allerdings wollte die SPD die Eigenverantwortlichkeit keineswegs durch ein System der Staatsversorgung ersetzen. Ein solches versorgungsstaatliches Denken entsprach auch nicht den Vorstellungen des Liberalen Beveridge und

der unter einer Labour-Regierung erlassenen britischen Gesetzgebung. Diese wurde allerdings oft so interpretiert. Sowohl die britische Labour Party als auch die SPD sahen lediglich eine Grundrente für alle vor, auf der die Eigenverantwortung aufbauen sollte. In der konkreten Ausprägung sind die verschiedenen Systeme ohnehin ähnlicher als auf dem Papier. Ein Trend geht vom Versicherungsprinzip zum Bedarfsprinzip.³¹⁸

Was die Gestaltungsprinzipien der sozialen Sicherungssysteme betrifft, so ist bei den vor allem in Grossbritannien, Irland, aber auch in den nicht-europäischen angelsächsischen Ländern und in Skandinavien anzutreffenden universellen Systemen ein stärkerer Anteil von Versorgungs- und Fürsorgeleistungen feststellbar. In den mittel-, süd- und west- bzw. kontinentaleuropäischen Ländern fallen die auf dem beschäftigungsbezogenen Sozialversicherungsprinzip beruhenden Leistungen mehr ins Gewicht. Die EU-Perspektiven gehen nun in Richtung Mindestlohn-Gesetzgebung. Eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen wird nur noch beschränkt ins Auge gefasst. Das Fürsorgesystem soll beibehalten werden. Schulte (1990:170) skizziert eine sozialpolitische Linie, die dahin geht, bestehende Strukturen der Sozialleistungssysteme zu belassen und durch bedarfsbezogene, einkommensabhängige Komponenten zu ergänzen. Allerdings werden nach wie vor verschiedene Varianten eines Garantierten Mindest Einkommens (GME) geprüft.³¹⁹ Die einen wollen die bestehenden Sozialversicherungen durch eine negative Einkommenssteuer oder einen Grundlohn ersetzen, andere wollen die bestehenden Einrichtungen durch ein GME ergänzen.

Ein recht umfassendes Modell für ein GME liegt von einer Arbeitsgruppe der Sozialpolitischen Kommission der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS) vor. Der Grundsatz lautet, wie die Koordinatorinnen Susann Leuzinger-Naef und Eva Ecoffey (1992) ausführen: Alle in der Schweiz wohnhaften Erwachsenen haben Anspruch auf ein GME, das zusammen mit

318 Andere Einschätzungen sagen, dass sich die Systeme der sozialen Sicherheit in den 18 OECD-Staaten in den letzten 30 Jahren eher auseinanderentwickelt haben. (Schulte 1990:174)

319 Schon der Beveridge-Plan ging davon aus, dass das System der sozialen Sicherheit und das Beschäftigungssystem untrennbar miteinander verbunden sein müssen. Dieser Zusammenhang besteht auch dann, wenn im Sinne eines Garantierten Grundeinkommens das Einkommen von der Erwerbsarbeit entkoppelt wird. Das zu verteilende Grund- oder Mindesteinkommen muss schliesslich zuerst erarbeitet werden, wie Schulte (1990:172) beschreibt.

ihrem autonomen Einkommen ihren finanziellen Existenzbedarf deckt. Die Berechnung erfolgt nach Haushalt. Zwei Personen, die zusammenleben, erhalten keine zwei vollen Einkommen. Nach einer Anreiz-Variante sind alle anspruchsberechtigt. Eine davon abweichende Katalog-Variante schränkt den Kreis der möglichen Bezüger/innen ein. In Frage kommen lediglich jene, die unfreiwillig erwerbslos sind, zu wenig verdienen, bereits heute Sozialleistungen beziehen, eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit wie Betreuungsarbeiten verrichten und eine anerkannte Aus- oder Weiterbildung besuchen. Kein Anspruch hat, wer erwerbsfähig ist und eine Arbeit ablehnt, die der eigenen Qualifikation entspricht. Bei beiden Varianten gilt ein rechtmässiger Anspruch auf Leistungen. Beiden gemeinsam ist auch die Verknüpfung mit Angeboten der beruflichen Eingliederung. Die während Jahrzehnten hart erkämpften Sozialleistungen sollen keinesfalls ersetzt oder unterlaufen werden. Unterstützung erhält, wer sie beantragt und die erwähnten Bedingungen erfüllt. Notwendig ist eine gute Information über alle Angebote. Die Finanzierung soll über die progressiven Steuern erfolgen. Die Kosten werden auf weniger als 1 Prozent des Bruttosozialproduktes geschätzt. Was die Festlegung der GME-Höhe betrifft, sieht die Arbeitsgruppe zwei Möglichkeiten. Die eine legt die Grenze bei 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Wohnbevölkerung fest. Die andere geht von der Mindesthöhe der Ergänzungsleistungen aus.

Hier geht es nun nicht darum, verschiedene Varianten eines GME detailliert vorzustellen und zu diskutieren. Ich bringe lediglich ein paar umsetzungsbezogene Überlegungen, die sich auf das Prinzip beziehen, das den skizzierten Varianten zugrunde liegt. Dabei gehe ich davon aus, dass ein GME die bisherigen Sozialleistungen nicht unterläuft, sondern ergänzt und möglichst allen Einwohner/innen mit zu wenig Einkommen zugänglich ist. Zwar lassen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende benennen, die derzeit am meisten auf ein GME angewiesen wären. Die Typologien ändern sich aber mit konjunkturellen Schwankungen und vor allem mit dem strukturellen Wandel und der Pluralisierung der Lebensstile. Ich betone im Folgenden zunächst die Chancen eines GME und komme dann auf die Grenzen zu sprechen.

Nehmen wir einmal an, wir hätten ein GME. Wer will dann überhaupt noch arbeiten? Diese Frage wird häufig gestellt. Ich frage zurück: Sind materielle Anreize der einzige Grund für unsere Erwerbstätigkeit? Viele Rentner/innen möchten berufstätig sein. Arbeitslose und psychisch Kranke strengen sich enorm an, um eine Stelle zu finden. Anspornend wirkt die Möglich-

keit, Verantwortung zu übernehmen und Sozialprestige zu erlangen. Die Erwerbstätigkeit dürfte nach Einführung eines GME weiterhin einen hohen Stellenwert haben. Einbussen wären durchaus zu verkraften und aus ökologischen Gründen sogar wünschenswert.

Aber wer verrichtet dann die „Dreckarbeit“, die relativ schlecht bezahlt ist? Ein GME könnte dazu führen, dass unattraktive Arbeiten besser entlohnt und verteilt werden müssten. Ich halte das für wünschenswert. Aber würden dann die Unternehmen die Leistungsschwachen nicht einfach entlassen und so die Zwei-Drittels-Gesellschaft stabilisieren? Diese Gefahr besteht. Das GME unterstützt die Ausgegrenzten. Für die berufliche und soziale Integration sind weitere Massnahmen nötig. Immerhin gewährt das GME auch unbürokratische Überbrückungshilfen. In etlichen Fällen lassen sich dadurch langfristige Abhängigkeiten verhindern. Menschen, die in eine Krise geraten und keine Reserven haben, müssen nicht zuerst auf ein Niveau abdriften, das offizielle Hilfe erlaubt. Zudem werden sie – dank allgemeinem Rechtsanspruch – weniger stigmatisiert.

Das GME erweitert persönliche Entscheidungsmöglichkeiten. Es entlastet von einem Anpassungsdruck, der dazu führt, dass sich sozial Benachteiligte gegenseitig aufreiben, statt sich miteinander zu solidarisieren. Soziale Risiken werden auf die ganze Gesellschaft verteilt. Indem diese ihre Verantwortung wahrnimmt, tritt sie aus der Anonymität hervor. Die Rückendeckung ermuntert die Individuen dazu, selber Verantwortung zu übernehmen. Sie ermöglicht es, Kräfte gezielt und konstruktiv einzusetzen. Zudem relativiert das GME die einseitige Erwerbsorientierung, die soziale Fertigkeiten verkümmern lässt. Es vermindert psychosomatische Erkrankungen. Wer Freiräume hat, leidet weniger.

Das GME entlastet die Fürsorge von der Sachhilfe. Aufwendige Abklärungen über die Anspruchsberechtigkeit entfallen. Das „liebe Geld“ lässt sich weniger als Machtmittel einsetzen. Die Sozialarbeit kann sich mehr auf präventive Tätigkeiten konzentrieren. Soweit mögliche Vorteile. Sie lassen sich empirisch kaum belegen und sind zu relativieren.

Unter heutigen Bedingungen liessen sich mit einem GME die (Miet-)Preise erhöhen. Der Staat würde die Differenz übernehmen und indirekt viel Geld für die Subvention der Spekulation ausgeben. Ohne Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu demokratisieren, ist ein GME von beschränkter Reichweite. Damit sich Menschen möglichst selber über Wasser halten können, sind meines Erachtens existenzsichernde Löhne und eine Ausweitung der Mitbestimmung nötig. Weithin akzeptiert ist die Ausdehnung der Sozialversicherung

gen auf Betreuungsaufgaben. Daran liesse sich anknüpfen. Ein Recht auf Arbeit könnte den Druck erhöhen, mehr soziale Investitionen zu tätigen.

Wichtig ist es zunächst, die Debatte über das GME zu vertiefen. Sie dynamisiert die langwierige Diskussion über die Reform der Sozialversicherungen. Auch wenn zum GME noch viele Fragen offen sind, lassen sich Vereinfachungen bereits heute einleiten. Die Existenzminima sind zu harmonisieren und den Lebenskosten anzupassen. Um Mittel gezielt einzusetzen, ist die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen zu verbessern. Klare Absprachen erhöhen die Wirksamkeit der Leistungen. Mehr Transparenz ist bezüglich der Ansprüche auf Unterstützung sowie der Sozialausgaben erforderlich, die bei uns (im internationalen Vergleich) relativ tief sind. Das gilt auch für die Anteile der Staatsausgaben am Bruttoinprodukt. Ohne die Zahlungen an die lohnprozentfinanzierten Sozialversicherungen und die Regiebetriebe (PTT und SBB) liegen sie seit Jahrzehnten konstant unter 30 Prozent. Damit plädiere ich für kein Giesskannenprinzip. Die Kürzung von Subventionen kann jedoch im Sozialwesen sehr kontraproduktiv sein.

Als „nicht effizient“ bezeichnen vor allem Vertreter/innen der „Arbeitgeber Organisationen“ unser System der sozialen Sicherheit. Egal ob benötigt, bestünden allgemeine Rechtsansprüche auf Sozialleistungen. Die Dekretierung sozialer Rechte verdränge die Selbsthilfe. Notwendig sei eine konsequentere Anwendung des Bedarfsprinzips. Viele Institutionen reagieren darauf mit einer defensiven Flucht nach vorn. Im Selbstlauf versuchen sie, die eigene Haut zu retten und den Leistungsausweis aufzupolieren. So schaukelt sich ein Anspruchsniveau hoch, das die Qualität der Leistung mindert. Der Sozialbereich soll mit weniger Mitteln grössere Probleme lösen. Das geht nicht. Die Deregulierung überfordert jene, die bereits mit dem Rücken zur Wand stehen. Die Ideologie des freien Marktes rechtfertigt teilweise eine Abwälzung gesellschaftlicher Gegensätze auf sozial Benachteiligte. Probleme lassen sich aber nicht mit jenen Methoden bewältigen, die sie verursachen.

Bei den Sozialversicherungen drängt sich meines Erachtens eine Ergänzung des Kausalprinzips durch eine spezifische Form des Finalprinzips auf, das den Menschen in allen Lebenssituationen ein angemessenes Existenzminimum ermöglicht und die Existenzsicherung als Grundrecht garantiert.³²⁰ Das

320 Rudolf Strahm (1997:326) erwähnt die Fürsorge- und Ergänzungsleistungen (EL) als Beispiele für das bedarfsorientierte Finalprinzip. Das relativiert sich aber, wenn mit der Ausweitung der EL möglichst alle Risikolücken abgedeckt werden sollen.

Kausalprinzip deckt nur bestimmte Risiken ab. Das gilt für das Alter, den Tod, die Arbeitslosigkeit, einzelne Familienlasten sowie Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität. Strukturelle Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit bleiben den Einzelnen und der Fürsorge überlassen. Dazu gehören Dauerarbeitslosigkeit, Langzeitkrankheit, Frühinvalidität, Wohnungsnot sowie die Absicherung von Betreuungs- und Hausarbeit. Das Kausalprinzip bedeutet, dass die Ausgestaltung der Anspruchsberechtigung sowie die Höhe der Leistungen für jeden Risikotyp in einem eigenen Verwaltungssystem geregelt werden. Innerhalb dieses Systems überschneiden sich die Tätigkeiten. Viel Zeit und Geld werden für Abklärungs- und Begrenzungsfragen benötigt. Die Stärkung der Solidarität spart Kosten. Sie reicht über die bedarfsorientierten Leistungen der Sozialhilfe hinaus. Eine Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf wirtschaftlich Schwache und sozial Benachteiligte verbessert die Grundsicherung. Sie knüpft an das bestehende System der sozialen Sicherung an und verhindert, dass die bestehenden Leistungen unterlaufen werden. Dieser Vorteil überwiegt den Nachteil, weiterhin auf ein System zu setzen, das recht kompliziert ist. Vereinfachungen sind allerdings auch unter den gegebenen Voraussetzungen möglich. Ich skizziere im Kapitel (7.1.4) über die Sozialhilfe einen Vorschlag.

Pierre Bourdieu (1997) zeigt, wie (familiäre) Bande der Solidarität sozialstaatlich überlagert und durch neue Abhängigkeiten ersetzt wurden. Werden nun diese institutionellen (Infra-)Strukturen abgebaut, wächst die Gefahr der Unsicherheit. Es kommt zu verzweifelter Reaktionen. Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik und gesellschaftlichen Verantwortung verursacht eine Desorientierung. Möglichkeiten der Subsistenz sind rar. Deshalb muss das soziale Netz erhalten und gestärkt werden. Das wirtschaftliche Wachstum kann die soziale Sicherheit begünstigen; es gewährleistet sie aber nicht. Entscheidend ist die praktische Umsetzung der (Verteilungs-)Gerechtigkeit. Die Ausweitung der Ergänzungsleistungen trägt dazu bei.

7.1.4 Sozialhilfe vereinheitlichen

Das soziale Sicherungssystem geht davon aus, dass sich die Existenzsicherung über die individuelle Teilnahme am Arbeitsmarkt und gemeinschaftliche Arrangements wie die Familie und die Sozialhilfe realisieren lässt. Sozialpolitische Versorgungsleistungen und universalistische Transfers des Staates werden als Zusatzeinkommen verstanden. Opielka (1990:25) will das System der Fürsorge bzw. Sozialhilfe von seinen „fiktiv-gemeinschaftlichen“

Elementen befreien und auf Aufgaben reduzieren, die konkret als gemeinschaftliche Solidarität erfahrbar sind. Eine kommunale Leistung kann in hochaggregierten Gesellschaften grundlegende Ungleichheiten der Primäreinkommens- und Vermögensverteilung nicht beseitigen. Eine an Verhaltensauflagen geknüpfte Leistung erreicht weder das Gleichheits- noch das Freiheitsziel. Opielka (ebd.) plädiert dafür, das Subsidiaritätsprinzip grundlegend zu überdenken und „vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Die Umkehrung beschreibt er als „solidarische Subsidiarität“. Sie gewährt allen Bürger/innen, unabhängig von der Teilnahme am Arbeitsmarkt und der familiären Situation, das Recht auf ein garantiertes Grundeinkommen (Kap. 7.1.3). Darüber hinaus lässt sich ein leistungsabhängiges Markt- und Sozialversicherungseinkommen erzielen. Wenn das nicht möglich ist oder nicht ausreicht, kommt die auf die solidarische Einzelfallhilfe beschränkte Sozialhilfe zum Tragen. Das Grundeinkommen könnte die individuellen Handlungsspielräume erweitern. Die Konzeption wird auch von Liberalen wie Ralf Dahrendorf (Die Zeit, 8.1.1998:4) unterstützt. Die im vorherigen Kapitel angesprochene Ausweitung der Ergänzungsleistungen geht in diese Richtung. Die Sozialhilfe liesse sich so entlasten bzw. auf ihre eigentliche Ausrichtung zurückführen.³²¹

Das Prinzip der Subsidiarität ist in allen kantonalen Sozialhilfegesetzen explizit festgelegt. Es setzt auf kommunaler Ebene eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie die persönliche Hilfe familialer Strukturen voraus. Wenn klar abgrenzbare Probleme und politische Systeme vorhanden sind, dann lassen sich die Zuständigkeiten einfach regeln. Diese Voraussetzung ist jedoch bei der Armutsbekämpfung durch die Sozialhilfe nur beschränkt gegeben. Sie gestaltet sich in komplexen Gesellschaften recht schwierig. Die Vernetzung der Systeme äussert sich beispielsweise darin, dass Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht nur zu einer Mehrbelastung der kommunalen Ebene führen, wie

321 Die Sozialhilfe geht vom Grundsatz der Nachrangigkeit aus. Das bedeutet, dass sie nur dann zur Anwendung kommt, wenn der/die Hilfebedürftige nicht in der Lage ist, Selbsthilfepotentiale in Form von Einkommen, Vermögen, Einsatz der eigenen Arbeitskraft und vorhandenen Ansprüchen gegenüber Dritten zu nutzen. (Vobruba 1990:62) Weil die Sozialversicherungen ihren verfassungsmässigen Grundsatz der Existenzsicherung nicht einlösen, übernimmt die Fürsorge immer mehr Leistungen. Das erschwert auch die von der GGG (1977:13) geforderte „Wahrung der Selbstverantwortung in der Sozialhilfe“, die vorallem die Selbsthilfe anregen soll.

Höpflinger (1995:14) beschreibt, sondern auch Mehrausgaben bei den Gesundheitskosten mit sich bringen. Die starke Vermischung der Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden macht es schwierig, diese Verlagerungen genau aufzuzeichnen. Als letztes Netz muss die Fürsorge immer mehr sozial Benachteiligte auffangen, ohne dazu geeignet zu sein. Tobias Bauer und Ursula Wyss (1997) kommen in ihrer Analyse zum Fazit, dass die föderalistische Regelung im Bereiche der Sozialhilfe die Rechtsungleichheit für die Bezüger/innen fördert. Eine alleinerziehende Mutter erhält im Kanton Bern je nach Gemeinde bis zu 1712 Franken mehr oder weniger Unterstützung. Christine Goll (Nora 1/1998:11) schlägt deshalb bei der Sozialhilfe folgende Reformen vor: die Festsetzung eines Rechtsanspruches auf ein sozial angemessenes, für alle geltendes Niveau, die Verbesserung der Bedingungen für das Geltendmachen von Ansprüchen, die Schaffung von Anreizen für Erwerbsarbeit und Integration sowie der Aufbau eines Finanzierungssystems, das die Ungleichbelastung zwischen den Gemeinwesen vermindert und ein Abschieben der Soziallasten unattraktiv macht. Im Vordergrund steht dabei die Transparenz und Rechtssicherheit für alle Bezüger/innen. Ein entsprechendes Rahmengesetz soll auch die Professionalisierung der Sozialdienste fördern.³²²

Das grundsätzlich einleuchtende Subsidiaritätsprinzip stösst in der Armutsbekämpfung auf Grenzen. Die in neueren Armutsstudien stark betonten Lebenslagenperspektiven verlangen eine umfassende Berücksichtigung der jeweiligen unmittelbaren Lebensumstände. Da sind die kleinen Netze gefragt. Hinzu kommen die quasi übergeordneten Rahmenbedingungen. Dabei zeigt sich: Die wirtschaftlichen Aspekte der Armut überschreiten in einer globalisierten Gesellschaft die Reichweite kommunaler Massnahmen. Allerdings gibt es vielfältige Überschneidungen. Der Bund sollte meines Erachtens die Grundsicherung übernehmen und die Kantone bei der Beschäftigungspolitik unterstützen. Die Gemeinden und die privaten Einrichtungen wären dann für die (Hilfe zur) Selbsthilfe und für die soziale Integration zuständig. Eine klare Trennung ist aber im flickwerkartig gewachsenen Sozialbereich schwierig.

„Das Subsidiaritätsprinzip erweist sich für eine moderne Armutsbekämpfung als zweifelhaft“, folgert Höpflinger (1995:19). Gerade kleinere Gemeinden

322 Anne Mäder und Ursula Neff (1988) weisen darauf hin, dass ein implizites Recht auf Sozialhilfe und Existenzsicherung bereits in der Verfassung verankert ist.

fühlen sich mit den steigenden Fürsorgeaufgaben überfordert.³²³ Es fehlt an Geld und teilweise auch an professionellen Wissen. Ein eigener Sozialdienst setzt ein gewisses Einzugsgebiet voraus. Zudem ist die Hemmschwelle von sozialen Einrichtungen, die gerade vor der Haustüre liegen, recht gross. Deshalb ist die Entflechtung und Verknüpfung der verschiedenen Anstrengungen von unten (soziale Integration) und von oben (materielle Existenzsicherung) so wichtig. Sie entspricht Nell-Breunings' Verständnis, dass Subsidiarität und Solidarität unabdingbar zusammen gehören. Wichtig ist, dass, solange das System der Fürsorge bestehen bleibt, die Gemeinden ihre Politik angleichen und die Sozialhilfe vereinheitlichen.³²⁴

7.2 Subsidiarität stärken

7.2.1 Handlungsräume öffnen

Die Frage nach der Effizienz wird auch im Sozialbereich zunehmend gestellt. Sie verlangt Rechenschaft über die Wirkung des vorhandenen Instrumentariums. Das ist gut so. Aber welches sind die Beurteilungskriterien? Ich halte es für problematisch, wenn einfach Messmethoden aus der Wirtschaft übernommen werden. Dabei kommen jene Qualitätsmerkmale zu kurz, die sich nur ungenau quantifizieren lassen.

323 Diese Feststellung geht deutlich aus der Jahrestagung der „IG öffentliche Fürsorge“ des Kantons Basel-Landschaft hervor (Basler Zeitung, 8.9.1997).

324 Die Sozialhilfe-Richtsätze der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe gehen von einem „Recht auf Sozialhilfe“ und einer „Pflicht zur Selbsthilfe“ (Jürg Meyer, Basler Zeitung, 10.10.1997) aus. Sie sichern das Existenzminimum und stellen nach Möglichkeit zusätzliche Mittel für einen würdigen Lebensbedarf zur Verfügung. Diese können dann gekürzt werden, wenn Bezüger/innen ihre Pflichten zur Selbsthilfe verletzen. Was die privaten Sozialhilfe-Institutionen betrifft, wandte sich der ehemalige SVP-Politiker und Sanitätsdirektor des Kantons Basel-Landschaft, Paul Manz, „gegen das Subsidiaritätsprinzip für die staatliche Sozialpolitik“ (Basler Zeitung, 28.8.1989). Es sei nicht verantwortbar, wenn der Staat nur dann eingreifen wolle, wenn er zuvor von den Privaten praktisch eine Bankrott-erklärung erhalten habe. Es sei vielmehr Aufgabe des Staates, von sich aus das grobmaschige Netz im Sozialbereich zu knüpfen. Für die Privaten gebe es genügend Möglichkeiten, Lücken zu erkennen und zu schliessen.

„Effizienz ist nicht Ellbogenmentalität“, stellt Vobruba (1991:47) fest, der sich für die positiven Überschneidungen zwischen Effizienz und Emanzipation interessiert. Die Bedeutung der Sozialpolitik besteht oft gerade darin, Handlungsspielräume zu eröffnen und Kreativität zu ermöglichen. Selbsthilfe und Emanzipation begünstigen sich gegenseitig. Prozesse der Dezentralisation kommen ihnen entgegen, wenn sie der Basis echte Entscheidungsfreiheiten gewähren.

Nach Studien von Richard Sennett (über die „Tyrannei der Intimität“) ziehen sich Individuen immer mehr aus der politischen Sphäre in die Privatwelt zurück. Paul Trappe (1997:260/61) beschreibt diesen Rückzug. Er stellt fest, dass die Partizipationsbereitschaft der Individuen unter den Bedingungen der komplexen Gesellschaft und des undurchschaubaren politischen Apparats eher sinken. Je mehr Partizipationsmöglichkeiten bestehen, desto weniger werden sie zuweilen wahrgenommen. Die Abstimmungshäufigkeit scheint in der Schweiz eine gewisse Passivität zu fördern. Meines Erachtens wäre es aber verfehlt, deswegen die Handlungsräume einzuschränken. Die Möglichkeit der Mitbestimmung ist eine wichtige demokratische Errungenschaft. Sie stärkt die Integration, auch wenn sie nicht immer wahrgenommen wird. Handlungsspielräume, die nicht voll ausgeschöpft werden, haben trotzdem einen grossen Wert. Die Möglichkeit der freien Gestaltung ist eine besondere Lebenskraft (Adolf Gasser 1976:76).

Die „paradoxe Situation“ (Linder 1987:10) besteht darin: Einerseits politisieren sich viele Bürger/innen. Sie sammeln Unterschriften, führen Protestaktionen durch, gründen soziale Bewegungen, wenden sich an den Staat oder an andere Institutionen. Andererseits sinkt das Interesse an den Entscheidungen der institutionellen Politik. Das wird gemeinhin als Zeichen der Ohnmacht oder des Verdrusses interpretiert. Offenbar sind auch hier gegenläufige Tendenzen feststellbar. Mit keiner lässt sich ein bestimmter „Gang der Dinge“ belegen. Die Zukunft ist nirgendwo festgeschrieben. Sie hängt auch davon ab, wie sich die Subjekte verhalten und ob sie bereit sind, das Heft wieder mehr in die eigenen Hände zu nehmen. Eine besondere Herausforderung stellt der Einbezug von sozial Benachteiligten dar.³²⁵ Hierbei ist vor

325 Für ebenso zentral halte ich die vermehrte Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung des Gemeinwesens. Hier sind Handlungsperspektiven gefragt. Ob es gelingt, neue Ansätze zu entwickeln und zu realisieren, hängt u.a. von der Bereitschaft ab, Handlungsräume auch im lebensweltlichen und kulturellen Bereich zu öffnen.

jeglicher Instrumentalisierung zu warnen. Es geht nicht darum, alte Randgruppenstrategien neu aufleben zu lassen. Hilfreicher ist eine respektvolle Hilfe zur Selbsthilfe, die nicht mit Defiziten, sondern mit ressourcenorientierter Kompetenzmotivation arbeitet.

7.2.2 Hilfe zur Selbsthilfe

Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird in unzähligen Publikationen gefordert. Der Ausspruch läuft Gefahr, zu einer Leerformel zu verkommen. Joseph Huber bezeichnet ihn „aus gutem Grund“ (Josef Senft 1990:24) als nachindustrielles Dienstleistungsethos. Nicht nur liberale Kapitalisten und libertäre Sozialistinnen beziehen sich darauf. Die etwas inflationäre Verwendung veranlasst immer mehr Sozialtätige, auf den Begriff zu verzichten. Ich halte das für falsch und plädiere dafür, den Inhalt zu klären und den Grundsatz umzusetzen. Dass sich unterschiedliche Kreise auf den Slogan berufen, kann eine Chance sein, auch wenn nicht alle das gleiche darunter verstehen.

Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist vorallem dann nützlich, wenn sie die autonomen Anstrengungen stärkt. (Opielka 1983:15) Viele Bürger/innen müssen sich ihre Kompetenzen zur Selbsthilfe erst wieder aneignen. Das geschieht nicht einfach von selbst. Ich gehe im Kapitel (7.3.3) über die „Soziale Zeit“ darauf ein. Wenn der Sozialhaushalt reduziert wird, um die Selbsthilfe zu stärken, erweist sich diese Hoffnung oft genug als Illusion. Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ setzt funktionierende soziale Strukturen voraus.³²⁶ Die Selbsthilfe ersetzt einzelne Dienstleistungen, aber nicht den Sozialstaat.

Damit Selbsthilfegruppen sozial integrativ wirken, sind oft vielfältige staatliche Massnahmen nötig. (Hans Joas 1995:71) Es braucht auch grosse Anstrengungen der Netzwerke sozialer Bewegungen, um die negativen Folgen der fortschreitenden Differenzierung aufzufangen. Die Art und das Ausmass

326 Die Stadt Zürich leistet bspw. „Hilfe zur Selbsthilfe, indem sie den Erwerbslosen auf einem ergänzenden Arbeitsmarkt „Lohn statt Sozialhilfe“ (Stefan Hotz, Basler Zeitung, 2.9.1997) anbietet. „Dem Staat werden heute derart viele Arbeitskräfte quasi vor die Tür hingestellt, dass wir nur die Wahl haben, mit den Leuten selber etwas zu machen oder ihnen den Lebensunterhalt zu bezahlen. Das zweite bedeutet oft Desintegration, was die Gesellschaft noch einmal teuer zu stehen kommt“, sagt Monika Stocker (ebd.), die Vorsteherin des Sozialdepartements.

der Interventionen hängen u.a. von unterschiedlichen Voraussetzungen ab. Wichtig ist hierbei, dass sich die „Hilfe zur Selbsthilfe“ nicht von einer Verklärung der „guten, alten Zeiten“ leiten lässt. Der Vergangenheit wird meistens ein zu hohes Mass an sozialer Integration unterstellt. Die nostalgische Verklärung schürt Erwartungen, die weder erfüllbar noch erstrebenswert sind. Sie überhöht das Gemeinschaftliche. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist ein Beispiel dafür, wie sich die Solidarität und die Subsidiarität gegenseitig stärken können. Das gilt auch für das Konzept des Empowerment, das heute teilweise im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe verwendet wird.

7.2.3 Empowerment

„Subjektorientierung“ ist ein Begriff, der in der Theorie der sozialen Arbeit oft vorkommt. Er meint, dass der Mensch im Vordergrund steht und nicht als Objekt behandelt werden soll. Das „Empowerment“ ermöglicht Personen eine Teilhabe, die den Zugang zu fehlenden sozialen Ressourcen verbessert. Es handelt sich um einen aktivierenden Ansatz. Er spricht die Menschen als selbsttätige Wesen an und fördert die Selbstorganisation. Wolfgang Stark (1996:16) versteht Empowerment als „andauernder, zielgerichteter Prozess im Rahmen kleiner, meist lokaler Gemeinschaften“. Im anglo-amerikanischen Bereich wird der Begriff nicht nur im psychosozialen Bereich verwendet. „To empower“ heisst in der wörtlichen Übersetzung jemanden ermächtigen oder jemandem die Vollmacht geben, etwas zu tun. In der sozialen Arbeit zielt das Empowerment auf eine Hilfe ab, die mit möglichst wenig sozialer Kontrolle verbunden ist. Mündigkeit statt einseitige Abhängigkeit lautet das Ziel. Es geht darum, eigene Ressourcen zu entdecken und zu mobilisieren. Dazu gehört auch die Bürger/innen-Beteiligung. Ein Strang der europäischen Gemeinwesenarbeit geht auf die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten zurück.³²⁷

Die Grundidee des Empowerment ist bereits in früheren Selbsthilfe-Konzepten angelegt. Stark (1996:62) verbindet sie mit kommunitaristischen Ansätzen. Solidarität und Partizipation sind Grundbedingungen einer Demokra-

327 Sie entstand in den 1960er-Jahren als Stadtteilbewegung. Dies im Sinne einer Entwicklung von unten. Am Beispiel des „Black Empowerment“ zeigt Mark Gevisser (WochenZeitung, 4.12.1997), dass die Teilhabe „der schwarzen Mehrheit“ am Wohlstand zunächst auch sehr eliteorientiert verlaufen kann.

tie. Sie fördern die Kohärenz der Gesellschaft. Handlungsoptionen sind an Vorstellungen über entsprechende Werte gebunden. Allerdings kann heute je länger desto weniger mit klar benennbaren, gemeinsamen Orientierungen gerechnet werden, die zum Engagement stimulieren. (Helga Solinger 1996:8) Auch richtet sich die Teilhabe nur teilweise auf gängige Machtstrukturen.

Neue Formen des Empowerment setzen stärker auf persönliche Motive und Vorstellungen. Sie gehen von möglichst lebensnahen Anlässen und überschaubaren Einheiten aus, sind aber auf politische Rahmenbedingungen angewiesen, die den Individuen entsprechende Handlungsräume gewähren. Das Empowerment soll eine bürgerschaftliche Beteiligung anregen, die ein konkretes Mitdenken, Planen, Entwerfen und Umsetzen bei allen Aufgaben eines Gemeinwesens ermöglicht. (Wolf R. Wendt 1996:156) Das kann die Gestaltung eines städtischen Parkes von, mit und für Jugendliche(n) betreffen. Im Kern geht es um die Ausweitung demokratischer Beteiligung. Sie erfolgt teilweise selbstorganisiert, aber auch durch Fachkräfte animiert.

Konzepte eines Empowerment erfordern eine Konfliktbereitschaft. Die Erweiterung der individuellen Potentiale geht selten ohne Reibung. Wer sich einmischt, stösst auf Widerstand. Kleine, weiterführende Schritte begünstigen den Prozess. Zu hohe Erwartungen behindern die Veränderung. Die individuellen Möglichkeiten hängen auch vom sozialen Kontext ab. Wenn Menschen ernst genommen werden, als Persönlichkeit gefragt sind und selber bestimmen können, dann trauen sie sich eher zu, etwas leisten zu können. Aber das Selbstverständnis der Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit erwirbt sich niemand ein für allemal. Es muss immer wieder neu gesucht und abgestützt werden.

Das Empowerment ist Teil der alltäglichen Selbstorganisation sowie der professionellen Unterstützungsarbeit. Die (psycho-)soziale Arbeit versucht, solche Prozesse zu fördern. Dies im Sinne der beschriebenen Hilfe zur Selbsthilfe. Zentral ist dabei die Berücksichtigung einer Kompetenzmotivation, auf die ich etwas ausführlicher im folgenden Kapitel (7.2.4) eingehe. Statt Defizite in den Vordergrund zu rücken, knüpft die Kompetenzmotivation an die vorhandenen Ressourcen an.

Das Empowerment geht von einem Menschenbild aus, das Heiner Keupp (1997:144) mit dem „aufrechten Gang“ verbindet. Es orientiert sich nicht an Defiziten und am „Gebückten“. Im Vordergrund stehen die vorhandenen Ressourcen, Handlungspotentiale und Fähigkeiten, die weiter zu fördern sind. Wichtig ist hierbei, dass keine lähmenden Abhängigkeiten entstehen. Die Subjekte sollen befähigt und dazu ermutigt werden, sich selber zu organi-

sieren und selbstbestimmt miteinander zu verknüpfen. Das Empowerment unterstützt statt der einseitigen Anpassung die kreative und selbstbewusste Entfaltung der Menschen.³²⁸ Das bürgerschaftliche Engagement ist Teil einer verantwortungsvollen Sozialpolitik. Es ersetzt sie nicht.

7.2.4 Kompetenzmotivation

Wir sind von Kindesalter an gewohnt, von vermeintlichen Niederlagen anderer zu profitieren.³²⁹ Die Differenz zu andern Menschen kann Vorteile bringen. Viele Konkurrenzsituationen sind darauf angelegt, andere zu überbieten. Eltern halten ihren Kindern unablässig Defizite vor. Sie tun dies in der Hoffnung, den Willen zum Aufholen zu stärken. Oft genug ist das Gegenteil der Fall. Die Kinder fühlen sich entmutigt, „hängen ab“. Oder sie kämpfen verbissen und lernen, Leistungen nur unter Druck zu erbringen und Reserven aufzubrauchen. Ich frage hier, ob es auch Möglichkeiten einer Motivation gibt, die vorhandene Ressourcen so nutzt, dass sie sich regenerieren können. Ich halte das bei sozial benachteiligten Menschen für sehr wichtig. Sie haben meistens schon viele Defiziterfahrungen gemacht und müssen mit den beschränkt vorhandenen Ressourcen sparsamer haushalten als andere. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Konfliktpotential.

Dass sich kollektive Unzufriedenheit in politischen Protest umsetzen lässt, ist eine häufige Annahme. Brand (1982:30) hält sie dann für berechtigt, wenn die Unzufriedenheit kollektiver Natur ist und einen nennenswerten Teil der Bevölkerung betrifft. Sie muss für die Individuen grosse Bedeutung haben und sich auf einen Bereich beziehen, für den der Staat zuständig ist, aber nicht genügend sorgt. Die „politische Deprivation“ orientiert sich an gängigen Mustern. Diverse Ablaufmodelle sozialer Bewegungen gehen von einer

328 Was das konkret heisst, führt Heiner Keupp (1997:144) am positiven Beispiel der Gesundheitsförderung aus. Die Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (1982) zielt darauf ab, allen Menschen ein höheres Mass an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen, um sie so zur Stärkung der Gesundheit zu befähigen.

329 Lempp (1996:23) führt aus, wie die Rivalität im Kindergarten spielt (und teilweise geschürt wird).

sozialen Krise aus, die sich auf der System- und Handlungsebene nicht durch herkömmlich-routinisierte Mittel beheben lässt. Auf der Ebene des Alltags-erlebens und Alltagshandelns ist sie längerfristig mit nachdrücklichen Mangelerlebnissen verbunden.³³⁰ Risiken sagen, was zu vermeiden, nicht aber, was zu tun ist. Mit ihnen dominieren Verteidigungsimperative. Wer die Welt als Risiko entwirft, wird letztlich handlungsunfähig, stellt Ulrich Beck (1993:48) sieben Jahre nach Herausgabe seines Buches über die „Risikogesellschaft“ fest. Menschen ändern ihre Gewohnheiten, wenn sie starke Beweggründe haben (Weizsäcker 1996:16). Angst und Verunsicherung lösen eher unsolidarische und „unvernünftige Verhaltensweisen“ (Arend 1993:85) aus.

Verschiedene Theorien befassen sich mit der Entstehung der Solidarität. Tiefenpsychologische neigen dazu, die Solidarität aus einem Grundgefühl der Angst (vor Trennung) und Einsamkeit abzuleiten. Der Begegnungsphilosoph Martin Buber entwickelt die Solidarität nicht aus einem Defizit. Er versteht sie als Grundverfasstheit des Menschen, der von Natur aus ein soziales Wesen ist, das Solidarität erfährt und deshalb auch zur Solidarität fähig ist. Dies im Gegensatz zu jenen, die nicht solidarisch aufgenommen werden. Sie entwickeln sich zu Egoisten, weil sie ihr Ich nicht von einem positiven Du abgrenzen können. (Schmid 1994)

In der Aufklärung war das Problem der Angst mit der Entzauberung der Natur zu lösen. Angst hatte etwas mit der Realität zu tun, die das Subjekt umgab. (Anselm 1985:9) Im Existentialismus wird die Angst zum ontologischen Existential. Sie wird vor aller Erfahrung in der menschlichen Existenz begründet. Aufbruchstimmung verwandelt sich in Untergangsstimmung, Pioniergeist in den Ästhetizismus der *Décadence*. Die Devise der Naturbeherrschung (Bacon) weicht der „Krankheit zum Tode“ (Kierkegaard), der kritische Anspruch der Individualität (Rousseau) dem dionysischen Rausch ihrer Vernichtung (Nietzsche). Der Subjektbegriff des Existentialismus verkehrt den Subjektbegriff der Aufklärung in sein Gegenteil. Das Pathos der Existenz verlegt die Angst in das vom Objekt abgetrennte Subjekt. Der Alltag liefert gutes Anschauungsmaterial dafür, dass die Reaktionen auf

330 Sie beschreiben ein Stufenmodell, das folgende Phasen vorsieht: 1. Krise als kollektive Erfahrung; 2. Propagierung der Krisenfolgen; 3. Artikulation des Protests; 4. Intensivierung der sozialen Bewegung; 5. Artikulation der Ideologie; 6. Ausbreitung derselben; 7. Organisation der Bewegung; 8. Institutionalisierung derselben. (Brand 1982:33)

Druck und Angst oft kontraproduktiv sind und nicht dazu führen, Fortschritte zu erzielen. Adler (1928/1984:44) hält es für ein Merkmal der menschlichen Natur, wenn Kinder und Erwachsene, die sich schwach fühlen, wenig soziales Interesse aufbringen. Arend (1993:71) erwartet von Ausgegrenzten keine freiwillige Solidarität mit der Natur. Beteiligung schafft Identifikation. Bedingung dafür ist die eigene Betroffenheit. Es braucht aber auch konkrete Möglichkeiten zur Veränderung und Selbstverantwortung. Viviane Forrester (1996) betrachtet diese als Voraussetzung für Widerstand.

Marianne Gronemeyer (1976:9ff.) analysiert ein beispielhaftes Projekt von Lorenzo di Milani.³³¹ Der Pater hat in der Toscana die „Scuola di Barbiana“ für Kinder von Landarbeiter/innen gegründet, die in der offiziellen Schule „versagten“. Er hat die Noten abgeschafft, die Langsamsten zum Massstab für das Tempo genommen, die älteren Schüler/innen als Mit-lehrer/innen eingesetzt und den Unterricht in erster Linie an den Fragen der Kinder orientiert. Dies mit dem Resultat, dass alle Schüler/innen die Abschlussprüfung bestanden. Gronemeyer folgert: Die Empörung war solange machtlos gegen die Resignation, bis eine produktive Handlungsalternative vorlag. Von sich aus haben die Eltern und Schüler/innen nichts unternommen. Die Überzeugung von der eigenen Unzulänglichkeit war zu tief verwurzelt. Es brauchte einen Impuls von aussen und einen Zugang zu den positiven Ressourcen der Defizitgeschädigten. Wenn ich diese Folgerungen mit Erfahrungen aus der Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991:238ff.) verknüpfe, komme ich zu folgendem Schluss.

Soziale Benachteiligungen werden oft über lange Zeit hingenommen. Sie motivieren nicht automatisch zur Veränderung. Der Mangel verstellt den Blick. Er lässt Defizite nicht als Unrecht erkennen. Wichtig ist deshalb die Vermittlung des Bewusstseins, dass eine missliche Situation kein Schicksal, sondern veränderbar ist. Der Hinweis auf die gemeinsame Betroffenheit entlastet von persönlichen Schuldgefühlen, die bei sozial Benachteiligten unter Bedingungen der Vereinzelung verbreitet sind. Arme empfinden ihre Ohnmacht als individuelle Schwäche. So lassen sich gesellschaftliche Probleme einfacher auf jene abwälzen, die unauffällig bleiben wollen. Wenn sie die Lage akzeptieren, laufen sie weniger Gefahr, bei einem Versuch der

331 Die Erfahrungen sind aufgezeichnet in: Die Schülerschule von Barbiana. Wagenbach, Berlin 1984 (Orig. 1967).

Veränderung nochmals zu scheitern. Wer sich mit dem Vorhandenen zufrieden gibt, schützt sich gegen weitere Enttäuschungen. Die Angst führt zum Rückzug. Sie behindert das lösungsorientierte Denken und Ausprobieren. Der Pakt mit dem Verzicht macht ihn aushaltbar.

Dagegen helfen Teilerfahrungen gelungener Lebenspraxis. Das Zutrauen in die eigene Kompetenz erfordert kleine Schritte. Grosse Ziele sind in Teilziele zu zerlegen, die sich in absehbarer Frist erreichen lassen. Die sinnliche Erfahrung, dass Veränderungen möglich sind, motiviert zu weiteren. Sie lenkt den Blick vom scheinbar Unabdingbaren zum offensichtlich Möglichen. Die innerlich blockierende „Du solltest“-Anforderung verwandelt sich in eine „Ich kann etwas“-Haltung. Sie knüpft an vorhandene Interessen und Fertigkeiten an, die alle Menschen haben. Ihre Ressourcen sind oft verschüttet. Sie werden zu wenig wahrgenommen. Die Kompetenzmotivation ist hilfreich. Sie unterstützt die Entfaltung eigener Kräfte und damit auch die Subsidiarität. Der individuell bedeutsame Ansatz lässt sich teilweise auch auf die gesellschaftliche Ebene übertragen. Soziale Gruppen kommen nicht nur durchs Dunkel zum Licht. Der Weg zur Selbstbestimmung führt nicht über die Fremdbestimmung.

7.2.5 Zivilcourage

Ich habe darauf hingewiesen, dass es gilt, die sozialen Fertigkeiten der Bürger/innen zu stärken. Die erwünschten gruppen- und gemeinwesenbezogenen Aktivitäten ersetzen jedoch keineswegs das starke, mündig-emanzipatorische Ich. Es geht nicht darum, die eigene Persönlichkeit zugunsten allgemeiner Standards aufzugeben. Im Gegenteil. Wer sich selbst treu bleibt, wer selber denkt und selbstbewusst handelt, bringt meistens auch dem Gemeinwesen weiterführende Impulse.

In der deutschen Sprache fehlt ein Pendant zur Unterscheidung zwischen dem französischen „bourgeois“ und „citoyen“, das dem römischen „civis“ entstammt. Bastian (1996:38) referiert zahlreiche Beispiele, die belegen, wie gefährlich die unreflektierte Anpassung an das sein kann, was zwar erwartet, aber unbegründet verlangt wird. Er stellt diesem Verhalten die Zivilcourage entgegen. Der Begriff geht auf Otto von Bismarck zurück: „Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt“. Der „Dienst im Glied“ ist das Gegenteil jenes „Bürgersinns“, jener „Zivilgesinnung“, auf die der Reichskanzler angespielt hat. Bastian bezeichnet die starke Neigung zu

Pflichterfüllung und Ordnungsliebe als eine der wesentlichen Gegenkräfte, welche die Erhaltung von Hilfsbereitschaft und Zivilcourage behindern.

Amitai Etzioni (1995:IX) stellt die kommunitaristische Haltung in diesen Zusammenhang. Er tadelt jene, die gemeinsame moralische Normen verletzen, und lobt jene, die sie beachten. Er fordert damit die aktive Einmischung der Bürger/innen. Sie erfordert mehr Mut als Anpassung. Doch wird die zivile, moralische Ordnung nicht gestärkt, dann rufen immer mehr Menschen nach einer starken Hand. Rawls will die bürgerliche Loyalität dann aufkünden, wenn der Widerstand sich gegen wohlbestimmte Fälle gravierenden Unrechts und erheblicher Gefährdung richtet, wenn sich alle Rechtswege zuvor als Sackgasse erwiesen haben, und wenn durch die illegalen Handlungen die Verfassungsordnung nicht bedroht wird. (Kersting 1993:157/58) Eine weitere Legitimitätsbedingung bürgerlichen Ungehorsams liegt in der strikten Anerkennung der demokratischen Grundprinzipien. Eine allgemeine Bereitschaft zu gerechtfertigt zivilem Ungehorsam bringt einer wohlgeordneten oder fast gerechten Gesellschaft Stabilität. Der Staat darf sich nicht obrigkeitsstaatlich oder sicherheitspolitisch versteifen. Er braucht politische Persönlichkeiten, die im bürgerlichen Ungehorsam keinen Anschlag auf die Verfassung wittern, sondern in ihm ein belebendes demokratisches Element erkennen. In der Einstellung der Bürger/innen und der staatlichen Stellen gegenüber der Zivilcourage und dem zivilen Ungehorsam zeigt sich die demokratische Reife eines Gemeinwesens.

7.3 Subsidiarität und Solidarität

7.3.1 Verantwortung

Soziales Handeln lässt sich weder abschliessend, noch aus sich selbst heraus begründen. Es stützt sich auf ethische Grundlagen ab.³³² Wichtig ist, dass diese im Sinne einer offenen Diskussion transparent dargestellt werden. Ich komme am Beispiel der Verantwortung auf einzelne Annahmen zurück.

332 „Ohne das ethisch-politische Ziel der Gerechtigkeit gibt es keine soziale Politik“, stellt auch Opielka (1983a:11) fest.

Tönnies forderte, wie Bickel (1990:43) weiter ausführt, eine Art kopernikanische Wende der Ethik. Sie sollte von der Individual- zu einer Sozialethik führen, die sich im Gemeinschaftsprinzip und Genossenschaftsgedanken verkörpert. Eine Verbindung sehe ich zu dem, was Etzioni „the responsive community“ nennt.³³³ Er meint damit „die zur Verantwortung fähige Gemeinschaft“ und bezieht sich dabei wiederum auf Martin Buber.³³⁴ Indem dieser das Ich und Du miteinander verknüpft und den Dialog mit sich selbst propagiert, nimmt er etwas von dem vorweg, was Hans Lenk (1997:168) „Konkrete Humanität, Selbstsein und Sozialverantwortlichkeit“ nennt. Die in der Existenzphilosophie hochgehaltene Selbstverantwortlichkeit wird hier zur Voraussetzung für die soziale Verantwortlichkeit, die, wie ich ergänzen möchte, die Selbstverantwortlichkeit so begünstigt, wie das im Verhältnis von Subsidiarität und Solidarität wünschbar ist.³³⁵

Eine Demokratie kann nicht leben, ohne Verantwortungsübernahme aller einzelnen, die dazu in der Lage sind, stellt Ulrich Beck (Basler Zeitung, 16.7.1992:35) fest. Wer nach Innovation und einer Aufweichung festgefahrener Strukturen ruft, muss zu erkennen geben, dass er/sie bereit ist, seine/ihre Verantwortung zu übernehmen. Wir können die Politik nicht an wenige Gewählte delegieren. Wir haben als einzelne und als ganze Bevölkerung die demokratische Kontrolle und Verantwortung mitzutragen.³³⁶

333 U.a. im Gespräch, das ich mit ihm am 6.7.1997 in Montreal führen durfte und das auszugsweise am 21.9.1997 im Schweizer Radio (Reflexe) ausgestrahlt wurde.

334 „Der Geist der Selbstverwirklichung, zuvor bestimmt durch die Beziehung der Erfahrung auf sich selbst, worin individualistische Tendenzen erkennbar waren, übertrug sich nun auf die ‘Verantwortung’ durch Teilnehmen, eine Verpflichtung zur Verwirklichung einer sozialen Vision.“ (Schapira 1985:428)

335 Die Menschen müssen zur Sicherung eines kohärenten Gefühls der Ich-Identität ihre eigene Lebensgeschichte entwerfen. Das ist aber ohne Interaktion mit andern ausgeschlossen, wie Giddens (1997:176) beschreibt, der sich auf Tocquevilles’ Darstellung vom Niedergang der gemeinschaftlichen Verantwortung bezieht. Nach dem Schauspiel isolierter Individuen, die sich rastlos um sich selbst drehen, haben die Menschen im Zeichen der voranschreitenden sozialen Reflexivität immer mehr Entscheide zu treffen. Das macht einen sozialen Bezug unumgänglich.

336 Was Beck 1986 gefährdet sah, 1993 postulierte, sieht er 1997 (S. 207) immer mehr realisiert: Als Antwort auf die ökologische Frage gewinnt seines Erachtens ein merkwürdig globales Verantwortungsgefühl an Kontur.

Hans Jonas versteht sein „Prinzip Verantwortung“ (1984) bzw. seine „Erkenntnis und Verantwortung“ (1991) als Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Der Mensch hat die Aufgabe, die Unversehrtheit seines Wesens und der Welt gegen die Übergriffe der eigenen Macht zu schützen. Die Industriestaaten verursachen mit ihrem Expansionsmodell grosse ökologische Schäden. Sie reichen über geographische Grenzen hinaus. Damit erhält die Ethik eine übergreifende Dimension. Die Komplexität erweckt den Eindruck, als ob nur eine Elite in der Lage wäre, die Verantwortung für die Zukunft wahrzunehmen. Demokratische Gepflogenheiten scheinen notwendigen Auflagen, die für alle gelten müssten, enge Grenzen zu setzen.

Die Wirtschaft verlangt eine Ethik, die durch eine freiwillige Zügelung die Macht zurückhält und die Welt davor bewahrt, ins Verderben zu stürzen. Jonas glaubt, ähnlich wie Weizsäcker, dass nur eine Elite die Zukunftsverantwortung übernehmen kann. In dieser Beziehung hält er, wie Senft (1990:143) ausführt, das sozialistische Modell der Demokratie für überlegen, weil die Verantwortlichen rascher entscheiden und handeln können. Ausserdem sind asketische Züge in der sozialistischen Disziplin verankert. Jonas sieht allerdings im sozialistischen Utopismus keine Perspektive. Er stellt das Prinzip Verantwortung dem Blochschen Prinzip Hoffnung gegenüber, das die freie Assoziation der ProduzentInnen und die Entfaltung individueller Fähigkeiten beinhaltet. Jonas will die Entwicklung der Produktion im Interesse der Erhaltung der Ökosphäre durch eine asketische Ökomoral begrenzen, ohne aber die bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse grundlegend zu ändern. Die Gruppe von Lissabon (1997:187) führt den Gedanken weiter. Lokales Handeln, regionale Verhaltensmuster und Experimente müssen sich auf das neue Globalisierungsparadigma beziehen. Sie sind weltweit zu unterstützen und miteinander zu verbinden. Das Prinzip der Verantwortung verlangt deshalb eine globale Zivilgesellschaft.³³⁷ Das muss auch die Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag berücksichtigen, der oft sehr eng verstanden wird. Voraussetzung zur Kooperation ist meines Erachtens die vorgängige Selbstdefinition der Partner/innen. Ohne sie erhal-

337 „Die Gruppe von Lissabon“ (1996:124) beschreibt denn auch ein Szenario einer nachhaltigen globalen Integration, in der die Prinzipien des Gemeinwohls, der Solidarität, der Teilhabe am Wohlstand, der globalen sozialen und ökologischen Rechenschaftspflicht, des Dialogs der Kulturen, der Einhaltung der Menschenrechte und der universellen Toleranz allmählich auf allen relevanten Ebenen in das Alltagsleben Eingang finden.

ten global orientierte Eliten zuviel Definitionsmacht über das, was die Verantwortung beinhalten soll.

7.3.2 Gesellschaftsvertrag

Wenn heute von der Erneuerung des Gesellschaftsvertrages die Rede ist, dann geht es, wie im Kapitel (5.8) über die Gerechtigkeit erwähnt, oft um die Aufkündigung des sogenannten Generationenvertrages, der als Teil des Gesellschaftsvertrages v.a. die Verteilung der Lebenseinkommen der Generationen regelt. Ich gehe deshalb kurz darauf ein, bevor ich die Notwendigkeit eines umfassenderen Verständnisses weiter ausführe.

„Der Generationenvertrag wird in Zukunft nur zu erfüllen sein, wenn die Senioren einen grossen Teil der staatlichen Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich als Aufgaben für den dritten Lebensabschnitt sehen werden“, schreibt, stellvertretend für viele, Helmut Bachmaier (Tertianum, 2/1997, S. 6). Die Jungen könnten nicht länger die Alten finanzieren, heisst es weiter. Ältere Menschen haben ihre Renten aber selber erarbeitet. Die Versicherungsleistungen sind keine Geschenke. Und sie fliessen als Konsumausgaben wieder in die Wirtschaft zurück. Auf grosse Akzeptanz stösst in der Schweiz ein Vorschlag vom Bundesamt für Sozialversicherung. Das Amt will mit einer Sondersteuer „400 Millionen Franken bei den Rentnern holen“ (Basler Zeitung, 28.8.1997:1).³³⁸ Ich halte solche Sonderabgaben für problematisch. Sie greifen eine Bevölkerungsgruppe hinaus, die sich (im Zeichen der vermeintlichen „Rentnerschwemme“ und „Alterslastquote“) bereits mit zunehmenden Ressentiments konfrontiert sieht. Angemessener wäre eine progressive Besteuerung aller Vermögen, unabhängig vom Alter der Besitzenden. Es gilt, das Verständnis vom Gesellschaftsvertrag zu erweitern und den Generationenvertrag als Teil der gesamten Sozialpolitik zu betrachten.

Die Französische Revolution hat das Vertragsmodell popularisiert. Das moderne Verständnis geht auf Rousseau zurück. Die Bürger/innen verzichten darauf, ihren Einzelwillen durchzusetzen. Sie vereinbaren im Gesellschaftsvertrag einen gemeinsamen Willen. Alle einzelnen sind Partner/innen. Der

³³⁸ „Das Anliegen hat Hand und Fuss“, schreibt Benedikt Vogel in seinem Kommentar dazu: „Gerechtigkeit neu gedacht“ (Basler Zeitung, 28.8.1997:2)

Staat drückt (als Gemeinschaft der Parteien) das allgemeine Bewusstsein aus. Vertragsänderungen erfordern die Zustimmung der Beteiligten. Rechte und Pflichten werden ausgehandelt. Sie müssen verstehbar sein. Sie lassen sich nicht einseitig verordnen. Die Konsensfindung braucht Zeit und spart Zeit, indem sie andauernde Konflikte minimiert. Eine ausgiebige Debatte über das, was eine „Soziale Zeit“ (Kap. 7.3.3) ausmachen könnte, ist ausserordentlich wichtig. Sie muss von einer individuell möglichst nachvollziehbaren Gesamtoptik ausgehen. Die dritte Generation darf nicht dazu zwangsverpflichtet werden, für die vierte zu sorgen. Wichtig sind Voraussetzungen, die das soziale Engagement anregen und ermöglichen.

Mechthild Vieil (1995:159) skizziert einen Gesellschaftsvertrag, der das Verhältnis von Arbeit, Existenzsicherung und Gleichberechtigung neu bestimmt. Er impliziert, ähnlich wie im Kapitel (6.4.7) über neue Rollen angeregt, eine andere gesellschaftliche Arbeitsteilung. Diese soll zwischen Frauen und Männern so gestaltet sein, dass beide Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Hilfreiche Einrichtungen sind Spielplätze, Tagesstätten, Kindergärten und Schulen mit festen Blockzeiten. Das System der sozialen Sicherung muss neben der Erwerbsarbeit auch bestimmte Familienarbeiten berücksichtigen. Wenn die Sozialversicherungen, wie verfassungsmässig garantiert, existenzsichernd wären, dann könnte sich die Sozialhilfe (Kap. 7.1.4) wieder auf ihre originären Aufgaben konzentrieren. Sie könnte, wie beschrieben, Integrationshilfe und Unterstützung in besonderen Lebenslagen leisten. Auch Sibylle Raasch (1995:103) plädiert für eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen gesellschaftlich notwendiger bezahlter und unbezahlter Arbeit. Unerlässliche Reproduktionsarbeiten wie Kindererziehen oder Kranken- und Altenpflege dürfen im System der sozialen Sicherheit kein persönlicher Risikofaktor bleiben. Eine Flexibilisierung soll ferner das starre Korsett von Zeit- und Organisationsvorhaben aufbrechen, das die Erwerbsarbeit und persönliche Freiheit beeinträchtigt.

Diese Forderungen sind nicht neu. Sie sind stärker zu gewichten. Der alte Gesellschaftsvertrag ist in diesem Sinne zu ergänzen, aber keineswegs völlig zu erneuern. Es geht im wesentlichen darum, das implizit bereits in der Verfassung angelegte Recht auf Existenzsicherung zu verankern und die prinzipiell kaum bestrittene Chancengleichheit umzusetzen. Der Gesellschaftsvertrag ist zu wichtig, als dass er sich im Rahmen einer Deregulierungs- und Spardebatte grundlegend umgestalten liesse.

7.3.3 Soziale Zeit

Ich habe bereits (im Kapitel 4.6) auf verschiedene Sozialzeit-Konzeptionen und praktische Umsetzungsversuche hingewiesen.³³⁹ Ich sehe in diesem Ansatz eine grosse Chance, neue Aufgaben auf möglichst viele Schultern zu verteilen, ohne dadurch staatliche Leistungen abzubauen oder einzelne Individuen zu überlasten. Die „Soziale Zeit“ erlaubt meines Erachtens eine ideale Zusammenfügung von Subsidiarität und Solidarität. Sie setzt eine soziale Infrastruktur sowie die Bereitschaft zur Eigeninitiative voraus.

Frühsozialistische Entwürfe brachten schon die Idee einer Dienstpflicht auf. (Opielka 1990a:32) Sie tendierten darauf, das Wirtschaftssystem in zwei Sektoren zu teilen: einen Grundbedarfssektor und einen Sektor, der Luxusgüter produziert. Der Grundbedarf sollte durch den Staat planwirtschaftlich organisiert werden, die Verteilung der Luxusgüter marktwirtschaftlich. Die Vorstellung einer Mehrsektoren-Wirtschaft findet sich beispielsweise beim Föderalisten und libertären Sozialisten Pierre Proudhon. André Gorz (1997) bezieht sich auf diese Entwürfe und schlägt eine Kombination von 20'000 Lebensarbeitsstunden und einem Sozialeinkommen vor, welches ein „multi-aktives Leben“ erlaubt, in dem berufliche und andere Tätigkeiten einander ablösen.³⁴⁰ Opielka (1990a:33) kritisiert bei entsprechenden Ideen den Zugriff des Staates auf die persönliche Arbeitskraft.

Die Sozialzeit ermöglicht die notwendige Expansion sozialer Dienstleistungen, ohne die monetäre Staatsquote und damit die Legitimationsnotwendigkeit des Staates zu erhöhen. Sie stärkt selbstorganisierte Arbeitsformen und bezieht mehr Männer in die soziale Arbeit ein. Das hat auch einen Umverteilungseffekt für die Familienarbeit zur Folge. Trotzdem bleibt eine Fülle von Unwägbarkeiten. Sie erfordert eine intensive Forschungsar-

339 Zur Erinnerung: Über die individuelle Haus- und Betreuungsarbeit hinaus ist mit Sozialzeit (neben der Erwerbszeit und der Freizeit) eine dritte Kategorie gesellschaftlicher Zeitorganisation gemeint, die verbindlicher ist als die freiwillige Arbeit. Zur Sozialzeit können beispielsweise erzieherische, pflegerische, ökologische oder kulturelle Tätigkeiten gehören.

340 Bernard Cassen (*Le Monde Diplomatique*, 12/1997, S. 23) setzt sich mit dieser Konzeption auseinander.

beit zu diesem Ideenkomplex.³⁴¹ Wichtig sind mehr konkrete Versuche, um empirische Grundlagen für die konkrete Ausprägung zu haben.

Die Werte Solidarität und Gleichheit können durch einen Sozialdienst ein funktionales Äquivalent erhalten. Das unterscheidet das Vorhaben von neokonservativen Bemühungen, die dem monierten Zerfall moralischer Grundlagen eine Strategie abstrakter Remoralisierung entgegenhalten. Das Modell der Sozialzeit knüpft an die Idee des Sozialdienstes an. Sie geht über den limitierten Zivildienst hinaus. Die Sozialzeitkonzeption zielt nach meinem Verständnis nicht darauf ab, die professionelle Sozialarbeit oder bestehende sozialstaatliche Leistungen zu ersetzen. Sie kann nebst dem sich ausweitenden Sozialbereich auch kulturell oder ökologisch wertvolle Aktivitäten umfassen. Ein wichtiges Arbeitsfeld sehe ich im steigenden Pflegebedarf.

„Hauspflege am Limit“ (Vogel, *Basler Zeitung*, 26.3.1994) lautet das Fazit einer OECD-Studie. Sie weist einen „dramatisch wachsenden Bedarf an Pflegeleistungen für Betagte“ aus. Er geht mit der demographischen Umschichtung und einer wachsenden Zahl von Einpersonenhaushalten einher. Bis heute werden Pflegeleistungen in den meisten Ländern überwiegend von Angehörigen erbracht. Laut der OECD-Studie sinkt jedoch mit der stagnierenden Geburtenentwicklung das Potential an jenen (meist weiblichen und vielfach unbezahlten) Personen mittleren Alters, welche (als „unsichtbarer Wohlfahrtsstaat“) die private Pflegearbeit erbringen. So plant die britische Sozialministerin Harriet Harman bereits die Einführung einer „Bürgerpension“. Sie soll speziell auf die Bedürfnisse jener Personen ausgerichtet sein, die unentgeltlich Pflegedienste leisten. (*Neue Zürcher Zeitung*, 18.7.1997) Die Sozialzeitkonzeption führt dazu, diese Arbeiten nicht einseitig auf Frauen oder Freiwillige abzuwälzen, sondern auf möglichst alle Bürger/innen zu verteilen. Trotz der Gefahr eines Qualitätsverlustes sozialer Dienstleistungen halte ich es für möglich, eine Sozialzeit für alle einzuführen. Als günstige Möglichkeit sehe ich den Zeitraum nach dem Abschluss der ersten Ausbildung. Danach bestünde auch die Chance, die erworbenen sozialen Fertigkeiten zeitlebens weiter anzuwenden. Ich bin überzeugt, dass die sinnliche Wahrnehmung sozialer Probleme das soziale Handeln und die Solidarität in andern Zusammenhängen fördert.

341 Claus Offe und Rolf G. Heinze (1990) schlagen vor, Kooperationsringe einzuführen. Sie wollen gemeinschaftliche Hilfesysteme durch die Einführung marktlicher Elemente (Gutscheine als Tauschäquivalent) gestalten. Opielka (1990a:19) befürchtet, dass dadurch ein Verlust der gefühlsmässig erlebten Solidarität und des Vertrauens zustande kommt.

Ulrich Beck (Die Zeit, 28.11.1997) plädiert für eine Sozialzeit-Konzeption im Sinne einer freiwilligen Bürger/innen-Arbeit.³⁴² Nichtmarktgängige, gemeinwohlorientierte Tätigkeitsfelder müssen seiner Auffassung nach erschlossen und zu einem neuen, sozial verführerischen Zentrum gesellschaftlicher Aktivität gebündelt werden. Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sollen Mittel für die ökologische Erhaltung und kulturelle Attraktivität der Städte zur Verfügung gestellt werden. Die Bürger/innen-Arbeit ist „sozusagen eine dosierte Entzugstherapie für die arbeitsdrogenabhängige Gesellschaft“. Sie meint keine Zwangsarbeit für Empfänger/innen von Sozialhilfe. Als selbstorganisierte Arbeit wird sie projektgebunden und zeitlich begrenzt. Sie findet, durch die Kommune autorisiert, unter der Regie der Gemeindeförderung/unternehmer/innen statt, die im Kapitel (4.3.5) über die freiwilligen Helfer/innen kurz vorgestellt wurden.

Die Bürger/innen-Arbeit wird nicht entlohnt, aber durch Ehrungen oder das Anerkennen von Rentenansprüchen belohnt. Nur wer existentiell darauf angewiesen ist, erhält ein Bürger/innen-Geld (in der Höhe des Fürsorge-Ansatzes). Die Bürger/innen-Arbeit situiert sich jenseits der klassischen Ehrenamtlichkeit. Vereine, Kirchen und Wohlfahrtsverbände sind kaum in der Lage, das Potential anzusprechen. Die Angebote müssen so ausgerichtet sein, dass auch die „Kinder der Freiheit“ (Beck 1997) ihr scheinbar egoistisches Sozialengagement erproben können; ebenso Eltern nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang und Erwerbstätige, die ein „sabbatical“ nehmen. Die Bürger/innen-Arbeit soll Sozialkosten sparen und qualifizieren. Beck ist zuversichtlich, dass sich dafür schon bald eine breite Koalition von Grünen, Liberalen, Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen stark macht.³⁴³ Antje Vollmer (Die Zeit, 28.11.1997), die derzeitige Vicepräsidentin des Bundestags, sieht günstige Finanzierungsmöglichkeiten. Die grüne Politikerin weist darauf hin, dass in Deutschland jährlich 300 Mil-

342 Beck macht seinen Vorschlag im Rahmen eines (im Kap. 3.4 erwähnten) Berichtes, den die von Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber eingesetzte Zukunftskommission im November 1997 vorgestellt hat. Sein Vorschlag basiert auf Gutachten von Rolf Heinze und Heiner Keupp, die davon ausgehen, dass die Erwerbsarbeit weiter abnimmt und das Potential selbsterwirtschafteter Mittel für Sozialprojekte noch längst nicht ausgeschöpft ist. In Deutschland beträgt der Anteil 28 Prozent, in den Vereinigten Staaten 50 Prozent.

343 Von den Christlich Sozialen hat sich u.a. der im Kapitel (2.3.2) über die Solidarität erwähnte Ulf Fink (Bachmaier, Tertium 2/1997, S. 7) bereits deutlich für ein Konzept der sozialen Zeit ausgesprochen.

liarden Mark vererbt werden und die Öffentlichkeit davon mehr profitieren könnte.³⁴⁴

Wie bei der freiwilligen Arbeit und der Sozialhilfe ist es meines Erachtens wichtig, dass die „Soziale Zeit“ weder zum Lohndumping noch als Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen eingesetzt wird. Während die aktuelle Zeitstruktur das Spiegelbild gesellschaftlicher Spaltungen darstellt, beinhaltet die „Soziale Zeit“, sofern sie nicht quasi militärisch organisiert wird, einen teilweise systemkritischen Ansatz. Sie drängt auf eine ökologische Umgestaltung der Gesellschaft und reduziert, allenfalls tauschorientiert, die Monetarisierung sozialer Leistungen. Anders verteilt muss nicht jede Handreichung in Franken veranschlagt werden. Wer allerdings die Gleichstellung von Frau und Mann nur ausserhalb der Lohnarbeit anstrebt, verhindert sie. Eine wirkliche Integration der „Sozialen Zeit“ in den Alltag setzt unabdingbar die Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbszeit und eine gerechtere Verteilung der Haus- und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen voraus.

Unsere geschlechtshierarchische Arbeitsteilung ist auf allen Ebenen umzugestalten. Sonst erweisen sich Konzepte einer Ausweitung der Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Sozialzeit als unsozial. Die „Soziale Zeit“ ist kein Zivildienst für Privilegierte oder Wohlmeinende, sondern eine neue Form gesellschaftlicher Solidarität. Strukturell verankert festigt sie neben der sozialen Gerechtigkeit auch jene individuelle Freiheit, die nicht manchester-liberal den Starken nützt und antithetisch gegen den Sozialstaat gerichtet ist. Sie begnügt sich nicht damit, soziale Gegensätze bloss abzufedern. Sie unterwirft sich auch keiner Deregulierung, die den sozialen Schutz aushöhlt, rechtslastigen Strömungen Auftrieb gibt und die demokratischen Kräfte dazu veranlasst, den Status quo mehr zu verteidigen als ihnen lieb ist.

344 Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen sollen künftig bis in Höhe von 50'000 Mark steuerlich abzugsfähig werden. Zudem soll ererbtes Vermögen in eine gemeinnützige Stiftung steuerfrei eingebracht werden können.

8. Schlussbetrachtung

Am Anfang der vorliegenden Arbeit steht keine einfache Hypothese, die sich klar bestätigen oder widerlegen lässt. Mich interessiert, wie die Verknüpfung der individuellen und gesellschaftlichen Verantwortung dazu beitragen kann, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und neue Formen der Armut zu bewältigen. Die diskutierten Fragen und Orientierungshypothesen beziehen sich darauf. Abschliessend greife ich nochmals ein paar wesentliche Punkte auf.

Nach meinem Verständnis gehören, wie von Nell-Breuning angeregt, die Subsidiarität und Solidarität unabdingbar zusammen. Der Begriffskern der „neuen Subsidiarität“ hat sich „weit in den Bereich der Solidarität hinein verschoben“ (Senft 1990:197). Je nach Akzentuierung wird entweder von „subsidiärer Solidarität“ oder von „solidarischer Subsidiarität“ gesprochen. Diese beiden Begriffe werden oft verwechselt. Ich halte eine klare Abgrenzung aus Gründen der Praktikabilität nicht für zentral. Das dahinter steckende Verständnis ist entscheidend und weitgehend übereinstimmend. Die Verknüpfung wird auch von Justitia et Pax (1997:67ff.) betont. Sie ist heute besonders wichtig, weil die Selbsthilfe mit Erwartungen überfrachtet wird.

Die Verlagerung von der staatlichen zur privaten Sicherung mag in Teilbereichen möglich sein. Die Subsidiarität ist aber kein Patentrezept. Sie ist nicht in der Lage, die Strukturprobleme des Systems der sozialen Sicherheit zu lösen. Die Individualisierung der Lebensverhältnisse macht einen Rückgriff auf familiäre bzw. nachbarschaftliche Selbsthilfenetze immer schwieriger. In der Sozialhilfe und bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Sozialversicherungen ist ein isoliertes Subsidiaritätsprinzip problematisch. Es führt dazu, dass die Hilfe erst nach bereits erfolgter Desintegration und damit oft zu spät kommt. Deshalb ist ein neues, dynamisches Verständnis des Subsidiaritätsprinzips zu fordern, das die Solidarität mitbedingt.

Der Staat soll möglichst zurückhaltend, aber auch initiativ sein und darauf hinwirken, das Leistungsangebot des Sozialsystems durch aussenstehende private Akteure zu gewährleisten. Die Subsidiarität bedeutet nicht Rückzug des Staates. Ein „Sozialstaat light“ kann die steigenden Aufgaben nicht bewältigen. (Mischa Brumlik 1997:4) Der Staat ist selbst ein solidarisches Projekt. Er hat dafür zu sorgen, dass nebst ihm weitere Träger soziale Aufgaben

übernehmen.³⁴⁵ Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, muss er sich beispielsweise darum kümmern, die heterogenen Versicherungszweige besser aufeinander abzustimmen. In erster Linie soll die (resozialisierte) Sozialpolitik gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Probleme wie Privatverschuldung und Betäubungsmittelabhängigkeit lassen sich mit Versicherungen allein nicht regeln.

Wichtig ist gewiss ein verfassungsmässiges Recht auf Existenzsicherung.³⁴⁶ Neben der finanziellen Absicherung spielen aber auch infrastrukturelle Leistungen (z.B. Kinderkrippen, kinderfreundliche Umgebungsgestaltung, ausreichender Wohnraum für Familien) für die soziale Sicherung eine zentrale Rolle. (Justitia 1997:79) Eine gut ausgebaute Arbeitslosenversicherung ist wichtig. Sie erleichtert Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt und trägt dazu bei, ganze Wirtschaftszweige zu modernisieren. Aber damit ist noch keine Integration der Arbeitslosen erreicht. Immerhin verstärkt das Versicherungsprinzip gegenüber einem reinen Fürsorgesystem den Aspekt der Selbstvorsorge, und zwar ohne den Aspekt der Solidarität zu vernachlässigen. (Justitia 1997:56)

Dass der Sozialstaat die Selbstverantwortung behindert, mag in Einzelfällen zutreffen. Im grossen ganzen stützt er sie. Die Zukunft der sozialen Sicherheit ist primär kein Problem der Finanzierung. Mittel sind vorhanden, weitere Ressourcen erschliessbar. Die Frage ist, ob wir uns eine soziale Sicherheit leisten wollen, die eine verbindliche gesellschaftliche Infrastruktur erfordert, aber auch die Bereitschaft voraussetzt, sich persönlich und freiwillig zu engagieren.

Was die Verbindung von Verbindlichkeit und Freiwilligkeit betrifft, deckt sich eine meiner zentralen Schlussfolgerungen weitgehend mit jener der Nationalfondsstudie „Ökosozial“ (Arend 1993:IV): Die professionelle Sozialhilfe und nichtprofessionelle Selbst- und Freiwilligenhilfe haben ihre je

345 Heinz Kleger (WochenZeitung, 11.4.1997) geht der Frage nach, inwiefern der Staat ein solidarisches Projekt ist.

346 Auf völkerrechtlicher Ebene wird ein solches Recht bereits in den Artikeln 22 und 25 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen postuliert. (Justitia 1997:73) Danach hat jeder Mensch als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Massnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuss der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.

spezifischen Stärken und Schwächen. Sie konkurrenzieren allenfalls in Teilbereichen, sind aber im wesentlichen in der Lage, sich gegenseitig zu ergänzen. Die Komplementarität setzt allerdings voraus, dass die Aufgabenverteilung in zentralen Bereichen geklärt ist. Wichtig sind ferner Rahmenbedingungen, welche die nicht-professionellen Dienste stimulieren. Der bereits stark überlasteten Familie können nicht einfach weitere sozialpolitische Pflichten aufgebürdet werden.

„Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen.“ (Arend 1993: 21) Diese häufig gehörte Aussage bezieht sich auf den Umstand, dass Familienangehörige früher generationenübergreifend füreinander da sein mussten und aus verschiedenen Gründen an die „Schicksalsgemeinschaft Familie“ gebunden waren. Der Zwang zur innerfamiliären Solidarität hat sich mittlerweile stark gelockert.³⁴⁷ Er kann mit keinen Massnahmen erzwungen werden. Anstelle des Zwangs kommt eine mehr freiwillige inner- und überfamiliäre Solidarität zum Tragen, welche sich auch gezielt fördern lässt. Dies allerdings nicht mit moralischen Appellen, sondern mit räumlichen Bedingungen, existenzsichernden Einkommen, Versicherungsleistungen für Pflege- und Betreuungsaufgaben sowie der Einführung einer „Sozialen Zeit“.

Entscheidend ist, dass die Solidarität und das soziale Engagement auf die Nachbarschaft und das weitere Umfeld ausgeweitet werden.³⁴⁸ Dies als Ergänzung zum Sozialstaat, nicht als Ersatz. Der Sozialstaat hat nicht ausgedient. Im Gegenteil. Ein Rückzug würde die sozialen Probleme verschärfen. Der angeregte Umbau verhilft dem Sozialstaat zu mehr Dynamik und Stabilität.

347 Illona Ostner (1997:3) weist auf die nach wie vor beachtliche Stabilität der Familie hin. Sie scheint grösser zu sein, als ihr oft zugebilligt wird.

348 Ob sich die professionelle Sozialhilfe mit der Freiwilligenhilfe und Selbsthilfe zu einer solchen fruchtbaren Koexistenz zusammenfinden, hängt nach Arend (1993:22) in erster Linie davon ab, ob die auf Konstanz, Kontinuität und Klarheit angewiesenen Behörden den freiwilligen HelferInnen und Selbsthilfegruppen die von ihnen benötigten Freiräume und Unterstützung zukommen lassen.

9. Literatur

9.1 Bücher und wissenschaftliche Aufsätze

- Adler Alfred, Lebenskenntnis. Fischer, Frankfurt a.M. 1984 (Orig. 1929); Akademie Deutsch-Italienischer Studien, Das Individuum und die gemeinschaftlichen Beziehungen im Europa an der Schwelle des dritten Jahrtausends. Tagungsband, Merano 1997;
- Allenspach Heinz, „Soziale Sicherheit – Was können wir uns noch leisten?“, in: Schweizerzeit, Nr. 19, Flaach 1995, S. 7-26;
- Altwater Elmar, „Sozialpolitik im ‘globalen’ Dorf“, in: Hengsbach Friedhelm 1995, S. 173-190;
- Anselm Sigrun, Angst und Solidarität. Syndikat, Frankfurt a.M. 1985;
- Amann Anton, „Soziologie und Genossenschaft“, in: Mario Patera, Handbuch des österr. Genossenschaftswesens, Wirtschaftsverlag, Wien 1986, S. 441-507;
- Apel Karl-Otto, „Das Anliegen des anglo-amerikanischen ‘Kommunitarismus’ in der Sicht der Diskursethik“, in: Brumlik Micha 1993, S. 149-173;
- Arend Michael, Ökosozial. Schweizerischer Nationalfonds, Stadt und Verkehr, Bd. 38, Zürich 1993;
- Archipel, Wirtschaft von unten. Nr. 39, Basel, April 1997;
- Argument, Staat und Krise. Nr. 104, 19. Jg., Berlin 1977;
- Argument, Subjektivität, Lebensläufe. Nr. 126, 23. Jg., Berlin 1981;
- Atrow Wladimir, Grenzen der Freiheit. Niehans, Zürich 1940;
- Atteslander Peter (Hrsg.), Kulturelle Eigenentwicklung. Perspektiven einer neuen Entwicklungspolitik. Campus, Frankfurt a.M. 1993;
- Bäcker Gerhard, Ebert Thomas, Zukunft des Sozialstaates. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1996;
- Badura Bernhard, Gross Peter, Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in die Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München 1976;
- Barber Benjamin, „Kann die Demokratie McWorld überleben? Der Mythos von der regulierenden Kraft des Marktes“, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 81-101;
- ders., Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen. Scherz, Bern 1996 (Orig. 1995);
- ders., Starke Demokratie. Rotbuch, Hamburg 1994 (Orig. 1984);
- Bastian Till, Zivilcourage – Von der Banalität des Guten. Rotbuch, Hamburg 1996;
- Battegay Raymond, Kampf der Vereinsamung. Schweizerische Gemeinnützige Ges., Zürich 1989;
- ders., Rauchfleisch Udo, Menschliche Autonomie. Vandenhoeck, Göttingen 1990;
- Bauer Tobias, Ursula Wyss, Sozialhilfe zwischen Sozialabbau und Grundrecht. Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS), Bern 1997;
- ders., Baumann Beat, Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen. BASS, Bern 1996;
- Baumann Zygmunt, „Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft“, in: Ulrich Beck 1997, S. 315-333;

Baumann Zygmunt, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Fischer, Frankfurt a.M. 1995 (Orig. 1991);

Beck Ulrich (Hrsg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1998;

ders. (Hrsg.), *Kinder der Freiheit*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1997;

ders., *Die Erfindung des Politischen*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1993;

ders., *Risikogesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1986;

Becker Joachim, *Der erschöpfte Sozialstaat*. Eichborn, Frankfurt a.M. 1994;

Becker Thomas A., „Solidarität im Wettbewerbsstaat“, in: *Pro Infirmis* 1997, S. 8-16;

Bell Daniel, *Die Sozialwissenschaften seit 1945*. Campus, Frankfurt a.M. 1986 (Orig. 1982);

ders., *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Campus, Frankfurt 1975 (Orig. 1973);

Bellah Robert N., et al., „Gegen die Tyrannei des Marktes“, in: Christel Zahlmann 1992, S. 57-74;

ders., et al., *Gewohnheiten des Herzes*. Bund-Verlag, Köln 1987;

Bellermann Martin, „Subsidiarität und Selbsthilfe“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 92-117;

Benhabib Seyla, „Demokratie und Differenz“, in: Micha Brumlik 1993, S. 97-117;

Berger Peter L., „Demokratie und geistige Orientierung – Sinnvermittlung in der Zivilgesellschaft“, in: Werner Weidenfeld 1997a, S. 450-469;

ders. (Hrsg.), *Die Grenzen der Gemeinschaft*. Bertelsmann, Gütersloh 1997b;

Bergmann Theodor, „Genossenschaft und Gemeinwirtschaft“, in: *Das Argument*, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 167-174;

Bernsdorf Wilhelm (Hrsg.), *Wörterbuch der Soziologie*. Fischer, Frankfurt 1976 (Bd. 1), 1977 (Bd. 2, 3), Orig. 1969/72;

Beyeler-von Burg Hélène, *Schweizer ohne Namen*. ATD, Treyvaux 1985;

Beyme Klaus von, „Ansätze zur Reform des politischen Systems – Die Institutionen auf dem Prüfstand“, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 158-179;

Beywl Wolfgang, Brombach Hartmut, „Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 11, 17.3.1984, S. 15-30;

Bickel Cornelius, „‘Gemeinschaft’ als kritischer Begriff bei Tönnies“, in: Schlüter Carsten 1990, S. 27-47;

Biderbost Salomon, *Mit übersetzter Geschwindigkeit. Erfahrungen mit unbezahlter Arbeit*. Realutopia, Zürich 1997;

Bien Walter (Hrsg.), *Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend*. Leske + Budrich, Opladen 1996;

Bieback Karl-Jürgen, Milz Helga (Hrsg.), *Neue Armut*. Campus, Frankfurt a.M. 1995;

Bierbaum Heinz, Riege Marlo (Hrsg.), *Die neue Genossenschaftsbewegung*. VSA, Hamburg 1985;

Binder Johann, Ulrich Werner, *Armut im Kanton Bern*. Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Bern 1992;

Binswanger Peter, „Gegenseitige Solidarität anstelle des Generationenvertrages“, in: Bundesamt für Sozialversicherung 1996, S. 143-144;

Bloch Ernst, „Freiheit und Ordnung, Abriss der Sozialutopien“, in: ders., *Das Prinzip Hoffnung*. Bd. 2, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1976, S. 547-729;

Boesch Jakob, *Nachbarschaftshilfe für Gesunde und Kranke*. Rüegger, Zürich 1991;

Bookchin Murray, *Die Neugestaltung der Gesellschaft*. Trotzdem Verlag, Grafenau 1992;

Boll Fritz, Olk Thomas (Hrsg.), *Selbsthilfe und Wohlfahrtsverbände*. Lambertus, Freiburg i.Br. 1987;

Bondolfi Alberto, „Die Armen in der europäischen Geschichte. Ein Abriss“, in: *Caritas* 1991, S. 3-29;

Bourdieu Pierre, *Das Elend der Welt*. édition discours, Universitätsverlag, Konstanz 1997 (Orig. 1993);

ders., *Sozialer Sinn*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1987 (Orig. 1980);

ders., „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“, in: Reinhard Kreckel 1983, S. 183-198;

Brand Karl-Werner, *Neue soziale Bewegungen*. Westdeutscher Verlag, Opladen 1982;

Brie André, *Befreiung der Visionen*. Konkret, Hamburg 1992;

Brumlik Micha, Brunkhorst Hauke, *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*. Fischer, Frankfurt a.M. 1993;

ders., et al., *Liberté, égalité, fraternité: Es ist Zeit, etwas zu tun!* Paper, Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, 1997;

Bruckner Pascal, *Die demokratische Melancholie*. Junius, Hamburg 1991;

Brunn Anke, „Selbsthilfe zwischen Sozialabbau und Selbstbestimmung“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 170-178;

Buber Martin, *Begegnung*. Autobiographische Fragmente. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1986;

ders., *Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung*. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg 1985 (Orig. 1947);

ders., *Ich und Du*. Ex Libris, Zürich 1970 (1962);

ders., *Der utopische Sozialismus*. Hegner, Köln 1967;

Budowski Monica, Schmied Mattanza Waltraud, *Kooperation und Rivalität in der spitalexternen Gesundheitsversorgung*. Seismo, Zürich 1995;

Bundesamt für Sozialversicherung, *Soziale Sicherheit*, Nr. 3, Bern 1995;

Bundesamt für Statistik, *Haushalte und Familien: die Vielfalt der Lebensformen*. Bern 1996;

Burmeister Klaus, et al., *Netzwerke*. Beltz, Weinheim 1991;

Buschauer Regine, *Der neue Kommunitarismus*, Oberseminararbeit (b. Prof. P. Trappe), Institut für Soziologie, Basel 1993;

Butz Daniel, et al., *Dienstleistungsbörse*. Diplomarbeit, HFS, Basel 1996;

Cantzen Rolf, *Weniger Staat – mehr Gesellschaft*. Fischer, Frankfurt a.M. 1987a;

ders., *Vilmar Fritz, Selbsthilfe und Selbstorganisation*. Arbeitsheft Nr. 1, Berlin 1987b;

ders., *Freiheit unter saurem Regen. Ueberlegungen zu einem libertär-ökologischen Gesellschaftskonzept*. Edition Ahrens, Berlin 1984;

Caritas, *Armut und garantiertes Grundeinkommen*. Luzern 1995;

Caritas, *Existenzsicherndes Grundeinkommen?* Tagungsbericht, Luzern 1991;

Caritas, *Armut – ein anderes Gesicht der Schweiz*. Berichte, Nr. 2, Luzern 1987;

Caritas, *Freiwilligen-Arbeit*. Nr. 2, Luzern 1986;

Caritasverband (Hrsg.), *Der Sozialstaat in der Krise?* Lambertus, Freiburg i.Br. 1984;

Castoriadis Cornelius, *Fait et à faire*. Seuil, Paris 1997;

Case John, Taylor Rosemary C.R., Soziale Experimente in der Bewährung. Fischer, Frankfurt a.M. 1981 (Orig. 1979);

Chassé Karl August, Ländliche Armut im Umbruch. Lebenslagen und -bewältigung. Leske + Budrich, Opladen 1996;

Chenu Marie-Dominique, Kirchliche Soziallehre im Wandel. Exodus, Fribourg/Luzern 1991 (Orig. 1977);

Claussen Verena, Ott Britt, Selbsthilfegruppen und Sozialarbeit. HFS, Basel 1987;

Dahinden Martin, Neue soziale Bewegungen. Schweiz. Hochschulen, Zürich 1987;

Dahrendorf Ralf, „Anmerkungen zu Globalisierung“, in: Ulrich Beck 1998, S. 41-55;

ders., „Can We Combine Economic Opportunity with Civil Society and Political Liberty?“, in: The Responsive Community, Vol. 6, Issue 3, Washington 1995, S. 13-40;

ders.: Liberale und andere. DVA, Stuttgart 1994;

Deppe Frank, „Partizipation, Autonomie und Demokratie“, in: Wolfgang Haug 1981b, S. 37-48;

Diewald Martin, Der Wandel der Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration. Paper, Wissenschaftszentrum, Berlin 1990;

Dörrie Klaus, „Zusammenwirken von 'Selbsthilfebewegung' und sozialer Arbeit“, in: Claus Reis 1985, S. 158-172;

Durkheim Emile, Über die Teilung der sozialen Arbeit. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1977 (Orig. 1893);

Eichorn Peter (Hrsg.), Selbstverwaltete Betriebe. Nomos, Baden-Baden 1988;

Elias Norbert, Die Gesellschaft der Individuen. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1987;

Elkins Stephan, „Rent-Seeking. Zur politischen Theorie des neoklassischen Fundamentalismus“, in: Prokla, Nr. 96, Münster 1994, S. 419-437;

Elsen Susanne, „Gemeinwesen als Orte der Existenzsicherung“, in: Heinz A. Ries 1997, S. 123-152;

Engholm Björn, Die Zukunft der Freizeit. Beltz, Weinheim/Basel 1987;

Erikson Erik H., Dimensionen einer neuen Identität. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1975 (Orig. 1974);

Erne Roland, et al., Transnationale Demokratie. Realutopia, Zürich 1995;

Etzioni Amitai, „Der moralische Dialog“, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 218-233;

ders., Die faire Gesellschaft. Jenseits von Sozialismus und Kapitalismus. Fischer, Frankfurt a.M. 1996 (Orig.: The Moral Dimension. Towards a New Economics, New York 1988);

ders., Die Entdeckung des Gemeinwesens – Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Schäffer-Poeschel, Stuttgart 1995 (Orig.: The Spirit of Community, New York 1993);

Fach Wolfgang, „Der Zeuge Tocqueville“, in: Christel Zahlmann 1992, S. 42-48;

Fagagnini Hans-Peter, et al., Wohlfahrtsstaat. Walter, Olten 1978;

Farago Peter, Füglistaler Peter, Armut verhindern. Die Zürcher Armutsstudie: Ergebnisse und sozialpolitische Vorschläge. Kt. Fürsorgedirektion, Zürich 1992;

Fehlmann Maja, et al., Handbuch Sozialwesen Schweiz. Pro Juventute, Zürich 1987;

Fink Ulf, „Subsidiarität – Lösung für sozialpolitische Probleme der Gegenwart“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 157-170;

ders., „Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik“, in: Fisch 1985, S. 11-23;

ders., „Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfebewegung“, in: Caritasverband 1984, S. 130-145;

Fisch Mascha M., Selbsthilfegruppen berichten. Herder, Freiburg i.Br. 1985;

Fischer Joschka, Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1998;

Fischler Rolf, Lande Margot M., Freiwillige im Sozialbereich. Heuwinkel, Basel 1990;

Flego Gvozden, „Gemeinschaften ohne Gesellschaft?“, in: Micha Brumlik 1993, S. 63-72;

Flick Uwe, Handbuch qualitative Sozialforschung. Psychologie Verlags Union, München 1991;

Flieger Burghard, Produktivgenossenschaft als fortschrittliche Organisation. Metropolis, Marburg 1996;

Flores d'Arcais Paolo, Die Linke und das Individuum. Wagenbach, Berlin 1997;

Forrester Viviane, Der Terror der Ökonomie. Zsolnay Verlag, Wien 1997 (Orig.: L'horreur économique. Librairie Arthème Fayard, Paris 1996);

Foucault Michel, Psychologie und Geisteskrankheit. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1968 (Orig. 1954);

Fragnière Jean-Pierre, et al., Retraités en action. Réalités sociales, Lausanne 1996;

ders., Repenser la sécurité sociale. Réalités sociales, Lausanne 1995;

ders. et al., Sozialhilfe. NFP 29, Bulletin Nr. 5, Lausanne 1994;

Franz Hans-Jürgen, „Selbsthilfe zwischen sozialer Bewegung und spezifischer Organisationsform sozialpolitischer Leistungserbringung“, in: Kaufmann Franz-Xaver 1987, S. 307.343;

Frey René L., Leu Robert E., Der Sozialstaat unter der Lupe. Wohlstandsverteilung und Wohlstandsumverteilung in der Schweiz. Helbing und Lichtenhahn, Basel 1988;

Fromm Erich, Die Furcht vor der Freiheit. dtv, München 1990 (Orig. 1941);

ders., Haben oder Sein. dtv, München 1979 (Orig. 1976);

ders., Die Revolution der Hoffnung. Rowohlt, Hamburg 1976 (Orig. 1968);

Füglistaler Peter, Pedergrana Maurice, Vision einer sozialen Schweiz. Zum Umbau der Sozialpolitik. Haupt, Bern 1996;

ders., Hohl Marcela, Armut und Einkommensschwäche im Kt. St. Gallen. Forsch.inst. f. Arbeit/Hochschule, Bd. 7, Haupt, Bern 1992;

Gabathuler Heinz, Die öffentliche Verschwörung – Neuere Positionen zu „civil society“ und „civic culture“. Lizentiatsarbeit (b. Prof. P. Trappe), Institut für Soziologie, Basel 1993;

Galbraith John Kenneth, Die solidarische Gesellschaft. Hoffmann und Campe, Hamburg 1998;

Garbe Christian, Subsidiarity and European Environmental Policy: An Economic Perspective. Europa Institut, Schriften Nr. 19, Basel 1996;

Gasser Adolf, Staatlicher Grossraum und autonome Kleinräume. Social Strategies, Ed. Trappe Paul, Vol. 1976;

ders., „Vom griechischen zum schweizerischen Bundesstaat“, Sonderdruck aus der Schweizerischen Lehrerzeitung, Nr. 30, 30.7.1948, S. 3-16;

Geiger Theodor, Arbeiten zur Soziologie. Luchterhand, Neuwied 1962 (Einführung: Paul Trappe, S. 13-45);

Geissler Heiner, Das nicht gehaltene Versprechen. Politik im Namen Gottes. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1997;

Geissler Heiner, „Zu diesem Buch“, in: Fischler Mascha M. 1985, S. 7-11;
 Gellner Ernest, Bedingungen der Freiheit – Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen. Klett-Cotta, Stuttgart 1995;
 Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG), Private gemeinnützige Tätigkeit im modernen Sozialstaat. Tagungsbericht, Basel 1977;
 Giddens Anthony, Der dritte Weg. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1999;
 ders., Jenseits von Links und Rechts. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1997 (Orig. 1994);
 Gilliland Pierre, „Sozialpolitik, wirtschaftlicher Druck und Perspektiven“, in: Schweiz. Ges. für ein soziales Gesundheitswesen, Dokumentation Sozialpolitik, Basel 1997, S. 20-26;
 ders., „Das Existenzsichernde Grundeinkommen: Konzepte und Realisierungsmöglichkeiten“, in: Caritas 1991, S. 49-67;
 Glaessner Gert-Joachim (Hrsg.), Vertrauen auf die eigene Kraft – Selbsthilfeprojekte und Kooperativen in der Dritten Welt. Express Edition, Berlin 1984;
 Gorz André, Misères du présent. Richesse du possible. Galilée, Paris 1997;
 ders., Wege ins Paradies. Rotbuch, Berlin 1984 (Orig. 1983);
 Grimm Robert, Die Wirtschaftlichkeit kommunaler Betriebe. Bircher, Bern 1925;
 Gronemeyer Marianne, Motivation und politisches Handeln. Hoffmann und Campe, Hamburg 1976;
 Gross Peter, „Die neue Macht des Schicksals. Zur Ordnungspolitik des Sozialstaats.“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 64-92;
 ders., „Reisst das soziale Netz – oder nur der Vorhang? In: Caritasverband 1984, S. 28-43;
 ders., Die Verheissungen der Dienstleistungsgesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983;
 Grossenbacher Silvia, et al., Schule und Soziale Arbeit in gefährlicher Gesellschaft. Haupt, Bern 1987;
 Gruen Arno, Der Verrat am Selbst. Die Angst vor Autonomie. dtv, München 1996 (Orig. 1986);
 Gruppe von Lissabon, Grenzen des Wettbewerbs – Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. Luchterhand, München 1997 (Orig. 1995);
 Guéhenno Jean-Marie, Das Ende der Demokratie. Artemis, München 1994;
 Habermas Jürgen, Die postnationale Konstellation. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1998;
 ders., Vergangenheit als Zukunft. pendo, Zürich 1990;
 ders., Die Neue Unübersichtlichkeit. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1985;
 ders., Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1973;
 Hainard François, et al., Avons-nous des pauvres? Enquête sur la précarité et la pauvreté dans le canton de Neuchâtel. Cahier de l'ISSP, No 12, Neuchâtel 1990;
 Haldimann Urs, Zwischen Karriere, Küche und Kinderzimmer. Ratgeber. Der Schweizerische Beobachter, Glattbrugg 1996;
 Hanesch Walter (Hrsg.), Sozialpolitische Strategien gegen die Armut. Westdeutscher Verlag, Opladen 1995;
 Hartfiel Günter, Wörterbuch der Soziologie. Kröner, Stuttgart 1972;
 Hauff Michael von, Neue Selbsthilfebewegung und staatliche Sozialpolitik. Deutscher Universitäts Verlag, Wiesbaden 1987;

Haug Frigga, Kritik der Rollentheorie. Fischer, Frankfurt a.M. 1972;
 Haug Wolfgang, et al. (Hrsg.), Selbstverwaltung. Anares, Köln 1981a;
 ders., Selbstverwaltung. Argument-Sonderband, Berlin 1981b;
 Haupt Bernhard, „Soziale Arbeit und neue soziale Bewegungen“, in: SBS, Sozialarbeit, Nr. 3/4, Bern 1991, S. 2-10;
 Hebeisen Michael Walter, Staatszweck, Staatsziele, Staatsaufgaben. Rüegger, Chur/Zürich 1996;
 Heinze Rolf G. (Hrsg.), et al., Der neue Sozialstaat. Lambertus, Freiburg i.Br. 1988;
 ders. (Hrsg.), Neue Subsidiarität: Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik? Westdeutscher Verlag, Opladen 1986;
 Heinze Thomas, Qualitative Sozialforschung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1992;
 Heitmeyer Wilhelm (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1997;
 Hegner Friedhart, „Zukunftswege der Industriegesellschaft“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 303-339;
 Hengsbach Friedhelm, Möhring-Hesse Matthias, Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise. Fischer, Frankfurt a.M. 1995;
 Henrici Peter, et al., Netzwerke: Globales Denken. Unisys, Bern 1989;
 Hereth Michael, Tocqueville. Junius, Hamburg 1991;
 Herzinger Richard, Die Tyrannei des Gemeinns. Rowohlt, Berlin 1997;
 Hess Beatrice, Nadai Eva, Freiwillige und ihre Arbeit. Bericht NFP 35, Zürich 1996;
 Hettlage Robert, „Partizipationsmodelle und -restriktionen in Selbstverwaltungsbetrieben“, in: Peter Eichhorn 1988, S. 59-88;
 ders., Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion. Campus, Frankfurt a.M. 1979;
 Hirsch Joachim, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1996 (1.A. 1995)
 ders., „Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat“, in: Das Argument, Nr. 203, 36. Jg., Heft 1, Hamburg/Berlin, Febr. 1994, S. 7-23;
 ders., Der Sicherheitsstaat. Syndikat/EVA, Frankfurt a.M. 1986 (1980);
 Hirt Rainer, „Quo vadis Sozialarbeit?“, in: Widersprüche, Nr. 8, Verlag 2000, Offenbach 1983, S. 73-78;
 Hitzler Ronald, „Der unberechenbare Bürger“, in: Ulrich Beck 1997, S. 175-195;
 Hochstrasser Franz, Konsumismus und Soziale Arbeit. Haupt, Bern 1995;
 Hoffmann-Nowotny Hans-Joachim, Der Prozess der Individualisierung – Ursachen und Konsequenzen. Stämpfli, Bern 1989;
 Holloway John, „Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat“, in: Prokla, Nr. 90, 23. Jg., Westfälischer DV, Münster 1993, S. 12-34;
 Hollstein Walter, Die Gegengesellschaft. Rowohlt, Hamburg 1982;
 ders., Alternativprojekte. Rowohlt, Hamburg 1980;
 Hondrich Karl Otto, Koch-Arzberger Claudia, Solidarität in der modernen Gesellschaft. Fischer, Frankfurt a.M. 1994 (1.A.: 1992);
 Honneth Axel, „Posttraditionale Gemeinschaften“, in: Micha Brumlik 1993, S. 260-273;
 ders., „Individualisierung und Gemeinschaft“, in: Christel Zahlmann 1992, S. 16-24;
 Höpflinger François, Zur Entwicklung der Armut und des Armutsrisikos bei zukünftigen Rentnerinnen und Rentnern. Pro Senectute, Zürich 1997;

Höpfinger François, „Zur Rollenverteilung von Bund, Kanton und Gemeinden bei der Armutsbekämpfung“, Sozialamt der Stadt Zürich 1995, S. 13-21;

ders., „Neuregelung der Sozialhilfe. Welche Reformen drängen sich auf?“, in: Jean-Pierre Fragnière 1994, S. 107-117;

ders., Wyss Kurt, Am Rande des Sozialstaates. Formen und Funktionen öffentlicher Sozialhilfe im Vergleich. Haupt, Bern 1994;

ders., Stuckelberger Astrid, Alter und Altersforschung in der Schweiz. Seismo, Zürich 1992;

ders., Sommer Jürg H., Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz. Rüegger, Grösch 1989;

Horn Klaus, „Über den Zusammenhang zwischen Angst und politischer Apathie“, in: Herbert Marcuse 1970, S. 59-80;

Huber Joseph, „Die Netzwerk-Idee – Rückblick und Ausblick“, in: Klaus Burmeister 1991, S. 43-54;

ders., Herrschen und Sehnen. Kulturpolitik des Westens. Beltz, Weinheim 1989;

ders., „Soziale Bewegungen“, in: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 6. 17. Jg., Stuttgart, Dezember 1988, Enke Verlag, S. 424-435;

ders., Die neuen Helfer. Piper, München 1987;

Hubert Anita, Vom Recht ohne Bittgang. Diplomarbeit. Schule für soziale Arbeit, Zürich 1995;

Hug Heinz, Kropotkin. Junius, Hamburg 1989;

Hungerbühler Ruth, „Zwischen Single-Existenz und Doppelbelastung“, in: Emanzipation, Nr. 4, 17. Jg., Bern 1991, S. 3-8;

Instituto di Ricerche Economiche, La Réforme de l'Etat Social et la Perspective de son Dépassement. Dokumentation, Bellinzona 1996;

Jäggi Christian J., Wege, Irrwege und Sackgassen der Existenzsicherung. Institut für Kommunikationsforschung, Meggen 1995;

Jaeggi Eva, Ich sag mir selber Guten Morgen. Single – eine moderne Lebensform. Piper, München 1997 (Orig. 1992);

Joas Hans, „Alte und neue Möglichkeiten sozialer Integration“, in: Hengsbach Friedhelm 1995, S. 69-83;

ders., „Gemeinschaft und Demokratie in den USA“, in: Brumlik Micha 1993, S. 49-63;

Jonas Hans, Erkenntnis und Verantwortung. Lamuv, Göttingen 1991;

ders., Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1984;

Jordi Michael, Ötiker Hansruedi, „Freiwillige Arbeit ist kein Sparrezept“, in: Integro, Nr. 1, Zürich 1992, S. 14-15;

Jung Werner, Simmel zur Einführung. Junius, Hamburg 1990;

Justitia et Pax, Die Zukunft der sozialen Sicherheit. Institut für Sozialethik, Zürich 1997;

Kane Yvonne, Familie ohne Arbeit. Pro Juventute, Zürich 1996;

Kapp William K., Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Fischer, Frankfurt a.M. 1979 (Orig. 1963);

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. Bundesverband Deutschland, Kevelaer 1975;

Kaufmann Franz-Xaver (Hrsg.), Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe. Oldenbourg, München 1987;

ders., „Steuerungsprobleme der Sozialpolitik“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 39-64;

ders. (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie. München/Wien 1983;

Kaufmann Ludwig, „Gott im Herzen der Geschichte“, in: Chenu Marie-Dominique 1991, S. 101-122;

Kayser Bergita, „Soziale Gemeinschaft sozialer Gemeinschaften“ oder „Projekt von Projekten“? Konvergenzen und Divergenzen bei John Rawls und Michael Walzer. Lizentiatsarbeit (Prof. P. Trappe), Institut für Soziologie, Basel 1993;

Kennedy John F., Zivilcourage, Bertelsmann, Düsseldorf 1964 (Orig. 1955);

Kersting Wolfgang, John Rawls. Junius, Hamburg 1993;

Keupp Heiner, „Identitätsbeziehungen nach dem Ende der Metaerzählungen“, in: Silvia Grossenbacher 1997, S. 133-149;

ders., „Gemeinsinn und Selbstsorge“, in: Wolf Rainer Wendt 1996, S. 78-96;

ders., Der Mensch als soziales Wesen. Piper, München 1995;

ders., Bernd Röhle (Hrsg.), Soziale Netzwerke. Campus, Frankfurt/M. 1987;

Kickbusch Ilona, Trojan Alf, Selbsthilfegruppen und Gesundheit. Fischer, Frankfurt a.M. 1981;

Kirsch Guy, „Die Deregulierungsdebatte“, in: Thomas Schmid 1988, S. 38-51;

Klages Helmut, „Der 'schwierige Bürger' – Bedrohung oder Zukunftspersonal?“, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 233-254;

Kleger Heinz, „Solidarität als moderne Kohärenzkraft“, in: Georges T. Roos 1997, S. 100-110;

Kofler Leo, Zur Kritik der Alternativen. VSA, Hamburg 1983;

Kössler Reinhart et al., Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1993;

Kraetke Stefan, „Gemeinwirtschaft: Einsteigen statt aussteigen“, in: Das Argument, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 174-191;

Krätke Michael R., „Über die Sozialisierung des Sozialstaats“, in: Widerspruch, Nr. 34, 17. Jg., Zürich 1997, S. 31-45;

Krause Skadi, et al., Michael Walzer. Junius, Hamburg 1998;

Krauss Heinrich, Die Entwicklungszyklen Papst Paul VI. – Populorum Progressio. Herder-Bücherei, Freiburg i.Br. 1967;

Kreckel Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Otto Schwartz & Co., Göttingen 1983;

Kreis Georg, et al., Subsidiarität Schlagwort oder Kurskorrektur? Tagungsband. Europa-institut, Schriften, Nr. 1, Basel 1994;

Kretschmann Winfried, „Rekommunalisierung: Provinz gegen Staat“, in: Thomas Schmid, Entstaatlichung. Berlin 1988, S. 67-75;

Kriesi Hanspeter, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der schweizerischen Politik. Campus, Frankfurt 1990;

ders., „Neue soziale Bewegungen – der Protest einer Generation?“, in: Dahinden Martin 1987, S. 25-43;

ders. (Hrsg.), Bewegung in der Schweizer Politik. Campus, Frankfurt 1985;

ders., Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-1978. Rüegger, Diessenhofen 1981;

Kurz Robert, *Der Letzte macht das Licht aus. Tiamat*, Berlin 1993;
 Künzli Arnold, *Mein und Dein. Zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft*. Bund-Verlag, Köln 1986;
 ders., „Die föderalistische Friedensordnung der Anarchisten“, in:
 ders., *Tradition und Revolution*. Schwabe, Basel 1975, S. 157-172;
 LAKO, *Handbuch Sozialwesen Schweiz. Pro Juventute*, Zürich 1987;
 Landauer Gustav, *Entstaatlichung*. Büchse, Telgte 1976 (Orig. 1907-11);
 Leibfried Stephan, „Soziale Grundsicherung“, in: Vobruba Georg 1990, S. 182-233;
 Lempp Reinhart, *Die autistische Gesellschaft*. Kösel, München 1996;
 Leisinger Klaus M., *Unternehmensethik. Globale Verantwortung und modernes Management*. C.H. Beck, München 1997;
 Lenk Hans, „Konkrete Humanität, Selbstsein und Sozialverantwortlichkeit“, in: *Akademie* 1997, S. 158-228;
 Lerch Fredi, Simmen Andreas, *Der leergeglaubte Staat*. rpv, Zürich 1991;
 Leu Robert, et al., *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Verlag Paul Haupt, Bern 1997;
 Leuzinger-Naef Susann, Ecoffey Eva, *Garantiertes Mindesteinkommen*. Paper, Sozialpolitische Kommission der SPS, Zürich 1992;
 Levy René, et al., *Tous égaux? De la stratification aux représentations*. Seismo Verlag, Zürich 1997;
 ders., Duvanel Laurent, *Politik von unten*. Lenos, Basel 1984;
 Ley Katharina, „Wem dient die freiwillige Mitarbeit?“, in: *Sozialarbeit*, Nr. 10, Bern 1990, S. 38-42;
 Linder Wolf (Hrsg.), *Zukunft des Staates*. Haupt, Bern 1991;
 ders., *Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz*. Haupt, Bern 1987a;
 ders., „Vom Einfluss neuer Bewegungen auf die institutionelle Politik“, in: Dahinden Martin 1987b, S. 7-25;
 Lindner Rolf (Hrsg.), *Die Wiederkehr des Regionalen*. Campus, Frankfurt a.M. 1994;
 Lohaus Peter, „Fundamentalismus als Protestbewegung“, in: *Prokla*, Nr. 96, Münster 1994, S. 477-490;
 Lüscher Kurt, „Perspektiven einer neuen Familienpolitik“, in: *Caritasverband* 1984, S. 156-169;
 Lütke Günter, „Selbsthilfepolitik“, in: Claus Reis 1985, S. 242-254;
 Luhmann Niklas, *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M. 1984;
 Luxemburg Rosa, „Genossenschaften im Kapitalismus – ein Zwitterding“, in: *Das Argument*, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 159-162 (Orig. 1899);
 Mächler Thomas, et al., *Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher*. Haupt, Bern 1994;
 ders., „Genügen unsere heutigen Mittel und Instrumente für die Herausforderungen der 90er Jahre?“, in: *Caritas* 1991, S. 37-49;
 Mäder Anne, Neff Ursula, *Vom Bittgang zum Recht, zur Garantie des sozialen Existenzminimums in der Schweiz*. Haupt, Bern 1988;
 Mäder Ueli, *Für eine solidarische Gesellschaft*. Rotpunktverlag, Zürich 1999;
 ders., et al., *Sozialuntersuchung Baselland – Alter*. Pro Senectute, Liestal 1995;
 ders., *Armut – Anpassung und Widerstand*. HFS, Basel 1994;

Mäder Ueli, et al., *Armut im Kanton Basel-Stadt*. Social Strategies, Ed. Paul Trappe, Basel 1991;
 ders., *Frei-Zeit: Fantasie und Realität*, rpv, Zürich 19990;
 Mahrer Isabell, „Die Dringlichkeit des existenzsichernden Einkommens“, in: *Caritas* 1991, S. 29-36;
 Maier Gustav, *Soziale Bewegungen und Theorien*. Teubner, Leipzig 1919;
 Mantey Jutta, et al., „Die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens in Europa“, in: Glaessner Gert-Joachim 1984, S. 17-45;
 Marcuse Herbert, et al., *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1970 (1.A. 1968);
 ders., *Triebstruktur und Gesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1968 (Orig. 1957);
 Martens Helmut et al. (Hrsg.), *Mitbestimmung und Demokratisierung*, DUV, Wiesbaden 1989;
 Martin James J., *Männer gegen den Staat*. Bd. 1/2, Mackey, Hamburg 1980 (1.A.: 1953);
 Martin Hans-Peter, Schumann Harald, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Rowohlt, Reinbek 1997 (1.A. 1996);
 Meadows Dennis, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. dva, Stuttgart 1972 (Orig. 1972);
 Meili Bruno, „Angehörige, Freiwillige, Ehrenamtliche-Lückenbüsser, wenn das Geld fehlt?“, in: *Schweiz. Ges. für Gerontologie, Gerontologie und Ökonomie*, Bern 1993, S. 168-181;
 Meyer Lutz, John Rawls und die Kommunitaristen. Königshausen & Neumann, Würzburg 1996;
 Mies Maria, Shiva Vandana, *Ökofeminismus – Beiträge zur Theorie und Praxis*. Rotpunktverlag, Zürich 1995;
 Ministerium für Arbeit, Seniorengenossenschaften. Dokumentation, Stuttgart 1994;
 Misik Robert, *Mythos Weltmarkt*. ATV (Aufbau Taschenbuch Verlag), Berlin 1997;
 Mitscherlich Alexander, *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität*. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1970 (1.A. 1969);
 ders., *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie*. Piper, München 1963;
 Moeller Michael Lukas, *Anders helfen*. Klett, Stuttgart 1981;
 ders., *Selbsthilfegruppen*. Rowohlt, 1978;
 Morris David, Hess Karl, *Nachbarschaftshilfe*. Fischer, Frankfurt a.M. 1980;
 Moser Heinz, *Grundlagen der Praxisforschung*. Lambertus, Freiburg i.Br. 1995;
 Mühsam Erich, *Staatsverneinung*. Ahde, Berlin 1981 (Textauswahl 1900-1933);
 Müller Christiane, *Zeitnot*. Diss., Beltz, Weinheim/Basel 1984;
 Müller Jörg Paul, *Demokratische Gerechtigkeit*. dtv, München 1993;
 Münkler Herfried, *Grundprobleme der Demokratie*. Piper, München 1992;
 Nadai Eva, *Gemeinsinn und Eigennutz*. Haupt, Bern 1996;
 Natter Ehrenfried, et al. (Hrsg.), *Zweidrittelgesellschaft*. Europaverlag, Wien 1988;
 Nell-Breuning Oswald von, „Solidarität und Subsidiarität“, in: *Caritasverband* 1984, S. 88-96;
 ders., *Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre*. Katholische Sozialakademie, Wien 1980 (2. 1985);

Nett Jachen Curdin, „Die Funktion informeller Gruppen in der Kleingruppenforschung“, in: Trappe Paul 1990, S. 235-267;

Niethammer Lutz, „Konjunkturen und Konkurrenzen kollektiver Identität“, in: Prokla, Nr. 96, Münster 1994, S. 378-400;

Nohlen Dieter (Hrsg.), Staat und Politik. Wörterbuch, Piper, München 1991;

Novy Klaus, „Ende oder Anfang der Gemeinwirtschaft?“, in: Das Argument, Nr. 162, 29. Jg., Berlin 1987, S. 191-200;

ders., „Alter Genossenschaftsanspruch – gilt auch für die heutige Genossenschaftsdebatte“, in: Bierbaum 1985, S. 124-142;

Offe Claus, „Bewährungsproben – Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie“, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 141-158;

ders., Heinze Rolf G., Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Campus, Frankfurt/New York 1990;

Olk Thomas, „Selbsthilfe und Caritas“, in: Fritz Boll 1987, S. 144-175;

ders., „‘Neue Subsidiaritätspolitik’ – Abschied vom Sozialstaat oder Entfaltung autonomer Lebensstile?“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 283-303;

Opaschowski Horst W., Freizeit und Umwelt. B.A.T., Hamburg 1985;

Opielka Michael, „‘Gemeinschaft’ und Sozialpolitik“, Arbeitspapier, Institut für Sozialökologie, Hennef 1990;

ders., „‘Gemeinschaft’ und Sozialpolitik“, in: Carsten Schlüter 1990b, S. 163-191;

ders. (Hrsg.), Sozialökologie als ganzheitliche Sozialtheorie? Arbeitspapier, Institut für Sozialökologie, Hennef 1988;

ders., „Autonomie und Integration“, in: Fritz Boll 1987, S. 90-105;

ders., et al., „Umbau statt Abbau des Sozialstaats“, in: Widersprüche, Nr. 8. 3. Jg., Offenbach 1983a, S. 7-19;

ders., „Gründe für eine ökologische Sozialpolitik“, in: Widersprüche, Nr. 8. 3. Jg., Offenbach 1983b, S. 47-56;

Ostner Illona, Veränderte Verhältnisse erfordern neue sozialstaatlich Leitbilder. Paper, Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie, 1997;

Otnes Per, „Das Ende der Gemeinschaft?“, in: Carsten Schlüter 1990, S. 65-75;

Otto Hans-Uwe, Sünker Heinz, Soziale Arbeit und Faschismus. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1989;

Pankoke Eckart, „Stabilität, Pluralität und Reflexivität sozialer Verbindlichkeit. Zur subsidiären Ordnung sozialer Dienste“, in: Rolf G. Heinze 1986, S. 117-142;

ders., „Organisiertes Helfen, soziale Nähe und behinderter Sinn“, in: Caritasverband 1984, S. 96-118;

Patterson Orlando, „Der neue Puritanismus“, in: Prokla, Nr. 96; Münster 1994, S. 437-450;

Perruchoud-Massy Marie-Françoise, Die Armut im Wallis. Departement der Sozialdienste, Sion 1991;

Pfister Dieter, Sozialmarkt Schweiz zwischen Unter- und Überversorgung. KMU-Eigenverlag, Binningen/Basel 1996;

Polasek Wolfgang, et al., Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Wissenschaften. MGU/Universität, Bd. 1, Basel 1995;

Popitz Heinrich, „Autoritätsbedürfnisse.“ in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 4, 39. Jg., Westdeutscher, Opladen 1987, S. 633-648;

Priller Eckhard, Zimmer Annette, Der Dritte Sektor – eine politische Konkurrenz. in: Pro Infirmis 1997, S. 16-20;

Prognos, Freie Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000. Basel 1984;

Pro Infirmis, Solidarität in Konkurs? Sozialmarkt im Verdrängungskampf. Forum, Nr. 1, Zürich 1997;

Prokla, Fundamentalismus und neue Religiosität. 24. Jg., Nr. 96, Westfälischer DV, Münster 1994;

Prokla, Netzwerke zwischen Markt und Staat. 24. Jg., Nr. 97, Westfälischer DV, Münster 1994;

de Pury David, Mut zum Aufbruch. Orell Füssli, Zürich 1995;

Raasch Sibylle, „Der bürgerliche Gesellschaftsvertrag – ein Männervertrag“, in: Friedhelm Hengsbach 1995, S. 103-117;

Rahnema Majid, Bawtree Victoria, The Post Development Reader. ZED Books, University Press, London 1997;

Rammstedt Otthein, „Zur Theorie der Friedensbewegung als sozialer Bewegung“, in: Ulrike C. Wasmuth 1989, S. 140-159;

Raulet Gérard, „Die Modernität der ‘Gemeinschaft’“, in: Micha Brumlik 1993, S. 72-97;

Rauscher Anton, Katholische Soziallehre. Entwicklungen, Probleme, Aufgaben. Kathol. Soz.wiss. Zentralstelle, Heft Nr. 159, Mönchengladbach 1989a;

ders., SPD – wohin? Zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Kathol. Soz.wiss. Zentralstelle, Heft Nr. 162, Mönchengladbach 1989b;

Rechsteiner Rudolf, Sozialstaat Schweiz am Ende? Unionsverlag, Zürich 1998;

Reese-Schäfer Walter, Was ist Kommunitarismus? Campus, Frankfurt a.M. 1994;

ders., Luhmann zur Einführung. Junius, Frankfurt a.M. 1996 (1.A.: 1992);

Rehberg Karl-Siegbert, „Gemeinschaft und Gesellschaft – Tönnies und Wir“, in: Micha Brumlik 1993, S. 19-49;

Reheis Fritz, Die Kreativität der Langsamkeit. Wiss.buchges., Darmstadt 1996;

Reis Claus, Dorenburg Hermann, Selbsthilfe. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt a.M. 1985;

Richter Horst E., Umgang mit Angst. Hoffmann und Campe, Hamburg 1992;

ders., Lernziel Solidarität. Ex Libris, Zürich 1975 (Orig. 1974);

ders., Patient Familie. Rowohlt, Reinbek 1970;

Ries Heinz A., et al., Hoffnung Gemeinwesen. Luchterhand, Neuwied 1997;

Riesman David, Die einsame Masse. Rowohlt, Reinbek 1958 (1950);

Rödel Ulrich, Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1990;

Rohwer Jens, Studien zu einer individualsozialen Gesellschaftsordnung. Kramer, Berlin 1980;

Rogers Carl C., Entwicklung der Persönlichkeit. Klett, Stuttgart 1992 (Orig. 1961);

ders., Von Mensch zu Mensch. Junfermann-Verlag, Paderborn 1986 (Orig. 1967);

Roos Georges T. (Hrsg.), Wozu noch Solidarität? Scherz Verlag, Bern 1997;

Roost Vischer Lilo, Mütter zwischen Herd und Markt. Wepf & Co., Basel 1997;

Rosenmayr Leopold, Kolland Franz, „Verbindlichkeit oder Vielfalt“, in: Ulrich Beck 1997, S. 256-288;

Rossi Martino, „Wäre ein existenzsicherndes Grundeinkommen finanzierbar?“, in: Caritas 1991, S. 89-105;

ders., Sartoris Elena, Ripensare La Solidarietà. Istituto di Ricerche Economiche, Bellinzona 1995;

Roth Roland, „Fordismus und neue soziale Bewegungen“, in: Wasmuth C. Ulrike, 1989, S. 13-38;

Rucht Dieter, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Campus, Frankfurt a.M. 1994;

Rüdiger Helmut, Föderalismus. Ahde, Berlin 1979;

Ruh Hans, Anders, aber besser. Die Arbeit neu erfinden – für eine solidarische und überlebensfähige Welt. Waldgut, Frauenfeld 1996;

Rüegsegger Ruedi, „Öffentlichkeit und Demokratie“, in: Ruedi Tobler 1996, S. 8-18;

Sabet Huschmand, Der Übergang vom Global Crash zur Weltidentität, Horizonte, Stuttgart 1994;

Sachs Wolfgang, „Über Wilhelm von Humboldts Versuch, die Grenze der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“, in: Thomas Schmid 1988, S. 26-37;

Saner Hans, „Solidarität – Aber welche?“, in: Georges T. Roos 1997, S. 88-100;

ders., Einsamkeit und Kommunikation. Lenos, Basel 1994;

ders., Identität und Widerstand. Lenos, Basel 1988;

Sax Anna, et al., Das Existenzmaximum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Schweiz. Werd Verlag, Zürich 1997;

Schapira Abraham, „Werdende Gemeinschaft und die Vollendung der Welt“, in: Martin Buber 1985, S. 417-461;

Schenz Viola, Political Correctness. Lang, Frankfurt a.M. 1994;

Schlüter Carsten, et al. (Hrsg.), Renaissance der Gemeinschaft? Dunker, Berlin 1990;

Schmid Peter F., Personenzentrierte Gruppenpsychotherapie in der Praxis. Die Kunst der Begegnung. Junfermann, Paderborn 1996;

ders., Personenzentrierte Gruppenpsychotherapie. Handbuch, Bd. 1, Solidarität und Autonomie, Ed. Humanistische Psychologie, Köln 1994;

Schmid Gerhard, „Die förmliche Einbeziehung intermediärer Gewalten und privater Gruppen in die Prozesse der Meinungs- und Willensbildung“, in: Trappe Paul 1990, S. 59-73;

Schmid Thomas, Entstaatlichung. Neue Perspektiven auf das Gemeinwesen. Wagenbach, Berlin 1988;

Schmidbauer Wolfgang, Jetzt haben, später zahlen. Die seelischen Folgen der Konsumgesellschaft. Rowohlt, Reinbek 1996;

ders., Wie Gruppen uns verändern. Kösel, München 1992;

ders., Die Angst vor Nähe. Rowohlt, Reinbek 1985;

ders., Die hilflosen Helfer. Über die seelische Problematik der helfenden Berufe. Rowohlt, Reinbek 1978 (I.A. 1977);

Schmidt Michael, Sozialpolitik in der Krise. isp-pocket, Frankfurt a.M. 1987;

Schmidt Wolfgang, „Die Sehnsucht nach Identität“, in: Prokla, Nr. 96/1994, S. 359-378;

Schmocker Beat, Prozessual-systemische Theorie sozialer Probleme. Paper, HFS, Luzern 1992;

Schneider Hans-Dieter, Selbsthilfe-Organisatoren der Senioren in der Schweiz. Psychologisches Institut, Fribourg 1987;

Schulte Bernd, „Soziale Grundsicherung“, in: Georg Vobruba 1990, S. 81-182;

Schultheiss, et al., Emile Durkheim über Deutschland, Universitätsverlag, Konstanz 1995;

Schulze Gerhard, „Armut in der Kultur des Reichtums“, in: Friedhelm Hengsbach 1995, S. 52-69;

Schütte Johannes, Revolte und Verweigerung. Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung. Focus, Giessen 1980;

Schweizer Thomas (Hrsg.), Netzwerkanalyse. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1989;

Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft, Gemeinnützigkeit heute und morgen. Zürich 1986;

Schweiz. Landeskongress für Sozialwesen (LAKO), Aufgabenteilung zwischen privaten Werken und öffentlichen Stellen im Sozialwesen. Tagungsmagazin, Nr. 1, Zürich 1989;

Schwingel Markus, Bourdieu zur Einführung. Junius, Hamburg 1995;

Selznick Philip, „Social Justice: A Communitarian Perspective“, in: The Responsive Community, Vol. 6, Issue 4, Washington 1996, S. 13-26;

Senft Josef, Im Prinzip von unten – Redefinition des Subsidiaritätsgrundsatzes für ein solidarisches Ethos. Peter Lang, Frankfurt a.M. 1990;

Sennett Richard, Der flexible Mensch. Berlin Verlag, Berlin 1998;

Service de l'aide sociale, Pauvreé dans le canton de Jura. Delémont 1991;

Siebert Wolf, Martin Buber zur Einführung. Junius, Hamburg 1992;

Solinger Helga, „Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als sozialpolitische Aufgabe“, in: Wolf Rainer Wendt 1996, S. 7-13;

Sommer Jürg H., Stefan Schütz, Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit. Haupt, Bern 1996;

ders., Höpflinger François, Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz. Rüegger, Grösch 1989;

Sozialamt, Sozialberichterstattung – Neue Armut-Strategien und Massnahmen. Ed. Sozialpolitik, Nr. 1, Zürich 1995;

Sozialdepartement, Beginn und Ende des Sozialhilfebezugs. Zürich 1997;

Soziale Bewegungen, Armut und Ausgrenzung. Bd. 3, Campus, Frankfurt a.M. 1987;

Sperber Manès, Individuum und Gemeinschaft. Klett, Stuttgart 1978;

Spieler Willy, „Überfordert die Armut den Sozialstaat?“, Caritas Bern 1994, S. 18-30;

Sprenger Reinhard K., Das Prinzip Selbstverantwortung. Wege zur Motivation. Campus, Frankfurt a.M. 1996 (I.A. 1995);

Standpunkte, Individuum und gesellschaftliche Perspektiven. Heft 1, VSM, Bern 1991;

Starobinski Jean, Montesquieu. Ed. Akzente, Hanser, Wien 1991 (Orig. 1953);

Stark Wolfgang, Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Lambertus, Freiburg i.Br. 1996;

Staub-Bernasconi Silvia, Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international; oder: vom Ende der Bescheidenheit. Haupt, Bern 1995;

Stemmler Dieter (Hrsg.), Soziale Fragen an der Schwelle zur Zukunft. Haupt, Bern 1995;

Stierlin Helm, Individuation und Familie. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1994;

Stocker Monika, Der Einsatz von Freiwilligen hat Zukunft. Schweiz. Landeskongress für Sozialwesen, Dossier, Zürich 1988;

Stöckli Jakob, Zehnder Kathrin (Hrsg.), Sozialpaket Schweiz. Haupt, Bern 1990;
 Strahm Rudolf H., Arbeit und Sozialstaat sind zu retten. Werd Verlag, Zürich 1997;
 ders., „Soziale Verteilungspolitik“, in: Widerspruch, Nr. 31, Zürich 1996, S. 111-121;
 ders., Wirtschaftsbuch Schweiz. Sauerländer, Aarau 1992;
 Strang Heinz, „Gemischte Verhältnisse – Anzeichen einer Balance von ‘Gemeinschaft’ und ‘Gesellschaft’“, in: Schlüter Carsten 1990, S. 75-93;
 Strasser Johano, Leben ohne Utopie? Luchterhand, Frankfurt a.M. 1990;
 Strehle Res, Wenn die Netze reissen. rpv, Zürich 1994;
 Streuli Elisa, „Das Grundeinkommen“, Seminararbeit, Institut für Soziologie, Zürich 1996;
 Taylor Charles, „Der Trend zur politischen Fragmentierung – Bedeutungsverlust demokratischer Entscheidungen“, in: Werner Weidenfeld 1997, S. 254-277;
 ders., „Der Begriff der ‘bürgerlichen Gesellschaft’ im politischen Denken des Westens“, in: Brumlik Micha 1993, S. 117-149;
 Thoreau Henri David, Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat. Diogenes, Zürich 1993 (Orig. 1849);
 Thranhardt Dietrich, et al., Wohlfahrtsverbände zwischen Selbsthilfe und Sozialstaat. Lambertus, Freiburg i.Br. 1986;
 Tobler Ruedi, Wertewandel. Sonderheft, VPOD, Zürich 1996;
 Tönnies Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft. Wiss. Buchges., Darmstadt 1979 (Orig. 1887);
 Trappe Paul, „Gemeinschaft – Gesellschaft – Person. Sozialer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert“, in: Akademie Deutsch-Italienischer Studien 1997, S. 253-271;
 ders. (Ed.), Beiträge zu Transformationsprozessen und Strukturanpassungsprogrammen. Social Strategies, Vol. 28, Basel 1997;
 ders. (Ed.), Politische und gesellschaftliche intermediäre Gewalten im sozialen Rechtsstaat. Social Strategies, Vol. 22, Basel 1990;
 ders., „Some Remarks on Human Rights and the Rule of Law in the Process of ‘Globalisation’“, Paper, Annual Conference of the Society for the Advancement of Socio-economics, University of Geneva, 12-14 July 1996;
 ders., „Autochthonous Co-operatives“, „Co-operatives in the Group Theory“, „Co-operatives as a ‘Third Way’“, in: International Handbook of Cooperative Organizations, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994, S. 46-52, 403-407, 885-887;
 ders., Entwicklungssoziologie. Social Strategies, Vol 12, Basel 1984;
 ders., „Die Schweiz als Modell für die Partizipationsforschung?“, in: Gasser Adolf 1976, S. III-VII;
 ders., Entwicklungsfunktion des Genossenschaftswesens. Soziologische Texte, Bd. 31, Luchterhand, Neuwied/Berlin 1966;
 ders., „Einführung“, in: Geiger Theodor 1962, S. 13-45;
 Tremmel Jörg, Der Generationenbetrug. Eichborn, Frankfurt a.M. 1996;
 Trojan Alf, Deneke Christiane, „Selbsthilfegruppen“, in: Claus Reis 1985, S. 38-53;
 Ulrich Werner, Binder Johann, Armut im Kanton Bern. Gesundheits- und Fürsorge-direktion, Bern 1992;
 United Nations Development Programme, Bericht über die menschliche Entwicklung. UNO-Verlag, Bonn 1997;

Utz Arthur Fridolin (Hrsg.), Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung. Paulinus-Verlag, Trier 1991;
 ders., Arbeitskampf und Wirtschaftsethik. Social Strategies, Forschungsberichte. Vol. 3, Nr. 1, Basel 1989;
 ders. (Hrsg.), Die christliche Konzeption der pluralistischen Demokratie. Seewald Verlag, Stuttgart 1977;
 ders., Die Friedenszyklika Papst Johannes' XXIII. Herder, Freiburg 1963;
 ders., Sozialethik (1. Teil: Die Prinzipien der Gesellschaftslehre). F.H. Kerle Verlag, Heidelberg 1958;
 ders., Freiheit und Bindung des Eigentums, Kerle, Heidelberg 1949;
 Veil Mechthild, „Ungerechte und gerechte Ungleichheiten“, in: Friedhelm Hengsbach 1995, S. 144-162;
 Vester Michael, „Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten“, in: Ulrike C. Wasmuth 1989, S. 38-64;
 Vierkandt Alfred (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931;
 Vilmar Fritz, Runge Brigitte, Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? Klartext, Essen 1986;
 ders., Strategien der Demokratisierung. Bd. I, Luchterhand, Darmstadt 1973a;
 ders., Strategien der Demokratisierung. Bd. II, Luchterhand, Darmstadt 1973b;
 Vobruba Georg, Jenseits der sozialen Frage. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1991;
 ders., Strukturwandel der Sozialpolitik. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1990;
 Vogelsanger Vreni, Selbsthilfegruppen brauchen ein Netz. Seismo, Zürich 1995;
 Voges Wolfgang, Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Leske, Opladen 1987;
 Volmerg Ute, Die alternative Herausforderung – Institutionen im Konflikt mit sozialen Bewegungen. Nexus, Frankfurt a.M. 1990;
 Vowinkel Gerhard, „Die destruktive Gemeinschaft“, in: Carsten Schlüter 1990, S. 217-226;
 Wagner Antonin, „Nicht Sozialismus, sondern Eidgenossenschaft“. Gedanken zur Zukunft der schweizerischen Sozialpolitik“. in: SBS, Sozialarbeit, Nr. 1, 24. Jg., Bern, Januar 1992, S. 31-36;
 ders., „Der Umfang des nicht-gewinnorientierten Sektors in der Schweiz“, in: Schweiz. Landeskongress 1989, S. 16-20;
 ders., Wohlfahrtsstaat Schweiz. Haupt, Bern 1985;
 Wallimann Isidor (Hrsg.), Selbstverwaltung. Soziale Oekonomie in schwierigen Zeiten. Heuwinkel, Neu-Allschwil/Basel 1996;
 ders., et al., Freiwillige im Sozialbereich. HFS, Basel 1993;
 Walzer Michael, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Rotbuch, Berlin 1992;
 Wasmuth Ulrike C. (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik – Neue soziale Bewegungen in der Diskussion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989;
 Watzlawick Paul, „Homo americanus“, in: ders., Gebrauchsanweisung für Amerika, Piper, München 1996, S. 131-157;
 Weber Max, Aufsätze. Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik. Kröner, Stuttgart 1968;

Wechsler Martin, Savioz Marcel, Soziale Sicherung in der Schweiz. Schweizerische Bankgesellschaft, Basel 1994;
 Wehner Burkhard, Der neue Sozialstaat. Westdeutscher Verlag, Opladen 1992;
 Wehr Helmut, Erich Fromm. Junius, Hamburg 1990;
 Weidenfeld Werner (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt. Siedler Verlag, 1997;
 Weizsäcker Ernst Ulrich, et al., Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, Der neue Bericht an den Club of Rome. Droemer Knaur, München 1996, 9. Aufl. (1.A.: 1995);
 Wellmer Albrecht, „Bedingungen einer demokratischen Kultur“, in: Micha Brumlik 1993, S. 173-199;
 Wendt Wolf Werner, et al., Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Lambertus, Freiburg i.Br. 1996;
 Wetz Franz Josef, Hans Jonas zur Einführung. Junius, Hamburg 1994;
 Widerspruch, Sicherheit contra Solidarität, Nr. 27, 14. Jg., Zürich 1994;
 Widerspruch, Krise des Sozialen. Nr. 23, 12. Jg., Zürich 1992;
 Widerspruch, Globalisierung. Nr. 31, 16. Jg., Zürich 1996;
 Wiegand Ronald, Gemeinschaft gegen Gesellschaft. Fischer, Frankfurt a.M. 1986;
 Winet Ruedi, Etwas Sinnvolles tun. Limmat, Zürich 1996;
 Wresinski Père Joseph, Stimme der Aermsten. ATD, Paris 1992;
 Zahlmann Christel (Hrsg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Rotbuch, Berlin 1992;
 Zeman Peter, Gemeinschaftliche Altersselbsthilfe. Prozesse sozialer Integration im Alter. Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 1985;
 Zimmermann Robert, „Der Bedarf an Selbsthilfegruppen für Senioren in der Schweiz“, in: Hans-Dieter Schneider 1987, S. 2-8;
 Zöpel Christoph, „Staatliche Verantwortung und Zukunftsgestaltung durch Netzwerke“, in: Klaus Burmeister 1991, S. 93-109;
 Zweifel Peter, et al, Soziale Sicherung von morgen. Ein Vorschlag für die Schweiz. Haupt, Bern 1996.

9.2 Artikel in Zeitungen und allgemeinen Zeitschriften

Achenbach Andreas, „Dritter Weg – die (Ehren-)Preisfrage“, WochenZeitung, Nr. 5, Zürich, 2.2.1990, S. 10;
 Aeschlimann Johann, „Der ‘Kommunitarismus’ – Gemeinschaft als Kern“, Basler Zeitung, Nr. 21, 26.1.1993, S. 7;
 Ambühl Iso, „Arbeitslosigkeit und Sinnkrise“, SonntagsZeitung, Zürich, 20.4.1997, S. 83;
 Amery Carl, „Ungehorsam bringt unsere politische Kultur weiter“, Basler Zeitung, Nr. 127, 4.6.1993, S. 3;
 Assheuer Thomas, „Im Prinzip ohne Hoffnung. Die zweite Moderne als Formel: Wie Soziologen alte Fragen neu drapieren“, Die Zeit, Nr. 30, Hamburg, 18.7.1997, S. 1;
 Bachmaier Helmut, „Der Generationenvertrag – Modelle und Perspektiven“, Tertium, Nr. 2, Berlingen/Zürich, Dezember 1997, S. 6-12;

Bannas Günter, „Die Ohnmacht der Mächtigen“, Süddeutsche Zeitung, Nr. 158, 12./13.7.1997, S. 4;
 Bastian Till, „Wenn Selbstsucht zum Leitmotiv wird“, Die Zeit, Nr. 32, Hamburg, 1.8.1997;
 Battegay Raymond, „Ausstossung aus dem Sozialgefüge und angebliche Qualitätssicherung“, Basler Zeitung, Nr. 179, 3.8.1996, S. 49;
 ders., „Pluralismus und Desolidarisierung“, Basler Zeitung, Nr. 51, 1.3.1995, S. 53;
 ders., „Von verantwortungsloser Bewahrung zu verantwortlicher Bewahrung“, Basler Zeitung, Nr. 164, 16.7.1992, S. 35;
 Beck Ulrich, „Bürgerarbeit. Die Seele der Demokratie“, Die Zeit, Nr. 49, 28.10.1997, S. 7-8;
 ders., „Der Konflikt der zwei Modernen“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 1, 5.1.1991, S. 6-8;
 ders., Bonss Wolfgang, „Wie streichle ich mein Stachelschwein? Zur Verwendung von Sozialwissenschaft in Praxis und Politik“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 29, 22.7.1989, S. 15;
 Bertolami Silvio, „Wie unfair darf eigentlich unser Sozialstaat sein?“, Die Weltwoche, Nr. 25, Zürich, 20.6.1996, S. 17;
 Birnbaum Norman, „Mehr Demokratie wagen. Die Zivilgesellschaft“, Die Zeit, Nr. 44, Hamburg, 24.10.1997, S. 3;
 Blocher Christoph, „Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg – eine Klarstellung“, Neue Zürcher Zeitung, 3.3.1997, S. 19;
 Bourdieu Pierre, „Warum die Clochards nicht zum Sozialamt gehen“ (Gespräch), WochenZeitung, Nr. 30, 12. Jg., 30.4.1994, S. 17-18;
 Bürgermeier Beat, „Eine sozialere Welt? Ja, die ist möglich!“, Die Weltwoche, Nr. 26, Zürich, 26.6.1997, S. 12;
 Cassen Bernard, „Ausstieg aus der Lohngesellschaft“, Le Monde Diplomatique, WoZ-Beilage, Dezember 1997, S. 23;
 Dahrendorf Ralf, „Liberale ohne Heimat“, Die Zeit, Nr. 3, 53. Jhg., Hamburg, 8.1.1998, S. 1 und 4;
 ders., „Über eine offene Gesellschaft in Europa“, Gespräch, Basler Zeitung, Nr. 51, 1.3.1990, S. 3;
 Daniels Arne, „Die ungerechte Gesellschaft: Familien im Abseits“, Dossier, Die Zeit, Nr. 49, 28.11.1997, S. 41.44;
 Decarro Eric, „Eine gigantische Umverteilung der Reichtümer!“, VPOD-Zeitung, Zürich, 15.5.1997, S. 8;
 Dettling Warnfried, „Was heisst Solidarität heute?“, Die Zeit, Nr. 1, 51. Jhg., Hamburg, 27.12.1996, S. 1;
 De Weck Roger von, „Die Schweiz ist reif für Reformen“, Tages-Anzeiger, Nr. 141, Zürich, 20.6.1992, S. 1/2;
 Etzioni Amitai, „Leben nach der goldenen Regel“. Interview. Focus, Nr. 12, 1997, S. 210-212;
 Ferro Marco, „Globalisierung – der Fortschritt beseitigt das Solidarprinzip“, Le Monde Diplomatique, WoZ-Beilage, Dezember 1997, S. 22;
 Fink Ulf, „Wir wollen jetzt das Geld ausgeben“, Gespräch, in: Der Spiegel, Nr. 5, Hamburg 1988, S. 35-44;

Flieger Burghard, „Wie alternativ ist die alternative Ökonomie?“, Archipel, Nr. 39, Basel, April 1997, S. 1-2;

Frey Bruno S., „Direkte Demokratie: Museumsreif?“, Die Weltwoche, Nr. 29, Zürich, 18.7.1996, S. 18;

Geis Matthias, „Der Grosszügigkeit auf die Sprünge helfen.“ Die Zeit, , Nr. 49, 28.11.1997, S. 8;

Gevisser Mark, „Black Empowerment. Eine patriotische Romanze“, WochenZeitung, Nr. 49, 4.12.1997, S. 9;

Gilliand Pierre, „Braucht die Schweiz ein neues Sozialversicherungssystem?“ (Gespräch), WochenZeitung, Nr. 38, 20.9.1996, S. 26-28;

Goll Christine, „Föderalismus im Sozialbereich“, Nora, Nr. 1, Presseunion, Uster 1997, S. 10-12;

Greiner Ulrich, „Von der Vergleichgültigung“, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 70;

Gruber Renée, „Soziale Ökonomie zwischen Selbsthilfe und Selbstverwaltung“, WochenZeitung, Dossier, Nr. 47, Zürich, 25.11.1994, S. 19;

Haesler Aldo, „Garantiertes Mindesteinkommen und Zukunft der Menschenwürde“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 1, 10.1.1998, S. 6-8;

Hafner Urs, „Das Individuum hat keinen Kern“, WochenZeitung, Nr. 11, 14.3.1997, S. 24;

Hafner Wolfgang, „Individualismus“, VPOD-Zeitung, Hintergrund, Zürich, 17.5.1991, S. 21;

Hanke Thomas, Hoffmann Wolfgang, „Sozialstaat in der Krise: Ende oder Wende?“, Die Zeit, Nr. 42, Hamburg, 10.10.1997, S. 25-27;

Heidbrink Ludger, „Sinn und Politik. Der erschöpfte Liberalismus und die Illusion der Gerechtigkeit“, Die Zeit, Nr. 41, Hamburg, 3.10.1997, S. 56;

Heinze Rolf G., et al, „Wer hilft, dem wird geholfen. Mit Geld allein lässt sich der Sozialstaat nicht reformieren“, Die Zeit, Nr. 50, 9.12.1988, S. 34;

Herger Lisbeth, „Ehrenamtliche Arbeit muss freiwillig bleiben“, TagesAnzeiger, Zürich, 1.3.1994;

Heuser Uwe Jean, „Wohlstand für wenige – Der soziale Zusammenhalt schwindet“, Die Zeit, Nr. 44, Hamburg, 24.10.1997, S. 23-27;

Hettling Manfred, „Regelungswut und Glück: Subsidiarität“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 2, 3.1.1996, S. 5;

Hoffmann Wolfgang, „Das Prinzip Ungleichheit“, Die Zeit, Nr. 49, 28.11.1997, S. 40;

Hoffmann-Novotny Hans-Joachim, „Im Alleingang leben“, Magazin, Basler Zeitung, Nr. 15, 13.4.1991, S. 15;

Hofmann Gunter, „Die neue Unübersichtlichkeit“, Die Zeit, Nr. 48, Hamburg, 21.11.1997, S. 3;

ders., „Wo, bitte, geht es in die Zukunft?“, Die Zeit, Nr. 29, Hamburg, 18.7.1997, S. 3;

Höpfinger François, „Altersfragen – das Stiefkind der Politiker?“ (Gespräch), in: Seniorama, Nr. 3, 14. Jg., März 1997, S. 4-6;

Hotz Stefan, „Zürich bietet Erwerbslosen Lohn statt Sozialhilfe an“, Basler Zeitung, Nr. 203, 2.9.1997, S. 13;

ders., „Monika Stocker: 'Ich brauche kein Amt, das Senioren verwaltet'“, Basler Zeitung, Nr. 94, 22.4.1995, S. 11;

Howald Stefan, „Empfindliches Gleichgewicht – zu Michael Walzer“, WochenZeitung, Nr. 9, Zürich, 5.3.1993, S. 16;

Hug Heinz, „Libertärer Kommunalismus“, WochenZeitung, Nr. 9, Zürich, 5.3.1993, S. 16;

Hujer Marc, „Sozialversicherungen verschlingen immer mehr“, Süddeutsche Zeitung, Nr. 158, 12./13.7.1997, S. 5;

Kästli Beatrice, „Freiwilligenarbeit“, Integro, Nr. 1, Zürich 1993, S. 9;

Keller Christoph, „Jeden Tag eine gute Tat“, WochenZeitung, Dossier, Nr. 17, Zürich, 30.4.1993, S. 25-29;

Kilchherr Franz, „75 Jahre Pro Senectute“, Zeitlupe, Zürich, Nr. 3, Juli 1992, S. 4-6;

Kleger Heinz, „Ist der Staat noch zu retten?“, WochenZeitung, Nr. 15, Zürich, 11.4.1997;

Knapp Udo, „Ist der Sozialstaat erschöpft, dann hilft nur die Umverteilung der Verantwortung“, Tageszeitung, Berlin, 13.8.1994, S. 12;

Knöpfel Carlo, „Wie viele Verlierer erträgt die Schweiz?“, Die Weltwoche, Nr. 3, Zürich, 18.1.1996, S. 16-18;

Kreis Georg, „Alte und neue Solidarität“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 31, 2.8.1997, S. 1-4;

Kübler Daniel, „Neue Subsidiarität: Vom Bundesamt für Gesundheitswesen zur 'initiativen Aktionszentrale'“, WochenZeitung, Nr. 16, 21.4.1995, S. 24;

Künzli Arnold, „L.Q.I. – die Sprache des Vierten Imperiums – Der Globalismus und sein Vokabular“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 3, 24.1.1998, S. 6-7;

ders., „Kapitalismus als Weltreligion“, Basler Zeitung, Magazin Nr. 8, 22.2.1997, S. 6-7;

Lehmann Martin, „Mutteralltag unter der Lupe – Familien mit Kleinkindern“, Basler Zeitung, Journal, Nr. 117, 23.5.1997, S. 57;

Leis Sandra, „Wenn das Schufte zur Droge wird“, Die Weltwoche, Nr. 26, Zürich, 26.6.1997, S. 59-60;

Levy René, „Wie sich Ungleichheit reproduziert“, WochenZeitung, Nr. 26, Zürich, 27.6.1997, S. 24;

Mahler Horst, „Der Staat war das Böse“, Interview. Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 45;

Marti Urs, „Lebensstil-Politik statt Emanzipation?“, WochenZeitung, Nr. 32, Zürich, 8.8.1997, S. 7;

Merrien François Xavier, „Einen europäischen Sozialstaat einrichten“, Moma, Nr. 10, Zürich 1996, S. 13-17;

Mestral Patrice de, „Soziale Verantwortung und Verpflichtung des Einzelnen“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 106, 8.5.1996, S. 17;

Meyer Jürg, „Recht auf Sozialhilfe – Pflicht zur Selbsthilfe“, Basler Zeitung, Nr. 236, 10.10.1997, S. 12;

Morshäuser Bodo, „Was denken Jugendliche?“, Die Zeit, Nr. 21, Hamburg, 16.5.1997, S. 70;

Mosimann Hans-Jakob, „Demontage des Gemeinnsinns“, VPOD aktuell, Zürich, 20.3.1992, S. 5;

Mühlberger Verena, „Die grosse Umverteilung“, WochenZeitung, Nr. 24, 16. Jhg., 13.6.1997, S. 1-3;

Noglik Bert, „In dieser Dunkelheit wirken. Dank an John Cage.“, WochenZeitung, Nr. 34, Zürich, 21.8.1992, S. 21;

Opaschowski Horst W., „Wunschlos unglücklich“, Innovatio, Nr. 1/2, Fribourg 1989, S. 23-26;

Ormond Anne, „Die Vereinsamung ist das grösste Problem“, SonntagsZeitung, Zürich, 20.7.1997, S. 9;

Pedrina Vasco, „Suche nach der nationalen Perspektive“, WochenZeitung, Nr. 11, 14.3.1997, S. 7;

Proissl Wolfgang, „Wider den Horror der Ökonomen“, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 30;

Prosi Gerhard, „Die Verdrängung der Selbsthilfe durch den Staat“, Neue Zürcher Zeitung, 24.10.1989;

Redeker Robert, „Werde autonom!“, Le Monde Diplomatique, WoZ, Nr. 9, 3. Jg., Zürich, Sept. 1997, S. 23;

Rifkin Jeremy, „Die dritte Säule der neuen Gesellschaft“, Die Zeit, Nr. 19, Hamburg, 2.5.1997, S. 32;

Rist Urs, „Kosten für soziale Wohlfahrt laufend gestiegen“, Basler Zeitung, Nr. 152, 31.7.1997, S. 27;

Roland Heinz, „Die Rückeroberung der Arbeit“, WochenZeitung, Nr. 16, Zürich, 19.4.1996, S. 13;

ders., „Wie Tauschringe funktionieren – oder eben nicht“, WochenZeitung, Nr. 22, Zürich, 31.3.1996, S. 25-27;

Rosner Siebenschein Gerda, „Die Jugend ist unsere Zukunft“ und „SolidarAma“, Tertium, Nr. 2, Berlingen/Zürich, Dezember 1997, S. 14-22;

Rossi Martino, „Braucht die Schweiz ein neues Sozialversicherungssystem?“ (Gespräch), WochenZeitung, Nr. 38, 20.9.1996, S. 26-28;

Saladin Peter, et al., „Vom Sinn des Staats in der Zukunft“, Schweiz. Nat.fonds, Programm 28, Bulletin, Nr. 5, Bern, Oktober 1992;

Schanz Lothar, „Oswald von Nell-Breuning“, Luzerner Neueste Nachrichten, Nr. 55, 7.3.1990;

Schiesser Walter, „Der Zusammenhalt pluralistischer Gesellschaften“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 245, 22.10.1997, S. 77;

Schmid Bernhard, „Gemeinschaft und Gesellschaft“, Neue Zürcher Zeitung, 1./2.3.1997;

ders., „An den Pranger. Wie antiliberal ist der Kommunitarismus?“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 183, 11.8.1997, S. 15;

Schmidt Helmut, „Zeit, von den Pflichten zu sprechen“, Die Zeit, Nr. 41, Hamburg, 3.10.1997, S. 17-19;

Schneider Markus, „Umverteilung: Die Jagd auf den jungen Mann“, Facts, Nr. 15, Zürich 1995, S. 86-92;

Schulze Gerhard, Dangschat Jens, „Vergisst die Soziologie die Armen?“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 59, 11.3.1996, S. 59;

Schumacher Rita, „Solidaritätsaufgaben verordnet“, Tertium, Nr. 2, Berlingen/Zürich, Dezember 1997, S. 4-6;

Silberschmidt Catherine, „Einblick in die Schweizerische Sozialstruktur“, WochenZeitung, Nr. 26, Zürich, 27.6.1997, S. 24;

Smolinski Thomas, „Der vereinzelte einzelne“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 15, 13.4.1991, S. 15;

Sontheimer Kurt, „Plädoyer für christliche Politik“, Die Zeit, Nr. 1, 26.12.1997, S. 15;

Soros George, „Die kapitalistische Bedrohung. Übertriebener Individualismus“, Die Zeit, Nr. 4, 17.1.1997, S. 25-28;

Stalder Hanspeter, „Konsum 2000“, Pro Senectute, Bulletin, Nr. 2, Zürich 1993, S. 1;

Stocker Monika, „Freiwillige, weil billiger?“, TagesAnzeiger, 10.9.1997;

Thalmann Verena, „Was kostet die soziale Sicherheit im Jahr 2040?“, Tages-Anzeiger, 27.11.1993;

Vogel Benedikt, „Hauspflege am Limit“, Basler Zeitung, Nr. 72, 26.3.1994, S. 1/3;

Vogel Benedikt, „Armen Selbsthilfe – mehr als ein Schlagwort“, Basler Zeitung, Nr. 304, 29.12.1993, S. 8;

ders., „Gerechtigkeit neu gedacht“, Basler Zeitung, Nr. 199, 28.8.1997, S. 2;

Wallimann Isidor, „Soziale Oekonomie und Selbstverwaltung“, WochenZeitung, Dossier, Nr. 47, Zürich, 25.11.1994, S. 17-18;

Walther Rudolf, „Wie alte Werte eine neue Krise beheben sollen“, Basler Zeitung, 1./2.3.1997, S. 45-47;

Weizsäcker Carl Friedrich, „Ich will keine neue Ethik, die alte muss man ernst nehmen“, Die Weltwoche, Nr. 26, Zürich, 26.6.1997, S. 60;

Willeke Stefan, „Caritas – Der barmherzige Konzern“, Die Zeit, Nr. 1, Hamburg, 27.10.1996, S. 9;

Wirz Hansjörg, „Zur Debatte um die Zukunft des Sozialstaates“, Basler Zeitung, Nr. 117, 21.5.1983, S. 6;

Wisselink Erika, „Antiquiert: Der Mythos vom autonomen Ich“, Basler Zeitung, Magazin, Nr. 37, 15.9.1990, S. 15;

Wüthrich Therese, „Ein Grundeinkommen für alle“, Momo, Nr. 5, Zürich 1997, S. 31-35;

Ziegler Edmund, „Das Glück kommt nicht vom Staat“, Tages-Anzeiger, Zürich, 13.2.1993, S. 17.

9.3 Weitere Quellen

Basler Zeitung, Nr. 208, 8.9.1997, S. 31: „Fürsorge stösst ohne Profis an Grenzen“;

Basler Zeitung, Nr. 199, 29.8.1997: „400 Millionen Franken bei den Rentnern holen“;

Basler Zeitung, Nr. 200, 28.8.1989, S. 30: „Staat darf im Sozialbereich nicht Lückenbüsser sein“;

Bund, Bern, 2.10.1992: „Nachbarschaftshilfe oder vom Knüpfen am sozialen Netz“;

EPD – Entwicklungspolitische Dienst, Nr. 1, Frankfurt 1997: „Die Tobin-Steuer: Weniger Spekulation und mehr sozialer Ausgleich“;

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.1994: „Für eine Neubestimmung von Solidarität und Subsidiarität“;

Neue Zürcher Zeitung, Nr. 164, 18.7.1997, S. 19: „Überprüfung der britischen Altersvorsorge“;

Neue Zürcher Zeitung, Nr. 164, 18.7.1997, S. 47: „Verheerend – Bilanz des Stadtzürcher Sozialdepartements“;

Neue Zürcher Zeitung, Nr. 289, 11.12.1996, S. 25: „Wieviel darf der Sozialstaat die Schweiz kosten?“;
 Neue Zürcher Zeitung, 4.11.1996, S. 39: „Wirtschaftlichkeit und soziale Werte“;
 Neue Zürcher Zeitung, 30.5.1995: „Armut und Subsidiarität“;
 Selbsthilfe, Bulletin der Selbsthilfegruppen, Nr. 19, Basel, Febr. 1996: „Ein Netzwerk macht Netzwerke sichtbar“;
 Spiegel, Nr. 29, Hamburg, 14.7.1997, S. 92-108: „Nackt bis auf die Seele – die exhibitionistische Gesellschaft“;
 Surprise, Arbeitslosenzeitung, Nr. 1, 4. Jhg., Basel 1996, S. 3ff.: „Selbsthilfe lohnt sich“;
 Tages-Anzeiger (Zürich), 29.3.1994: „Sozialhilfe in Bedrängnis – immer mehr Fürsorgefälle“;
 The Globe And Mail, Toronto, 10.7.1997, S. 16: „Making Welfare make sense“;
 Zukunftsforschung, Nr. 1, Rüschlikon 1997: „Das Ende des Individualismus“.

Index

Sachindex

Armut 9, 11, 13, 16, 18, 30, 31, 32, 33, 37, 57, 61, 66, 69, 105, 112, 136, 162, 172, 253, 255, 275, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 288, 289, 290, 293, 294, 302
 Bürokratisierung 5, 15, 55, 148, 162
 Dienstleistungsgesellschaft 13, 49, 284
 Dritte Wege 6, 203, 204
 Empowerment 7, 193, 213, 259, 260, 293, 298
 Ergänzungsleistungen 7, 9, 11, 12, 16, 32, 74, 76, 248, 250, 252, 253, 254
 Erwerbslosigkeit 5, 13, 42, 57, 66, 68, 75, 76
 Existenzminimum 11, 16, 17, 32, 59, 252, 256
 Finalprinzip 16, 56, 73, 74, 76, 204, 252
 Freiwilligenarbeit 6, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 126, 239, 273, 299
 Fürsorge 11, 67, 73, 74, 75, 76, 79, 93, 246, 247, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 272, 291, 301
 Gemeinschaft 6, 21, 26, 44, 47, 52, 69, 71, 75, 86, 89, 90, 91, 92, 99, 110, 118, 124, 139, 140, 141, 143, 148, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 164, 166, 167, 173, 174, 175, 176, 177, 179, 180, 181, 182, 194, 203, 205, 208, 210, 211, 218, 219, 223, 231, 232, 233, 234, 235, 247, 266, 269, 280, 281, 285, 286, 287, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 300
 Genossenschaften 83, 84, 85, 86, 87, 88, 91, 93, 114, 116, 124, 135, 169, 198, 228, 232, 288
 Genossenschaftliche Tradition 6, 83
 Gesellschaftsvertrag 8, 163, 172, 174, 176, 197, 267, 268, 269, 283, 291
 Globalisierung 5, 41, 42, 50, 51, 52, 53, 57, 112, 128, 130, 162, 163, 167, 187, 191, 198, 199, 235, 241, 279, 282, 284, 296, 297
 Grundsicherung 7, 16, 59, 69, 247, 248, 253, 255, 288, 293
 Individualisierung 5, 9, 27, 41, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 61, 62, 69, 130, 156, 185, 186, 189, 192, 210, 211, 221, 223, 275, 285
 Intermediäre Instanzen 7, 228
 Kausalprinzip 16, 73, 74, 253
 Kommunitarismus 45, 49, 176, 177, 178, 180, 181, 182, 190, 198, 210, 222, 234, 279, 281, 282, 291, 296, 300
 Kommunitaristische Erneuerung 6, 176
 Kompetenzmotivation 7, 193, 258, 260, 261, 264
 Konsumismus 5, 37, 59, 60, 285
 Menschenbild 6, 16, 21, 29, 38, 65, 144, 146, 260
 Minimallöhne 18
 Netzwerke 6, 92, 117, 128, 129, 130, 162, 189, 202, 258, 281, 285, 287, 291, 296, 302
 Neue Verbindlichkeit 5, 69
 Pluralisierung 5, 49, 55, 61, 175, 213, 214, 250
 Polarisierung 5, 53, 54, 216, 230
 Reflexive Moderne 6, 49, 186
 Regulierung 7, 52, 78, 167, 236, 243
 Rekommunalisierung 7, 234, 235, 287
 Selbsthilfe 6, 7, 9, 18, 19, 20, 23, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 54, 59, 70, 76, 80, 83, 85, 87, 88, 93, 94, 99, 100, 101, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 112, 114, 115, 116, 122, 128, 130, 132, 133, 134, 135, 137, 139, 165, 166, 177, 202, 207, 208, 209, 210, 225, 230, 243, 246, 252, 254, 255,

256, 257, 258, 259, 260, 273, 275, 277,
280, 281, 283, 287, 288, 290, 291, 293,
294, 298, 299, 300, 301, 302

Solidarität 5, 7, 8, 9, 13, 18, 20, 25, 26,
27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 41, 46, 48, 49,
50, 54, 61, 63, 69, 71, 73, 75, 76, 77, 79,
83, 85, 89, 91, 104, 107, 109, 121, 122,
123, 128, 143, 144, 147, 148, 150, 152,
153, 156, 158, 160, 162, 170, 172, 173,
175, 176, 179, 180, 186, 188, 190, 192,
193, 202, 204, 205, 206, 207, 208, 210,
215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222,
223, 224, 226, 227, 228, 232, 233, 235,
237, 241, 243, 245, 247, 253, 254, 256,
259, 262, 263, 265, 266, 267, 270, 271,
272, 273, 275, 276, 277, 279, 280, 285,
287, 289, 291, 292, 296, 297, 299, 301

Soziale Bewegung 6, 86, 92, 93, 94, 98,
116

Soziale Gerechtigkeit 7, 223

Soziale Ökonomie 6, 114, 298

Soziale Restrukturierung 7, 226

Soziale Sicherung 5, 73, 296

Soziale Zeit 8, 9, 258, 269, 270, 273

Sozialer Wandel 5, 41, 294

Sozialhilfe 7, 23, 32, 34, 59, 73, 76, 79,
100, 105, 106, 244, 245, 247, 248, 253,
254, 255, 256, 258, 269, 272, 273, 275,
276, 277, 279, 283, 286, 298, 299, 302

Sozialisation 5, 63, 178

Soziallehre 6, 21, 22, 26, 76, 77, 86, 168,
169, 171, 172, 243, 282, 286, 289, 291,
295

Sozialpolitik 7, 14, 57, 76, 77, 99, 100,
105, 106, 107, 120, 128, 137, 172, 201,
207, 230, 245, 246, 247, 248, 253, 256,
257, 261, 268, 276, 279, 283, 284, 285,
287, 290, 292, 293, 295

Sozialzeit 6, 28, 122, 123, 124, 125, 126,
127, 162, 244, 270, 271, 272, 273

Subsidiarität 5, 7, 8, 9, 18, 19, 20, 21, 22,
23, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 41,
54, 61, 73, 74, 77, 80, 83, 104, 106, 107,
109, 123, 128, 143, 144, 147, 153, 158,
162, 168, 172, 173, 175, 176, 180, 183,
186, 200, 207, 209, 214, 215, 223, 228,
235, 243, 254, 256, 259, 264, 265, 266,
270, 275, 280, 282, 285, 287, 289, 298,
299, 301, 302

Unübersichtlichkeit 6, 9, 35, 69, 76,
94, 133, 134, 182, 183, 186, 240, 284,
298

Wertewandel 5, 37, 70, 71, 93, 131, 216,
294

Zivilcourage 7, 175, 264, 265, 279, 287

Zivilgesellschaft 6, 52, 112, 161, 162, 197,
198, 199, 200, 202, 203, 267, 280, 284,
287, 296, 297

Social Strategies – Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik

- Vol. 1:** Christian Giordano und Robert Hettlage Mobilisierung oder Scheinmobilisierung? Vergriffen
- Vol. 2:** Heli Aurich Partizipation an der Stadtplanung. Basel 1976. VIII + 156 S. + 18 Grafiken. SFr. 20.–
- Vol. 3:** Adolf Gasser Staatlicher Grossraum und autonome Kleinräume. Vergriffen.
- Vol. 4:** Verena Burkolter The Patronage System. Theoretical Remarks. With an Introduction by Prof. Samuel N. Eisenstadt/Jerusalem. Basel 1976. XII + 54 Seiten. SFr. 8.–
- Vol. 5:** MaxWeidmann Das Drogenverhalten von Basler Schülern. Eine Studie zur Epidemiologie und Soziogenese des jugendlichen Drogenkonsums. Mit einer Einleitung von Prof. Paul Kielholz/Basel. Basel 1977. VIII + 124 Seiten + Anhang von 78 Seiten. SFr. 20.–
- Vol. 6:** Paul Trappe Development from Below as an Alternative. A Case Study in Karamoja/Uganda. With a Preface by Donald V. McGranahan and Prince Sadruddin Aga Khan/Geneva. Basel 1978. VI + 102 p. SFr. 12.–
- Vol. 7:** Peter Abplanalp Marktkommunikation und Konsumentenverhalten. Basel 1978. XIV + 252 Seiten. SFr. 24.–
- Vol. 8:** Klaus Schrape Theorien normativer Strukturen und ihres Wandels, Teil I: Theoretische Einführung, Rekonstruktion und Kritik der Theorie von Jürgen Habermas. Basel 1977. XV + 260 Seiten. SFr. 28.–
- Vol. 9:** Klaus Schrape Theorien normativer Strukturen und ihres Wandels, Teil II: Zur Rekonstruktion und Kritik der Theorien von Talcott Parsons, Ralf Dahrendorf und Niklas Luhmann. Basel 1978. XVI + 304 Seiten. SFr. 28.–
- Vol. 10:** Klaus Schrape Theorien normativer Strukturen und ihres Wandels, Teil III: Ein eigener Ansatz. Basel 1979. XVIII + 382 Seiten. SFr. 28.–
- Vol. 11:** Kurt Eichenberger, Walter Buser, Alexandre Métraux, Paul Trappe (Herausgeber) Grundfragen der Rechtssetzung. Basel 1978. XVI + 520 Seiten. SFr. 32.–
- Vol. 12:** Paul Trappe Entwicklungssoziologie Herausgegeben und eingeleitet von Hans Werner Debrunner. Basel 1984. XVIII + 711 Seiten. SFr. 60.–
- Vol. 13:** Roland Harri Wettstein Über die Ausbaufähigkeit von Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, Vorüberlegungen zu einer möglichen Rekonstruktion. Basel 1979. 60 Seiten. SFr. 8.–
- Vol. 14:** Harro von Senger Partei und Staat: Parteinormen und staatliches Gesetzesrecht in der Volksrepublik China. Basel 1981. 77 Seiten. SFr. 12.–
- Vol. 15:** Lotti Gujer, Edith Hunziker, Ruth Hungerbühler Basler Frauenuntersuchung. Einleitung von Paul Trappe. Basel 1982. VIII + 609 Seiten. SFr. 48.–
- Vol. 16:** Klaus M. Leisinger Health Policy for Least Developed Countries. With a Foreword by Carl E. Taylor/Baltimore. Basel 1984. XII + 444 Seiten. SFr. 30.–
- Vol. 17:** Ueli Mäder Gewaltfreie Revolution in Entwicklungsländern. Basel 1984. VIII + 308 Seiten. SFr. 30.–
- Vol. 18:** Michael Haller Was sollen wir mit den neuen Medien machen? (Forschungsprojekt im Auftrag des Schweizerischen Wissenschaftsrats). Basel 1986. 60 Seiten. SFr. 12.–
- Vol. 19:** Paul Trappe Soziale Breitenwirkung einer Entwicklungsintervention. «Lac Alaotra – Grenier de Madagascar.» Basel 1987. VIII + 272 Seiten. SFr. 45.–
- Vol. 20:** Raphael Laube Maasai-Identität und sozialer Wandel bei den Maasai. Mit einem Vorwort von Prof. Meinhard Schuster. Basel 1986. VIII + 213 Seiten. SFr. 30.–

Social Strategies – Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik

- Vol. 21:** **Martin Kolb** Gewalt gegen Frauen. Eine Untersuchung im Auftrag des Justizdepartementes Basel-Stadt. Basel 1986. X + 77 Seiten. SFr. 18.-
- Vol. 22:** **Paul Trappe, ed.,** Politische und gesellschaftliche intermediäre Gewalten im sozialen Rechtsstaat. Basel 1990. X + 340 Seiten. SFr. 42.-
- Vol. 23:** **Ueli Mäder et al.,** Armut im Kanton Basel-Stadt. Basel 1991. XII + 672 Seiten. SFr. 60.-
- Vol. 24:** **Marco Nese** Soziologie und Positivismus im präfaschistischen Italien (1870–1922). Basel 1993, IX + 184 Seiten. SFr. 33.-
- Vol. 25:** **Urs Fazis und Jachen C. Nett, eds.,** Gesellschaftstheorie und Normentheorie. Symposium zum Gedenken an Theodor Geiger, 9.11.1891–16.6.1952. Basel 1993. VIII + 319 Seiten. SFr. 48.-
- Einführung: Karl Pestalozzi, Basel
Paul Trappe, Basel
- Teil I: Position und Trends zu Gesellschaftstheorie und Normentheorie:
Niklas Luhmann, Bielefeld
Annemarie Pieper, Basel
Ota Weinberger, Graz
Gerhard Schmid, Basel
Henning Ottmann, Basel
Horst Baier, Konstanz
- Teil II: Beiträge zur aktuellen Geiger-Forschung:
Eugen Buss, Hohenheim
Sven Eliaeson, Karlstad
Urs Fazis, Basel
Athanasios Gromitsaris, Athen
Friedrich Lachmayer, Wien
Petra Leuenberger, Basel
Jachen C. Nett, Basel
Hans Oswald, Berlin
Horst Poettker, Frankfurt/Main
Heinrich Popitz, Freiburg/i. Br.
Klaus Schrape, Basel
Hubert Treiber, Hannover
Erich Zalten, Basel
Wolfram Zitscher, Kiel
- Vol. 26:** **Urs Fazis** «Theorie» und «Ideologie» der Postmoderne. Studien zur Radikalisierung der Aufklärung aus ideologiekritischer Perspektive, Basel 1994. IV + 322 Seiten. ISBN 3-908243-01-7 SFr. 48.-
- Vol. 27:** **Karlheinz Hottes, Werner Gocht, Paul Trappe, eds.,** Krisenkontinent Afrika – Ansätze zum Krisenmanagement, IAFEF-Klausurtagung 1994, Basel 1995, VII + 320 Seiten. ISBN 3-908243-02-5 SFr. 48.-
- Vol. 28:** **Christoph Bosshardt, ed.,** Beiträge zu Transformationsprozessen und Struktur-anpassungsprogrammen, i. A. des Interdisziplinären Arbeitskreises für Entwicklungsländerforschung (IAFEF), Basel 1997; VIII + 362 Seiten. ISBN 3-908243-04-1 SFr. 52.-
- Vol. 29:** **Christoph Bosshardt, ed.,** Problembereiche interdisziplinärer Forschung; 30 Jahre IAFEF; Klausurtagungen in Freiburg i. Br. 1997 und Wien 1998, Bern 1999; VI + 380 Seiten. ISBN 3-906763-29-3 SFr. 65.-
- Vol. 30:** **Ueli Mäder,** Subsidiarität und Solidarität, Bern 2000; 304 Seiten. ISBN 3-906765-36-9 SFr. 66.-

Die Reihe wird fortgesetzt